

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE
DES PARLAMENTARISMUS UND DER
POLITISCHEN PARTEIEN

BAND 81

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE
DES PARLAMENTARISMUS UND DER
POLITISCHEN PARTEIEN

HERAUSGEGEBEN VON DER
KOMMISSION FÜR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN

BAND 81

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

SHLOMO NA'AMAN

DER DEUTSCHE NATIONALVEREIN

Die politische Konstituierung
des deutschen Bürgertums
1859–1867

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Na'aman, Shlomo:

Der Deutsche Nationalverein: d. polit. Konstituierung d. dt. Bürgertums/
Shlomo Na'aman. – Düsseldorf: Droste, 1987.

(Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Bd. 81)

ISBN 3-7700-5139-4

NE: GT

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch den Minister für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

© 1987

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn

Verlag

Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1987

Satz

Computersatz Bonn GmbH, Bonn

Papier

Alterungsbeständiges Nordland Naturpapier
gemäß DIN 6723, frei von Aluminiumsulfat und
säurebildenden Verbindungen

Druck und Einband

Verlagsdruckerei Schmidt GmbH, Neustadt/Aisch

ISBN 3-7700-5139-4

VORWORT

Schon bei der Ausarbeitung meiner Lassalle-Biographie war mir klar geworden, daß die Vorstellung einer künstlich gezüchteten Abhängigkeit einer von Natur aus klassenkämpferischen Arbeiterbewegung von einer ebenso klassenmäßig klaren Bourgeoisie (Schlepptau-Theorie) den Tatsachen nicht entsprach. Meine Dokumentation über die Entstehung der organisierten Arbeiterbewegung im „Bewegungsjahr 1862/63“ („Die Konstituierung der Deutschen Arbeiterbewegung 1862/63“) erweiterte und erhärtete meine Skepsis nicht nur gegenüber dieser Theorie. Eine ziel- und klassenbewußte Bourgeoisie mit entsprechenden Organisationsbestrebungen gab es ebensowenig: Der Nationalverein als die einzige nationsweite politische Organisation des Bürgertums entsprach derartigen Vorstellungen nicht. Er war auch nicht die harmlose Hilfskraft der kleindeutschen Politik, wie eine spätere kleindeutsche Geschichtsschreibung ihn hinstellte. Das weitschichtige Material, das ich für die Entstehungsgeschichte der Arbeiterbewegung gesammelt hatte, brachte mich dazu, im Nationalverein den Mutterboden zu sehen, aus dem drei politische Richtungen entstanden und denen auch bis zu einem gewissen Grade eine Klassenstruktur entsprach: die der Konservativ-Liberalen, die der Liberaldemokraten und die der Sozialdemokraten. Das vorliegende Buch ist dem Nationalverein gewidmet, um die Anfänge dieser Grundrichtungen zu erforschen und den Beginn ihrer Parteientwicklung anzudeuten. Ihre weiteren Wege gehören einer anderen Geschichtsperiode an, die mit der Reichsgründung 1871 einsetzt.

Der Plan zu diesem Buch entstand, während ich noch mit der Arbeiterbewegung beschäftigt war. Schon damals war die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien bereit, mein Unternehmen zu unterstützen und das ausgearbeitete Werk zu veröffentlichen. Meine Heiß-Forschungen, die auch dieses Thema streiften, haben die Ausarbeitung des nun vorliegenden Buches verzögert.

Die Kommission publiziert nunmehr entsprechend ihrer ursprünglichen Absicht mein Werk. Dafür spreche ich den Mitgliedern der Kommission und ihrem Vorsitzenden, Professor Dr. Rudolf Morsey, meinen tiefgefühlten Dank aus. Ohne die rege Anteilnahme des Generalsekretärs der Kommission, Dr. Martin Schumacher, und seiner Mitarbeiter hätte das Buch in der sachgemäßen Form dieser Reihe nicht erscheinen können; dazu ist der Wohnort des Verfassers in Israel zu ablegen: Ihnen und nicht zuletzt Frau Jutta Schäfer, die das Manuskript dieser Untersuchung satzfertig geschrieben hat, mein Dank. Für das Mitlesen der Korrekturen danke ich Frau Ruth Fussel, die auch das Personenregister vorbereitet hat.

Allen Kollegen und wissenschaftlichen Freunden, die ich in meinen früheren Büchern erwähnt habe, sei hier nochmals gedankt. Hinzugekommen ist vor

allem Dr. Toni Offermann, mit dem ich mich über die Thematik dieses Buches gründlich unterhalten habe und dessen Buch „Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863“ ebenfalls eine gemeinsame Wurzel von Bürgertum und Arbeiterbewegung andeutet. Ich möchte ihm auch für das in seinem Besitz befindliche Material danken, das ich mit Nutzen eingesehen habe.

Von den Archiven und angeschlossenen Bibliotheken möchte ich dankbar erwähnen: Das Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG), Amsterdam, das Bayerische Staatsarchiv, Coburg, die Handschriftenabteilung der Stadtbibliothek München, das August-Bebel-Institut, Berlin, das Dichtermuseum Liesthal (Schweiz), das Karl-Marx-Haus, Trier, die Staatsbibliothek Hamburg, das Zentrale Staatsarchiv, Abteilung I, Potsdam, und Abteilung II, Merseburg.

Die Gemeinsamkeiten im deutschen Bürgertum, wie das geschichtliche Auseinandertreten der politischen Grundrichtungen von konservativem Liberalismus, liberaler Demokratie und Sozialdemokratie im Nationalverein weisen auf Gemeinsamkeiten wie Differenzen hin, die heute zwei deutsche Republiken sowohl trennen wie vereinen.

Tel Aviv, im September 1986

Shlomo Na'aman

INHALT

Vorwort	5
Verzeichnis der Abkürzungen	9
Einleitung	
Das Problem	11
Erstes Kapitel	
Das Spannungsfeld von Einzelstaat und erhofftem Nationalstaat seit der Revolution von 1848/49	28
Zweites Kapitel	
Sein und Schein einer Neuen Ära – die Konstituierung des National- vereins	41
Drittes Kapitel	
Die ersten Jahre des Deutschen Nationalvereins: Partei oder Verein ...	55
Viertes Kapitel	
Der Deutsche Nationalverein und die Presse	82
Fünftes Kapitel	
Der Deutsche Nationalverein und die verbündeten Organisationen ...	116
Sechstes Kapitel	
Die Spannung der Jahre 1863/64	154
Siebttes Kapitel	
Die Krise um die Konstituierung von Schleswig-Holstein und die Spaltung im Nationalverein	186
Achtes Kapitel	
Das Scheitern der Gesamtkonstituierung des Bürgertums und die Spaltung in Parteien	224
Neuntes Kapitel	
Die unfertigen Parteien im unfertigen Staat (1867)	279

Zusammenfassung und Ausblick	
„Bürger sind wir alle“	315
Quellen- und Literaturverzeichnis	
1. Ungedruckte Quellen	327
2. Quellen und Literatur	328
Personenregister	357

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

A(B)V(e)	Arbeiter Bildungsverein(e)
ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
ADAZ	Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung
ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AHR	American Historical Review
AGSA	Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
BvN	Der Bote vom Niederrhein
CEH	Central European History
EHR	English Historical Review
GRS	Lassalle, Gesammelte Reden und Schriften
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HJb	Historisches Jahrbuch
HZ	Historische Zeitschrift
IAA	Internationale Arbeiterassoziation
IRSH	International Review of Social History
IISG	Internationales Institut für Sozialgeschichte
IWK	Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz
JCH	Journal of Contemporary History
Jb(b)	Jahrbuch; Jahrbücher
JCEA	Journal of Central European Affairs
JMH	Journal of Modern History
MEW	Marx-Engels-Werke
NDB	Neue Deutsche Biographie
NFZ	Neue Frankfurter Zeitung
NL	Nachlaß
NPL	Neue politische Literatur
NV	(Deutscher) Nationalverein
NWB	Neue Wissenschaftliche Bibliothek
NZ	Neue Zeit
PrJbb	Preußische Jahrbücher
SDAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
VDav	Vereinstag (Verband) Deutscher Arbeitervereine
VSWG	Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VfMD	Volksfreund für das Mittlere Deutschland
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

ZSHG Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte
ZStA Zentrales Staatsarchiv Potsdam

EINLEITUNG

DAS PROBLEM

In der Literatur über die deutsche Einheitsbewegung zwischen dem Scheitern der Revolution von 1848/49 und der Reichsgründung von 1871 spielt der 1859 gegründete *Deutsche Nationalverein* eine untergeordnete Rolle als Propagandaverrein für die führende Rolle Preußens bei einer erwarteten Neuordnung der deutschen Staaten.¹ Der *Deutsche Bund*, der bis 1848 die Geschicke Deutschlands unter österreichischer Hegemonie gelenkt hatte, galt schon seit der 48er Revolution mehr als Instrument der Unterdrückung der deutschen Einheitsbestrebungen als ein wirksamer Ausdruck der Gemeinsamkeit der deutschen Staaten. Wenn der Deutsche Bund in den Jahren der Reaktion durch Österreich wieder neukonstituiert wurde, so diente er weniger der deutschen Einheit als dem Bestreben Österreichs und der Einzelstaaten, eine solche Einheit zu unterbinden; seine Reform, die verschiedentlich versucht wurde, galt mehr einer Abwehr radikaler Veränderungen als seiner Neugestaltung.

Die Hoffnungen der Zeitgenossen, die eine wirkliche Neugestaltung Deutschlands erstrebten, waren auf Preußen gerichtet, einfach weil es der Rivale Österreichs war: was Preußen wollte, war nie klar geworden, wurde aber aus dem Endergebnis nach der Niederlage der Österreicher durch die Überlegenheit der preußischen Armee bei Königgrätz gefolgert. Bismarck unternahm es, die norddeutschen Staaten, soweit sie nicht Preußen direkt angegliedert wurden, in einer *Norddeutschen Konföderation* zu einigen, und den süddeutschen Staaten die Aussicht zu eröffnen, später der Konföderation beizutreten, was nach der Waffenbrüderschaft in einem gemeinsamen Krieg (1870/71) tatsächlich geschah. Der Norddeutsche Bund erweiterte sich zum *Deutschen Reich*: Das war die folgenschwere Gründung des sogenannten „kleindeutschen“ Reiches, kleindeutsch – weil es ohne Österreich zustande kam.

Dem Nationalverein bleibt in dieser Sicht als Propagandaverrein für die preußische Initiative bei der Neuordnung der deutschen Verhältnisse (die preußische Spitze) nur eine untergeordnete Rolle; die eigentliche Rolle kommt Bismarck zu, der das Risiko auf sich nahm, erst Preußen zu erweitern (1864 – im Krieg gegen Dänemark mit der nachfolgenden Annexion Schleswig-Holsteins – und 1866 – gegen Österreich und dessen Verbündeten mit der darauffolgenden Annexion Hannovers und anderer Staaten nördlich des Mains –), und dann die Herstellung des Kaiserreichs nach dem Sieg über Frankreich durchführte.

1 Die wenigen Monographien, die sich auf den Nationalverein konzentrieren, vertreten diese Auffassung, etwa R. SCHWAB, 1902; H. GOLDNER, 1909; W. GRUBE, 1933.

Der Deutsche Nationalverein, der in der zeitgenössischen Polemik wie eine gesellschaftliche Großmacht behandelt wurde², wird kaum noch erwähnt, von der Forschung in den letzten Jahren vernachlässigt. Selbst das Ende des deutschen Reichs 1945 hat die Forschung nicht angeregt; wohl aber die Krise des Hohenzollernreichs vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, als man sah, daß es dem deutschen Volke außer der Einheit auch um die Freiheit (wie 1848 versprochen) zu tun war, und man bei der Suche nach Ansätzen zu Liberalismus und Demokratie innerhalb der kleindeutschen Bewegung zu ihren Ausgangspunkten zurückkam. Wenn ein Mann wie Le Mang sich 1909 mit einer dokumentierten formellen Geschichte des Deutschen Nationalvereins (zum Besten der nationaldemokratischen Strömung Friedrich Naumanns) zufriedengab³, hat Hermann Oncken tiefer geschürft und zu gleicher Zeit unter anderem die Wurzeln, die den Nationalverein mit der Konstituierung der Arbeiterbewegung verbanden, aufgedeckt⁴: Wer in Onckens Werk nachforscht, wird bald feststellen, daß es sich bei dem Nationalverein um mehr als einen bloßen Propagandaverein handelte.

Um was geht es beim Nationalverein?

Wenn er es unternahm, 1862 die entstehende Arbeiterbewegung zu beeinflussen, wie Hermann Oncken nachgewiesen hat, so wollte er mehr sein als nur ein Propagandaverein; denn die besitzlosen Arbeiter, die sich nicht oder nur unwesentlich bei den Wahlen beteiligten, waren für ihn kein Propagandaobjekt. Er wollte sie auch nicht als Mitglieder, wie einer ihrer Führer (Schulze-Delitzsch) ihnen offen erklärte⁵, und doch brauchte er sie als „Knüppel aus dem Sack“, um mit Massendruck zu drohen. In die gleiche Richtung weisen die vielen Beziehungen zu Turnern und Schützen, die in der Agitation des Nationalvereins immer wieder erwähnt wurden.⁶

Sicherlich, der Nationalverein war ein Propagandaverein, auch für die preußische Spitze, aber er hatte seine eigenen Vorstellungen davon, wie die preußische Initiative aussehen sollte und wie sie wirken mußte, um seiner Propaganda wert zu sein.

Die preußische Spitze war eines der Elemente des kommenden Deutschlands, das ein Bürgerstaat sein sollte, in dem jeder Besitz- und Bildungsbürger politisch seinen Platz finden würde: Dieses Bildungs- und Besitzbürgertum wollte der Nationalverein konstituieren, um den kommenden Nationalstaat einrichten zu helfen. Es wollte diesen Staat direkt oder indirekt beherrschen; direkt, soweit der Bürger Demokrat war; und er glaubte, daß der kommende Staat auf

2 Der Nationalverein war Gegenstand diplomatischer Gespräche bei der Begegnung der deutschen Herrscher mit dem Prinzregenten Wilhelm in Baden-Baden 1860, denen der unerhörte Angriff des Nationalvereins auf den Grafen Borries von Hannover vorausgegangen war.

3 Das Buch erschien im Verlag der Buchhandlung der Nationalliberalen Partei.

4 H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen, 1910; ders., Nationalverein, 1912.

5 Schulze-Delitzsch anlässlich seiner Rede in Leipzig, vor der Mitgliedschaft des Nationalvereins (eine Rede vor Arbeitern wurde ihm nicht gestattet); vgl. SH. NA'AMAN, Konstituierung, 1862/63, S. 75–79, S. 374–378 und S. 830–833.

6 Die Frage der Wehrtüchtigkeit, des Schützenwesens, des Turnens und Wehrtturnens wurde auf der ersten Generalversammlung zu Coburg angeschnitten und auf der zweiten Generalversammlung zu Heidelberg ausführlich diskutiert; vgl. VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 55–57, und VERHANDLUNGEN II, 1861, S. 25–30.

direkter Herrschaft des Bürgertums aufgebaut sein müsse entsprechend dem Beispiel Frankreichs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts; und er wollte es indirekt beherrschen, wie es der Glaubenssatz der Konstitutionellen war. Die zukünftige Regierung sollte die Herrschaft nach festgesetzten Normen und unter Kontrolle des bürgerlichen Parlaments ausüben.

Der Nationalverein wollte die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums über den Einzelstaat hinaus. Im Rahmen des Einzelstaates – Preußen nicht ausgenommen – fürchtete er, die Errungenschaften seiner Politik schnell wieder zu verlieren.⁷ Wenn es in besonderen Krisenzeiten schien, daß Österreich und die Einzelstaaten unter der Flagge Großdeutschlands die Einigung hintertrieben⁸, oder Preußen nur noch auf seine Großmachtstellung und Unabhängigkeit Wert legte, propagierte der Nationalverein allerdings eindringlich Preußens Aufgabe, den Einigungsbestrebungen Vorrang zu geben, das heißt das, was man die preußische Spitze nannte, in den Vordergrund zu rücken. Aber dies geschah immer unter zwei Bedingungen: einmal, daß Preußen mit der Einführung des liberalen Rechtsstaates bei sich ernst mache, zum anderen, daß es einen Bundesstaat anführe, in dem jedes Eigenleben, das sich mit dem liberalen Rechtsstaat vertrug, seinen Platz finden könne. Die preußischen Einheitsstaatler, die einfach Deutschland durch Annexion an Preußen konstituieren wollten, für die Großpreußen und Deutschland inhaltsgleich waren, gehörten dem Nationalverein nicht an. Solche Großpreußen – seien sie Anhänger des preußischen Staates (wie Treitschke oder Baumgarten), oder seien sie Befürworter des preußischen Parlaments, dem es zufallen würde, Preußen direkt und Deutschland indirekt zu beherrschen (wie Twesten und Waldeck) – standen dem Nationalverein distanziert gegenüber.⁹

Als Mittel zur gesamtdeutschen Konstituierung des deutschen Bürgertums hatte der Nationalverein preußische und außerpreußische Bürger zu erfassen und zu integrieren; als Propagandaverein für die preußische Spitze hätte er sich mit preußischen Honoratioren und außerpreußischen Mitgliedern begnügen können, und darin haben manche preußische Partikularisten vom rechten, konstitutionellen Flügel den Sinn des Nationalvereins gesehen.¹⁰ Einige preußische Parlamentarier hätten auf eine Mitgliedschaft von Preußen tatsächlich verzichtet und sich damit begnügt, die Fortschrittspartei in Preußen mit der Vertretung der deutschen Interessen zu beauftragen, aber in Wahrheit hatte der Nationalverein gegenüber den westlichen und östlichen Grenzbezirken Preußens eine

7 Als Schulbeispiel diente dem Nationalverein die kurhessische Verfassungsfrage, in der die Verfassung angegriffen wurde, die der Deutsche Bund der Reaktionszeit angeregt hatte. Um ähnliche Verfassungsrevisionen ging es auch in Hannover, Hamburg, Mecklenburg.

8 Aktuell war zur Zeit des Nationalvereins die Haltung der ehemaligen Rheinbundstaaten, die zur Würzburger Konvention zusammentraten, um unter der Führerschaft Österreichs ihren Besitzstand und Unabhängigkeit von 1815 zu beschützen.

9 Die großpreußischen Nationaldemokraten, in ihrem Gegensatz zum bundesstaatlichen Nationalverein, sind als solche nicht anerkannt, und besonders nicht in ihrer parallelen Ideologie zu Treitschke. Hervorstechend ist das Verhalten von Franz Ziegler am Vorabend der Entscheidung von Königgrätz; vgl. dazu L. DEHIO, *Preußische Demokratie*, 1927.

10 Beispielshaft Max Duncker, der offiziöse Mitarbeiter der Regierung der Neuen Ära in Preußen, der in diesem Sinne die Leitung des Nationalvereins zu beeinflussen suchte. Siehe auch H. ONCKEN, *Rudolf von Bennigsen I*, 1910, S. 432 und M. DUNCKER, 1967, S. 172 f.

besondere Mission zu erfüllen. Im Westen, in der Rheinprovinz, weil die aufstrebende Industriebourgeoisie *großpreußisch* und nicht deutsch gesinnt war und ihre wirtschaftlichen Interessen im Rahmen eines vergrößerten Preußens zu erfüllen hoffte, und das Besitz- und Bildungsbürgertum mit seinen Hoffnungen auf einen deutschen Zukunftsstaat ausschaltete¹¹, sei es einen Sybel in Bonn, weit rechts, sei es den ehemaligen Kommunisten Heinrich Bürgers, weit links.¹²

Besondere Bedingungen herrschten in den preußischen Ostprovinzen, die infolge der Revolution von 1848 Deutschland angegliedert wurden, aber anlässlich der Wiederbelebung des Deutschen Bundes durch Österreich in der Reaktionszeit wieder *ausgegliedert* worden waren, um auch Preußen eine unabhängige Stellung zum Deutschen Bund zu geben, wie sie Österreich dank seiner außerdeutschen Besitzungen besaß. Diese deutschsprechenden „Nichtdeutschen“, wie Hoverbeck oder Johannes Jacoby, repräsentierten den Unterschied zwischen Großpreußen, dessen Grundlage diese „nichtdeutschen“ Besitzungen waren, die seine europäische Stellung garantierten, und dem erhofften deutschen Reich, in dem alle Deutschen Bürger sein würden, ganz gleich, woher sie kamen.¹³

Diese preußischen Ostprovinzen, deren Bewohner teilweise polnischer Nationalität waren, gehörten den Anschauungen des Nationalvereins gemäß unbedingt zu Deutschland, und die Gewinnung eines entscheidenden Teils seines Bürgertums war die besondere Sorge des Nationalvereins.¹⁴

Leichtes Spiel hatte der Nationalverein in den Klein- und Mittelstaaten Deutschlands nördlich des Mains, weil dort das Bürgertum hoffte, statt der immer drohenden erzwungenen Angliederung an Preußen durch die bundesstaatliche Ordnung, wie sie der Nationalverein anstrebte, der preußischen Annexion zu entgehen. Für sie galt: Preußische Spitze – ja; Großpreußen – nein.¹⁵

11 In den ersten Jahren des Nationalvereins vertrat Köln, die Metropole des Rheinlandes, Rechtsanwalt Bessel, ein typischer Vertreter des Bildungsbürgertums. Vom Großbürgertum, von Gold und Industrie kann bei ihm nicht die Rede sein.

12 Das Bürgertum von Bildung und Besitz war im Rheinland – abgesehen von prokatholischen Motiven – großdeutsch gesinnt. Das versetzte Sybel in eine kämpferische Position, wie seine Streitschrift gegen den großdeutschen Ficker beweist; dazu F. SCHNEIDER, 1941; Bürgers kam von den Junghegelianern und war dementsprechend Berlin-zentriert, aber als ehemaliger Redakteur der Neuen Rheinischen Zeitung war er unitarisch-großdeutsch und paßte daher den rheinischen Radikalen. In den 50er Jahren wurde er als Haupt der Kommunisten zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt: Das wurde ihm nie vorgehalten. Es gehörte zum Konsensus des Nationalvereins, daß der Nationalismus mit jeder Sorte von Demokratie versöhnte. Davon haben Otto Lüning, Johannes Miquel, Bernhard Becker und viele mehr profitiert.

13 In diesem Sinne sprach Falkson/Königsberg auf der 4. Generalversammlung zu Leipzig; vgl. VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 17–18. Als Jude aus dem Osten Deutschlands war für ihn die Bedeutung der Gleichheit aller Deutschen, woher sie immer stammten, wichtig.

14 Den aggressiven Ton gegenüber den Polen vertrat von Anbeginn des Nationalvereins Kattner, den Schulze-Delitzsch als zu wenig einflußreich hinstellt (ZStA Potsdam, 61 Na 2, Korrespondenzband XVI, Schulze-Delitzsch an Streit, 25. 5. 1861). Er will den Polen nur das Gebiet nach der ersten Teilung zugestehen. Die polnischen Ansprüche in Westpreußen könnten leicht zum Verlust von 2 Millionen Deutscher führen. Die Kooptation von Johann Jacoby in den Ausschuß als repräsentativem Führer der Demokraten nach der Generalversammlung im Jahre 1862 ist damit in Zusammenhang zu bringen.

15 Abschreckend wirkte die Militärkonvention, die Herzog Ernst II. mit Preußen im Jahre 1861 abschloß, wodurch er nicht nur seine Verfügungsgewalt über sein Militär verlor, son-

Die großartigsten Anstrengungen mußte der Nationalverein in Süddeutschland unternehmen, um in dessen Bürgertum Fuß zu fassen. Am einfachsten war das in Baden, dessen nördlicher Teil protestantisch war und sich dauernd von seinen östlichen Nachbarn Bayern und Württemberg bedroht sah, weil diese Staaten sich auf Badens Kosten abrunden wollten. Der Gesamtstaat Baden war propreußisch, und Mannheim und Heidelberg wurden Hochburgen des Nationalvereins; der katholische Süden um Freiburg war proösterreichisch wie Württemberg und Bayern: Man glaubte sowohl an den österreichischen Grenzschutz gegen Frankreich wie an die Heiligkeit der Verträge von 1815, von denen der Territorialbestand der Südstaaten abhing und als deren Garant Österreich auftrat. Und doch gelang es dem Nationalverein in Württemberg, einen Teil des fortschrittlich-liberalen Bürgertums im Laufe der Zeit von der Nützlichkeit eines durch einen preußischen Rechtsstaat geeinten Deutschlands zu überzeugen¹⁶, ebenso wie es in den neubayerischen Gebieten um Nürnberg, Fürth und Augsburg gelang, eine Anzahl von Bürgern anzuwerben. Selbst in München kam eine lebensfähige Mitgliedschaft zustande, die mit den Nordbayern den Kern einer kleindeutschen Partei in Bayern bildete.¹⁷

Die Gewinnung von Süddeutschland war als Gegengewicht gegen den österreichischen Einfluß und wegen ihrer parlamentarischen Erfahrung für den Nationalverein doppelt bedeutsam: Wenn der Nationalverein zu seiner Blütezeit die Verwirklichung der Verfassung von 1849 als Programmpunkt aufnahm, hat das mit der preußischen Spitze nur indirekt zu tun, da der preußische König seinerzeit die ihm aufgrund der Verfassung angebotene Kaiserkrone ausgeschlagen hatte (und der neue König Wilhelm I. vermutlich gleich gehandelt hätte), desto mehr aber mit dem föderativen Aufbau des Gesamtstaates, den liberalen Grundrechten und dem gleichen Wahlrecht, die in der Verfassung von 1849 fest verankert waren, die die Garantie des Zusammenwirkens von Nord und Süd bildeten und allen Nationalvereinigern beweisen sollten, auf welch eindeutig liberalen Grundlagen der Verein den deutschen Zukunftsstaat aufgebaut sehen wollte. All das hat mit der Propaganda für die preußische Spitze wenig zu tun, desto mehr aber mit der politischen Konstituierung des deutschen Bürgertums über die einzelstaatlichen Grenzen hinaus.

Es stimmt, daß der Nationalverein nie von der Konstituierung des deutschen Bürgertums gesprochen hat (oder von ähnlichen Begriffen), aber seine Gegner aus dem konservativen Lager sahen in ihm ein *Vorparlament*, wie es vor der Paulskirche im Revolutionsjahr bestanden hatte, ein politisches Gremium von Privatleuten, das nur darauf wartete, sich in den Gang der Ereignisse einzuschalten und, wie im Jahr des Unheils 1848, Parlamentswahlen auszuschreiben.¹⁸ Mit der Begründung, daß der Verein heimliche Absichten verfolge,

dern auch seine Gerichtsgewalt, sofern die Preußischen Militärbehörden ihr Eingreifen für notwendig erachteten. Das ging über das, was der Nationalverein als notwendiges Eingreifen einer Zentralgewalt in die Selbständigkeit der Bundesstaaten propagierte, weit heraus.

16 August Ludwig Reyscher war der erste prominente Württemberger, der sich dem Nationalverein anschloß, bevor eine öffentliche Versammlung zu Esslingen (3. 2. 1861) den Eintritt in den Nationalverein empfahl.

17 Dazu Th. SCHIEDER, *Kleindeutsche Partei*, 1936, besonders S. 1–40.

18 Die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums war durch die programmatische Forderung eines Parlamentes nach Beschluß der Ersten Generalversammlung zum Ziel des

wandten sich verschiedene Mittelstaaten an den deutschen Bund, die Tätigkeit des Nationalvereins zu verbieten: Die Analogie des Nationalvereins mit einem Vorparlament beweist nicht, daß der konstituierende Wille des Nationalvereins den Zeitgenossen klar war, erklärt aber auch, warum es dem Nationalverein verboten war, seine konstituierende Aufgabe offen einzugestehen. Wenn dahingegen die Gönner des Vereins aus den Reihen der preußischen Bürokratie und der rechtsliberalen Konstitutionellen den Verein als harmlosen Propagandaverein für die preußische Spitze hinstellen liebten, hatte der Nationalverein jeden opportunistischen Grund, diese Charakteristik anzunehmen und zu verbreiten. Deshalb finden wir in den Verlautbarungen des Vereins (z.B. in seiner offiziellen „Wochenschrift“) die propagandistische Absicht des Vereins zur Gänze vertreten, haben aber Schwierigkeiten, Ausdrücke für seine Absicht, das Bürgertum zu konstituieren, zu finden. Wir sind hierbei auf Andeutungen angewiesen und Handlungen, die ohne Sinn wären, wenn es sich tatsächlich nur um einen Propagandaverein handelte: Wenn der Verein sich bald nach seiner Gründung als „Nationalpartei“ ausgab und gleichzeitig die Einführung der Reichsverfassung von 1849 nur ablehnte, weil für sie die Zeit noch nicht reif sei, so paßt das schlecht zu einem Propagandaverein, aber gut zu einer politischen Organisation mit taktischen Überlegungen, die sich ja auch später als *Partei* zu erkennen gab, nämlich als *nationalliberale Partei*.

Es ist also nicht gewagt, im Nationalverein die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums zu sehen, der das deutsche Volk über die Grenzen des Partikularstaates vertreten wollte, eine Partei im modernen Sinn mit einer Massenbasis von wahlberechtigten Bürgern (in allen deutschen Staaten war das Wahlrecht noch nicht allgemein). Die wahlberechtigten Besitz- und Bildungsbürger hatten vor, in einem Parlament des zukünftigen Nationalstaates, die unbemittelten Arbeiter (den *Vierten Stand*) mitzuvertreten: so hatte der Nationalverein seit 1862 seinen Blick der entstehenden Organisation des „Arbeiterstandes“ zugewandt, um sich in sie einzuschalten. Der Nationalverein wollte das gesamte Volk vertreten und für den kommenden Nationalstaat vorbereiten. Daß er sich zu diesem Zweck, angesichts der Gründung des Norddeutschen Reichstages zur *Nationalliberalen Partei* umkonstituierte, entspricht der Logik der Entwicklung; daß es auf dem Weg dahin zu Spaltungen kam, nimmt nicht wunder. Denn die Demokraten im Nationalverein, die die direkte Herrschaft des Volkes (im Gegensatz zur konstitutionell gesinnten Mehrheit) anstrebten, verließen den Nationalverein auf einem der Scheidewege, wie wir sehen werden, und gründeten diese oder jene *Volkspartei*. Auch die Gefolgschaft der Arbeiter wurde dem Nationalverein bald aufgekündigt, und die Nationalliberalen vertra-

Nationalvereins (VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 15–38) erhoben worden, und verdichtete sich auf der dritten Generalversammlung zu der Forderung, die seit 1849 bestehende Reichsverfassung als Grundlage der politischen Konstituierung anzuerkennen, was durch die Hervorhebung der Grundrechte und des demokratischen Wahlmodus noch unterstrichen wurde. Da während der Neuen Ära die Erwähnung der konkreten Reichsverfassung umgangen worden war, um Preußen nicht zur Gegnerschaft zu reizen, ist ihre betonte programmatische Annahme, eine Herausforderung der preußischen Regierung. Wenn sich nun Bismarck im Jahre 1866 auf die Reichsverfassung und ihr Wahlgesetz beruft, so bedeutet das eine Versöhnungsgeste von seiten Bismarcks gegenüber dem Bürgertum.

ten als Nachfolger des Nationalvereins nur das konstitutionell gesinnte Büdtungs- und Besitzbüdtertum, und immer mehr im kapitalistischen Sinn als Interessenvertretung.

In den deutschen Landen fragte man nach der Meinung der Nationalpartei, so wie man fragte, was sagt dazu diese oder jene Regierung: Sie galt als das Sprachrohr des deutschen Bürgerstandes, soweit er national gesinnt war. Als der Nationalverein die Wiedereinführung der Verfassung von 1849 samt Wahlverfahren und Grundrechten auf sein Programm setzte, erregte das die allgemeine Aufmerksamkeit, und die zustimmenden Stimmen im Büdtertum waren in der großen Überzahl. Wenn Bismarck die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für ein nationales Parlament beim Deutschen Bund beantragte und danach auch bei der Einrichtung des Norddeutschen Reichstages zugrunde legte, war das keine Konzession an die Ideale der Paulskirche, wie er es in seinen Erinnerungen hinstellte, sondern eine Konzession an die öffentliche Meinung des zeitgenössischen Büdtertums, die der Nationalverein angeregt hatte und die nur indirekt auf die Paulskirche zurückging.

Der Nationalverein war die Nationalpartei des deutschen Büdtertums, und als solche war er bei allen Tagungen und Kongressen („Tage“ genannt) informell vertreten, die irgendwie auf den Nutzen des Zusammenhaltes aller Deutschen hinwiesen und somit den kommenden Nationalstaat näherbrachten, sei es ein Handelstag, sei es ein Juristenkongreß, sei es ein volkswirtschaftlicher oder Philologenkongreß. Häufig waren die Leiter der „Tage“ auch die Leiter des Nationalvereins oder es bestand zwischen den Aktiven der „Tage“ und der Nationalpartei ein inniges Einverständnis.¹⁹

Der Nationalverein war als Sprecher für das nationale Büdtertum anerkannt. Wenn er die preußische Spitze in der Form des Oberkommandos der Bundesarmee oder als Zentralgewalt, den nationalen Flottenbau, oder die Reichsverfassung vom Jahre 1849 propagierte, hatte er seine Beweggründe, denen nachzugehen ist; er konnte die Stichworte seiner Agitation ändern oder wechseln ganz der politischen Lage und den Vereinsverhältnissen entsprechend: Den Spannungen innerhalb und außerhalb des Vereins, ihren Gründen und Folgen, wird nachzugehen sein, darunter auch dem Auf und Ab der Propagierung der preußischen Spitze und den Veränderungen in ihrem Charakter.²⁰ Das Ganze endete

19 Die Verbindung einer Tagung von Vorschuß- und Kreditvereinen im Juni 1859 in Weimar mit der ersten Zusammenkunft von Demokraten in Eisenach am 17. Juli ist ebenso bekannt, wie die Verbindung Hannoverscher Politiker mit einem Anwaltsdag in Hannover am 19. Juli des gleichen Jahres. Darüber T. OFFERMANN, Arbeiterbewegung, 1979, S. 171–173. Weiterhin blieben die Termine der Tagungen für die Zusammenkünfte von Ausschußsitzungen, Vorstandssitzungen und Generalversammlungen des Nationalvereins maßgebend, wie sich aus der Korrespondenz maßgeblicher Honoratioren des Vereins unter sich und mit dem Geschäftsführer Streit ergibt.

20 Entsprechend den Anregungen, die dem Nationalverein von Nassau und Württemberg zukamen, legte er sich zunächst auf die Konzentration der Kommandogewalt Preußens über die Bundeskontingente in Kriegszeiten fest, die er allmählich zu einer Kommandogewalt auch in Friedenszeiten ausdehnte, was ihm aber nach dem übereilten Friedensschluß von Villafranca das Mißtrauen der Versammlung von Württembergischen Honoratioren eintrug. Dieses Mißtrauen einfach als schwäbischen Partikularismus abzutun, verkennt den Ernst des Problems. Das Abkommen Preußens mit Coburg-Gotha über die Unterordnung deren Armee unter Preußen bewies, daß diese Art von preußischer Spitze derart entwicklungsfähig war, daß daraus ein preußischer Einheitsstaat entstehen konnte.

mit einem bündnisartigen Zusammengehen mit Bismarck, bei dem es zu untersuchen gilt, wie Geben und Nehmen verteilt waren. Die Frage nach Ursprung und Auswirkung des demokratischen Wahlrechts zum Reichstag, das als Folge der Agitation des Nationalvereins anzusehen ist, sollte zur Ausgewogenheit bei der Behandlung des Stoffes ermahnen, denn alle Beteiligten waren zunächst überrascht und erschrocken, und alle gewöhnten sich ungemein schnell an die Neuerung.

Solange das kleindeutsche Reich Bismarcks bestand und das historische Preußen seinen Kern ausmachte, mochte es der historischen Forschung scheinen, daß mit der Rolle des Nationalvereins als Propagandafunktion das Wesentliche gesagt sei; aber nachdem Preußen verschwunden ist, scheint die Frage nach der Organisierung der gesellschaftlichen Kräfte im Deutschland des 19. Jahrhunderts den Einzelheiten in der Geschichte des kleindeutschen Reiches ebenbürtig. Die Gründe für die Unterbewertung des Deutschen Nationalvereins, solange das kleindeutsche Reich mit Preußen als seinem Kern bestand, haben seit 1945 keine Gültigkeit mehr, und eine Zeit, die dem Entstehen der Arbeiterbewegung genügend Aufmerksamkeit widmet, ist auch reif für eine Untersuchung des deutschen Bürgertums als politischer Potenz.

Die Bundesrepublik Deutschland sieht sich als Nachfolgestaat des kleindeutschen Reiches an, ist aber anders als dieses kein föderativ-einheitsstaatliches Zwittergebilde, sondern ein echter Bundesstaat, bestehend aus annähernd gleichgewichtigen Bestandteilen („Länder“) und als demokratische Republik ohne eine hegemoniale Zentralgewalt. Dynastisch begründete Angliederungen, wie die der Pfalz an Bayern, oder Schleswig-Holsteins an Preußen, sind in ihr wieder aufgehoben.

An dem Versuch, eine föderative Konstitution beim Bestehen dynastischer Einzelstaaten zu verwirklichen, ist die Nationalversammlung 1849 gescheitert. Der umstrittene Wunsch des Nationalvereins, Schleswig-Holstein bundesstaatlich Deutschland anzugliedern, hat zwischen 1863 und 1866 den Nationalverein gesprengt, bis sein Rumpf²¹ sich 1867 dem Versuch anschloß, den Bundesstaat als *Bund der Dynastien* zu konstituieren. Damit war aber die politische Konstituierung des Bürgertums überflüssig geworden, und der Rumpf löste sich auf. Die Erfolge dieser preußisch-deutschen Zwitterkonstruktion von Bundes- und Einheitsstaat nach Königgrätz waren so bedeutend, daß sie quasi als historisch zwangsläufig angesehen wurden. Varianten einer föderativen Lösung, wie sie als Gegenstand der Diskussion im Rahmen des Nationalvereins zur Sprache kamen, wurden als hindernde Kannegießerei angesehen.

Nun ist die Fixierung auf die Jahre 1866 bis 1871 als der zentralen Epoche aller Entscheidungen für die Bildung des Nationalstaates seit 1945 aufgegeben;

21 Ich gehe davon aus, daß mit dem Aufhören der Coburger Zentrale und ihrer Überführung nach Frankfurt Anfang 1865 die Abbröckelung des Nationalvereins begann, die nach der sechsten Generalversammlung weitere Generalversammlungen überflüssig machte. Das Wiedererscheinen der in Wochenblatt umbenannten Zeitung des Vereins nach der Besetzung Frankfurts durch die Preußen diente nur noch der Überführung des zu 1 000 Mitgliedern zusammengeschmolzenen Rumpfes in die Nationalliberale Fraktion des Norddeutschen Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses bis zu seiner rechtsgültigen Auflösung im Jahre 1867.

als ihr Ausgangspunkt gilt immer mehr die Revolution von 1848/49. Somit stellt der Nationalverein nunmehr den chronologischen Mittelpunkt einer erweiterten Gründungsepoche dar, die von 1848 bis 1871 reicht. Dazu paßt, daß als Mittelpunkt der Geschichte des Nationalvereins die Adoptierung der Reichsverfassung von 1849 gesehen wird, wie es hier angenommen wird.

Aus der Perspektive einer föderativen Republik, wie sie sich seit dem Jahre 1945 durchgesetzt hat, gilt es nunmehr die geschichtliche Position des politischen Bürgertums nach der Gründung des Nationalvereins erneut zu durchdenken und einzuschätzen, und zwar nicht nur seines rechten Flügels, der seine direkte Fortsetzung in der Nationalliberalen Partei fand und der teilhatte an der Errichtung des preußisch-deutschen Staates, sondern auch seines linken Flügels von Volks- und Arbeiterpartei, der sich von der Mutterorganisation trennte.

Der Staat der Deutschen, zu dem der Nationalverein strebte und bei dessen Errichtung er Hand anlegen wollte, sollte ein Machtstaat sein, so ließ sich der neugegründete Verein schon 1860 unmißverständlich verstehen.²² Es sollte ein liberaler Rechtsstaat sein, damit alle Staatsbürger an diesem Machtzuwachs teilnehmen könnten und von ihm profitieren würden. Er sollte sich in Europa mit Frankreich und England messen; andere Staaten waren zu klein und unbedeutend, oder aber die Bürgerrechte waren in ihnen nicht genügend gesichert und kamen deshalb für den Wettbewerb nicht in Frage.

Den Umfang des erstrebten Reichs übernahm der Nationalverein von der Paulskirche, die sich ja auch einen liberalen Machtstaat vorgestellt hatte. Die Paulskirche hatte den Deutschen Bund intakt gelassen, weil sie auf sein ganzes Gebiet Anspruch erhob, obwohl er sowohl Tschechen wie Slowenen und Italiener umfaßte, unter denen auch Deutsche lebten. Ein Verzicht auf Bundesgebiet kam nicht in Frage, selbst wenn es sich wie bei Limburgern und Luxemburgern um Flächen handelte, die ohne die Einwohner zu fragen dem Bund angegliedert worden waren. Die außerhalb des Bundes stehenden Ostprovinzen Preußens wurden von der Paulskirche dem Bund angegliedert, und auf das Land Schleswig, das mit der Dänischen Krone verbunden war, wurde unverzüglich Anspruch erhoben. Das Prinzip, daß keinerlei Gebiet, das dem Deutschen Bund gehört hatte, je aufzugeben sei, daß aber umgekehrt künftige Annexionen von Gebieten zu erwägen seien, wenn sie nur irgendwann unter deutscher Herrschaft gestanden hatten, war von allen anerkannt. Daß das Elsaß in dieser Hinsicht die Aufmerksamkeit erregte, ist selbstverständlich.

In der Frage „Was ist des Deutschen Vaterland?“ ging der Nationalverein in den Spuren der Paulskirche, und der Leiter seiner „Wochenschrift“, August von Rochau, sicherte seine Machtansprüche durch das neue Wort „Realpolitik“ ab²³:

22 Am Vorabend der ersten Generalversammlung des Nationalvereins faßte Schulze-Delitzsch das Macht- und Kulturstreben des Vereins programmatisch zusammen, das mit dem Satze endete: „Durch unsere Haltung am morgenden Tage lassen Sie uns beweisen, daß zur humanen Reife auch die politische sich zu gesellen beginnt, und gelingt uns dies, so wird man nicht lange mehr unserer Nation die Stelle vorenthalten, die ihr unter den Völkern Europas gebührt.“ H. SCHULZE-DELITZSCH, *Schriften* III, 1910–1913, S. 170–175.

23 L. A. v. ROCHAU, *Grundsätze der Realpolitik*. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands. Erstauflage 1853. Der Grundsatz der Realpolitik sagt nicht, daß jedes politische Mittel gerechtfertigt sei, wenn es nur Erfolg habe, sondern, daß das Wesen des Staates Macht und Machtausübung sei.

Staat ist Macht, und das Nationalitätenprinzip auf kleine Völker angewandt, ist ein Hindernis für die Entfaltung des Machtanspruchs der Großstaaten und außerdem eine tückische Erfindung der Franzosen, um Volkssplitter an sich zu ketten. Große Völker haben ein Anrecht auf lebenswichtige Gebiete, auch wenn sie durch fremde Nationalitäten bewohnt sind. Außerdem verstehen es die großen Nationen, kleine Völker zu assimilieren, und keine besser als die Deutschen, wie die Geschichte der deutschen Ostkolonisation beweist. Wenn dem nicht so wäre, wäre Preußen keine deutsche Nation.

Solange Wien und Berlin revolutionär waren und deshalb ausgeschaltet, aber der österreichische Erzherzog Johann als „Reichsverweser“ eine königsgleiche Stellung innehatte, hatte sich noch nichts am Kräfteverhältnis im Rahmen des Deutschen Bundes geändert: Österreich war die Vormacht und Preußen ihm als zweiter untergeben. Als Berlin im Herbst 1848 mehr und mehr unter die Gewalt Friedrich-Wilhelms IV. und seiner Berater geriet, Wien durch den Marschall des Kaisers erobert wurde und schließlich Ungarns Erhebung mit Hilfe russischer Truppen unterdrückt wurde, ließ sich noch über die Vorzüge einer österreichischen und preußischen Spitze abwägend diskutieren, aber mit der Zeit stand Österreich für ein großes 70-Millionenreich, das wohl bereit war, den Deutschen Bund zu beherrschen, aber nicht gewillt, seine volle Verfügungsgewalt über große Teile seines Reiches aus der Hand zu geben dadurch, daß es seiner deutschsprachigen Bevölkerung erlaubte, einer anderen Verfassung untertänig zu sein als seine anderen Staatsbürger: Die österreichische Spitze verlangte zunehmend die Wiederbelebung des Deutschen Bundes, um die deutsche Einigungsbewegung zu torpedieren. Mehr und mehr entpuppte sich die Lösung des deutschen Problems (wie das deutsche Einheitsstreben kurz genannt wurde) mit Einschluß der Deutschen Österreichs als eine Utopie, der nur die anhängen, die eine Einigung aus partikularistischen oder religiösen Gründen nicht wollten. Das Österreich des 70-Millionenreiches war ein Machtstaat, der die Einzelstaaten Deutschlands und deren katholische Staatsbürger als katholische Vormacht Europas wohl beschützen konnte, der aber an einer Einigung Deutschlands kein Interesse hatte, oder umgekehrt, der jedes Interesse daran hatte, ein selbständiges deutsches Reich nicht aufkommen zu lassen, da ein solches viel stärker dastehen würde als der Rivale Preußen allein, besonders wenn man bedenkt, daß Preußen die Vorherrschaft in diesem zukünftigen Deutschland ausüben würde.

Wenn man die österreichische Spitze als „großdeutsch“ bezeichnet, setzt man eine imaginäre Entwicklung voraus, die nie eingetreten ist und die nie eintreten konnte, weil der Gesamtstaat Österreich daran nicht interessiert war. Eine *großdeutsche Einigungsbewegung* konnte es nicht geben und hat es nicht gegeben; wohl konnte es eine *großdeutsche Reformbewegung* geben, die den Deutschen Bund als lockeren *Staatenbund* verbessern wollte und eine wirkliche Einigung verabscheute. Ein solcher „Reformverein“ hat tatsächlich eine kurze Zeit bestanden²⁴ und eine erhebliche Propaganda entfaltet, die man häufig mit der des Nationalvereins in Parallele gesetzt hat, aber eine wirkliche Parallelität war nicht vorhanden. Denn der Staatenbund war eine bestehende Tatsache, und die

24 W. REAL, Reformverein, 1966.

zukünftige Einigung konnte nur als *Einheitsstaat* oder als *Bundesstaat* in Erscheinung treten, und eine solche Alternative ist tatsächlich an den Nationalverein herangetreten.²⁵

Die Reform des deutschen Staatenbundes konnte in der Erweiterung der Regierungsvertretungen durch Mitglieder der deutschen Einzelparlamente bestehen, und Österreich hat einer solchen Erweiterung im Jahre 1863 zugestimmt²⁶, aber eine großdeutsche *Einigung* war dadurch nicht gegeben, und alle Reformer haben das verstanden. Wäre das Bundesparlament direkt gewählt worden zum Zweck der Volksvertretung beim Deutschen Bund, wäre tatsächlich die Umwandlung des Deutschen Bundes in einen Bundesstaat erfolgt, und falls die deutschen Österreicher das Stimmrecht zu einer derartigen Volksvertretung erlangt hätten, wäre ein großdeutscher Staat Wirklichkeit geworden, aber sämtliche Reformer lehnten ein solches direkt gewähltes Parlament ab; mehr noch, Österreicher und Nichtösterreicher sahen im Vorschlag einer gewählten Volksvertretung beim Deutschen Bund den Versuch der Sprengung des Bundes und ließen darüber keine Verhandlungen zu. Preußen war es, das ein Volksparlament anregte, aber nur, um die Absurdität einer wirklich großdeutschen Bewegung aufzudecken.²⁷

25 Die Priorität in der Erwägung des Einheitsstaates kommt den von Ludwig Walesrode herausgegebenen Demokratischen Studien zu, von denen zwei Bände in den Jahren 1860 und 1861 erschienen; der extremste Beitrag der meist im Exil lebenden Mitarbeiter, ist der Lassalles, Fichtes politisches Vermächtnis. Dieser linke, offen oder getarnt, republikanische Flügel ging nach Königgrätz zu den Nationalliberalen über. Die Tätigsten waren H. B. Oppenheim und Louis Bamberger. Rechts standen die großpreussischen Einheitsstaatler, deren intellektuelles Haupt Heinrich v. Treitschke war. Als Anhänger der Annexion Schleswig-Holsteins an Preußen bildeten sie eine beachtliche Minorität um die Bremer und deren Anrainer Göring, Maier, Hoyer, Weber (Stade). Siehe dazu Brief Bennigsens an Nagel v. 4. 9. 1865, Nachlaß Bennigsens, Korrespondenzband 32: Besprechungen in Hamburg. Der Bremer Agent des Nationalvereins an den Geschäftsführer Lorenz Nagel, 5. und 20. 5. 1866. Er betont die annexionistische Haltung Görings, der August Lammer nicht beipflichtet.

26 W. REAL, Österreich und Preußen, 1966.

27 E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte III, 1963, berichtet über die erste Version Preußens einer Nationalvertretung am Deutschen Bund: „Zur Bestürzung des Bundestags verlas der neue preussische Bundestagsabgesandte Sydow am 22. Januar 1863 die Erklärung, „nur in einer Vertretung, welche nach Maßgabe der Bevölkerung jedes Bundesstaats aus letzterer nach durch unmittelbare Wahl hervorgehe, könne die deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden“, und weiterhin: „Da Österreich als einem Vielnationenstaat nicht zuzumuten sei, sich an einer deutschen Nationalvertretung zu beteiligen, müsse man sich entschließen, das vorhandene Reformbedürfnis, statt für die Gesamtheit des Bundes scheinbar, im engeren Kreise wirklich zu befriedigen.“ (S. 419). Für Huber ist damit die Gemeinsamkeit des Programmes des Nationalvereins und Bismarcks schon ausgedrückt. Miquel behandelt aber den Parlamentsvorschlag Preußens ganz am Rande in seiner Rede in der 4. Generalversammlung (VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 7): Preußen will vor allem Parität mit Österreich, „ein Veto Beider, wenigstens gegen Kriegserklärungen, endlich ein Parlament mit direkten Wahlen“. Als Grund für dieses laue Verhalten gibt der Beschluß der Generalversammlung an: „Nicht minder unzureichend sind die preussischen Gegenvorschläge, wenn sie von einer solchen Regierung überhaupt ernstlich gemeint sein könnten.“ (VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 32). – Die direkte Wahl der Bevölkerung gibt nach dem erzwungenen Ausscheiden Österreichs eine klare Mehrheit für Preußen und Norddeutschland, woran dem Nationalverein während des Verfassungskampfes in Preußen nicht gelegen ist. Weder Bismarck noch dem Nationalverein ist an dem demokratischen Aspekt des Wahlrechts gelegen, wie ihr Verhalten nach Königgrätz beweist.

Seitdem der österreichische Gesamtstaat nach Besiegung der Volksbewegung von 1848/49 sowohl in Wien wie in Budapest errichtet war, konnte Österreich wieder die Vormacht im Deutschen Bund werden, aber eine wirkliche großdeutsche Einigungsbewegung konnte es seitdem nicht mehr geben. Wenn die Geschichtswissenschaft dennoch Groß- und Kleindeutsch in Parallele setzt, indem sie den kleindeutschen Nationalverein und den großdeutschen Reformverein vergleicht, tut sie das aus Hang zur Symmetrie und Harmonie, aber verzeichnet die geschichtliche Wirklichkeit: Es hat eine preußische Spitze in zwei Varianten gegeben, den *großpreußischen Einheitsstaat* und den *kleindeutschen Bundesstaat*, aber eine großdeutsche Einheitsbewegung hat es nie gegeben und konnte es nie geben, wohl eine Bewegung zur Verhinderung der kleindeutschen Einigung. Zu denen, die die kleindeutsche Staatsgründung vereiteln wollten und deshalb Österreich (und seine Reformbestrebungen) unterstützten, gehören die wenigen radikalen Großdeutschen von rechts und links, denen ein Abbremsen der kleindeutschen Einigungsversuche wichtiger war als die sofortige Erfüllung ihrer großdeutschen Träume. Die Radikalen machten sich keine Illusionen über Habsburg und die „großdeutschen“ Mittelstaaten, aber sie wollten keinen Machtzuwachs für ein partikulares Preußen. Sie wollten den Siedlungsraum der Deutschen bis zur Donaumündung offenhalten, bis eine großdeutsche Bewegung reif sein werde, ihn zu übernehmen. Von rechts mögen Bucher und Rodbertus solche Gedanken gefaßt haben, aber von links gehörte die gesamte Partei der „Neuen Rheinischen Zeitung“ zu dieser Richtung, allen voran Marx und Engels in England und Wilhelm Liebknecht, ihr „Statthalter“, in Deutschland.²⁸ Wenn Marx und Engels nach Königgrätz sofort auf die kleindeutsche Lösung umschwenkten, nachdem sich ihnen eine neue Linie der europäischen Politik mit der Gründung der *Internationalen Arbeiterassoziation* (1864) aufgetan hatte, so hat Liebknecht auch nach Königgrätz die großdeutsche Opposition zur kleindeutschen Lösung des deutschen Problems fortgeführt: Wenn er 1866 und 1867 die großdeutsche Opposition mit Hilfe aller politischen Kräfte (auch der Partikularstaaten) fortsetzte, so schien es ihm im Jahre 1868, daß das Aufleben der Wiener Arbeiterbewegung die Grundlage einer echten großdeutschen Bewegung bilden könnte.²⁹ Er hat sich erst später dem kleindeutschen, real existierenden Staat angepaßt.

Der deutsche Nationalverein hat im deutschen Bürgertum nie eine echte großdeutsche Bewegung zu bekämpfen gehabt, wohl hat er mit dem Reformverein zusammenarbeiten müssen, um den *preußischen Einheitsstaat* zu bekämpfen: Wenn er die Reichsverfassung von 1849 vertrat, forderte er den *Bundesstaat*, und wenn er die Eingliederung Schleswig-Holsteins in den Bund unter einem besonderen Fürsten vertrat, so richtete er sich gegen eine direkte Annexion durch Preußen (1864). In diesen Punkten traf er sich mit dem Reformverein und konnte mit ihm zusammenarbeiten, weil es hier nicht um Großdeutschland ging und nicht um die österreichische Spitze, sondern um den föderativen Aufbau Deutschlands. Deshalb war der 36er-Ausschuß zur Wahrung der Interessen Schleswig-Holsteins aus National- und Reformvereinigern zusam-

28 SH. NA'AMAN, *Demokratie*, 1984.

29 Vgl. HOCHVERRATSPROZESS WIDER LIEBKNECHT, 1911, S. 868–876.

mengesetzt, aber der Gegensatz von Groß- und Kleindeutschland kam dabei nicht ins Spiel.

Der Reformverein näherte sich in vorsichtigen Schritten der Auffassung des Nationalvereins, indem er einwilligte, daß der deutsche Staatenbund allmählich einem Bundesstaat (wie ihn der Nationalverein verlangte) anzupassen sei, und deshalb erwog er verschiedene Versionen einer indirekten Vertretung des deutschen Volkes beim Bundestag durch Delegierte der deutschen Einzelparlamente: Den Österreichern überließ er es, den Weg zu finden, die Mitgliedschaft im Deutschen Bund mit ihrer Vorherrschaft im österreichischen Gesamtstaat zu versöhnen.³⁰ So weit war auch der kleindeutsche Nationalverein bereit zu gehen, nur wußte er im voraus, daß die Deutschen Österreichs ihre zentrale Stellung im Gesamtstaat höher einschätzen würden als ihre Randstellung im Deutschen Bund.

Wir stellen fest: Soweit der Reformverein keine wirkliche Bewegung für eine großdeutsche Gestaltung des kommenden deutschen Staates war und nur eine Reform des Deutschen Bundes anstrebte, und Österreich nur als Schutzmacht anerkannte, konnte der Nationalverein mit dem Reformverein, wie er es im 36er-Ausschuß tat, zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit war geboten, weil in nächster Nähe zum Nationalverein die kleindeutsch-bundesstaatliche Auffassung immer offener angegriffen wurde und durch eine einheitsstaatlich-preußische Auffassung ersetzt wurde: kleindeutscher Bundesstat oder preußischer Einheitsstaat heißt die letzte Alternative, vor die sich der Nationalverein gestellt sah, und die er der Nationalliberalen Partei ungelöst vererbte.

Die einheitsstaatliche Perspektive der Einigung Deutschlands für Preußen trat erstmalig 1864 hervor, als nach der Erstürmung der Dänischen Befestigungswerke die Preußen das holsteinische Kiel (und das ganze Schleswig) besetzt hielten und damit die weitgehendsten Pläne verknüpften: Vorausgesetzt, daß durch einen Nord-Ostsee-Kanal Preußen die Beherrschung der Nordsee wie der Ostsee zufallen würde (und durch die Besitznahme Kiels diese Beherrschung effektiv machte), – würde Preußen dann nicht mit einem Streich sogleich der englischen wie der russischen Vormachtstellung auf den Meeren ledig sein, die sie durch die politische Beherrschung des Sundes (mittels Dänemark) ausübten? Damit waren nicht nur die preußischen Ostprovinzen gegen alle möglichen panslawistischen Ambitionen Rußlands geschützt, sondern im Gegenteil, pangermanischen Träumen auf die russischen Ostseeprovinzen Tür und Tor geöffnet!³¹ Andererseits kam eine Wende in den Machtverhältnissen zustande, wenn eine preußische Flotte den preußischen Handel gegenüber England schützen würde und sowohl die Agrarprodukte der Ostseeküste wie die Industrieprodukte der Nordseegebiete auf dem Weltmarkt anbieten könnte. All

30 Siehe den dreiteiligen Aufsatz: Ein Wort an Österreich (WOCHENSCHRIFT Nr. 222, 224 u. 226 v. 28. Juli, 11. u. 23. August 1864, S. 1 881–1 883; 1 896–1 898; 1 912–1 914); Österreich muß selbst den Weg finden, wie seine deutschen Gebiete sich dem Zollverein anschließen können und muß sich dementsprechend föderativ entwickeln.

31 Siehe den „L“ gezeichneten Aufsatz, den wir Lammers zuschreiben: Die skandinavische Idee (WOCHENSCHRIFT Nr. 230 v. 22. Sept. 1864, S. 1 952–1 953); das Thema der Perspektiven, die der Sieg über Dänemark eröffnete, wurde in der Vorstandssitzung des Nationalvereins v. 14. 2. 1864 verhandelt.

das war durch Kiel und Schleswig-Holstein garantiert, wenn diese nur an Preußen kämen.

Aber die preußischen Gedanken gingen weiter. Preußen war seit jeher in eine Osthälfte (Preußen, Brandenburg und Schlesien) und eine Westhälfte (Rheinland und Westfalen) geteilt, zwischen denen ausgedehnte Territorien nicht-preußischer Staaten (besonders Hannover und Kurhessen) lagen. Es war ein altes Ziel preußischer Politik, Preußen territorial abzurunden: Durch die Beherrschung Schleswig-Holsteins ließen sich die Elb- und Wesermündungen absperrern und Hamburg, Hannover und andere Staaten in irgendeiner Form Preußen angliedern, ohne diese Staaten direkt anzugreifen. Der zukünftigen Entwicklung waren damit vollkommen neue Perspektiven geöffnet, wenn nur Schleswig-Holstein nicht dem Deutschen Bund ausgeliefert würde. Preußische Machträume wurden realisierbar, nur daß sie der Hoffnung auf einen geeinten Bundesstaat entgegenstanden.

Schleswig und Holstein wurden durch eine kombinierte Aktion von Preußen, Österreichern und Bundesstruppen (Hannoveranern, Bayern) erobert. Wenn die Preußen sich in Schleswig konzentrierten, so die Österreicher und Bundesstruppen in Holstein, das ja seit jeher Bundesgebiet war, und nur aus der unberechtigten weiblichen Dänischen Linie nunmehr einem männlichen Sproß einer Seitenlinie übergeben werden sollte. Nach Auffassung der Bundesstaaten sollte Holstein (zusammen mit dem ihm „ungeteilt“ verbundenen Schleswig) nach der „Bundesexekution“ mit seinem „männlichen“ Herzog Friedrich wieder dem Bunde angegliedert werden. Mit den Rechtsanschauungen (und den Rechtsfiktionen) gingen natürlich auch handfeste Interessen Hand in Hand, die ebenso um den geplanten Nord-Ostsee-Kanal kreisten, nur daß sie außer Preußen auch den Elbe- und Weser-Anrainern zugute kommen sollten, wie Sachsen, Hannover und Österreich (Böhmen). Natürlich sollte durch die gemeinsame Aufnahme der beiden nördlichen Provinzen in den Bund den Annexionsgelüsten Preußens ein Riegel vorgeschoben werden.

Klar ist es, daß diese Auffassung auch der Mehrzahl der Schleswig-Holsteiner entsprach; aber klar ist auch, daß der Deutsche Nationalverein eben diese Auffassung vertrat.³² Wollte er den Partikularisten zeigen, welche Vorteile ihnen als Deutsche aus der Einigung erwachsen würden, so war hier der richtige Moment: Ein blühender Staat war durch die Gunst der Umstände (1848 war das mißglückt!) und durch die Anstrengungen vieler deutscher Staaten zu Deutschland gekommen, und nun würden viele deutschen Staaten, und allen voran die Herzogtümer, von der Gemeinsamkeit des Seehandels profitieren. Um diese Neugestaltung durchzuführen, hat der Nationalverein mit dem Reformverein im 36er-Ausschuß gemeinsame Sache gemacht und sogar weitgehende Konzessionen der Schleswig-Holsteiner zugunsten Preußens durchgesetzt (wie den mi-

32 WOCHENSCHRIFT Nr. 230 v. 22. Sept. 1864, S. 1 915–1 916: Die Differenzen in der schleswig-holsteinischen Presse; der Aufsatz ist „L“ (= Lammers) gezeichnet, und endet: „In dieser Form wird das Programm der schleswig-holsteinischen Fortschrittspartei einen wichtigen und glücklichen Präzedenzfall für die fortschreitende Einigung Deutschlands abgeben können, wenn es, wie zu erwarten steht, zuletzt in die Wirklichkeit übergeht, und dabei die Kontrolle anbahnt, welche der parlamentarischen Vertretung der Nation vorbehalten werden muß.“

litärischen und maritimen Anschluß in Friedens- und Kriegszeiten), und doch waren weder die preußische Regierung noch das preußische Abgeordnetenhaus zufrieden: Man wollte die Annexion der beiden Herzogtümer als „herrenloses Gut“ (um einen Herzog nicht um sein Gut zu bringen) und verlangte vom Nationalverein, daß er die Annexion an Preußen als im deutschen Interesse liegend sanktioniere. Die preußischen Mitglieder des 36er-Ausschusses demissionierten oder ließen sich entschuldigen³³, und nach der österreichisch-preußischen Entscheidungsschlacht von Königgrätz wurden beide Herzogtümer als preußische Provinzen beibehalten und der Nationalverein des Unverständnisses für die wirklichen Interessen des zukünftigen deutschen Staates beschuldigt. Für die preußischen Annexionisten fielen die deutschen und preußischen Interessen einfach zusammen, und wenn sie die Erweiterung des preußischen Territorialbestandes durch die Annektierung aller deutschen Staaten verlangten, waren sie konsequent. Ob der erweiterte Staat dann Preußen oder Deutschland heißen würde, war ihnen Nebensache. Sicher schien ihnen, daß ein solcher Staat ein militärischer Machtstaat sein würde und zugleich ein Einheitsstaat. Jeder annektierte Staat eine preußische Provinz!

Als Preußen gleichzeitig mit den beiden nördlichen Gebieten auch traditionsreiche Staaten nördlich des Mains zu preußischen Provinzen machte (das Königreich Hannover wurde zur Provinz Hannover), triumphierten die Einheitsstaatler mit den Preußischen Jahrbüchern unter der Redaktion von Treitschke an der Spitze.³⁴ Sie nahmen den Nationalverein wegen seines Festhaltens am Bundesstaat zum Objekt ihrer Selbstkritik: Warum waren sie und ihre Gesinnungsgenossen nicht schon früher und eindeutig zur einheitsstaatlichen Lösung der deutschen Frage gekommen? Die Einheitsstaatler gelobten in aller Zukunft Bismarck auf dem Weg der Gestaltung des großpreußischen Einheitsstaates unbedingt Folge zu leisten, kamen aber bald davon ab, weil Bismarcks Orientierung auf einen preußischen Großstaat, der alle deutschen Staaten mediatisieren würde, plötzlich nicht mehr eindeutig schien.

Zwar hatte Bismarck selbständig deutsche Staaten zu preußischen Provinzen degradiert und sie dem preußischen Steuer- und Militärapparat unterworfen, aber gleichzeitig hatte er die Reform des Deutschen Bundes auf dem norddeutschen Gebiet zu einer Wahrheit gemacht: Er hatte die Verfassung des Norddeutschen Bundes durch ein demokratisches Parlament bestätigen lassen und

33 Dazu der intime und deshalb aufschlußreiche Brief von Schulze-Delitzsch an Fries in Weimar v. 8. 9. 1865: Die Preußen dürfen sich nicht wegen Teilnahme an einer Preußen nicht genehmen Konferenz, Repressalien, wie Verhaftung und Gefängnis aussetzen. Abgedruckt in: H. SCHULZE-DELITZSCH, Schriften III, 1910–1913, S. 240–242. Der Brief an denselben v. 28. September geht auf dasselbe Thema ein und verweist auf ein Promemoria, das für einen weiteren Kreis bestimmt ist (ebd., S. 247–251).

34 Treitschkes Aufsatz „Bundesstaat und Einheitsstaat“ (1864) ist so bedeutsam, weil er im Anschluß an die Problematik Schleswig-Holsteins, gegenüber dem Bundesstaat, den der Nationalverein im Hinblick auf das Vorbild eines Mittelstaates mit begrenzter Souveränität propagierte, die Absurdität eines Bundesstaates mit monarchischen Gliedstaaten nachwies und den unitarischen preußisch-deutschen Staat verlangte. Für Treitschke gilt nur der Gegensatz von einem chaotischen Staatenbund mit Kleinstaaten und dem unitarischen Nationalstaat. – Treitschke drang mit seinem radikalen Denken nicht sogleich durch; im Jahre 1865 wuchs aber der Einfluß der unitarischen Nationalstaatsidee auf den rechten Flügel des Nationalvereins, besonders in Norddeutschland mit dem Zentrum Bremen.

somit für 30 Millionen Staatsbürger das gleiche Wahlrecht eingeführt, und die Norddeutschen Reichstage würden nach demselben demokratischen Wahlrecht Gesetze bestätigen.³⁵ Wie verhielt sich der *einheitsstaatliche Großpreuße Bismarck* von 1864 zu dem *bundesstaatlichen Deutschen Bismarck* von 1866? Wie es scheint, war mit Bismarck eine grundsätzliche Veränderung vor sich gegangen, seit er 1864 begonnen hatte, die Dänische Erbfolge für Preußen auszunutzen. Er blieb dem preußischen Konzept treu, aber er verstand doch auch die Deutschen, die Preußen nicht untertan sein wollten, die ein bundesstaatliches Deutschland anstrebten, wie es die Paulskirche begonnen hatte und der Nationalverein es erneut vertrat. Solche Deutsche gab es in Masse südlich des Mains, und ohne sie würde Deutschland kein Ganzes sein.

Das einheitsstaatliche Großpreußen und das bundesstaatliche Kleindeutschland (bis 1871 – das bundesstaatliche Norddeutschland) befanden sich im Widerspruch, aber gewachsene Staaten zeigten solche Widersprüche: Das preußische Abgeordnetenhaus, das auf dem Dreiklassenwahlrecht basierte und bei dessen Wahl die Stimmen mündlich abgegeben wurden, stand neben dem Deutschen Reichstag (bis 1871 – neben dem Norddeutschen Reichstag), der aufgrund gleicher und geheimer Stimmabgabe gewählt wurde. Eines der beiden Parlamente hätte verschwinden sollen, aber beide wurden beibehalten, obwohl ihre gegensätzliche Struktur zu Kritik herausforderte. Ihrem verschiedenen Wahlmodus stand auch eine verschiedene Geschäftsordnung und eine verschiedene Kompetenzzuschreibung zur Seite. In dieser Gegensätzlichkeit haben beide Gremien bis 1918 bestanden. Wegen des Übergewichts des vergrößerten Preußen war das Reich kein echter Bundesstaat, und das preußische Abgeordnetenhaus ähnelte mehr einem umfassenden Reichstag als einem Landesparlament. Die Gleichheit der kleinstaatlichen badischen oder oldenburgischen Parlamente mit dem preußischen war eine Illusion, aber doch konnte der Karlsruher und der Oldenburgische Bürger sich am Gesamtstaat beteiligen wegen der gleichen Wahl zum Reichstag und ohne dem Preußischen Parlament untertan zu sein: Dieses gleiche Wahlrecht war die gemeinsame volkstümliche Wurzel aller Parteien im Deutschen Reich, auch wenn der Reichstag kein souveränes Parlament war. Alle vorhergehenden ungleichen Wahlrechte, und das preußische Dreiklassenwahlrecht inbegriffen, haben die Liberalen schwer enttäuscht, indem sie nach 1866 regelmäßig konservative Mehrheiten lieferten; und die Volksparteiler und Sozialisten konnten nicht einmal hoffen, unter ihren Bestimmungen eine wirkliche Macht zu werden. Sie haben sich sogleich dem allgemeinen Reichstagswahlrecht zugewandt, aber auch die Nationalliberalen haben, trotz aller Bedenken, an ihm festgehalten.

Die großpreußischen Einheitsstaatler haben die Zeichen der Zeit falsch gedeutet, wenn sie meinten, Bismarck auf ihrer Seite zu haben, weil er Preußen vergrößern und abrunden wollte, bevor er an die Errichtung seines eigenwilli-

35 Die komplizierte Struktur der Norddeutschen Bundesverfassung und ihr Verhältnis zur schon bestehenden Preußischen Verfassung stellt E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte III*, 1963, S. 643–655 dar. Dort wird auch der Unterschied einer „beratenden“ Verfassung (wie der preußischen) und einer nur „bestätigten“ (weil von den konstituierenden Herrschern beratenen) Verfassung klar; vgl. jetzt K. E. POLLMANN, *Parlamentarismus*, 1985.

gen Bundesstaates ging: Nicht im preußischen Einheitsstaat, sondern im bundesstaatlichen Reichstag fand er das Organ zu seiner Lösung des Deutschen Problems; die durch Sachzwang gebotene Modernisierung des neuen Staates verwies ihn in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung auf die Nationalliberalen, deren Einfluß im Reichstag immer größer war als im preußischen Abgeordnetenhaus. Sie wurden seine Bundesgenossen während des ersten Jahrzehnts im Reichstag zuerst des Norddeutschen Bundes und dann Kleindeutschlands. Der souveräne preußische Einheitsstaat ist nie Wirklichkeit geworden, weil erst der Nationalverein als Sachwalter des deutschen Bürgertums (mit Einschluß der Süddeutschen) ihn ablehnte, und danach die Nationalliberale Partei – als seine direkten Erben – am Bundesstaat in der Form von Bismarcks Fürstenbund mitarbeitete. Durchgesetzt hat sich der Bundesstaat. Aus dessen Perspektive gilt es, die liberalen und demokratischen Elemente zu beschreiben und zu bewerten, die im Nationalverein vereinigt waren.

ERSTES KAPITEL

DAS SPANNUNGSFELD VON EINZELSTAAT UND ERHOFFTEM NATIONALSTAAT SEIT DER REVOLUTION VON 1848/49

Es wird im allgemeinen vom Scheitern der Bewegung der Jahre 1848/49 gesprochen, und gemeint wird damit vor allem die totgeborene einheitliche Verfassung, die im März 1849 beschlossen, dann nicht in Kraft trat wegen der Ablehnung der erbkaiserlichen Krone durch den preußischen König, der Sprengung der verfassungsgebenden Versammlung der Paulskirche und der Unterdrückung der Aufstände zugunsten der nationalstaatlichen Verfassung in Baden und der Pfalz. Außer acht gelassen wird bei dieser Art der Betrachtung, daß die Paulskirche wohl das spektakulärste Ereignis dieses „tollen Jahres“ war, daß aber gerade jene „Tollheit“ der eigentliche Inhalt dieser 18 Monate war. Damit soll gemeint sein, daß die Deutschen während dieser 18 Monate genau das taten, was sie für wichtig und richtig hielten oder – in der Sprache der Theoretiker ausgedrückt –, daß die Deutschen jene politische Praxis ausübten, die ihnen bis dahin fehlte. In dieser Beziehung ist die deutsche Revolution der länger anhaltenden großen französischen von 1789 analog.

Wenn die Deutschen in diesen Wochen der Freiheit Bürgerinitiativen entwickelten, sich zu Vereinen und Klubs zusammaten, Mißstände beseitigten, Petitionen einreichten und in den ländlichen Bezirken auch Steuerbücher verbrannten, Eisenbahnschienen aufrissen und Maschinen beschädigten, so wiesen sie Lebens- und Arbeitsbedingungen ab, die ihrer Auffassung widersprachen. Alle diese Ereignisse spielten sich in den Einzelstaaten ab, und mit den Petitionen richteten sie sich zuerst an ihre Munizipalitäten und dann an ihre Ministerien. Vor den Thronen ihrer Landesväter machten sie halt, und diese vergalteten Treue und Biederkeit ihrer Untertanen durch Ernennung von sogenannten „Märzministern“, die sich auf den Boden der neuen Tatsachen stellten, weil sie vorher selber der Opposition angehört hatten und sich mit den Beschwerden ihrer Mitbürger identifizierten. Nirgends – außer in dem erst durch Napoleon zusammengeführten Großherzogtum Baden – gab es eine republikanische Volksbewegung. In den kleinsten und größten Staaten war das Bild das gleiche. Was sich beispielsweise in Köln ereignete, spielte sich auch in kleinen Provinzstädten ab, nur daß Köln als rheinische Metropole und wegen der Tätigkeit von Karl Marx besonderes Interesse erregte.

In Köln bildeten sich Bürger- und Arbeiterklubs, bewaffneten sich die Bürger und Handwerker, und verlangten auch die Arbeiter Waffen; in Köln belagerte man das Rathaus und übergab den Stadtvätern Petitionen, um sie an die preußi-

sche Staatsregierung weiterzuleiten. In Köln schossen die Zeitungen wie Pilze aus der Erde und jede Meinung war vertreten.

In Berlin verliefen die Ereignisse wie in jeder Hauptstadt, nur daß hier die Erregung größer war, und der preußische König und seine Helfershelfer sich weniger an ihr Wort gebunden fühlten und früher und offener als sonstwo an die Rückkehr zu den früheren Zuständen dachten. Sie verließen sich nie auf Worte, sondern vertrauten den Waffen.

In den Einzelstaaten spielten sich die Ereignisse ab, die die Deutschen interessierten, und von den Einzelstaaten erhofften sie die Lösung der sie bedrückenden Probleme. Die Kölner hofften zum Beispiel, daß endlich ihnen Gehör geschenkt werde, und sie ihre „rheinischen Institutionen“ dadurch befestigen würden, daß sie sich im ganzen preußischen Staat ausbreiteten. Sie hofften den Status einer eroberten Provinz loszuwerden und sich Preußen anzugliedern dadurch, daß ganz Preußen sich „verwestlichte“.

In allen Eingaben und Flugblättern¹ wurden die nationalen Forderungen kurz erwähnt, um sogleich zu den drückenden einzelstaatlichen Wünschen und Forderungen überzugehen. Man sprach von nationalen Wünschen, aber man sprach nie von einem Gesamtstaat.

In Preußen dachte man an den Vereinigten Landtag anzuknüpfen und an ihm auch Vertreter der verschiedenen deutschen Parlamente teilnehmen zu lassen, wären nicht die Barrikaden des 18. März dazwischen gekommen und hätten gründlichere Lösungen notwendig gemacht. Aber gerade diese gründlicheren Lösungen zeigten den Gegensatz zwischen Nationalstaat und Einzelstaat auf: In Berlin sollte eine preußische Nationalversammlung zusammentreten und für den Gesamtstaat Preußen eine gemeinsame Vertretung und Verfassung beschließen, sollte, wie die preußische Regierung sagte, sie „vereinbaren“. Man beachtete den Unterschied kaum, und für unseren Blickpunkt ist es nicht entscheidend, ob für den preußischen Sonderstaat eine nationale Verfassung „beschlossen“ oder „vereinbart“ würde, denn es war vom Standpunkt eines Gesamtstaates entscheidend, daß es überhaupt in den Sinn kam, eine Sonderverfassung zu beraten, und zwar unter dem Aspekt einer Nationalversammlung: Es gab also neben einer *deutschen* Nationalversammlung eine *preußische*, und das war ausschlaggebend. Über den Widerspruch zweier Nationalversammlungen sind die Politiker des Jahres 1848 nie hinweggekommen.²

In Preußen wurde für beide Nationalversammlungen im Monat Mai gewählt, d.h. nachdem schon wochenlang in den Einzelstaaten die Sonderparlamente tagten und sich einarbeiteten. In Preußen war die Verzögerung unausbleiblich, weil man es vordem noch mit dem Vereinigten Landtag der verschiedenen Provinzialstände versuchen wollte, aber warum solange mit der gesamtdeutschen Nationalversammlung zögern, es sei denn, daß man ihr die Einzelparlamente vorzog, und man es mit dem Zusammentreten des Gesamtparlaments nicht so eilig hatte: die Hauptsache hatte man in den Einzelresidenzen erreicht, und das Gesamtparlament brauchte man nur als zeitgemäße Ergänzung des zur Gewohnheit

1 Siehe K. OBERMANN, 1970.

2 Auf das Problem einer Doppelkonstituierung hat wirkungsvoll F. MEINECKE hingewiesen; ders., Weltbürgertum und Nationalstaat, 1908, S. 340–364 und S. 389–433.

gewordenen Bundestages. Man erwartete vom Nationalparlament keinerlei grundlegende Änderung der Lebensbedingungen in den Einzelstaaten. Hätte man in der Frankfurter Nationalversammlung die Einheitsrepublik ausgerufen und die Einzelherrscher in den Deutschen Staaten abgeschafft, hätte man vermutlich mit lebhaftem Widerstand in den Einzelstaaten zu rechnen gehabt.³

Ganz allgemein von deutscher Einigkeit zu schwärmen und konkret, Errungenschaften in den Einzelstaaten zu gefährden, sind ganz verschiedene Dinge. Wir vergleichen das Ergebnis des gleichen Wahllaktes in Preußen, als die Preußen ihre Nationalversammlung wählten und gleichzeitig ihre Stimme für die Frankfurter Nationalversammlung abzugeben hatten: Für Berlin wählten sie Männer, die ihre Interessen wahrnehmen konnten, Männer der Praxis und der Tat, die sie auch früher schon vertreten hatten, unter diesen auch Bauern und Handwerker, die kaum lesen und schreiben konnten; für Frankfurt wählten sie Männer der Bildung – vorzugsweise Rechts- und Geschichtskenner –, die man ihnen empfohlen hatte, denn was es dort zu entscheiden gab, waren höchst verwickelte Sachen, weil man die Interessen der Einzelstaaten und in den Einzelstaaten zu berücksichtigen hatte, den Gegensatz von Preußen und Österreich, den Deutschen Bund, der wohl eingeschlafen, aber nicht tot war, die internationalen Verträge und die internationalen Interessen. So kam ein „Professorenparlament“ zustande, und das war keine Unerfahrenheit und kein Zufall, sondern ergab sich aus den Bedingungen der deutschen Einheit, hinter der kein Lebensinteresse stand. Der Zollverein hatte bewiesen (und wird es weiter beweisen), daß lebenswichtige Fragen sich auch ohne die politische Einheit Deutschlands erzielen ließen.

Das Frankfurter Parlament sollte den Deutschen Bund modernisieren, damit er mit den Einzelregierungen in Einklang stehe – mehr wurde von den meisten nicht erwartet, den meisten, aber nicht allen: Es gab Historiker, Juristen, Diplomaten, Weltreisende und Denker, die weiter sahen; die Großstaaten in Aktion gesehen hatten, in der Vergangenheit oder der Gegenwart; die den Weltmarkt kannten, und die wußten, daß ein Zollverein, in dem jeder Regierung ein Liberrum Veto zustand, große Fragen nicht werde lösen können. Solche „Ideologen“ zählten die Zahl aller Deutschen in der Welt zusammen und sahen den großen deutschen Machtstaat vor Augen, der sich mit den Großmächten Frankreich und England werde messen können – wenn nur die Einheit zustande kommen würde: Für sie war der Deutsche Bund nicht nur verhaßt wegen seiner Unter-

3 Die Ereignisse der Revolution 1848/49 dürfen als bekannt vorausgesetzt werden und werden nur soweit erwähnt, wie sie die Geschichte des Nationalvereins bestimmen, die nur ein Jahrzehnt später begann; alle seine Hauptträger haben Anteil am Geschehen der Revolutionszeit. Die Ereignisse in den Einzelstaaten innerhalb des nationsweiten Geschehens behandeln V. VALENTIN, 1970; E. R. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte II, S. 842–498 und ders., Dokumente I, 1961, bringt die Frankfurter Reichsverfassung, die preußische und Erfurter Verfassung, S. 304–326, S. 362–420 und S. 421–444; W. BOLDT, Anfänge, 1971, behandelt eingehend das Verhältnis von politischen Vereinen zu den parlamentarischen Gremien, das für den Nationalverein besonders nach der Adoptierung der Reichsverfassung von 1849 entscheidend wichtig wird. Der Aufsatz von W. BOLDT, Konstitutionelle Monarchie, 1973, untersucht das Verhältnis von Gesetzgebender Gewalt und Exekutive, das für die Parteienbildung im Nationalverein entscheidend wird.

drückung der Freiheit der Deutschen, sondern mehr noch verächtlich, weil er den deutschen Machtanspruch hintertrieb.

Solche „Ideologen“ hatten die Zusammenkunft des Frankfurter Parlaments durch ihre Vorarbeit ermöglicht, und sie blieben in ihm bis zu seinem Ausgang im Frühling 1849 beherrschend. Sie kamen als unorganisierte Gruppe Privater in Städten Süddeutschlands zu Beratungen zusammen und konstituierten sich letztlich als „Vorparlament“ und sorgten dafür, daß die Einzelregierungen reguläre, wenn auch nicht vollkommen gleichmäßige Wahlen zur Nationalversammlung ausschrieben und durchführten. Dieses *Vorparlament*⁴ hat durch systematische Vorberatungen die Arbeit der Nationalversammlung in ihr Geleise gebracht.

Die Nationalversammlung wurde zu einem verfassungsgebenden Gremium, das die Exekutive einem Reichsverweser und seiner Regierung überließ. Diese Zerteilung der Gewalten in eine Exekutive und eine nur beratende Versammlung ist der bedeutendste Vorentscheid im Leben der Frankfurter Nationalversammlung, denn durch die Schaffung einer vom Parlament prinzipiell unabhängigen und somit auch „unverantwortlichen“ (wie es damals hieß) Regierungsgewalt brachte sich die Nationalversammlung nicht nur in die Abhängigkeit von den Einzelregierungen (was schon wegen ihres verspäteten Auftretens unvermeidlich war), sondern auch in die Abhängigkeit einer Regierung, der sie selbst zugestimmt hatte. Von dem Moment an, wo sie der Bildung einer selbständigen Regierung durch den Reichsverweser Johann (einem österreichischen Erbprinzen) zustimmte, wurde sie eine „Vereinbarungsversammlung“, die eine Verfassung wohl beraten und beschließen durfte, sie aber nicht in Kraft setzen konnte, ohne die Zustimmung des Reichsverwesers, seiner Regierung und aller Einzelstaaten.

Der Reichsverweser und seine Regierung wiederum waren ohnmächtig, weil sie wohl (statt des Bundestages) Befehle an die Einzelregierungen ausgeben, aber selbst nichts unternehmen konnten wegen ihrer Mittellosigkeit: Der Verweser verfügte weder über eine eigene Armee noch über eigene Einnahmen und war auf die Mitwirkung der Einzelregierungen angewiesen; nur gegenüber der Nationalversammlung war er allmächtig. Ohne die Zustimmung des Reichsverwesers konnte keine Verfassung rechtsgültig werden. Erst danach konnte sie in den Einzelstaaten durch amtliche Verkündung Gesetzeskraft erlangen. Ob

4 Ein Vorparlament als Zusammenkunft Privater um Parlamentswahlen durchzuführen kann seinen revolutionären Ursprung nicht verbergen, auch wenn es konstitutionelle Pläne durchführt. Deswegen sind alle Deutschen Regierungen gegen ein Vorparlament. Jede Beratung über ein Parlament im Nationalverein, wird als Vorbereitung eines Vorparlamentes angesehen, die ein Verbot des Vereines nach sich zu ziehen hat, besonders, wenn es um die Reichsverfassung geht, deren Geschichte mit einem Vorparlament beginnt. Daher die Ängstlichkeit bei den Beratungen über ein deutsches Parlament auf den ersten zwei Generalversammlungen, die erst auf der dritten überwunden wird, als die Verfassung von 1849 proklamiert wird. Auch Bennigsen spricht sogleich offen von dem notwendigen Vorparlament, aber als Kompromiß für die Konstitutionellen, die revolutionärem Handeln abgeschworen haben, deutet er an, daß diesmal „Berechtigte“, nämlich aktive Parlamentarier für die Konstituierung eines Vorparlamentes in Frage kämen. Siehe Bennigsens Eröffnungsrede, VERHANDLUNGEN III, 1862. Die Demokraten sahen als Vorparlament immer den Nationalverein an, der nur wachsen müßte, um die Wahlen zum Nationalparlament durchführen zu können.

eine durch die Mehrheit der Staaten gebilligte Verfassung auch in Staaten gültig sei, die sie nicht in ihrem Bereich veröffentlicht hatten, war eine Machtfrage, besonders wenn es sich um Großstaaten wie Preußen und Österreich handelte.

Alle Fragen, die sich an die Reichsverfassung knüpften, nachdem sie nach langem Zaudern im Jahre 1849 verkündet wurde, haben unser Interesse, weil die Einführung der Reichsverfassung in der Agitation des Nationalvereins 1862 eine große Rolle gespielt hat.⁵

Die Einzelregierungen sahen so viele innere Hemmnisse in das Zustandekommen und Inkrafttreten der Reichsverfassung eingebaut, daß sie sich kaum Mühe machten, die Verfassung zu torpedieren. Die preußische und österreichische Regierung ließen sich über alle ihre Schwierigkeiten durch eigene Diplomaten unterrichten. Erst als sie merkten, daß das Verfassungswerk trotz alledem verabschiedet werden würde, unternahmen sie den Schritt, der ihre wirkliche Haltung kenntlich machte: sie befahlen ihren Staatsbürgern, die Nationalversammlung zu verlassen, und nach einigem Zögern leisteten dem die Mehrzahl unter ihnen Folge.

Die preußische Regierung brauchte nur auf ihre Behandlung der eigenen preußischen Nationalversammlung seit November 1848 zurückzugreifen: Damals hatte sie die Verlegung der Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg angeordnet, die Unbotmäßigen suspendiert und eine eigene Verfassung, die dem ursprünglichen Verfassungswerk („Charte Waldeck“) nachgebildet war, aber das Eigenrecht der Krone (und deren Regierung) hervorhob, „oktroiert“, wie man es damals nannte: Eine verfassunggebende Versammlung hat eine Verfassung nicht „festzustellen“, sondern zu „vereinbaren“, und wenn die Regierung mit dem Vorschlag nicht zufrieden ist, hat sie das Recht (und damit auch die Pflicht), von sich aus eine Verfassung festzulegen, die dem Werk der Vereinbarerversammlung soweit wie möglich ähnlich ist, nur die Prärogative des Königs und seiner Regierung sorgfältig beachtet. Wenn das Volk – also die gebildeten Schichten – sich damit abfindet, kann die Regierung weiter gehen. So wurde das allgemeine Wahlrecht durch das Dreiklassenwahlrecht abgelöst, das zwar die allgemeine Wahl bestehen ließ, aber die Wähler nach drei Einkommensstufen staffelte: Wer mit der ersten Oktroyierung einverstanden war, fügte sich auch den weiteren: Das Besitz- und Bildungsbürgertum war damit einverstanden.⁶

Die Wähler und die Abgeordneten der beiden Nationalversammlungen, in Berlin und in Frankfurt, schieden sich in Konstitutionelle und Demokraten als

5 Die Proklamation der Reichsverfassung mit Grundrechten und Wahlgesetz bedeutete Stellungnahme gegen die preußische Regierung und für das preußische Parlament, das nun die preußische Spitze war. Da die Verfassung gültiges Recht war, und der Abgeordnetentag liberaler Parlamentarier mit der gültigen Ausschreibung der Wahlen beauftragt werden konnte, gab es anscheinend keine Schwierigkeiten, wenn nur die Parlamentarier Preußens schnell siegten, wie angenommen wurde. Der stillschweigende Vorbehalt der Konstitutionellen betraf die notwendigen Änderungen, die schon in Erfurt vorgesehen waren. Wenn die Demokraten sich dem widersetzen, war Spaltung (Eputation nach Schulze-Delitzsch) unvermeidbar.

6 Bei den Beratungen über die Gründung der „Fortschrittsfraktion“ in Preußen (1861) wurde das demokratische Wahlrecht ausgeklammert. Das Dreiklassenwahlrecht gehörte zu ihren heiligen Gütern, weil es zu überraschenden Wahlsiegen geführt hatte.

Befürworter der Volkssouveränität, die da meinten, daß eine Nationalversammlung jedenfalls soweit der Pariser *constituante* ähnelte, daß jede zu bildende Regierung ihr verantwortlich sei und ihr Rechenschaft abzulegen habe; daß sie das Recht habe ihr Richtlinien vorzuschreiben und berufen sei, auf die Zusammensetzung der Regierung Einfluß auszuüben.

Zwischen der Regierung und der Verfassung hatte eine innere Harmonie zu bestehen. Die Verfassungsarbeit hat nach Meinung der Demokraten ohne jede Verabredung mit der Regierung zu geschehen: Die Nationalversammlung bestimmt die Rechte der Regierung und der Krone und beaufsichtigt deren Handlungen; von Verabredung keine Spur, und wenn schon Abhängigkeit, läßt sich von der Abhängigkeit der Krone und der Regierung von der Nationalversammlung sprechen.

Als die Frankfurter Verfassung nicht ins Leben trat, Preußen unter dem Vortritt des Königsbruders Wilhelm (dem nachmaligen Wilhelm I.) ihren Verfechtern in Baden und der Pfalz mit Waffengewalt entgegentrat, und die preußische Verfassung bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurde, zogen die Demokraten sich aus dem öffentlichen Leben zurück, besonders in Preußen, aber auch anderswo, wo unter dem Einfluß Preußens und seiner tätigen Mithilfe die März-Errungenschaften abgebaut wurden. Dazu gesellten sich nicht nur ihr gesellschaftlicher Boykott, sondern auch handfeste Sanktionen durch den Staat und seine Gerichtsbehörden.

Die Demokraten waren in der preußischen Nationalversammlung in der Minderheit, weil die Regierung gegen sie tätig war und besonders die bürgerliche Öffentlichkeit auf ihre Seite brachte; in Frankfurt waren sie von vornherein in der Minderheit. Das Vorparlament hatte für die Teilung der Gewalten und den Einfluß der Verfassungsvereinbarer kräftig vorgearbeitet. Nach ihm galt es zunächst einmal den Deutschen Bund zu verjüngen durch eine kräftige Zentralgewalt, die ihm bis jetzt (u.a. auch wegen der Rivalität von Preußen und Österreich) gefehlt hatte. Nun, da Preußen und Österreich mit ihren Revolutionen beschäftigt waren, war es an der Zeit, eine kräftige Zentralgewalt zu errichten; eine Verfassung dagegen, deren Hauptanliegen es sein mußte, den einzelnen Bürgern und ihren Staaten ihre Rechte zu garantieren, konnte warten. Wenn es zunächst darauf ankam, eine Zentralgewalt zu schaffen, so mußte der Reichsverweser königsgleich gemacht werden, und dazu gehörte, daß mit ihm die Verfassung zu vereinbaren war wie mit jedem König. Deshalb machten die bekannten Namen des Vorparlaments jede Anstrengung, um die Mehrheit in der Nationalversammlung zu beherrschen und einen königsgleichen Reichsverweser einzusetzen. Die konstitutionellen „Vereinbarer“ in Frankfurt (im Gegensatz zu Berlin) hatten die Mehrheit der Versammlung vom Anbeginn in den Händen, und die demokratische Minderheit kämpfte vergeblich gegen sie an.

Die Vereinbarer in Frankfurt wie in allen deutschen Parlamenten nannten sich die „Konstitutionellen“, weil eine Konstitution in Deutschland (im Gegensatz zum revolutionären Frankreich) immer die Krone und ihre Regierung in das Kräfteverhältnis mit einbezieht, auch bei der Verfassungsgebung⁷: Deshalb

⁷ Wenn der Nationalverein auf der ersten Generalversammlung die Reichsverfassung rechtlich anerkannt hatte, und auf der dritten (Coburg II) auch ihre Verwirklichung verlangte, so hatte

muß eine Verfassung in Deutschland immer vereinbart sein, d.h. hat immer die Zustimmung des Herrschers (oder seiner Regierung) einzuholen.

Ein reziprokes Verhältnis, das die Mitwirkung und Vereinbarung des Parlaments bei den Regierungshandlungen der Krone verlangt, bestand nicht, und der Grund ist historisch: Das Parlament jeden Staates hatte sich aus der Ständerversammlung des 18. Jahrhunderts entwickelt, dessen Logik es war, daß es den Ständen zustehe, über ihre Geldzuwendungen an die Krone zu beraten und zu beschließen (und die Lasten zu verteilen). In den alten Ständerversammlungen war die Vereinbarung selbstverständlich, denn ohne eine Vereinbarung über den Zweck der Zuwendung gab es gar nichts zu beraten. Ebenso selbstverständlich war es, daß die Krone (oder die Regierung) die Geheimnisse ihrer Politik nicht preiszugeben brauchte des schnöden Geldes willen. So waren sowohl der König wie die Konstitutionellen in ihrem Recht: Wenn diese Leute auch „Altliberale“ genannt worden sind, so bezeichnet der Name ihre historische Stellung richtig.

Es gibt unter diesen Konstitutionellen viele Abarten und Schattierungen, und in Grenzfällen zur Demokratie, wie z.B. dem Hannoveraner von Bennigsen und dem Preußen von Unruh (beide Führer des Nationalvereins), ist die Einstufung oft sehr heikel, aber wir können feststellen: Gemeinsam war den Konstitutionellen, daß sie ein Recht auf Revolutionen und Barrikadenkämpfe nicht anerkannten. Selbst wenn sie Gewalt benutzten (mit Krieg drohten sie dauernd, aber auch mit Revolutionen, wenn auch undeutlich oder zweideutig), so lag die Begründung nicht in der vorhergegangenen Revolution, sondern im geheiligten Zweck, der sich ohne eigenes Verschulden des Krieges oder der Revolution bedient. Eine Rechtstheorie, die die Gewalt im Dienst der Idee als Gesetzesgrundlage prinzipiell anerkennt, hatte bei ihnen keinen Anhalt.⁸ Deswegen darf man sie als Liberale bezeichnen, aber sie mit den Liberalen schlechthin gleichzusetzen, wie es so oft geschieht, geht nicht an. Es handelt sich um Liberale

er die Priorität der Freiheit (Parlament) vor der Einheit (Zentralgewalt) anerkennt, auch wenn er als erste Aufgabe des Parlamentes ansah, die (preußische) Zentralgewalt einzusetzen. Dazu paßten auch die Bedingungen, die er auf der ersten Generalversammlung (Coburg I) für Preußen als Zentralgewalt stellte. Dieses Verhältnis von Freiheit und Einheit war für Preußen unannehmbar, und ein zweiter Korb stand der Nation vor. Bei der Konstituierung des Norddeutschen Bundes war das Bestehen einer preußischen Zentralgewalt Voraussetzung, deren Rechtlichkeit alle norddeutschen Herrscher anerkannten, bevor sie die Erlaubnis zum Wahlakt für das Norddeutsche Parlament gaben. Eine Parlamentsherrschaft war damit prinzipiell ausgeschlossen und der Nationalverein nicht an sein „ursprüngliches“ Ziel gelangt, wie sein rechter Flügel behauptet hatte.

- 8 Im System der erworbenen Rechte hatte Lassalle eine Rechtstheorie entwickelt, derzufolge nach der vorausbestimmbaren Entwicklung des Rechtsbewußtseins Rechte aus der Vergangenheit aufzuheben sind, auch wenn dazu „konkludente Handlungen“ nötig seien. Der 18. 3. 1848 – der Tag der Barrikaden von Berlin – ist ein solches rechtsveränderndes Geschehen. Der Terreur der Französischen Revolution ist eine rechtlich unhaltbare Entgleisung, während die revolutionäre Gesetzgebung Ausfluß gesetzmäßiger Veränderungen des objektiven Rechtsgeistes sind. Obwohl vor den Augen von Friedrich Engels die gleichen Vorgänge stehen wie vor den Augen Lassalles, spricht er von der „Gewalt“ als einem elementaren Vorgang, der unbewußt doch dem objektiven Fortschritt dient. Siehe dazu: Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, MEW 21, S. 407–468, eine Fortführung der Polemik mit Dühring (MEW 20, S. 147–171). Da Engels inkonsequenterweise verschiedentlich eine moralische Bewertung der Gewaltanwendung benutzt, behauptet er, daß die Gewalt immer von den herrschenden Gewalten ausgeht und die Unterdrückten nur reagieren, und meistens sehr milde. Diese Art der Argumentation ist sowohl bei Demokraten wie bei Sozialisten vorherrschend und bestimmt auch die Liberalen, die nur von Angriffsplänen des Auslands auf Deutschland wissen.

besonderer Art, die wir heute vorzugsweise als Konservativliberale oder schlicht als Rechtsliberale bezeichnen.⁹

Diese konstitutionellen Rechtsliberalen haben mit der preußischen Regierung noch im Jahre 1849, sofort nach dem Abflauen der Revolution, den Versuch unternommen, eine Einigung Deutschlands unter preußischer Führung ins Werk zu setzen, und zu diesem Zweck auf einer Versammlung in Gotha vom 28. Juni 1849 ihre Zustimmung zum Dreikönigsbündnis zwischen Preußen, Sachsen und Hannover vom 26. Mai 1849 gegeben, dessen Zweck es war, alle deutschen Staaten zu einem engeren Bund zusammenzufassen und Österreich in einen „weiteren Bund“ zu verweisen.¹⁰ Diese sogenannten „Gothaer“ waren bereit, an den Wahlen zu einer revidierten Nationalversammlung, die diesmal *Unionsversammlung* heißen sollte, teilzunehmen, und zwar nach dem Wahlrecht, das jeder Einzelstaat festlegen würde.

Wir haben hier eine Parallele zu der preußischen Entwicklung, in der der Vorschlag zu einer Staatsverfassung einer Dauerrevision unterzogen wurde, bis er den konstitutionellen Vorstellungen des Königtums entsprach, und deren Endpunkt die Abschaffung des gleichen Wahlrechts war. In Berlin wie in Erfurt (das die Stelle des verpönten Frankfurts einnahm) haben die Konstitutionellen die gleiche Taktik angewandt, die Verfassungen jeden Inhalts von Volkssouveränität zu berauben, und auch deren Endpunkt war die Abschaffung des gleichen Wahlrechts. Die Erfurter Unionsverfassung trat nie ins Leben, weil Sachsen und Hannover bald vom Dreikönigsbündnis abfielen und Österreich gegen den preußischen Plan Protest erhob. Die Fronten hatten sich zugunsten eines proösterreichischen „Vierkönigsbündnisses“ verschoben. Den preußischen Konstitutionellen blieb nur die revidierte preußische Verfassung, und an der deutschen Politik hatten sie keinen Anteil, da diese durch den wiederbelebten Bundestag gemacht wurde, der nach einigen Schwierigkeiten unter den Auspizien Österreichs wieder zusammentrat. Aber als ihr Ideal blieb die Erfurter Unionsverfassung bestehen, weil sie Österreich ausschloß, Preußen die Führung zuwies und den Beitritt der Einzelstaaten von ihrer freiwilligen Unterordnung unter Preußen abhängig machte.¹¹

9 Die gesamte Literatur über den Liberalismus aus der Zeit vor den Weltkriegen leidet darunter, daß sie dauernd den rechten Liberalismus mit Liberalismus gleichsetzt und die Linksliberalen als „Doktrinäre“ oder Wirrköpfe, im besten Fall als „Demokraten“ oder 48er kennzeichnet. So wird Max Duncker zum typischen Liberalen, sein Bruder Franz Duncker zum „Radikalen“ (wenn er überhaupt gewürdigt wird). Beispielhaft ist die Briefsammlung von J. HEYDERHOFF, die den Untertitel führt: Politische Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer. Als Adressaten werden nur Konservativliberale angesprochen; als Briefschreiber kommt manchmal ein Linksliberaler zu Wort, aber häufiger regelrecht Konservative.

10 Bis zum Überwiegen der großpreußischen Unitarier nach Königgrätz hielt die Mehrheit des Nationalvereins an diesem Konzept der Doppelkonstituierung Deutschlands als engerem und weiteren Bund fest. Der Beschluß von Coburg I, daß der Nationalverein auf keinen Fußbreit deutschen Bodens verzichte, stützt sich auf diese Auffassung. Der Ausschuß Österreichs vom Deutschen Bund ließ sich damit ohne Schwierigkeit vereinen.

11 Die Grenze der freiwilligen Unterordnung, die sich noch mit bundesstaatlicher Staatsordnung vertrag war Streitpunkt im Nationalverein auf den beiden Generalversammlungen zu Eisenach 1864 und Frankfurt 1865. Die Rechtsliberalen hielten den maritimen und Zollvereinsanschluß für annehmbar, aber nicht so den preußischen Fahneneid des Militärs und dessen Einverleibung in die preußische Armee. Sie verlangten aber nicht, daß über die Unterordnung nur ein schleswig-holsteinisches Parlament zu entscheiden habe.

Aus der konstitutionellen Gedankenwelt Erfurts ließen sich zwei preußische Vorstellungen ableiten, die beide zur Zeit der Reichseinigung hervortraten und um ihren Einfluß auf die Konstitutionellen des Nationalvereins rangen, die bundesstaatliche Einigung Kleindeutschlands, bei der die Bundesstaaten ihre Eigentümlichkeiten behalten würden (wie es später im Norddeutschen Bundestag verwirklicht wurde), oder die einheitsstaatliche preußische Einigung, bei der Preußen die Einzelstaaten annektieren würde, wie es mit Hannover oder Hessen-Kassel geschah. Diese Entscheidung war für die Konstitutionellen viel bedeutsamer als die so häufig erwähnte Unterscheidung zwischen klein- und großdeutsch, weil „großdeutsch“ seit dem Wiederaufleben des österreichischen Gesamtstaates nur noch ein theoretisches Interesse hatte, und all denen diente, denen es um einen Aufschub der deutschen Einigung zu tun war, oder denen ein irreales Ideal als Vorwand diente, nichts zu tun.

Die Unionsverfassung war für die wenigen Konstitutionellen im Nationalverein und für die vielen Gönner, die sich scheuten, dem Nationalverein selbst beizutreten, so wichtig, weil sie den Weg angab, wie man die Frankfurter Reichsverfassung befürworten konnte, wie der Nationalverein nach der dritten Generalversammlung, und sie gleichzeitig beseitigen, indem man sie nach dem Erfurter Vorbild revidierte.

Der „weitere Bund“, in dem auch Österreich laut Erfurt eingeschlossen sein sollte, eröffnete dann den Konstitutionellen die Aussicht, die von Österreichs beherrschten großen Flächen für die Machtstellung des Deutschen Reiches der Zukunft weiterhin fruchtbar zu machen, und den Verzicht auf die großen österreichischen Gebiete des Deutschen Bundes vergessen zu machen. Dieser Verzicht auf deutschen Boden wurde den Konstitutionellen dauernd zum Vorwurf gemacht und zu diesem Zweck das herabsetzende Wort „Gothaer“ erfunden, das für Jahre hinaus benutzt wurde, um sie des Nationalverrats zu beschuldigen.

Wenn die Demokraten dieses Wort benutzten, haben sie weniger den Verzicht auf deutschen Boden im Sinn gehabt (dem viele unter ihnen im Nationalverein als „Kleindeutsche“ persönlich zustimmten), als den Verzicht der Konstitutionellen auf die rechtlich beschlossene Verfassung Frankfurts und sie stattdessen den Zutritt zu der Union von den Regierungen abhängig machten. Ihr Verzicht auf das demokratische Wahlrecht wurde ihnen nicht verziehen.

Das Wort „Demokraten“ ist hier eigentlich fehl am Platze, weil es sich schon seit dem Jahre 1849 um Linksliberale handelt, die die Selbstbestimmung der Herrscher in den Staaten begrenzen, aber nicht abschaffen wollten. Sie fanden sich auch mit den ungleichen Wahlrechten in den Einzelstaaten ab und besonders mit dem preußischen Dreiklassenwahlrecht. Nur für das kommende Gesamtreich bestanden sie auf dem demokratischen Wahlrecht, da ja alle lebenswichtigen Entscheidungen für das Bildungs- und Besitzbürgertum, das auch sie vertraten, in den Bundesländern fallen würden, hatte doch schon die Frankfurter Verfassung, der sie für das Gesamtreich weiter anhängen, außer dem demokratischen Volkshaus auch ein Staatenhaus von Regierungsvertretern der Einzelstaaten vorgesehen, also keinesfalls eine vollkommen demokratische Herrschaft des Volkes verlangt.

Die Demokraten waren seit der Verkündung der Reichsverfassung Liberale,

die die Interessen des Bildungs- und Besitzbürgertums (also vor allem des mittleren und kleinen Bürgertums) durch die Einzelparlamente und den Reichstag vertreten wollten. Sie waren Liberale, aber *Linksliberale*, die sich von den konstitutionellen Rechtsliberalen dadurch unterschieden, daß sie zwar die Herrschaft der Kronen und Regierungen anerkannten, aber diese reziprok auffaßten, das heißt, als Entgelt für die Vereinbarung der Verfassung nicht nur die Kontrolle der Regierung für sich beanspruchten, sondern auch auf ihre Zusammensetzung Einfluß verlangten. Ohne auf technische Definitionen einzugehen, sie verlangten als Gegenleistung für die Vereinbarung irgendeine Form von parlamentarischer Regierung. Diese Liberalen darf man auch wegen der demokratischen Herkunft ihrer Maximen als *Liberaldemokraten* bezeichnen. Wegen dieser Herkunft werden sie von den Konstitutionellen immer als Demokraten bezeichnet (oder verschrien, je nachdem!), aber sie sind keine echten Demokraten, deren Anliegen vor allen Dingen die Volkssouveränität war, sei sie durch jakobinische Massenherrschaft ausgeführt oder wie bei Marx durch die Diktatur einer Klasse oder durch die Diktatur der Einsicht eines Einzelnen, wie bei Lassalle.¹²

Solche liberalen preußischen *Hofdemokraten*, wie Marx sie in der neuen Ära (nach den Reaktionsjahren) nannte¹³, wollten sich mit der Regierung irgendwie arrangieren (was ihnen nicht gelang, weswegen der preußische Verfassungskonflikt ausbrach); sie wollten die Massen, die sich „unauthorisierten“ Führern zur Verfügung stellten, nicht aus den Händen lassen, was ihnen ebensowenig gelang, da die Arbeiterbewegung letztlich ihren Händen entglitt, und der Nationalverein nach der Agitation für die Wiederherstellung der Reichsverfassung (1862) seinen „volksparteilichen“ Flügel¹⁴ verlor.

Die einzelstaatlichen März-Erregenschaften wurden in den Jahren nach der Auflösung des Frankfurter Parlaments systematisch abgebaut, wie es der lange Verfassungskonflikt in Hessen-Kassel aufweist. Dort stießen die Interessen Österreichs und Preußens aufeinander, und der Konflikt hat erhebliche Spuren in der geschichtlichen Literatur hinterlassen. „Vereinbarte Verfassungen“ der Revolutionszeit wurden umgestoßen zugunsten alter ständischer Einrichtungen.

12 Ich gehe davon aus, daß es neben der parlamentarischen und liberalen Demokratie im 19. Jahrhundert einen Begriff von Massendemokratie gab, den J. Talmon als „totalitäre Demokratie“ bezeichnet hat; siehe J. TALMON, 1955. Damit wird die scharfe Trennung von Demokratie und Diktatur, wie sie im 20. Jahrhundert aufkam, für das 19. aufgehoben. Der Ausdruck Liberaldemokratie ermöglicht den Typ der parlamentarischen Demokratie, der besonders in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts aufkam, zu kennzeichnen. Daß eine durch Parlamente vermittelte Demokratie eine Abschwächung der Volkssouveränität bedeutete, mußte die Demokratie in Kauf nehmen.

13 Die Hoffähigkeit der Liberaldemokratie, die Marx aus der Sicht einer andersgearteten Demokratie anprangern wollte, war ein Nebenprodukt der Unterordnung der Demokratie unter die Konstitutionellen, die der Nationalverein vollziehen wollte. Sie ließ die volkstümliche Idee aufkommen, daß der König eines Tages gezwungen sein würde, den Volkstribun Schulze-Delitzsch zum Ministerpräsidenten zu machen.

14 Volkspartei wurde zur Bezeichnung einer Gesinnungsgemeinschaft von Liberaldemokraten. Der Name Demokraten wurde für eine Gruppe von Aktiven aus der Revolutionszeit gebraucht, besonders in Eisenach, den beiden Tagungen 1859, die der Gründung des Nationalvereins vorausgingen. Hervorgehoben wurde das Mitspracherecht der Bürger, ihre Wehrhaftigkeit, ihr Wahlrecht. Massendemokratie und Volkssouveränität traten in den Hintergrund.

Oft war nur das Besitz- und Bildungsbürgertum darüber erregt, während die breite Masse mehr den wirtschaftlichen Aufstieg beachtete (die 50er Jahre waren Jahre der beschleunigten Wirtschaftsentwicklung in ganz Deutschland) als den politischen Rückschritt, aber innerhalb der Oberschichten des Bürgertums brach die Debatte über die Schuld an der negativen Entwicklung seit 1849 mit großer Schärfe aus: Die konstitutionellen Führer der öffentlichen Meinung beschuldigten die Demokraten, daß sie wegen ihrer mangelnden Zusammenarbeit mit den Regierungen und wegen ihrer angestrebten Herrschaft der Massen („Pöbel“) das Vertrauen des „Volkes“ und der Herrscher verloren hätten. Die Demokraten beschuldigten die Konstitutionellen der helfenden Hand bei der Unterdrückung der Volksrechte und deren Zusammenarbeit, besonders mit der preußischen Regierung, die überall ihre Hand hatte, wo es galt, die März-Errungenschaften zu unterdrücken.

Die Demokraten verloren ihre Führer durch Auswanderung in die Nachbarländer, wenn nicht nach Übersee, durch Polizeiverfolgungen und -schikanen und durch gesellschaftlichen Boykott, während die Konstitutionellen, in ihren freien Berufen (Akademiker, Richter, Schriftsteller) gesichert, oft auch Regierungsgelder in Anspruch nahmen und durch eigene Zeitschriften (wie die „Grenzboten“ und die „Preußischen Jahrbücher“) die öffentliche Meinung beeinflussen konnten. Wenn es schien, daß der neugegründete deutsche Nationalverein die Gegensätze von Demokraten und Konstitutionellen überbrückt habe, indem beide Teile einer öffentlichen Meinung an der Gründung dieses Vereins teilnahmen, so gilt es, auf der Hut zu sein: Die Konstitutionellen waren Einzelpersonen in einflußreichen Stellungen, auch im Staat, die mit den herrschenden Mächten eng verbunden waren – besonders gilt das für Preußen –, während die Demokraten eine verfolgte Minderheit waren, denen es vielleicht unter dem Schutz der Konstitutionellen gelingen konnte, in der öffentlichen Meinung und im öffentlichen Leben, also vor allem in den Parlamenten, wieder hochzukommen.

Die großen Gegensätze zwischen der Demokratie und dem Konstitutionalismus, die tief im Geschick der deutschen Bewegungen von 1848/49 begründet waren, spielten in die neugegründete Bewegung hinein und waren ihr eigentlicher Ausgangspunkt: Das historische Vorparlament hatten die Konstitutionellen beherrscht. Jetzt scheuten sie sich vor einem Vorparlament, das sie mit der Revolution in Verbindung brachte; für sie bestand die Reichsverfassung von 1849 allein in dem Angebot der Kaiserkrone an den preußischen König, also was man allgemein als die preußische Spitze bezeichnete. Für die ehemaligen Demokraten ging es bei einer zweiten Konstituierung des deutschen Bürgertums um die Gesamtverfassung, bei der die preußische Spitze nur einer der Faktoren war.

War also wirklich von einem Aufgehen der alten Parteien in einer neuen Bewegung die Rede wie behauptet wurde, oder gingen die Demokraten und die Konstitutionellen unter ganz verschiedenen Voraussetzungen an die neue Aufgabe heran? Meinten Links und Rechts wirklich eine Fusion, oder waren in diesem Bündnis die später an den Tag tretenden Spannungen und Spaltungen schon angelegt? Naivität ist nicht am Platze, wo es um die Art der deutschen Einigung geht, die wir heute anders sehen als die Generationen vor 1945.

Jede Neukonstituierung des deutschen Bürgertums hatte mit einem Umstand zu rechnen, den die Bewegung von 1848 eingeleitet hatte, deren Entwicklung sie aber damals nicht übersehen konnte. Es handelte sich um die *Nationalisierung Preußens*, die mit der Einberufung einer preußischen Nationalversammlung eingesetzt hatte, die indirekt auf die Barrikadenkämpfe des 18. März zurückging und mit der letzten Verfassungsrevision vorläufig abschloß (eigentlich mit der Bildung des Herrenhauses im Jahre 1854). Gemeint ist das Nation-Werden Preußens, die mit einer angeblichen deutschen Mission Preußens nur in negativem Zusammenhang steht, verstanden als das Zusammenwachsen Preußens durch die gemeinsame Verfassung, die aus den Landständen ein Parlament schuf und aus den Bevölkerungen von Provinzen eine preußische Nation machte.¹⁵ Diese preußische Nation, die vorher nicht bestand, ist das neue Element, das der Nationalverein bei der Konstituierung des deutschen Bürgertums zu berücksichtigen hatte.¹⁶

In der Bewegung von 1848 hatten die Rheinpreußen, wie selbstverständlich, mit den übrigen Rheinländern, mit den Mainzern, Wiesbadenern, Frankfurtern und Mannheimern, gemeinsame Sache gemacht und so den ersten Demokratenkongreß in Frankfurt organisiert.¹⁷ Man war erobertes preußisches Gebiet und hatte gegenüber den Altpreußen jenseits der Elbe höchstens die missionarische Aufgabe, die Modernität nach Osten zu tragen. Nach der Einführung der preußischen Gesamtverfassung gehörte man aber zu Preußen, profitierte vom Zollverein, sah seine Interessen berücksichtigt und sonnte sich in dem Gefühl, einer geachteten und beachteten Macht anzugehören. Die katholische Bevölkerung im Westen sah ihre Interessen ebenso berücksichtigt wie die der polnischen Katholiken im Osten: Man hat sich in dem Jahrzehnt nach der Revolution ganz auf den preußischen Staat eingestellt.

Die Masse der katholischen Bevölkerung wählte klerikal, aber propreußisch; die Mehrzahl der Großbourgeoisie konservativ und altliberal, genau wie ihre westfälischen Nachbarn. Nur Kreise der ehemaligen Radikalen, die z.T. dem Großbürgertum angehörten, unter ihnen viele Juden, wählten weiter Radikale, wie die Altkommunisten Jung und Bürgers: Sie hielten die Legende vom radikalen Rheinland aufrecht.

Die preußische Nation, zu der die Ost- und Westpreußen ebenso gehörten wie die Schlesier und Brandenburger, wie die Rheinpreußen und Westfalen, hatte in der Krone ihre Spitze, aber ihre Basis im preußischen Abgeordnetenhaus,

15 Das vormärzliche Preußen wurde durch die Loyalität zur Dynastie, den Militärdienst und eine überdurchschnittlich effiziente Bürokratie zusammengehalten. Die bestehenden Provinzialstände betonten die provinzielle Abgeschlossenheit, während das gemeinsame Parlament ein gemeinsames bürgerliches Bewußtsein schuf, das in der Beherrschung des Zollvereins und in der Großmachtstellung auch emotionelle Werte darstellte. Preußischer Dünkel und Partikularismus, die im Vormärz nur Militär und Bürokratie angelastet wurden, übertrugen sich nun auf den Bürgerstand.

16 Es konnte 1859 zur Zeit der Gründung des Nationalvereins an keine Reichseinigung gedacht werden, die nicht Gesamtpreußen einbezog; das gleiche gilt für die politische Konstituierung des Bürgertums: das Preußische Abgeordnetenhaus widersetzte sich der Gleichstellung des Norddeutschen Reichstages auch unter den Bedingungen einer preußischen Hegemonie, die gesichert war.

17 14.–16. 6. 1848.

in ihm kam die Stimme des preußischen Volkes zum Ausdruck. Die Konstitutionellen ließen sich von dort durch Adressen vernehmen; die Liberaldemokraten wollten von dort herrschen durch Abstimmungen über Regierungshandlungen und Mißtrauensanträge, wie sie es bei ihren westlichen Nachbarn gelernt hatten, aber beide meinten, so oder so, die Krone und die Regierung zu harmonischer Gestaltung des preußischen Staates zu bewegen.

Diese grundsätzliche Übereinstimmung von Volk und Herrschern im preußischen Staat, dieses Nationwerden des preußischen Staates ist neu und muß bei der Einrichtung eines Gesamtstaates und bei der Konstituierung einer allgemeindeutschen Bürgerklasse beachtet werden; der Nationalverein mußte mit ihr rechnen.

Die linksbürgerliche liberale Partei in Preußen nannte sich die Deutsche Fortschrittspartei und bezeichnete sich gern als Exekutive des Nationalvereins für Preußen, aber in ihr entpuppte sich in den Krisenjahren 1866/67 ein einheitsstaatlich-großpreußischer Flügel, der in Großpreußen das geeinte Deutschland sah. Für sie bekam der Name Deutsche Fortschrittspartei für ihre preußische Partei einen ganz neuen Sinn, und das Verhältnis von Auftraggebern und Exekutive stellte sich umgekehrt dar: Ganz Deutschland sollte in Preußen aufgehen.

Das Spannungsverhältnis von Einzelstaat und erhofftem Nationalstaat war von Anfang an kompliziert, und es wurde durch die Bewegungsjahre 1848 bis 1850 verwickelter. Im Mittelpunkt der Verwicklungen steht Preußen, und wenn eine spätere Generation von Preußens „deutschem Beruf“ sprach, hat sie für eine verwickelte Situation ein einfaches Wort gefunden¹⁸, aber die komplizierte innere Struktur des Reiches hat die Ambivalenz des Begriffes „deutscher Beruf“ offengelegt, und wenn Preußen verschwunden ist ohne einen Nachfolger zu finden, ein deutscher Bundesstaat sich dennoch, nicht nur konstituiert sondern auch konsolidiert hat, so beweist das die Komplexität der Sachlage.

18 Der deutsche Beruf Preußens, dem die preußisch-kleindeutsche Geschichtsschreibung jahrelang nachging, liegt außerhalb der Aufgabe dieses Buches; zu seiner Thematik gehört die Erwartung der Liberalen, daß Preußen sich der deutschen Sache annehmen werde, weil es in eigenem wohlverstandenen Interesse auf das deutsche Volk (= Bürgertum) angewiesen sei, zur Vergrößerung der Einnahmen des Zollvereins, Verringerung der Militärlasten, Erweiterung des Menschenpotentials. Wenn Preußen Schleswig-Holstein nötig habe, so müsse es den guten Willen seines Bürgertums durch Wahrung ihres Selbstbestimmungsrechts erhalten. Das Versprechen des preußischen Regenten, in Deutschland moralische Eroberungen zu machen, mußte Wahrheit werden.

ZWEITES KAPITEL

SEIN UND SCHEIN EINER NEUEN ÄRA – DIE KONSTITUIERUNG DES NATIONALVEREINS

Im Jahre 1850 setzte in allen deutschen Staaten ein Wirtschaftswachstum ein, das durch den Zollverein koordiniert¹ wurde. Erst am Ende des ersten Jahrzehnts der Reichsgründung wurde es durch eine lange Krisenzeit abgelöst. Dieses erste deutsche Wirtschaftswunder ließen deutschen Fleiß, technisches Können und gute Finanzorganisation zu einer industriellen Macht anwachsen, die Erstaunen erregte. Zu wenig beachtet wird aber, daß diese Wirtschaftsentwicklung auch die *Einzelstaaten* kräftigte (allen voran Preußen) und ihnen erlaubte, die Reaktion zu finanzieren und das Heer von Bürokraten, Agenten und Spitzeln zu unterhalten; und daß andererseits das industrielle Bürgertum sich von der Politik abwandte und unter dem Schutz des reaktionären Staates seinem Profit nachging: Das Bildungs- und Besitzbürgertum des Mittelstandes und der Intelligenz blieb allein in der oppositionellen Politik und war auf neue Kampf- formen angewiesen, wenn es die Revolution doch noch irgendwie zu einem positiven Ende führen, das heißt, irgendwie Freiheit und Einheit in einem Nationalstaat verwirklichen wollte. Der Weg, einfach die Revolution fortzusetzen, wie es die Emigranten ringsumher, von der Schweiz bis England, erträumten², war durch die Doppelwirkung des industriellen Aufstiegs, also die Stärkung der Reaktion und die Hinwendung zum Aufstieg des Einzelnen, abgeschnitten. Marx hatte das im Jahre 1850 in seiner „Revue der Neuen Rheinischen Zeitung“ frühzeitig erkannt³ und deshalb sich mit der gesamten deutschen Emigration verfeindet, aber die „Schlafenszeit“ der 50er Jahre hat ihm Recht gegeben.

1 W. O. HENDERSON, ²1968; ders., 1975. Für den Einfluß der Reaktion auf den nachmärzlichen Liberalismus siehe H. HEFFTER, 1966, S. 177–196.

2 Die Emigrantenkreise um Gottfried Kinkel (Hermann) und Karl Blind (Verein Deutsche Freiheit und Einheit) spielen direkt hinein in die Geschicke des Nationalvereins; die politische Emigration in der Schweiz um Karl Mayer und Julius Hausmann indirekt (durch ihre Einwirkung auf die volksparteiliche Opposition); die Pariser Emigration wirkt anhaltend auf die Spätphase der Entwicklung des Nationalvereins ein, besonders H. B. Oppenheim und Ludwig Bamberger (Demokratische Studien und Deutsche Jahrbücher); im Einzelfall läßt sich auch der Einfluß der amerikanischen Emigration nachweisen, die z.B. durch den sog. Revolutionsfonds das Schicksal des Hermann und später der Arbeiterpresse bestimmt hat. Besonders ist auf Friedrich Kapp hinzuweisen, der mit Ludwig Bamberger in Verbindung stand, an den Demokratischen Studien teilnahm, im Jahre 1862 an Rückkehr und literarischer Produktion für den Nationalverein Interesse zeigte. Spuren seiner Pläne in den Akten des Nationalvereins.

3 MEW 7, S. 421–463. Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue, redigiert von Karl Marx, Berlin (Originalnachdruck) 1955, S. 304–333. Dazu die nicht abgeschlossene und

Hätte die Reaktion in den 50er Jahren es fertig gebracht, ohne viel Aufsehens die liberale und demokratische Opposition abzubauen und zu integrieren, hätte der Trend zur Entpolitisierung wahrscheinlich ungehemmt fortgehen können, aber die Reaktion griff zu Maßregeln, die die öffentliche Meinung aufregten, wie die Polizeiskandale, die sich an die Namen von Wermuth, Stieber oder Goldmann knüpften⁴ und die es überall ratsam erscheinen ließen, die Ära der offenen Unterdrückung durch irgendeine Form einer *Neuen Ära* abzuschließen. Dazu kam, daß die reaktionären Regierungen das Bild von Intrige und Eifersucht boten, was sich nicht nur im Gegeneinander der verschiedenen Polizeigewalten kundtat, sondern auch am vielbeachteten Forum des Deutschen Bundestages. Der wiederbelebte Deutsche Bund diente nicht nur zur Koordinierung der Unterdrückung der Opposition, sondern auch den Machtkämpfen zwischen den Großmächten Österreich und Preußen.

Vorbild für eine Neue Ära war der Regierungswechsel in Preußen im Jahre 1858, als der zweitgeborene Wilhelm von Hohenzollern die Herrschaft für seinen älteren Bruder Friedrich-Wilhelm IV. antrat, und zwar zunächst stellvertretend und dann als „Prinzregent“ (und später als König) für dauernd. Die unterschiedlichen Herrschaftsmethoden der beiden Brüder haben die Namen „Reaktion“ und „Neue Ära“ aufkommen lassen.

Die Neue Ära in Preußen und anderswo war der gegebene Boden für die Demokraten und exponierten Liberalen (ein Unterschied ist oft schwer feststellbar), wieder in die Politik hineinzukommen; als *nationale Partei* machten sie die verpönten Namen „Demokraten“ und „Liberalen“ vergessen und konnten wieder in den Parlamenten wirken: Bei der Gründung des Nationalvereins hat der alte Parteiname „Demokraten“ zum letzten Mal eine Rolle gespielt.⁵ Von nun an sprach man von einer *Nationalpartei* oder *Deutschen Partei* und kombinierte das mit Fortschritt, wie *Deutsche Fortschrittspartei*, wie der Name der liberaldemokratischen Partei in Preußen seit 1861 lautete.

Es gilt, der Neuen Ära in Preußen etwas nachzugehen, weil ihr Charakter und Schicksal für den Nationalverein in seinem Versuch zur Konstituierung des deutschen Bürgertums große Bedeutung hatte.

Es wird häufig unterstellt, daß Preußen zur Zeit der Neuen Ära einen gründlichen Wandel in Richtung auf Liberalisierung durchmachte und damit koordiniert einen Wechsel in seiner deutschen Politik in Richtung auf eine nationaldeutsche Haltung, und daß es infolgedessen auch am Nationalverein stark interessiert war; andererseits wird angenommen, daß der Nationalverein glaubte, das Preußen der Neuen Ära wolle zu einer nationaldeutschen Politik sozusagen gezwungen werden, und daß das die besondere Aufgabe des Nationalvereins

nicht zu Lebzeiten der Verfasser veröffentlichte Gemeinschaftsarbeit von Marx und Engels: Die großen Männer des Exils (MEW 8, S. 233–335), die eine Fundgrube für Material ist, das noch nicht erschöpft ist: alle „Männer des Exils“ kommen mit dem späteren Nationalverein in Berührung.

4 Siehe W. SIEMANN, *Der „Polizeiverein“*, 1983; Wilhelm Eichhoff machte zur Zeit der Reaktion in Preußen die Öffentlichkeit auf die Polizeiskandale aufmerksam.

5 Die erste Beratung zu Eisenach kam am 17. 7. 1859 zusammen und veröffentlichte ihre Resolutionen in den Zeitungen am 19. Juli unter dem Titel: Resolutionen angenommen von der Versammlung deutscher Demokraten in Eisenach. Die Resolution ist abgedruckt bei R. LEMANG, 1909, S. 12 f.

sei; und umgekehrt, daß das Ende der Neuen Ära und der Beginn der *Ära Bismarck* in Preußen eine Neuorientierung des Nationalvereins nach sich ziehen müsse.

Die Neue Ära und ihre Interpretation spielen in der Entwicklung des deutschen Nationalvereins eine grundlegende Rolle. Daß ein neuer Regierungsanfang mit einer neuen Ära beginnt, hatten die Preußen schon von Friedrich-Wilhelm IV. im Jahre 1840 gelernt; daß eine solche „neue Ära“ mit Enttäuschungen enden würde, konnten sie schon damals erfahren, und das frühe Ende der „Rheinischen Zeitung“ (1842/43), die ihr Entstehen der liberalen und fortschrittlichen Illusion dieser ersten neuen Ära verdankte, hätte als Vorwarnung dienen sollen⁶, aber es hieß die Enttäuschungen als intellektuelle Schuld hinzustellen und nicht als hoffnungsvolle Erwartung eines Umschwungs, wenn wir nicht verstehen wollen, daß die Bürger, und allen voran die Demokraten, eine Neue Ära erwarteten: Man glaubte an die neue Ära, weil man sie wollte.

Prinz Wilhelm wußte, daß er zum Regieren kommen würde, weil sein Bruder kinderlos und geistig labil war; aber wie andere Thronanwärter und Kronprinzen mußte er sich überlang gedulden, und wie in anderen Fällen wollte der abtretende Herrscher seine Maximen dem Nachfolger vererben, auch wenn er ihm inzwischen mißtraute und ihn überwachen ließ. Der Anwärter auf den Thron andererseits begleitete die Taten seines Bruders in den Jahren der Reaktion mit ständiger Kritik, umgab sich mit einer Reihe von Ratgebern aus dem konservativ-konstitutionellen Lager der „Wochenblattpartei“ und bereitete sich auf seine neue Ära vor. All das gehört zum Wesen und Gebaren einer Monarchie und wäre nicht bemerkenswert, wenn die Neue Ära nicht sogleich von all denen, die die Bewegungsjahre in irgendeiner Form weiterführen wollten, als *liberal* erklärt worden wäre, weil einige als gemäßigt liberal bekannte Personen in das neue Ministerium aufgenommen wurden. Hätte man die Äußerungen des Prinzregenten kritisch auf ihren Inhalt hin durchdacht, wie es der radikale Lassalle tat, wäre man nicht in die Irre gegangen.⁷ Wir haben die Ansprache des Prinzregenten vom 8. November 1858 an seine Regierung vor Augen⁸, und wir fragen uns erstaunt, wie man bei dem Hohenzollernsohn Wilhelm Neigungen zum Liberalismus entdecken konnte.

Seine Regierung nennt er „die ersten Räte der Krone“, sieht in ihnen also nicht einmal Staatsdiener, geschweige denn Beauftragte des Volkes, sondern seine persönlichen Vertrauten, mit deren Hilfe er die Geschäfte zu führen hat, also ein Zustand, der zu Friedrich II. passen würde. Wahrheit, Gesetzlichkeit und Konsequenz sind seine Richtlinien, die wegen der „Forderungen der Zeit“ ein richtiges „Mittehalten“ veranlassen, aber ohne „überspannten Ideen“ zu weichen und sich durch „liberale Ideen“ drängen zu lassen. Die Gesetzlichkeit z.B. soll auch trotz der (seit der Revolution eingeführten) Geschworenengerichte gehandhabt werden. Die den „verschiedenen Klassen der Bevölkerung nötige

6 Dazu der gescheiterte Kampf der Rheinischen Zeitung um die Verwestlichung Preußens bei SH. NA'AMAN, *Emanzipation und Messianismus*, 1981, S. 109–119.

7 Siehe Brief von Lassalle an Marx v. 31. I. 1859, in: F. LASSALLE, *Nachgelassene Briefe und Schriften III*, 1921–25, S. 137–140 („aber was ist das gegen den tollen Krönungssohnsjubiläum unserer Bourgeoisie und Pseudodemokratie“).

8 Abgedruckt bei H. FENSKE, *Der Weg*, 1977, S. 133–136.

Bildung“ soll ausgeteilt werden, d.h. ohne den Anspruch auf Gleichheit, und dadurch wird das „richtige Mittehalten“ bewirkt, aber Preußens Heer muß „mächtig und angesehen sein“, womit die kommende Heeres-Organisation schon angedeutet wird. Die Regierung besteht „zum Wohle des Vaterlandes und des Königthums von Gottes Gnaden“ – so beendet er seine Ansprache an die Regierung.

Das Vaterland wird nicht durch das Parlament repräsentiert, sondern durch das Königthum. Und wo ist da der „Liberalismus“? Der König hat sich den Liberalismus zweifellos nicht angeeignet, sondern seine Regierung ist bereit, mit diesem Zeitgeist in Übereinstimmung zu herrschen, aber nur soweit, als die konstitutionellen Zugeständnisse seiner Vorgänger in der Vergangenheit ihn dazu zwingen: weitere Zugeständnisse wird er selbst erwägen. Die Handhabung schon gemachter Zugeständnisse (die durch die königliche Unterschrift Rechtskraft erlangt haben) überläßt er seiner Regierung. Aus dieser antiliberalen und zugleich legalistischen Haltung lehnt er den Rat seines Bruders ab, die Verfassung nicht zu beschwören, denn jede Verantwortung, die je einer seiner Vorgänger übernommen hat, verpflichtet auch ihn, denn so will es das monarchische Prinzip der Erbfolge, und deshalb lehnt er die Schleichwege seines Bruders ab, aber mit einer inneren Übereinstimmung zu liberalen Ideen hat das nichts zu tun.

Die Minister der Neuen Ära haben sich gewissenhaft an die Vorschriften ihres Königs gehalten. Sie haben den liberalen Ideen soweit ihre Unterstützung geliehen, wie der königliche Schwur es verlangte und zuließ. Sie mußten oft selbst interpretieren, aber sie haben die Haltung ihres Königs richtig interpretiert, auch in der nationalen Frage. Der König hatte in seiner Ansprache verlangt, daß Preußen „moralische Eroberungen in Deutschland“ mache, und er hat damit ein weises und legales Regime im Innern und eine achtungerweckende Beziehung zu den deutschen Nachbarstaaten gemeint. Daß die Demokraten und Liberalen daran ihre eigene Interpretation knüpften, ist ihre Sache. Die liberalen Minister haben das Königswort gehalten; ihr Zaudern und Schwanken bestand nur in den Augen des Parlaments, weil die Minister bei Ausführung der königlichen Anweisungen es mit keiner Partei verderben wollten. Daß die Opposition im Parlament von Wahl zu Wahl wuchs, die Regierung allmählich ins Hintertreffen geriet, der König deshalb Bismarck berief und die Neue Ära zu ihrem Ende kam, steht auf einem anderen Blatt.

Das Mißverständnis über den angeblich liberalen Regenten (und späteren König) hatte inzwischen seine Wirkung auf die öffentliche Meinung, den Nationalverein und die deutsche Fortschrittspartei im preußischen Abgeordnetenhaus ausgeübt und seine geschichtliche Wirkung vollbracht: Die Liberalen faßten neuen Mut; die kompromittierten Demokraten, die sich von der Politik abgewandt hatten, suchten durch alte und neue Verbindungen wieder Kontakt zu ihr, und das demokratische Wählervolk war bereit, nunmehr sich an den Wahlen zu beteiligen, um Männern seines Vertrauens die parlamentarische Wirksamkeit zu ermöglichen. Unter den neuen Verbindungen kommt dem deutschen Nationalverein eine Hauptrolle zu: Liberaldemokraten waren seine eigentlichen Gründer.

Hören wir einen der bekanntesten der radikalen Demokratie, der schon we-

gen seines offenen Jude-Seins auch einer der exponiertesten war, Johannes Jacoby aus Königsberg am 10. November 1858⁹ gestehen, daß er aufgrund der Regentschaft bereit sei, an den Wahlen teilzunehmen als „demokratisch gesinnter Preuße“, weil „das wahrhaft männliche, verfassungstreue Auftreten des Prinzregenten bei der Übernahme der Regentschaft“ ihn, wie alle Preußen, mit Vertrauen und neuer Hoffnung erfüllt habe.¹⁰ Wenn einzelne im Jahre 1848 für Preußen eine andere Staatsform als die monarchische für möglich hielten, so verbürgt er jetzt, daß es in der ganzen demokratischen Partei keinen mehr gäbe, „der für Preußen wie es ist, eine andere als monarchische Staatsform zu wollen, geschweige zu erstreben, sich nur im Traume einfallen läßt“.¹¹

Ehrerbietung dem König und Achtung der Landesverfassung sind für ihn die Grundlage für die neun Jahre ausgesetzte Mitarbeit am Staate, anders ausgedrückt: „*Verfassungsmäßige Monarchie auf der echt demokratischen Grundlage der Selbstverwaltung und Gleichberechtigung*“¹² – darauf mochte sich, wie Jacoby es selbst sagt, „ein Comité von Demokraten des reinsten Wassers, von Republikanern, Freigemeindlichen, Juden, Doctoren, Handwerkern“ einigen¹³; aber konnte der König aufgrund seiner Grundanschauungen und der Auffassung seines Schwurs auf die Verfassung, „dieses Komitee“ als ein Komitee getreuer Untertanen ansehen, wie sie ihm aus der Uckermark entgegentraten? Mußte er nicht in solchen Untertanen Rebellen sehen, die nur auf eine erneute Gelegenheit zu einem 18. März lauerten?

Wenn Jacoby das Zusammentreten von demokratischen Wahlvereinen in Königsberg (und anderen Städten Preußens und Deutschlands) als ein „wichtiges, für die Zukunft des Vaterlandes bedeutungsvolles Ereignis“ wertete¹⁴, so wurde das eine Wahrheit durch den ein Jahr später gegründeten Deutschen Nationalverein, der eine große Gruppe von Liberaldemokraten aus den deutschen Parlamenten zusammenbrachte, aber insbesondere durch die 1861 gegründete Deutsche Fortschrittspartei, die von diesem Jahr an die Geschicke des preußischen Parlaments bestimmte. In der neuen Partei waren überzeugte Monarchisten mit „Vernunftmonarchisten“ vereinigt.¹⁵ Deren öffentliches Auftreten empfand Wilhelm als eine persönliche Beleidigung und hat sie gerügt. Die extravagant-feudale Krönungszeremonie (1861) war darauf die passende Antwort. Der politische Nationalismus der Demokratie hatte mit Wilhelms preußisch-deutschem nichts gemein.

Die Demokratie ging in der Nationalpartei auf, indem sie die Partnerschaft der Konstitutionellen anstrebte und deren Schutz erheischte; aufgrund der erweiterten Basis¹⁶ versuchten sie die Konstituierung des gesamten deutschen

9 J. JACOBY, Die Grundsätze, abgedruckt in: Ders., Gesammelte Schriften, 1872, S. 96–108.

10 Ebd., S. 100.

11 Ebd., S. 98.

12 Ebd., S. 99.

13 Ebd., S. 103.

14 Ebd., S. 96.

15 Der ideale Typ des Monarchisten aus Vernunft (entsprechend den Vernunftrepublikanern der Weimarer Zeit) ist Schulze-Delitzsch, der dem monarchischen Prinzip anhing, aber nicht dem dynastischen. Sybel dagegen war aus Überzeugung Monarchist und Anhänger der Dynastie, siehe H. SEIER, 1961.

16 Die „nationale Partei“ war dem damaligen Sprachgebrauch gemäß die umfassendste Gesin-

Bürgertums. Die Konstituierung mißlang, weil das sich so konstituierte Bürgertum wieder auflöste: Zuerst machten sich die Arbeiter in ihren zwei Strömungen selbständig, und sodann spaltete sich das Bildungs- und Besitzbürgertum in Demokraten, die sich fortan als *Volkspartei* bezeichneten, und in *Nationalliberale*, die die Haupttendenz des Nationalvereins fortsetzten. Das wäre die Dynamik der Entwicklung des deutschen Nationalvereins.

Die Sammlungsbewegung der Liberaldemokraten ist mit dem ersten *Volkswirtschaftlichen Kongreß* zu Gotha im Jahre der Neuen Ära 1858, mit dem ersten Vereinstag der *deutschen Vorschußvereine* im Juni 1859 in Weimar und dem zweiten Volkswirtschaftlichen Kongreß zu Frankfurt im September 1859 in Zusammenhang zu bringen.¹⁷ Dazwischen liegt am 17. Juni jene informelle Zusammenkunft „deutscher Demokraten“ in Eisenach, die unter diesem verpönten Namen mit einer Deklaration vor die Öffentlichkeit traten¹⁸ und die Konstituierung einer Nationalpartei am 14. August in Eisenach vorbereitet haben. Auf den erwähnten wirtschaftlichen Tagungen sollen die Teilnehmer auch politische Fragen erörtert und somit die Gründung der Nationalpartei vorbereitet haben, und das ist einleuchtend, wenn man als deren Initiatoren Demokraten hinstellt, die auf diese Weise zu politischer Wirksamkeit gelangen wollten und ihr Ziel auch erreicht haben. Sicherlich war die Tätigkeit des Volkswirtschaftlichen Kongresses und der Tagungen der Vorschußvereine nicht nur eine Art von „Ersatzhandlung“, welche aus der Enttäuschung über die politische Niederlage der Revolutionsjahre zu erklären ist; denn die volkswirtschaftlichen und sozialen Fragen, die die Initiatoren damals beschäftigten, erklären sich auch aus der wirtschaftlichen Entwicklung der 50er und 60er Jahre und haben sie weiterhin beschäftigt und zu gemeinsamen Aussprachen geführt. Diese Tätigkeit hatte aber doch nur eine Zusatzfunktion für die direkte politische Tätigkeit, die sie anstrebten. Einige waren schon in einflußreichen Parlamenten, wie Bennigsen im Staate Hannover, und andere standen vor ihrem Eintritt, wie Schulze-Delitzsch, aber ihr volkswirtschaftliches und soziales Anliegen, das sie bis zur Gründung des Nationalvereins nur in volkswirtschaftlichen Gremien ausführen konnten, haben sie im Nationalverein, in den großen Zeitungen und in den Parlamenten direkt vertreten. Sie wollten das ganze Volk freimachen und befestigen, damit es am nationalen Befreiungswerke werde teilnehmen können und den nationalen Politikern die Massenbasis gäbe. Mit den gleichen Lösungen ha-

nungsgemeinschaft aller Nationalen; die angestrebte „Nationalpartei“ war die Urform einer modernen Partei mit Programm, Statut und Parteidisziplin. Als Gesinnungsgemeinschaft wollten alle die nationale Partei alten Stils; als disziplinierte Nationalpartei war ihre Gründung umstritten. Der schwankende Sprachgebrauch erschwert das Verständnis der aufkommenden Gegensätze. Vereinfachend kann man sagen, daß Schulze-Delitzsch die Nationalpartei anstrebte, Metz-Darmstadt nur die nationale Partei.

17 Dazu V. HENTSCHEL, 1975. Die ältere Arbeit von H. SCHROTH, 1931, verbindet das Politische mit dem Sozialen und Wirtschaftlichen, eine Haltung, die der damaligen Mentalität entsprach.

18 R. LE MANG, 1909, S. 12–13. Bei H. GOLDNER, 1909, ist der Hinweis auf die Demokratie weggelassen. Auch sonst wird sie häufig zugunsten der zweiten Erklärung v. 14. August wegen ihrer Inhaltsgleichheit weggelassen, obwohl letztere wegen der Präambel und einem Zusatzparagraphen, eine andere Bedeutung erhält, nicht mehr eine Resolution von Demokraten ist, sondern das Verschmelzen von Demokraten und Konstitutionellen verlangt, mit Absage an den „Parteistandpunkt“, womit die Demokratie getroffen wird.

ben sie im Nationalverein wie in den Handwerker- und Arbeitervereinen gewirkt. Bei einigen gilt es, die radikalen und demokratischen Antezedentien aus der Revolutionszeit aus dem Schutt der Biographie herauszuarbeiten¹⁹, wie bei Bennigsen, Böhmert, Biedermann, v. Unruh, v. Rochau und Lammers, bei anderen (Fries, Schulze-Delitzsch, Streit, Titus, Crämer von Doos und Reuß) ist das unnötig, weil offensichtlich.²⁰

Die knappe Resolution der Demokraten in Eisenach am 17. Juli 1859 gibt den Ton an für die Erklärung der Hannoverschen liberalen Opposition²¹, die inhaltlich alle Elemente des kommenden Nationalvereins enthält. Die Erklärung geht aus vom Waffenstillstand von Villafranca, der die Gefahren für Deutschland eher vermehrt als vermindert habe und deshalb eine „Änderung dieser Verfassung“ (gemeint ist die Verfassung des Deutschen Bundes) dringend notwendig mache. Preußen soll die Änderung der Verfassung anregen; in der der Bundestag durch eine „bleibende Zentralregierung“ ersetzt wird und „eine deutsche Nationalversammlung“ zustande kommt. Bis zur Errichtung einer Zentralregierung soll Preußen mit der diplomatischen Vertretung Deutschlands nach außen und der „Leitung der deutschen Streitkräfte“ betraut werden. Jeder Deutsche soll hierbei die preußische Regierung unterstützen, soweit diese die nationalen Ziele zu den ihrigen macht, und es wird „gewiß dem deutschen Volke kein Opfer zu schwer sein“, um es der deutschen Einheit zu bringen.

Die wichtige Hannoversche Beratung vom 19. Juli 1859 ist im direkten Zusammenhang mit der Eisenacher Erklärung der Demokraten vom 17. Juli zu sehen, weil deren Beschlüsse dort schon vorlagen; die Beschlüsse in Hannover erscheinen als ihr erweiterter Kommentar. Die wichtige Behauptung, daß ein Zusammengehen (auch außerhalb der Parlamente) von Konstitutionellen und Demokraten nunmehr angebahnt sei, bezieht sich auf die Zusammensetzung ihrer eigenen Versammlung, wie die Teilnehmerliste bezeugt, und inhaltlich auf die Resolutionen beider Versammlungen. – Der Entwurf der Hannoverschen Resolution stammt von Bennigsen, der sich mit ihr das Anrecht erwarb, Vorsitzender des entstehenden Vereins zu werden. Am 27. Juli konnte er im Landtag von Hannover verkünden, daß „über die nächsten Zwecke gegenwärtig eine fast durchgängige Übereinstimmung der konstitutionellen und der demokratischen Partei herrsche“.²²

Der entwickelte Mittelstaat Hannover mit seinen Verbindungen zu den Handelsstädten Bremen und Hamburg, seiner historischen Verbundenheit mit Eng-

19 Vgl. H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 143–176; K. BIEDERMANN, Mein Leben, 1886; H. v. TREITSCHKE, L. A. v. Rochau, 1873.

20 Für Schulze-Delitzsch die zeitgenössische Biographie von Aaron Bernstein, die naiv und parteiisch ist, aber als Dokument aufschlußreich, A. BERNSTEIN, 1879. Titus veröffentlichte im Volksfreund für das Mittlere Deutschland v. 1. 11. 1859 seinen Briefwechsel mit dem Vorstandsmitglied Fries des Nationalvereins v. 20. 8. und 1. 9. 1859 mit Absage an den Verein. So wie er einer der Initiatoren der Eisenacher Beratung war, so wurde er 1864 einer der Initiatoren der Volkspartei, die sich im Gegensatz zum Nationalverein organisierte. Er trat auch der Internationalen Arbeiterassoziation bei. Reuß war in der Arbeiterverbrüderung der Revolutionszeit tätig.

21 G. PLANK, 1861, S. 89–93. Dort ein Einführungssatz, der sonst fehlt. Wichtige erklärende Angaben bei R. LE MANG, 1909, S. 13–17.

22 R. v. BENNIGSEN, 1911, S. 76.

land und seiner erstarkenden liberalen Parlamentsopposition war der geeignete Ort, die Zusammenarbeit von Liberalen und Demokraten zu demonstrieren. Die Umklammerung ihres Staates durch Preußen, die Kehrseite ihrer Handelsverbindungen, machte Liberale wie Demokraten empfänglich für die Einheitsfrage, die sich in der Hannoverschen *Erklärung* kundtat.

Nach ihr war der Deutsche Bund bis 1848 nur ein Instrument der Unterdrückung. Deshalb war seine Wiederbelebung in der Reaktionszeit ungerechtfertigt („als Notbehelf einseitig von den Regierungen wieder in das Leben gerufen“): Es fehlt ihm demnach jede Rechtsgrundlage, und er darf beiseite geschoben werden – und mit ihm die als untauglich erwiesene Bundes-Kriegsverfassung. Sofern „das deutsche Volk nicht von einer revolutionären Erhebung seine Rettung sucht“, ist die Nation auf Reformen angewiesen, womit gesagt ist, daß nicht unter allen Umständen eine Revolution von dem zu gründenden Verein abgelehnt wird. Das gilt es im Auge zu behalten, denn so offen wird der Nationalverein nicht mehr auf eine revolutionäre Alternative anspielen; ihre Gegner desto häufiger.

Österreich ist zur Reform des Bundes außerstande, weil es zu sehr mit seinen eigenen Problemen beschäftigt ist. Erst in ferner Zukunft kommt es für deutsche Aufgaben in Betracht. Das ist die Andeutung gegenüber Österreich, die in den Publikationen des Nationalvereins eine Rolle spielen wird und auf den Gedanken eines „engeren“ und eines „weiteren Bundes“ zurückgeht, wie er seit dem Jahre 1850 zum Rüstzeug der Konstitutionellen gehört. Die Alternative zu Österreich ist Preußen, und zwar nicht wegen seiner besonderen Mission, sondern weil es von Sonderproblemen, wie sie Österreich beschäftigen, frei ist. Deshalb konnte es auch seinen freiwilligen Systemwechsel zur Neuen Ära vollziehen.

Dieser Systemwechsel wird einseitig im deutschen Sinn verklärt, nicht, als ob Preußen diesen Systemwechsel seiner Großmachtstellung zuliebe vollzogen habe, wie der Prinzregent in seiner Ansprache an seine Minister klar zu erkennen gab, sondern „um ihre (d.h. der Krone) Interessen und die ihres Landes in Übereinstimmung zu bringen“ und damit Preußen reif zu machen für „Opfer an seiner Machtvollkommenheit“ – eine Vorstellung, die für den Prinzregenten völlig unmöglich war. Den deutschen Staaten werden Opfer an ihrer Selbständigkeit zugemutet, wie sie auch von Preußen verlangt werden, nur daß Preußen dafür durch seine Kommandogewalt über das Deutsche Heer entschädigt wird.

Die Initiative für die Errichtung eines zentralen Parlaments wird Preußen ganz uneigennützig unternehmen und sich seinen Beschlüssen unterordnen, wofür dann das deutsche Volk zu den größten Opfern (vermutlich an Steuergeldern) bereit sein wird. Wir haben es hier mit einem idealisierten Konzept der Neuen Ära zu tun, das in keinem realen Verhältnis zur Neuen Ära steht, wie sie wirklich war.²³ Es war nur dazu angetan, Hannovers und aller Mittelstaaten Befürchtungen vor Preußen zu beschwichtigen und ihm die erhoffte Rolle bei der Neugestaltung des Deutschen Bundes anzuweisen.

23 Vgl. S. BAHNE, 1976 und L. HAUPTS, 1978.

Die ausführliche Hannoversche Erklärung erlaubt es auch einen Satz von Rodbertus zu deuten, der sich auf die knappe Eisenacher Erklärung bezieht: „Eisenach ist nicht bloß Untreue, sondern auch Unsinn.“²⁴

Daß die Untreue sich auf Österreich bezieht, läßt sich leicht erraten, aber warum der Vorwurf gegen Eisenach, wo doch die zeitlich vorhergehenden Erklärungen der Liberalen von Nassau und Württemberg ganz ähnlich argumentieren²⁵, also die Bundesverfassung für untauglich erklären und verlangen, daß der Oberbefehl über die Bundestruppen während der Kriegsdauer Österreichs mit Frankreich und Italien Preußen übergeben werde. Warum der Vorwurf nur gegen die Eisenacher (der sich erst 1866 für Großdeutsche als berechtigt erwies)? Die Antwort ist einfach: Der „Vorantritt“ Preußens, wie ihn die Nassauer und Württemberger vorschlugen, war für die Dauer des Krieges gedacht, als man einen Überfall Napoleons auf die Rheingrenze als Kriegsplan annahm, und Liberale wie Demokraten unterstellten, daß Preußen die Rheingrenze beschützen würde. Inzwischen hatte aber Österreich mit ausdrücklicher Berufung auf Preußens Unzuverlässigkeit den Präliminarfrieden von Villafranca unterzeichnet und der Erklärung beider Staaten die Grundlage entzogen. Die Erklärung der Demokraten zu Eisenach hatte dementsgegen ausdrücklich die preußische Initiative für Oberkommando wie Bundesreform auch im Frieden verlangt, nämlich eine feste, starke und *bleibende* Zentralregierung.²⁶ Statt eines Provisoriums wollten die Demokraten eine Führerstellung für die preußische Regierung der Neuen Ära. Anstelle des Mythos von einem bevorstehenden Einigungskriege, an den die Deutschen glaubten, pflegten die preußischen Liberalen und der entstehende Nationalverein den Mythos der Neuen Ära. In der Aufgabe Preußens, in Permanenz Deutschland anzuführen, sah der Großdeutsche Rodbertus Untreue und Unsinn. Untreue gegen Österreich; Unsinn – wegen der Mystifizierung der Neuen Ära, als stehe sie im Zentrum der kommenden Einheit.

Die Übereinstimmung der Konstitutionellen mit den Demokraten, wie Benigns sie behauptete, war Tatsache. Sie entsprach den Interessen der Konstitutionellen, denn sie wollten sich von dem Makel des Verrats an den Demokraten freimachen, als sie 1850 Frankfurt zugunsten Erfurts aufgaben. Ihrerseits wollten die Demokraten mit Hilfe der Konstitutionellen zurück in das politische Leben, was ihnen auch gelang.

Der Verzicht der beiden Bündnispartner auf ihren Parteistandpunkt, der notwendig war, war entschieden ungleich. Die Konstitutionellen mußten nur ihren Abscheu vor den Demokraten aufgeben; auf ihr Prinzip der Vereinbarung mit den Regierungen brauchten sie nicht zu verzichten, umgekehrt mußte aber die Demokratie, wie schon bei Jacoby erkenntlich, prinzipiell wichtige Zugeständnisse machen, indem von Volkssouveränität und gleichem Wahlrecht nicht mehr die Rede war. Bei der zweiten Besprechung zu Eisenach haben die Demokraten

24 Brief von Rodbertus an Philipp v. Berg, Jagetzow, 18. 10. 1859, H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 193–195.

25 Abgedruckt als Anlage I und II bei G. PLANCK, 1861, S. 70–89, beide Erklärungen gefolgt von aufschlußreichen Unterschriftenlisten.

26 Dritter Paragraph der zweiten Eisenacher Erklärung v. 14. 8. 1859, G. PLANCK, 1861, S. 94; ebenso R. LE MANG, 1909, S. 18.

es zugelassen, daß ihre Beschlüsse erst als Grundlage des Programms eines zu schaffenden Vereins erhoben wurden, nachdem auf ihren Standpunkt als den einer Partei indirekt, aber unmißverständlich hingewiesen wurde, und als solcher abgelehnt worden war. Erst nach Anprangerung ihres Parteistandpunktes, durften sie den anrühigen Namen *Demokraten* ablegen. Nun wurden sie als *Nationale* anerkannt, auf deren Vergangenheit niemals angespielt wurde.

Diesem Rehabilitierungsgedanken wurde ein besonderer Paragraph gewidmet, der der ursprünglichen Resolution angehängt wurde und in dem es hieß: „Von allen deutschen Vaterlandsfreunden erwarten wir, daß sie die Unabhängigkeit höher stellen als die Forderungen der Partei.“²⁷ Diese Losung war dem Lexikon der Konstitutionellen im Kampf mit der Demokratie entnommen.

Von den 31 Unterzeichnern der Resolution der zweiten Besprechung zu Eisenach vom 14. August 1859, die als Urprogramm des Nationalvereins gilt, ist die große Mehrheit ihrer damaligen Gesinnung nach als Demokraten anzusehen (nach ihrer Gesinnung zur Revolutionszeit noch mehr) und nur eine kleine Minderheit, wie Brockhaus, Siegel und v. Unruh sind den Konstitutionellen zuzurechnen. Die bekannten Namen der Konstitutionellen, wie Max Duncker, haben den Beitritt zu den Beschlüssen von Eisenach und später den Beitritt zum Nationalverein abgelehnt.²⁸ Sie sind als Gönner des Vereins und als Mittelsmänner der Regierungen im Hintergrund geblieben.

Die Regierung der Neuen Ära in Preußen schwieg beharrlich zu diesem Programm, das angeblich auf den Prinzregenten zurückging, bis dieser selbst den Stettiner Bürgern seine vage, in Wahrheit negative Ansicht in der Form einer Antwort auf ihre Petition zukommen ließ.²⁹ Die Regierung unterrichtete ihre Mittelsmänner, daß sie den Eintritt von Preußen in den Verein nicht gerne sähe.³⁰ Von Altpreußen traten nur wenige bei, und unter diesen bildeten Berliner Demokraten das Hauptkontingent. Typisch ist Franz Duncker, der Bruder des konstitutionellen Max Duncker, des Besitzers der linksliberalen „Volks-Zeitung“.

27 Paragraph 7 der zweiten Eisenacher Erklärung, G. PLANCK, 1861, S. 94; R. LE MANG, 1909, S. 19.

28 M. DUNCKER, 1967. Die Korrespondenzpartner Duncckers, wie Baumgarten, Ludwig Karl Ägidi, Sybel, Roggenbach, Haym, haben es abgelehnt, dem Nationalverein beizutreten; sie beteiligten sich aber an Sitzungen und korrespondierten intim mit Ausschußmitgliedern (z.B. v. Unruh); für die Jahre 1859/61 vgl. ebd., S. 166–285.

29 W. GRUBE, 1933, S. 32–63. Die untertänige Petition war am 8. 8. 1859 ergangen, wurde eingehend beraten und von Schleinitz beantwortet. Zu einem der Stadien der Vorberatungen gehört eine „Vertrauliche Besprechung“, die nach v. Unruh von Max Duncker stammt und dem extrem rechten Flügel des Nationalvereins entspricht. Siehe H. R. v. POSCHINGER, *Erinnerungen*, 1895, S. 261–265.

30 W. GRUBE, 1933, S. 64–82 und S. 162–164, Unruh an Duncker, Anfang September 1859. Schwerins Meinungsäußerung: „Die Bewegung im nichtpreußischen Deutschland könnten unserer Regierung allerdings nicht unangenehm sein, dagegen erscheine eine Beteiligung der preußischen Bevölkerung an diesen Bestrebungen aus mehrfachen Gründen nicht wünschenswert und in keiner Weise zu fördern.“ Eine weitere Äußerung desselben: „wenn ein Accept der Wünsche Deutschlands notwendig sein sollte, so geschehe derselbe besser durch unser Abgeordnetenhaus bei passender Gelegenheit während der nächsten Zeit.“ Der Oberbürgermeister Hasselbach, dem diese Meinung zugeht, trat selbstverständlich dem Nationalverein nicht bei, wie ihm Unruh empfohlen hatte.

Die Eisenacher und Hannoverschen Erklärungen lassen ein Aktionsprogramm zu, das dem eines Vorparlaments analog bleibt, da der Deutsche Bund sowohl als unfähig wie als illegal hingestellt wird, während Deutschland durch die starken Heere Rußlands und Frankreichs bedroht ist. Österreich ist ausgeschaltet, und Preußen hat die Aufgabe, sowohl die deutschen Abwehrkräfte zu organisieren wie ein Parlament einzuberufen, anderenfalls wird das eine Volksbewegung besorgen. In beiden Fällen hat der Nationalverein die Aufgabe, bei der Reorganisation Hand anzulegen, wie z.B. Wahlen auszuschreiben. Der Verein soll sich im Lauf eines Monats durch die Bildung eines Ausschusses und eines Präsidiums organisieren und soll handeln aufgrund massenhafter Beistimmungserklärungen, die erwartet werden.³¹ An eine staatsumwälzende Absicht dabei haben verschiedene mittelstaatliche Regierungen, allen voran der Staat Hannover, geglaubt, aber zu einer solchen Aktion ist es nicht gekommen³², weil sogleich im Hinblick auf den Süden jede Aussicht auf eine aggressive Politik durch Metz aus Darmstadt vereitelt wurde. Zugleich mit der zweiten Eisenacher Erklärung ließ dieser eine Erklärung unterschreiben, die den Süden von jeder beunruhigenden Aktion schützen sollte. Diese Erklärung wurde von fast allen Unterzeichnern der zweiten Erklärung mit unterzeichnet³³: wir haben hier ein eklatantes Beispiel für Mine und Gegenmine, oder für „wasch‘ mir den Pelz und mach‘ ihn nicht naß“.

Laut der Erklärung von Metz beschränkt sich der Verein auf Überzeugung und Belehrung; er will wohl eine „mächtige Zentralgewalt“, aber will sie nur auf gesetzlichem Weg. Unser – des Vereins – Beistand gilt Preußen („durch unseren Ausspruch und jede moralische Hilfe Preußens Regierung und Volk zu ermutigen“), aber wir versprechen *jeder* Regierung Hilfe, die ehrlich und ernstlich mitwirken will, Gesamtdeutschland zu kräftigen. Vor allem ist uns darum zu tun, „den gesamten germanischen Stamm ungetrennt und ungeteilt zu erhalten“, also die Deutschen Österreichs einzubeziehen. Die Erklärung endet mit einem Aufruf zu einer „kräftigen Einigung von Deutschland durch Bildung einer nationalen Fortschrittspartei“, und die soll entstehen, durch „Versammlungen, durch Aufrufe, durch Bildung von Vereinen“ und sonstigen erlaubten Mitteln.

Warum hat Metz so gehandelt? Dem Inhalt seiner Erklärung nach, die nicht verhandelt und nicht beraten war, ist sein Aufruf zu Mäßigung und Ruhe, einer aktivistischen Stimmung zu verdanken, die die Versammelten ergriffen hatte.

31 Goldner spricht von „nahe an Tausend“ Zustimmungsadressen, die von Teilnehmern der zweiten Eisenacher Versammlung auf schriftlichem Wege erhalten wurden, ders., 1909, S. 26; Le Mang hebt besonders die Zustimmungsbewegung im Staate Hannover hervor, ders., 1909, S. 21.

32 Zur Unterdrückungsbewegung, hinter der Österreich stand, und die in den Mittelstaaten Hannover, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt und Mecklenburg durchgeführt wurde, R. LE MANG, 1909, S. 27–32; P. HERRMANN, 1932, S. 54–55.

33 Die Erklärung von Metz ist abgedruckt bei G. PLANCK, 1861, S. 95–97. Die Nicht-Unterzeichner sind: Brockhaus, Kreuznacher, Hoffmann, die den Propreußen zuzurechnen sind, und die beiden Preußen Franz Duncker und Frese, von denen sich der erstere 1865 als großpreußischer Demokrat entpuppte, und Frese, der zunächst preußisch-demokratisch eingestellt, dann aber mit dem Preußen Bismarcks brach und einer der führenden Personen der föderalistischen Volkspartei wurde.

Die Ablehnung von revolutionären Mitteln in den Beschlüssen sind nur als abschwächende Manöver zu verstehen. Spitzel verschiedener Regierungen waren sicher anwesend, und die verschiedenen Regierungen waren erschrocken. August Metz³⁴ war als Vertreter aus einem süddeutschen Staat (Hessen-Darmstadt) in einer persönlich heiklen Lage. Er war wohl preußen-freundlich eingestellt, aber er hatte auf die proösterreichischen Stimmungen in ganz Süddeutschland Rücksicht zu nehmen, die die Niederlage Österreichs nur geschürt hatte. Er war außer den Neubayern aus Franken und Siegmund Müller aus Frankfurt (mit dessen Zustimmung er vielleicht handelte) der einzige Vertreter Süddeutschlands, und er wollte die Aussichten auf Agitation und Werbung in Süddeutschland nicht verbauen. Zwischen der Eisenacher Erklärung und der Metzschens³⁵, die beide am 14. August und von den gleichen Leuten unterzeichnet wurden, besteht ein Gegensatz, der bestehen blieb, bis der Nationalverein sich spaltete. Die Leute, die beide Dokumente unterzeichneten (also alle, außer fünf), sind sich des Widerspruches wohl bewußt gewesen, aber sie haben beide Dokumente unterzeichnet, damit der Verein ins Leben treten konnte: die Gegensätze, die einen Monat später bei der geplanten und in Eisenach beschlossenen Gründungsversammlung des Nationalvereins zu Frankfurt zutage traten, bewiesen allen Unterzeichnern, daß sie unlogisch, aber richtig gehandelt hatten: Eine zweite Erklärung von Metz, diesmal von Siegmund Müller und anderen, vor allem Frankfurtern, unterzeichnet, brachte die Metzschen Ideen zur Kenntnis aller 150 Anwesenden: Deutschösterreich gehört zu Deutschland; Preußen hat eine Aufgabe, aber ihretwegen muß es sich Deutschland wie alle anderen Bundesglieder unterordnen. Die Freiheit, die durch die Reaktion geschädigt wurde, muß wieder hergestellt werden, die Freiheit der Presse, der Lehre und des Glaubens, aber auch alle Errungenschaften der Revolution sind wiederherzustellen, wie die Selbständigkeit der Gemeinden und die Freizügigkeit, aber ebenso auch die nationale Flotte und die nationale Wehrkraft.³⁶ Ein Zusatzantrag im gleichen Sinn verlangte auch eine freie Bewerbung aller Staaten um die Führung bei der deutschen Einigung.³⁷

Die Eisenacher und die Metzchen Erklärungen sahen zwei verschiedene Konstituierungen des deutschen Bürgertums vor, die Nationalpartei und den nationalen Verein. Bennigsen und alle Unterzeichner der ersten Eisenacher und

34 August Metz als Kind jüdischer Eltern in einem Badischen Ort katholisch getauft. Obergerichtsanwalt, Wanderprediger des Nationalvereins. Als solcher entspricht seine Stellung der des Schulze-Delitzsch in Süddeutschland, war mit Frankfurt a.M. und dem Maingau eng verbunden. Der Volksfreund für das Mittlere Deutschland, der in Frankfurt erschien und dem Nationalverein feindlich war, nennt ihn zusammen mit seinem Intimfeind „Löb“ Sonnemann nur „Aaron“ Metz. Über ihn E. HAMBURGER, 1968.

35 Siehe Anm. 33.

36 Der Entwurf einer Ansprache an das deutsche Volk, als Antrag von Metz, Friedleben, Braunsfels, Siegmund Müller, Reinganum, sämtlich aus Frankfurt, und Hering (Eisenach), bei G. PLANCK, 1861, S. 99–100 (Anlage V). Der Entwurf wurde in der Vorversammlung v. 15. September verlesen, einer Kommission überwiesen und in der Hauptversammlung verworfen. Über die Verhandlungen in Frankfurt, über die kein Verhandlungsbericht vorliegt, P. HERRMANN, 1932, S. 57–81, der einen Agentenbericht benutzt und R. SCHWAB, 1909, S. 16–19, der sich auf die Augsburger Allgemeine Zeitung stützt.

37 Der Antrag Heldmann und Konsorten zu der Metzschens Ansprache, G. PLANCK, 1861, S. 100.

Hannoverschen Erklärung wollten die *Nationalpartei* als Aktionspartei; ein lockerer Verein genügte ihnen nicht.

Auf den ihnen passenden Organisationshabitus wird noch einzugehen sein.

Der nationale Verein von Metz sah allen zeitgenössischen Vereinen ähnlich. Er würde aus lokalen Vereinen bestehen, die ihre eigenen Diskussionen halten und ihre Beschlüsse ausmachen, zu Wanderversammlungen oder Kongressen zusammentreten würden, wenn es ihnen paßte. Vielleicht würden ein permanenter Ausschuß und ein Presseorgan existieren, in dem die Mitglieder ihre Meinungen äußern könnten. So hielten es die diversen Volksvereine, aber so hielt es auch der Volkswirtschaftliche Kongreß.

Der Unterschied zur strikten Nationalpartei ist erheblich und zwang zu Kompromissen. Durch den Beitritt zu der Metzschen Erklärung wurde das Zustandekommen der Nationalpartei „aus den verschiedenen Fraktionen der liberalen Partei“ gerettet. Ein provisorischer „engerer Ausschuß“ bis zur endgültigen Konstituierung einen Monat später in Frankfurt, wurde sogleich eingesetzt, der die Mehrheit für die Anhänger einer Nationalpartei sicherte: Rudolf v. Benigsen aus Hannover, Fries aus Weimar, der die Demokraten der ersten Eisener Konferenz vertrat (und weiterhin als Vizevorsitzender fungieren wird), der Berliner v. Unruh, der die besten Beziehungen zu den Männern der Neuen Ära in Preußen besaß und A. L. v. Rochau, der sich um die zukünftige Zeitschrift der Partei bewarb, bildeten eine feste Mehrheit für das Parteiprinzip. Metz und Reuß waren als Vertreter Süddeutschlands und des dort eingebürgerten Vereinsprinzips in der Minderheit.³⁸

In Frankfurt, einen Monat später, trat Metz (diesmal in Verbindung mit seinen Frankfurter Gesinnungsgenossen) als Vertreter des föderativen Vereinsprinzips auf, und selbst der propreußische Reyscher aus Stuttgart vertrat das süddeutsche Vereinsprinzip unter der Devise „durch Freiheit zur Einheit“, wie es später hieß: Er versprach das Eintreten der Süddeutschen für die preußische Spitze, aber nur wenn die Neue Ära im freiheitlichen Sinn handeln, und Kurhessen und Schleswig-Holstein befreien würde. Sein Württemberger Kollege Hölder sagte dasselbe, aber ohne die vermittelnden Töne Reyschers.³⁹ Unter diesen Bedingungen war die Gründung der nationalen Aktionspartei fraglich und nur zu retten durch ein Ablenkungsmanöver: Alle ideellen Gegensätze wurden ausgeklammert, die Existenz der Nationalpartei einfach proklamiert, der Eintritt allen offen gelassen und die Partei wiederum durch die passende Zusammensetzung des „engeren Ausschusses“ garantiert. Diesem Ausschuß wurde zudem das Recht zuerkannt, sich durch Kooptation zu erweitern, d.h. die Mehrheit für die Konstituierung einer Nationalpartei zu vergrößern.⁴⁰ Daß der Name eines Vereins blieb („Nationalverein“) und die erzwungene Programmlosigkeit zu einer Kardinaltugend erhoben wurde, ließ für den Augenblick die Parteigründung harmloser erscheinen, als sie gemeint war, und mochte manchen Anhänger des föderativen Vereinsprinzips täuschen, hat sich aber letztlich in Spannungen und Spaltungen ausgewirkt, die uns zu beschäftigen

38 R. SCHWAB, 1909, S. 9.

39 G. PLANCK, 1861, S. 98 (Antrag Reyscher); R. SCHWAB, 1909, S. 19.

40 G. PLANCK, 1861, S. 20.

haben: Es mochte so scheinen, als genüge es, einmal die Mehrheit im Engeren Ausschuß zu bekommen, um durch passende Kooptationen die Mehrheit für immer zu behalten und so den Verein in die Hand zu bekommen. 1864 schien es soweit.⁴¹ In den engeren Ausschuß trat auch Schulze-Delitzsch ein, der sich vorgenommen hatte, die Nationalpartei zu retten. Er war es, der einen einfachen Statutenentwurf proklamierte, alle programmatischen Bestimmungen ausklammerte und die Kontinuität der Partei durch Kooptationen sicherte.⁴²

Eine Partei, die sich Verein nennt, hat es in der Geschichte auch weiterhin gegeben. Wir erinnern an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, der die erste sozialdemokratische Parteigründung war.

41 VERHANDLUNGEN V, 1865: Der volksparteiliche Vorstoß Eckardts, der allerdings abgewehrt wurde.

42 H. GOLDNER, 1909, S. 36 f. Er bemüht sich dem Mythos von Schulze-Delitzsch als dem eigentlichen Vater des Nationalvereins entgegenzutreten. Er widerspricht auch Aaron Bernstein, als habe dieser, und nicht v. Bennigsen, den Vorsitz geführt. Merkwürdig, daß der Gegensatz von Nationalliberalen und Fortschritt im Jahre 1909, als Goldners Arbeit erschien, noch fortwirkte.

DRITTES KAPITEL

DIE ERSTEN JAHRE DES DEUTSCHEN NATIONALVEREINS: PARTEI ODER VEREIN

Die Bewegung der Jahre 1848/49 hatte aufgezeigt, daß zwischen der Entwicklung der Sonderstaaten und dem erhofften Gesamtstaat ein Spannungsverhältnis bestand: Man wollte beides, aber mit unterschiedlicher Intensität, mit unterschiedlichem Kraftaufwand und Erfolg. Der innere Ausbau machte in den Einzelstaaten große Fortschritte, vor allem in Preußen, dessen Entwicklung es zu einer wirklichen Nation werden ließ, die das Werden einer deutschen Nation in Frage stellte. Die Liberalen und Konservativen in Preußen waren darüber weniger beunruhigt, konnten sie sich doch damit beruhigen, daß der geeinte preussische Staat ihnen ein großes Wirtschaftsgebiet offenlegte, und dieser Staat immerhin eine Großmacht war und ihnen eine größere Macht in Aussicht stellte. Sie brauchten Deutschland kaum, oder richtiger, sie brauchten es zur Vergrößerung ihrer Großmacht, und dabei ist es weniger wichtig, ob sie Preußen in Krone und Heer oder im Parlament verkörpert sahen. Die Liberalen und Demokraten außerhalb Preußens waren durch die Erstarkung der Einzelstaaten stark beunruhigt. Sie sahen, daß ohne den Schutz eines starken Gesamtstaates alle lokalen März-Erregenschaften unsicher waren: So schnell, wie sie in den ersten Märztagen 1848 bewilligt worden waren, so schnell ließen sie sich auch wieder abbauen. Selbst ihre Unabhängigkeit nach innen war von der Willkür der Großmächte Österreich und Preußen abhängig: Die Schicksale von Schleswig und Holstein, von Hessen-Kassel und Hannover seit 1849 waren abschreckende Beispiele, die jedem Deutschen einleuchteten.¹ Selbst wenn die Mittel- und Kleinstaaten ihre Selbständigkeit durch Anlehnung an eine der deutschen Großmächte bewahren konnten, hatten sie keinen Anteil an deren Macht: Der deutsche Nationalstaat war der einzige Weg zur Macht, an der auch sie teilnehmen konnten, und in dieser Erkenntnis unterschieden sich die Bürger der Einzelstaaten von ihren sonderstaatlichen Regierungen und deren regierenden Parteien.

Die Demokraten in Preußen wurden – anders als ihre einzelstaatlichen Parteigenossen – durch den Staat drangsaliert und diskriminiert, war doch die fast

1 Der Waffenstillstand von Malmö (August 1848) war das traumatische Erlebnis der Revolution; das Gefecht bei Bronzell, das zum Vertrag von Olmütz (1850) führte, wurde zum neutralistischen Punkt in Preußens Geschichte; beide gefühlsbeladenen Erinnerungen dienten dem Nationalverein im ersten Jahr seiner Existenz, seine Identität als nationale Partei zur Kenntnis zu bringen.

zehn Jahre lang dauernde Reaktion in Preußen hauptsächlich gegen sie gerichtet. Sie waren während der Revolution näher an der Macht gewesen als die Demokraten anderer Einzelstaaten und hatten aus ihrem Selbstbewußtsein, gekoppelt mit ihrer Enttäuschung über den Sieg der Krone gewagt, eine Art politischen Streiks in der Form der Abstinenz von den Wahlen zu üben. Nun sahen sie die Stunde gekommen, im Zeichen einer Neuen Ära sich wieder der Politik zuzuwenden. Dafür hatten sie den Namen „Demokraten“ abzulegen (und vergessen zu machen) und dabei konnten ihnen die Rechts- und Linksliberalen der anderen Staaten helfen, indem sie das Banner des gesamtdeutschen Nationalismus erhoben. Der Nationalismus konnte die Demokratie als ihr Kennzeichen ersetzen.

Wenige Preußen hatten diesen Weg gesehen. Bei der ersten Beratung der Demokraten in Eisenach im Juli 1859 war nur ein Preuße anwesend gewesen²; bei den nachfolgenden Beratungen in Eisenach im August und in Frankfurt (September) kamen Berliner Demokraten hinzu; auf der ersten Generalversammlung in Coburg im Jahre 1860 war es schon eine gehörige Anzahl, besonders Demokraten aus den Westprovinzen und den nicht zum Deutschen Bund gehörigen Ostprovinzen.³ Die Zugehörigkeit des Altliberalen Veit aus Berlin zum Nationalverein hängt mit seiner Außenseiterposition als Jude zusammen⁴ und ist eine Ausnahme zu dem Verhalten anderer Rechtsliberalen; denn fast nur Demokraten traten der neuen Bewegung in Preußen bei.

Schulze-Delitzsch war der einzige Preuße in Eisenach gewesen; er ist auch das Vorbild für den Pionier der neuen politischen Erkenntnis und ihrer Chancen, gerade weil er kein Jude war und nicht aus den Grenzprovinzen stammte, sondern aus der alten preußischen Provinz Sachsen.

In der Revolution hatte er sich in der preußischen Nationalversammlung als aufrichtiger Demokrat erwiesen, indem er für die Steuerverweigerung als Konsequenz aus der zwangsweisen Verlegung der Nationalversammlung in eine Provinzstadt gestimmt hatte. Er verlor seine Stellung als Kreisrichter und wurde zum Volksmann, indem er für die Errichtung von sogenannten „Assoziationen“ eintrat und mehr noch, indem er selbst Hand anlegte, Kredit- und Vorschußvereine für den Mittelstand der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden zu errichten und ihnen Rechtsschutz ließ: Dieser Mittelstand war für ihn das eigentliche Volk, das gemeint war, wenn die Linksliberalen das „Volk“ vertreten wollten und dafür dessen Schutz gegen die Polizeiwillkür verlangten.⁵ In den 50er Jahren war die Tätigkeit für die Assoziation des Mittelstandes die Quelle seines Erwerbs, die ihn auch zu der aktiven Teilnahme an den volkswirtschaftlichen Tagungen veranlaßte. Diese waren zu Ende der 50er Jahre mehr auf die sogenannte „soziale Frage“ ausgerichtet als auf die Liberalisierung der Wirt-

2 Schulze-Delitzsch. Siehe R. SCHWAB, 1902, S. 7.

3 Eine Statistik, die nicht gesondert die östlichen und westlichen Grenzprovinzen berücksichtigt, hat wenig Aussagekraft. Außen- wie innenpolitische Einflüsse sind zu berücksichtigen (Frankreich und Rußland; katholische und polnische Bevölkerungsteile).

4 Veit in Berlin und Gabriel Rießer in Hamburg, beide Juden und beide rechtsliberal, die sich entgegen dem typischen Verhalten der Altliberalen dem „radikalen“ Verein anschlossen und beide im Ausschuß waren.

5 A. BERNSTEIN, 1879, besonders S. 107–111 (Gründung des Nationalvereins).

schaft, und auf ihren Beratungen lenkte Schulze mit viel Erfolg die Blicke auf das Assoziationswesen, wobei viele, später als „Nur-Freihändler“ bekannte Männer von ihm lernten und ihm zustimmten. Damals wurde die Grundlage zu jener merkwürdigen Synthese von *Selbsthilfe* in der Assoziation (wobei der Selbsthilfe oft auch von Kapitalisten nachgeholfen wurde, wie die sozialistischen Kritiker gern hervorhoben) und *wirtschaftlichem Liberalismus* geschaffen, dem auch Schulze anhing. Diese Symbiose von Assoziation und Freihandel hat die ganzen 60er Jahre beherrscht.⁶

Um die größte Verbreitung der neuen sozialen und wirtschaftlichen Vorstellungen zu erreichen, setzte sich Schulze für eine lose Mitgliedschaft, für freie Rede und Wanderversammlungen bei volkswirtschaftlichen Beratungen ein, ganz im Gegensatz zu der straffen Organisation, die er für die politische Konstituierung des Bürgertums für richtig hielt. Wenn wir beachten, daß jene *volkswirtschaftlichen* Tagungen in engstem Zusammenhang mit den *politischen* Beratungen des Nationalvereins stehen und vorwiegend von den gleichen leitenden Persönlichkeiten organisiert wurden⁷, ist dieser Gegensatz auffällig.

Derselbe Schulze, der gestern freie und mobile Zusammenkünfte für die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenkünfte vertrat, verteidigte mit viel Geschick die geschlossene und hierarchische Leitung einer fest organisierten Mitgliedschaft in politischen Dingen: Auf dem volkswirtschaftlichen Kongreß will er die lose Organisation, im Nationalverein – Unterordnung und Disziplin. Der Unterschied ist jedem klar, der an die Logik der Geheimbünde des 19. Jahrhunderts denkt, die so ganz anders war als die der heutigen Massenorganisationen: Es gibt politische Organisationen, die einem festgelegten organisatorischen Ritual unterliegen, und es gibt *Rahmenorganisationen*, die weitere Kreise erfassen, und diesem Ritual nicht unterliegen.⁸ Die Aktiven der Kernorganisationen beherrschen auch die Rahmenorganisationen, in denen sie vorbereitende Aufklärung leisten und Unterstützung erwarten und geeignete Anwärter ausuchten. Die Aktiven dieser politischen Kernorganisationen verstehen einander nach Andeutungen und Kodewörtern, aber für die Nichteingeweihten müssen auch Protokolle geführt werden, die allerdings wenig Aussagekraft haben. Vieles wird gar nicht erst zu Papier gebracht. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit, der Andeutungen und der bewußten Auslassungen leiden die Briefe und Protokolle der damaligen Bewegungen, und davon wird nicht nur die Arbeiter-

6 Die Verbindung von Freihandel und Assoziation, die sich zur Lösung von „Selbsthilfe“ verdichtete, hat auf den kleinbürgerlichen Mittelstand stark eingewirkt und ihn im Sinn der Fortschrittspartei beeinflusst, so daß die Konservativen als Gegenmine den Preußischen Volksverein schufen (1861) und den zünftlerischen Handwerkertag in Weimar (1862) einberiefen. Auffallend ist die Beherrschung der politisch aufgeweckten Berliner Arbeiter durch den von Schulze gegründeten Arbeiterverein (1862), bis im Jahre 1865 die Koalitionskämpfe und die Gewerkschaftsbewegung eine andere Fragestellung einführten, aber politisch blieb Schulzes Einfluß noch lange Zeit bedeutend.

7 Die Identität der leitenden Persönlichkeiten gilt nicht nur für den Nationalverein und die Abgeordnetentage, nicht nur für den Volkswirtschaftlichen Kongreß, sondern auch für den Handels- und Genossenschaftstag. Als zentrale Persönlichkeiten wären v. Bennigsen, Böhmert, Faucher, Lette, Franz Duncker und Schulze-Delitzsch aufzuführen.

8 Als Beispiel wäre an den Kommunistenbund in seinem Verhältnis zum Arbeiterverein in London zu denken oder an den Arbeiterverein in Brüssel und das dortige Korrespondenzbüro. Das Ausland eignet sich für Beobachtung, weil dort die Polizeihemmungen wegfielen.

bewegung berührt, sondern auch der Nationalverein, und je mehr links, desto mehr.⁹

Schulze-Delitzsch wollte die nationale Partei, der viele der Urwähler in den verschiedenen Einzelstaaten (unter ihnen selbstverständlich auch Preußen) angehören würden, deren *Ausschuß* aber aus einflußreichen Politikern bestand und seinen Einfluß als politischer Macht garantierte. Die Exekutive aus drei (oder mehr) Personen würde die Schlagkraft erhöhen, aber ohne daß diesen Selbständigkeit oder gar eigene Initiative zustehen würde. Die eigentliche *Nationalpartei* stellte der *Ausschuß* dar, dessen Recht auf Kooptation zusätzlicher Mitglieder (ohne Wahl durch die einfachen Mitglieder) das Kernstück der Parteiorganisation darstellte, denn die Kooptation würde die Kontinuität der Parteihaltung garantieren.¹⁰ So dachte sich Schulze seine Nationalpartei und so drückte er sich deutlich auf der Gründungstagung zu Frankfurt aus.¹¹ Seine *Nationalpartei* wollte er dem Einfluß der eidgenössischen Demokraten des Südens entziehen. Deren Ideal orientierte sich nicht an den geschichtlich gewachsenen Monarchien im deutschen Staatenbunde, sondern an einer von unten gewachsenen Bewegung der Staatsbürger (für die die Schweiz das Vorbild war), die wohl bereit waren, Fürsten in der Rolle von Staatspräsidenten anzuerkennen, aber sich weder auf die angestammten Dynastien verpflichteten noch auf die historischen Grenzen. Typisch für solche emanzipierten Staatsbürger waren die eingesessenen Frankfurter, denen es außerdem leichter war als ihren Gesinnungsgenossen in anderen Staaten, ihren halb-republikanischen Anschauungen Ausdruck zu geben, da sie in einer Stadtrepublik lebten. Ihre Wortführer waren Julius Friedleben und Ludwig Braunfels von der „Neuen Frankfurter Zeitung“; ihr intellektueller Kopf war der Leiter der Zeitung – Leopold Sonnemann.¹²

Diese Gruppe, die sich teils dem endgültig konstituierten Nationalverein anschloß, aber teils auf ihre Teilnahme verzichtete, stand in enger Verbindung mit einer anderen Gruppe von Süddeutschen, die den Gesamtstaat erst aus den liberalisierten Einzelstaaten entstehen lassen wollten, und bis dahin nicht bereit waren, sich ohne Vorbehalte einer gesamtdeutschen Bewegung ein- und unterzuordnen. Gemeinsam war diesen, besonders in Württemberg organisierten Partikularisten und den eidgenössischen Demokraten, die Weigerung, von vornherein auf die Deutschen Österreichs zu verzichten, wie sie es bei den

9 Die volksparteilichen Anfänge und Vorbereitung der Spaltung sind alle halbkonspirativ, aber von einer bewußt konspirativen Besprechung linker Demokraten unter der Leitung des Rechtsanwalts Sanftleben am Vorabend der Frankfurter Gründungsversammlung berichtet auch der preußische Agent, und dem Inhalt nach ist der Bericht kein Phantasieprodukt; vgl. P. HERRMANN, 1932, S. 58.

10 Der mißglückte „Staatsstreich“ richtete sich dementsprechend auf der Generalversammlung auf die Eroberung des Ausschusses. Siehe VERHANDLUNGEN V, 1865, passim, besonders S. 26.

11 P. HERRMANN, 1932, S. 69.

12 K. GERTEIS, 1970, besonders S. 29–33. Als Intimfeind Sonnemanns und des Kreises um die in Neue Frankfurter Zeitung umgetaufte Handelszeitung trat Nikolaus Hadermann mit seinem kleinen, aber in Kreisen der Demokratie beachteten Volksfreund für das Mittlere Deutschland auf, der im Gegensatz zum Freihandel in all seinen Erscheinungen stand und wegen seiner Gegnerschaft zur preußischen Spitze – und nicht nur in Opposition wie Sonnemann und sein Kreis – den Nationalverein konsequent bekämpfte.

großpreußischen Norddeutschen beargwöhnten.¹³ Schulze-Delitzsch sah hier den Beginn einer besonderen *württembergischen Nationalpartei*, der vielleicht bald eine *bayerische*, *sächsische* u.a. nachfolgen würde.¹⁴ Nicht wegen des scharfen Ausdrucks blieb es Schulze verwehrt, diese Anprangerung des württembergischen Partikularismus zu veröffentlichen, sondern wegen der Sorge des Ausschusses, den Faden nach Süden nicht abreißen zu lassen, und er hat mit dieser Rücksicht nicht nur den Beitritt vieler Württemberger zum konstituierten Nationalverein erwirkt¹⁵, sondern später auch das Entstehen einer „deutschen Partei“ aus den Reihen der Liberalen erleichtert, die sich über den Umweg über den württembergischen Landtag schließlich der nationalliberalen Partei anschlossen.

Schulze hat in Frankfurt die Nationalpartei, wie er sie verstand und wie er sie brauchte, gerettet, in der Form einer zentralisierten Spitze mit einer Massenbasis, der es gelingen konnte, alle volksmäßigen Organisationen so zu beherrschen wie die eigene Mitgliedschaft.¹⁶ Die Süddeutschen, die demokratischen wie die liberalen Honoratioren dagegen brauchten *Lokalvereine* mit eigenen Statuten und selbständiger Leitung, offene Versammlungen, die der Austragung von persönlichen und ideologischen Konflikten gewidmet waren, mit Landestreffen und „Tagen“, die den Führern der verschiedenen Richtungen eine Chance zur Massenwirkung gaben.

Sie brauchten auch *mobile* Kongresse und Tage („Wanderversammlungen“), auf denen die verschiedenen Auffassungen in weitem Rahmen zum Ausdruck kommen konnten, also genau das, was Schulze für die Erörterung gesellschaftlicher Fragen für richtig hielt und für die politische Konstituierung des nationalen Bürgertums für falsch. Er wollte den kleinen, aber mächtigen *Ausschuß*, der eine *Exekutive* zu Taten anregen konnte. Als Resonanzboden brauchte er eine disziplinierte Mitgliedschaft und für den ärgsten Fall auch Massenorganisationen, die mit der Hilfe von Ausschußmitgliedern in Bewegung zu setzen waren. Die offene Erörterung gesellschaftlicher Fragen bekam jetzt eine neue Bedeutung: Sie sollte nunmehr unter der Leitung von Politikern die Massen bereithalten. Schulze hat diese Beherrschung von Massen in Berlin zu größter Vollkom-

13 Siehe D. LANGWIESCHE, *Liberalismus*, 1974. Für die erste Periode des Nationalvereins ebd., S. 290–306; G. RUNGE, 1970, S. 10–24; K. BACHTELER, 1934.

14 H. SCHULZE-DELITZSCH, *Schriften III*, 1910–1913, S. 168; dort der volle Text des abgewiesenen Manifests mit einer informierenden Einleitung, S. 159–170.

15 Bei der Gründung des Nationalvereins traten nur zwei bei, die in der liberaldemokratischen Bewegung Württembergs regelrechte Außenseiter waren; nach der Esslinger Versammlung im Frühjahr 1861 waren es immerhin schon 400. Siehe G. RUNGE, 1970, S. 16.

16 Schulze-Delitzsch hat sich in Frankfurt deutlich über seine Organisationsvorstellungen ausgesprochen. Wichtig aber ist, was er Gustav Freytag gegenüber äußerte, weil dieser sowohl nach Coburg wie nach Berlin über wichtige Verbindungen verfügte. Zentral ist für ihn „die feste Bindung der Mitglieder mit Kassenbeiträgen“, weil das dem Ausschuß anhaltende politische Tätigkeit ermöglicht. Ein Geheimbund, wie er Ernst II. von Coburg vorschwebt, ist unpraktisch, dagegen die offene Vereinsform notwendig. „Keine Revolution, aber eine Kasse“, ruft er aus. Der Schlußsatz ist aufschlußreich: Er wünscht in der Lage zu sein, der Bewegung seine volle Zeit und Kraft zu widmen: Er ist noch nicht im Abgeordnetenhaus und braucht die Genossenschaften auch für seinen Lebensunterhalt. Die Kasse des Nationalvereins wird einen Teil seines Unterhaltes als Organisator und Reiseprediger bestreiten. Siehe H. SCHULZE-DELITZSCH, *Schriften III*, 1910–1913, S. 142–145, Brief v. 8. 10. 1859.

menheit gebracht.¹⁷ Wenn ein unerwarteter Außenseiter wie Lassalle ihm das Konzept seiner Massenbeherrschung verdarb, ist er an diesem Mißgeschick nicht schuld.

Die Auffassung einer disziplinierten Nationalpartei, die allen Links- und Rechtsliberalen offen sein sollte, war seit der zweiten Eisenacher Besprechung all ihren Teilnehmern gemeinsam: Die erbetene Zustimmungserklärung aller Bürger für das 7-Punkte-Programm ist dafür Beweis. Sie sollten zustimmen, aber nicht diskutieren. Sie sollten die Wahl haben zwischen Beitritt und Abseitsstehen, wobei der Agitation die Rolle zukam, das Abseitsstehen mit dem Makel des Mangels an Patriotismus zu behaften. Die Zustimmungserklärung war von Honoratioren ausgearbeitet, die unter sich ihre Gegensätze durch Kompromisse auflösten. Sie befanden sich mitten auf dem Weg von der Stellung gesellschaftlicher Honoratioren des deutschen Bürgertums zu Berufsparlamentariern und bezahlten Berufspolitikern, besonders als Redakteure. Die alten Professorenpolitiker der Paulskirche hielten sich abseits, wirkten aber von außen als Gönner.¹⁸ Sie sahen die Mitgliedschaft an der Basis als „zuchtlose Demokraten“ an, die unter der Aufsicht der Honoratioren in dieser „Kinderbewahranstalt“ an Disziplin gewöhnt werden sollten, wie ein solcher Gönner sich drastisch, aber treffend, ausdrückte.¹⁹

Mit diesen politischen Kindern wurde einmal im Jahr das Schauspiel einer demokratischen Entscheidung über den weiteren Weg des Vereins aufgeführt: An einem vom Ausschuß vorher bestimmten Ort versammelten sich reise- und unternehmungslustige Mitglieder des Vereins mit den Mitgliedern des örtlichen Vereins und bestimmten den weiteren Weg in direkter Abstimmung, aber die anzunehmenden Resolutionen wurden im Ausschuß vorher festgelegt und dem geschäftsführenden Vorstand lag die reibungslose Annahme der gebilligten Resolutionen ob, und das wäre immer so weitergegangen, wenn sich nicht im Vorstand selbst Opposition gegen die pseudo-demokratische Gängelei erhoben hätte.

Die Gängelei von Massen zum Zweck der Legitimierung einer persönlichen Diktatur hat in der Geschichtswissenschaft den Namen *Bonapartismus* (statt des historischen Namens „Caesarismus“)²⁰ erhalten, und man hat Anfänge dieses Herrschaftssystems im „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV) Lassalles gesehen, und weil Lassalle 1863/64 mit Bismarck, dem zweiten und wichtigeren Vertreter dieses Systems zusammengekommen ist, hat man beide der

17 E. BERNSTEIN, *Geschichte*, 1907, besonders S. 108–148 („Die Berliner Arbeiter zwischen Fortschritt und Lassalle; von Lassalles Tod bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes“).

18 Außer an Max Duncker und Gustav Freytag ist an Sybel und die Heidelberger-Badener Gruppe um Häußler und Wehrenpfennig zu denken, deren Korrespondenzen J. HEYDERHOFF 1925 veröffentlicht hat.

19 Gustav Freytag an Heinrich v. Treitschke, Brief v. 13. 11. 1865, im Auszug bei E. ENGELBERG, 1970, S. 145. Es ist wünschenswert, daß „die sehr unvollkommene Verfassung desselben [gemeint ist der Nationalverein] dauert“, und zwar gegen die volksparteiliche Opposition.

20 Dazu H. GOLLWITZER, *Caesarismus*, 1952. Der Übergang von *Caesarismus* zu *Bonapartismus* und *Bismarckismus* ermöglichte dann eine moderne Typologie, mit der sich A. MITCHELL 1977 kritisch auseinandergesetzt hat.

bonapartistischen Herrschaftsmethode zugeordnet. Zu fragen wäre dann, wie wir die Manipulation der Massen durch eine Oligarchie von Honoratioren in der Art des Nationalvereins anzusehen haben, besonders wenn wir bedenken, daß Lassalle den Organisationshabitus des Nationalvereins übernommen hat.

Lassalle hat die Organisationsform ganz offen als Diktatur angesehen²¹; den Nationalverein hat man nie der Diktatur einer Oligarchie über das Bürgertum beschuldigt. Hier liegt offensichtlich eine Lakune in unserer geschichtlichen Erkenntnis vor, die vielleicht einer generalisierenden Bonapartismustheorie den Boden entziehen würde. Einleuchtend wäre es, den Organisationshabitus des Nationalvereins ebenso wie den des ADAV auf die Manipulation der Mitglieder und der Außenorganisationen in den Geheimbünden zurückzuführen, seien es die Burschenschaften, sei es der Kommunistenbund. Vielleicht ließe sich dabei auch eine der Wurzeln des Bonapartismus bloßlegen; denn auch Bonaparte hatte Beziehungen zu Geheimbünden.

Das führt uns ganz unerwartet zu einer anderen Art von Manipulation der Massen, wie sie Herzog Ernst II. von Coburg-Gotha vorschwebte, und die er im Gespräch mit den Initiatoren des Nationalvereins, mit Schulze, v. Bennigsen, Fries und v. Unruh, zur Sprache brachte. Seine Version geht nicht auf die demokratischen Geheimbünde zurück (zu denen er als deutscher Fürst keinen Zugang hatte), wohl aber auf die dem Adel offene Version von Geheimbündelei, die Freimaurerei. Ernst II. hatte schon im Anschluß an das Scheitern der Erfurter Tagung (1850) einen Geheimbund stiften wollen, um mit altliberalen Gesinnungsgenossen in konspirativer Verbindung doch noch eine Form von deutscher Einigung zustande zu bringen. Auf diese Erinnerung vom Jahre 1853 griff er im Jahre 1859 zurück. Im Jahre 1853 hatte er, dem Zeugnis des v. Unruh nach, einen aus „mehreren Stockwerken“ bestehenden Geheimbund gewollt, aber bei den Altliberalen keine Gegenliebe gefunden. An die Spitze sollte sich ein wagemutiger Fürst stellen (wahrscheinlich er selber als idealisierter Bürgerkönig), nach unten sollte sich der Bund verbreitern, wobei die Initiative von oben nach unten abgeschwächt wurde, um schließlich bei den nur befehlsempfangenden Mitgliedern anzukommen.²² Ernst II. selber wollte schon damals einen straffen *Partei-Verein* und schlug jetzt, im Jahre 1859, den gleichen streng hierarchischen Partei-Verein vor, der wegen der neuen Zeit mehr bürgerliche Züge annehmen sollte.²³ Nach dem Zeugnis v. Unruhs soll Schulze grundsätzlich mit der straffen Organisation und der Initiative von oben übereingestimmt haben. Der Herzog spricht in seinen Erinnerungen davon, daß er die Grundzüge seiner Organisation in modernisierter Form schon in einer Vorbesprechung mit Schulze dargelegt hätte, so daß eine Übereinstimmung zwischen Ernst und Schulze gar nicht so auffällig wäre: In der Vorstellung beider hat die Masse der Mitglieder Befehle zu empfangen und galt es, auf Außenorganisationen Einfluß auszuüben. Wie sie sich das vorstellten, zeigten beide auf den Schützenfesten

21 B. BECKER, *Geschichte*, 1874, S. 52.

22 H. R. v. POSCHINGER, *Erinnerungen*, 1895, S. 210–212 (Verhandlungen v. Unruhs mit dem Herzog v. Coburg).

23 ERNST II., *Aus meinem Leben II*, 1888, S. 531–543, besonders S. 532 f.

1861 und 1862.²⁴ Beide haben hier nur Gesellschaftskräfte gesehen, die es zu benutzen galt, und haben die emanzipatorischen und politischen Bestrebungen, die sich dabei kundtaten, mißachtet, beziehungsweise mißbraucht. In der Arbeiterbewegung hat Schulze seinen Weg ohne dauernden Erfolg allein fortgesetzt.

Dem „Vereinsprinzip“ entsprechend, wie es in ganz Süddeutschland bei Liberalen wie Demokraten galt, hatten die Schützen, Turner und Arbeiter das Recht zu Selbsttätigkeit und war der gegenseitige Besuch in den Vereinen ganz selbstverständlich; im Parteiverein, wie sich im Sinne Schulzes der Nationalverein verstand, genügte es, den Vorsitzenden der Turner, den Württemberger Georgii, in den Ausschuß zu kooptieren; das weitere würde dieser dann schon veranlassen.²⁵ Das Prinzip des *Parteivereins* von Ernst II. (oder der *Nationalpartei*, wie Schulze sich ausdrückte) hätte überall bei Auseinandersetzungen zwischen dem Partei- und dem Vereinsprinzip gesiegt, wäre die Partei einig geblieben, aber wie wir sahen, sind viele Anhänger des Vereinsprinzips der Nationalpartei beigetreten (der traditionelle Name *Nationalverein* hat ihnen dabei geholfen), wahrscheinlich um ihn von innen bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zu erobern, wie ihre Gegner behaupteten. Jedenfalls wurde ihr Vertreter im Vorstand, der Demokrat Fedor Streit aus Coburg, dessen Wahl Schulze nicht rechtzeitig verhindern konnte.²⁶ Mit der Ablehnung der brüskten Ansprache an die Württemberger, wie Schulze sie verfaßt hatte, bewies der Ausschuß, daß er bereit war, dem Vereinsprinzip Konzessionen zu machen, und eines der Mittel war, Streit auf den einflußreichen Posten als Geschäftsführer des Vereins einzusetzen.²⁷ Damit hat er aber ins eigene Lager erst Spannung und dann Spaltung hineingetragen.

Der Nationalverein wurde zu Frankfurt am 15. und 16. September 1859 doch gestiftet, weil Schulze den Rat von Ernst II. annahm, sämtliche Fragen über die zukünftige Gestaltung Deutschlands auszuklammern und dem Verein eine Massenbasis zu geben. Die erhoffte Massenbasis garantierte auch ein Minimum an Einnahmen, da die Mitgliedschaft an fortlaufende Beiträge geknüpft war und diese die Mittel für die Tätigkeit des Ausschusses bereitstellten.

Der inhaltsschwere Satz des dritten Paragraphen der Satzungen, „die Leitung seiner Angelegenheiten bis zur nächsten Versammlung überträgt der Verein einem aus seiner Mitte gewählten Ausschusse von 12 Personen, welcher die verschiedenen Funktionen unter seine Mitglieder selbst verteilt und ermächtigt wird, sich nach Bedürfnis zu verstärken und neue Versammlungen zu berufen“²⁸, ist wohl kaum in seiner ganzen Tragweite erfaßt worden, weil nicht verstanden werden konnte, daß der Ausschuß die ihm erteilte Vollmacht (auch die

24 Das Auftreten beider erregte wegen ihrer Popularitätshascherei das Mißfallen König Wilhelms.

25 Georgii wurde auf der ersten Generalversammlung von den Gewählten in den Ausschuß kooptiert (VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 59).

26 H. SCHULZE-DELITZSCH, Schriften III, 1910–1913, Brief an Gustav Freytag v. 18. 10. 1859, S. 145–147. Das Mißtrauen gegen Streit wuchs im Laufe der Jahre, und wurde in der Coburger Arbeiterzeitung unter seiner Leitung mit Angriffen auf den „Arbeiterapostel“ erwidert.

27 H. SCHULZE-DELITZSCH, Schriften III, 1910–1913, S. 161–170.

28 R. LE MANG, 1909, S. 25.

Verfügung über die Kasse und die Bestimmung des Domizils) jedes Mal für ein ganzes Jahr beanspruchte. Die meisten werden wohl nicht verstanden haben, daß „die nächste Versammlung“ erst nach einem Jahr nach Coburg einberufen werden würde (statt nach Frankfurt am Main, der Hauptstadt des Deutschen Bundes) und daß selbst Berlin als „Zufluchtsstätte des Vereins“ erwogen wurde.²⁹

Die widersprüchlichen Anträge in Frankfurt, die von den Frankfurter Demokraten und den Württembergern einerseits und von Barth und v. Rochau andererseits eingebracht worden waren³⁰, hätten die Tagung gesprengt, und wir würden nie von einer „Nationalen Partei Deutschlands“ gehört haben, wenn man nicht sämtliche Anträge vor der Versammlung am 16. September von der Abstimmung abgesetzt und einen farblosen „Zweck des Vereins“³¹ angenommen hätte, der wohl die beiden Beschlüsse von Eisenach und Hannover erwähnte, aber sich auf sie nicht verpflichtete, den Sitz des Vereins in Frankfurt festlegte (obwohl anzunehmen war, daß Frankfurt wegen des österreichischen Druckes die Domizilierung des Vereins in der alten Kaiserstadt ablehnen werde) und das Hauptgewicht des Vereinszweckes in der „geistigen Arbeit“ und den „gesetzlichen Mitteln“ erblickte, wie Metz es immer wieder abwiegelnd verlangt hatte.³² Diese „gesetzlichen Mitteln“ sind der Anlaß zu vielen zeitgenössischen und historiographischen Mißverständnissen gewesen.

Was hat die Betonung der „gesetzlichen Mittel“ als erster Programmpunkt der Satzung zu bedeuten? – Man wollte einen Staatenbund in einen Bundesstaat verwandeln. Konnte man das mit „gesetzlichen Mitteln“? Es stimmt, daß der Verein sich seinen Mitgliedern gegenüber nur verpflichtet hatte, die „geistige Arbeit“ der Bewußtseinsbildung zu übernehmen und er fiel damit vielleicht nicht unter die Paragraphen der verschiedenen Strafgesetzbücher, aber er verstieß trotzdem gegen die Grundlagen der internationalen Verträge und der Staatenordnung für Deutschland, wie sie seit dem Jahre 1815 bestanden, und deren Untergrabung politisch verfolgt wurde. So faßten die Rechtslage die Staaten auf, die seit dem 6. September 1859, also noch bevor in Frankfurt der Nationalverein ins Leben trat, der österreichischen Note gegen die Umtriebe der Nationalpartei zugestimmt hatten.³³ Die Gesetzlichkeit gegenüber dem Strafgesetzbuch konnte daher nur auf die Staaten einwirken, die, wie Preußen, sich abwartend verhielten, um zu sehen, wie und ob der neue Verein der preußischen Politik nützlich

29 H. SCHULZE-DELITZSCH, *Schriften* III, 1910–1913, Brief an v. Bennigsen v. 13. 11. 1859, S. 150–152: Die Forderung ergeht, die kommende Ausschusssitzung nach Berlin einzuberufen, weil das engere Vaterland vielleicht bald die einzige Zufluchtsstätte des Vereins sein wird.

30 G. PLANCK, 1861, S. 97–100.

31 G. PLANCK, 1861, S. 24; R. LE MANG, 1909, S. 25.

32 Diese Ausdrücke sind den Metzchen Resolutionen entnommen. Die „geistige Arbeit“ steht im Gegensatz zur physischen Gewalt wie bei der Bewegung der Chartisten. Die Frage wäre, welcher Art die „moralische Kraft“ überzeugter Nationalisten sein kann: Die Agitation hatte doch Sinn nur als Bildung einer politischen Macht, also der Konstituierung des Bürgertums. Das hohe Interesse, das der Nationalverein schon seit dem ersten Jahr seines Bestehens dem Turnen, dem Wehrturnen und der Wehrhaftigkeit zeigte und das seinen beredeten Ausdruck auf der ersten Generalversammlung fand, mußte den Regierungen – die preußische nicht ausgenommen – sehr verdächtig sein.

33 R. LE MANG, 1909, S. 28–32.

sein könnte. Diese abwartende Haltung drückte die Antwort des Grafen Schwerin im Namen des Prinzregenten Wilhelm auf eine Petition Stettiner Bürger im Sinne der Eisenacher Beschlüsse aus. Die Antwort war nichtssagend³⁴, und deshalb in der Frage der Gesetzlichkeit vielsagend: Eine Agitation für die Ziele des Nationalvereins ist legal im Sinne des Strafgesetzbuches, der Verein kann aber jederzeit aus politischen Gründen verfolgt werden. Im Augenblick liegt das allerdings nicht im Interesse der preußischen Politik; aber der Augenblick kann jederzeit kommen. Mehr noch: Sein Kommen ist vorherzusehen, denn Preußen anerkennt die Rechte jedes Mitgliebes im Staatenbund.

Die Betonung der „gesetzlichen Mittel“ hat nicht die Schutzfunktion erfüllt, die ihr von Freund und Feind zugeschrieben wurde, denn sie hat den Verein nicht vor Verfolgungen geschützt. Im Gerichtssaal konnte diese Bestimmung etwas helfen, aber ihr Hauptzweck ist in ihrer Wirkung auf die ängstlichen Sympathisanten zu sehen. Auf sie konnte der Verein nicht verzichten, wenn Ausschuß und Vorstand Politik treiben wollten und deshalb Mitgliederzahlen und Geldmittel brauchten, die erst durch den Zutritt vieler zusammenkamen. Die einfachen Mitglieder wollten gegen ihre Behörden, gegen die Polizei und gegen ihre Nachbarn geschützt sein. Ungeachtet der immer wiederholten Bezeugung der vollkommenen Gesetzmäßigkeit der Mitgliedschaft und der Ziele des Vereins, scheuten sich viele Sympathisanten, die Mitgliedschaft zu erwerben (hiermit sind nicht die konstitutionellen Gönner gemeint, die sich scheuten, durch Kontakt mit Demokraten ihre gesellschaftliche und politische Stellung zu gefährden und deren Nichtanschluß demnach politische Gründe hatte), einfach weil sie sich der Mißliebigkeit der Behörden und ihrer Nachbarn nicht aussetzen wollten. Ihnen hat Schulze-Delitzsch im Auftrag des Ausschusses ein besonderes Flugblatt noch vor Jahresende 1859 gewidmet³⁵, in dem er nochmals den Nutzen wie auch die Gesetzlichkeit der Agitation hervorhob. Die Notwendigkeit, bald zu Geldmitteln zu kommen, wird von ihm betont („weshalb die Bildung einer Vereinskasse durch Mitgliederbeiträge vor allen Dingen notwendig wird“), wie es wirklich der Sachlage entsprach, aber die aktiven Wähler, also das Bürgertum, wie der Nationalverein es sah, hielten sich zurück. Diese Zurückhaltung galt es zu überwinden, besonders da es sich in jeder Stadt bei der Vorherrschaft des Zensurwahlrechts immer nur um einige Hundert handelte. Schulze-Delitzsch spricht vom Mannesmut, den es jetzt im Namen der jungen Bewegung neu zu beleben gilt, und das ist jetzt nicht mehr der Mut zu Barrikaden, sondern der Mannesmut zur Gesetzlichkeit: wenn der Mut zur Gesetzlichkeit viele erfaßt, wird die Unterdrückung des einzelnen unmöglich:

„Noch klebt den Leuten viel zu viel von dieser Demoralisation der langen Willkürherrschaft [der Reaktionszeit] an. Das Gesetz, das wissen sie recht wohl, kann ihnen nichts anhaben, man kann sie nicht bestrafen. Aber da ist ein anderes Institut, der wahre Schlußstein des Polizeistaates, die Mißliebigkeit [...] Im Umgange von seinesgleichen gemieden, in Plackereien jeder Art verwickelt, in

34 Text der Antwort Schwerins im Namen des Prinzregenten bei H. GOLDNER, 1909, S. 31. Die eingehenden Vorberatungen bei W. GRUBE, 1933, S. 157–164, besonders Usedom's sogenannte Kissinger Denkschrift, ebd., S. 158–162.

35 H. SCHULZE-DELITZSCH, Schriften III, 1910–1913, S. 152–159.

Nahrung und Erwerb geschädigt, durch Kundschafts- und Konzessionsentziehung, Entsetzung vom Amte und dergleichen, trifft ihn oft ein härteres Los als den gemeinen Verbrecher.“

Das klingt mutig und sympathisch, weil die Härte der Maßregelung Schulze selber, den Verfasser dieses ersten Flugblattes des Nationalvereins, in der beschriebenen Art zur Zeit der Reaktion betroffen hat. Nur dürfen wir nicht vergessen, daß der Nationalverein in den kommenden Jahren wohl einen „Nationalfonds“ für die Honoratioren des Vereins plante, wenn diese durch Gegner geschädigt wurden, daß aber nie von den Opfern der einfachen Mitgliedschaft die Rede war, und so hielt es auch die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen, als sie im Juni 1861 als „Exekutive des Nationalvereins“ ins Leben trat: Die Honoratioren wurden entschädigt; die einfachen Urwähler wurden nicht berücksichtigt. Für- und Vorsorge galten den Honoratioren.

Die Vertrauenspersonen des Nationalvereins (und besonders die Ausschußmitglieder) haben jede Auslage, die sie zugunsten des Vereins machten, als „Wanderprediger“ (wie August Metz und Schulze), als Redakteure oder als Vortragende in Außenorganisationen, wie in Bürger- und Arbeitervereinen, genauestens verrechnet, was dann bei der Rechenschaftsablegung auf der Generalversammlung nur ganz pauschal Erwähnung fand. Die Anzahl der ganz- und teilweise Besoldeten war groß, und entsprechend fielen die Ansprüche an die Kasse recht hoch aus. Der Vorstand und der Ausschuß waren die Seele des Vereins und teilten sich in die administrativen und politischen Aufgaben. Die einfache Mitgliedschaft hatte als *plebs tribuens* deren Tätigkeit zu ermöglichen. Sicherlich wollte der Verein wachsen, aber durchaus kontrolliert. Ein Eindringen von Volksmassen war unerwünscht und ihr Verbleib in den Außenorganisationen vorzuziehen, also in den Singer-, Turner- und Schützenbünden und besonders in den Arbeiterbildungsvereinen. Sollten sie dort politischen Unfug anstellen wie die zuchtlosen Demokraten von gestern, so war der Nationalverein für sie nicht verantwortlich, und sollte es doch einmal zum Äußersten kommen – Sintflut nannte man das –, so waren sie so oder so zur Stelle.

Die Mitglieder des Vereins waren in den Augen der Ausschußmitglieder, die in ihrer Jugend radikalen Bünden angehört hatten und jetzt noch radikal dachten, wenn auch radikal national (wie der Redakteur der „Wochenschrift“ v. Rochau), für Demonstrationen vor den Regierungssitzen im Gehrock zu gebrauchen; für ernste „unerwartete Ereignisse“ kamen nur Handarbeiter in Frage. Die Vereinsmitglieder waren als Empfänger von politischen Losungen und Direktiven da (außer ihrer Aufgabe als Beitragszahler). Bis zum Ende des Jahres 1862 war ihre Zahl im Steigen; nach der dänischen Krise und der Ernennung Bismarcks im September 1863 setzte ein allmählicher Mitgliederschwund ein, der aber an der Spitze kaum beachtet wurde, solange die Einnahmen für die Geschäfte genühten. Nur wenn es zur Rechnungslegung auf der Generalversammlung kam, war man erstaunt und auch beunruhigt.³⁶ Die Opposition be-

36 Auf der vorbereitenden Ausschußsitzung zur 4. Generalversammlung 1863 wurde der Rückgang der Mitgliederzahl wohl beachtet, aber beschlossen, ihn nicht hervorzuheben, was Streit pflichtgemäß tat. Nur in seinen Geschäftsbericht flocht er die kryptischen Worte ein „solange er (er sprach von sich in der dritten Person) überhaupt noch auf diesem Posten

achtete den Mitgliederschwund wohl, sorgte aber dafür, ihre Leute bei der Stange zu halten. Erst im Jahre 1865 gab sie den Gedanken der Übernahme des Vereins auf.

Der Nationalverein als Nationalpartei hatte keine Lokal-, Neben- und Zweigorganisationen. Das ist bekannt, und wird immer mit dem damals für alle Bundesländer geltenden Vereinsgesetz des Jahres der Reaktion 1854 begründet. Demzufolge durften Vereine mit politischen Zwecken nicht miteinander in Verbindung treten oder „korrespondieren“, wie man damals sagte. Aus einem Brief Schulzes vom 1. November 1859 kann man seine Vertrautheit mit den damals geltenden Bestimmungen erkennen³⁷, aber eine andere Frage ist, ob er wirklich so naiv war zu glauben, daß sich durch eine zentralistische Organisation die Gefahr der Unterdrückung durch interessierte Regierungen bannen ließ, oder ob er nicht vielmehr das Vereinsgesetz als Vorwand für die von ihm erwünschte zentralistische Organisation brauchte. Die zentralistische Organisation war ihm Selbstzweck, und das Vereinsgesetz Vorwand. Gegen den liberalen Demokraten Henneberg aus Gotha benutzte er die Bestimmungen des Vereinsgesetzes – die für Gotha gar nicht galten, weil das Gesetz dort nicht rechtmäßig publiziert worden war –, um ihn zur Auflösung eines demokratischen und nationalen Vereins zu zwingen, und das mit Erfolg.³⁸

Die *Instruktion*, die am 18. Oktober 1859 in der Ausschußsitzung beschlossen wurde³⁹, enthält folgende Bestimmungen im ersten der fünf Paragraphen: „Der deutsche Nationalverein mit seinem Sitz in Coburg besteht einheitlich für ganz Deutschland, und ist die Bildung von Zweig- und Nebenvereinen, die mit demselben in Verbindung treten wollen, durchaus ausgeschlossen, indem dieselbe der Vereinsgesetzgebung der meisten deutschen Einzelstaaten widerspricht.“ Der Jahresbeitrag, der „nicht unter 1 Thaler Preußisch Courant betragen darf“, wurde durch den Vorsitzenden des Ausschusses, v. Bennigsen, beglaubigt: Der Ausschuß war die zentrale Behörde der neuen Organisation. Die Namen der Ausschußmitglieder waren auf der Mitgliedskarte verzeichnet⁴⁰, aber für die Vereinsmitglieder war nur der Vorstand zuständig, der durch den Ausschuß eingesetzt worden war, wie es im Punkt 5 der Instruktionen ausdrücklich hieß. Bennigsen war als Vorsitzender des Ausschusses und Vorsitzender des Vorstandes das gemeinsame und oberste Haupt der Organisation.

Die einleitenden Worte der Instruktion über die beim Beitritt zum deutschen Nationalverein festzuhaltenden Punkte, nämlich „der deutsche Nationalverein mit seinem Sitz zu Coburg“, haben eine schwerwiegende Bedeutung, die leicht übersehen wird. Die Ablehnung des Gastrechts für den Verein durch die Republik Frankfurt aufgrund des Druckes Österreichs ist bekannt, aber die Übersiedlung nach Coburg wird allzu leicht als selbstverständlich angesehen, nachdem Herzog Ernst sein Territorium als Asyl angeboten hatte. Er aber hatte an *Gotha* als Zentralpunkt des Vereins gedacht, die erste Stadt seines Doppellandes

auszuharren vermag“. Protokoll der Ausschußsitzung v. 15. 10. 1863; VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 4.

37 H. SCHULZE-DELITZSCH, Schriften III, 1910–1913, S. 147–150, an Bennigsen.

38 Ebd., S. 148 f.

39 R. LE MANG, 1909, S. 100 f.

40 Faksimile einer Mitgliedskarte ebd., S. 100.

Sachsen-Coburg-Gotha: Die Übersiedlung der erbkaiserlichen Konstitutionellen von Frankfurt nach Gotha im Jahr 1849 auf dem Wege nach Erfurt, um dem Unionsprojekt Preußens zuzustimmen, schien ihm auch diesmal den Weg zu weisen. Er wollte auch das demokratische *Coburg* nicht, das dort den Demokratenführer Feodor Streit – wie selbstverständlich – in eine leitende Stellung bringen mußte. Das aber war genau die Absicht der Süddeutschen, denen Siegmund Müller als Sprecher für die süddeutschen Interessen Ausdruck gab: Nicht Gotha, Weimar oder Berlin, wie angeregt wurde, sondern Coburg mit Streit. Unterstützt wurde dieses Vorgehen durch das der Sitzung vorliegende Absgeschreiben einer Zusammenkunft von württembergischen, hauptsächlich demokratisch eingestellten Honoratioren vom 27. September, die die strikte Organisationsform noch einmal wie vorher auf der konstituierenden Tagung in Frankfurt ablehnten und die propreußischen und antiösterreichischen Hintergedanken der Norddeutschen wiederum anprangerten. Sie betonten mehrmals, daß die Unterschiede in der Auffassung und die vorhandenen Verdachtsmomente sich nur durch eine wirkliche Annäherung beseitigen lassen würden. In dieser Beziehung waren die Wahl von Coburg und Streit die gegebene Antwort der Norddeutschen.⁴¹ Die Übergabe des Vorsitzes an Bennigsen dagegen war unverfänglich, da er als Führer der Parlamentsopposition im Parlament des Staates Hannover jedenfalls auf Österreich Rücksicht zu nehmen haben würde, und im Vorsitz des Vereins durch mitteldeutsche Demokraten wie Fries und Streit kontrolliert wurde. Der Nationalverein hat, wie gesagt, alles getan, um den Faden nach Süddeutschland nicht abreißen zu lassen, und der schließliche Anschluß vieler Württemberger im Frühjahr 1861, nach langen Beratungen und Zögern, gab der vermittelnden Haltung des Ausschusses recht.

Die Träger der Politik der Neuen Ära in Preußen mögen sich den neuen Nationalverein wie „einen einmütigen Chorus der öffentlichen Meinung in Nord und Süd, aus dessen brausendem Zuruf Preußen das moralische Recht zur diplomatischen Durchführung seiner Bundesreform herleiten sollte“ vorgestellt haben – so charakterisiert wenigstens Hermann Oncken die Haltung von Max Duncker⁴² –, aber Schulze sah ganz realistisch, daß ein solcher Chorus nicht spontan entstehen würde, sondern eine Schöpfung gewiegtter Politiker zu sein habe, die die auseinandergehenden Meinungen behutsam lenken würden. Diesen Chorus erlesener Weniger sah er im Ausschuß, und da kam ihm die unabhängige Stellung Streits sehr ungelegen. Er hätte sich mit Berlin als Sitz des Vereins abgefunden⁴³ und nach einem zu erwartenden Verbot mit der von Ernst II. empfohlenen Geheimverbindung angefreundet, aber die Abneigung gegen Berlin war zu allgemein. Daher mußte auch er Coburg zustimmen, aber er war sicher, daß „Streit nichts Entscheidendes vornehmen kann“, weil er jeden Monat durch eine Vorstandssitzung in Coburg überwacht wird, und außerdem der

41 Ebd., S. 94–96. So wie Preußen bis 1866 aus zwei unterschiedlichen Teilen bestand, die die Krone vereinigte, so das Duodezfürstentum Coburg-Gotha. Geographisch war es durch den Thüringer Wald geschieden. Für Streit ist die Wahl Coburgs der Beweis, daß der Nationalverein das ganze Deutschland will (Brief an Hölder v. 18. 1. 1859, Abschrift, Nachlaß Streit, ZStA Potsdam 90 Str. 5).

42 H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 337.

43 H. SCHULZE-DELITZSCH, Schriften III, 1910–1913, S. 148.

Vorstand, selbst wenn er nicht zusammentritt, schriftlich abzustimmen berechtigt ist, und somit Streit „nur Korrespondenz und Kassenwesen in Ordnung zu halten hat“.⁴⁴ Streit war tatsächlich nur ein Generalsekretär, aber wir haben heute über den Einfluß von Generalsekretären neue Ansichten aufgrund der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, und Streit bewies schon im 19. Jahrhundert, daß ein selbstbewußter und fleißiger Generalsekretär tätig in die Geschicke der Organisation eingreifen kann: die Spaltung im Nationalverein, die nur einen Teil zum Chorus für die preußische Reichseinigung von oben werden ließ, hängt mit ihm zusammen.⁴⁵

Die Nationalpartei, wie sie im Nationalverein organisiert war, stellte die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums über den Einzelstaat hinaus dar, wie sie im Jahre 1859 möglich war. Eine andere ist weder zustande gekommen noch versucht worden. Der Verein war eine Bewegung des Bürgertums, in der an den Einzelnen nur geringe Ansprüche gestellt wurden, und das, vor allem in der Form von geldlichen Beiträgen. Sollte größerer Einsatz vonnöten sein, so dachte man an die Kleinbürger und die Proletarier, die wohl zum „Volk“, das man vertreten wollte, aber nicht zum leitenden Bürgertum gehörten. Die so konstituierten Bürger wählten einmal im Jahr in Urwahlen einen Ausschuß, der berufen war, in ihrem Namen Politik zu machen, um den nationsweiten Bürgerstaat zu verwirklichen. Zur tagtäglichen Vertretung des Ausschusses ermächtigte dieser den Vorstand, der ihm gegenüber verantwortlich blieb, wie in jeder parlamentarischen Ordnung. Da nur einmal im Jahr die Urwähler zusammentraten, und zwar nur in geringer Anzahl, war diese Versammlung manipulierbar, und wir haben es mit einer lenkenden Oligarchie zu tun, der im Lager der Demokratie ein demokratischer Cäsarismus (= Bonapartismus) entsprechen würde.

Der Parteiverein, wie ihn der Nationalverein konstituierte, wurde im Jahre 1863 von Lassalle mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) kopiert. Sein Name war „Verein“, aber er war eine sozialdemokratische *Partei*: er hatte einen Ausschuß und einen Präsidenten. Er bestand einheitlich für ganz Deutschland und duldete keine Zweigvereine und Ortsgruppen, angeblich auch, um einem Verbot zu entgehen. Auch er versprach, nur mit gesetzlichen Mitteln agieren zu wollen. Und doch, ein großer Unterschied

⁴⁴ Ebd., S. 146.

⁴⁵ 1865/66 stand Streit am linken Flügel einer werdenden Volkspartei wie F. A. Lange, aber 1859/60 war er wie Fries und Henneberg national und liberal (die sich auch später den Nationalliberalen anschlossen). Er soll damals sich sogar den Prinzregenten als Präsidenten des Nationalvereins vorgestellt haben, wie der Volksfreund für das Mittlere Deutschland behauptete, er habe also die Antwort des Prinzregenten an die Stettiner Bürger erklärt, wie der rechte Flügel des Nationalvereins. Schon die Ablösung des Sekretärs Nagel durch Schweigert (1861) weist auf eine Gesinnungsänderung hin. Schulze-Delitzsch beargwöhnte im Frühjahr 1863 die Korrektheit der Haltung von Streits Arbeiterzeitung. Mit Nr. 43 v. 25. 10. 1863 wird die Linksschwenkung Streits deutlich, als er seine Auseinandersetzung auf der Generalversammlung des Nationalvereins in der Arbeiterzeitung fortsetzte. Diese Entwicklung könnte mit der Nachkonferenz der volksparteilich Gesinnten im Anschluß an die Generalversammlung zusammenhängen, könnte aber auch auf den Einfluß des Rückkehrers aus den USA, Struve, zusammenhängen, der an der Arbeiterzeitung mitwirkte. Auf die ganze Problematik geht Streit nirgends ein.

bestand gegenüber dem Nationalverein. So wie bei diesem alles auf den Ausschuß und dessen politische Wirkung ausgerichtet war, so beim ADAV alles auf die Wirksamkeit des Präsidenten. Sein Ausschuß (beim ADAV Vorstand genannt) wurde nur schriftlich befragt, und durch den Sekretär (z.B. durch das Zurückhalten von Briefen) manipuliert, so daß der Präsident uneingeschränkt handeln konnte. Wenn wir für den Nationalverein einen passenden Begriff wie *lenkende Oligarchie* gesucht haben, so dürfen wir hier vom Typ eines *präsidialen Bonapartismus* sprechen. Die anderen Unterschiede zum Nationalverein ergeben sich aus der unterschiedlichen Mentalität und Struktur von Bürgertum und Proletariat. Wenn der Bürger seinen jährlichen Taler entrichtete und höchstens über die Tätigkeit des Ausschusses informiert sein wollte, zahlte der Arbeiter wöchentlich und entwickelte am Zahlabend ein reges gesellschaftliches und politisches Leben, das von oben ständige Aufmerksamkeit forderte. Die ebenso wie beim Nationalverein betonte Legalität sollte die Arbeiter nur von unkoordinierter Aktion abhalten, so wenn Lassalle in seiner Ansprache an die Arbeiter Berlins betonte, daß *jetzt* es nur um Mitgliedschaft gehe⁴⁶, denn die Arbeiter erwarteten mehr. Die Legalität sollte im ADAV die Tatkraft in Grenzen halten; im Nationalverein sollte sie eine Tatkraft unter den Mitgliedern gar nicht erst aufkommen lassen und somit Furchtsame beruhigen: Nur als juristisches Argument gegenüber den Behörden war die Absicht die gleiche.

Beide Organisationen waren zentralistisch und autoritativ-antiemanzipatorisch eingestellt; das Vereinsprinzip mit seinen lokalen Versammlungen und Abstimmungen, mit seinen Kongressen und Tagungen hatte bei ihnen keinen Platz. Beide zentralistischen Organisationen hatten sich mit diesen emanzipatorischen und demokratischen Bewegungen auseinanderzusetzen, deren Existenz an sich schon bei ihnen Kontroversen und Spaltungen hervorriefen. Beim Bürgertum ist es bei der Spaltung geblieben: die demokratische Volkspartei hat nie daran denken können, sich mit der rechtsliberalen Nationalliberalen Partei wieder zu vereinigen; der föderative Vereinstag Deutscher Arbeitervereine (VDAV), der als Gegen gründung zum zentralistischen ADAV entstand, hat sich nach vielen organisatorischen und ideologischen Metamorphosen im Jahre 1875 mit dem ADAV vereinigt und in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei das Sozialistengesetz überstanden.⁴⁷

Die nationale Partei war zu Frankfurt am 17. Oktober 1859 durch eine beabsichtigte Programmlosigkeit gerettet worden, indem sämtliche Programmanträge von der Tagesordnung abgesetzt worden waren und ein lapidares *Statut* angenommen wurde, das den *Zweck*, die *Mitgliedschaft* und die *Leitung* der Vereinsmitgliedschaft festlegte und erklärte, damit sei die nationale Partei konstituiert. Dazu kamen dann noch die Ausführungsbestimmungen, die in der ersten Ausschußsitzung beschlossen wurden. Bis zur ersten Generalversamm-

46 Siehe F. LASSALLE, GRS IV, 1919–20, S. 54: „Und damals handelte es sich darum Barrikaden zu bauen – heute handelt es sich zunächst nur darum, durch den gesetzlich vollkommen erlaubten Eintritt in unsern Verein [...] einen immensen Druck [...] auszuüben [...]“.

47 Vereinigungskongreß zu Gotha und Bildung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Siehe F. MEHRING, Deutsche Sozialdemokratie, 1877, 5. Buch: Die Einigung der Partei, S. 371–509, besonders über den Vereinigungskongreß, S. 447–453.

lung in Coburg am 3. September 1860 hat der Verein über 5 000 Mitglieder vereint und über 18 000 Gulden vereinnahmt, beides nicht unerhebliche Zahlen.⁴⁸

Auf dieser ersten Generalversammlung hat die Vereinspartei zu verschiedenen Fragen Stellung genommen, wie über die Unverletzlichkeit des Bundesgebietes, die Schaffung einer Zentralgewalt, die Notwendigkeit einer modernisierten Bundesverfassung und verschiedene Einzelfragen des Deutschen Bundes. Man darf also sagen, daß der Partei-Verein damit seine ursprüngliche Programmlosigkeit aufgab, obwohl die angenommenen Programmpunkte sorgfältig ausgesucht waren, so daß dennoch eine Spaltung trotz der großen Meinungsverschiedenheiten nicht eintrat, der Partei-Verein standhielt und in das Stadium einer kontinuierlichen Entwicklung eintrat. Wenn der Nationalverein auf über 25 000 Mitglieder anwuchs (1862) und auch noch während der Krise um die Frage der Konstituierung Schleswig-Holsteins (1865) mehr als 15 000 Mitglieder umfaßte, so hat er eine erste politische Kraft über den Rahmen des Einzelstaates hinaus dargestellt und hat seinesgleichen nicht, ausgenommen die Arbeiterbewegung, die immer überregional und übereinzelstaatlich war. Alle auf dem föderativen Vereinsprinzip stehenden bürgerlichen Bewegungen sind nicht zu bleibenden überregionalen Bewegungen herangewachsen. Wollten sie mit ihren Vorstellungen eine politische Macht darstellen, griffen auch sie zu einer Version der *Vereins-Partei*, so wie der Deutsche Reformverein (1862–64), der sich immer am Nationalverein orientierte, aber nie zu einer festen Partei wurde.⁴⁹ Der Nationalverein hat sich auf der ersten Generalversammlung zu Coburg 1860 nicht gespalten, obwohl seine vielen Feinde ihm bei der ersten Beratung eines Programmpunktes sein Zerbröckeln prophezeiten, und das, weil der Ausschuß in einer tagelangen Vorbereitung alle Kompromisse vorbereitet hatte. Das Hauptverdienst kommt bei dieser Kompromißbereitschaft der Redaktion der „Wochenschrift“ zu, die seit dem 1. Mai 1860 unter der Leitung v. Rochaus regelmäßig erschien⁵⁰ und unter den Vereinsmitgliedern einen Gedankenaustausch herstellte.

Die Aufgabe der „Wochenschrift“ legte die Redaktion in ihrer „Einladung zum Abonnement“ fest wie folgt: „Den regelmäßigen geistigen Verkehr zwi-

48 Nach R. LE MANG, 1909, S. 70, waren es am Tage der Generalversammlung 5 369, elf Tage darauf 5 803 (vermutlich durch die Werbewirkung der Zusammenkunft und der Vermeidung jedes Zerbröckelns). Die Einnahmen betrugen 18 676 Gulden (ebd., S. 72).

49 Siehe W. REAL, Reformverein, 1966, besonders 3. Kapitel (Der Deutsche Reformverein in der ersten Phase seines Ausbaues und seines politischen Wirkens) und 8. Kapitel (Die Begegnung mit dem Kleindeutschtum unter dem Eindruck der schleswig-holsteinischen Krise).

50 Die Wochenschrift konnte als Agitationsmittel für preußische Interessen gedacht sein, als Druckmittel auf die Regierungen und als Mittel politischer Bewußtseinsbildung. Der strafte Nationalpartei hätten werbende Flugblätter am besten gedient, aber die Belastungsprobe einer Generalversammlung nicht überstanden. Die Wochenschrift vertrat klar das zweite und dritte Ziel, die integrierend wirkten. Besonders die interne politische Auseinandersetzung, wie sie die Wochenschrift bis zur Generalversammlung förderte, hat sich positiv ausgewirkt. Wenn das Ziel die Förderung preußischer Interessen war, so hat die Zeitung allerdings nicht förderlich gewirkt. War das eigentliche Ziel aber die Konstituierung des politischen Bürgertums, so war ihre erste Zeit ihre Glanzzeit. Das Nachfolgeorgan Wochen-Blatt hat seit 1865 bis zu seiner Einstellung für die Interessen Preußens gewirkt, aber bei schwindender Leserschaft kaum noch Interesse erweckt: Preußische Politik konnte man besser in Tageszeitungen verfolgen.

schen dem Nationalverein und seinen Mitgliedern herzustellen, die Ansichten und Grundsätze des Vereins in weiteren Kreisen zu verbreiten und dadurch die Zwecke desselben zu befördern. Vereinigung der gesamten militärischen und diplomatischen Gewalten in einer einzigen Hand, Wiederherstellung einer Gesamtvertretung der Nation, wachsame Wahrung aller wahrhaft deutschen Interessen gegenüber dem Ausland, Entfesselung der durch verkehrte Staatsmaximen gebundenen politischen und wirtschaftlichen Kräfte des Volkes, Beseitigung eines unberechtigten und bürokratischen Polizeiregiments zugunsten einer vernünftig aufgefaßten Selbstregierung in Provinz und Gemeinde, Genossenschaft: – das sind die wesentlichen Zielpunkte der durch Beschluß des Ausschusses des deutschen Nationalvereins gegründeten Wochenschrift.⁵¹

Allzu leicht wird nur der eine Ausdruck von der „Vereinigung aller militärischen Gewalten in einer Hand“ beachtet, der sogleich auf Preußen bezogen und damit als das „verschleierte Programm“ des Nationalvereins anerkannt wird, nicht beachtet werden die Ausdrücke wie „Gesamtvertretung der Nation“, die „Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte“ und die vernünftige Selbstregierung: Diese (und andere) Sätze ermöglichten den Nichtpreußen, die Anspielungen auf die preußische Spitze zu ertragen, besonders wenn sie, wie hier und anderswo, vorsichtig ausgedrückt waren. Erst wenn man diese programmatischen Sätze ebenso sorgfältig beachtet wie die Kompromißanträge des Ausschusses in Coburg, wird man verstehen, warum die Partei sie ohne Spaltung angenommen hat, aber dann wird man auch verstehen, warum man sich im Jahre 1864 den Annexionsplänen Preußens gegenüber Schleswig-Holstein widersetzt hat und 1866 einen großpreußischen Einheitsstaat ablehnte: Die preußische Spitze war im Nationalverein nur für eine kleine Minderheit der einzige Programmpunkt. Schon in der „Einladung zum Abonnement“ wird die Zentralgewalt, die sich als preußische Spitze erklären läßt, nicht ohne ein Nationalparlament erwähnt („die Wiederherstellung der Gesamtvertretung der Nation“); der Ausschußantrag in Coburg (1860) stellt den *Bundesstaat* und die *Verfassung* an die Spitze („Das deutsche Volk wird seinen Anspruch auf bundesstaatliche Einheit, welcher durch das Gesamtorgan des Bundes und alle einzelnen Regierungen anerkannt ist und in der Reichsverfassung von 1849 seinen Ausdruck gefunden hat, nimmermehr aufgeben“) und erst danach erwähnt der Ausschuß eine einheitliche *Zentralgewalt*. Damit wir nicht irren, hat Reuß aus Nürnberg die Einfügung „rechtlich“ in die Begründung der Verfassung verlangt (also, in der Reichsverfassung hat die Einheit Deutschland ihren *rechtlichen Ausdruck* gefunden): Darüber hat er eine lange Auseinandersetzung geführt und schließlich den Ausschußantrag durch das so wichtige Wort bereichert.⁵²

51 Das Programm enthält die Umriss der politischen Konstituierung des gesamtdeutschen Bürgertums auf politisch und wirtschaftlich liberaler Grundlage. Dem Programm hatte der Ausschuß am 12. und 13. 3. 1860 zugestimmt. Es stand einer preußischen Zentralgewalt nicht entgegen, aber sie war, wie man später sagte, „verschleiert“.

52 VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 26 und S. 38. Über die Herkunft von Reuß und seine Stellung in der Arbeiterverbrüderung siehe F. BÄLSER, 1962, Bd. 1, S. 183–185, Bd. 2, Quellenanhang 51, S. 598 f. Im Nationalverein war er die rechte Hand von Crämer v. Doos, dem einflußreichen Ausschußmitglied.

Sicherlich wollte v. Rochau die preußische Spitze auch ohne die Verklausulierungen, wie sie die Süddeutschen verlangten, die erst die Bereitwilligkeit der Preußen zu liberalen Reformen sehen wollten. Rochau hat doch sogar aus der Absage Schwerins an die Stettiner Liberalen im Namen des Prinzregenten Wilhelm eine getarnte Zusage an die Wünsche der Nationalpartei herausinterpretiert („daß hiernach zwar nicht zu erwarten steht, daß Preußen sofort auf die Einführung einer starken Zentralregierung und die Einberufung einer deutschen Nationalvertretung hinwirken werde, daß es jedoch [...] die Verbesserung der deutschen Wehrverfassung und die Anbahnung eines befriedigenden Zustandes des öffentlichen Rechts in Deutschland [...] schon jetzt zum Gegenstande seiner Wirksamkeit zu machen verspricht“)⁵³, aber er wußte auch, daß nicht nur der Prinzregent, sondern auch die Regierung der Neuen Ära die Verkoppelung der preußischen Spitze mit einer Bundesreform und Nationalvertretung ablehnten. Ein Mittelsmann der Regierung und Gönner des Vereins wie Max Duncker ließ daran keine Zweifel und warnte noch vor der Coburger Generalversammlung vor jeder Verkoppelung.⁵⁴ Wenn trotzdem der Kompromißantrag eine derartige Verkoppelung ausdrückte, bedeutete das, daß die preußische Spitze nie allein das Ziel des Nationalvereins war.

Als die „Nationalpartei des deutschen Volkes“ 1859 in Frankfurt gegründet wurde, war man sich über den Begriff „deutsches Volk“ nicht wirklich klar gewesen.⁵⁵ Den Ton auf der Frankfurter Gründungsversammlung hatten Demokraten der 48er Bewegung angegeben, und die waren es gewohnt, auch im Namen der Bauern und Handarbeiter zu sprechen. Wenn daher anfangs des Jahres 1860 in Gotha eine Schrift von Henneberg erschien mit dem Titel „Deutsche Not und Hilfe, dem freien deutschen Landmann vorgestellt von einem Freunde des Vaterlandes, herausgegeben im Auftrage des deutschen Nationalvereins“⁵⁶, so entsprach das den 48er Vorstellungen; aber dem Verlangen des Bauern wurde im Nationalverein weiter nicht entsprochen, so wie Streit es unterlassen mußte, eine Zeitung für das einfache Volk herauszugeben. Die Fusion der Demokratie und der Konstitutionellen stellte sich immer mehr als eine Assimilierung der Demokraten an die Konstitutionellen heraus, der sich eine Minderheit der Demokraten widersetzte. Seit der ersten Versammlung in Coburg war es klar, daß das Bürgertum des Nationalvereins nur sich selbst meinte,

53 Siehe Erklärung der nationalen Partei von Barth/v. Rochau auf der Frankfurter Gründungsversammlung, G. PLANCK, 1861, Anlage 5, S. 97 f.

54 Siehe H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 432 f.

55 Hans Rosenbergs durch Emigration und deutsche Katastrophe geschärfter Blick regt die Frage an, was „unsere Korrespondenten“ – gemeint sind die berühmten Honoratioren des großdeutschen Reformvereins – „unter den vieldeutigen Begriffen „Deutschland“, „großdeutsch“, „kleindeutsch“, „deutsche Nation“, „staatliche Einigung der Nation“, „Volk“, „Partei“, „Demokratie“ sich eigentlich vorgestellt, bzw. nicht gemeint haben“. Siehe H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 184. Die Fragen gehen nicht nur großdeutsche, sondern auch sog. „kleindeutsche“ Honoratioren an, und allgemein die deutsche Intelligenz, die obige Begriffe wie Axiome behandelte.

56 Die Schrift ist zwar in 2 Auflagen mit geldlicher Unterstützung des Ausschusses erschienen, für ihre Verbreitung über Gotha hinaus gibt es aber kein Anzeichen. Wahrscheinlich war sie für Agitation unter der ländlichen Bevölkerung des Herzogtums Gotha gedacht, in dem Wartenburg Abgeordneter war. Der Zusammensetzung der Generalversammlungen nach waren nur Städter und einige Gutsbesitzer erfaßt.

wenn es vom „deutschen Volk“ sprach. Rochau hat es verschiedentlich abgelehnt, volkstümlich zu schreiben oder eine volkstümliche Zeitung herauszugeben: Das Besitz- und Bildungsbürgertum wollte im Nationalverein unter sich sein und nur angesehene und einflußreiche Personen heranziehen.⁵⁷

Die Klage von Fries an Streit vom 1. Januar 1860: „Ist dies ein Nationalverein, wie wir ihn im Sinne hatten“⁵⁸, gilt dem alten Volksbegriff, der sich nun als überlebt erwies. Die Anpassung der Demokraten an die Konstitutionellen hat statt einer Massenbewegung zu einer zentralgeleiteten Honoratiorengruppe geführt. Die Rechtsliberalen haben es den demokratischen Linksliberalen zwar ermöglicht, unter ihren Fittichen in die Politik zurückzukehren, aber sie haben ihre gesellschaftlichen Ansichten und ihre politischen Absichten aus der Zeit der Unionspolitik von 1849/50 nicht geändert, und dazu gehörte ihr Abscheu vor Massen: Die Besitzenden haben einen Anspruch darauf, in Staat und Gesellschaft gehört zu werden, alle anderen haben zu warten, bis sie zu Besitz kommen. Dieser natürlichen Ordnung der Dinge haben sich die Demokraten anzupassen.

Streit hat es den kassierenden „Agenten“ des Vereins erlaubt, auf ihre eigene Verantwortung von saumseligen oder in plötzlichen Schwierigkeiten geratenen Vereinsmitgliedern auch ratenweise den Jahresbeitrag einzukassieren⁵⁹, aber er hat sie nicht angewiesen, Kleinverdienern und Lohnempfängern die Mitgliedschaft durch Bezahlung in Raten zu ermöglichen. Solange er für die Vereinskasse aufzukommen hatte, hat er um das Einkommen gebangt, und wir hören nirgends, daß er für die Mitgliedschaft von Arbeitern oder Kleinbürgern eingetreten sei. Schulze-Delitzsch hat auf die Interpellation des Lassalle-Adepten Otto Dammer in Leipzig erklärt, die Handarbeiter sollten sich als Ehrenmitglieder des Vereins betrachten, aber organisatorisch dem Verein nicht beitreten.⁶⁰

57 Nach der ersten Generalversammlung veröffentlichte die Wochenschrift in dem Streit zugehörigen Vereinsteil erstmalig eine Berufsstatistik der Teilnehmer, bei der er (sehr verwirrend) auch die örtlichen Teilnehmer berücksichtigte. Es sind nur Städte und Gutsbesitzer. Von den 446 Personen sind 107 Kaufleute (die zuerst genannt werden), 78 Juristen (nach Rentiers und Gastwirten). Die Liste ist so eingerichtet, daß die produktiven Berufe oben stehen (auch 32 Handwerker) und die freien Berufe zum Schluß: 29 DDr. Phil. (Geistliche), 16 Ärzte, 10 Schriftsteller, 10 Lehrer. Siehe WOCHENSCHRIFT Nr. 22 v. 28. Sept. 1860, S. 176. Leonore O'Boyle (The German Nationalverein, 1957) versuchte mit diesem und ähnlichem Material zu einer sozialen Analyse des Nationalvereins zu gelangen. Eine soziologisch brauchbare Analyse wird sich auf Grund der vorhandenen Unterlagen wohl kaum herstellen lassen. Die merkwürdige Zusammenstellung Streits ist für das Selbstverständnis des Vereins wichtig: Man will kein „Professorenparlament“ sein, sondern eine Vertretung des produktiven Volkes. In diesem Sinne sind auch die Belege zu deuten, die O'Boyle beibringt.

58 Weiter: „Wir wollten keinen Bund politischer Notabilitäten gründen, aus dem heraus wir auf das Volk wirken konnten; sondern es sollte der Verein das Volk unmittelbar umschließen, und dies ist uns mißlungen“. Akten des Nationalvereins, ZStA Potsdam.

59 Die Anweisung erfolgte aufgrund des Beschlusses der Ausschußsitzung v. 12./13. 3. 1860, ratenweise Erhebung des Vereinsbeitrages auf persönliche Verantwortung des Kassierers zu erlauben. Siehe P. HERRMANN, 1932, S. 160 f.

60 Im Korrespondenzband 28 der Akten des Nationalvereins (ZStA Potsdam) befindet sich unter Nr. 94 ein undatiert Brief aus Leipzig, unterzeichnet Fritzsche, Bitter und Vahlteich, der sich im Anschluß an die Arbeiterversammlung v. 2. 10. 1862 die Herabsetzung des Mitgliedbeitrages und dessen Zahlung in monatlichen Raten verlangt, damit der Nationalverein seinem Ziel näher kommt. Dieser Brief erklärt den Vorstoß Dammers v. 3. 1. 1863 und die von ihm provozierte Antwort. Siehe Die Arbeiter und der Nationalverein des Leipziger

Den Nationalverein nutzten viele Demokraten der 48er Schule und viele ehemalige Demokraten wie Schulze-Delitzsch, denen die Verbindung mit den Konstitutionellen die Rückkehr in die Politik ermöglichte, aber tonangebend waren die Anschauungen der Konstitutionellen, die durch v. Rochau das Vereinsorgan fest in der Hand hielten und den Ausgang der ersten Generalversammlung mit dessen Hilfe im voraus bestimmten: Die vielen Abänderungsanträge der Demokraten erreichten nichts und im Ergebnis wurden die Ausschußanträge kaum verändert angenommen.⁶¹

Die Konstitutionellen, die mit Hilfe der ehemaligen Demokraten den Ausschuß beherrschten, wollten den geeinten Bundesstaat, aber unter den Bedingungen, die die „Wochenschrift“ darstellte: Es sollte ein Staat sein, in dem das Bürgertum (das „Volk“) mitzubestimmen hätte, in dem nicht nur die Interessen gegenüber dem Ausland gesichert sein sollten, sondern auch die Wirtschaftskräfte „entfesselt“ und richtige „Staatsmaximen“ herrschten, in dem nicht nur Bürokratie und Polizei befehlen würden, sondern auch das „Volk“ durch Selbstregierung sein Schicksal bestimmte, kurzum, ein Staat des Freihandels und der Privatinitiative mit parlamentarischer Kontrolle.

Die Identität der Personen in der Leitung von den volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Vereinen mit der des politischen Nationalvereins machte die Aufnahme des wirtschaftspolitischen Liberalismus im Nationalverein zu einer Selbstverständlichkeit. Die „Wochenschrift“ brachte die Auffassungen des „Manchestertums“, wie es bald danach hieß, zum Bewußtsein des Bürgertums und ließ die Verbindung von Freihandel und Selbsthilfe zum Dogma des Liberalismus werden, und wegen der Anpassung der Demokraten von gestern an die Rechtsliberalen („Gothaer“) wurden Freihandel und Selbsthilfe zur gemeinsamen Ideologie von links und rechts.

Der Nationalverein war seit der Frankfurter Tagung ohne Programm konstituiert, und diese Programmlosigkeit hatte sich zugunsten der Konstitutionellen bewährt: Sie hatten sich durch Kooptationen verstärkt, eine zahlende Mitgliedschaft angeworben und die „Wochenschrift“ begründet, aber sie waren wegen der Programmlosigkeit auf die Antezedenzen der Eisenacher Beschlüsse angewiesen, obwohl die politische Lage sich verändert hatte. Ihr Ausgangspunkt mußte der Österreichische Krieg gegen Frankreich bleiben, obgleich dieser durch den Frieden von Villafranca beendet war. Die Übertragung des Kommandos über die deutschen Truppen an Preußen, um den Rhein gegen Frankreich zu schützen, war der Ausgangspunkt aller Überlegungen aus dem Jahr 1859. Inzwischen war ein Krieg mit Frankreich, an den zunächst alle geglaubt hatten, in weite Ferne gerückt. Der Nationalverein mußte, um die deutsche Frage in Fluß zu halten, Gefahren für die Rheingrenze heraufbeschwören. Er versuchte

Tageblatts, abgedruckt in: SH. NA'AMAN, Konstituierung, 1974, S. 831–833 und S. 374–378, die Antwort des Arbeiterkomitees. – Mit der Polemik um den Beitritt der Arbeiter zum Nationalverein setzt die Trennung der Arbeiterbewegung vom politischen Bürgertum ein.

61 Das Beispiel wäre die erste Generalversammlung zu Coburg, wo sämtliche Ausschußanträge unverändert durchgingen, außer dem einen Wort „rechtlich“, das dem Ausschußantrag zugefügt wurde, das dann in der Interpretation von rechts als unnötige Floskel und Produkt des Zufalls verharmlost wurde.

eine Kriegsstimmung anlässlich der Volksabstimmung über den Anschluß von Savoyen und Nizza an Frankreich, (als Kompensation für die französischen Opfer in den lombardischen Feldzügen) anzufachen. Er behauptete, daß ein Machtzuwachs für Frankreich und die Beherrschung der östlichen Alpenpässe durch dessen Militär, eine Gefahr für Deutschlands Südgrenze heraufbeschwöre. Man knüpfte an die Volksabstimmungen auch Gefahren für analoge Abstimmungen an Frankreichs Westgrenze. Als alles ruhig blieb, dachte man an die Gefährdung der Südgrenze der Schweiz dadurch, daß die Franzosen nun am Ufer des Genfer Sees lagerten und damit indirekt auch Deutschlands Südgrenze bedrohten. Aber an diese Bedrohungen glaubte man nicht so intensiv und ehrlich, wie man im Jahre 1859 an die Bedrohung Deutschlands durch eine Schwächung Österreichs geglaubt hatte.

Im Jahre 1859 war man auch in Süddeutschland bereit gewesen, Preußen das Oberkommando am Rhein zu überlassen, weil man sah, daß die österreichischen Truppen in Italien gebraucht wurden. Das hatte sich seit Villafranca geändert, und deshalb sah man in dem Auftreten des Nationalvereins für eine preußische Zentralgewalt nunmehr nur Voreingenommenheit. Wenn der Nationalverein die Frage von Schleswig und Holstein aufnahm, um wiederum auf die militärische Notwendigkeit hinzuweisen, Preußen den Oberbefehl über die deutschen Streitkräfte zu übergeben, so wirkte die Begründung außerhalb Preußens nicht überzeugend, weil gerade Preußen während der Revolution 1848 die Weltmächte eingeschaltet hatte, auf deren Diktat die Herrschaft Dänemarks in den beiden Herzogtümern fußte. Der Nationalverein hatte sich mit der Neuaufrollung der Frage der Herzogtümer zwischen zwei Stühle gesetzt: Er erinnerte an die verhängnisvolle Rolle, die Preußen bei der Annahme des Londoner Protokolls gespielt hatte, und verpflichtete Preußen auf eine Initiative, an der ihm zur Zeit nicht gelegen war.

Günstiger verhielt es sich mit der Frage von Hessen-Kassel.⁶² Hier stand der Nationalverein ganz auf dem Boden der Metzchen Erklärung aus den Tagen der vorbereitenden Beratungen von Eisenach, die alle Teilnehmer seinerzeit unterzeichnet hatten. Dort war von „innen freien Institutionen“ die Rede. Hier war der Verein sich der Sympathien aller gewiß, und zwar auch der preußischen Regierung. Es ging in Hessen-Kassel um die ungesetzliche Einführung einer durch Österreich und den Bund oktroyierten Verfassung aus dem Jahr 1852, der auch Preußen widersprach, weil Hessen-Kassel ein Streitobjekt zwischen Österreich und Preußen war, und es dort ungefährliche „moralische Eroberungen“ machen konnte. Hier vertrat der Nationalverein Preußens Interessen gleichzeitig mit den seinigen, denn Hessen-Kassel war ein bevorzugtes Werbe-

62 Im Nachlaß Streit (Stadtbibliothek München) befindet sich ein vertrauliches Rundschreiben Streits an die Vereinsagenten, öffentlichen Druck in der Sache Kurhessens auszuüben, die analog zu der Agitation gegen den Hannoverschen Minister Borries wirken soll. Dazu sind Lokalversammlungen einzuberufen, die unabhängig vom Ausschuß zusammentreten, datiert, Coburg, den 15. 12. 1860. Hier wirkt der Verein im Sinn von politischem Druck und keineswegs nur im Sinn von „geistiger Arbeit“ der Propaganda. Obwohl der politische Druck hier, wie im Fall Hannover, zum besten Preußens gemeint ist, kann das ungefragte Einstehen für seine Interessen den Lenkern vorsichtiger Politik Preußens ungelegen kommen.

gebiet für neue Mitglieder.⁶³ Alle Liberalen traten dort für die alte liberale Verfassung von 1831 ein, genau wie der Nationalverein und wie – Preußen.

In die gleiche Kerbe der „innen freien Institutionen“ hieb der Nationalverein, als er am 6. Mai 1860 eine geharnischte Erklärung gegen den Minister Borries, den Leiter der Hannoverschen Politik, losließ⁶⁴, weil dieser erklärt hatte, daß zur Verhinderung einer Zentralgewalt in Deutschland ein Bündnis deutscher und außerdeutscher Staaten geboten sei. Als außerdeutsche Macht, die bereit war, die Libertät deutscher Staaten um den Preis von territorialem Gewinn zu schützen (ganz wie in Italien), erklärte der Verein Frankreich anzusehen, so daß mit dem Verteidiger deutschen Bodens „mit dem Schwert in der Hand“ auf Preußen angespielt wurde. Auf typische Nationalvereinsart wurde dann Preußen angedeutet, daß es sich nur an die Spitze der „im Parlament geeinigten Nation“ zu stellen brauche, damit das deutsche Volk „mit Vertrauen“ ihm die Vollmachten übertragen würde, deren es zur Lösung dieser Aufgabe bedürfe.⁶⁵ Wir sind mit dieser „Heidelberger Erklärung“ ganz in die Nähe der abgelegten Anträge der Frankfurter Gründungsversammlung des Nationalvereins gelangt, die Preußen meinen, aber nicht nennen, und Preußens Führerschaft auf die Berufung eines nicht weiter charakterisierten Parlaments stützten.⁶⁶ Das Neue an dieser Erklärung ist, daß sie nun durch die vereinseigene „Wochenschrift“ verbreitet wurde und zur Grundlage des politischen Berichts des Vorstandsmitglieds Fries in der ersten Generalversammlung werden konnte. Also nicht nur die militärische preußische Spitze, wie sie die Regierung der Neuen Ära als Druckmittel für ihren König brauchte, sondern die preußische Spitze untermauert durch ein Nationalparlament, von dem weder der König noch seine Regierung etwas wissen wollten.

Die mittelstaatlichen Herrscher und Regierungen wollten den Nationalverein wegen der Propagierung der preußischen Zentralgewalt und seiner aggressiven Politik gegen Frankreich verbieten. Der preußische König und seine Regierung konnten sich abwartend verhalten: Vielleicht würde eine Mehrheit im Ausschuß das Parlament fallenlassen und die preußische Führerschaft auch ohne Parlament propagieren, woraus dann Preußen bei passender Gelegenheit werde Vorteil ziehen können.

Ohne Zweifel gab es im Ausschuß Leute, die auf ein Parlament gern verzichtet hätten, aber hier kam doch die Mitgliedschaft in Betracht, die angeregt durch die anhaltende Diskussion in der „Wochenschrift“, ohne ein Parlament sich

63 Das Frankfurter Journal, dessen Redaktion dem Nationalverein nahestand, brachte in Nr. 306 v. 3. 11. 1860 die Nachricht aus Offenbach vom Beitritt von 100 angesehenen Bürgern zum Nationalverein, die trotz Verbot durch die Regierung von Hessen-Kassel erfolgt war. Dieser Akt von bürgerlichem Ungehorsam war durch die Frankfurter Mitgliedschaft des Nationalvereins unter Leitung des Ausschußmitgliedes Siegmund Müller organisiert worden. Eine gedruckte Liste der Beitretenden liegt vor, und der Ort, wo man sich weiterhin einschreiben kann, ist angegeben. Dazu ein Schreiben des Offenbacher Pirazzi, der um weiteste Verbreitung dieses Schrittes bittet. Brief v. 12. 11. 1860. Gerichtet vermutlich an Streit, Stadtbibliothek München.

64 WOCHENSCHRIFT Nr. 2 v. 8. 5. 1860: Erklärung, Heidelberg, den 6. 5. 1860.

65 Antrag Reyscher, G. PLANCK, 1861, S. 98: „Einführung einer starken Centralregierung Deutschlands, in Verbindung mit einer deutschen Nationalvertretung“.

66 VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 10–12.

weder die preußische Spitze noch die ersehnte Bundesreform vorstellen konnte. Mehr noch: Im Verlauf der Diskussion in der „Wochenschrift“ und auf der Generalversammlung konzentrierte sich die Auseinandersetzung immer mehr auf die *historische Reichsverfassung von 1849*, nicht weil sie die beste war, sondern weil sie ein *Rechtsboden* war, wie Reuß gleich zu Anfang der Beratung feststellte.⁶⁷ Sie konnte dann immer noch verbessert werden.

Streit hatte eine Umfrage unter den Ausschußmitgliedern und Agenten über die Reichsverfassung anstellen lassen und hatte verschiedentlich in der „Wochenschrift“ auf das unentschiedene Ergebnis angespielt.⁶⁸ Ob er als geschäftsführendes Ausschußmitglied dazu berechtigt war, ist bei der Ausschußdiktatur, wie sie bis zur Generalversammlung üblich war, nicht zu entscheiden. Streit war persönlich für die Reichsverfassung, aber er war über die Auffassung der Ausschußmitglieder genau informiert und wußte, daß diesmal die Festlegung des Vereins auf die Reichsverfassung nicht durchgehen würde. Deshalb begnügte er sich mit Andeutungen, daß viele an der Reichsverfassung hingen, aber Miquel, der immer wieder eingesetzt wurde, wenn es galt, Krisen im Nationalverein zu verhindern, stellte gegen deren Annahme, die Möglichkeit *unerwarteter Ereignisse*, womit er auf Krieg wie auf Revolution anspielte, und riet von der Entscheidung über die konkrete Verfassung ab.⁶⁹

Die Festlegung auf die Reichsverfassung hätte den preußischen Regenten gezwungen, Schritte gegen den Verein zu unternehmen, denn die Reichsverfassung, gegen die er 1849 das Schwert gezogen hatte, schien ihm auch heute noch als eine Unterminierung Preußens, wie er es verstand. Die Folge wäre eine bundesweite Unterdrückung des Nationalvereins gewesen. Deshalb durfte ganz allgemein von einer Verfassung gesprochen werden, aber nicht von der konkreten Reichsverfassung. Sobald die Neue Ära zu Ende ging und es nicht mehr geboten war, auf den Prinzregenten und nachmaligen König Wilhelm I. Rücksicht zu nehmen, hat der Nationalverein offen die Reichsverfassung mit Bürgerrechten und Wahlgesetz auf sein Panier geschrieben. Nur so wollte der Nationalverein die preußische Spitze. Ihr Garant war jetzt nicht mehr der König, sondern das preußische Abgeordnetenhaus, wie es von der neuen Fortschrittspartei geleitet wurde, die sich als „Exekutive des Nationalvereins“ bezeichnete.

Die erste Generalversammlung hat die Diktatur des Ausschusses in ihre Grenzen gewiesen. Zwar waren die Beschlüsse und Aktionen des Ausschusses, wie sie im Laufe des Jahres getätigt und die Resolutionen, wie sie vor der Generalversammlung ausgehandelt worden waren, alle bestätigt worden, aber der Ausschuß hatte gelernt, daß das deutsche Österreich dem Programm nach nicht ausgeschlossen werden durfte und die führende Rolle Preußens nur durch ein deutsches Parlament vergeben werden durfte, weil sonst die Mitgliedschaft rebellieren würde. Die zwölf gewählten und die dreizehn kooptierten Mitglieder

67 Ebd., S. 17.

68 WOCHENSCHRIFT Nr. 13 v. 27. 7., S. 104 und Nr. 14 v. 3. 8. 1860, S. 112: *Mitteilungen aus dem Nationalverein*. Die Antworten aus Preußen halten sich die Waage, aber die Mitglieder dort scheinen eher negativ eingestellt.

69 VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 32–34. „Wir können nicht absehen, welches der ‚letzte Ruck‘ sein wird, der angesetzt werden muß, um zur Einheit zu gelangen – ob mit Hilfe Preußens, ob durch Revolution oder durch die öffentliche Meinung usw.“

des neuen Ausschusses konnten die Entscheidung über die Gestaltung der Reichsverfassung lange Zeit hinausschieben, aber schließlich mußten sie doch den Mitgliedern nachgeben, und da war die „rechtlich bestehende“ Reichsverfassung von 1849 jedenfalls das kleinere Übel, da sie sich mit der erblichen Kaiserkrone für Preußen verband. Die Entscheidung von 1862 für die historische Reichsverfassung von 1849 war in der ersten Generalversammlung 1860 zu Coburg schon angelegt.

Die Programmlosigkeit, die seit der Frankfurter Gründungsversammlung immer wieder beklagt worden war, war nun aufgegeben, aber nicht, wie die rechtsliberalen Gönner außerhalb des Vereins (und einige „Gothaer“ im Verein) wünschten, durch die einfache Erklärung für die preußische Spitze, sondern unter aktiver Beteiligung der Mitglieder, als die Reform Deutschlands unter der Führung Preußens und einem Parlament, das Preußen Vollmacht für seine Schritte zu geben hatte, also genau das, wovor die Rechte wegen der Drohung des Regenten, daß er zur Unterdrückung schreiten werde, gewarnt hatte.

Trotz der Bestätigung der im Ausschuß vorbereiteten Resolutionen bewies die Mitgliedschaft auf der ersten Generalversammlung ein großes Maß an Selbständigkeit. Ein Zehntel der Mitglieder aus allen Teilen Deutschlands war erschienen: Nie mehr ist solch eine weite geographische und zahlenmäßig große Vertretung erreicht worden, auch nicht in Schärfe und Vielseitigkeit der Diskussion.⁷⁰ Wenn es einen gemeinsamen Nenner für die vielen Meinungsäußerungen gibt, so ist es die Notwendigkeit einer wirklichen Vertretung des Volkes beim Bund.

Bei den Verhandlungen ist die Vergesellschaftung der Meinungen, die auch auf die „Wochenschrift“ zurückzuführen ist, zu beachten, das Wachsen einer gemeinsamen politischen Ideologie; sie wurde erstmalig durch die Verhandlungen der Paulskirche vorbereitet. Es handelt sich um eine *deutsche Weltanschauung* im genauen Sinn des Wortes, d.h. eine allgemein deutsche Sicht der Ansprüche der Deutschen an die Welt oder, wie es genannt werden könnte, um eine nationale deutsche Ideologie. Ihr gab Schulze-Delitzsch am ersten Abend der Verhandlungen in einem Vortrag Ausdruck, der zu den angekündigten Verhandlungsthemen in keinem direkten Zusammenhang stand, aber nicht nur angehört, sondern seitdem auch oft wiederholt und beifällig aufgenommen wurde. Hier kommt das besondere Talent Schulzes zum Ausdruck, die Möglichkeiten eines Konsensus früher als andere zu erkennen und zu formulieren.⁷¹ Schulze durfte seine Worte, die nicht zur Sache waren, ungehindert vortragen; anderen hätte man das Wort entzogen.

70 Der Schriftsteller Wilhelm Raabe, der in der Teilnehmerliste aufgeführt wird, hat im Jahre 1892, also drei Jahrzehnte später, die Meinungskämpfer dargestellt und aus der Warte des Kaiserreichs ironisiert. Er stellt mehr den messianischen Schwung des Vereinslebens dar als die Disziplin einer nationalen Agitationspartei.

71 Wenn Miquel in seiner Rede betonte, „Hauptsache ist, daß der Nationalverein zusammenbleibt“ (VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 32), so hängt das eng mit dem Konsensus der politischen Ideologie zusammen, die Schulze-Delitzsch vortrug. Bei all den Unterschieden über den Weg der politischen Konstituierung des Bürgertums war sie allen gemeinsam, ausgenommen vielleicht den Anhängern der alleinigen preußischen Spitze, die sich mit weniger abfinden als der nationalen Einigung, wenn nur Preußen sich vergrößerte.

Schulze sprach zur Nationalitätsfrage⁷² und sagte in ihrem Namen Dinge, die einem Franzosen, der doch der eigentliche Vertreter der Nationalitätenfrage war, ein Lächeln entlockt haben würde. Schulzes *Nationalitätsprinzip* ist nicht mit dem *Nationalitätenprinzip* identisch, das es jedem Volk als Naturrecht erlaubt, seiner Nationalität auch den erwünschten politischen Ausdruck zu geben, sondern ist das Recht aller großen und starken Nationen, jede für sich, sich zu Machtstaaten zu vereinigen. Wenn die historische Rechtsschule das Recht jedem *bestehenden Staat* zuspricht, sich zu betätigen, so anerkennt Schulze ein Recht der *großen Völker*, Nationalstaaten zu bilden. Das „Recht der Anciennität“ spricht er dem Trieb zum Nationalstaat zu, und das sei älter als das der historischen Staaten. Nach Schulze besteht das Recht der Deutschen, einen Nationalstaat zu bilden, auf der Zertrümmerung des römischen Weltreichs durch die Germanen, die wie selbstverständlich den Deutschen gleichgesetzt werden. Das Recht auf Zertrümmerung des spanischen oder Habsburgischen Weltstaats wird aus der Zertrümmerung des römischen Weltreiches abgeleitet. Deshalb darf die Nationalpartei der Deutschen auf keinen Fußbreit deutschen Territoriums verzichten, so wie es auch der Ausschlußantrag verlangte. Schulzes Nationalitätsprinzip bedeutet keineswegs das Recht der Tschechen, Slowenen und Italiener, die sich auf dem Territorium des Deutschen Bundes befinden, auf eigene Nationalität und daher den Verzicht der Deutschen auf gewisse (und nicht unbedeutende) Gebiete des Deutschen Bundes. Rechte haben nur die großen Nationen, die aktionsfähig und lebensfähig sind, und diese Lebensfähigkeit können sie auch auf geistigem Gebiet beweisen: Werke der Wissenschaft, Kunst und Technologie sind ebenso Legitimation wie die politische Macht. Solange ein Volk für die Weltkultur tätig ist, hat es Anspruch auf politische Macht. Die Schillerfeste des Jahres 1859⁷³ sind ebenso ein politischer Anspruch wie die Erhebungen gegen Napoleon. Die vielen Deutschen im Ausland sind ebenso ein Anspruch auf Macht wie bei anderen Völkern Handel und Kriegsflotten. Das Weltbürgertum der Deutschen führt unweigerlich zu deren Nationalstaat und ist dessen Legitimation.

Mit dieser Ansprache wollte Schulze der Programmdiskussion eine solide Grundlage geben, und wie der Beifall bezeugte, ist ihm das gelungen. In Schulzes historischem Nationalitätsprinzip (und nicht in dem naturrechtlichen Nationalitätengesetz der Französischen Revolution, das seit 1945 auch die Deutschen anerkennen) wurde der gemeinsame Nenner gefunden, auf dem die Anhänger des nationalen *Parteiprinzips* und des liberaldemokratischen *Vereinsprin-*

72 VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 13–14, wieder abgedruckt in: H. SCHULZE-DELITZSCH, Schriften III, 1910–1913, S. 170–175.

73 Die Schillerfeiern am 10. 11. 1859 gelten als ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung des deutschen Nationalismus vom Kulturnationalismus zum politischen nationalstaatlichen Nationalismus. Wegen des Verbots der Schillerfeiern in Berlin, betonten sie ungewollt die Entfremdung zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland. Darüber das aufschlußreiche Schreiben von Usedom an Schleinitz aus der Sicht Frankfurts (Anlage 6 in W. GRUBE, 1933, S. 164–166). Dazu der Brief des propreußischen Reyscher an Bennigsen aus der Sicht Stuttgart (H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 351 f.). Oncken weiß als Grund des Verbotes nur die Sorge um den kranken König; Grube weiß auch, daß der Auftakt der Schillerfeiern in Berlin die Gedächtnisfeier für den standrechtlich erschossenen Robert Blum sein sollte, und da hörte die preußische Gemütlichkeit auf.

zips sich treffen konnten. Die Partei hat auf dieser Grundlage viele süddeutsche Vereinler bereitwillig aufgenommen, auch wenn sie diese später durch Spaltungen zum großen Teil wieder verlor. Ihr Eintritt war wichtig, um den gesamtdeutschen Charakter des Vereins hervorzuheben. Ohne die Frankfurter, Darmstädter oder Stuttgarter wäre der Nationalverein nicht zu einer gesamtdeutschen Vereinigung geworden, und das war allen wichtig, auch denen, denen es vor allem um die Anerkennung der preußischen Spitze zu tun war.

Der Nationalverein ist nach 1860 nicht nur zu einer nationalen Partei mit einer zentralistischen Organisation herangewachsen, sondern hat viele Vereins-elemente in sich aufgenommen. Das erste Jahr mit seiner Diktatur des Ausschusses und seinem überwiegenden Einfluß der „Wochenschrift“ wurde durch dezentralistische Elemente ergänzt. Die rege Beteiligung der einfachen Vereinsmitglieder, die vielen Änderungsvorschläge und Meinungsverschiedenheiten auf der Generalversammlung machten die Einförmigkeit einer Partei zur Illusion, ähnlich wie es später dem ADAV, seinem proletarischen Gegenspieler, erging.⁷⁴ Überall fanden rege Diskussionen statt, von denen wir nur sporadisch hören, weil die Zeitungen wegen des einheitlichen Statuts keine örtlichen vereinsähnlichen Verbindungen anerkannten und über sie nicht gern berichteten. Nur in London organisierten sich die Mitglieder ganz offen als Zweigverein, weil die deutschen Behörden in England ohnmächtig waren.⁷⁵ Durch das Erscheinen des gesamten Vorstandes dort im Jahre 1862 gab man der lokalen Vereinstätigkeit die erwünschte Legitimierung, aber Frankfurt organisierte sich fast ebenso selbständig.

Der im Ausschuß konstituierte Partei-Verein mußte viele Elemente des dezentralistischen Vereinsprinzips dulden, aber deshalb konnte er auch, wenn nötig, mit Bestrebungen kooperieren, die auf dem lockeren Vereinsprinzip basierten: Als im Jahre 1862 dezentralistische nationale Bestrebungen im rivalisierenden *Reformverein* ihre Organisationsform fanden, hat der Nationalverein mit ihm im sogenannten 36er Ausschuß in der größten nationalen Frage zusammengearbeitet, nämlich in der Frage des Anschlusses Schlesiens an Preußen und beider an den Deutschen Bund.

Infolge der ersten Generalversammlung ist die Reinheit des Parteivereins durch das Vereinsprinzip in Frage gestellt worden. Erst die Abspaltung der Volksparteier nach 1864, die alle dem dezentralistischen Vereinsprinzip anhängen, hat die Reinheit der nationalen Partei wiederhergestellt. Sie hat aber erst in der *Nationalliberalen Partei* ihren endgültigen Ausdruck gefunden. Dagegen ist die *Volkspartei* nie zu einer *Partei* geworden, sondern hat sich immer in ver-

74 Oppositionsgemeinden entstanden noch zu Lebzeiten Lassalles; mit der Präsidentschaft Beckers gab es eine Bewegung zur Dezentralisation, die der Hamburger Nordstern koordinierte, und Johann Philipp Becker in der Schweiz durch Korrespondenzen unterstützte. Diese Opposition kam auch in Verbindung mit der volksparteiichen Opposition im Nationalverein. Oppositionslandschaften sind Sachsen, der Maingau, der Mittelrhein und Altona. Die Erneuerung der Diktatur durch J. B. v. Schweitzer brachte dann Spaltung hervor, die die Gründung der sogenannten Eisenacher Partei im Jahre 1869 ermöglichte.

75 Außer der selbständigen Entwicklung Englands, gibt es einen ähnlichen Trend in Hamburg, Frankfurt und der Schweiz. Eine selbständige Entwicklung des rechten Flügels ist in Bremen in der letzten Phase der Entwicklung des Nationalvereins erkenntlich.

schiedenen Vereinen dargestellt und ist als politische Kraft nur in den einzelstaatlichen Parlamenten herangewachsen. Für den Reichstag paßte sie zunächst nicht. Das war bei dem VDAV anders: Er hat sich bald dem Parteiwesen angepaßt und zusammen mit dem ADAV eine wachstumsfähige Partei gebildet, obwohl er der Partei wichtige Elemente einer Lokalorganisation hinterließ.

VIERTES KAPITEL

DER DEUTSCHE NATIONALVEREIN UND DIE PRESSE

Es nimmt nicht wunder, wenn der Nationalverein in seinen ersten Tagen schon an eine Pressepolitik dachte, war doch das bürgerliche Bewußtsein von jeher an den Umgang mit der Presse gewöhnt. Nichts war im Vormärz so getadelt worden wie die Pressezensur. Die Märzforderungen enthielten als ersten Punkt überall die Aufhebung der Zensur. Die Schikanierung der Presse war ein erstes Zeichen der Reaktion. Jede Art von „Neuer Ära“ in den deutschen Staaten war mit der freieren Gestaltung der Presse verknüpft. Alle Zeitungen hatten über das Werden des Nationalvereins berichtet; die liberale Presse, und allen voran die „Berliner Volks-Zeitung“ und die „Nationalzeitung“ in Berlin, hatten sein Kommen begrüßt. Bei dem Interesse, das die Regierung der Neuen Ära in Preußen dem Nationalverein entgegenbrachte, war Umsicht bei jeglicher Pressepolitik geboten. Die Altliberalen in der Regierung und im Parlament waren bereit, die Pressetätigkeit des Nationalvereins zu unterstützen, soweit er bereit war, *außerhalb* Preußens die preußische Spitze zu popularisieren, wie es die Bratersche „Süddeutsche Zeitung“ mit dem Geld der preußischen Zentralstelle schon tat.¹ Die Frage war, ob auch dafür eine preußische Zeitung zu subventionieren war. Die wenigen Altliberalen im Nationalverein, denen es auch um die preußische Spitze zu tun war, und die die gleichzeitige programmatische Erwähnung eines gesamtdeutschen Parlaments im Nationalverein als eine harmlose Floskel ansahen um die preußische Spitze schmackhafter zu machen, litten darunter, daß die Liberaldemokraten im Verein beargwöhnten, daß sie nur auf Befehl der preußischen Regierung mittäten.² Für sie war es gewagt, Regierungsgelder anzunehmen, um Preußen zu popularisieren, und darum vertuschten sie ihre Beziehungen zu Max Duncker, dem Agenten der Regierung der Neuen Ära. Die ehemaligen Demokraten und nachmaligen Linksliberalen im Nationalverein sahen die Sache ganz anders an. Für sie war die Zentralgewalt (die die

1 Zuerst die Bayerische Wochenschrift v. 2. 4. 1859 bis 24. 9. 1859 (Kurt v. Raumer, Eine preußische Zeitungsgründung in München, Deutsche Rundschau 1925), dazu die Süddeutsche Zeitung, die 1863 mit der Zeit (Frankfurt) verschmolzen wurde. Sie brachte es nur auf 1 700 Abonnenten. Der Nationalverein unterstützte sie 1861 durch Übernahme von 10 Aktien und 1863 durch eine Subvention von 5 000 Gulden. Siehe TH. SCHIEDER, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 11 f. und H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 455–457.

2 Bericht des Polizeirats Goldheim v. 13. 3. 1860, Veit stehe mit Auerswald in ständiger Verbindung und gehe im Nationalverein nur mit dessen Zustimmung vor, siehe P. HERRMANN, 1932, S. 155. Dort auch die Information, der Nationalverein wolle in Berlin ein Organ gewinnen, „das gleich der Süddeutschen Zeitung von der preußischen Zentralpreßstelle finanziert werde“, also indirekt ein Hinweis auf Max Duncker.

Altliberalen mit der preußischen Spitze gleichsetzten) sinnvoll nur im Zusammenhang mit einem Nationalparlament als der Konstituierung Deutschlands, und dafür versuchten sie die politische Zusammenfassung des nationalen Bürgertums. Eine eigene Presse hatte für sie nur Sinn, wenn sie ein nationales Bürgertum für Deutschland heranzog; die Propagierung einer preußischen Spitze war für sie nie mehr als ein Teilprogramm. Eine derartige Presse mußte fest in den Händen des Vereins sein. Sie war an Coburg als dem Sitz des Vereins zu binden und hatte dem Generalsekretär für seine Mitteilungen offen zu stehen. Diese Meinung vertrat Streit in jeder Ausschußsitzung und drang damit bei der Ausschußsitzung vom 13. März 1860 in Berlin schließlich durch.

Streits großer Gegenspieler war Schulze-Delitzsch, der Referent in allen Presseangelegenheiten des Ausschusses. Er war konsequenter Gegner jeder eigenen Vereinszeitung. Er versuchte lange die Beschlußnahme zu vertagen³ (u.a. wegen Geldmangels) und stimmte in der Berliner Sitzung gegen die Gründung einer vereinseigenen „Wochenschrift“ zusammen mit dem preußischen Altliberalen Veit. Seine Motive müssen wir deuten, denn sie sind auch ein Schlüssel zu der gebrochenen Haltung der preußischen Fortschrittler in der letzten großen Krise um Schleswig-Holstein und Österreich. Veit verstehen wir ohne Schwierigkeiten. Er war, wie alle Altliberalen, gegen die fatale Verkoppelung von Zentralgewalt und Parlament (oder wie man damals sagte, von Einheit und Freiheit). Er glaubte nicht an die Bildung eines Bundesstaates auf dieser doppelten Grundlage, und selbstverständlich nicht an die Konstituierung des deutschen Bürgertums aufgrund dieser Losung. Deshalb war er auch gegen das Programm der vereinseigenen Zeitung, wie diese es seit ihrem Erscheinen jedes Vierteljahr von neuem verkündete. Schon das vorbereitende Programm der „Wochenschrift“, wie es auf dieser Sitzung angenommen worden war⁴, war ihm ein Greuel. Das gilt nicht für Schulze. Seine Tätigkeit in den volkswirtschaftlichen und genossenschaftlichen Vereinen bezeugt sein Interesse an der über den Einzelstaat hinausgreifenden Organisation des deutschen Bürgertums und sein Verständnis für ihre Notwendigkeit. Er war nationaldeutsch und kein Großpreuße, aber er hatte erkannt, daß nur Berlin die Hauptstadt des neuen Deutschlands sein könne. Er stand hinter Louis Bamberger aus Paris, der riet, eine einflußreiche volkswirtschaftliche Zeitung zu gründen, und zwar nur in einer Großstadt, wobei er als Pariser nur an Berlin gedacht haben konnte.⁵ Schulze hatte sich mit der Wahl von Coburg als Sitz des Vereins und mit Streit als Geschäftsführer nur der Umstände wegen abgefunden, aber immer an einen Rückzug nach Berlin gedacht. Er war es, der einer Geheimverbindung, wie sie Ernst II. vorschwebte, zugestimmt hätte, und er hatte in einem Brief an v. Bennigsen vom 1. November 1859 von einem „stilleren Verband“ gesprochen, der nötig sein würde, falls

3 Auf der wichtigsten Ausschußsitzung zu Coburg am 11. und 12. 12. 1859, siehe R. LE MANG, 1909, S. 38 f.

4 R. LE MANG, 1909, S. 50 f.

5 Besonders erwähnt in dem Einladungsschreiben von Streit zur Ausschußsitzung am 11. – 13. 3. 1860 in Berlin. Siehe R. LE MANG, 1909, S. 47 f. Crämer v. Doos pflichtet Bamberger bei, wenn sich außer Berlin die „größere Stadt“ finden ließe, aber bald wäre in alle Welt posaunt, daß man Deutschland preußisch machen wolle. Siehe P. HERRMANN, 1932, S. 158.

der Verein sich nach Berlin zurückziehen werde.⁶ Der Unterschied zur öffentlichen Nationalpartei ist graduell, aber der stille Verband würde eine Honorarverbindungen sein und sicherlich kein Zeitungsorgan nötig haben. In demselben Brief spricht Schulze von einer „regelmäßigen Einwirkung auf die Presse“, wozu er Journalisten und Buchhändler nicht entbehren kann, die nur in Berlin zu finden seien. Er will keine eigene Presse; wohl will er die Presse beeinflussen.

Da die Sitzung des Ausschusses am 11. und 12. November 1859 auf Ernst⁴ II. Verlangen in Coburg zusammentrat, brachte Schulze aufschiebende Einwände vor, bis eine Sitzung nach Berlin gerufen würde. Als diese dann zusammentrat, entschied sie dann doch gegen ihn.

Wer sind die Berliner „Journalisten“ und „Buchhändler“, ohne deren sachverständigen Rat Schulze nichts unternehmen will, und was will er? Diese Sachverständigen sind nicht die Altliberalen wie Veit (der auch Buchhändler war), sondern Franz Duncker und Zabel, der eine der Besitzer der linksliberalen „Volks-Zeitung“ und der andere Redakteur der rechts von ihr stehenden „Nationalzeitung“, die beide am Bankett zu Ehren v. Bennigsens anlässlich der Sitzung vom 12. März 1860 teilnahmen. Franz Duncker wurde dann später in den Ausschuss kooptiert. Wenn wir richtig sehen, so will Schulze die beiden Zeitungen verpflichten, den Nationalverein zu vertreten, oder besser, er will sie zu Sprachrohren der Nationalpartei machen. Der Mißgriff, eine Kleinstadt wie Coburg zum Zentrum einer nationalen Partei zu machen, wo doch Berlin dazu bestimmt ist, das Zentrum Deutschlands zu werden, wäre dadurch wettgemacht. Ein eigenes Organ würde sich dadurch erübrigen. Beide Zeitungen hätten allerdings als Organe der Nationalpartei sich im Ausdruck Beschränkungen aufzuerlegen, so daß Mißgriffe sich vermeiden ließen, wie der beleidigende Ausfall der Volkszeitung gegen die Württemberger, den Schulze ohne Erfolg gutzumachen versuchte.⁷ Eines ist Schulze klar, was zu geschehen hat, soll in Berlin geschehen.

Die Gründung einer „Wochenschrift“ wurde auf Antrag Streits auf der Ausschusssitzung in Berlin gegen Schulze entschieden, der sich an ihr anscheinend auch nicht beteiligt hat. Über sie wurde gegen ihn entschieden, nachdem Streit gedroht hatte, daß er im Falle, daß der Nationalverein keine Zeitung gründen werde, auf eigene Verantwortung vorgehen würde.⁸

Als Chefredakteur wurde v. Rochau in Heidelberg bestimmt, der mit dem von ihm geprägten Wort Realpolitik eine Gedankenrichtung angekündigt hatte, die ausgezeichnet zu der Losung der Vereinigung von Demokraten und Konsti-

6 H. SCHULZE-DELITZSCH, Schriften III, 1910–1913, S. 147–150.

7 Schulze hatte dem Ausschuss eine Entgegnung gegen die Göppinger Versammlung, die die Volkszeitung als Anlaß zu ihrem Ausfall nahm, vorgelegt, war im Ton dabei zu herrisch geblieben. Einen ähnlichen Ausfall gegen Österreich hatte sich die Nationalzeitung am 12. 1. zuschulden kommen lassen. Siehe R. SCHWAB, 1902, S. 29.

8 Brief Streits an v. Bennigsen v. 5. 1. 1860, siehe R. LE MANG, 1909, S. 49 f. Streit an Reyscher v. 21. 3. 1860 (also von der Sitzung): Der Beschluß der Gründung des Blattes sei gegen Schulze und Veit durchgegangen. Sein Plan der Gründung einer Zeitung, die sich an die mittleren und unteren Schichten wendet, ist noch nicht aufgegeben. Die ab Januar 1863 erschienene Arbeiterzeitung ist demnach die verspätete Ausführung dieses Planes. Siehe P. HERRMANN, 1932, S. 159.

tutionellen auf dem gemeinsamen Nenner des Nationalismus paßte.⁹ Seine Haltung würde genau der Richtung entsprechen, die der Ausdruck *Nationalpartei* bezeichnen wollte.

Rochau saß in Heidelberg, aber die verantwortliche Leitung, der Druck und auch der Vertrieb der Zeitung würden in Coburg sein. Als zweiter Redakteur wurde Lorenz Nagel bestimmt, der auch im Sekretariat in Coburg eine feste Stellung beziehen sollte.¹⁰ Als dritter wurde außerdem noch Wehrenpfennig aus Berlin bestellt, der gegenüber den radikalen Nationalisten und ehemaligen Demokraten den preußischen Konstitutionalismus vertrat. Schon am 15. April erschien die Probenummer mit der „Einladung zum Abonnement“, in der die Redaktion klarmachte, daß sie keine Propaganda für irgendein begrenztes Ziel beabsichtigte, sondern die erstrebte Einheit im Rahmen eines konstituierten Bürgertums sah, – als Fortführung und Abschluß der gesellschaftlichen Errungenschaften der untergegangenen Revolution von 1849. Die Zentralgewalt als Ziel wurde aufgestellt, aber Preußen nicht genannt, die „Wiederherstellung einer Gesamtvertretung der Nation“ nicht nur gefordert, sondern in konkreten Einzelpunkten auseinandergesetzt: Der Nationalstaat würde ein Bürgerstaat sein.

Die Nichterwähnung Preußens war Werbung für die Nichtpreußen, vor der Schulze-Delitzsch zurückschreckte. Sie war beabsichtigt und wurde durch das Stichwort *Coburg* indirekt angegeben.¹¹

Wie weit durfte die Redaktion mit der Nichterwähnung der preußischen Spitze gehen, also mit Realpolitik im Sinne v. Rochaus? Darüber einigte man sich noch auf der Ausschußsitzung. Dort wurde wie folgt beschlossen: „Sollte Deutschland, ehe es ihm gelingt, sich in eine respektable Verfassung zu setzen, von einer ernstlichen Gefahr, ähnlich der des vorigen Jahres (d.h. vor Villafranca) bedroht werden, so ist mit Nachdruck dahinzuwirken, daß wenigstens vorläufig die sämtlichen militärischen Gewalten auf diejenige deutsche Regierung übertragen werden, welche ohnehin die stärkste ist, d.h. die preußische. Dabei versteht sich von selbst, daß dem österreichischen Staat allen Umständen nach in dem fraglichen Falle keine militärische Unterordnung unter Preußen zugemutet werden kann und daß also die Selbständigkeit der österreichischen Kriegsführung neben der preußisch-deutschen eine aus der Natur der Dinge hervorgehende Notwendigkeit sein würde.“¹²

9 Realpolitik bedeutet, daß das Wesen der Politik Macht sei, und daß die Vereinigung von Demokraten und Konstitutionellen Verzicht auf Doktrinarismus und Hinwendung zur Realität bedeute.

10 Siehe Brief von Bennigsen an Streit v. 12. Januar, in dem er die baldige Einstellung Nagels befürwortet, H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 362. Im Nachlaß Streit (München) befindet sich das Konzept eines Briefes v. 30. 6. 1860 von Streit an Nagel in Wiesbaden, worin er die Anstellungsbedingungen für ihn aufgrund des Ausschußbeschlusses festlegt.

11 Der verantwortliche Redakteur war kurze Zeit Rechtsanwalt L. Rückert, der später die Linksentwicklung Streits nicht mitmachte, und dann Streit selbst. Die letzte Hand an der Gestaltung der Zeitung lag bei ihm, wahrscheinlich auch der Anzeigenteil und das besondere Anzeigenblatt, das später aufgegeben wurde. Die Spalte *Nachrichten aus dem Nationalverein* war Streit reserviert. Der Vereinssekretär Nagel hat sich fleißig an der Zeitung beteiligt, auch als er seine Stellung im Frühjahr 1861 aufgab und durch Schweigert ersetzt wurde.

12 R. LE MANG, 1909, S. 50.

Eine Zentralgewalt ganz allgemein durfte erwähnt werden, aber eine *preußische* Zentralgewalt nur im Fall einer akuten Kriegsgefahr, wie sich schon die Württemberger Erklärung noch vor der ersten Eisenacher Erklärung ausgedrückt hatte.¹³ Der Ausschuß hat damit keine preußische Spitze aus Ärger über die Lauheit der Minister der Neuen Ära verhüllt, wie man so gern entschuldigend sagt, sondern ganz realistisch auf die Stettiner Antwort der preußischen Regierung reagiert, die hervorhob, Preußen würde niemals die Rechte anderer Regierungen antasten. Nach der Logik der neuen Nationalpartei stand es nur zu erwarten, daß Preußen, wenn ihm noch einmal die Kaiserkrone angeboten würde, sie nicht ausschlagen würde. Dafür, daß ein zweites Angebot kommen würde, war der *Nationalverein* da; daß dafür Stimmung gemacht würde, dafür gab es die „Wochenschrift“.

Um den Ausschlußbeschuß richtig zu deuten, müssen wir auch den folgenden Programmpunkt beachten:

„Da einer organischen Umgestaltung der bisherigen Verfassung (des Deutschen Bundes), wie sie unentbehrlich ist, um der Nation hinlängliche Stärke und Widerstandsfähigkeit gegen augenscheinliche Gefahren von Ost und West (gemeint sind damit Rußland und Frankreich) zu geben, die größten Schwierigkeiten entgegenstehen, so ist der öffentliche Geist auf den Fall vorzubereiten, daß diese Verfassung durch äußere Gewalt gänzlich außer Kraft gesetzt werden sollte. Für einen solchen Fall ist dann der Satz zur Anerkennung zu bringen, daß alle Kräfte der Nation sich um denjenigen Mittelpunkt zu sammeln haben, welcher sich als der *stärkste bewährt*, unbekümmert um historisches Recht, um Legitimität, um dies oder jenes politische Prinzip.“¹⁴

Im Klartext heißt das: Da Preußen es ablehnt, die Initiative zur Bundesreform zu ergreifen, wie es die Eisenacher Erklärungen verlangt hatten, steht eine Bundesreform in Friedenszeiten nicht in absehbarer Zeit in Aussicht. Die nationale Hoffnung ist nunmehr auf einen nationalen Krieg zu setzen. In ihm gilt es, den „öffentlichen Geist“ anzurufen und Preußen als der stärksten Macht die Kriegsführung anzuvertrauen, aber das hat extralegal zu geschehen: Der „öffentliche Geist“, wie er im Nationalverein verkörpert ist, hat zu bewirken, daß Preußen die Krone (oder die Kriegsführung) übertragen werde, und Wilhelm wird dann, wenn die legalen Mächte sowieso ausgeschaltet sind, die Kaiserkrone annehmen. Dieser „schlimmste Fall“, wie es im Beschluß heißt, kann nicht in einer „Einladung zum Abonnement“ offen ausgedrückt werden; er mußte geheim bleiben, aber er erlaubt es uns, die Texte der „Wochenschrift“ weitherzig zu interpretieren.

Der Text spricht nur von Angriffen Rußlands und Frankreichs. Wie steht es aber mit Revolutionen, die ebenso die bestehenden Verfassungen außer Kraft setzen können; wie steht es mit Revolutionen im Gefolge von Kriegen? Sind solche Möglichkeiten in diesen Direktiven mit inbegriffen? Wir sollten solche Möglichkeiten nicht ausschließen, weil immer, wo von Kriegen die Rede ist, auch andere Möglichkeiten angedeutet werden, die wir am besten als Revolutio-

13 G. PLANCK, 1861, S. 86–89.

14 R. LE MANG, 1909, S. 51. Der Programmpunkt für die Zeitung ist betitelt: Vorbereitung auf den schlimmsten Fall.

nen deuten, und besonders deshalb, weil die Gegner des Nationalvereins immerzu behaupteten, er wolle auf Revolution hinaus.

Die „Wochenschrift“ des Nationalvereins ist ab 1. Mai 1860 regelmäßig und unter unveränderter Redaktion Rochaus bis zum Ende des Vereins im Jahre 1867 (wenn auch zuletzt als „Wochen-Blatt“) erschienen. Sie hat das offizielle und das inoffizielle Programm getreulichst erfüllt. Ihre innere und äußerliche Gestalt hat sich nicht geändert. Sie hat alle Generalversammlungen gut vorbereitet: Wenn die Ausschlußanträge fast unverändert angenommen wurden, liegt das nicht wenig auch an der, im Sinne des Ausschusses, gut geleiteten, Vordiskussion in der Zeitung. Wenn seine Gegner dem Nationalverein eine einheitliche Meinung in allen politischen und gesellschaftlichen Fragen beileigten, bezog man sich damit auf die „Wochenschrift“. Wenn die Zeitung es in kurzer Zeit auf den Vertrieb von über 5 000 Exemplaren brachte, so war sie auch publizistisch ein Erfolg¹⁵, verglichen etwa mit den Preussischen Jahrbüchern, die es nicht einmal auf das erste Tausend brachten. Dabei ist zu bedenken, daß die Zeitung in vielen deutschen Staaten auf längere Zeit verboten war, und daß die Redaktion für Preußen für die Zeit des verschärften Konflikts eine Sonderausgabe herstellen mußte.

Schulze hing am *monarchischen Prinzip*, aber nicht am *dynastischen*, und auch das nur als Lehre aus dem Scheitern der Revolution¹⁶, denn nach dem dynastischen Prinzip wäre er Untertan und Eigentum des Herrschers, und das lehnt er ab; aber als Bürger anerkennt er eine monarchische Spitze, die mit dem Parlament zusammen den Staat leitet. Wenn die Altliberalen in der preussischen Spitze nur die Dynastie sehen, so sieht er in ihr die Zusammenarbeit von Monarch und Parlament. Weil er die Rolle des Parlaments beim Zustandekommen dieser Spitze sieht, ist er Demokrat, aber weil es auch ihm um die preussische Zentralgewalt zu tun ist, sieht er im Nationalverein gleich den Konstitutionellen (oder den Altliberalen) einen Propagandaverein für die preussische Spitze, aber einer Spitze, bei der dem Parlament die Hauptrolle zukommt. Als sich im Jahre 1861 die entschiedenen Liberalen im preussischen Parlament zur Deutschen Fortschrittspartei zusammentun und die Mehrheit im Parlament erobern, stellen sie sich unter Schulzes Führung als *Exekutive des Nationalvereins*¹⁷ vor, weil der Nationalverein nur das Ideal aufstellen kann, aber das preussische Parlament auch zu Taten berufen ist. Dieses Bild trägt aber, wie sich bald herausstellen wird: Seit der Festigung in Coburg und der Zeitungsgründung in den Jahren 1859/60 entwickelt sich der Nationalverein unabhängig, und das preussische Parlament denkt nicht daran, sich am Nationalverein zu orientieren. Das einprägsame Wort von der Exekutive ließe sich eher umkehren: Die Parlamentsfraktion sieht im Nationalverein den Propagandisten ihrer Absichten. Was Schulze vom ersten Tag des Bestehens der nationalen Partei an will, ist, daß diese sich als Exekutive des preussischen Parlaments betrachte, den preussischen

15 Nach dem ersten Quartal waren es schon 3 000; auf der ersten Generalversammlung nahezu 5 000 bei 5 000 eingeschriebenen und zahlenden Mitgliedern, was keineswegs bedeutet, daß jedes Vereinsmitglied auf die Wochenschrift abonniert war.

16 VERHANDLUNGEN II, 1861, S. 20.

17 Schulze-Delitzsch an Streit, H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 564–565.

Liberalen bei ihrem Kampf mit der Krone um ihren Anteil an der preußischen Spitze zur Seite stehe; nicht nur, daß der Nationalverein die preußische Spitze wolle, sondern auch, daß er deren Auffassung, was der Inhalt der preußischen Spitze zu sein hat, propagiere. Darum ging es ihm schon bei der Gründung einer eigenen Presse. Der Nationalverein sollte über keine eigene Zeitung verfügen, sondern von den liberalen Blättern in Berlin, wie der „Volkszeitung“ und der „Nationalzeitung“, abhängig sein. Er sollte seine Direktiven von ihm und seinen Gesinnungsgenossen im Abgeordnetenhaus erhalten. Der Nationalverein als Exekutive der liberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses – das ist das Ideal von Schulze-Delitzsch und Genossen, dem alle ihre Handlungen entspringen.

Wie gesagt, brauchte Schulze, um die liberale preußische Spitze zu propagieren, keine unabhängige Presse des Nationalvereins, aber desto mehr ein *Pressekomitee*, das den liberalen Zeitungen ihr richtiges Verhalten in allen Fragen von Freiheit und Einheit erklärte, beziehungsweise vorschrieb. Dafür wirkte er seit der ersten Ausschußsitzung. Deshalb konnte Streit an v. Rochau schon am 28. Dezember 1859 im Anschluß an die Ausschußsitzung mit Ernst II. in Coburg melden: „Das Preßkomitee für Norddeutschland ist in Berlin durch Schulze unter Vorsitz von Unruhs konstituiert worden und hat an literarischen Kräften vorläufig Professor Mommsen, Franz Duncker und Zabel an sich gezogen.“¹⁸ Im Protokoll der Sitzung werden Veit, Schulze und v. Unruh genannt, und der Literat Fischel als „ghost-writer“ für Herzog Ernst, der in dessen *Erinnerungen* als Leiter des Büros erwähnt wird¹⁹, übergangen. Vermutlich wurde das Berliner Komitee bald überflüssig, nachdem der Nationalverein eine eigene Zeitschrift besaß und Duncker in den Ausschuß kooptiert wurde.

Eine größere Bedeutung hatte für den Verein das parallele Komitee für Süddeutschland mit dem Sitz in Frankfurt, und zwar gerade wegen des Zustandekommens der „Wochenschrift“, die zwar im abgelegenen Coburg erschien, aber durch v. Rochau in Heidelberg redigiert wurde, und deren Mitarbeiter auch aus Süd- und Mitteldeutschland kamen. Im Protokoll werden Siegmund Müller, August Metz, Gourdé, Reyscher, v. Rochau und Lang genannt.²⁰ Von diesen sind Metz und v. Rochau neben den Berlinern die großen Träger des Vereins.

Herzog Ernst erwähnt noch eine dritte Zentrale, die in Coburg durch Streit und seine Mitarbeiter gebildet wurde, und unter diesen Lorenz Nagel, der sich führend an der „Wochenschrift“ beteiligte. Da das Berliner Komitee unnötig geworden war und die „National- und Volkszeitung“ selbständig die „Berliner Richtung“ vertraten, war die Arbeitsteilung zwischen Coburg und Frankfurt, wie es scheint, so, daß Coburg für innerdeutsche Verbindungen des Vereins sorgte, während sich in Frankfurt unter Max Wirth eine besondere Abteilung

18 P. HERRMANN, 1932, S. 154.

19 ERNST II., Bd. 2, 1888, S. 540. Fischels anonyme Schrift *Die Despoten als Revolutionäre*, 1859 in Berlin erschienen, spiegelt die Ansicht Ernst II. von der militärischen preußischen Spitze, die nicht gegen Österreich, sondern gegen die zwei Revolutionsdespoten Alexander und Napoleon gerichtet sein soll, gegen die Deutschland einen revolutionären Befreiungskrieg zu führen hat.

20 P. HERRMANN, 1932, S. 154, der gleiche Brief Streits an v. Rochau wie Anm. 18.

der Bearbeitung der Auslandspresse widmete.²¹ In dieser Eigenschaft als Zuständiger für die Verbindungen mit dem Ausland hat Max Wirth auf der zweiten Generalversammlung zu Heidelberg im Jahre 1861 die Vorbereitungen für die Weltausstellung 1862 in London unternommen und deshalb auch die „Arbeiterexpedition“ des Nationalvereins zur Ausstellung angeführt²², mit der ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Nationalvereins beginnt.

Wenn die Berliner Richtung gegen eine selbständige Presse des Vereins war, so war sie doch nicht nur für ruhige Meinungsbildung, wie sie immer wieder als Verbeugung vor den Regierungen der Neuen Ära betonte, sondern für politischen Massendruck. Gerade um dem Beschluß der Gründung „einer dem Nationalverein allein offenstehenden Zeitung“²³ zuvorzukommen, mußte Schulze zeigen, was sich mit Flugblättern an wirksamer Agitation machen ließ. Deshalb verfaßte er schon im Dezember 1859 ein erstes Flugblatt, das sogleich in 10 000 Exemplaren verbreitet wurde.²⁴ Er spricht dort, wie wir schon sagten, von der Furcht vor der Mißliebigkeit, die viele Nationaldeutsche davon abhalte, sich einer legalen Agitation mit der Absicht anzuschließen, auf die Einzelregierungen heilsamen Druck auszuüben, der zur Erlangung der Sicherheit nach innen und außen notwendig sei; aber wenn wir genau hinschauen, lernen wir auch, warum Schulze sich einem eigenen Organ widersetzt: Er will sich nicht festlegen und durch Diskussion klären, sondern den politischen Führern durch Druck der Massen beistehen. Er verlangt in der Flugschrift: „Erst das Joch der Fremdherrschaft von Deutschland abwehren, [...] ehe an den Ausbau der inneren Zustände im Einzelnen gedacht werden kann: eine deutsche Zentralgewalt also vor allem mit einer Volksvertretung an der Seite – dies ist der allgemeine Notruf, die gebieterische Forderung der Volksstimme.“²⁵ Die parlamentarischen Führer wollen sich auf Massendruck berufen, aber die Massen sollen nicht selbständig entscheiden, sondern durch Flugblätter fertige Meinungen wiederholen. Der kritische Leser dieser Flugschrift wird sich fragen: Will Schulze in diesen Tagen (nach Villafranca) die preußische Spitze als Oberbefehl über die deutschen Truppen oder will er sie im Sinne des erblichen Kaisertums der Konstitutionellen; will er eine neue nationale Volksvertretung der Deutschen, oder ist ein erweitertes (oder selbst ein nicht erweitertes) preußisches Parlament diese „Volksvertretung an der Seite“? Wir werden es nie erfahren, aber genau das ist der Sinn dieser verzwickten Ausdrucksweise; wir sollen es nicht erfahren. An

21 Max Wirth war als Großdeutscher auch für den Nationalverein annehmbar, weil sein Kreis um den Arbeitgeber den Zollverein und den preußisch-französischen Handelsvertrag befürwortete. Er war als Verbindungsmann für Süddeutschland und das Ausland der gegebene Mann. Er vertrat gemeindeutsches Interesse für die Weltausstellung auf der Generalversammlung zu Heidelberg 1861 und berichtete ausführlich über seine Verbindungen mit der Auslandspresse in den Jahren 1862–1863, deren Verrechnung sich als sehr kostspielig erwies; v. Rochau hielt sie für unnütz. Seine Hilfskraft war der Literat Pieper, der dem aufgelösten Kommunistenbund angehört hatte.

22 Die Einzelheiten bei H. ONCKEN, *Nationalverein*, 1912. Für die Rolle Max Wirths und des Arbeitgeber, siehe SH. NA'AMAN, *Konstituierung*, 1974, S. 23–29.

23 P. HERRMANN, 1932, S. 103.

24 R. LE MANG, 1909, S. 39; H. SCHULZE-DELITZSCH, *Schriften* III, 1910–1913, S. 152–159 („Erstes Flugblatt des Deutschen Nationalvereins“).

25 Ebd., S. 153.

ein Flugblatt lassen sich keine Fragen stellen; an eine „Wochenschrift“ wohl, und deshalb wird ein kluger Redakteur (und v. Rochau war klug) sich unmißverständlich ausdrücken. Deshalb ist in der „Wochenschrift“ frühzeitig von der Reichsverfassung von 1849 die Rede²⁶, auf die sich Schulze erst später verpflichtete, und zwar nach Ausgang der Neuen Ära.

Flugschriften können nie eine Zeitschrift ersetzen; wohl können Zeitungen die Aufgabe von Flugblättern übernehmen, was die „Wochenschrift“ mühelos tat, als sie wichtige Aufsätze als Sonderdrucke nach der Art von Flugblättern verbreitete.²⁷

Der gleichen Ausschußsitzung, die die Herausgabe der „Wochenschrift“ unter v. Rochaus Redaktion beschloß, lag ein anspruchvolles Programm zu einer Flugblattagitation vor, das jedem Ausschußmitglied mit der Einladung zur Sitzung zugeht, in dem acht Themen vorgeschlagen wurden: Der evangelische Obskurantismus, der katholische Ultramontanismus, die Zentralgewalt und der Partikularismus, die Bürokratie, Adel und Junkertum, das deutsche Fürstentum und die dynastische Politik, ein Wort an Österreichs Völker, ein Wort an Italien.²⁸ Nichts davon wurde beraten, und Schulzes Entwurf eines Flugblattes gegen den württembergischen Partikularismus (wegen der Versammlung in Göppingen, die den Beitritt zum Nationalverein abgelehnt hatte) zurückgewiesen²⁹: Die Entscheidung für die „Wochenschrift“ war eine Entscheidung gegen die Ausschließlichkeit der Flugblattpropaganda.

Auf der ersten Generalversammlung, die der Alleinbestimmung durch den Ausschuß ein vorläufiges Ende setzte, sprach als Berichterstatter über die politische Tätigkeit des ersten Jahres, das Vorstandsmitglied Fries von der Gründung der „Wochenschrift“ als dem Höhepunkt der Ausschußtätigkeit, die zu dem „erfreulichen Gedeihen des Vereins in neuerer Zeit wesentlich beigetragen habe“. Er hatte recht, wenn er diesen Aufschwung mit der von „dieser beobachteten Haltung“ in Verbindung brachte.³⁰

26 Siehe „Eine Zuschrift an den Nationalverein“, die mit dem Lösungswort endet „die Reichsverfassung von 1849!“ [in Fettdruck], und „In diesem Zeichen werden wir siegen!“, in: WOCHENSCHRIFT Nr. 9 v. 29. 6. 1860, S. 71–72. Die Diskussion bricht bis zur ersten Generalversammlung nicht ab. Die Redaktion reagiert zunächst immer mehr positiv, schwenkt dann entsprechend der Haltung des Ausschusses auf deren zurückhaltenden Entschluß ein. Einen Höhepunkt bildet der Aufsatz des Ausschußmitgliedes Otto Lüning, *Das Programm des Nationalvereins*, das der Reichsverfassung vor der Eisenacher Erklärung den Vorzug gibt, wogegen v. Rochau aus „praktischen Gründen“ Einspruch erhebt (WOCHENSCHRIFT Nr. 18 v. 31. 8. 1860, S. 138–139).

27 Der Nationalverein vertrieb Sonderdrucke von Artikeln über Kurhessen, Sachsen, Mecklenburg, wobei der Aufsatz von Planck „Zur hannöverschen Frage“ (WOCHENSCHRIFT Nr. 23 v. 5. 10. 1860, S. 182 f.) den Anfang machte. Siehe H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 403, Anm. 1.

28 Siehe R. LE MANG, 1909, S. 48; die skeptische Haltung gegenüber den meisten Themen äußerte Crämer v. Doos an Streit am 6. 3. 1860 (P. HERRMANN, 1932, S. 156). Die Flugblätter hätten zu einer straffen nationalen Agitationspartei gepaßt, aber den nationalen Verein, wie er sich entwickelt hatte, sogleich gesprengt. Die gleichen Themen als Grundlage einer Diskussion in der Wochenschrift konnte einen Verein von nationalen Bürgern zum Selbstverständnis helfen. Die Themen kamen alle in der Wochenschrift im Laufe des ersten Jahres zur Sprache.

29 H. SCHULZE-DELITZSCH, *Schriften* III, 1910–1913, S. 101.

30 VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 12.

Ein Nationalverein, der die Erörterung politischer Grundfragen zum Thema seiner ersten Generalversammlung machte, war nicht mehr die stramme Nationalpartei, die nichts weiter tut als die preußische Spitze mit Hilfe von Flugblättern zu propagieren, wie es Schulze vorgeschwebt hatte, aber ihr entgegen war der Nationalverein zu einem entwicklungsfähigen politischen Körper geworden, und dazu hatte die „Wochenschrift“ in den wenigen Wochen ihres Bestehens vor der ersten Zusammenkunft in Coburg viel beigetragen.

Die „Wochenschrift“ vertrat einen geschlossenen politischen Gedankenkreis mit Mäßigung und Ausdauer. Ihre Haltung wirkte auf die Disziplinierung der vielen widersprüchlichen Anschauungen ein: Trotz der bedeutenden inneren Spannungen blieb die große Mehrzahl der Vereinsmitglieder jahrelang beisammen, und der Nationalverein gab zum Schluß politische Resultate, die mehr beachtet worden sind als ihr Urheber, der Nationalverein, selber.

Die Nationalpartei war als Nationalverein zur Welt gekommen, weil *Verein* die übliche Form der gesellschaftlichen Konstituierung im 19. Jahrhundert war.³¹ Dieser Verein war aber in der zukunftssträchtigen Form einer *Partei* gedacht, weil er seine Mitglieder nicht in einer der Formen von parlamentarischen Honoratiorenparteien seiner Zeit erfaßte, sondern die Partei im Sinne der kommenden *Mitgliederpartei* andeutete, mit Mitgliedskarten, Beiträgen und der Unterzeichnung eines verbindlichen Programms beim Zutritt in seine Reihen.

Zu dem kommenden Parteiwesen gehörte auch die *Parteizeitung*. Sie war eine von Frankreich und seiner revolutionären Entwicklung übernommene Einrichtung der Revolution von 1848/49 gewesen, die sporadisch, wie in der „Arbeiterverbrüderung“, das Organisationsleben bestimmt hatte. Schulze, der sich zu Beginn der nationalen Bewegung in die Unterordnung der Demokraten unter die Konstitutionellen des preußischen Parlaments gefügt hatte, lehnte eine Parteizeitung ab und propagierte im Ausschuß die Flugblätter, um die Ideen der neuen Partei ins öffentliche Leben einzuführen; aber andere Demokraten und radikale Nationalisten orientierten sich an den Zeitungen der Revolution, an denen viele von ihnen seinerzeit mitgearbeitet hatten. So wurde die Zeitschrift des Nationalvereins die erste Zeitung einer modernen Massenpartei und war nicht auf Wahlen zu einem der bestehenden Parlamente ausgerichtet. Jedes Vereinsmitglied sollte sich an ihr orientieren; aus ihr würde jedes Mitglied die interne Parteinformation schöpfen und die parteioffizielle Stellung zu Tagesfragen und Endzielen erfahren. Das wurde der Sinn jeder Parteizeitung, solange es noch Parteizeitungen gab, aber auch die Diskussion um die Stellung der Partei zu Gegenwarts- und Endzielfragen gehört seit jeher dazu: auch in der „Wochenschrift“. Das war besonders geboten, da die Nationalpartei wegen der besonderen Bedingungen zu Frankfurt 1859 ohne Programm auseinandergegangen war. Die Anhänger des Propagandaver eins sahen in dieser Programmlosigkeit den großen Vorzug, mit Hilfe des Ausschusses unbemerkt das Ziel der permanenten preußischen Spitze statt der *militärischen preußischen Diktatur für die*

31 Der Verein war die passende Form der Organisation, solange nur das indirekte Wahlrecht gültig war; das direkte Wahlrecht des Norddeutschen Reichstages verlangte dann die Massenpartei. Nur die Arbeiterpartei war schon 1868 auf dem Weg zur Massenpartei, der zu Eisenach 1869 verwirklicht wurde.

Kriegszeit einzuschmuggeln und den Mitgliedern zu oktroyieren. Ihrem Sinn nach waren die Flugblätter nach innen wie nach außen gerichtet. Die Anhänger einer modernen *Gesinnungspartei* sahen in der Begründung einer parteieigenen „Wochenschrift“ ein Werbemittel des Ausschusses, aber auch ein Diskussionsforum für die Mitglieder, um zu einem gemeinsamen Programm erst wirklich zu gelangen, und ein Mittel, um den Ausschuß zu informieren, an welchen Punkten seiner Anträge unbedingt festzuhalten und welche vorläufig (oder für immer) abzulegen.

Die „Einladung zum Abonnement“ der neugegründeten „Wochenschrift“ enthielt das Programm zur Konstituierung des nationalen Bürgertums im Rahmen einer Partei, das sehr leicht zu einem Programm der Partei selber werden konnte. Aufgrund der ersten 18 Nummern, die vor der ersten Generalversammlung zu Coburg am 3. September 1860 erschienen, konnte sich nicht nur der Vorstand in geheimer Beratung, wie bisher, über ein Programm verständigen, sondern auch die gesamte Mitgliedschaft auf einer Generalversammlung darüber befinden. Die Tatsache, daß die Beratungen der Mitgliedschaft auf der Coburger Tagung zur Annahme der Ausschußvorschläge fast unverändert führten, ist das Verdienst der „Wochenschrift“.

Im Verlauf des ersten Jahres seiner Tätigkeit hatte der Ausschuß es unternommen, Punkt 5 der zweiten Eisenacher Erklärung, der Preußen ermächtigte, im Falle neuer militärischer Bedrohung eine Militärdiktatur über Deutschland auszuüben und Deutschland auch gegenüber der Welt zu vertreten, mit dem 6. Punkt zu kombinieren, der jeden nationalen Deutschen verpflichtete, Preußen bei der Erfüllung seiner nationalen Aufgaben zu unterstützen. Zu diesem Zweck hatte die „Wochenschrift“ eine Kriegsgefahr für Deutschland an die Wand gemalt, die darin liegen sollte, daß Frankreich durch die Annexion Nizzas und Savoyens gestärkt und deshalb die deutschen Grenzen, vorzüglich am Rhein, bedrohen würde. Als Erfüllung der nationalen Aufgabe Preußens, bei der es ebenfalls voll zu unterstützen sei, wurde auch die Verfassungsfrage Kurhessens angesehen und die Wiedergutmachung in der Schleswig-holsteinischen Frage. In all diesen Fragen hatte der Ausschuß schon Proklamationen veröffentlicht, denen aber nur durch die erklärende Interpretation einer Zeitung Zusammenhang gegeben werden konnte, wie sie für eine Nationalpartei notwendig war.

Diese Funktion erfüllte schon die Probenummer der „Wochenschrift“, die am 15. April erschien. Statt des fehlenden Parteiprogramms gab sie ihr Programm und stellte den Zusammenhang her zwischen den Ausschußbeschlüssen in der Frage Nizzas und Savoyens, der Integrität des Deutschen Bundes („Savoyen, die Großmächte und die Schweiz“³²), der Frage Schleswig-Holsteins³³, der kurhessischen Frage („Der Stand der kurhessischen Frage“³⁴) und dem, was wir als die „Deutsche Ideologie“ bezeichnen, d.h. als die Ansprüche einer verspäteten Nation, es den großen Nationen England und Frankreich gleichzutun („Die

32 WOCHENSCHRIFT, Probenummer, S. 2.

33 Ebd., S. 3.

34 Ebd., S. 5.

politische Fähigkeit des deutschen Volkes³⁵). Wenn dann im Anzeigenteil auf die anonym erschienene Schrift von Engels „Savoyen, Nizza und der Rhein“ hingewiesen wird (selbstverständlich ohne Nennung des Verfassers), auf die „Grundsätze der Realpolitik“ (ebenso ohne Namensnennung) und „Die deutsche Nationaleinheit in politischer und staatswirtschaftlicher Beziehung“ (von Max Wirth, aber auch diese ohne Bezeichnung des Verfassers)³⁶, so ist das vom Standpunkt der Konstituierung des nationalen Bürgertums bezeichnend: Es ging dem Nationalverein auch um die preußische Spitze, aber nicht bei allen; allen ging es um die Konstituierung eines nationalen Bürgertums.

Diese Konstituierung wird schon in der ersten regulären Nummer vom 1. Mai 1860 ausführlich behandelt. Die Argumentation für eine nationale Handelspolitik³⁷ führt vorsichtig in die Freihandelslehre ein und macht für einen verbesserten Zollverein Propaganda. Die Hauptsache aber bleibt die militärische Deckung des deutschen Handels. Alles ist auf den Vorteil einer deutschen Einigung ausgerichtet, wie sie von dem großdeutschen Max Wirth propagiert wird (Die Militärbudgets und die Nationale Wehrkraft, Was Deutschland bei der Auswanderung verliert³⁸). Es lassen sich daraus auch Schlüsse für die Notwendigkeit einer preußischen Führung ziehen, aber viel näher liegt der Schluß für eine demokratische und liberale Gesamtverfassung. Selbst „Eine Stimme aus Schwaben“, die eine Beitrittserklärung zum Verein enthält (ein seltener Fall!), spricht sehr skeptisch von der preußischen Spitze („Wenn Preußens Politik einen Anschluß an diese Macht zulässig macht!“).³⁹ Nach der offiziellen Absage Preußens an den Nationalverein und der Weigerung, eine preußische Zentralgewalt zu oktroyieren (in der konzilianten Form einer Antwort des Regenten Wilhelm an die Bürgerschaft von Stettin), ließ sich die preußische Spitze in der Mitgliedschaft des Nationalvereins nicht mehr unbedingt propagieren.

Die angebliche Bedrohung der Südgrenze wegen der Einkreisung Genfs durch Frankreich, wie auch ein möglicher Angriff auf den Rhein, wirkten auf die preußische Regierung keineswegs im Sinn des Nationalvereins, höchstens dachte man in Preußen an eine Kommandoteilung zwischen Österreich und Preußen südlich und nördlich des Mains (woran dem Nationalverein nicht gelegen war). Als nun die Ausschußmitglieder des Nationalvereins in Heidelberg mit Vertretern der großdeutschen Auffassung zusammentrafen und jeder von ihnen hoffte, die Panik wegen Frankreich zugunsten seiner Auffassung auszunutzen, war es unbestimmt, ob die Diskussion die preußische Spitze begünstigen würde. Unerwartet kam nun der Hannoversche Ministerpräsident Borries den Anhängern der preußischen Spitze entgegen, indem er im Hannoverschen Parlament androhte, eine Zentralgewalt mit einheitlicher militärischer und diplomatischer Leitung könne nicht nur zu einem Abwehrbündnis der deutschen Fürsten untereinander führen, sondern sogar „zu Bündnissen mit außerdeutschen Staaten drängen“. So wie man ohne weiteren Kommentar unter einer

35 Ebd., S. 6–8.

36 Ebd., S. 6.

37 Ebd., S. 5–7.

38 Ebd., S. 7.

39 Ebd., S. 7 f.

deutschen Zentralgewalt die „preußische Spitze“ angedeutet sah, so verstand man unter den „außerdeutschen Staaten“ – Frankreich.

Alle Teilnehmer an dieser patriotischen Beratung zu Heidelberg unterzeichneten am 6. Mai 1860 eine kurze, aber geharnischte Erklärung gegen Borries, seien es die Großdeutschen Karl Welker und Gustav Duvernoy, seien es die prononziert Kleindeutschen wie Pagenstecher und Lang, seien es Demokraten wie Feodor Streit und Siegmund Müller-Frankfurt oder Nationalisten wie L. A. v. Rochau oder Karl Brater, aber wirksam gemacht hat die Erklärung die zweite Nummer der „Wochenschrift“ vom 8. Mai, die diesem Protest die ganze Titelseite widmete.⁴⁰

Diese Erklärung setzte neue Akzente in nationaler Politik und politischer Moral, und die „Wochenschrift“ hat das sogleich erkannt. Nicht nur Borries war durch diese Erklärung in der Verfolgung des Nationalvereins behindert; diese Boykottierung hinderte auch andere deutsche Regierungen in ihrer Politik und in ihrer Verfolgung des Nationalvereins. Keiner ahnte damals, daß das Odium des politischen Landes- und Gebietsverrats aufgrund dieser Erklärung auch gegen Preußen und seinen ersten Minister Bismarck im Jahre 1865 gerichtet werden würde, als man unterstellte, daß Preußen als Gegenleistung für seine Abrundung in Norddeutschland bereit sei, Teile des Rheinlands an Frankreich abzutreten. Die nationale Bewegung hatte jetzt auch ein Feindbild geschaffen, die Verräterei der Kleinstaaten⁴¹; das Freundbild von einer „Neuen Ära“, das so sehr enttäuscht hatte, konnte nunmehr unterschlagen werden. Die zu schaffende Zentralgewalt wurde seitdem nur selten mit Preußen in Verbindung gebracht, und eine Beratung über sie auch den bestehenden Parlamenten zugestanden: Das war der gemeinsamen liberalen Aktion in der Sache Borries zu verdanken, deren Sprachrohr die „Wochenschrift“ war. Selbst der Vertreter der proösterreichischen „Augsburger Allgemeinen Zeitung“, Hermann Orges, nahm Verbindungen mit dem Nationalverein auf, um zu erkunden, ob auch Gegner der preußischen Spitze mit dem Nationalverein zusammenarbeiten könnten⁴²; Das Zusammenwirken des Nationalvereins mit dem großdeutschen Reformverein nach 1862 hat hier ihre Wurzel.

Von jetzt an wurde die Zentralgewalt behandelt, ohne immer Preußen zu erwähnen, und dagegen der Beitritt der Demokraten und radikalen Nationalisten zum Verein mehr und mehr berücksichtigt und hervorgehoben. Die preußische Diktatur im Kriegsfall wurde stillschweigend von der Tagesordnung ab-

40 Ebd., „Erklärung“.

41 „Die deutsche Regierung [...], welche [...] bei feindlichen Mächten Hülfe suchte [...], würde dem Schicksal verfallen, welches Verrätern gebührt“, ebd.

42 WOCHENSCHRIFT Nr. 6 v. 8. 6. 1860, S. 46 f.: „Der Nationalverein und die Allgemeine Zeitung“. Der Aufsatz, „R“ gezeichnet, ist von Rochau. Dazu die *Mitteilungen aus dem Nationalverein*, die die Unterhandlungen mit Orges zu Unterhaltungen abschwächt. Siehe ebd. Nr. 8 v. 22. 6. 1860, S. 64. Im Nachlaß Streit (München) befindet sich ein Manuskriptbrief von Orges, der seine nationalen Vorstellungen auseinandersetzt, u.a. auch seinen grundsätzlichen Antisemitismus. Über die Peripetieen dieses ehemaligen preußischen Offiziers, siehe H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 405 f. Der Manuskriptbrief zum großen Teil abgedruckt bei H. ONCKEN, Briefe, 30/4, S. 188–197. Auffallend ist die Geistesverwandtschaft mit dem Demokraten Rüstow, der gleichfalls ehemaliger preußischer Offizier war. Beide schlossen sich nach Königgrätz Preußen an.

gesetzt und dagegen die Freiheitsfrage immer mehr thematisiert. Es wurde klar, daß, wie im Revolutionsjahr, das Parlament berufen sein würde, eine Zentralgewalt einzusetzen, und nicht die Zentralgewalt ein Parlament, wie es angesichts der Kriegsgefahr im Jahre 1859 schien. Man glaubte nicht mehr an Krieg, besonders nicht seit der Zusammenkunft Napoleons mit dem Prinzregenten Wilhelm in Baden-Baden (1860).

Die „Wochenschrift“ behandelte die Freiheitsfrage, und dabei rückte die Verfassungsfrage immer mehr in den Vordergrund. Mehr und mehr konzentrierte sich das öffentliche Bewußtsein auf die konkrete Reichsverfassung von 1849, nicht weil man sich ihrer so sehr genau erinnerte (das Gegenteil wäre zutreffender), sondern weil sie ein legaler Anhaltspunkt war. Nach ihrer Einführung ließ sich über ihre Modernisierung verhandeln, wozu auch die Bildung der Zentralgewalt gehörte: Einen zweiten Korb von Preußen wollte man nicht bekommen. Je näher man der ersten Generalversammlung kam, desto lauter wurden die Stimmen für die Reichsverfassung, aber desto vorsichtiger wurde die „Wochenschrift“, der vorher keine Zweifel gekommen waren. Die Zweifel wurden im Ausschuß laut, einfach weil die Mittelsmänner im Dienst der Neuen Ära darlegten, daß Preußen weder die Initiative für eine Reform des Bundes ergreifen wolle, noch daß es die Verfassung von 1849 anerkenne, weil doch der Prinzregent mit dem Schwert in der Hand die Reichsverfassung bekämpft habe und auch jetzt noch in der Armee die Siege über die Revolution gefeiert würden. Obwohl die „Wochenschrift“ für die Verfassung geworben hatte, mußte sie möglichst unbemerkt zum Rückzug blasen, wenn der Nationalverein nicht jeden Faden zu Preußen abschneiden wollte. Blutenden Herzens kam der Geschäftsführer Streit v. Rochau zu Hilfe, indem er ganz irrelevant an die Vereinsagenten die Frage richtete, inwieweit die Verfassung von 1849 in ihrer Umgebung lebendig sei, während es eigentlich darum ging, ob es praktisch sei, an die schon rechtlich bestehende Verfassung anzuknüpfen. Wenige antworteten, und die wenigen waren aufgrund der falschen Fragestellung geteilter Ansicht.⁴³ Aufgrund dieser Enquete wurde dann die Verfassungsfrage für nicht spruchreif erklärt, sowohl in der Zeitung wie auf der Generalversammlung. Solange die Neue Ära anhielt, konnte die Reichsverfassung nicht anerkannt werden, aber der wahre Grund durfte nicht verlautet werden. Sobald die Neue Ära durch die Ära Bismarck abgelöst worden war und der Faden zur preußischen Regierung (wenn auch nicht zum preußischen Abgeordnetenhaus) abreißen durfte, wurde die Reichsverfassung von 1849 als Rechtsboden anerkannt, wie so oft vorher in der „Wochenschrift“ und den Verhandlungen der Generalversammlungen. Nicht die

43 Streit benutzte seine Mitteilungen aus dem Nationalverein dazu, um gegen die Verfassung von 1849 Stimmung zu machen „aus praktischen Bedenken“, auf die er zurückzukommen versprach. Die überwiegende Mehrheit des Ausschusses sei deshalb gegen jeden Antrag in der Verfassungsfrage (WOCHENSCHRIFT Nr. 13 v. 27. 7. 1860, S. 104). Aus seiner späteren Haltung läßt sich schließen, daß er damals nicht bereit war, das Weiterbestehen der Neuen Ära zu gefährden. In Nr. 14 v. 3. August behandelt er dann die „Bedenken“, als seien sie praktischer Art, deutet aber die Gegnerschaft Preußens an. Er erwähnt seine Enquete über die Stimmung der Agenten des Nationalvereins nicht ausdrücklich, bezieht sich auf ihr nicht entscheidendes Ergebnis, ebd., S. 112. Siehe auch v. Bennigsen an v. Rochau, 12. 6. 1860 (H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 416–417) und v. Rochau an Streit, 7. 6. 1860 (H. ONCKEN, Briefe, 30/3, S. 84–86).

Anerkennung der Reichsverfassung stellt ein historisches Problem dar, sondern ihre verzögerte Anerkennung. Nicht einzelne Bestimmungen der Verfassung waren wichtig, sondern der legale Ansatz, den sie bot. Nach 1862 war sie von allen Liberalen als Rechtsboden anerkannt, und nicht um die Demokraten der 49er Bewegung wollte Bismarck mit der Annahme ihrer Grundprinzipien im Jahre 1866 werben, sondern um die Liberalen seiner Gegenwart, unter denen allerdings viele ehemalige Demokraten der 48er Bewegung waren.

Die Reichsverfassung stand für die „Wochenschrift“ zwischen der Einheitsfrage und der Freiheitsfrage, weil sie die Einheit als ein Abkommen zwischen der Zentralgewalt und dem Parlament sehen wollte und nicht als Diktat einer konstituierten Gewalt. Andererseits anerkannte sie mit ihr auch die Grundrechte und das demokratische Wahlgesetz, genau wie später die Generalversammlung von 1862. In einigen Freiheitsfragen setzte die „Wochenschrift“ die Akzente anders als 1849, so wenn sie von einer „Entfesselung“ sprach und „verkehrten Staatsmaximen“: Freiheit bedeutete für sie gesellschaftliche und wirtschaftliche Freiheit. Über diese liberalen und wirtschaftlichen Freiheiten konnte sich die „Wochenschrift“ freier und ausführlicher aussprechen als die Generalversammlung, die immer daran erinnert wurde, daß sie eine politische Partei vertrat. Was die Mitglieder des Ausschusses über die Freiheitsthemen dachten, würden wir nur wissen, wenn die Protokolle der Ausschußsitzungen nicht so lakonisch und allein auf die politischen Ergebnisse ausgerichtet gewesen wären. Wir dürfen aber annehmen, daß die Zeitung genau den Ansichten der Ausschußmitglieder entsprach, denn viele unter ihnen haben sich an der „Wochenschrift“ beteiligt. Diejenigen Themen, die neben dem freiheitlichen Aspekt einen politischen hatten, wurden in der „Wochenschrift“ und den Verhandlungen ausführlich angesprochen, so das Milizsystem, die Wehrbewegung, die Turnerei und die Freizügigkeit, auf die zurückzukommen sein wird. Diese Fragen haben den Nationalverein auch nach der Coburger Generalversammlung immer wieder beschäftigt, und auch in der „Wochenschrift“ haben sie als Dauerthemen ihren Platz gefunden.

Bis zur ersten Generalversammlung hielt sich die „Wochenschrift“ im Rahmen ihrer ersten Vorstellungen von der Konstituierung des deutschen Bürgertums über den Einzelstaat hinaus, und die Widerstände, denen sie sich bei der Zusammenfassung zu einer Nationalpartei von seiten der süddeutschen Demokraten und Partikularisten ausgesetzt sah, legten ihren Blick frei für eine nationale Gesamtschau der Problematik. Erst nachdem der Nationalverein ein politisches Programm angenommen hatte, das er vertreten konnte und das es ihm ermöglichte, den politischen Gegnern entgegenzutreten und Schwankende zu sich hinüberzuziehen, ging er an die theoretischen Grundlagen, ohne die keine Partei auskommen kann. Nicht daß es den wichtigsten Mitarbeitern der Zeitschrift wie v. Rochau, Lammers oder Nagel⁴⁴ an ideologischem Rüstzeug ge-

44 Die meisten Beiträge in der Wochenschrift erschienen anonym, aber lassen sich ohne Zweifel festlegen. Ich unterstelle, daß „R“ immer auf v. Rochau hinweist, „L“ auf Lammers und „N“ auf Nagel. Da diese drei während des Erscheinens der Wochenschrift (und nachher des Wochen-Blatts) immer wiederkehren, läßt sich ihre Identität einigermaßen sicher nach Themen, Auffassung, Inhalt der Korrespondenzen und Stil festlegen.

fehlt hätte, waren sie doch alle an den ideologischen Auseinandersetzungen während der Revolutionszeit beteiligt gewesen. Es gab einfach bis zur ersten Generalversammlung zu Coburg Vordringlicheres. Der Erfolg von Schulzes ideologischem Vortrag am ersten Abend der Coburger Generalversammlung⁴⁵ konnte der Redaktion des „Wochen-Blattes“ beweisen, daß eine wachsende Partei, deren Einfluß im Zunehmen begriffen ist, nicht ohne eine Theorie, die hinter ihrem Nationalismus steht, auskommen kann. Schulze hatte mit wohlklingenden Phrasen mehr die Probleme aufgezeigt, als daß er sie gelöst hätte. So hatte er sich für die Nationalität erklärt, es aber unterlassen, darauf hinzuweisen, daß seine Erklärung dieses Prinzips sich im Gegensatz zu ganz Europa befindet. Sein Nationsprinzip besagt nichts anderes, als daß Deutschland das Recht auf Einigung und Macht wie andere Weltmächte habe. Die Fragen, die aber an die „Wochenschrift“ herankamen, waren nicht durch vage Deklamationen zu beantworten, sondern hatten einer Weltanschauung zu entspringen, weil sie vernünftig auf die Ansprüche eines geeinten Deutschlands zu antworten hatten, sie hatten auf den Gegensatz von kleindeutsch und großdeutsch, auf Einheitsstaat oder Bundesstaat, auf Macht und Recht, auf Krieg und Frieden einzugehen.

Sobald der Nationalverein behauptete, mit der Einsetzung einer Zentralgewalt und einem mit ihr koordinierten Parlament ein politisches Programm zu besitzen, wurde er mit Fragen bestürmt, deren wichtigste war, wie sich dieses Programm zu dem Gebiet des ganzen Deutschen Bundes verhielt, von dem ein Teil in einen Gesamtstaat, nämlich Österreich, integriert war. Wenn zusammen mit dem Programm der Nationalverein auch beschloß, keinen Teil des bestehenden Bundes aufzugeben⁴⁶, ließen sich Fragen an ihn stellen, etwa, wie es sich mit dem Gebiet der Slawen verhielt, die als Böhmen zum Deutschen Bund gehörten, denen aber nach aller Voraussicht bald seitens Österreich eine nationale Autonomie zugestanden werden würde. Aktuell war dieses Problem der nationalen Selbständigkeit bei den Italienern, denen der Nationalverein Sympathie gezeigt hatte⁴⁷, die aber bald auf Welsch-Tirol, das von Italienern besiedelt war, Anspruch erhoben.

Und wie stand es mit den Polen in Posen und Westpreußen, Gebieten, die zwar aus politischen Gründen von ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Bund abgehalten wurden, deren deutsche Bevölkerung aber nach Deutschland strebte; die Polen in diesen Gebieten dagegen wollten nicht zum Deutschen Bund gehören, und ihre Ansprüche auf ihre Wiedervereinigung mit den russischen und österreichischen Polen stand im Hintergrund ihrer Gegnerschaft. Die ehemaligen Demokraten unter den Nationalvereinsmitgliedern hatten in ihrer Vergan-

45 VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 13 f.

46 Ebd., S. 15. Der Ausschußantrag, der zum Beschluß erhoben wurde: „Der Nationalverein gibt keinen Teil des deutschen Bundesgebietes auf. Er erkennt die deutschen Provinzen Österreichs als natürliche Bestandteile des Vaterlands und wird mit Freude den Augenblick begrüßen, welcher den Anschluß dieser Provinzen an das geeinigte Deutschland möglich macht.“

47 VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 58. Bennigsen verliest das Solidaritätsschreiben der italienischen Nationalgesellschaft v. 30. 8. 1860 als letzten Punkt der Tagesordnung. Die Antwort v. Bennigsens, die nach der Generalversammlung erfolgte, ist in Kleindruck und als Anmerkung zu den Verhandlungen auf derselben Seite abgedruckt.

genheit von einer Wiedervereinigung der Polen und einem gemeinsamen Krieg gegen Rußland geträumt. Es stimmt, v. Rochau hatte den Begriff „Realpolitik“ geprägt und viele seiner Mitarbeiter waren ihm gesinnungsmäßig gefolgt, aber sie dachten nicht, daß immer Macht vor Recht gehe. Sie dachten an eine Macht, die sich an Regeln hält, die die Geschichte vorschreibt: Nicht moralische Rechtsgedanken, sondern die Macht, die aus der Vergangenheit kommt, bestimmen das Leben der Völker, und die deutsche Geschichte glaubten sie zu kennen, nicht die Geschichte einer unnützen Kleinstaaterei, sondern die Geschichte des Ersten Reichs, die für sie erst mit der Erhebung gegen Napoleon zu Ende ging. Was nachher kam, war lebendige Geschichte, die wir Politik nennen, die Taten derer, die Deutschland wieder groß machen wollten und den Zwerggebilden, die dieser Napoleon zur Herrschaft gebracht hatte um Deutschland zu zerstören, den Kampf ansagten. Ihr Verhältnis zu Österreich war ein gebrochenes: Es war ein deutscher Staat, aber seine nichtdeutschen Völker, statt sich der deutschen Herrschaft zu unterwerfen, schickten sich an, diesen Staat zu beherrschen. Wegen dieser unsicheren Stellung konnte Österreich nicht der Mittelpunkt eines deutschen Staates sein, sondern nur am Rand. Deswegen hingen sie an der Vorstellung eines engeren Bundes deutscher Staaten und eines weiteren Bundes, der auch Österreich umschloß, wie Preußen ihn im Jahre 1850 zu verwirklichen versuchte. Sie waren kleindeutsch, aber doch nur in dem Sinn, daß die Einigung ohne Österreich vollendet werden sollte, aber nachher hatte der gesamte Raum eines großen Österreich der deutschen Macht zur Verfügung zu stehen. Wenn sie sagten, daß sie auf keinen Fußbreit Boden des Deutschen Bundes verzichteten, war es ihnen ernst damit. Sie waren gegen die Großdeutschen, weil viele von ihnen unter der großdeutschen Firma eine straffe Einigung durch Einsetzung einer Zentralmacht verhindern wollten, um ihren Sonderstaat zu retten. Als Österreich wegen der italienischen Bewegung seine deutschen Truppen aus den Bundesfestungen abziehen mußte und stattdessen italienische und slawische Truppen einquartierte, schwiegen die Großdeutschen; die „Wochenschrift“ aber protestierte laut.⁴⁸ Großdeutsche bezweifelten, ob Preußen bereit sein werde, den Oberrhein mit der gleichen Energie zu verteidigen wie den Niederrhein, aber von Österreich nahmen sie an, daß es Süddeutschland zu verteidigen bereit sei, um den Weg nach Wien zu versperren. Die „Wochenschrift“ wies immer wieder darauf hin, wie uninteressiert die Wiener an einer deutschen Einigung seien. Oft wurde nicht nur behauptet, daß die Deutschen Österreichs ihren Gewinn aus der Beherrschung der anderen Völker zögen, sondern daß das geradezu ihre historische Mission sei, die dereinst einem deutschen Machtstaat zugute kommen würde. Kleindeutsch war kein Verzichtdeutsch; Kleindeutsch war eine politische Taktik, um den Machtstaat der Zukunft auf die Beine zu stellen.

Territoriale Ansprüche aufgrund der Geschichte gelten heutzutage für ebenso abwegig, wie sie seinerzeit für ein endgültiges Argument galten. Wir wollen sie heute nicht mehr als Argument bestätigen, aber wir müssen ihre angebliche Beweiskraft im Auge behalten; denn die Geschichtsschreiber des 19. Jahrhun-

48 WOCHEN-BLATT Nr. 27 v. 2. 11. 1860, S. 215: „Die italienische Besatzung der deutschen Bundesfestungen“.

derts hingen an ihr und erforschten ihretwegen die Vergangenheit. Anhand der Geschichte des ersten Reiches und der Hanse bewiesen sie sich ihre Ansprüche. An der „Wochenschrift“ haben sich viele Historiker beteiligt, und sie haben sich nicht beteiligt wie Kaufleute und Architekten als Private sondern als Gewährsmänner. Daß der Reichsapfel von Geschlecht zu Geschlecht durch eigenes Verschulden immer kleiner geworden ist, wußten Liberale wie Demokraten. Daß Burgund, die Lombardei, die Schweiz und die Niederlande einmal deutsch waren, glaubten alle. Daß Kurland und Livland zu Deutschland gehören, war Gemeingut; daß dort, und zwar in allen Ländern, jetzt Völker lebten, die nichts mit Deutschland zu tun haben wollten, konnten sie aus der Geschichte, wie sie sie behandelten, weder lehren noch lernen.

Die Gleichsetzung von deutscher Herrschaft mit deutschem Volk erscheint uns unwissenschaftlich und dem kritischen Auge primitiv, aber ein Element, das auch heute noch wirksam ist, macht dieses Phänomen verständlich, und das ist die erstaunliche Erscheinung der Eindeutschung fremder und besonders slawischer Elemente, die Hand in Hand mit der deutschen Ostkolonisation ging. Man wußte, daß ohne diese Assimilationskraft es nicht nur östlich der Oder keine Deutschen geben würde, sondern selbst östlich der Weser: Eine fast mythisch erscheinende deutsche Ostbewegung hatte heute sog. kerndeutsche Gebiete den Slawen entrissen. Man unterstellte, daß deutsche Herrschaft in Verbindung mit deutscher Kolonisation dieses Wunder vollbracht hätten, und man sah keinen Grund, warum das Talent der Deutschen, andere Völker zu assimilieren, aufhören sollte zu wirken. Warum sollte der ganze Balkan nicht eingedeutscht werden; warum sollten durch die Emigration Deutscher gewisse Gebiete in Übersee nicht deutsch werden? Wenn man deutsche Herrschaft, deutsche Kolonisation und deutsche Hanse zusammenfaßte, konnte man von einer deutschen Weltmacht zu See und zu Land träumen. Eine derartige „deutsche Ideologie“ beherrschte die „Wochenschrift“ unter der abwegigen Losung der „Realpolitik“, die uns heute am Ende des 20. Jahrhunderts aufgrund unserer weiteren Erfahrung mehr absurd als real vorkommt. Jedenfalls hat die historische Kritik diese Ideologie hinter der harmlos scheinenden Losung der Einheit militärischer und außenpolitischer Gewalt in einer Hand zu sehen⁴⁹, wie sie der Nationalverein verlangte. Die „Wochenschrift“ hat die weitgehende Absicht dieser Forderung transparent gemacht.

Während gegenüber den österreichischen Gebieten und der Übersee Expansionsvorstellungen wirklich nur „Ideologie“ waren und als vorzeitig noch nicht beachtet zu werden brauchen, darf die systematische und intensive Behandlung der preußischen Ostprovinzen in der „Wochenschrift“ wegen ihrer sofortigen Folgen nicht übersehen werden.

Die preußischen Ostprovinzen waren im Revolutionsjahr dem Deutschen Bund angegliedert, aber in den Reaktionsjahren wieder ausgegliedert worden, um Preußen als europäischer Großmacht, genau wie Österreich, vom Deutschen Bund unabhängige Provinzen zu verschaffen. Den Polen kam das sehr

49 Bestätigter Ausschlußantrag Coburg I: Zu den Befugnissen der Zentralgewalt gehört vor allem die militärische Obergewalt und die ausschließliche Vertretung gegenüber dem Ausland (VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 15).

gelegen. Sie waren zwar preußische Untertanen, aber wollten nichts mit Deutschland zu tun haben. Dem deutschen Element im östlichen Preußen wurde diese Ausgliederung mit dem Erstarken der deutschen Bewegung bewußter und es lag ihm daran, mit *deutschen* Argumenten die Polen zu bekämpfen und nicht mit spezifisch preußischen: Es ging um mehr als um die deutsche Sprache allein, für deren Erstarkung sich auch die preußische Bürokratie einsetzte.

Für diese Nationaldeutschen kam nun der Nationalverein sehr gelegen. Preußen hatten sich nur in den Westprovinzen und in Berlin in größeren Zahlen dem Verein angeschlossen; jetzt bot sich auch das ostelbische Preußen als Rekrutierungsfeld an. Namen wie Forckenbeck, Hoverbeck und Johann Jacoby kamen nun nach vorn. Der Kampf *für* die Deutschheit, der auch ein Kampf *gegen* das vordringende Polentum war, spiegelt sich mehr und mehr in der „Wochenschrift“.⁵⁰ Wenn die ersten Mitglieder aus dem Lager der radikalen Liberalen und Demokraten kamen (wie auch im Rheinland und Westfalen), trat nun ein entschieden nationalistisches bürgerliches Element hinzu. Der Nationalverein nahm in diesen Regionen Kampfmethoden vorweg, die erst im Kaiserreich anerkannt wurden. Die preußische Bürokratie mußte häufig ungewollt mittun. Der gegen die Slawen gerichtete aggressive Nationalismus im Nationalverein nahm von Jahr zu Jahr zu.⁵¹ Als noch viele ehemalige Demokraten in Mittel- und Süddeutschland den polnischen Aufstand (1863) unterstützten und die antipolnischen Maßnahmen Bismarcks bekämpften, kam die antipolnische Haltung der Nationaldeutschen im östlichen Preußen in der „Wochenschrift“ zu unmißverständlichem Ausdruck. Jacoby, der als authentischer Sprecher aller Liberalen im östlichen Preußen anerkannt war, seitdem er die Einlösung des Verfassungsversprechens vom König gefordert hatte (1841), endete nach Königgrätz als isolierte Person, die sich aus demokratischem Protest der Sozialdemokratie anschloß. Jahrelange Mitstreiter Jacobys für die Demokratie schlossen sich aus „deutscher Ideologie“, die hier antipolnische Akzente setzte, Bismarck an.

Wer die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert vor Augen hat, weiß, daß die „deutsche Ideologie“, wie sie die „Wochenschrift“ unentwegt darstellte, in das allgemeine Volksbewußtsein eindrang, aber ein Element dieser Ideologie ist uns heute weniger verständlich, weil es, obwohl auch im 20. Jahrhundert vor-

50 Mittelpunkt der Agitation des Nationalvereins in den deutsch-polnischen Gebieten war Bromberg. Erich Kattner war der Organisator und der rührige Berichterstatter. Schulze-Delitzsch gab bei seinem Besuch die Richtlinien für die Agitation. Nach seinem Besuch kam die außerordentlich hohe Vertretung des umkämpften Gebietes zustande. Auf der 4. Generalversammlung wies der Königsberger Falkson auf die Sonderstellung der östlichen Grenzgebiete hin (VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 17 f.). Ein besonderer Antrag von Gröning und Genossen forderte die Teilnahme der nicht zum Bunde gehörigen Provinzen (ebd., S. 13). Die Erregung hängt natürlich mit dem polnischen Aufstand und der preußisch-russischen Alvensleben-Konvention zusammen.

51 Antipolnische Töne schlug EK (Erich Kattner) in seinem Beitrag („Herr Johann Metzsig vor einem deutschen Richterstuhl“) in der Wochenschrift an (Nr. 43 v. 22. 2. 1861, S. 358 f.): Östlich von Kalisch kann Polen wiederhergestellt werden, aber jedes Gerede westlich davon ist Landesverrat in den Augen der Posener. In ruhigem Ton, aber sachlich gegen die Ansprüche der Polen in Posen gerichtet, ist eine Zuschrift in Nr. 44 v. 1. 3. 1861 gehalten, „Posensche Verhältnisse“ (ebd., S. 366 f.). In Nr. 53 desselben Jahrgangs befinden sich nacheinander zwei antislawische Beiträge: „Der Niegolewskische Antrag“ (S. 435 f.), „Der Nationalitätenkampf in Böhmen“ (S. 436 f.).

handen, doch abgeschwächt bestand, und das ist ihr protestantisch-kulturkämpferischer Aspekt. Wir sind erstaunt, den Kampf gegen den sogenannten Ultramontanismus so vordergründig in der „Wochenschrift“ propagiert zu sehen. Im Anfang scheinen die Agitatoren in das Zeitalter der religiösen Auseinandersetzungen des 17. Jahrhunderts versetzt, dann aber wird es auch den publizistischen Wortführern immer klarer, daß eine nationale Partei keine Katholiken als Anhänger einer Religionsgemeinschaft ausschließen darf, desto mehr aber jede katholische Politik verurteilen kann, selbst wenn sie eigene Volksangehörige, sicherlich aber, wenn sie das katholische Ausland betrifft.⁵² Man darf zum Beispiel das Konkordat Badens angreifen, das ein protestantischer Fürst zugunsten zwei Drittel seiner katholischen Untertanen eingeht. Sicherlich aber darf man ein intolerantes katholisches Österreich verurteilen, besonders wenn man mehr die Intoleranz als die Konfession selbst behandelt. Auch darf man die Katholiken West- und Süddeutschlands wegen ihrer großdeutschen-proösterreichischen Sympathien angreifen: Sie wollen einen österreichischen Kaiser, weil er Katholik ist, statt dem effektiveren protestantischen preußischen König. Wenn ein Württemberger und Liberaler dem Nationalverein nicht beitrifft und Katholik ist, wird er einfach als „ultramontan“ angeprangert, und man ist von jeder sachlichen Auseinandersetzung befreit. Diese Zweckargumentation wird dauernd zur Befestigung nationaler Positionen gebraucht, wie gegenüber den feindlichen Polen oder den Franzosen. Die Italiener sind alle katholisch, aber das wird nie hervorgehoben; hervorgehoben wird die weltliche Herrschaft des Papstes in Italien, die sich erhält, weil die katholischen Franzosen und die ultramontanen Österreicher ihn stützen. Man möchte Garibaldi Rom erobern lassen, damit Welsch-Tirol sicher in deutschen Händen bleibt. Diese Zweckargumentation schuf ein Klima des Kulturkampfes noch vor der Reichsgründung und dem offiziellen Kulturkampf. Diese Kulturkampfstimmung war allen gemeinsam, die irgendwie mit dem Nationalverein in Verbindung zu bringen sind, also Rechts- und Linksliberale, Demokraten und Sozialisten. Für viele war der Weg über den Anti-Ultramontanismus der Weg ins Kaiserreich.⁵³

Es soll nicht behauptet werden, daß das, was hier als „deutsche Ideologie“ bezeichnet wird, vom Nationalverein erfunden und in Umlauf gesetzt worden wäre. Die deutsche Ideologie hat seit den Kriegen gegen Napoleon eine lange Geschichte in Büchern und Zeitungen; hier wird nur behauptet, daß so konzentriert und über Jahre politischer Erregung hinaus keine Zeitung es unternommen hat, diese deutsche Ideologie anhaltend zu vertreten.

Es wird in der Literatur oft kritisiert, daß die „Wochenschrift“ anspruchsvoll und nicht populär gewesen sei, aber der Bürger, für den die Zeitung geschrieben war, wollte wohlklingende Sätze, die nicht nur darstellten, sondern auch zu

52 Bei der Beratung der Flugblätteragitation im Ausschuß des Nationalvereins war die ausführliche Behandlung des Ultramontanismus vorgesehen, aber die Gründung einer Wochenschrift vorgezogen worden. Die Zeitung entsprach obigem Punkt mit dem Beitrag „Die Konkordatspolitik in Deutschland“ in Nr. 30 v. 23. 11. 1860, S. 234.

53 Man kann Nagel, Lammers, Miquel und v. Bennigsen als Vertreter eines aggressiven Protestantismus bezeichnen, die unter sich ihre protestantische Haltung ausmachten, besonders in der letzten Phase des Bestehens des Nationalvereins. Bennigsen schlug in der Abschiedsrede vom Nationalverein in Kassel 1867 direkt kulturkämpferische Töne an.

begründen schienen. Das bot ihm die „Wochenschrift“, wo er den Inhalt von Treitschkes politischen Aufsätzen zu Gesicht bekam, die für ihn in den esoterischen Zeitschriften, wie den Preußischen Jahrbüchern, unerreichbar waren. Wenn wir fragen, wo die deutsche Ideologie, die im Kaiserreich allen Gebildeten gemeinsam war, ihre Wurzel hatte, sollte man nicht nur an äußere politische Ereignisse und militärische Siege denken (aus denen eine abgerundete Ideologie nicht entstehen konnte) und nicht an anspruchsvolle Werke, sondern an Zeitungen wie die „Wochenschrift“.

Man spricht gern davon, daß die „Wochenschrift“ über 5 000 Abonnenten nicht hinausgekommen sei, und das ist eine Tatsache. Aber ist das für eine Zeitung, die nur der Verbreitung einer Idee gewidmet ist, wirklich wenig? Ziehen wir die Zeitungen in Betracht, die außer der „Wochenschrift“ als Ersatz für das verbotene Original angeboten wurden und die außer kleinen zensurtechnischen Abänderungen ganz den gleichen Inhalt hatten⁵⁴, so kommen wir zu einer eindrucksvollen ideologischen Offensive der Zeitungen des Nationalvereins, die mehr als fünf Jahre anhielt.

Wenn wir nun fragen, wie konnte der Nationalverein es sich erlauben, eine anti-ultramontane Ideologie zu verbreiten, wo er doch Katholiken (selbst dem Statut nach) gar nicht abweisen konnte und wollte, so müssen wir „realpolitisch“ sehen, wie es dem Chefredakteur v. Rochau entsprach: Die wenigen Juden im Verein⁵⁵ (und doch ihrem Bevölkerungsanteil nach sehr viele) waren kein Problem, da sie aus ihrem Judentum keinerlei politische Konsequenzen zogen und sich der Verdammung katholischer Intoleranz gern anschlossen. Außerdem bildeten die Juden sich ein, daß der Protestantismus irgendwie dem Judentum näher stünde als dem Katholizismus, und daß das Reformjudentum sich auf den Protestantismus hin entwickele. Gläubige Katholiken hielten sich vom Nationalverein fern, und nicht nur wegen ihres Glaubens. Einfach, in eindeutig katholischen Gegenden hat es der Verein nie unternommen, Anhänger zu werben, sogar in Norddeutschland nicht und erst recht nicht in Süddeutschland. Baden war im Süden katholisch, aber die Nationalvereinsmetropolen in Baden, Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim und Heidelberg, waren im protestan-

54 Von den Ersatzzeitungen, die der Nationalverein für Preußen herstellte, behandelt die Literatur nur die 1863 (von April bis Dezember) erschienene „Ära“, übersieht aber die „Zwanglosen Blätter aus dem deutschen Nationalverein“, die ohne Datum in 26 Ausgaben erschienen. Der Vergleich mit der Wochenschrift läßt es als gesichert annehmen, daß sie nur durch die Post bezogen werden konnten.

55 Die Partikularstaaten, denen die Juden loyal gegenüberstanden (von wenigen Außenseitern abgesehen), waren alle religiös gebunden; volle Emanzipation war von ihnen nicht zu erwarten. Nur der neue Nationalstaat eröffnete Aussicht auf Vollemanzipation, da er nicht konfessionell gebunden sein würde. Bei aller Vorliebe für den Protestantismus gab es kein Anzeichen dafür, daß der Nationalverein einen konfessionell gebundenen Bundesstaat fördern würde. Die beste Garantie dafür war, kein Emanzipationsproblem der deutschen Juden zu kennen, jüdische Antezedenzen von Täuflingen (wie bei Metz oder Braunfels) nie zu erwähnen, bei praktizierenden Juden nie darauf hinzuweisen (wie bei Hochberger oder Eduard Pfeiffer), im ganzen sich ihnen gegenüber so zu verhalten wie gegenüber ehemaligen Kommunisten wie Miquel und Bürgers oder gegenüber Sozialisten wie Lüning und Bamberger. Auf die antijüdischen Gedanken, die in dem Manuskriptbrief von Orges an Bennigsen das deutsche Reich der Zukunft betrafen, scheint letzterer nicht eingegangen zu sein. Antisemitische Bemerkungen im Zusammenhang mit dem Nationalverein blieben den feindlichen Blättern vorbehalten, wie etwa dem Volksfreund für das Mittlere Deutschland.

tischen Norden. Altbayern war katholisch, und die Stützpunkte des Nationalvereins lagen im protestantischen Neubayern (Neuerwerbungen infolge der Rheinbundpolitik), in Erlangen, Nürnberg und Fürth.⁵⁶ Württemberg war hauptsächlich protestantisch und wurde andauernd umworben, und wenn das wenig Erfolg hatte, so lag das nicht an der Religion, sondern an der Politik.

So entsprach die deutsche Ideologie der Mitgliedschaft auch in ihrem kulturkämpferischen Aspekt. Für die Mitglieder des Nationalvereins war der Anschluß an ein protestantisches Preußen kein Problem, wenn sie sich nicht aus politischen Gründen dem widersetzen.

Der Normalbürger des Nationalvereins war nationaldeutscher Protestant. Wer nur auf seinen wirtschaftlichen Erfolg sah, blieb dem Nationalverein fern, wie die meisten Großindustriellen, und ließ seine Interessen durch die Handelskammern seines Staates vertreten, besonders in Preußen. Das Normalmitglied betätigte sich in bürgerlichen Berufen, auch wenn es sich in offiziellen Listen von Versammlungen und Tagungen als Handarbeiter in einem Beruf angab, den es früher einmal ausgeübt hatte⁵⁷: Das war eine Geste des Aufsteigers oder eine Verbeugung vor Handarbeitern, um ihr Vertrauen zu erwecken. Der Nationalverein war nicht eine Vertretung des deutschen Bürgertums allgemein, sondern die politische Vertretung einer Elite, auf die sich auch unorganisierte Bürger verlassen konnten, weil sie deren Anschauungen nahestanden. Für diese Elite war die „Wochenschrift“ bestimmt, und sie hat die „Wochenschrift“ sozialisiert.

A. v. Rochau saß in Heidelberg; die Zeitung wurde in Coburg herausgegeben und unterlag auch dort den Bestimmungen der Behörden. Für sie war in letzter Instanz Streit als Geschäftsführer verantwortlich. Rochau machte Anstalten, dorthin zu ziehen, blieb aber in Heidelberg. Dort an der Universität waren seine Gesinnungsgenossen, die Geschichtsideologen mit Häußler an der Spitze. Dort war es leicht, nach der Metropole Frankfurt und nach dem Mittelrhein Beziehungen aufzunehmen. All das fehlte der Residenzkleinstadt Coburg. Ihr einziger Vorzug war, einem Fürsten zu unterstehen, der mit dem Nationalverein sympathisierte, wie manche glaubten, weil er hoffte, die Rolle eines Vittorio Emanuele zu spielen.⁵⁸ Zur Herausgabe der Zeitung wurde Streit der konserva-

56 Siehe TH. SCHIEDER, *Kleindeutsche Partei*, 1936, besonders Kapitel 1 und 2. Als Gruppe, die im bayerischen Parlament kämpfte, war sie föderativ propreußisch, aber für das Programm von 1860 in seinem vollem Umfang, nicht verkürzt als alleinige preußische Vorherrschaft. Ihr Führer Brater kann als der zweite Mann nach v. Bennigsen entsprechend seiner entscheidend wichtigen Rolle auf den Generalversammlungen gelten. Er war immer als Alternative zu Streit als Geschäftsführer ausersehen und sollte dessen Amt auch übernehmen als Folge der Beschlüsse auf der vierten Generalversammlung (1864), wurde aber durch seinen Gesundheitszustand daran gehindert. Brater forderte auch die Fortführung des Nationalvereins nach Königgrätz, als der Rumpf die passende Fortführung in der Nationalliberalen Fraktion in Preußen und im Norddeutschen Reich sah. Die *Wochenschrift der Fortschrittspartei* in Bayern ist Ton und Inhalt nach sehr vom *Wochen-Blatt v. Rochaus* unterschieden. Sie hatte auch den radikalen volksparteiichen Flügel um Crämer v. Doos in Nürnberg und Fürth zu berücksichtigen, von dem sie sich nicht auf die Dauer trennen wollte, und ebenso den Pfälzisch-Großdeutschen.

57 Der Redakteur der *Arbeiterzeitung* v. Ecker ließ sich als Landwirt führen, Leschmann als Portefeuillearbeiter, Dolge in Leipzig als Pianoforte-Arbeiter, Hochberger als Arbeiter.

58 Die Aufnahme der Beziehungen zu dem Garibaldischen Stabschef Rüstow durch seinen Sekretär Bollmann im Frühjahr 1861 über seine national-patriotische Demonstration auf

tive Nagel zugeordnet, den er bald durch den linken Demokraten Schweigert⁵⁹ ersetzte, mit dessen Hilfe er auch 1864 eine *Wehrzeitung* herausgeben konnte, weil dieser ein ausgebildeter Offizier war.

Zwischen Streit, der auf das Vertrauen der Demokraten bauen konnte, und v. Rochau, der der Vertrauensmann der Rechten war, entspann sich bald ein Tauziehen, das sowohl ideologisch wie persönlich begründet war. Der uneingeweihte Leser konnte das Spannungsverhältnis aus redaktionellen Anweisungen entnehmen, Manuskripte nach Heidelberg zu schicken, aber Berichte nur nach Coburg⁶⁰: Streit behielt sich die Rubrik der Zeitung über Vereinsnachrichten vor mit der ausgesprochenen Bedingung, daß diese immer ohne redaktionelle Eingriffe veröffentlicht werden würden. Das war wichtig, weil Streit oft unter der Decke von Vereinsnachrichten Meinungen und Ansichten zur Kenntnis der Vereinsgenossen brachte, die im redaktionellen Teil streng unterdrückt oder zumindest mit redaktionellen Anmerkungen versehen worden wären. Besonders wurde das bemerkbar, nachdem Streit dem Rückkehrer aus Amerika, Gustav v. Struve, in seinen Zeitungen Asyl gewährte und diesem auch die Spalten der „Wochenschrift“ öffnen wollte.⁶¹ Längere Zeit legte er der „Wochenschrift“ auch seine „Arbeiterzeitung“ und seine „Wehrzeitung“ bei⁶², wobei bei der „Arbeiterzeitung“ störte, daß schon im Titel die Arbeiter als besonderer Stand⁶³ (oder Klasse) angesprochen wurden, was der Freihandelslehre, wie sie in der

dem Frankfurter Schützenfest und dem halblegalen Eintreten für den Prätendenten Friedrich v. Augstenburg als Herzog v. Schleswig-Holstein bildet eine einheitliche Linie, zu der die gleichzeitige Armee-Konvention mit Preußen nicht paßt. Siehe dazu H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 534, Anm. 1.

59 Rüstow sagt beiläufig, daß die Anstellung Schweigerts bei Streit im Jahre 1861 sein Werk war (P. WIEDE, 1958, S. 375, Anm. 168).

60 Die erste Anzeige in der Wochenschrift, die noch rein sachlich angesehen werden konnte in Nr. 7 v. 13. 6. 1860, S. 56; die andauernden Hinweise darauf nicht mehr.

61 Die Zusammenarbeit mit Gustav Struve, dessen „von“ ehrenhalber ausgelassen wurde, begann mit einer unschuldigen Anzeige von dessen „Diesseits und Jenseits des Ozeans“, das im Verlag Streits erschienen war (WOCHENSCHRIFT Nr. 175 v. 3. 9. 1863). In Nr. 178 v. 24. September erschien dann ein Auszug aus v. Struves Werk „Forderungen der deutschen Nation“ (S. 1 504), das das volksparteiliche Programm der Opposition für die kommende Generalversammlung andeutete. Struve wollte aus der Entwicklung Amerikas die Konsequenzen für Deutschland ziehen, und hatte damit den Streitkreis überzeugt, wie sich aus der Haltung der Arbeiterzeitung, die als formell unabhängige Zeitung frei auftreten konnte, klar ersichtlich ist. Das Programm der Streit-Struve Gruppe wäre demnach: Einheitliche Zentralgewalt, deutsches Parlament unter Anerkennung der rechtlich bestehenden Reichsverfassung von 1849. Klar ist, daß Streit seine Vereinsrubrik für die Agitation der Opposition widerrechtlich eingesetzt hatte. Seine Absetzung war nur eine Frage der Zeit. In Nr. 179 v. 1. 10. 1863 versucht Streit (mit persönlicher Namensnennung seine Haltung persönlich und sachlich zu rechtfertigen (ebd., S. 1 515 f.). Bei der Gelegenheit meldet er auch taktische Forderung einer volksparteilichen Opposition an, wie ein soziales Programm, eine volkstümliche Tageszeitung, die Bereitstellung der Flottengelder für Wehrvereine und Rückforderung von Preußen der schon abgelieferten Flottengelder in Höhe von 80 000 Tl.

62 Streit ließ zunächst die Arbeiterzeitung nur den Ausschußmitgliedern zukommen; mit Nr. 179 legte er sie als „Beilage“ allen Abonnenten der Wochenschrift bei. Weil er die Expedition der Zeitung beherrschte, konnte er das trotz der Proteste v. Rochaus durchführen, so oft er das passend für seine Zwecke fand. Mit der Wehrzeitung hielt es Streit ab Januar 1864 ähnlich.

63 Der erste Name der Zeitung (Coburger Arbeiterzeitung) war unverfänglich; der ab Nr. 16 umgeänderte Name (Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung) war verdächtig, worauf Schulze-Delitzsch anspielte, wenn er sagte, daß die Arbeiterzeitung etwas zu stark an Lassalle anklängt. Die Freihandelschule lehrte in den vielen Vorträgen in den Bildungsvereinen, daß

„Wochenschrift“ gelehrt wurde, widersprach, und die „Wehrzeitung“ abzulehnen war, weil sie die Wehrbewegung nicht als Mittel zur Verstärkung des Militärs und Abkürzung der Dienstzeit ansah, sondern als Mittel zur Hebung der Wehrtüchtigkeit des ganzen Volkes zu undefinierten Zwecken, wie die radikalsten Demokraten.

Auch ohne Kenntnis der Vorstands- und Ausschußprotokolle, die wegen ihrer Kürze und beabsichtigten unklaren Ausdrucksweise wenig aussagten, konnte der Leser mühelos aus den Spalten seiner Zeitung die Gegensätze in der politischen Auffassung von Heidelberg und Coburg feststellen. Besonders kam das während der vielwöchigen Reisen v. Rochaus (meist zu Erholungszwecken) zum Vorschein, wenn Streit offiziell die Redaktion übernahm⁶⁴ und dann Nummern erschienen, die zwar kein Wort enthielten, das nicht durch offizielle Beschlüsse gedeckt war, aber sie so anders interpretierte, daß daraus etwas wurde, was v. Rochau nie ahnen ließ. Dagegen konnte v. Rochau nur protestieren (wie es geschah) und eine Umorganisation der Redaktion vorschlagen, die Streit ausschaltete. Auf der 5. Generalversammlung zu Eisenach am 31. Oktober 1864 kam sein Protest in der Form eines Ausschußantrags zur Sprache⁶⁵ und wurde dort, wie es die Regel war, ohne Änderung bestätigt, denn die Vereinsmitglieder konnten den wirklichen Inhalt der Änderungen nicht verstehen. Sie mochten meinen, daß es sich um eine bessere Organisation der Publikation handele und um größere Beaufsichtigung der Redaktion. Die Tatsache aber, daß v. Rochau zu den Vorschlägen ausführlich sprach, während der ebenfalls anwesende Streit schwieg, hätte die Leute stutzig machen sollen.⁶⁶ Streits Schweigen erklärt sich am besten daraus, daß der auf seine Stelle als Geschäftsführer schon im voraus verzichtet hatte und deshalb an einem weiteren Einfluß auf das Organ nicht interessiert war. Vor Jahresende wurde auch das allgemein bekannt; die Ausschußmitglieder aber wußten das schon während der Generalversammlung.⁶⁷

alle Arbeiter seien (außer den Feudalen, die nicht zu beachten waren); eine allgemeine Arbeiterzeitung deutete auf allgemeine Interessen hin, und das war zu vermeiden, da auch Zunftinteressen eines „Standes“ zu vermeiden waren, nachdem die Konservativen seit 1862 in Weimar um die Zünftler warben. Die Arbeiterzeitung hat mühelos den Übergang zur allgemeinen Arbeiterlage in der Gesellschaft, die als Klassenbewußtsein anzusprechen ist, in den Jahren 1865/66 vollzogen, als sie unter Einfluß von Langes Arbeiterfrage (1865) kam.

64 Eine solche Notiz erschien in Nr. 170 v. 2. 8. 1863, bezieht sich aber auch auf die vorgehende Nummer, in der „die verantwortliche Redaktion“ eine Kontroverse über die Erklärung der Hanauer Turngemeinde mit der in Leipzig unter der Redaktion von G. Hirth stehenden Deutschen Turnzeitung führte. Erst mit Nr. 175 v. 3. September nimmt v. Rochau seine Tätigkeit wieder auf.

65 Siehe VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 26.

66 Ebd., S.39–41.

67 Die Vorstandssitzung v. 14. 2. 1864 beschloß laut gedrucktem Protokoll (S. 24 f.), „eine Pauschalentschädigung von im ganzen 6 000 Gulden rhn. mittelst schriftlicher Circularumfrage bei dem Verein zu beantragen“, worauf Ladenburg am 2. März positiv (wie viele andere) reagiert, aber seiner Meinung Ausdruck gibt: „Ein Personenwechsel bezüglich der Geschäftsführung scheint mir geboten [...] Brater scheint mir die geeignete Persönlichkeit, die Geschäftsführung zu übernehmen.“ (Nachlaß Streit, München). In der Ausschußsitzung v. 2. November spricht sich Streit für eine kollegiale Arbeit in Coburg aus, an der v. Rochau und Nagel für die Vereinszeitung und Brater und er selber für die Vereinsleitung zuständig sein sollten, er „anderenfalls sich seine Entschließung der Geschäftsführung vorbehalten müsse“: Werde die Redaktion verlegt, bittet er auch die Geschäftsführung zu verlegen und ihn von ihr zu entbinden. Er könne jedenfalls nicht von Coburg weg. Handschriftliches Protokoll im Nachlaß Streit (München).

Der aufgrund der Beschwerden v. Rochaus zustande gekommene Ausschlußantrag beschloß die Weiterführung des Vereinsorgans „in der Form, welche für dessen Bestehen durch die jeweiligen Preßverhältnisse bedingt sind“⁶⁸, die Fortsetzung der Tätigkeit durch Flugblätter, Broschüren und durch eine lithographische Korrespondenz (die erst in der Nachfolgeorganisation der nationalliberalen Partei zustande kam). Der Zweck des Ausschlußantrages war im ersten Paragraphen ausgedrückt: „Die Redaktion, Herausgabe und der Druck des Blattes werden künftig an einem Ort vereinigt“⁶⁹, und damit hatte v. Rochau sein Ziel erreicht. Sein lauer Protest wegen der Ernennung eines Komitees von Ausschlußmitgliedern, „welche mit dem gewählten Orte in naher lokaler Beziehung stehen“, zwecks Überwachung der Redaktion, um Abweichungen von Beschlüssen des Vereins und seiner Grundsätze zu vermeiden⁷⁰, lenkte von seiner wahren Absicht ab, Streit unter dem Vorwand von Vereinfachung des Apparats auszuschalten, denn der Ausschluß hatte auch bis jetzt immer seine in der Nähe wohnenden Mitglieder mit allen Geschäften beauftragt, die an bestimmte Orte gebunden waren, und das Recht der Überwachung der Redaktionstätigkeit hatte er immer schon besessen und behielt es sich auf jetzt ausdrücklich vor („vorbehaltlich seiner Oberleitung“). Es hatte sich also nichts geändert und nur der Schein einer effektiveren Kontrolle war durch den Beschluß erweckt worden. Der Ausschluß sollte aber ermächtigt werden, Redaktion, Druck und Herausgabe der Zeitung zu verlegen, und v. Rochau würde als der vorgesehene Redakteur einfach durch die Weigerung, seine Wohnung in Coburg zu nehmen, der entscheidende Mann werden. Streit dagegen war durch die Entziehung des Druckes der Zeitung in seinem Verlag (wie bis jetzt) finanziell ruiniert. Rochau erreichte aber mehr, er erzielte auch den Rücktritt Streits von der Leitung der Geschäfte des Vereins, denn wegen seiner Einflußnahme auf die Gestaltung der Zeitung hatte er in seiner Stellung als Geschäftsleiter ausgeharrt, obwohl er sich mehr als andere Demokraten von der „gothaischen“ Linie seiner Kollegen in Ausschluß und Vorstand entfernt hatte. Deshalb trat er zugleich mit der Teilnahme an der Redaktion auch die Geschäftsführung an Lorenz Nagel ab, der während der ersten Zeit im Nationalverein ihm unterstellt war.⁷¹ Er paßte ideal

68 VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 26.

69 Ebd.

70 Ebd. Absatz 2 des Ausschlußantrags, der unverändert angenommen wurde, lautet: „Der Ausschluß des Nationalvereins stellt, vorbehaltlich seiner Oberleitung, einige seiner Mitglieder, welche mit dem gewählten Orte in naher, lokaler Beziehung stehen, der Redaktion als Komitee mit der Aufgabe zur Seite, die politische Haltung des Blattes, innerhalb der durch Statut und Programm oder sonstige Beschlüsse des Vereins vorgezeichneten Richtung zu überwachen.“

71 Die Vorstandssitzung v. 16. 1. 1865 kooptierte Nagel in Vorstand und Ausschluß, v. Rochau und Siegmund Müller/Frankfurt, die schon Ausschlußmitglieder waren, nunmehr auch in den Vorstand. (Gedrucktes Protokoll, S. 29–30). Zu Beginn der Sitzung hatte v. Rochau erklärt, nicht nach Coburg umzuziehen und Nagel hat dasselbe schriftlich mitgeteilt mit der Ankündigung, die Geschäftsleitung eventuell in Frankfurt zu übernehmen, worauf dann Streit seinen Austritt von der Geschäftsleitung bekannt gab, da eine kollegialische Organisation in Coburg nicht zustande gekommen sei. Durch die reibungslos vollzogenen Kooptationen wurde sogleich die neue Frankfurter Zentrale mit v. Rochau, Nagel, Siegmund Müller und Metz (dem langjährigen Vorstandsmitglied) gebildet, wobei v. Rochau die Redaktion, Nagel die Geschäftsführung, Müller die Kontrolle, von der der Ausschluß auf der General-

zu den nationalistischen, protestantischen und propreußischen Ansichten v. Rochaus.

Die Abwicklung der Übergabe der Vereinsakten und die Einrichtung der Redaktion waren im Frühling 1865 abgeschlossen, und die umorganisierte Vereinszentrale mit der umorganisierten Redaktion konnten ihre Konstituierung mit dem Ende des ersten Quartals des Jahres 1865 anzeigen. Seitdem erschien das Organ des Nationalvereins unter dem leicht abgeänderten Namen „Wochen-Blatt“ ununterbrochen bis zur Auflösung im Jahre 1867, nur daß infolge der Kriegseignisse des Jahres 1866 die Redaktion von Frankfurt nach Heidelberg umziehen mußte.

Der Namenswechsel hat seine Bedeutung, auf die es hinzuweisen gilt, im Zusammenhang mit dem Redaktionswechsel und der damit zutage tretenden Gesinnungsänderung.

Schon während der Auseinandersetzungen auf der Generalversammlung wurde darauf hingewiesen, daß eine Namensänderung tunlich sei.⁷² Gesagt wurde, daß das Verbot der Zeitung in Preußen (und in verschiedenen Kleinstaaten) unter Umständen aufgehoben werden könne, weil eine neue Zeitung ein neues Verbot verlange und dieses vielleicht nicht ausgesprochen werde; gedacht (und inoffiziell verbreitet) wurde, daß ein Auszug der Demokraten und das Ausscheiden von Streit die Zeitung für die preußische Regierung annehmbar machen würde. Ein Beschluß über die Namensänderung wurde nicht gefaßt, denn der hätte den rein technischen Charakter der Änderungen in Frage gestellt, aber ein glücklicher Zufall wollte es, daß das „Wochen-Blatt“ des rivalisierenden Reformvereins mit Jahresende 1864 sein Erscheinen einstellte. Da dieses „Wochen-Blatt“ in Frankfurt erschien, machte seine Einstellung die Bahn frei für die Konkurrenz. Wahrscheinlich war das dem Ausschuß schon bekannt als die Namensänderung angeregt wurde. Rochau gab seiner Genugtuung, auf diese Weise das Erbe der verhassten Großdeutschen anzutreten, auf taktlose Weise Ausdruck, indem er in Nummer 243 vom 22. Dezember 1864 der „Wochenschrift“ als „Gratisanzeige“ im Namen des Reformvereins unaufgefordert bekanntgab, daß das „Wochen-Blatt“ sein Erscheinen einzustellen habe, und als Einführung für dieses ungewöhnliche Verfahren ließ er drucken: „Die Expedition der ‚Wochenschrift des Nationalvereins‘ glaubt sich den Dank des Ausschusses des deutschen Reformvereins zu verdienen, wenn sie die nachfolgende Bekanntmachung freiwillig *gratis* aufnimmt“. Die Leser der „Wochenschrift“ waren also auf die Usurpation des Namens „Wochen-Blatt“ gründlich, wenn auch etwas marktschreierisch, vorbereitet.

Das „Wochen-Blatt“, wie es im 2. Quartal 1865⁷³ auftrat, war der Aufmachung nach der „Wochenschrift“ nachgebildet, aber der Geist war ein anderer.

versammlung gesprochen hatte, und Metz die Agitation zugewiesen wurde. Mit diesem gut vorbereiteten Umsturz fängt eine neue Phase in der Geschichte des Nationalvereins an.

72 Die Frage der Namensänderung wurde von Volkhausen als Vertreter der Hamburger Mitgliedschaft und von Moritz Wiggers aus Mecklenburg berührt. Siehe VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 38 und 41. Die Frage wurde dem neuen Ausschuß überantwortet.

73 Die erste Nummer des Wochen-Blatts des National-Vereins erschien am 6. 4. 1865. Mit ihm beginnt eine neue Paginierung. Nr. 2 muß ausgefallen sein, da bei lückenloser Paginierung am 20. April sich Nr. 3 anschließt.

Nachdem die schützende Hand Streits über die Linke im Verein weggezogen war, kam sie nur noch sehr zaghaft zu Wort, wenn überhaupt. Ein Teil der Demokraten, wie Eckardt und andere, die sich der Volkspartei anschlossen, wie das Ausschußmitglied Crämer v. Doos, machten ihren Austritt bekannt. Andere, wie Sonnemann, traten unbemerkt aus. Streit selber nahm zunächst sogar am neuen Vorstand des Vereins teil.⁷⁴ Demokraten wie Siegmund Müller, Preetorius, Hermann Becker und Heinrich Bürgers warteten die Entwicklung des Umschwungs im Verein ab, aber traten nicht mehr hervor. Die „Wochenschrift“ im Übergang zum „Wochen-Blatt“ verhielt sich zu den Demokraten wie zu Feinden im anderen Lager, und soweit diese sich mit der Politik der Mittel- und Kleinstaaten verbündeten, war das verständlich. Die große Auseinandersetzung in der Zeitung galt jetzt nicht mehr der Demokratie, sondern den preußischen Einheitsstaatlern. Man mußte den Einheitsstaat ablehnen, weil sämtliche Beschlüsse der Generalversammlung auf einen Bundesstaat zielten und alle Ausschußmitglieder in den Einzelländern ihre politische Funktion (besonders in den Parlamenten) in der Eigenschaft von Verfechtern des preußischen Einheitsstaates nicht mehr würden ausüben können. Für sie war das Festhalten am Bundesstaat geboten.

Von seiten der Zeitung wurde der maritime und militärische Anschluß an Preußen und zwar nicht nur gegenüber den neuerworbenen Gebieten Schleswig-Holsteins erörtert. Das ließ sich unter der Losung der seit Jahren anerkannten preußischen Spitze machen, ja sogar unter der Fahne der Reichsverfassung von 1849, die zwar im Text das Preußische Erbkaisertum nicht enthielt, aber mit ihr sachlich und geschichtlich verbunden war. Deshalb erwähnte das „Wochen-Blatt“ gern die Reichsverfassung, besprach aber nie die Garantien für ihre Einführung und für das Bestehen von Grundrechten und Wahlrecht wie die Demokraten, und deutete an, daß der Hauptpunkt der Reichsverfassung die Unterordnung unter die einheitliche preußische Staatsgewalt sei. Die Redaktion versuchte, den anerkannten Bundesstaat, soweit es ging, dem preußischen Einheitsstaat anzunähern.

Streit hatte die Einrichtung einer eigenständigen Zeitung entgegen Schulze-Delitzsch im Jahre 1860 durchgesetzt; er hat sie für die Vergesellschaftung des Vereins und des nationalen Bürgertums in seinem Vereinsteil benutzt: Nach seinem erzwungenen Abtritt wurde dieser Teil der zum „Wochen-Blatt“ umgeänderten „Wochenschrift“ stark eingeschränkt, was auch mit dem fortgesetzten Austritt und Abbröckeln im Verein zusammenhängt. Im letzten Jahrgang 1867 spielen die Vereinsnachrichten eine kleine Rolle; die lokalen Diskussionen verschwinden vollständig.

Die nationalistische Ideologie war „Wochenschrift“ und „Wochen-Blatt“ gemeinsam. In ihrer Auffassung gab es Nuancen, wie gegenüber den Polen, aber daß man den Polen kein deutsches Gebiet abtreten dürfe, daß Schleswig-Holstein ungeteilt zu Deutschland gehöre, daß man verpflichtet sei, den Zugang zur

74 Sein Mitwirken an der Vorstandssitzung v. 28. und 29. 3. 1865 gibt das WOCHEN-BLATT Nr. 1 v. 6. 4. 1865, S. 7, bekannt. Vermutlich hat Streit pflichtgemäß bis zum 1. April ausgeharrt. Von der folgenden Vorstandssitzung berichtet das Wochen-Blatt ohne Namensnennung der Teilnehmer. Streits Austritt wird im Gegensatz zu v. Eckardts nicht verzeichnet.

Adria freizuhalten, daß die deutschen Ströme von der Quelle bis zur Mündung in der Zukunft zu erwerben seien, und daß Einheit auch Macht bedeute, vermittelte die neue Zeitung wie die alte.

Die deutsche Ideologie wurde in die neue Zeitung unverändert übernommen, nur den politischen Umständen angepaßt, unter denen die Hauptrolle dem passenden Verhältnis der Schleswig-Holsteiner zu den Forderungen Preußens zukam: Schleswig-Holstein sollte ein unabhängiges Mitglied im deutschen Bundesstaat werden, aber unter Berücksichtigung von Preußens Wünschen. Wenn aber die Kölnische Zeitung als Gesetz der Klugheit forderte, den dänisch sprechenden Teil von Schleswig den Dänen zurückzugeben, so war das als Idealpolitik (oder schlimmer noch als Hochverrat) abzuweisen, und darin ist kein Unterschied zwischen „Wochen-Blatt“, „Wehrzeitung“, „Arbeiterzeitung“ und selbst dem „Deutschen Wochenblatt“ zu erkennen. Der gleiche Nationalismus beherrschte die Nationalpartei seit 1859 und alle ihre Sprößlinge. Nur allmählich differenziert sich der Nationalismus und sah in den verschiedenen Lagern unterschiedlich aus.

Als der Nationalverein im Jahre 1862 die Reichsverfassung von 1849 in Übereinkunft mit der Fortschrittspartei zum Panier erhob, war es klar gewesen, daß nur die preußische Krone im Einverständnis mit dem Abgeordnetenhaus den preußischen Staat darstellte; als sich aber die Krone mit militärischem und diplomatischem Erfolg gegen den Widerspruch des Parlaments jahrelang hielt, war die Antwort, wer den preußischen Staat repräsentiere nicht mehr so klar. Die „Wochenschrift“ hatte ohne Bedenken die Opposition der liberalen Mehrheit im Abgeordnetenhaus verteidigt; das „Wochen-Blatt“ setzte diese Haltung fort, aber sah sich einer wachsenden Anhängerschaft für die preußische Regierung, die Krone und das Militär in den eigenen Reihen gegenüber. Das Abkommen zwischen Österreich und Preußen von Bad Gastein (1865) verwirrte sie, aber der Sieg der Preußen über Österreich im Jahre 1866 veranlaßte sie, sich vorsichtig von der Oppositionshaltung der Liberalen in Preußen abzusetzen, besonders da wichtige Rekrutierungsgebiete für den Nationalverein, Hannover voran, der Annexion durch Preußen verfielen. Die Neuorientierung auf die preußische Krone, nicht wie 1859 nur als militärisch befehlende Macht gedacht, sondern als Staatsmacht auf allen Gebieten, verlangte mehr als nur einen taktischen Wechsel; jetzt war eine Strukturveränderung vonnöten: Es ging um die Umbildung des Nationalvereins in die Nationalliberale Partei, die in allen Parlamenten tätig sein würde und von dort, unbeeinflusst von Unbefugten, die Einheit, wie sie Preußen wollte, verwirklichen würde. Die Nationalpartei, die im Jahre 1859 nur in der politischen Phantasie der alten Demokraten bestand⁷⁵,

75 Die Nationalpartei, deren Gründung im Jahre 1859 in Eisenach angeregt worden war, sollte eine Gesinnungsgemeinschaft sein. Die Einheit der Gesinnung wurde dem lockeren Vereinsprinzip entgegengestellt. Die Preußen, und allen voran Schulze-Delitzsch, wollten den Einsatz der disziplinierten Gesinnung für die Propaganda des Preußen der Neuen Ära. Jetzt wurde die Nationalpartei zu einer Parlamentsfraktion rückentwickelt, wie es deren viele gab. Zwischen der Mitgliederpartei, deren Embryo die Nationalpartei dargestellt hatte und der Parlamentsfraktion vermittelte die Funktion der Wahlhilfe, der sich der Nationalverein gern unterzog und die die Parlamentsfraktion wegen des direkten Wahlverfahrens dringend brauchte.

sollte im Jahre 1867 durch die Nationalliberalen Wirklichkeit werden, und so kam es. Mitarbeit an beratenden Parlamenten war nicht mehr Phantasie, sondern reale Möglichkeit. Für dieses Ziel, die Bürger, sei es als Abgeordnete, sei es als Wähler vorzubereiten, lohnte es sich, die Zeitung eines überlebten Vereins ein volles Jahr fortzuführen. Ihr erstes Anliegen war es nach Königgrätz, das Zusammenwachsen des alten Preußen mit den neuannektierten Gebieten zu erleichtern und Sorge zu tragen, daß die Politiker, die der Nationalverein zusammengeführt hatte, sich im vergrößerten Preußen zurechtfinden. Als zweites Ziel wollte die Zeitung das Verknöchern Preußens zu einem Großpreußen verhindern und den neugebildeten Norddeutschen Bund für die Süddeutschen offenhalten. Im Sommer 1867 war die Nationalliberale Partei fertig und sie bewies ihre Lebenskraft bei den Verhandlungen über den Abbau des preußischen Verfassungskonflikts im Sinne der Krone, und bei den Verhandlungen über die Konstitution des Norddeutschen Bundes: Der Nationalverein und sein „Wochen-Blatt“ konnten danach aufgegeben werden, und so geschah es.

Seit dem Frühjahr 1865 und dem Erscheinen des „Wochen-Blattes“, war es nicht mehr nötig die Demokraten im Nationalverein zu berücksichtigen, selbst diejenigen nicht, die weiter im Verein verharren. Die Reichsverfassung wurde nicht ausdrücklich widerrufen, auch wenn ihre Adoption hauptsächlich den Demokraten zuzuschreiben war. Jetzt bedeutete sie nur noch die preußische erbliche Zentralgewalt; die Grundrechte und das Wahlgesetz wurden einfach mitgeschleppt, es sei denn, daß damit auf die süddeutschen Liberalen eingewirkt werden konnte.

Der großpreußische Einheitsstaat war nun zum Rivalen des alten Ideals der bundesstaatlichen Einigung geworden, und durch die vollzogene Annexion von Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Kassel und Frankfurt in den Bereich der Realität gerückt. Das „Wochen-Blatt“ unternahm es nun, den großpreußischen Einheitsstaat mit dem Bundesstaat des alten Nationalvereins zu vermitteln, so wie der alte Nationalverein es unternommen hatte, das Selbstbestimmungsrecht von Schleswig-Holstein mit dem erzwungenen Anschluß an Preußen zu vereinbaren. Der Nationalverein in seiner letzten Phase bemühte sich um seine Mittelwege wie der Nationalverein der Blütezeit, weil auch er an die Südstaaten denken mußte, die aus den Annexionen die Schlüsse für ihr eigenes Schicksal ziehen würde: Die Ungeheuerlichkeit der Annexion an Preußen muß man sich mit dem Blick des stolzen Bayern vor Augen halten.⁷⁶

Der Reiz des großpreußischen Einheitsstaates auf die Redaktion des „Wochen-Blattes“ war begrenzt, und die bundesstaatliche Verfassung Norddeutschlands erleichterte ihr den Übergang zur neuen Wirklichkeit. Als Bundesstaat hatte der Norddeutsche Bund seine konstitutionellen und institutionellen Schwächen, die die Demokraten aufdeckten, aber seit ihrem Austritt konn-

76 Die protestantischen Neubayern, meist als Franken, Schwaben und Pfälzer bezeichnet, mußten sich dem bayerischen Staatsgefühl anpassen. Darin liegt der große Unterschied des Wochen-Blatts zur Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern. Die Leser beider Organe fanden sich südlich des Mains, aber das Wochen-Blatt konnte unbefangen vom einfachen Anschluß an den Norddeutschen Bund sprechen, die Wochenschrift in Bayern konnte und wollte es nicht. Für sie war eine *Reichsgründung* die gegebene Grundlage für eine *Reichseini-gung*, an der auch Bayern als gleichberechtigter Partner teilnehmen konnte.

ten sie nur von außen kritisieren; nach innen konnte das „Wochen-Blatt“ ungestört wirken. Das war der eigentliche Sinn der Verwandlung der „Wochenschrift“ in das „Wochen-Blatt“.

Wenn der Unterschied von einem vergrößerten Preußen und dem Norddeutschen Bundesstaat den Zeitgenossen nicht klar war, so liegt das an Bismarcks undurchsichtigem Handeln. Es mag sein, daß die Fiktion eines Fürstenbundes, der der Norddeutsche Bund ja staatsrechtlich war, und Bismarcks Wille, dem preußischen Abgeordnetenhaus einen Rivalen in der Form eines Reichstages entgegenzustellen, die Entwicklungspotenzen des Norddeutschen Bundes zu einem echten Bundesstaat verdeckten, aber die Reichsgründung 1871 machte diese Entwicklungsmöglichkeiten erkennbar. Die Verhandlungen, die 1871 nötig waren, um die Südstaaten zum freiwilligen Beitritt zum Deutschen Reich zu bringen, waren dem Schein nach nur der Wiederholung des Konzepts eines Fürstenbundes gewidmet, dem Inhalt nach aber bewiesen sie, daß das Deutsche Reich mehr sein würde als nur ein vergrößertes Preußen: Die Sonderrechte der Staaten wurden beachtet. Erst nach dem Verschwinden des preußischen Staates infolge des Zweiten Weltkrieges und der Gründung eines Bundesstaates, der die erzwungenen Eingliederungen an Preußen von 1866/67 rückgängig machte, können wir die Wichtigkeit der unscheinbaren Ansätze zu einem Bundesstaate in der Form des Norddeutschen Bundes würdigen. Eine konsequent durchgeführte Erweiterung Preußens mit dem Schwert in der Hand, wie sie Treitschke vorschwebte, hätte nach der Auflösung Preußens auch andere Lösungen ermöglicht als eine Bundesrepublik.

„Wochenschrift“ wie „Wochen-Blatt“ waren parteieigen und darin die Vorläufer der modernen Parteizeitung unseres Jahrhunderts. Die liberalen Zeitungen aller Schattierungen dagegen waren Privatunternehmen und entsprachen der Theorie des Freihandels und des freien Unternehmertums. Nach der Freihandelstheorie sollte der Unternehmer wie bei jedem anderen Unternehmen sein Kapital riskieren gegen die berechenbare Aussicht auf Gewinn und gesellschaftliches Prestige. Der Redakteur war wie ein abhängiger Betriebsleiter, der zwar über ein gewisses Maß von Unabhängigkeit verhandeln konnte, aber immer die Geldinteressen seines Arbeitgebers zu berücksichtigen hatte. Die Annahme von geldlicher Unterstützung, auch von seiten der Regierung, war erlaubt soweit sie sich plausibel erklären ließ, und dafür waren die Regeln sehr geschmeidig: Was bei Freunden Unterstützung war, galt bei Feinden als Bestechung.

Die Regeln, die für Zeitungsunternehmen in Privatbesitz galten, paßten nicht für eine Zeitung, die einer Mitgliederpartei gehörte. Ein reiner Propagandaver ein für die Neue Ära, wie er den preußischen Mitgliedern des Vereins vorschwebte, hätte von Max Duncker als Haupt des preußischen Pressebüros Rat und Geld annehmen können, aber der Ausschuß einer Mitgliederpartei, der öffentliche Abrechnung über sein Vorgehen schuldete, war gebunden. Einem v. Unruh oder Veit konnte man wohl über Mittelsmänner eine taktische Linie anraten, mehr aber nicht, denn im Ausschuß hatte sie sich nach der Parteilinie zu richten und entsprechend zu verhalten. Über das, was sie vorbrachten, wurde nicht nur debattiert, sondern auch Protokoll geführt, die bald gedruckt in die Hände aller Agenten kamen. Dazu paßten Regierungsgelder nicht. Alle Ausschuß- und Vorstandsverhandlungen kamen auch in „Wochenschrift“ und

„Wochen-Blatt“ zur Sprache. Wären beide Organe in den Händen Privater gewesen, wäre ihr Gebahren einfacher, weil manipulierbar, gewesen. Die Bedeutung der kollektiven Besitzform der Vereinsorgane wurde nicht gleich verstanden. Der Ausschuß fand es nicht leicht, die Mitgliedschaft über die Verluste, die die Zeitungen verursachten, aufzuklären und mit ihnen zu versöhnen. Der breite Raum, der in den Verwaltungsberichten und den Diskussionen auf den Generalversammlungen der Frage der Rentabilität der Zeitung zukam, deutet auf breite Gegnerschaft unter den Mitgliedern hin. Die Gegner einer vereinseigenen Zeitung waren immer zahlreich; ohne die Zeitung aber wäre der Nationalverein nie zu dem anerkannten Sprecher des nationalen Bürgertums geworden, der er zu seiner Blütezeit war.

Die neuorganisierte „Wochenschrift“ als „Wochen-Blatt“ im Frühjahr 1865 vertrat nur einen Rumpf.⁷⁷ Der Rumpf wollte auch jetzt zusammenbleiben, aber als rechtsliberale Nationalpartei: Auf die Demokraten, die sich den Rechtsliberalen nicht anpassen wollten, und die Rechtsliberalen, die jeder Selbstbestimmung der Demokraten nicht zustimmen wollten, mußte der Verein verzichten. Die extremen preußischen Einheitsstaatler und die süddeutschen Föderalisten schieden aus. *Die preußische Spitze als Zentralgewalt für einen Bundesstaat* wurde zum Dogma erhoben unter der Devise des „ursprünglichen Programms“ (ohne daß man hätte zeigen können, wo ein solches Programm jemals beschlossen worden war).⁷⁸ Statt die Konstituierung des deutschen Bürgertums fortzuführen, wollte man nur den restlichen Haufen vor weiterer Fahnenflucht bewahren. Es wurde nicht mehr diskutiert, sondern nur noch nachgewiesen, daß die eine oder die andere Haltung durch einen Beschluß gedeckt war, und da der Verein im Lauf der Jahre sich in widersprüchliche Resolutionen verwickelt hatte, war die Berufung auf die eine oder die andere Resolution nicht schwer. Dieses Ausharren auf vorgegebenen Positionen machte nach der Generalversammlung von Frankfurt im Jahre 1865 weitere Generalversammlungen unnötig und

77 Der Nationalverein war als Verschmelzung der Demokratie mit den Rechtsliberalen zustande gekommen, mußte demnach umfassend wirken und durfte dem Abbröckeln des linken und rechten Flügels nicht tatenlos zusehen, wie er es tat. Deshalb ist es berechtigt von einem Rumpf zu sprechen. Das Abbröckeln des rechten Flügels hat er einfach zur Kenntnis genommen, den Austritt links und die damit zusammenhängende Bildung einer Volkspartei mit Haß verfolgt. Eine Spaltung im Nationalverein hat er nie zugegeben und deshalb auch nicht zu erklären versucht. Jedenfalls entsprach der Rumpf nicht mehr der ursprünglichen Idee von 1859.

78 Man berief sich auf die Resolution der ersten Generalversammlung von 1860 (VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 15): „Wenn die preußische Regierung die Interessen Deutschlands nach jeder Richtung tatkräftig wahrnimmt und die unerläßlichen Schritte zur Herstellung der deutschen Macht und Einheit tut, wird gewiß das deutsche Volk vertrauensvoll die Zentralgewalt dem Oberhaupt des größten reindeutschen Staates übertragen sehen.“ Wenn man die ganze Resolution in der „deutschen Verfassungsfrage“, von der obiger Passus ein Teil ist, betrachtet, so ist sie ein Appell an die preußische Regierung der Neuen Ära, endlich von der Politik der freien Hand abzugehen und positive Schritte zur Einigung zu unternehmen. Hintergrund des Ausschußantrages ist die Reichsverfassung, der Preußen sich endlich zu unterwerfen habe. Die Ausschlußresolution von Eisenach 1864 (VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 8), die Preußen nicht erwähnt und die Frage der Zentralgewalt aufgrund der Reichsverfassung offen läßt (über den Träger der Zentralgewalt hat die im Parlament vertretene gesamte Nation zu entscheiden) ist dem „alten Programm“ in Wahrheit näher als die gängige Mehrheit im Restverein, der preußischen Regierung freie Hand zu lassen und die Frage des Parlamentes offen zu halten.

nahm dem „Wochen-Blatt“ jede Lebensberechtigung. Die Zeitung erschien jetzt nur noch, weil sie nicht einem Besitzer gehörte, sondern Vereinseigentum war und ohne Zustimmung einer Generalversammlung nicht aufhören durfte zu existieren. Im Jahr 1867 wurde die Zeitung aus Beiträgen von drei oder vier Journalisten gespeist⁷⁹, die entweder Beiträge lieferten, die in jeder liberalen Zeitung hätten veröffentlicht werden können, oder sich mit der weiteren Lebensberechtigung des Vereins beschäftigten, ohne daß die Redaktion berechtigt war, ohne die Zustimmung einer Generalversammlung darüber etwas Bestimmtes zu sagen. Das Vereinsleben hatte aufgehört, aber die Zeitung durfte nicht sterben. Bis zur formellen Auflösung des Vereins in Kassel im Jahre 1867 mußte die Zeitung erhalten werden. Sobald die Auflösung des Vereins beschlossen war, stellte die Zeitung ihr Erscheinen ein, und niemand hat ihren Untergang bedauert. Die nationalliberale Partei, die als die direkte Fortsetzung des herrschenden rechten Flügels des untergegangenen Vereins gelten darf, hat kein parteieigenes Organ gegründet und hat sich auf befreundete Privatzeitungen wie die „Nationalzeitung“ verlassen. So die preußische und norddeutsche Parlamentsfraktion und so die außerpreußischen Parlamentsfraktionen, die sich Fortschrittspartei oder Deutsche Partei nannten. Alle führenden Männer der nationalliberalen Fraktionen kamen aus dem Nationalverein und haben dort wichtige Impulse empfangen, aber die Vorstellung von einem parteieigenen Organ hat sich ihnen nicht eingeprägt. Rochau, Nagel, Lammers oder Böhmert, die alle ständige Mitarbeiter des „Wochen-Blattes“ waren, sind auf die Neuerung einer vereinseigenen Zeitung, an der sie mitgewirkt hatten, später nicht mehr zurückgekommen.

Beim Übergang vom 19. Jahrhundert zum 20. bildeten die parteieigenen Zeitungen das neue und charakteristische Element der Massenparteien, handle es sich um die Zeitungen der Sozialisten, der Katholiken oder der nationalen Minderheiten, aber eine Kontinuität mit dem Vorbild des Nationalvereins läßt sich nicht nachweisen. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) war als Gegengründung zum Nationalverein geplant, und er schuf Ende 1864 den „Social-Demokrat“, aber schuf ihn als Privatunternehmen⁸⁰: Eine Zeitlang hat der ADAV den „Social-Demokrat“ als Parteizeitung regelrecht desavouiert. Ein Teil der Opposition im Nationalverein hat die Coburger „Arbeiterzeitung“ (und später die „Deutsche Wehrzeitung“) geschaffen, aber als Privatunternehmen des Vereinssekretärs Streit. Die Opposition in Frankfurt hat sich um die „Neue Frankfurter Zeitung“ geschart, aber die Zeitung war keine Parteizeitung; ihr Schwerpunkt lag auf dem Wirtschaftsgebiet, und von dort bezog sie ihre Einnahmen. Die ausgetretenen Demokraten des Nationalvereins sammelten sich um das „Deutsche Wochenblatt“⁸¹, das sich als Parteizeitung vorstellte, aber es war ein Privatunternehmen von Ludwig Eckardt, und wie Streits „Arbeiterzeitung“ gab es sein Bestehen nach einiger Zeit auf, nur daß Streit seine Leser

79 Es handelt sich um „R“ (= v. Rochau), „N“ (= Nagel), „L“ (= Lammers).

80 Das Kapital kam von Mitredakteur Hofstetten, der es einbüßte.

81 Die Probenummer erschien am 22. 12. 1864, also kurz nach der Generalversammlung zu Eisenach, die am 1. November endete. Anders als die verschiedenen volksparteiichen Gründungen, die vor dem Ausbruch des Krieges von 1866 eingingen (wie die Arbeiterzeitung und der Bote vom Niederrhein) hielt das Deutsche Wochenblatt bis Oktober 1867 stand.

vorgewarnt hat und Eckardt nicht. Die Oppositionszeitungen zum Nationalverein (oder zur Fortschrittspartei), der „Bote vom Niederrhein“ oder die „Zukunft“, waren alle Privatgründungen, die bald aufgegeben werden mußten. Das Vorbild der vereinseigenen „Wochenschrift“ hat demnach die Opposition im Nationalverein nicht angeregt, was kein Wunder ist, wenn die Urheber selbst die Neuerung ihres Tuns nicht erfaßt haben.

Einen Ansatz zur Kontinuität von der Vereinszeitung des Nationalvereins zu den parteieigenen Zeitungen gegen Ende des Jahrhunderts ist vielleicht in den Anstrengungen der Arbeiterbildungsvereine (VDAV) zu sehen, sich ein eigenes Organ aus den Mitgliedsbeiträgen zu schaffen, wobei sie nicht nur an „Fachfragen“ dachten, sondern an demokratische Politik. Es geschah das im Anschluß an die Stuttgarter VDAV-Tagung im Jahre 1865, auf der die Propaganda für das allgemeine Stimmrecht diskutiert wurde. Die „Deutsche Arbeiterhalle“⁸² war Vereinseigentum und entwickelte sich zu einer offen politischen Zeitung, als sie nach dem 5. VDAV-Tag zu Nürnberg (1868) von dem „Demokratischen Wochenblatt“ abgelöst wurde, das seinerseits in den „Volksstaat“ (1869) überging. In diesen drei Vereins-Parteizeitungen ist das Bestreben erkenntlich, vom Privatkapital unabhängig zu werden. Es wurde in festen Abständen in gedruckten Abrechnungen darauf hingewiesen, daß man dem Ideal der Unabhängigkeit näherkäme. Was den Mitgliedern nicht klargemacht wurde, war, daß solange ein Defizit vorhanden war, das Erscheinen der Zeitungen von der Unterstützung des Revolutionsfonds abhängig war, der zwecks Erneuerung der Revolution in Deutschland in den 1850er Jahren durch radikale Demokraten in Amerika gegründet worden war. Vom Volksstaat wissen wir, daß sein Erscheinen durch den Revolutionsfonds gesichert war; von seinen Vorläufern dürfen wir es annehmen.⁸³ Wie dem auch sei, die Arbeitervereine hatten das Bestreben, vom Kapital unabhängig zu werden, und darauf kommt es an. Die Leiter des Nationalvereins waren vor allem als Parlamentarier in den Einzelparlamenten dem Fraktionsprinzip der Honoratiorenpartei verhaftet und kamen nicht einmal zu einer schöpferischen Erkenntnis ihrer eigenen Taten. Sie hatten kein Verständnis dafür, welche Perspektiven der Entwicklung das Bestehen einer sieben Jahre andauernden parteieigenen Zeitung eröffnete.

Die Vergesellschaftung des Zeitungswesens war ein Trend der Entwicklung beim Übergang des Jahrhunderts. Die Arbeiterbewegung ist ohne Schwierigkeiten auf ihn eingegangen; im Bürgertum standen Psychologie wie Ideologie dem entgegen. Das *Prinzip der Selbsthilfe* in Vereinen war den Bürgern länger bekannt als den Arbeitern; die Bürgerbewegungen wie die Arbeiterbewegungen

82 Die Zeitung begann ihr Erscheinen am 1. 6. 1867 im Kleinformat, und erschien im gewöhnlichen Zeitungsformat nach dem Geraer Vereinstag am 15. Oktober. Sie war das erste Ergebnis der strafferen Organisation des VDAV, die August Bebel als Vorortsführer Leipzigs durchführte. Die Zeitung verzichtete mit dem 4. 12. 1868 auf ihr Erscheinen zugunsten des Demokratischen Wochenblattes.

83 Siehe A. BEBEL, *Aus meinem Leben I*, 1964, S. 211. Begünstigte des Revolutionsfonds waren sicher das Felleisen der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz und der Vorbote in Genf von J. P. Becker. Merkwürdig ist, daß aus demselben Revolutionsfonds, als sein Verwalter noch Gottfried Kinkel war, der Hermann in London unterstützt wurde, bis der Nationalverein helfend einsprang.

wurden beide auf die Vergesellschaftung der Presse hingewiesen. Bei den Bürgern blieb das Selbsthilfe-Prinzip zunächst steril; in der Arbeiterbewegung wurde es fruchtbar.

Unverzeihlich ist, daß auch in der Geschichtsschreibung die bürgerliche politische Bewegung nur als untergeordnete Hilfe für die berufenen Politiker angesehen wurde, um der Einigung näher zu kommen, und nicht als ein Versuch zur politischen Selbsttätigkeit mit weitreichenden Folgen, von denen die vereinseigene Zeitung *nur eine* ist. Das Problem des Übergangs von Honoratiorenparteien zu Massenparteien und Massenmedien, in denen das Bürgertum den Vorsprung hatte, ist deshalb übersehen worden.

FÜNFTES KAPITEL

DER DEUTSCHE NATIONALVEREIN UND DIE VERBÜNDETEN ORGANISATIONEN

Der Nationalverein sollte keine „Zweig- und Nebenvereine, die mit demselben in Verbindung treten wollen“¹, neben sich dulden. Das wurde mit dem Vereinsgesetz des Deutschen Bundes begründet, dem alle geltenden Vereinsgesetze mehr oder weniger nachgebildet waren. Diesem äußeren Grund entsprach auch ein innerer: Nur ein einheitlich geleiteter Verein würde zu einheitlichem Auftreten zu bringen sein. Das einzelne Vereinsmitglied konnte nicht in jedem Augenblick die Handlungen und taktischen Wendungen seines Ausschusses und seines Vereinsvorstandes verstehen, da ihm dazu die notwendigen Informationen fehlten. Die Agitation war öffentlich, aber ihre Motive waren oft geheim. Nur ein sich selbst erneuernder und sich selbst ergänzender Ausschuß, der auch aus sich heraus den Vorstand ernannte, konnte die diplomatischen Schachzüge beraten, auf denen die öffentliche Propaganda beruhte. Deshalb ein permanent gleichbleibender Ausschuß, auf den nur Krankheit oder Tod Einfluß hatten. Die Wahl des Kerns von zwölf Ausschußmitgliedern auf der Generalversammlung war eine reine Formalität, die immer die vorausgesehenen Ergebnisse brachte. Wurde einmal ein tätiges Mitglied eines demissionierten Ausschusses nicht wiedergewählt, so wurde es sogleich kooptiert und hatte dann dieselben Rechte wie ein Gewählter.² Die Größe des Ausschusses hing weniger von der Größe des Vereins ab und seinem Wachstum, als von den Funktionen, die auszuüben waren. Soweit die verschiedenen Vereinslandschaften zu berücksichtigen waren, ist die Auswahl der Ausschußmitglieder einleuchtend und verständlich; kompliziert wird das Bild erst durch die Notwendigkeit, den verschiedenen Richtungen im Verein eine passende Vertretung zu geben³, ohne das insge-

1 G. PLANCK, 1861, Anlage 6: Die vom Ausschuß beschlossenen Bestimmungen zur Ausführung des Statuts, § 1, S. 101.

2 Beispiele wären der Advokat Rose, der lange Zeit um seinen Sitz im Abgeordnetenkolleg Leipzigs wegen Nichtbestätigung durch die Regierung zu ringen hatte. Er war Mitglied des Ausschusses vor der Generalversammlung 1860, wurde nicht wiedergewählt, aber sogleich kooptiert (VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 59). Das gleiche gilt für den Fabrikbesitzer Müllensiefen, der, wie die Akten zeigen, ein unermüdlicher und zugleich unbezahlter Organisator des Vereins im Umkreis der Ruhr war. Er wird gern als Beispiel dafür hingestellt, daß der Nationalverein die Industrie vertrat. Nicht erwähnt aber wird die Tatsache, daß er sich vor den Industriellen in acht zu nehmen hatte, und sich 1867 in die Schweiz zurückzog und bei einem Mann der Volkspartei Asyl fand.

3 Es war nicht schwer, ehemalige Radikale für den Ausschuß zu gewinnen, da sie über ihn in die Politik gelangten (es wäre an Schulze-Delitzsch oder Otto Lüning zu denken), sondern Konservativ-Liberale, die durch Mitgliedschaft mehr zu verlieren als zu gewinnen hatten, wie

heim führende Element der propreußischen Rechtsliberalen zu gefährden. Es ist das ohne Zweifel dem vermittelnden und versöhnenden Charakter Rudolph v. Bennigsens zu verdanken; er verstand es, die Zusammensetzung des Ausschusses zu überwachen und durch Ergänzungen über acht lange Jahre hin funktionsfähig zu erhalten, ohne daß Proteste gegen die Gängelei der Vereinsmitglieder erhoben worden wären. Nur im Jahre 1864 entstand die Gefahr, daß die volksparteilichen Demokraten sich des Ausschusses bemächtigen und die Kooptationen zu ihren Gunsten durchführen würden.

Durch die ausgewogene Zusammensetzung des Ausschusses wurde erreicht, daß in jeder Vereinslandschaft sich ein Ausschußmitglied für die Organisation und das Kassenwesen verantwortlich fühlte. Das ist bedeutsam genug, aber ein wichtiger Aspekt, den der Ausschuß beachtete, wird in dieser Sicht leicht übersehen, weil er nicht so direkt dokumentiert ist wie die regionalen Aufgaben der Ausschußmitglieder. Es handelt sich um den planmäßigen Kontakt zu Organisationen, die durchaus selbständig waren, aber doch in enger Fühlung mit dem Nationalverein standen, die er oft auch geldlich unterstützte. Auf ihrem eigenen Gebiet entwickelten sich diese Organisationen selbständig, aber in politischer Hinsicht hielten sie die Linie des Nationalvereins ein. Es würde nicht angehen, diese Organisationen einfach als Außen- oder Nebenorganisationen des Nationalvereins zu betrachten, aber etwas von dem hing diesen Organisationen doch an, nachdem der Nationalverein fest an die Überordnung der Politik über alle gesellschaftlichen Bestrebungen glaubte. Vorsichtig gebraucht, ist der Ausdruck „Satellitenorganisationen“ zur Kennzeichnung ihres Abhängigkeitsverhältnisses in politischer Hinsicht naheliegend.

Der Nationalverein beschäftigte sich ganz unbefangen in seinen Vorstands-, Ausschuß- und Generalversammlungssitzungen mit Fragen des Zollvereins, des Turnens, der Schützen- und Wehrvereine und auch der Arbeiterbewegung, Fragen, für die die Spezialorganisationen zuständig waren, die sich aber gern freiwillig den Beschlüssen dieser Nationalvereinsgremien unterwarfen, weil diese immer im Sinn der herrschenden Meinungen in den Spezialvereinen gefaßt wurden, und das war kein Zufall, denn immer waren an den Beschlüssen dieser Sonderorganisationen führende Köpfe des Nationalvereins beteiligt. Der Nationalverein interessierte sich nicht für die fachliche Seite ihrer Tätigkeit, wünschte aber deren politische Unterordnung, und die wurde ihm stillschweigend gewährt.⁴

der Buchhändler G. Mayer in Leipzig, dem es schon der Gesundheitszustand nicht erlaubte, tätig zu sein, oder Brämer, der preußische Landtagsabgeordnete, oder Gourdé, Mitglied der ersten Kammer in Nassau.

⁴ In dieser Hinsicht ist auf das Verbot der Politik in Turn-, Wehr- oder Arbeiterbildungsvereinen hinzuweisen. Selbstverständlich entsprach das Verbot dem Vereinsgesetz, das in Hinsicht auf Politik in allen deutschen Staaten gleich war. Der zentrale Platz dieses Verbots erklärt sich aber nicht nur aus dem Vereinsgesetz, sondern entspricht dem Prinzip der Arbeitsteilung, das der Nationalverein in seinen Beziehungen mit allen Außenorganisationen bewahrte: Politik dem Nationalverein; fachliche Tätigkeit den Außenorganisationen. Politik als Belehrung durch Autorisierte – durchaus (das ist nicht Politik!); politische Diskussion von unten ist verpönt, und als Argument ist das Vereinsgesetz heranzuziehen. Die Politik in die Außenorganisationen hat die Arbeiterbewegung (gleich welcher Richtung) eingeführt, und das bedeutete Abfall vom Nationalverein.

In den Augen der Führer des Nationalvereins war das „Volk“ in diesen „Sattlitenorganisationen“ vereint, und es sollte die Aufgabe der Elite sein, die im Nationalverein organisiert war, dieses Volk zur richtigen Zeit zur Tat aufzurufen. Es sollte keineswegs im Nationalverein selbst auftreten, wie unklare Köpfe es immer von neuem im Namen der Demokratie forderten, sondern in den verbündeten Organisationen bereitstehen. Da es kein Mittel gab, die Unerwünschten vom Nationalverein fernzuhalten, also die Leute, die es weder zu Bildung noch Besitz gebracht hatten und deshalb keinerlei Einfluß auf ihre Umgebung ausübten, bestand nur der Ausweg des Zensus von einem Taler jährlichen Mitgliedsbeitrags, der die schlimmsten Schäden abhielt, denn selbst wenn sich einzelne unerwünschte „Ein-Taler-Männer“ fanden, die man in den Verein aufnehmen mußte, so beschränkte doch die Ausschluß-Diktatur den Schaden, und der Beitrag von einem Taler kam jedenfalls der Sache zugute. Von Ausschlüssen hat man nie gehört; wohl von Austritten, aber das bezog sich immer auf Honorationen, die wegen politischer Meinungsverschiedenheiten zum Rücktritt gebracht wurden, wenn sie nicht freiwillig und demonstrativ austraten.⁵ Den Anfang hatte der Oldenburger Niebour gemacht, der großdeutsch gesinnt war (1860). Einzelne Dissidenten traten lautlos durch Nichtbezahlen ihres jährlichen Beitrags aus.

Die erste Absage an Unselbständige kam von Bennigsen an die Burschenschaftler von Breslau⁶, denen man ganz einfach bedeutete, daß sie bis zum Aufbau ihrer privaten Existenz zu warten hätten, bevor sie dem Verein nützlich sein könnten.⁷ Bennigsen hat vollkommen folgerichtig gedacht: Der Verein wollte organisieren und agitieren; bei dem allerorten geltenden Zensuswahlsystem hat-

5 August Niebour war zur Eisenacher Tagung der Demokraten (1859) eingeladen, aber nicht erschienen. Ende November wurde er in den Ausschuß kooptiert, stellte dort am 10. Dezember den Antrag für eine Petition des Nationalvereins an die verschiedenen deutschen Parlamente und an den Bundestag wegen Einberufung eines deutschen Parlaments. Dieser Antrag entsprach dem damals aufgekommenen Triasprojekt, dem der Nationalverein feind war, weil Zentralgewalt und Einberufung eines Parlaments Sache der preußischen Neuen Ära sein sollte. Die Vertagung auf die Ausschußsitzung im März bedeutete Verschleppung, die Behandlung durch Fries auf der ersten Generalversammlung das Ende: Niebour kündigte schon im Sommer durch die Zeitungen seinen Austritt an. Siehe VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 11–12 und P. K. SCHWARZ, 1969, S. 41–46 (Die Anfänge des Nationalvereins in Oldenburg). Das Verhalten bei Niebours erzwungen-freiwilligem Austritt wurde als Beispiel angezogen, daß der Nationalverein den Weg des Ausschlusses nicht kenne. Das war anläßlich des Antrages der Londoner Mitgliedschaft, Zerffi wegen unpassenden Verhaltens im McDonald-Fall (1861) von der Mitgliedschaft auszuschließen.

6 Das Originalschreiben, Breslau Ende August 1860 gezeichnet, trägt die Unterschriften von zwölf Studenten, davon zwei aus Breslau, zwei aus Greifswald, drei aus Berlin, zwei aus Jena, einer aus Gießen, zwei aus Freiburg. Die wichtige Frage wäre, ob es sich um eine lokale Initiative handelt und die Breslauer Studenten nur ihre Herkunft angeben wollten, oder um eine weitgreifende, an der Studenten aus mehreren Orten teilnahmen. Der Schlußsatz „Im Namen vieler deutscher Studenten“ macht die zweite Annahme wahrscheinlich. Dann hätte v. Bennigsen mit seiner konzilianteren, aber doch ablehnenden Antwort eine wichtige Entscheidung getroffen. Das Schreiben befindet sich im Nachlaß Streit (München).

7 Die Antwort Bennigsens (ebd.) liegt als Konzept ohne Datum und Unterschrift vor: Die Teilnahme Minderjähriger ist seit 1854 verboten; Volljährige können einzeln eintreten, „ein solcher politischer Verein ist aber seiner Natur nach weniger auf die Teilnahme von Jünglingen, welche sich doch wissenschaftlichen Studien auf eine Tätigkeit im bürgerlichen Leben vorbereiten als auf die Männer berechnet, welche selbständig inmitten des politischen Lebens stehen, mit seinen Aufgaben und Interessen selbsttätig verflochten sind.“

ten dabei Studenten nichts zu suchen. Wenn es bei der Politik doch zu Gewalt durch Kriege oder Revolutionen kommen würde, würden sie schon zur Stelle sein, genau wie in den Jahren 1813 oder 1848, den beiden Wendepunkten der deutschen Geschichte, die jeder Bewegungspartei vorschwebten.

Die Haltung v. Bennigsens gegenüber den Studentenverbindungen, zu denen alle Ausschußmitglieder persönliche Bindungen hatten, ist bestimmend für die Haltung gegenüber allen Organisationen, die das „Volk“ vertraten. Solange es galt, Wähler und Wahlmänner (bei den allerorts üblichen *indirekten* Wahlen) zu beeinflussen und zu organisieren, waren Jugend und Unbemittelte nicht heranzuziehen; wenn es zu Kriegen und Revolutionen kommen sollte, würden sie schon – gezwungen oder freiwillig – ihre Pflicht tun.

Auf der Beherrschung der „Satellitenorganisationen“ beruhte der Mythos von der Macht des Nationalvereins: Er habe zwar nur 25 000 eingeschriebene Mitglieder (1862), aber verfüge über Hunderttausende, die seinem Ruf folgten. Ohne diesen Mythos hätten die hartnäckigen Verfolgungen des Nationalvereins durch die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten keinen Sinn gehabt.⁸ Aber an die Wirksamkeit des Vereins wegen seiner einzigartigen Organisation glaubten die Zeitungen und mit ihnen die Öffentlichkeit. Dieser Glaube wurde dadurch verstärkt, daß der erste Versuch, im Verein ein politisches Ziel zu vereinbaren, entgegen den Erwartungen nicht zum Auseinanderfallen der Organisation führte: Man war zu Frankfurt 1859 ohne Programm auseinandergegangen, eben um dieses Auseinanderfallen zu verhüten; 1860 hatte die erste Generalversammlung ein Programm beschlossen (einheitliche Zentralgewalt und nationales Parlament), und der Verein war nicht zerfallen⁹, sondern von kleinen Anfängen zu bedeutenden Zahlen von Generalversammlung zu Generalversammlung angewachsen. Seitdem der Verein sich der Sammlung von Geldern für den Bau einer deutschen Flotte, die zunächst eine preußische sein würde, angenommen (1861) und die Ablieferung der eingesammelten Summe an Preußen eingestellt hatte, weil Preußen betont eine *preußische* Flotte schaffen und sich nicht auf eine *deutsche* Flotte verpflichten wollte (März 1862), war der Verein auch zu einer Macht geworden, die über erhebliche Geldmittel verfügte. Auch wenn der Verein schließlich die Gelder nur für Marinezwecke verwenden wollte, konnte er dennoch über deren Zinsen frei verfügen. Dazu kamen noch die Überschüsse von den einlaufenden Mitgliedsbeiträgen. Die „Satellitenorganisationen“ wollten nicht nur bereitstehen und deshalb ihre Tätigkeit mit der des Nationalvereins koordinieren; sie wollten ihre tagtägliche Wirksamkeit erfüllen und durften für sie auch auf finanzielle Unterstützung seitens des Vereins

8 Auf dem Fürstentage zu Baden-Baden (Juni 1860) wurde dem Nationalverein privater Bürger die Ehre zuteil, daß der König von Bayern im Auftrag der übrigen deutschen Fürsten mit dem Prinzregenten Wilhelm über sein Schicksal verhandelte. Siehe H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 425–427. Der Prinzregent versuchte davon zu überzeugen, daß die kühle Distanz, die die Antwort auf die Stettiner Adresse bezeugt, die richtige Mitte einhalte.

9 Miquel in einem kritischen Moment während der Debatte wegen des deutschen Parlamentes: „Die Hauptsache ist, daß der Nationalverein zusammenbleibt.“ (VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 32).

spekulieren. Immer wieder wurden Summen für politische Unternehmen und Gerätschaften, besonders für Turner und Schützen, beraten und oft bestätigt.¹⁰

Die dritte Generalversammlung zu Coburg am 6. und 7. Oktober 1862 zeigte den Nationalverein auf dem Höhepunkt seines Versuches, eine politische Konstituierung des deutschen Bürgertums über den Einzelstaat hinaus zu bewerkstelligen. Der Nationalverein beschloß die Verwirklichung der Verfassung von 1849 samt Wahlgesetz und Grundrechten, wobei die Elite von Bildung und Besitz auch das Volk in seinen nationalen Bestrebungen anleiten sollte.

Als die Demokraten im Juli 1859 die nationale Partei als ein Aufgehen der Demokratie im Liberalismus ankündigten und den Nationalverein als Propagandaverein für die preußische Spitze ins Leben rufen wollten, hielten sich die Konstitutionellen (von wenigen Ausnahmen abgesehen) zurück und verhinderten nach bestem Können die Ausbreitung des Vereins in Preußen. Wären es nicht die Preußen in den Westprovinzen gewesen, die immer noch ihren Gegensatz zu den Altpreußen fühlten, und die Preußen der östlichen Provinzen, die wegen ihres Abwehrkampfes gegen die Polen den Nationalverein brauchten, wären kaum Preußen (außer einigen Parlamentariern in Berlin) zum Verein gestoßen. Dagegen drängten sich die Aktiven aus den Mittel- und Kleinstaaten zum Verein in der Hoffnung, zum Machtstaat zu gelangen, wie er im Verfassungswerk von 1849 angelegt war. Je mehr sich die Träger der preußischen Neuen Ära zurückhielten, desto stärker wuchs der Druck der Mittel- und Süddeutschen. Seit der ersten Coburger Generalversammlung forderten sie die Anerkennung der Reichsverfassung von 1849 und kamen nur deshalb nicht zum Ziel, weil die Konstitutionellen als die Träger der Neuen Ära in Preußen jede Beziehung zum Nationalverein wegen Annahme der Verfassung abgebrochen haben würden: Preußen hatte dieser Verfassung niemals zugestimmt, und der Prinzregent und nachmalige König Wilhelm I. war ihr persönlicher Feind.

Seit der Ablösung der Ära Heydt-Roon (also der letzten Phase der Neuen Ära) durch die Ära Bismarck-Roon (die Ära des offenen Verfassungskonflikts in Preußen zwischen Parlament und Krone) lag kein Grund mehr vor, die Verfassung von 1849 nicht als die Grundlage einer Reichseinigung anzuerkennen. Die Krone mit ihren Repräsentanten Bismarck-Roon war kein Gesprächspartner, und die liberale Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus anerkannte gern die Reichsverfassung, der die stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus, die Deutsche Fortschrittspartei, durchaus zustimmte: Die Verfassung von 1849 schloß das preußische Parlament als Repräsentant des erblichen Kaisertums der Dynastie Hohenzollern nicht aus.

1859 war man davon ausgegangen, daß es die Aufgabe der angestrebten Zentralgewalt sei, ein deutsches Parlament (statt des nur halblegalen und von Öster-

¹⁰ Als Beispiel diene der Turn- und Wehrverein in der Stadt Oldenburg, der seine Impulse von Coburg erhielt, dann unter dem Einfluß Bremens stand. Vgl. P. K. SCHWARZ, 1969, S. 46–48. Im Nachlaß Streit (München) befindet sich ein Schreiben an den Vertrauensmann des Nationalvereins in Oldenburg, Rechtsanwalt Hoyer, zur Weiterleitung an Nagel unter dem Datum des 2. 3. 1867, worin Georg Propping im Namen des Turnrats bittet, dem Verein 100 Taler zu erlassen, mit denen er im März 1862 100 Gewehre gekauft hatte. Nebenbei erwähnt Propping, daß das Milizsystem Ziel der damaligen Übungen gewesen sei, was nun nach der Einführung des preußischen Systems hinfällig geworden sei. Jetzt sei wegen der langen Dienstzeit, die auf allen laste, das Wehrtun aufgegeben worden.

reich wieder zum Leben erweckten Bundestages) vorzuschlagen und einzuführen, aber dazu hatte sich Preußen niemals bereiterklärt. Daß das deutsche Volk einen rechtlichen Anspruch auf eine Reichsverfassung habe, hatte der Nationalverein seit jeher erklärt. Seit der Ära Bismarck-Roon war die Hoffnung auf Einführung einer Reichsverfassung durch Preußen Utopie geworden; jetzt war es praktisch, die Rechtsbeständigkeit der Reichsverfassung von 1849 zu behaupten, denn dadurch war man der Frage ihrer Einführung enthoben.¹¹ Alle bestehenden Landesvertretungen konnten ein Staatenhaus bilden, und ein beliebiges Vorparlament konnte Wahlen zum Volkshaus ausschreiben. Das Staatenhaus und das Volkshaus gemeinsam würden das Parlament nach der nunmehr rechtlich anerkannten Reichsverfassung zusammensetzen. Die Frage ihrer Einführung, für die man bis jetzt Preußen nötig zu haben vermeinte, war damit umgangen; die Frage der zeitgemäßen Revidierung der Verfassung konnte dagegen auf sich beruhen: Ein rechtlich bestehendes Parlament konnte sich selbst reformieren. So konnte es die lästige Allgemeinheit der Wahlen und ihre Direktheit (unter Ausschluß der Wahlmänner) ohne Aufsehen abschaffen. Das war eine Sache der Zukunft, die man jetzt nur leise anzudeuten brauchte.

Mit der Anerkennung der Reichsverfassung von 1849 konnte sich der Nationalverein als die politische Konstituierung des deutschen Volkes, vertreten durch das deutsche Bürgertum, ansehen. Wenn wir die Andeutungen des vorsichtigen Bennigsen in seiner Eröffnungsrede zur Generalversammlung in Coburg (1862) verdeutlichen, finden wir in ihnen eine Bestätigung der weitestgehenden Pläne zu einer solchen politischen Konstituierung. Er spricht davon, „weshalb jetzt, in diesem Jahre, die Lage unseres Vereins und der gesamten öffentlichen Umstände soviel günstiger ist als im vorigen Jahr in Heidelberg“ (1861)¹² und bezieht sich dabei auf den Abgeordnetentag von Weimar, der kurz vor der Generalversammlung zusammengetreten war, um der Reform des Bundestages durch das Delegiertenprojekt entgegenzutreten, das neben dem weiterhin bestehenden Bundestag eine Versammlung von Parlamentsdelegierten aus bestehenden Parlamenten statt eines gewählten Parlaments anerkennen wollte. Er fährt dann fort: „Der Abgeordnetentag hat sich keine andere Aufgabe gestellt [...] als nur einen Notbehelf zu geben, gewissermaßen den Ersatz für das Staatenhaus (= Oberhaus in der Reichsverfassung von 1849) eines deutschen Parlaments. [...] Die im Abgeordnetentage vereinigten liberalen Majoritäten der einzelnen Staaten fühlen natürlich das Bedürfnis, daß neben sie noch eine Ergänzung trete; eine Ergänzung, die vollständig nur geleistet werden kann durch die organisierte Vertretung des ganzen deutschen Volkes in dem Volkshause eines deutschen Parlaments. Solange wir dieses Parlament nicht haben, mag der Nationalverein versuchen [...] einen Ersatz zu liefern für dieses [...]“

11 Die Konstitutionellen in und um den Nationalverein verlangten die sofortige Einsetzung der preußischen Zentralgewalt (ihre Vorstellung von der preußischen Spitze, die bei ihnen immer mehr war, als nur das preußische Kommando in Kriegszeiten): Erst sie würde dann ein Parlament einberufen. Die Einsetzung der Zentralgewalt hatte bedingungslos zu geschehen, da sonst Preußen sie ablehnen würde. Die Generalversammlung Coburg I hatte Bedingungen gestellt, und jetzt die Einführung einer schon bestehenden Verfassung beschlossen. Das war umwälzend und führte von Spannung zu Spannung.

12 VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 17.

Volkshaus, indem derselbe der im Weimarer Abgeordnetentage organisierten Vereinigung [...] als Stütze und Ansporn zur Seite steht.“¹³

Wenn wir beachten, daß v. Bennigsen vorher von der hervorragenden Beteiligung von Ausschußmitgliedern des Nationalvereins an den Beratungen zu Weimar gesprochen hat, so dürfen wir seine Andeutungen präzisierend erweitern.

Als Bundesstaat braucht das geeinte Deutschland ein Staatenhaus, und als Bundesstaat (entgegen einem revolutionären Einheitsstaat) hat der Nationalverein seit jeher die Einigung Deutschlands propagiert. Die liberale Mehrheit der deutschen Einzelparlamente zu Weimar kann also jederzeit ein Staatenhaus im Sinne der Verfassung von 1849 konstituieren; hierin liegt keine Schwierigkeit. Schwierig ist die Konstituierung des Volkshauses, denn es muß entsprechend dem Reichswahlgesetz von 1849 vom ganzen Volk gewählt sein. Nachdem die Verfassung zu Recht besteht, ist die Beihilfe der bestehenden Regierungen oder der einzelstaatlichen Parlamente nicht unbedingt notwendig. Es läßt sich der Weg begehen, der 1848 zu Wahlen führte, der Weg des Vorparlaments, das nur bis zum Zusammentritt der Gewählten besteht. Ein Vorparlament ist selbsternannt und beweist sich durch das Gelingen seiner Aktion, die Wahlen geordnet durchzuführen. Dazu muß es aus einflußreichen Männern bestehen, auf die das Volk hört. Genau solche Männer befinden sich im Ausschuß des Nationalvereins, und die Mitglieder des Nationalvereins sind berufen, den Ausschuß als Vorparlament zu ernennen. Das ist der Klartext von Bennigsens Worten: „Solange wir dieses Parlament nicht haben, mag der Nationalverein versuchen, wenn auch in notdürftiger Weise, einen Ersatz zu liefern für dieses der Nation noch fehlende Volkshaus.“¹⁴ „Notdürftig“ – weil der Nationalverein erstarken muß und die Ausschußmitglieder sich noch mehr im allgemeinen Volksbewußtsein festzusetzen haben, aber prinzipiell ist das Vorparlament vorhanden.

Um den Nationalverein im Volksbewußtsein zu verankern, braucht er die Hilfsorganisationen.¹⁵ Seit dem ersten Turnerfest zu Coburg (1860) hatte der Nationalverein Turner und Schützen mit Sympathie, aber auch mit Argwohn begleitet, weil er von ihnen revolutionären Aktivismus befürchtete. Auch zur Wehrbewegung, die mit Turnern und Schützen im Zusammenhang stand, hielt er sich distanziert, weil er ihnen nicht glaubte, daß sie nur auf Vergrößerung der Wehrkraft aus waren und nicht auf eine erneute Revolution.¹⁶ Desglei-

13 Ebd., S. 4.

14 Ebd.

15 Ernst II. schreibt in seinen Memoiren, der Nationalverein habe in kurzer Frist Tausende aus den mittleren Ständen zu gemeinsamem Zweck verbunden, „aber nach Hunderttausenden zählten die Scharen, denen Gesang gegeben, und welche am Turn- und Schießplatz dasselbe politische Lied, das garstige Lied, anzustimmen vermochten“ (ERNST II., Bd. 3, S. 72). Aus seinen Beschreibungen ergibt sich, daß er aus der italienischen Volks- und Wehrbewegung auch persönliche Schlüsse zog. Er hält sich auffällig lange bei Rüstows „Brigade Milano“ auf, den er in den Demokratischen Studien gelesen haben muß, etwas ungewöhnlich für einen Fürsten. Er nahm durch seinen Sekretär Bollmann Verbindung mit Rüstow auf, der Bennigsen am 17. März einen „Entwurf zur Organisation von Turnerkompagnien“ einsandte (P. WIEDE, 1958, S. 55). Das gleichzeitige Eintreten von Louis Schweigert in das Vereinsbüro des Nationalvereins bringt die demokratische Zentrale Coburg mit Bennigsen, dem Herzog, Georgii und v. Rochau zu gemeinsamer Beratung vor dem Zusammentreten auf der Heidelberger Generalversammlung 1861 (ebd., S. 58).

16 Im Nachlaß Bennigsen (ZStA Potsdam, 90 Be 5 Nr. 306) findet sich ein Brief v. 3. 9. 1861,

chen verhielt er sich distanziert zu dem Versuch, in den neumodischen Arbeiterbildungsvereinen statt der reinen gewerblichen Fortbildung als Grundlage der Selbsthilfe, Elemente der Weltanschauung einzuführen.¹⁷ Diese Volksorganisationen hielten die Erinnerung an die Revolution wach, von der die demokratischen Assimilanten an die Konstitutionellen behaupteten, daß sie völlig vergessen sei: Die Revolution sollte in der Nationalpartei nur als ein betrüblicher Irrweg einer unreifen Zeit hingestellt und immer nur auf die legalen Mittel der geistigen Überzeugung hingewiesen werden, aber in der Ära Heydt-Roon und deutlicher noch in der Ära Bismarck-Roon war damit nichts zu erreichen. Mit der Sistierung der Flottengelder war der Bruch mit der preußischen Krone offen zugegeben. Der Boden der Revolution durfte zusammen mit der Reichsverfassung offen angedeutet werden. Wir hören Bennigsen von der Anknüpfung des Vereins „an die unterbrochene große Bewegung des Jahres 1848 und 1849“ sprechen¹⁸; schuldig am Mißlingen der Revolution sind nunmehr nicht mehr die bitterbösen Demokraten und der „Pöbel“, sondern „die deutschen Regierungen, ihre Schwächlichkeit und zum Teil ihr böser Wille“.¹⁹ Aufhören macht uns die Anspielung auf die „großen Parteien“, die zu einem „Komitee von Staatsmännern und Führern“ herabgesunken seien, „denen der Boden im Volk und eine große Partei verlorengegangen sind“²⁰; Angespielt wird hier auf die preußischen Altliberalen (die früheren Konstitutionellen), die jeden Einfluß auf das „Volk“ an die aufstrebende Partei des Fortschritts verloren haben. Diese Deutsche Fortschrittspartei hat sich aber öffentlich durch Schulze-Delitzsch als Exekutive des Nationalvereins bezeichnet.²¹ Diesen Männern der Altliberalen, „die regelmäßig schon in einem höheren Lebensalter stehen“, stellt Bennigsen, der hier seine demokratische Mähne schüttelt, den Nationalverein gegenüber, der berufen ist, „die sämtliche Kraft der Bevölkerung“ darzustellen, „ohne Rücksicht auf die mehr oder weniger vornehme, mittlere oder geringere Stellung im bürgerlichen Leben“.²²

Damit sind nun die Bundesgenossen aus den Hilfsorganisationen angesprochen, die weiterhin von der Mitgliedschaft abgehalten wurden, wie der Fortgang der Verhandlungen beweist, die sich aber mit dem Nationalverein identifizieren sollen, ihn unter Umständen zu beschützen haben und dafür auch unterstützt werden sollen. Bennigsens Absage an die Altliberalen und seine Hinwendung

das wohl als Rundschreiben erging, in dem Ehmke aus Bremen gegen das Reglement von Coburg polemisiert (das wohl auf Rüstow zurückgeht). Es heißt dort: „Die neue Turn- und Volkswehrzeitung vertritt freilich zur Zeit mit Entschiedenheit die andere Anschauung, daß aus den Wehrvereinen ein neues deutsches Volksheer hervorgehoben würde, dieselben daher nicht im Anschluß, sondern vielmehr im Gegensatz zu den stehenden Heeren ihre Ziele zu erreichen hätten.“ Ehmke will dagegen Anlehnung an die bestehenden Formationen und verlangt für seine „Bremer Auffassung“ offene Diskussion, besonders da sich in Süddeutschland (Georgii?) und in der Pfalz Stimmen zugunsten der Bremer Auffassung erhoben. H. ONCKEN (Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 534 Anm.) zitiert aus diesem Brief.

17 Es ist an Ronge, Uhle oder Roßmäßler zu denken, die dann zur volksparteiichen Opposition neigten.

18 VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 4.

19 Ebd., S. 4.

20 VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 5.

21 Schulze-Delitzsch an Streit, April 1862 (H. SCHULZE-DELITZSCH, Reden IV, S. 59 f.).

22 VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 5.

zur Fortschrittspartei bedeutet den Abschluß von drei Jahren Anlehnung an die Konservativ-Liberalen der Neuen Ära und den Beginn einer neuen Entwicklung im Nationalverein, die durch die Annahme der Reichsverfassung von 1849 besiegelt wird. Wenn der behutsame Bennigsen den 48er-Demokraten und Oppositionär, der in ihm steckt, in der Eröffnungsrede der Coburger Generalversammlung von 1862 zu Worte kommen ließ, so war er von ähnlichem Gefühl beseelt wie Schulze-Delitzsch, der im Anschluß an die Versammlung an Streit schrieb, daß die Proklamierung eine „absolute Notwendigkeit“ war, weil sonst der Verein selbst gegenüber den Regierungen (gemeint sind wohl die der Mittelstaaten) ins Hintertreffen gekommen wäre.²³ In Weimar, als die liberalen Abgeordneten der deutschen Parlamente tagten, war Bennigsen davon noch nicht überzeugt.²⁴ Die Wucht der Ereignisse läßt sich ziemlich genau verfolgen.

Angefangen hat die Radikalisierung mit der Ausschußsitzung in Berlin, die die Ablieferung der gesammelten Flottengelder an die preußische Regierung als Protest auf das Ende der Neuen Ära einstellte. Im Anschluß an diese Sitzung veröffentlichte der Ausschuß einen Aufruf an die Vereinsgenossen, dem die „Wochenschrift“ in sensationeller Aufmachung eine Extrabeilage widmete.²⁵ Alles, was sich zugunsten der preußischen Spitze sagen ließ, wurde dort wiederholt, nur unabhängig von den zufälligen Leitern der preußischen Politik, dagegen abhängig gemacht von dem „einzigen und mächtigen Bundesgenossen, dem deutschen Volke“ und daraus der Schluß gezogen, daß es darauf ankomme, die deutschen Volksvertretungen zu erobern. Mit diesem Aufruf wurde die neue Losung des Bündnisses mit dem preußischen Volk, vertreten durch seine kämpfenden Abgeordneten für ihr Verfassungsrecht, proklamiert. Der Beschluß der Nichtablieferung der Flottengelder wurde nicht bekannt gemacht, ließ sich aber aus dem Verschwinden der Flottenabrechnungen in der „Wochenschrift“ schließen. Der Beschluß selber hatte auf seine Bestätigung durch die Generalversammlung zu warten, die zu Coburg 1862 ohne Schwierigkeiten gegeben wurde.²⁶

Die Parallele dieses Beschlusses mit dem Beschluß des preußischen Abgeordnetenhauses, der Regierung wegen ihrer Unglaubwürdigkeit keine Gelder zu bewilligen, liegt auf der Hand. Der Aufruf des Ausschusses an die Vereinsmitglieder kam dann, um das Bündnis des Vereins mit dem preußischen Abgeordnetenhaus zu bekräftigen, und ihm zu zeigen, daß keine Veränderung gegenüber Preußen an sich beabsichtigt sei. Die Fortschrittspartei in Preußen hatte keinen Grund, sich der Zurückhaltung der Flottengelder zu widersetzen; sie konnte sogar der Befürwortung der Reichsverfassung zustimmen, da die Führung Deutschlands durch Preußen damit nicht ausgeschlossen worden war.

In ganz Deutschland erregte der Beschluß der Sistierung der Flottengelder Aufsehen und Spekulationen. Dadurch wurde die Diskussion angeregt, für wel-

23 Auszug des Briefes von Schulze-Delitzsch an Streit v. 23. 10. 1862 bei H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 582, Anm.

24 Die Gegnerschaft war nur lau, da Bennigsen am Weimarer Abgeordnetentag einem Kompromißantrag zustimmte, der im wesentlichen auf der Reichsverfassung fußte; ebd.

25 Nr. 97 v. 7. 3. 1862. Der Text des Aufrufes wurde auch als Flugblatt, datiert: Berlin, am 2. März, vertrieben.

26 VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 23 und 28.

che nationalen Zwecke die zurückgehaltenen Flottengelder anzulegen seien. Vor allem dachten die Wehrvereine an die Wehrbarmachung des Volkes, sei es um ein Parlamentsheer zu bilden, da die Reichsverfassung im Jahre 1849 vor allem deshalb gescheitert war, weil das Parlament machtlos war; sei es zur Wehrbarmachung gegen den äußeren Feind, wobei man an Dänemark, wie auch an Frankreich, denken konnte. Der Nationalverein war attraktiv geworden und der Masseneintritt, besonders von Demokraten, war die Folge, wie sich nach deren Wiederaustritt nach der Spaltung von 1864 herausstellte. Die erste Enttäuschung bereitete der Ausschuß, als er sich jeder Verwendung der Gelder für Zwecke, die nicht mit der Seetüchtigkeit zusammenhingen, widersetzte: Das war das Ergebnis der zweiten Generalversammlung zu Coburg im Jahre 1862.²⁷

Der Neuorientierung des Vereins nach dem Ende der Neuen Ära war aufseherregend genug, sie wurde aber noch erhöht durch die Vorstandssitzung, über die Streit als Geschäftsführer in seiner Vereinsrubrik in der Nummer 104 der „Wochenschrift“ unter dem Datum vom 20. April berichtete.²⁸ Zum ersten Mal wurde die Haltung v. Rochaus vom Vorstand offiziell gerügt, und zwar, weil er die Konflikthaltung der Liberalen im preußischen Abgeordnetenhaus, wie sie sich im Antrag Hagen kundtat, mißbilligt hatte. Rochau wollte die Regierung der Neuen Ära retten, während der Nationalverein seit dem 20. März durch die Sistierung der Abgabe der Flottengelder sich dem Konfliktkurs unbedingt angeschlossen hatte.

Im Zusammenhang mit der notwendigen Neuorientierung des Nationalvereins bekommt aber eine unscheinbare Nachricht von Streit hohe Bedeutung. Er berichtet, daß der Vorstand in der gleichen Sitzung, in der v. Rochaus Haltung gegen den Konfliktkurs des Vereins getadelt worden war, den Beschluß gefaßt habe, die Summe von 2 400 Gulden zum Zweck der Beschickung der Industrieweltausstellung in London durch Facharbeiter bereitzustellen. Das Geld sollte der Redaktion des „Arbeitgeber“ zwecks Auswahl der Arbeiter und ihrer Organisation als „Arbeiterexpedition“, wie es später hieß, überwiesen werden.²⁹ Hinter dem „Arbeitgeber“ stand Max Wirth, der für den Nationalverein die auswärtigen Beziehungen besorgte.

Wir fragen – und mit uns fragten sich die zeitgenössischen Mitglieder des Nationalvereins –, was hatte der Nationalverein mit der Industrieausstellung zu schaffen und was mit einer Arbeiterexpedition? Der erste Teil der Frage ist leicht zu beantworten, weil die authentische Antwort vorliegt: Zur Generalversammlung zu Heidelberg (1861) war David Born, der Bruder des Arbeiterführers Stephan Born der Revolutionszeit, aus London eingetroffen, um für eine einheitliche Ausstellung deutscher Produkte unter eigener Flagge (d.h. unter der deutschen Trikolore) zu werben, und wegen des allgemeinen nationalen Interesses hatte die Generalversammlung diesen Punkt verhandelt.³⁰ Damit war die Vertretung der nationalen Industrie ein Programmpunkt der nationalen Bewegung geworden. Ein im Jahr einmal zusammenkommender volkswirtschaftli-

27 Ebd., S. 23 (Antrag Wex, Hamburg und Diskussionsbeitrag Miquèl, S. 27 f.).

28 WOCHENSCHRIFT Nr. 104 v. 25. 4. 1862, S. 851.

29 Ebd. und H. ONCKEN, Nationalverein, 1912.

30 VERHANDLUNGEN II, 1861, S. 49.

cher Verein konnte diese Aufgabe nicht übernehmen, die nur eine Dauerorganisation, wie sie der Nationalverein besaß, durchführen konnte. Man hoffte damals, daß der preußische Kronprinz (und nachmalige deutsche Kaiser Friedrich III.) die Gelegenheit benutzen würde, als Patron der deutschen Aussteller die so gern verkündeten „moralischen Eroberungen“ für Preußen in Deutschland zu machen. Aber der Kronprinz tat nichts (wegen der deutschen Trikolore?), und die deutsche Misere des zersplitterten deutschen Auftretens wiederholte sich im Jahre 1862 (wie vorher im Jahre 1851). Wenn der Nationalverein nunmehr selbständig vorging und eine Vertretung der nationalen deutschen Arbeit inszenierte, so war das ganz im Sinn des neuen Konfliktkurses.

So wie der Konfliktkurs selbst, war auch die Arbeiterexpedition nicht unangefochten, und man fragte sich mit Recht, wieso ein Agitationsverein für die Einsetzung einer preußischen Zentralgewalt in Deutschland dazu komme, eine Arbeiterexpedition auszurüsten. Die Redaktion der „Wochenschrift“ hielt sich zurück und nur Streit benutzte seine Rubrik für Vereinsnachrichten, um über den Fortgang der Expedition zu berichten. Der Vorstand hielt zu Streit, und dem Portefeuillearbeiter Leschmann aus Offenbach wurde Gelegenheit gegeben, auf der Generalversammlung zu Coburg ausführlich über die Expedition zu berichten. Der wichtigste Punkt seines Berichts war wohl, daß die ursprünglich vorgesehene Zahl von 12 Teilnehmern auf 66 angeschwollen war.³¹ Der Nationalverein hatte damit die geheimen Beziehungen zur Regierung der Neuen Ära, wie sie ein Max Duncker vermittelt hatte, mit Hinwendung zu den „Satellitenorganisationen“ vertauscht: Der Flirt mit den Massen sollte unerwartete Folgen nach sich ziehen.

Leschmanns Bericht³² entsprach vollkommen den Ansichten des Ausschusses. Die Absichten des Nationalvereins, aus dem Chaos der deutschen Ausstellung „ein vereintes Ganzes“ zu schaffen, wurden gebührend hervorgehoben und mit der trostlosen Gegenwart konfrontiert. Leschmann gab der Hoffnung Ausdruck, daß die „Trikolore herabwallen möge auf ein großes und einiges Deutschland [...] auf ein Deutschland im Sinn des Nationalvereins“; aber der Sinn dieser ungewöhnlichen Ansprache lag doch in den Schlußworten: „Tragen Sie die Sorge, daß das geistige Licht auch eindringe [...] in die Herzen der deutschen Arbeiter, tragen Sie Sorge, daß die Legionen der deutschen Arbeiter erfaßt werden von Ihrem hochherzigen Streben, dann werden Sie sich durch diese einen lebendigen Wall bilden, dann wird der Nationalverein werden, die feste Burg der deutschen Einheit, und wir Arbeiter – die erste Ringmauer um denselben.“³³ Bennigsen durfte das mit dem Wort quittieren, daß die intelligenten Arbeiter fähig und bereit sind, an dem nationalen Werk mitzuarbeiten, um anschließend die verschiedenen Anträge auf die Erleichterung des Eintritts der Arbeiter in den Verein, wie sie Wartenburg aus Gera im Namen von 500 Arbeitern von Leipzig einbrachte, zu Fall zu bringen.³⁴ Leschmann war mit dem Beschluß, am Talerbeitrag festzuhalten, kein Unrecht geschehen, denn seine

31 VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 51.

32 Ebd., S. 51–53.

33 Ebd., S. 53.

34 Ebd., S. 54 f.

Rede war ganz im Geist des Bildungsbürgers gehalten, der zu dem bildungs-hungrigen Arbeiter in ihren Spezialorganisationen herabsteigt. Er war der Vertrauensmann von Max Wirth auf der Expedition gewesen und hatte alle Angriffe gegen dessen schlechte Leitung abgewiesen und auch in seiner Rede nur undeutlich kenntlich gemacht. Er gehörte zum Nationalverein als Mitglied und war Arbeiter nur wegen seiner Herkunft. Er hatte die Ideologie einer Hilfsorganisation voll erfaßt: In der Zukunft wird er das beweisen.

Leschmann, der Arbeiter, der sich emporgearbeitet hat, wurde von Ludwig Seeger aus Stuttgart als Muster für den Arbeiter hingestellt, der willig seinen Taler Mitgliedsbeitrag zahlt³⁵, aber Wartenburg kannte die Handarbeiter von Leipzig, die bald mit ihren Emanzipationsvorstellungen erscheinen würden, und diese wurden absichtlich von der Versammlung übersehen, weil dadurch das ganze Konzept der Einigung Deutschlands durch das Bürgertum ins Wanken gekommen wäre.

Nur wer schon den frühindustriellen Handarbeiter kannte, wie Wartenburg (und vielleicht auch Fries), konnte verstehen, daß die Arbeiter das Abschlagen ihrer Mitgliedschaft mit einem *Nationalverein für Arbeiter* beantworten würden, der mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) im Mai 1863 ins Leben trat. Aber die große Mehrheit der Versammlung verstand entsprechend der Freihandelsdoktrin unter Arbeitern jeden, der sich der Gesellschaft nützlich macht, sei er Meister, Geselle, Tagelöhner oder selbst Kaufmann und Produzent. Für diese war die Herabsetzung der Beitrags-summe nicht geboten; für sie galt es die Opferwilligkeit zu erhöhen, und so argumentierte Max Wirth, der seine Bekanntschaft mit dem Arbeiterstand durch die Herausgabe seines „Arbeitgeber“ unter Beweis stellte.

Der Antrieb zur Herabsetzung des Mitgliedsbeitrages kam auch gar nicht in der Hauptsache von den Befürwortern der Arbeiter; er kam von den Demokraten, die die Kleinbürger heranziehen wollten, um dadurch die Wende im Nationalverein zur Demokratie zu untermauern. In ihrem Interesse sprach ausführlich Dr. Jäger aus Hirschberg an der Saale.³⁶ Er sprach vom Arbeiter, aber seine Unsicherheit im Gebrauch dieses Begriffs tut sich darin kund, daß er sagt, „ein Arbeiter, ein minder bemittelter Arbeiter“; wir würden stattdessen sagen, ein Kleinverdiener, denn er fährt fort, „ein subalternen Beamter, ein Volksschullehrer“. Für diese ist ein Taler das Einkommen von zwei Arbeitstagen und sie können es sich nicht erlauben, in den Verein einzutreten. Wenn, wie Jäger sagt, wir dem Prinzip huldigen, „Alles für das Volk und Alles durch das Volk“, so dürfen wir auf die Kleinverdiener nicht verzichten, denn wir haben vor, uns zu „verzehnen- und zu verzwanzigfachen“. Wir müssen das auch auf die Gefahr hin, daß Reaktionäre eintreten und Exzesse veranlassen (ein gängiges Argument!). Wenn aber die Reaktion so etwas vorhat, besteht für sie kein Unterschied, ob es gilt, dafür einen halben oder ganzen Taler zu opfern. Wenn wir bis jetzt nur die Offiziere der geistigen Armee waren, so müssen wir nunmehr die Soldaten anwerben.

35 Ebd., S. 54.

36 Ebd., S. 53 f.

Diese Argumente, wie das Argument von Wartenburg, daß die Arbeiter auch zusätzlich für Turnvereine, Wehrvereine und Fortbildungsvereine zu steuern hätten³⁷, änderten die Ansichten der Mehrheit nicht, vielleicht vergrößerten sie sogar das Lager der Gegner, denn nichts war dem Bürgertum weniger vorstellbar, als daß das geeinte Deutschland nicht ihren Begriffen entsprechen würde. Zu dem Unvorstellbaren gehörte die Herrschaft des Pöbels, zu dem alle Arbeiter gehörten, wenn sie nicht ihre Biederkeit immer von neuem bewiesen.

Gerade jetzt, wo man den Schutz der Konstitutionellen entbehren mußte, wo die Reaktion den preußischen Volksverein gegründet und Bismarck die Herrschaft angetreten hatte, war es doppelt geboten, Vorsicht zu bewahren. Der Andrang der „Ein-Taler-Männer“ ließ sich nicht abwehren, aber gerade deshalb mußte man doppelt gewappnet sein, dem demokratischen Pöbel den Weg in den Verein zu versperren. Das Schlimmste war, daß man sich nicht offen erklären durfte. Wie matt klang es, wenn Schulze-Delitzsch in Leipzig zu Beginn des neuen Jahres erklären mußte, die Arbeiter sollten sich als „Ehrenbürger“ des Vereins betrachten, weil sie jeden Taler sparen sollten, um so zu einem „Kapitalchen“ zu gelangen, um ihren Aufstieg in den Bürgerstand anzubahnen. Von dem Interpellanten Otto Dammer kam dann die Losung eines Nationalvereins der Arbeiter, der mit dem ADAV ins Leben trat und dessen Vizepräsident er selber wurde.³⁸

Die erzwungene Abkehr von der Politik der Neuen Ära brachte mit der Annahme der Reichsverfassung vom Jahre 1849 samt Grund- und Wahlrechten nicht nur den schnellen Zustrom von Demokraten zum Nationalverein, sondern auch eine Ideenflut, die schon die Annahme der Verfassung begleitet hatte. In Deutschland hielt man sich vorsichtig zurück, aber vom Ausland, vor allem aus England, kamen Anregungen, die auch in Deutschland fühlbar waren.

Die Teilnehmer der Arbeiterexpedition kamen mit den Vertretern französischer und englischer Arbeiter zusammen und begegneten Ideen, deren Auswirkungen nicht sogleich spürbar waren; aber sie kamen auch mit Deutschen zusammen, die in den verschiedenen Emigrantenvereinen organisiert waren, unter ihnen der dortige Nationalverein, der sich im freien England nicht an das deutsche Vereinsgesetz halten mußte, der ohne zu fragen Versammlungen einberief, Behörden einsetzte und eine „Wochenschrift“, den „Hermann“, herausgab. In England durfte nicht nur von Demokratie gesprochen werden, sondern auch von Republik. Man konnte ungehindert korrespondieren, auch mit dem Geschäftsführer in Coburg. Leschmann erwähnte in seinem Bericht Heintzmann, der in England Präsident des dortigen Nationalvereins war, Gottfried Kinkel und Hermann Juch, den Redakteur des „Hermann“, das erste deutsche Sängerfest und das „Nationalfest“, wie er es nannte, in Wahrheit ein Kongreß des englischen Nationalvereins³⁹, wo auch das Ende der Neuen Ära zur Sprache kam und die Maßnahmen zur Einführung der Reichsverfassung. Zu diesem Kongreß war auch v. Bennigsen als Präsident des allgemeinen Vereins eingela-

37 Ebd., S. 55.

38 Siehe SH. NA'AMAN, Otto Dammer – der erste deutsche Arbeiterfunktionär aus den Reihen der proletarischen Intelligenz.

39 VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 52.

den, der aber angeblich verhindert war. Streit vertrat ihn, ob mit dessen Wissen oder nicht, läßt sich nicht ausmachen. Auch dessen Sekretär, Ludwig Schweigert, war gekommen. Die offiziellen Ansprachen sind im „Hermann“ nachzulesen, aber sicher ist, daß auch über Dinge gesprochen wurde, die man nur im Ausland verhandeln durfte.

Es hat sich ein Brief Lassalles an Marx mit Empfehlungen für Ludwig Schweigert erhalten⁴⁰, diesem bei dem Ankauf von Gewehren behilflich zu sein: Das erklärt die Sachlage. Nicht, daß man sogleich an bewaffnete Aufstände und Revolutionen gedacht hätte; aber man wollte gegen die stehenden Heere mit dem Argument der allgemeinen Wehrpflicht ankämpfen, wobei sich die allgemeine Wehrpflicht als das Milizsystem der Schweiz interpretieren ließ oder als System, wie es sich in Preußen bei dem Aufstand gegen Napoleon bewährt hatte, was mit dem Militärsystem Preußens vor und nach der Heeresreform wenig gemein hatte, denn die Hauptsache war die Allgemeinheit der militärischen Ausbildung und die kurze Ausbildungszeit, beides Dinge, die kein preußisches System verwirklichte. Es war ganz klar, daß die allgemeine militärische Ausbildung früher oder später die Einführung der Demokratie, wenn nicht gerade nach sich zog, so doch sehr erleichtern würde. Über all das ließ sich in London offen sprechen. Briefe von Schweigert und von Röckel, dem Dresdner Barrikadenhelden, der eben erst aus dem Zuchthaus zu Waldheim entlassen worden war, bezeugen das.⁴¹

All das wird Leschmann in London mitgesehen und mitgehört haben, aber darüber konnte man auf einer überwachten Generalversammlung auf deutschem Boden nicht sprechen. Deswegen sprach er nur von dem Londoner Nationalverein in Andeutungen und berichtete außer vor der Ausstellung nur über die englischen Institute der Selbsthilfe, wie über die Pioniere von Rochdale, die den deutschen Arbeitern als einziges Vorbild vorgeführt wurden. Über die Kreise um Blind und um Wilhelm Liebknecht schwieg Leschmann sich aus. Vielleicht kam er mit diesen auch nicht in Berührung. Andere Mitglieder der Expedition, wie der Harburger Theodor York, haben darüber berichtet.⁴²

Die Heranziehung der Arbeiter, um „eine erste Ringmauer“ um den Nationalverein zu schaffen, wie Leschmann sich auf der Generalversammlung zu Coburg ausgedrückt hatte, war etwas Neues und hatte, wie sich herausstellen wird, völlig unerwartete Folgen; aber die Absicht, Turner, Schützen und Wehrvereine heranzuziehen, um unter Umständen an ihnen einen Halt zu haben, war so alt wie der Verein: Die Wehrhaftigkeit der heranwachsenden Jugend in Deutschland war eines der ständigen Themen der „Wochenschrift“ unter der Leitung von Rochau und entsprach seiner Grundüberzeugung, die vermutlich bei ihm noch auf den Mythos der Freiheitskriege und der Burschenschaft zurückgeht, aber sie hängt eng mit dem ersten Konzept des Nationalvereins als der Nationalpartei zusammen, die Übertragung des Oberkommandos für alle deutschen

40 Nachlaß Lassalle III, S. 396, Brief v. 19. 6. 1862.

41 Die Londoner Reise von Streit und Schweigert war von langer Hand vorbereitet, wie Briefe von Schweigert und Streit an Lassalle bezeugen (Nachlaß Hatzfeldt, Nachlaß (IISG) Amsterdam, Briefe Schweigerts an Emma Herwegh (Liesthal) und Röckels an Schweigert.

42 H. LAUFENBERG, 1911, Bd. 1, S. 210 f.

Truppen an Preußen zu fordern. Zu diesem Zwecke mußten die militärische Ausbildung der ganzen deutschen Jugend vereinheitlicht und die physischen Voraussetzungen für die Verteidigungsbereitschaft geschaffen werden. Dazu gehörten auch die einheitliche Bewaffnung und das einheitliche Reglement. Das Leitbild war das „preußische Volk in Waffen“ des Befreiungskrieges, der eine allgemeine Wehrpflicht schuf. Das Motiv Rochaus war zunächst patriotisch-militärisch.⁴³

All dem stand die Wirklichkeit des preußischen Staates entgegen. Preußens Großmachtstellung seit 1815 kam von seinem *stehenden Heer*, und dessen Reform stand auf der Tagesordnung. Preußen widersetzte sich einer Übertragung des Oberkommandos an seinen König durch den Deutschen Bund, dessen Befugnis er dazu nicht anerkannte, und erstrebte eine permanente Teilung des Oberkommandos längs der Mainlinie, wobei es die Verteidigung Süddeutschlands gern Österreich überließ. Interessiert war Preußen an Militärkonventionen mit norddeutschen Staaten, für die es als Musterbeispiel und Vorbild die Militärkonvention mit Sachsen-Coburg-Gotha abschloß (1. Juni 1860).⁴⁴ Die allgemeine Wehrpflicht fand in dieser Konvention ihren Platz nicht. Der allgemeinen Wehrpflicht entsprach die Heeresreform, wie sie dem preußischen Parlament vorgelegt wurde, keineswegs. Das Militärbudget lastete auf der preußischen Bevölkerung wie auf der Bevölkerung aller anderen deutschen Staaten.

In der bürgerlichen Vorstellung von Sparsamkeit trotz allem Nationalismus, wurzelte die anhaltende und frühzeitige Beschäftigung der „Wochenschrift“ wie der Versammlungen des Nationalvereins mit jeder Form von nationaler Wehrhaftigkeit: Wenn die nationale Partei den Krieg mit Frankreich wollte und deshalb die Wehrhaftigkeit des ganzen Volkes und zugleich das Militärbudget in allen Staaten zugunsten des Bürgertums (= Volk) in Grenzen halten wollte, dann deutete die Wehrhaftigkeit auf Wehrpflicht hin und diese auf Turn- und Schützenvereine, denn nur bei einer wehrhaften Jugend ließen sich bei kurzer Ausbildung und Dienstzeit Ersparnisse machen, ohne die Wehrhaftigkeit zu schwächen. Die Stellvertretung bei der Ausübung der persönlichen Wehrpflicht, wie sie in vielen deutschen Staaten üblich war, mochte ein individueller Ausweg

43 Rochaus Stellungnahme war seit der ersten Generalversammlung zu Coburg 1860 festgelegt (VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 55–57). Er betonte die Wichtigkeit der Wehrerziehung im Jugendalter, als deren Vorbild er die Schweizerischen Kadettenkorps ansah, und die Errichtung von Schützengesellschaften. Seine Sorge galt dem militärischen Nachwuchs. Die Abkürzung der Ausbildungszeit war sein Ziel, da sie die Anhänglichkeit an das Militär garantierte. Da v. Rochau sich bei Reden zurückhielt, sind seine Aufsätze in der Wochenschrift zu beachten, etwa „Kriegsaussichten und Kriegsrüstungen“ (1860, Nr. 7, S. 51 f.), „Bericht an die Generalversammlung des Nationalvereins über einen Antrag, die militärische Erziehung der Jugend betreffend“ (Nr. 19, S. 149 f.), eine Wiederholung seines Beitrages auf der Generalversammlung, die ihre Wichtigkeit erhöhen sollte; „Die Wehrhaftigkeit der deutschen Turner“ (der Verfasser des Redaktionsbeitrages ist vermutlich v. Rochau), ebd., 1861, Nr. 65, S. 535 f.

44 Die Militärkonvention trat ein Jahr später in Kraft und wurde von der Wochenschrift ausdrücklich begrüßt (Nr. 65 v. 20. 7. 1861). Der Antrag von Barmen, dem Herzog für den Abschluß der Militärkonvention vollkommene Anerkennung auszusprechen (VERHANDLUNGEN II, 1861, S. 50), wurde nicht zur Abstimmung gebracht, sondern ihm auf Antrag Benigns durch ein dreifaches Hoch auf den Herzog ausgewichen (ebd., S. 51). Die Militärkonvention als Weg zur Einigung wurde stark angegriffen, und die Motive des Herzogs für ihren Abschluß wurden beargwöhnt. Siehe W. STREUBEL, 1862.

für wohlhabende Bürger aus den Beschwerden der aktiven Dienstpflicht sein, aber für die Bürger als Klasse (oder *Stand*, wie man damals sagte) waren nur das Volksturnen, das Schützenwesen und die allgemeine Wehrpflicht der Ausweg. Wenn Turnen und Schießen im Jugendalter gleich dem *Einjährigen* in Preußen die aktive Dienstzeit verkürzte, so war das sowohl moralisch vertretbar wie geldsparend. Rochau verwies schon frühzeitig auf die Kadettenkorps der Schweiz und auf die Wehrerziehung in den Schweizer Schulen; wenn später das Schweizer Milizsystem empfohlen wurde, so war darin keine neue Entscheidung zu sehen. Es ging darum, die Ausgaben für die stehenden Heere zu verkleinern und gleichzeitig zur allgemeinen Wehrhaftigkeit zu kommen. In einem kritischen Sinn sprach sogar v. Unruh als Preuße auf der ersten Generalversammlung des Nationalvereins über das preußische stehende Heer. Auch er dachte an eine Verallgemeinerung der Wehrhaftigkeit in ganz Deutschland.⁴⁵

Wenn die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ein heikles politisches Thema war, das auch bei vielen Mitgliedern umstritten war⁴⁶, und eine Resolution über sie vermieden wurde, so wurde die Einrichtung von Turn- und Schützenvereinen empfohlen, weil ganz eindeutig von ihren militärischen Vorzügen die Rede war. Wir wundern uns deshalb über das Ausschußmitglied Georgii aus Esslingen, der als Vorsitzender des Turnerbundes tätig war, daß dieser sich zusammenfassend für die Turnvereine und deren Förderung erklärte, aber doch gegen Waffenübungen in den Turnvereinen, solange die allgemeine Wehrpflicht noch nicht überall eingeführt war, allerdings diese würde nicht eingeführt werden, solange es noch stehende Heere gab.⁴⁷

Bei dieser unklaren Begründung horchen wir auf: Weil die allgemeine Wehrpflicht nicht eingeführt ist, soll es kein Wehrtturnen geben; die allgemeine Wehrpflicht wird aber nicht eingeführt werden, weil es noch stehende Heere gibt. Also nichts soll geschehen, und warum nicht? Das Geheimnis liegt bei dem ersten Coburger Turnfest, das am 17. und 18. Juni stattgefunden hatte (1860), und an dem zusammen mit dem Geschäftsführer Feodor Streit auch andere Demokraten teilgenommen hatten, und die brachten dort ein ganz anderes Wehrtturnen zur Sprache, ein Turnen, das nicht nur für die Kriegsbereitschaft da war, sondern ein Turnen, das die Grundlage für die gesetzliche und verfassungsmäßige Freiheit bilden sollte, das Turnen der Turnvereine von 1848/49, das jetzt überall wieder auflebte. Die Diskussionen um den Zweck des Turnens hatten auch in der „Wochenschrift“ ihr Echo gefunden, und die Mitglieder der ersten Versammlung des Nationalvereins wußten von ihnen. Für die Rechtslibe-

45 VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 33 f.

46 VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 43: Der Präsident verliert zwei vom Ausschuß mittlerweile formulierte Anträge – also entgegen den vorbereiteten –: Die Generalversammlung geht über die Frage der Reform der Heeresverfassung und der stehenden Heere (die alle im Gegensatz zur allgemeinen Wehrpflicht formiert waren) zur Tagesordnung über, und zwar, weil „über die technische Behandlung der erstrebten Umwandlung und über die Frage, welchen Maßregeln für den Zweck sofort in Bewegung zu setzen wären, noch Meinungsverschiedenheiten bestehen“; aber: „Die patriotischen Bestrebungen, welche in der Förderung und Organisation des deutschen Schützen- und Turnwesens, in der Konstituierung von Wehrvereinen und Jugendwehren [...] verdienen die Anerkennung und stete Unterstützung des deutschen Volkes.“

47 VERHANDLUNGEN II, 1861, S. 31 f.

ralen gab es nur *ein* Turnen und *eine* Wehrhaftigkeit; für die Demokraten gab es deren zwei. Für die Rechtsliberalen galt das Wehrtturnen zur Vorbereitung gegen den äußeren Feind; in der öffentlichen Meinung aber wußte man von Turner-, Schützen- und Wehrvereinen vor allem wegen ihrer revolutionären Vergangenheit.

Die Doppelfunktion der Turn-, Wehr- und Schützenvereine beherrschte die Auseinandersetzung über das Thema der Wehrhaftigkeit auf der zweiten Generalversammlung zu Heidelberg (1861). Die Doppelfunktion bezieht sich aber nicht auf revolutionäre Barrikaden, jedenfalls nicht im Nationalverein und soweit die Dinge verhandelt wurden. Davon wird in vielen der Turn- und Wehrriegen die Rede gewesen sein, und in den Berichten der Geheimagenten wurde darüber geschrieben⁴⁸; im Nationalverein wurde neben der Wehrhaftigkeit gegen den äußeren Feind an die zweite Möglichkeit gedacht, an die Wehrhaftigkeit als Grundlage der Verfassung eines zukünftigen Deutschland. Das stehende Heer der langen und teuren Dienstzeit war ein Instrument der Herrscher und unterstand prinzipiell der Krone und deren Regierung; die Armee der allgemeinen Dienstpflicht dagegen sollte der Regierung und dem Parlament unterstehen, auch nach der Auffassung der Konstitutionellen. Der Herrscher hatte zwar die Armee zu befehligen, war aber nicht der Kriegsherr. Er bekam Geldzuweisungen vom Parlament, aber die hatte er als Treuhänder, den Anweisungen des Parlaments entsprechend, auszugeben. Darum ging es auch bei dem sich hinziehenden Heereskonflikt in Preußen, soweit er eine Prinzipienfrage war.

Überspitzt könnte man formulieren, Königsheer oder Parlamentsheer waren die Alternativen, hätten diese Formulierungen nicht durch die englische Geschichte zur Zeit der Stuarts den Sinn bekommen, daß ein Königsheer entgegen einem Parlamentsheer im Bürgerkrieg gedacht werden müsse. Nicht daran dachte man in Deutschland, sondern an ein Heer, über das ein Herrscher nur unter Parlamentsaufsicht bestimmten konnte; ein Heer, das nicht nur dem König verpflichtet war, sondern auch dem Parlament.

Das Wort „Parlamentsheer“ wurde in den Auseinandersetzungen innerhalb des Nationalvereins nicht gebraucht; gebraucht wurde es aber von Schulze-Delitzsch in einer öffentlichen Ansprache in Frankfurt auf dem Bundesschießen im Jahre 1862, und deshalb dürfen wir dieses verfängliche Wort benutzen. Im Rahmen der Nationalvereinsverhandlungen sprach man von einem Volksheer, meinte aber dasselbe.

Als die Generalversammlung im August 1861 in Heidelberg zusammenkam, waren die Umriss des Konflikts wegen des Heeres zwischen der Krone und

⁴⁸ Es handelt sich um den „Mittelrheinischen Turnerbund“, dessen Organisationszentrum Frankfurt war, mit Abraham Strauß und J. B. v. Schweitzer an der Spitze. Seine Verhandlungen wurden von dem Agenten Zirndorfer im Auftrage der preußischen Regierung überwacht. Schweitzers Opposition gegen die Flottenaktion im Jahre 1861 und gegen die Arbeiterexpedition des Nationalvereins unter Leitung von Max Wirth wurde bekannt und bereitete den Gegenschlag zum Nationalverein in Form des ADAV vor. Der Mittelrheinische Turnerbund und der Mittelrheinische und Maingauverband der Arbeitervereine waren weitgehend identisch und haben in den Jahren 1863–1868 sowohl für die Volks- wie für die Arbeiterpartei entscheidende Wichtigkeit. Siehe R. WEBER, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 35–42.

dem Abgeordnetenhaus in Preußen schon erkenntlich und die Worte Volksheer und Königsheer waren schon im Gebrauch, nur hatte der Nationalverein noch nicht seine endgültige Stellung bezogen. Der Nationalverein wich der Entscheidung aus, indem er das Schwergewicht auf die Flottenagitation verlagerte. Aber wegen der Volkstümlichkeit der Turn- und Schützenbewegung konnte es sich der Nationalverein nicht erlauben, nichts zu einer Frage zu sagen, mit der seine Tätigkeit als Nationalpartei im Jahre 1859 angefangen hatte, mit der Frage der Wehrhaftigkeit. Der Ausschußantrag befürwortete die Bildung von Wehrvereinen, ohne die Turn- und Schützenvereine besonders zu nennen, wies aber indirekt auf sie hin, indem er davon sprach, daß es Aufgabe und Pflicht des Vereins sei, „alle wirklich nationalen Bestrebungen durch Zusammenfassung derselben zu begünstigen“, nahm aber der Resolution jeden Effekt, indem er den Zusatz v. Unruhs annahm, daß der Beschluß nur in Staaten gelten sollte, „in welchen die allgemeine Wehrpflicht noch nicht durchgeführt ist“. ⁴⁹ Die Prinzipienfrage, ob in Preußen ein Volksheer oder ein Königsheer zu sein habe, wurde dadurch ausgeklammert, indem die offizielle preußische Version angenommen wurde, in Preußen bestehe kein stehendes Heer, sondern ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht, obwohl sogar in der Versammlung Max Wirth darauf hingewiesen hatte, daß bei der Verdoppelung der Bevölkerung in Preußen die Aushebung der Rekruten noch die gleiche war wie im Jahre 1815, von einer Allgemeinheit der Wehrpflicht also nicht die Rede sein könnte. ⁵⁰ Lünig, als Preuße und Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, sah sich dazu berechtigt, v. Unruh zu berichtigen und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in ganz Deutschland einschließlich Preußen zu befürworten, aber er kämpfte nicht für seinen Antrag, weil er merkte, daß die Mehrheit im preußischen Verfassungskonflikt noch zu keiner eindeutigen Haltung gekommen war. Deshalb zeigte er nur den Unsinn auf, die allgemeine Dienstpflicht mit einer drei Jahre lang währenden Präsenzzeit bei der Fahne zu verknüpfen, denn Sinn der allgemeinen Wehrpflicht war die kurze Präsenzzeit wie im Milizsystem der Schweizer. Lünig meinte, um zur richtigen Einsicht zu gelangen, müßten auch die richtigen Sachverständigen herangezogen werden. Wenn der Nationalverein dann im Laufe des Jahres 1861 verschiedentlich auf Kolb und Rüstow verwies, hat er Lünigs Rat befolgt, aber erst nachdem der Nationalverein sich der Opposition des preußischen Abgeordnetenhauses gegen die preußische Heeresreform angeschlossen hatte, konnte das Wehr-, Schützen- und Turnwesen systematisch für die Wehrbarmachung des ganzen Volks besprochen werden, und zwar nicht politisch neutral für die Verteidigung der Landesgrenzen, sondern auch für ein verfassungstreues Volk in Waffen. Im Krieg mit Dänemark (1864) experimentierte dann der Verein mit seinem Wehrkonzept ⁵¹, aber zerbrach daran, denn viel zu wenig war für eine effektive Wehrbarmachung des Volks geschehen, um

49 VERHANDLUNGEN II, 1861, S. 26 und 32.

50 VERHANDLUNGEN II, 1861, S. 28.

51 Der Versuch, selbständig an Geldsammlungen und Freiwilligenverbände zu gehen und dafür ein Aktionskomitee in Göttingen zu bilden, wurde bald aufgegeben und dafür ein breiteres Komitee des Abgeordnetentages, der sog. 36er-Ausschuß eingesetzt. Das Trauma dieses Scheiterns ist für den Niedergang des Nationalvereins entscheidend.

Freiwilligenverbände im Ernstfall gegen stehende Heere einsetzen zu können. Nach Lüning sprach in Heidelberg „Löwe aus Berlin“ und stellte den passenden Antrag, daß der Nationalverein auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in ganz Deutschland hinwirke, versuchte aber nicht, seinen Antrag zur Abstimmung zu bringen. Er schloß sich also Lüning an, daß angesichts der Gegensätze selbst innerhalb der preußischen Mitglieder des Nationalvereins während der Debatte, erst eine Klärung der Ansichten über den Heereskonflikt vonnöten sei. Diese Klärung trat dann im Frühjahr 1862 ein, und das Ergebnis war die Einstellung der Abgabe der Flottengelder und die Rede von Schulze-Delitzsch über das Parlamentsheer. Löwe hatte mit seinen Vorstellungen bis zur nächsten Generalversammlung im Herbst 1862 zu warten.

Dieser junge Ludwig Löwe aus Berlin hat uns zu beschäftigen. Er hat seit der Generalversammlung von 1861 als Verbindungsmann von Ferdinand Lassalle zu Streit, dem Geschäftsführer des Nationalvereins, gewirkt und andererseits als Vermittler zwischen den Arbeitern Leipzigs und Schulze-Delitzsch.⁵² Lassalle hat sich dafür eingesetzt, daß dieser Löwe als Inspektor der Berliner Nationalvereinsmitglieder eine Stelle wie Ludwig Schweigert im Coburger Zentrum des Nationalvereins einnehmen sollte, also als Verbindungsmann zu den abhängigen Organisationen der Turner, Schützen und Arbeiter. Dieser Stellung für Löwe hatte auch Schulze zugestimmt, ohne daß er wahrscheinlich von dessen Verbindungen mit Lassalle etwas wußte. Nach der Rückkehr der Arbeiter von der Industrieausstellung in London nimmt Löwe eine Schlüsselstellung in der Geschichte der Entfremdung der Arbeiter vom Nationalverein ein, die es noch zu behandeln gilt. Seitdem der Nationalverein sich der Konfliktpolitik des preußischen Abgeordnetenhauses im Frühjahr 1862 angeschlossen hatte, wurde er als Aktionsbühne für demokratische Politik angesehen von Leuten, die links von der Parlamentspolitik standen. Das gilt für den relegierten Preußen Rüstow, der in Zürich lebte, für Röckel, den Barrikadenkämpfer von Dresden, der gerade aus dem Zuchthaus von Waldheim entlassen worden war, und auch für Lassalle, der nicht nur seit seiner Arbeiteragitation bekannt war, sondern auch schon vordem berühmt war als scharfsinniger Gelehrter, radikaler Schriftsteller und Salonlöwe. Röckel übersiedelte nach Frankfurt und hat bei der Organisation der Arbeitervereine eine Rolle gespielt⁵³; Rüstow blieb in der Schweiz, weil sein Gönner Herzog Ernst eine abschlägige Antwort auf das Gesuch erhielt, seine Rückkehr nach Preußen zu erlauben. Er versuchte eine kurze Zeit lang, die in Coburg von Streit herausgegebene „Wehrzeitung“ zu redigieren (1864), mußte

52 Ausführlich über Ludwig Löwe die Einführung zu F. LASSALLE, GRS V, S. XX–XXIII, die aber nichts von dessen Beziehungen zu Schulze-Delitzsch und zum Nationalverein zu berichten weiß, über die die Korrespondenzen des Nationalvereins Auskunft geben. Wegen der Namensgleichheit Ludwig Löwes mit dem liberalen preußischen Abgeordneten Löwe-Calbe wird sein Wirken auf den Generalversammlungen des Nationalvereins nicht erwähnt. Die Namensgleichheit täuscht, denn der Name von Ludwig Löwe war ursprünglich Levy.

53 Er war Vorsitzender des Frankfurter Lokalkomitees zur Vorbereitung des am 7. und 8. 6. 1863 tagenden Vereinstages der deutschen Arbeitervereine; sein Name als Märtyrer der Volkssache führte dazu. Im Protokoll der Verhandlungen wird sein Name nicht erwähnt, wohl sein Stellvertreter, der Leopold Sonnemann war. Röckel wird anonym als „einstweiliger Vorsitzender“ geführt, bis der Frankfurter Röhrich dann den Vorsitz erhielt.

aber bald auf dieses Experiment verzichten.⁵⁴ Durch seine Schriften hat er versucht, den demokratischen Volkswhehrgedanken zu popularisieren; Lassalle hat seinen Gedanken, durch den Nationalverein Einfluß auf Massen zu bekommen, zuerst durch direkte Beziehungen zur linken Zentrale des Nationalvereins in Coburg und dann durch die Gründung einer Art von Anti-Nationalverein zu verwirklichen versucht. Dieser Anti-Nationalverein ist nach Veränderungen und Anpassungen unter dem Namen Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein im Mai 1863 ins Leben getreten.⁵⁵

Als Manifest seiner Demokratie veröffentlichte Lassalle im Frühjahr die Schrift: *Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes*, die als Kernwort die „Idee des Arbeiterstandes“ enthält. Diese Schrift ist unter dem Namen *Arbeiterprogramm*⁵⁶ berühmt geworden. Der leitende Gedanke dieser Schrift ist, daß die moderne Demokratie eine soziale Demokratie zu sein hat, die alle Privilegien des Besitzes abbaut. Die Idee des Arbeiterstandes, die erstmalig in der Februarrevolution in Frankreich im Jahre 1848 als Recht auf Arbeit auftrat, wird in der neuen Geschichtsperiode, die jetzt ins Dasein tritt, die Idee der Arbeit als Grundlage der Gesellschaft verkünden. Die Idee des Arbeiterstandes ist allen Demokraten gemeinsam, weil alle Arbeiter sind, die der Gesellschaft nützlich sein wollen. Deshalb stellt die Idee des Arbeiterstandes kein Privileg dar.

Wenn diese Schrift als Programm ein Baustein für die neue Gesellschaft sein wollte, so versuchte Lassalle auch auf die Gegenwart einzuwirken und im Hinblick auf die Notwendigkeiten der aktuellen Politik. Dieser aktuellen Politik widmete er seine verschiedenen Ausführungen zu den Verfassungsfragen. Seine sozialdemokratische Idee des Arbeiterstandes und seine Taktik der Demokratie hat Lassalle in Arbeiter- und Bürgervereinen der Fortschrittspartei vorgetragen und über seine kritischen Gedanken und positiven Vorschläge ausführlich mit Streit in Coburg korrespondiert und versucht, durch dessen Verlagsgeschäft, auf die Mitglieder des Nationalvereins einzuwirken.⁵⁷ Mit zwei Vorstellungen ist er auch bei der Linken im Nationalverein auf Widerstand gestoßen: Die „Idee des Arbeiterstandes“ war in ihren Augen einem besonderen Klassenbewußtsein verwandt, auf die Anerkennung der Arbeiter als einem besonderen „Stand“ gerichtet; und mit dem taktischen Vorschlag, Preußens Regierung durch einen parlamentarischen Streik zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände zu zwingen, beschwor er die Gefahr einer Revolution herauf.

Lassalles Vorstellung, die oppositionelle Welle im Nationalverein für seine

54 ERNST II., Bd. 3, S. 84; Rüstow hatte sich an der Turner- und Volkswehrzeitung im Jahre 1861 beteiligt, bis sie nach Gotha verlegt worden war, aber seine Beteiligung läßt sich nicht nachweisen, weil die Zeitung vollkommen verschollen ist. Von der neugegründeten Wehrzeitung (ab 1864) trat Rüstow schon ab Nr. 3 zurück. Beide Zeitungen werden in der Literatur häufig verwechselt.

55 Am Gründungstag v. 23. Mai nahmen nur 14 Personen aus 10 Orten teil, von denen nur vier größere Mitgliedschaften vertraten (Leipzig, Hamburg, Frankfurt und Düsseldorf). Kein bestehender Arbeiterverein hatte sich ohne Spaltung vertreten lassen. Aus pessimistischer Sicht berichtet darüber J. VAHLTEICH, 1904.

56 F. LASSALLE, GRS 2, S. 139–202.

57 F. LASSALLE, GRS 5, passim und Einleitung, S. XVI–XX.

soziale Demokratie zu benützen, mußte scheitern. Schweigert und Streit haben vorgezogen, den linken Flügel im Nationalverein zu stärken und keine Untergrundbewegung für die Ideale Lassalles zu schaffen. Löwe hat schließlich die Vertrauensstelle im Nationalverein, die dieser von Streits Hilfe erhoffte, nicht erhalten. Er hat sich an der intellektuellen Schärfe von Lassalles Schriften wohl berauscht und diese gern an den jungen Intellektuellen Otto Dammer weitergegeben, hat aber Lassalle in der kritischen Stunde verlassen, als dieser sich den Arbeitern vorstellte, um seine Ideen zu verwirklichen.⁵⁸

Lassalle dagegen konnte auf den Nationalverein nicht bauen, nachdem dieser die Flottengelder nicht für Wehrzwecke einsetzen wollte, also sich nicht auf den revolutionären Weg drängen ließ. Alle die Gründe, die den Nationalverein bestimmten, sich für die Einführung der deutschen Reichsverfassung vom Jahre 1849 zu entschließen, waren für Lassalle Gründe, sie abzulehnen: Statt für die Verfassung zu kämpfen, sah sich der Nationalverein der Frage ihrer Einführung enthoben, da sie ja zu Recht bestand; die Verfassung war bundesstaatlich und ließ alle Souveräne auf ihrem Platz; sie entzog die Exekutive der andauernden Kontrolle des Parlaments und machte das Parlament durch das Vetorecht der Krone von dieser abhängig. Lassalle dagegen hatte aus dem Scheitern der Revolution gelernt, daß nur das Eingreifen in die Exekutive mit Gewalt, nur der Einheitsstaat und nur die Umgestaltung der geschriebenen Verfassung entsprechend den tatsächlichen Machtverhältnissen, den Staat der Zukunft einleiten könne. Das war der Sinn seiner Verfassungsschriften.⁵⁹ Deshalb begann er die Konstituierung seines *Antinationalvereins* unter vollkommener Nichtbeachtung der Verfassungsbeschlüsse des Nationalvereins und interpretierte das Wahlrecht neu als Recht des realen Volkes, nämlich der Arbeiter, das allgemeine Stimmrecht zum Zweck der Umgestaltung der ganzen Gesellschaft zu benutzen.⁶⁰

Mit dem Anschluß des Nationalvereins an die Konfliktpolitik der Fortschrittspartei im preußischen Abgeordnetenhaus im Frühling 1862 standen beide, die Fortschrittspartei wie der Nationalverein, in einer gemeinsamen Kampffront gegen die preußische Krone, ungeachtet der Ähnlichkeit in vielen Einzelheiten, aus verschiedenen Gründen und mit unterschiedlichen Zielen. Im Jahre 1865 waren die Unterschiede nicht mehr zu übersehen, aber im Jahre 1862 glaubten beide an ihre Gemeinsamkeit: Beide wollten den parlamentarischen Rechtsstaat aufgrund der preußischen Verfassung, wie sie sich seit dem Jahre 1849 verfestigt hatte. Zu diesem Recht gehörte das parlamentarische Budgetrecht. Die Verfassung des Heeres ganz dem Einspruchsrecht des Parlaments zu entziehen und sie ganz der Krone zu unterstellen, ging nicht an. Die Aufrechterhaltung der Heeresreform bei andauernder Gegnerschaft des Parlaments entsprach nicht dem Rechtsstaat; eine Fortführung der Regierungsgeschäfte ohne ein gesetzliches Budget war rechtswidrig. Für die Fortschrittspartei war die Al-

58 Löwes Abschiedsbrief von seinem „liebsten Freund“ schon am 5. 5. 1863, kurz vor der Arbeiterversammlung zu Frankfurt, die über die Gründung des ADAV entschied. Nach Lassalles Duelltod fand er sich nur zu einer rein persönlichen Würdigung bereit.

59 F. LASSALLE, GRS 2, S. 7–138.

60 Das ist die Essenz des Offenen Antwortschreibens. Das praktisch angebotene Mittel der Produktivassoziationen ist das den Zeitumständen angepaßte: Assoziation war das Zauberwort seit der Revolution und Schulze-Delitzsch hatte es popularisiert.

ternative: Ohne Wiederherstellung des Rechtszustandes war jeder Kompromiß ungeheuerlich und undenkbar; mit der Wiederherstellung des Rechts war der Konflikt erledigt und galt für jede Frage die sachliche Behandlung, wobei die Interessen von Krone und Parlament prinzipiell die gleichen waren. In den Augen des Parlaments wie der Krone waren die Interessen von Preußen und Deutschland identisch, waren aber durch Preußen zu bestimmen. Preußen war die deutsche Vormacht, und ihr hatten sich die deutschen Staaten zu beugen. Die deutschen Einzelstaaten durften Preußen in gemeinsamen Gremien nicht überstimmen, denn deren Gesamtmacht war kleiner als die preußische. Einzelheiten aller Bestimmungen waren im preußischen Abgeordnetenhaus festzustellen und mit der preußischen Regierung auszuhandeln. Für den Nationalverein lag das Problem Preußen so einfach nicht. Nach Aufhebung des gesetzlosen Zustandes mußte ein Preußen entstehen, mit dem die anderen deutschen Staaten in ein näheres Verhältnis treten wollten und konnten. Es mußte ein echter Bundesstaat entstehen, in dem die Einzelstaaten ihre Sonderrechte nur aufzugeben hatten, wenn diese der Gesamtheit zuwider waren. Darüber durfte Preußen nicht einseitig bestimmen, sondern nur alle gemeinsam nach dem Recht der zukünftigen Bundesverfassung. Damit kam die rechtlich bestehende Bundesverfassung von 1849 in das Blickfeld und nicht nur, weil sie die Zentralgewalt enthielt, die vermutlich an Preußen zu übergeben war. Deshalb kam der Beschluß der Generalversammlung im Herbst als Abschluß einer Entwicklung, die mit dem Frühjahr angefangen hatte. Man mußte die Bestrebungen, die überall im Gange waren zur Reform des deutschen Bundes, beachten, besonders, da man mit der Reichsverfassung über ein Instrument zur praktischen Reform gebot. Deshalb tat der Nationalverein den mutigen Schritt, sich am Abgeordnetentag, den Bennisgen bei der Eröffnung der Generalversammlung erwähnte⁶¹, zu beteiligen. Mutig – weil der Nationalverein bis jetzt immer behauptet hatte, die Nation zu sein (abgesehen von einer nicht definierten „Reaktion“, die nicht mitzählte) und hatte deshalb den Alleinvertretungsanspruch der Nation behauptet. Seit seiner Teilnahme an den Abgeordnetentagen (und deren Ableger, dem 36er-Ausschuß in der Schleswig-Holstein-Affäre), war er zur Zusammenarbeit sogar mit Großdeutschen bereit, d.h. mit jenen, denen der Schutz Deutschlands durch Österreich lebenswichtig schien und die deshalb die Berücksichtigung Österreichs bei jeder Bundesreform verlangten. Bis jetzt hatte der Nationalverein wegen der Fahne der Reichsverfassung immer die Oberhand bei allen Auseinandersetzungen behalten; die Frage war, ob das immer so bleiben würde. Die Krise des Vereins nach der Okkupation Schleswigs durch Preußen ist darauf die negative Antwort, aber bis dahin konnte der Nationalverein die von ihm benötigten Hilfsorganisationen im Namen der Gesamtheit ansprechen und beeinflussen.

Die große Kraftprobe kam mit dem ersten Bundestreffen der deutschen Schützen zu Frankfurt im Juli 1862, das ohne Gesichtsverlust für den Nationalverein verlief, trotz der Agitation der Großdeutschen. Der Nationalverein trat genauso oppositionell gegen Preußen auf wie die großdeutsche Konkurrenz, aber hielt zugleich das Banner der populären Reichsverfassung hoch. Franz

61 VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 4.

Duncker sprach zu Frankfurt nur als Vertreter der preußischen Opposition, und sein Erfolg war mäßig; Schulze-Delitzsch dagegen sprach als Vertreter der Nation und beschwor das Volk, sich schützend vor seine Verfassung zu stellen und machte damit Geschichte.

Seine Ansprache⁶²: „Sie mögen erlauben, mit welchen Gefühlen das Mitglied einer parlamentarischen Versammlung, welche in diesem Augenblick an einer Grundfrage des parlamentarischen Lebens steht, indem sie über das Prinzip der stehenden Heere und mit diesem Prinzip über die Möglichkeit der dauernden Entwicklung freiheitlicher, konstitutioneller Zustände zu entscheiden hat [...] Ihre Bestrebungen entgegennimmt. Diese Frage wird niemals den bestehenden Gewalten gegenüber eher gelöst werden, als bis das Volksheer in dem bewaffneten Volke selbst hinter dem Parlamente steht. Und dazu haben Sie, hat der Bund der deutschen Turner einen so würdigen [...] Anfang gemacht. Die Ideen, für die wir eintreten, haben nur einen Boden und nur eine Zukunft, wenn wir auf Sie hinter uns blicken können. [...] Nur wenn das Volk selbst seine heiligsten Interessen in die Hand nimmt, wenn es die politische Initiative ergreift in der Frage seiner freiheitlichen Entwicklung, dann kann sie gelöst werden. [...] Der deutsche Schützenbund und der deutsche Turnerbund, sie sind das Vorparlament, welches uns wirklich zum deutschen Parlamente führt.“

Wir werden nie erfahren, wo das preußische Parlament und wo das deutsche Parlament gemeint ist; ob die Initiative der Schützen sich in Aktionen oder in Wahlen ausdrückt; ob das Volksheer vor oder hinter dem Parlament stehen soll; ob das Vorparlament der Schützen und Turner zum Reichsparlament führt und auf welchem Weg, ob durch die Tat oder das Gesetz. Diese schillernde Rede hat König Wilhelm (oder der Mann, der sie ihm erklärt hat) richtig für Schulze-Delitzsch interpretiert: Hätte Lassalle dieselbe Ansprache gehalten, wäre sie anders zu interpretieren. Der König äußerte sich erregt: „Da haben wir's, jetzt ist's klar, wohin sie wollen, ein Parlamentsheer soll's werden. Aber sie sollen doch sehn, ob das Heer mir gehört oder Schulze-Delitzsch!“⁶³

Schulze hatte seine Ansprache mit dem Gedanken beendet, daß der *deutsche Schützenbund* und der *deutsche Turnerbund* das Vorparlament seien, das zum deutschen Parlament führen könne, wobei der Ausdruck „Vorparlament“ sehr mißverständlich ist, denn ein Vorparlament hat Wahlen zum definitiven Parlament auszuschreiben, und dafür dachte Schulze-Delitzsch die Schützen und Turner sicher nicht einzusetzen. Er suchte nur nach einem effektvollen Schluß und wußte, daß die Assoziation von Vorparlament und Parlament wirkungsvoll sein würde: Ernst war es ihm damit nicht. Dazu paßt, daß Schulze-Delitzsch Schützen- und Turnerbund in einem Atem nennt, als wären sie ein Begriffspaar, während sie doch im Leben Gegensätze waren: Das *Turnen* war entpolitisiert worden, weil seit der Reaktionszeit die Turnvereine Unterschlupf für jede subversive Tätigkeit waren. Die Demokraten hatten sich der Entpolitisierung wi-

62 H. SCHULZE-DELITZSCH, Schriften IV, S. 106 f.

63 Zitiert in dem langen Brief von Gustav Freytag an Schulze-Delitzsch v. 1. 9. 1862 (H. SCHULZE-DELITZSCH, Schriften IV, S. 105). Ganz entsprechend in dem Brief König Wilhelms an Herzog Ernst II. (ERNST II., Bd. 3, S. 239).

dersetzt und heimlich auch das Wehrtunnen geübt. Die „Wochenschrift“ war auf die lokale Atomisierung und die damit zusammenhängende Entpolitisierung verschiedentlich eingegangen, aber das Ausschußmitglied Georgii hatte diese Entpolitisierung durchgeführt, und in den Turnvereinen wie in den Arbeitervereinen war ständig die Rede vom Verbot der Politik. Wehrtunnen ja, aber nur zum Zweck der Wehrbarmachung. In diesem Sinne hatten sich auch alle Generalversammlungen des Nationalvereins ausgesprochen. Bei den *Schützen* dagegen war jede Entpolitisierung unnötig. Die Mitgliedschaft in diesen Vereinen war völlig auf Geselligkeit ausgerichtet, oder soweit sie politisch interessiert war – allgemein national, was immer das bedeuten mochte. Schon die Kleidung und Ausrüstung des Schützen war teuer und bevorzugte deshalb die Wohlhabenden. Waren Waffen für Minderbemittelte zu beschaffen zum Zweck der Wehrhaftigkeit, so wandte man sich an Mäzene oder direkt an den Nationalverein.

Herzog Ernst, der dem Nationalverein in Coburg Asyl angeboten hatte in der uneingestanden Absicht, den deutschen Viktor-Emanuel zu spielen und die Kaiserkrone zu erlangen, hatte 1860 das erste gesamtdeutsche Turnfest unter der Mitwirkung Streits und anderer Linken im Nationalverein abgehalten. Seine Absicht war unbedingt politisch, aber bei dem Turnfest zu Berlin war der Zusammenhang unter den Turnern mit Absicht gelockert worden. Nun versuchte es Ernst II. mit den weniger gefährlichen Schützen und zog auch Ludwig Schweigert zur Organisation der Wehrvereine heran. Es ist derselbe Schweigert, der als Nachfolger für den konservativen Nagel als Sekretär Streits fungierte. Auf die Initiative von Ernst schlossen sich die Schützen unter seinem Protektorat zum gesamtdeutschen Schützenbund zusammen, der in Deutschlands Hauptstadt Frankfurt zum Nationaltreffen zusammentrat. Gekleidet in der berühmten gewordenen grünen Schützenjoppe, nahm er Seite an Seite mit dem Leiter der Veranstaltung, Siegmund Müller, der Ausschußmitglied des Nationalvereins war, und dem großdeutschen Oppositionär Johann Baptist v. Schweitzer, dem Organisator des zehn Tage dauernden Festes, an der Veranstaltung teil.⁶⁴

Dieses Haschen nach Popularität eines deutschen Viktor-Emanuel, dem sich viele deutsche Cavour und Garibaldis anboten (eine von Garibaldi angebotene Gesandtschaft italienischer Schützen durfte nicht erscheinen, um die Gefühle der Österreicher und Süddeutschen zu schonen), wäre zu übergehen, wenn nicht kurz vorher die Militärkonvention mit Preußen in Kraft getreten wäre, derzufolge das regimentsstarke Heer von Ernst II. dem preussischen Kommando unterstellt wurde, seine Offiziere auf den König von Preußen vereidigt wurden und dem Herzog nur erlaubt wurde, die Truppen zur Unterdrückung von inneren Aufständen zu benutzen.⁶⁵ Seitdem war Ernst in den Augen Wilhelms einfach ein preussischer General, den er als oberster Kriegsherr anfahren und

64 ERNST II., Bd. 3, S. 72–89 und S. 225–245.

65 Der Militärkonvention mit Preußen widmet ERNST II. einen ganzen Abschnitt in seinen Erinnerungen (Bd. 3, S. 105–124). Er weist darauf hin, daß die Militärkonvention als unumgängliches Vorbild für den Norddeutschen Bund diene (S. 115), aber gerade als gefährliches Vorbild wurde sie beachtet. Siehe dazu den gegnerischen Aufsatz im Volksfreund für das Mittlere Deutschland, „Preußen und die Bundeskriegsverfassung. Eine Mahnung an das deutsche Volk“, der auch als Separatdruck erschienen ist (1862). Dieser militärische Anschluß gefährdete die bundesstaatliche Einigung.

zurückweisen durfte. Dieser Konvention folgten mehrere sächsische Kleinstaaten nach, und sie war als Muster für die Zukunft gedacht, die so viele wie möglich von den deutschen Staaten in ein ähnliches Abhängigkeitsverhältnis bringen sollte. In ganz Deutschland außerhalb Preußens erregte diese Konvention große Bedenken wegen einer möglichen Mainlinie, weil nur die Staaten nördlich des Mains infolge der territorialen Nachbarschaft zu Preußen zu ähnlichen Zugeständnissen gebracht werden konnten. In dieser Konvention war nur von einem stehenden Heer die Rede; die allgemeine Wehrpflicht kam nicht zur Sprache. Der Herzog von Coburg fuhr also zweigleisig; er war hier (wie auch später) zu einer ausgesprochen kleindeutschen Politik gezwungen, aber er neigte zu einer großdeutschen.

Die Wehrvereine hätten Herzog Ernst aus einer lokalen in eine nationale Stellung hineinbugsieren können, wenn es im Stil Italiens weiter gegangen wäre: So ist das Interesse des Herzogs Ernst für Wilhelm Rüstow und Ludwig Schweigert zu verstehen. Er konnte sich kleindeutsch oder großdeutsch den politischen Verhältnissen unterordnen; aber er konnte auch als Kaiser eine nationale Rolle spielen: In Belgien und in England hatten es die Coburger weit gebracht.

Die gleiche Zweigleisigkeit in der Politik ist auch beim Nationalverein zu erkennen. Wenn die Militärkonvention ein lobenswerter Schritt war, wie die Generalversammlung des Nationalvereins zu Heidelberg zweimal behauptete, dann war die Turner- und Schützenbewegung unnütz, wenn nicht gar schädlich, denn sie erweckte eitle Hoffnungen; wenn die Coburger Militärkonvention wirklich ein patriotischer Weg zur Einigung war, dann war die Volkswheerbewegung in jeder Form zu bekämpfen, desgleichen aber auch jedes Entgegenkommen gegenüber den Großdeutschen. Nicht nur das Frankfurter Schützenfest war abzulehnen, sondern auch der Weimarer Abgeordnetentag. Es hatte keinen Sinn, im Nationalverein großdeutsche Demokraten wie Leopold Sonnemann und Max Wirth zu dulden und ihnen noch dazu die Beherrschung der Arbeitervereine anzuvertrauen, wenn man über ein Großpreußen zunächst zu einem Deutschland bis zum Main wollte. Dann hatte es allerdings Sinn, dem Eingreifen Preußens in Hessen-Kassel zuzustimmen, weil Hessen-Kassel das Verbindungsstück war, um die auseinanderklaffenden Teile Preußens zu verbinden. Dann beklatschte man mit Recht Bismarcks Bravourstück der längst fälligen Lösung des Hessischen Verfassungstreits und die Herstellung des Rechtszustandes, ohne das rein-preußische Motiv Preußens zu beachten, wo es doch ein Bismarck war, der in Hessen „Ordnung“ herstellte, während sein Verfassungsstaat Preußen in Brand stand. Umgekehrt galt es sich zu verhalten, wenn die großpreußische Mainlinie abzulehnen war, wie der Nationalverein beteuerte. Der Nationalverein handelte wie Herzog Ernst widerspruchsvoll und zweigleisig, weil es zwei Wege zur deutschen Einigung gab: den autoritär-preußischen und den parlamentarisch-demokratischen. Mit der Annahme der Verfassung von 1849 schien es, als habe der Verein den demokratischen Weg beschritten, und die Demokraten strömten in den Verein. Gleichzeitig nahm der Verein widersprüchliche Beschlüsse an, die zum demokratischen Weg nicht paßten. Er befürwortete den Handelsvertrag Frankreichs mit Preußen⁶⁶, obwohl dieser

66 VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 6 f.

Vertrag alle Zollvereinsstaaten (also praktisch das außerpreußische Kleindeutschland) dazu zwang, entweder aus dem Zollverein auszutreten, oder ohne Widerspruch zu unterzeichnen; er lehnte die Projekte der Mittelstaaten zur Reform des deutschen Bundes ab, nicht nur weil die Vorschläge nicht ausreichten, sondern weil Preußen sie ablehnen würde, um sich niemals der Gefahr auszusetzen, majorisiert zu werden. Im Jahre 1865 verlangte Preußen von Schleswig und Holstein ganz analog der Militärkonvention mit Coburg, sich militärisch und maritim Preußen anzuschließen. Die Demokraten im Nationalverein lehnten ab, und die Mehrheit nahm mit oder ohne Vorbehalte an. Im Jahre 1862 sah man die weitere Entwicklung noch nicht. Man ging mit den wenigen Großdeutschen, die mitaten, zu den Abgeordnetentagen und zum 36er-Ausschuß, um Schleswig-Holstein zu befreien. Man dachte an Volksbewaffnung durch die Wehrvereine, ohne sich über die Tragweite der Vorstellung Rechnung abzugeben; man unterstützte die Arbeitervereine, ohne zu verstehen, daß die Arbeiter nicht länger untergeordnetes „Volk“ sein wollten, sondern Herren ihres eigenen politischen Geschicks; daß sie entweder unabhängig sein wollten oder wenigstens gleichberechtigte Partner.

Der Prozeß der Klärung und der Willensbildung innerhalb der Arbeitervereine fing mit der Rückkehr der Besucher von der Weltausstellung an. Dabei ist als erster Anstoß nicht nur an die Kontakte in London zu denken, die Leschmann in Coburg (und anderweitig) vortrug⁶⁷ und diejenigen, die er unterschlug, sondern auch an die Diskussionen innerhalb der Gruppe, die zu einer ersten Sozialisierung führten, denn es ist doch wohl kein Zufall, daß in verschiedenen Orten wie Nürnberg, Mannheim, Leipzig und Berlin gleichzeitig der Gedanke zur Sprache kam, an die Kongresse der Arbeiterverbrüderung der Revolutionszeit anzuknüpfen und zu Beratungen der Arbeiter über ihre eigenen Fragen selbständig aufzurufen⁶⁸: Seitdem sprach man von einer Arbeiterbewegung, von der die Phrase ging, daß sie „unwiderstehlich“ sei, d.h. daß wer sie nicht unterstützte (oder beherrschte), bald seinen Einfluß schmälern würde. Am bekanntesten ist die Bewegung in Berlin geworden, wo spontan (d.h. ohne Überwachung durch die Fortschrittspartei) mehrere gut besuchte Arbeiterversammlungen zustande kamen. Der Initiator war der junge Eichler, der wohl mit Hilfe Bennigns auf die Liste der Expedition gekommen war (vermutlich weil er sich bei der Flottenaktion hervorgetan hatte), nun aber unabhängig auftrat.⁶⁹ Seine Bewegung war nach rechts offen, und bald war das Gerücht verbreitet, daß er von

67 Leschmann berichtete auch in den Arbeiterbildungsvereinen des Maingaus und trat aufgrund seiner Erfahrungen auf der Arbeiterexpedition als Experte gegen Lassalle auf (WOCHENSCHRIFT Nr. 162 v. 7. Juni 1863, S. 1 367).

68 Am deutlichsten ist wohl die Verbindung mit der Arbeiterverbrüderung in Nürnberg, wo der Funktionär Reuß der Arbeiterverbrüderung die Verhandlungen beherrschte. Siehe „Die Aufgabe der Arbeiter gegenüber den bestehenden Verhältnissen“, Referat von Andreas Reuß auf dem Nürnberger Arbeitertag am 1. 11. 1862, in: SH. NA'AMAN, Konstituierung, 1974, S. 203–207.

69 Vgl. SH. NA'AMAN, Fall Eichler, 1970. Zur Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: IRSH XV/1970, 3, S. 347–374.

dort auch unterstützt werde oder, wie es bei Gegnern hieß, daß er von der Reaktion bestochen sei. Die letzten Ziele von Eichler sind nicht klar geworden, weil er durch die Führer der Fortschrittspartei bald verdrängt wurde und von der Bildfläche verschwand. In jenen Tagen des beginnenden Verfassungskonflikts hätte eine außerparlamentarische Bewegung die Fortschrittspartei in die größte Verlegenheit versetzt, denn der Konflikt sollte plangemäß nur im Rahmen des Parlaments ausgekämpft werden. Dem Abgeordnetenhaus ging es nur um seine eigenen Rechte gegenüber der Krone.

Die Gelegenheit, Eichler loszuwerden, boten die Leipziger. Dort war eine Massenbewegung infolge der Initiative des Bildungsvereins *Vorwärts* entstanden mit dem Ziel, die Arbeiterverbrüderung an ihrem Zentralpunkt Leipzig wieder aufleben zu lassen. Zu diesem Zweck sollten von den Bildungsvereinen überall offene Arbeiterversammlungen einberufen und Komitees mit erfahrenen Ratgebern gebildet werden, wie in Leipzig mit dem erprobten Demokraten Emil Adolph Roßmäßler. Mut hatten die Initiatoren aus der Broschüre von Lassalle über die Idee des Arbeiterstandes geschöpft, die den drei Hauptpersonen, Otto Dammer, Friedrich-Wilhelm Fritzsche und Julius Vahlteich, schon bekannt war. Diese drei wurden zu einer Besprechung mit v. Unruh, Franz Duncker und Schulze-Delitzsch nach Berlin eingeladen und übernahmen es, die Berliner Arbeiter von der Vorzüglichkeit eines gesamtdeutschen Arbeiterkongresses in Leipzig zu überzeugen. Als Grundlage für diesen Kongreß nahmen sie ein 6-Punkte-Programm an, das die liberalen Freihandelsforderungen enthielt, wie die Freizügigkeit, das allgemeine Niederlassungsrecht und den Abbau aller Hindernisse für die freie Marktwirtschaft.

Das Dreigestirn wurde von einer Versammlung Berliner Arbeiter ermächtigt, den allgemeinen Kongreß durchzuführen. Aufgrund dessen wurde ein Zentralkomitee gebildet und ein Aufruf an alle Arbeiter erlassen, und es erschien im Namen des Komitees auch eine offizielle Programmschrift von Roßmäßler, *Ein Wort an die deutschen Arbeiter*.

Die Fortschrittspartei (in diesem Fall in Personalunion mit dem Nationalverein) war der Gefahr tumultuarischer Auftritte in Berlin durch die Ernennung des Leipziger Zentralkomitees entkommen, aber der Kongreß, der in Aussicht stand, barg große Gefahren in sich, die zu vermeiden waren. Das offizielle Programm war allerdings gemäßigt und die Programmschrift Roßmäßlers als Bildungsprogramm sehr zahm, aber die Gefahr lag in der Vergesellschaftung. Solange die Arbeiter vereinzelt als Wähler oder in kleinen Gruppen als Bildungsvereine auftraten, waren sie durch die Agenten des Nationalvereins (oder der Fortschrittspartei, in vielen Fällen die gleichen Personen) lenkbar, blieben die Bildungsvereine Hilfs- oder „Satellitenorganisationen“. Aber würde ein Kongreß oder eine Dauerorganisation gleich der alten *Arbeiterverbrüderung* noch eine Hilfsorganisation bleiben? Würde ein Nationalkongreß nicht eine Absonderung herbeiführen, vielleicht sogar Ansprüche als politisches Volk an den Nationalverein und die Fortschrittspartei stellen? Könnte es dann nicht vorkommen, daß die Herabsetzung der Mitgliedsbeiträge im Nationalverein, den Arbeitern den Eintritt in den Verein samt ihren Sonderwünschen ermöglichen würde? An die Gründung einer Arbeiterpartei hat damals wohl noch niemand gedacht, aber auch ohne eine solche „Verirrung“ waren die Perspektiven trübe:

Der Kongreß mußte verhindert werden, und verhindert wurde er. Während die Arbeiter Leipzigs und ihr Zentralkomitee den Kongreß vorbereiteten, kamen allseits die Absagen der lokalen Arbeitervereine zu dem vorgeschlagenen Kongreß auf Anregung Schulzes. Besonders hervor tat sich der Maingau mit Vereinen von Hanau und Offenbach an der Spitze, die radikal demokratisch waren und deshalb jede Absonderung der Arbeiter von der allgemeinen Bewegung fürchten. Ihr Führer war Sonnemann, der in dieser Frage mit Schulze-Delitzsch Hand in Hand ging. Die einzige Stadt, in der die Anweisungen des Komitees wirklich beachtet wurden und Erfolg hatten, war Hamburg. Dort wurden Massenversammlungen einberufen, das Berliner Programm diskutiert, Gelder gesammelt, um selbständig auftreten zu können; aber das genügte nicht, um den Kongreß einzuberufen. Gegen Jahresende 1862 war es offenkundig, daß die Kongreßidee gescheitert war.⁷⁰

In ihrer Verzweiflung wandten sich die drei Initiatoren des Komitees an Lassalle, der inzwischen nach Berlin zurückgekehrt war (sein Vater war in Breslau gestorben). Durch Ludwig Löwe suchten sie Kontakt mit ihm und baten ihn, sie anzuleiten. In der Zwischenzeit behandelten sie seine Schrift über die Idee des Arbeiterstandes als ihr Programm. Das Initiativkomitee spaltete sich. Roßmäßler mit der Minderheit versuchte, das alte Programm mit seiner Programmschrift weiter zu verfolgen. Die Mehrheit mit der radikalen Führung wartete auf Lassalles Vorschläge, die am 1. März 1863 als „Offnes Antwortschreiben“ erschienen und von der Mehrheit des Komitees angenommen wurden. Eine Massenversammlung bestätigte das Programm.

Zur Minderheit des Komitees gehörten alle Vertrauensmänner, die das Komitee zugezogen hatte, um bei der Öffentlichkeit anzukommen. Zu ihnen gehörten Ausschußmitglieder des Nationalvereins wie Rose und Joseph. Aus ihrem Verhalten ist ersichtlich, wie sehr sie eine politische Konstituierung der Arbeiterbewegung fürchteten. Immer wieder brachte Joseph die Selbsthilfe zur Sprache und erinnerte an die Gründung eines Konsumvereins, als handle es sich um ein Leipziger Lokalkomitee und nicht ein Nationalkomitee: Er hielt in seiner Position als Vertrauensmann nur aus, um den Kongreß zu vereiteln. Als sich die Minderheit des Komitees dennoch der Gesamtkonstituierung der Arbeiter in der Kompromißform von losen Arbeitertagen anschloß (Organisation der Arbeitervereine statt Organisation von allen Arbeitern), taten die Vertrauensmänner aus dem Nationalverein nicht mehr mit.

Der vereitelte Kongreß der Leipziger war darauf aus, die Arbeiter über die ganze Nation, aber föderativ zu organisieren; der Lassalle'sche Ersatz sah die Organisation der Arbeiter als einheitliche Arbeiterpartei vor. Die Partei sollte keine Zweigvereine haben, sondern einheitlich für das allgemeine Wahlrecht wirken mit direkter Wahl und geheimer Abstimmung. Das allgemeine Wahlrecht sollte die Interessenvertretung der Arbeiterklasse ermöglichen, die Staatskredite für ihre kooperative Eigenproduktion verlangen würde. Wenn später die Losungen von Staatshilfe und Selbsthilfe aufkamen, so verlangte Lassalle eigentlich eine Kombination von Staats- und Selbsthilfe (Staatshilfe für selbständige Kooperativen), aber als Losung wurde der Schulze-Delitzschen Selbsthilfe die

70 Vgl. SH. NA'AMAN, Konstituierung, 1974, S. 23–106.

Lasalle'sche Staatshilfe entgegengestellt. Das allgemeine Wahlrecht galt als Nahziel; der Staatskredit als Fernziel.

So wie die 1859 gegründete nationale Partei aus historischen Gründen *Nationalverein* hieß, so die Arbeiterpartei – Allgemeiner Deutscher *Arbeiterverein*; so wie die nationale Partei im Laufe der Zeit sich zum Verein zurückentwickelte und verschiedene und gegensätzliche Strömungen enthielt, so der ADAV. Beim Nationalverein waren die Strömungen seit der Generalversammlung von 1862 anerkannt; nicht so beim ADAV, wo das Auftreten verschiedener Strömungen bis zum Ende (1875) immer zu Spannungen und Spaltungen führte und seine Entwicklung so unübersichtlich macht. Die Spannungen und Spaltungen im Nationalverein setzten nach dem Jahre 1864 ein und waren kurz. Der Unterschied war, daß der ADAV immer nur Partei sein wollte, während der Nationalverein immer zwischen Partei und Verein schwankte, weil er immer vorzüglich eine Sammlungsbewegung sein wollte. Der ADAV ging davon aus, daß die Arbeiter im Gegensatz zu den Bürgern von Natur aus gleich dachten und handelten, weil ihr Prinzip die Solidarität sei, während der Bürger entsprechend seiner individualistischen Haltung von Natur aus zur Spaltung verdammt ist. Deshalb organisierte Lassalle seine Partei einheitlich nach dem Vorbild des Nationalvereins, nur daß er die Zentralisation auf die Spitze trieb. Beim Nationalverein haben wir von einer Oligarchie des Ausschusses gesprochen; im ADAV verwirklichte Lassalle eine Diktatur des Präsidenten. Das Gremium des Vorstandes, das im ADAV dem Ausschuß entsprach, war ohnmächtig, weil der Präsident in allen Fällen bis zur (meist schriftlich eingeholten) Zustimmung des Vorstandes eigenmächtig handeln durfte, und die Vorstandsmitglieder zerstreut über das gesamte Verbreitungsgebiet des Vereins wohnten und kaum zu einer gemeinsamen Beratung zusammenkamen. Im Nationalverein war der Präsident eine Integrationsfigur und durfte nur zusammen mit dem Vorstand beschließen, brauchte aber immer die Zustimmung des Ausschusses, dem das letzte Wort zustand; im ADAV hatte der Präsident das erste und letzte Wort. Er allein konnte die Generalversammlung zusammenberufen und mittels der Auswahl des Ortes auch deren Beschlüsse im voraus weitgehend bestimmen.⁷¹ Die Generalversammlung war in beiden Vereinen das quasi-bonapartistische Element, da sie nur nach einer vorher festgesetzten Tagesordnung verhandeln konnte und die möglichst einstimmige Beschlußnahme als Ehrensache angesehen wurde. Das souveräne Volk bestand in beiden Organisationen aus den Anwesenden in den Generalversammlungen, die über schon ausgeführte Beschlüsse informiert wurden und den neu erwählten (und meist nur neubestätigten) Gremien globale Vollmacht gaben.⁷²

71 Es ist das Verdienst Eduard Bernsteins, wichtigere Schriftstücke aus der Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gesammelt und veröffentlicht zu haben (F. LASSALLE, GRS 4, S. 246–303).

72 Der Vergleich der Organisationen hat bei der Verschiedenheit der in beiden herrschenden Mentalität nur begrenzten Wert. Der reine Textvergleich der Rundschreiben im Nationalverein und im ADAV kann irreführen. Die erste Bekanntmachung Lassalles (GRS 4, S. 259 f.), daß er wegen der morgen erfolgenden Abreise „in die Bäder der Schweiz“ Dammer zum Vizepräsidenten ernenne (mit weiteren Anordnungen) erregte in der liberalen Öffentlichkeit Widerwillen und Hohn und wurde andauernd agitatorisch ausgenützt. Die Honoratioren des Nationalvereins fuhren auch jedes Jahr in die Bäder und blieben deswegen den Aus-

Mit dem Lassalle der „Idee des Arbeiterstandes“ und des Parlamentsstreiks ließ sich – wenn auch mit Kopfschütteln – diskutieren; man meinte, wie die „Berliner Volkszeitung“, seine Überspanntheit würde zur Entspannung und Erschlaffung führen, aber man anerkannte die Konsequenz seines Denkens; mit dem Lassalle des „Offnen Antwortschreibens“ gab es nichts zu diskutieren; er war einfach ein bewußtes oder unbewußtes Werkzeug der Reaktion, der den Arbeitern empfahl, sich nicht mehr der großen liberalen Partei zu unterwerfen und mit der Ablehnung der Selbsthilfe die ganze freihändlerische Theorie verwarf und dementsprechend mit der Staatshilfe andeutete, daß mit dem Sieg im Verfassungskonflikt, die Ansprüche der Mittellosen auf Besserstellung ihres Loses noch längst nicht ausgekämpft waren: Ein Klassenkampf inmitten des Parlamentskampfes war Sabotage. Mit Lassalle und seiner Partei war nicht mehr zu reden. Zuerst galt das Totschweigen als das beste Mittel und dann der erbitterte Kampf. Auch während des Sozialistengesetzes hat man nicht stärker gehaßt.

Es gab eine Ausnahme in der Taktik des Totschweigens und des Verleumdens, und sie kam von der „Coburger Arbeiterzeitung“, die ab Nr. 16 „Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung“ hieß. Seit Jahresanfang 1863 erschien sie wöchentlich. Sie bekämpfte vom ersten Erscheinen an erst den Kongreß und dann das „Offne Antwortschreiben“ und alle Anstrengungen, die zum 23. Mai 1863 führten, als der ADAV ins Leben trat; aber sie diskutierte, während man offiziell schwieg, und sie fuhr mit der Diskussion fort, als man zu verfemen und boykottieren hatte.⁷³ Für uneingeweihte Mitglieder des Nationalvereins mußte es unglaublich scheinen, daß diese so unorthodoxe Haltung von Streit stammte, den sie als Geschäftsführer ihres Vereins kannten. Streits Abweichung hat aber ihre Vorgeschichte, und nicht nur in seinen intimen Beziehungen. Wir erinnern uns, daß Streit es war, der durch seine Drohung, allein mit der Gründung eines Organs für den Verein vorzugehen, seinerzeit die Gründung der „Wochenschrift“ erzwungen hatte.⁷⁴ Später waren Klagen laut geworden, daß die „Wochenschrift“ nur die Gebildeten ansprache, die der Redakteur v. Rochau mit allerlei schlechten Begründungen abtat, die nicht überzeugten, aber hinter denen die Grundwahrheit stand, daß der Verein nur diejenigen umfassen sollte, die irgendwie Einfluß ausüben konnten, und diese das „Volk“ seien, von dem der Nationalverein sprach, oder alternativ, daß die Gebildeten das niedere Volk auch ungefragt vertreten würden. Die Frage, ob das niedere Volk, das wir „Kleinbürger“ nennen, im Verein vertreten sein müsse, oder ob für deren Aktivität die Hilfsorganisationen genügten, wurde nie geklärt, und es gibt keinen Anhalt zu entscheiden, wie Streit und seinesgleichen über dieses zentrale Problem dachten, jedenfalls erkannten er und seine Gesinnungsgenossen, daß für die Kleinbürger Zeitungen geschaffen werden mußten. Er hat für diesen Zweck

schaftssitzungen fern oder sorgten im voraus dafür, daß die Sitzungen sich ihrem Erholungsplan einfügten; sie würden das aber nur in Privatbriefen erörtert oder entschuldigend als Befehl der Ärzte hingestellt haben, ebenso die Ernennung von Stellvertretern. Im ADAV hatte das Demonstrationswert.

73 Die Zeitung setzte für die Diskussion einen besonderen Sprechsaal ein. Siehe Nr. 3 v. 18. 1. 1863, mit dem programmatischen Ausdruck von Vahlteich: „Die Arbeiterzeitung soll unser Sprechsaal sein“, vgl. SH. NA'AMAN, Konstituierung, 1974, S. 373.

74 R. LE MANG, 1909, S. 49 (Januar 1860).

eine „Wehr- und Turnzeitung“ gegründet, die aber seinem Einfluß entzogen wurde, als sie nach Gotha umzog.⁷⁵ Die seit 1864 in seinem Verlag erscheinende „Wehrzeitung“ war dann ihre passende Fortsetzung. Inzwischen hatte sich aber eine Zeitung für die Arbeiter als vordringlich erwiesen. Ob Streits Gedanken von der Arbeiterexpedition ausgingen, für die er in seinen Vereinsnachrichten in der „Wochenschrift“ warb, oder ob der Gedanke einer Zeitungsgründung auch in dem schriftlichen Gedankenaustausch mit Lassalle seine Wurzel hat, läßt sich nicht beantworten, aber sicher ist, daß der Gründung der Zeitung lange Vorbereitungen vorausgingen: Die Zeitung besaß einen tüchtigen Redaktions- und Mitarbeiterstab, und das verlangte Monate an Vorbereitung.⁷⁶ Daß die Zeitung den Mitgliedern des lokalen Arbeiterbildungsvereins als Weihnachtsgabe dargebracht wurde, war ein guter Werbeeinfall, aber erklärt das Entstehen der Zeitung nicht. Wohl erklärt das die Tatsache, daß ein vielbeschäftigter Mann wie Streit in diesem Verein Woche für Woche Vorträge hielt, während die anderen Ausschußmitglieder im Nationalverein sich mit einigen Vorträgen im Jahr begnügten. Nur gegenüber den Ausschußmitgliedern hatte der Bildungsverein als Rückendeckung für die Herausgabe einer Arbeiterzeitung irgendeine Bedeutung, denn damit konnte der Geschäftsführer sein Verhalten rechtfertigen, aber mit der Folge, daß der Verein in der „Arbeiterzeitung“ kein Unternehmen zu sehen hatte, das ihn verpflichtete. Die Zeitung arbeitete mit Verlust, ganz ähnlich wie die „Wochenschrift“, hatte aber keinen Anspruch auf Deckung des Defizits, da sie nicht dem Verein gehörte. Dafür unterstand sie auch nicht seiner Aufsicht, und darauf kam es Streit an⁷⁷: Die Zeitung wollte Sprachrohr für demokratische Ansichten sein, die im Ausschuß in der Minderheit waren. Erst durch lange Erfahrung lernte Streit, daß sich die Zeitung, obwohl er ihr sein ganzes Privatvermögen opferte, nicht werde halten lassen. Das war im Jahre 1865, aber es ist sehr zweifelhaft, ob ihn selbst dieses Wissen von seinem Projekt abgehalten hätte. Für die Ausschußmitglieder, die bei der Festsetzung ihrer Sitzungs- und Versammlungstermine ihre Bäderreisen zu berücksichtigen verlangten, war Streits Hingabe an die Sache ein Wunder, aber mehr noch, war er ein gefährlicher Querkopf, den sie bei erster Gelegenheit loszuwerden hatten.⁷⁸

75 Vgl. A. SAUERTEIG, 1949, S. 82 f.

76 Als ständige Mitarbeiter nahmen teil: v. Ecker, Schlönbach, Schweigert, Reinhard; Siegmund Engländer und v. Struve traten schon im ersten Jahrgang 1863 auf.

77 H. ONCKEN, Nationalverein, 1912, bringt das ganze Protokoll der Ausschußsitzung v. 1. 2. 1863, das die Beziehung zwischen der Arbeiterzeitung und dem Nationalverein regelte (S. 124–127). Die Arbeitervereine werden als Außenorganisation behandelt, die indirekt behandelt werden, aber nicht aus der Hand zu lassen sind. Deshalb darf der Geschäftsführer für die Zeitung im Ausschuß und unter den Mitgliedern werben. Die Arbeiterbewegung muß unabhängig bleiben. An dieser Unabhängigkeit war dem Streitkreis auch parteipolitisch gelegen. Die Zeitung wurde subventioniert, wie andere außen stehende Organe, aber sie unterstand nicht einer Kontrolle wie die Wochenschrift. Streit hoffte nur Vorteil aus der Regelung zu ziehen, aber als er im Herbst 1863 in Richtung auf seine Version der Volkspartei umschwenkte, mit v. Rochau und dem Ausschuß zerfiel, wirkte sich die Regelung gegen ihn aus. 1864 wurden ihm die Auslagen vergütet, aber so, daß wohlmeinenden Ausschußmitgliedern klar war, daß er Bankrott machen würde.

78 Henneberg, Wartenburg und Fries, alle drei thüringische Demokraten versuchten immer wieder Streit von allzu großer Aktivität abzuhalten. Sie kannten ihn aus der Revolutionszeit und fürchteten seinen Einsatz. Bei aller Freundschaft zeigten sie ihm deutlich ihre

Der bekundete Vorsatz der Zeitung, mit der Kongreßbewegung, mit Lassalle und dem ADAV zu diskutieren, hat die Arbeiterbewegung über die Gefahr der sektiererischen Isolierung hinweg gebracht. Als die „Arbeiterzeitung“ ihren *Sprechsaal* eröffnete und die Leipziger und Hamburger Arbeiter und später Lassalle zu Wort kommen ließ, hat sie die Taktik des Totschweigens zuschande gemacht. Sie ließ die ihr feindlichen Ansichten nicht ohne Kommentar, aber sie ließ sie ungekürzt zu Wort kommen. Es gab Briefe, Antworten und Gegenprogramme, und genau das war es, was die Bewegung vorwärts brachte. Als die Zeitung mit ihrer Nr. 16 sich zur „Allgemeinen Deutschen Arbeiterzeitung“ umbenannte, wollte sie sich einem breiteren Publikum vorstellen und durch ihr weites Informations- und Ideenspektrum die Kontakte sozialisieren. So wurde sie bis zu ihrem Eingehen die führende Arbeiterzeitung.

Die Radikalen in Leipzig, die zur Arbeiterpartei hin wollten, hatten die Mehrheit im Zentralkomitee zur Vorbereitung des gescheiterten Kongresses; ob sie die Mehrheit der aktiven Leipziger Arbeiter hinter sich hatten, ist fraglich. In den Leipziger Arbeitervereinen bildeten sie eine Minderheit, ja selbst ihr Mutterverein „Vorwärts“ war gespalten. In ganz Deutschland beeinflussten sie eine geringe Minderheit aller Arbeiter, und selbst eine geringe Minderheit aller Arbeitervereine. Wo Arbeitervereine sich für Lassalles Programm entschieden, war es immer nur eine sich abspaltende Minderheit, außer in Hamburg, das bald zu einer Hochburg des ADAV wurde. Deshalb war die Gründungszusammenkunft am 23. Mai 1863 so klein, und blieb der Verein bis zu Lassalles Duelltod zahlenmäßig so unbedeutend. Aber deshalb war der ADAV doch eine gefürchtete Macht. Alle seine Mitglieder waren eingeschworene Agitatoren und Lassalle lieferte ihnen andauernd Agitationsmaterial. Das am tiefsten wirkende war seine Nationalökonomie für Arbeiter, die unter dem Namen „Bastiat-Schulze“ die Revolution in den Köpfen gemacht hat, die Schulze-Delitzsch mit seinem „Arbeiterkatechismus“ vermeiden wollte. Der ADAV hatte wie sein Gegenstück, der Nationalverein, den Programmpunkt der Agitation mit gesetzlichen Mitteln. Aber während die Losung der Propaganda im Nationalverein das Einzelmitglied nicht verpflichtete (wohl den Ausschuß), war im ADAV jeder zu unaufhörlicher Propaganda verpflichtet und lebte dem auch nach. Den Unterschied zwischen dem gemüthlichen und zu nichts verpflichtenden Nationalverein und dem fanatischen ADAV hat frühzeitig Friedrich Albert Lange nicht nur erkannt, sondern auch formuliert⁷⁹, und wenn Lassalle „das Geständnis aus des Feindes Lager“ (der Aufsatz von Lange war in der „Süddeutschen Zeitung“ des Nationalvereins erschienen) agitatorisch mißhandelt hat, so war es doch unumgänglich, daß die Gefahr, die von dem unscheinbaren Antinationalverein droh-

distanzierte Haltung in ihren Briefen an. Es ist wohl kein Zufall, daß sie alle drei bei den Nationalliberalen landeten, während Streit in seiner letzten Phase als sozialer Demokrat anzusehen ist. Die Gegnerschaft von Schulze-Delitzsch zu Streit tritt an vielen Stellen seiner Korrespondenz auf, auch mit Streit selbst. Wenn Schulze-Delitzsch nicht bei den Nationalliberalen wie die Thüringer Demokraten endete, hängt das mit seinem preußischen Nationalismus zusammen, der nicht bereit war, auf die Rechte des preußischen Landtages gegenüber der Krone zu verzichten.

79 F. A. LANGE, Die Arbeiterbewegung in Rheinpreußen (Süddeutsche Zeitung, 25. 9. 1863) zitiert in extenso bei F. LASSALLE, GRS 4, S. 29–34.

te, sich des bürgerlichen Bewußtseins bemächtigte. Aber die Gefahr, die von der gegnerischen Agitation des ADAV drohte, war nicht der tiefste Grund des Hasses des Nationalvereins gegen die „Lassalleaner“. Der Haß kam von dem Einfluß des Vorbildes des ADAV auf die Bildungsvereine der Arbeiter, die wohl pflichtgemäß Schulze-Delitzsch bei jeder Versammlung hochleben ließen und Resolutionen für die Selbsthilfe und gegen die Staatshilfe annahmen, aber die doch neben den gratis verteilten Schriften Schulzes insgeheim die Schriften Lassalles lasen und besonders seinen Bastiat-Schulze. Wie indirekter Agentendienst erschien dem Nationalverein auch die immerwährende Erwähnung Lassalles, seiner Ideen und seiner Organisation in der „Arbeiterzeitung“, und sei es selbst, um sie zu bekämpfen. Schulze deutete diese Wirkung der „Arbeiterzeitung“ vorsichtig in seiner Korrespondenz mit Streit an.⁸⁰

Deutlich wurde die Gefahr, die auch indirekt vom ADAV drohte, als die Arbeiterbildungsvereine, die gegen die Kongreßidee und gegen die Vergesellschaftung der Arbeiter zu einer Bewegung protestiert hatten, direkt im Anschluß an die Gründung des ADAV sich ihrerseits zum „Vereinstag Deutscher Arbeitervereine“ zusammentaten.⁸¹ Das war keine Arbeiterpartei unter dem Namen eines Vereins wie beim ADAV, das war auch kein Antinationalverein oder Nationalverein für Arbeiter, aber bedeutete doch ein Hinaustreten der Arbeiter aus ihrer Isolierung, die Beratung ihrer eigenen Interessen, die Herausarbeitung eines spezifischen Blickpunktes. Das konnte sehr leicht mit der Stellung der Arbeitervereine als Reserve für das politisch organisierte Bürgertum des Nationalvereins kollidieren: Die Bildungsvereine waren gegen die Kongreßidee aufgetreten und hatten sich nun selber zu einem Kongreß zusammengetan. Es stimmt, ein *Tag* (= Tagung) war die loseste Bindung, die es damals gab (weshalb die Befürworter einer Nationalpartei seinerzeit – 1859 – die Vereinigung in Vereinen mit Besprechungen auf Tagungen abgelehnt hatten), aber dieser Vereinstag, der im Juni 1863 in Frankfurt zusammentrat, hatte auch einen „ständigen Ausschuß“ ernannt, der zwischen „Tag“ und „Tag“ die Geschäfte führte. Der Verdacht lag nahe, daß diesem losen „Tag“ eine Arbeiterpartei entstehen würde, und entstanden ist sie, als der *Vereinstag* im Jahre 1867 zum *Verband* wurde⁸² (was auf das Kürzel VDAV keinen Einfluß hatte) und dieser zur *Arbeiterpartei* (1868)⁸³, die sich mit dem ADAV zur Sozialdemokratie zusammenschloß (1875).

Kein Anhänger des Nationalvereins konnte die ganze Entwicklung voraussehen, aber gefährdende Symptome gab es frühzeitig und die gilt es vom Standpunkt der Zukunft des Nationalvereins zu beleuchten, auch wenn sie seinerzeit absichtlich nicht besprochen wurden.

Zuerst war die Entwicklung zum Vereinstag im Maingau, also in Frankfurt, Offenbach, Hanau und Umgebung, konzentriert. Dort aber herrschten die Demokraten und Radikalen vor, die man in der „Wochenschrift“ loben konnte,

80 H. ONCKEN, Nationalverein, 1912, S. 127 Anm.

81 Die klassische Einzeldarstellung bleibt immer noch die 1904 erschienene Schrift v. E. EYCK, Vereinstag, 1904.

82 Auf dem 4. Vereinstag zu Gera. Vgl. D. DOWE (Hrsg.), Berichte, 1980, S. 133–144.

83 Siehe SH. NA'AMAN, Arbeiterbewegung, 1976, besonders S. 9–59.

weil sie sich nicht um die Verbote der Regierungen in Kassel und Darmstadt kümmerten und dem Nationalverein in Massen beitraten, aber wenn sie gleichzeitig auch in Turn- und Wehrvereinen tätig waren, war das bedenklicher. Wenn sie den Gauverband im Maingebiet organisierten, gab das zu Befürchtungen Anlaß, aber wenn sie den Vereinstag für ganz Deutschland in Frankfurt gründeten, war das gefährlich. Was im offiziellen Verhandlungsbericht zu lesen war, klang harmlos; was aber unprotokolliert zu hören war und von Geheimagenten berichtet wurde, erregte Bedenken, da immer auf die Unruhen in Frankfurt im September 1848 und im Frühjahr 1849 angespielt wurde, bei denen die Hanauer und Offenbacher eine große Rolle gespielt hatten.⁸⁴ Vorsitzender des Lokalkomitees für die Vorbereitung des Vereinstages war der demokratische Märtyrer Röckel und alle Wortführer waren Frankfurter Demokraten, teils Mitglieder des Nationalvereins, teils außerhalb desselben. Der tätige Ausschuß des VDAV war nur aus Frankfurter Honoratioren der Demokratie zusammengesetzt.⁸⁵ Es war klar erkenntlich, daß die Demokraten im Nationalverein diese Arbeiterverbindung als ihren Stützpunkt betrachteten. Von den Rechtsliberalen taten nur die wenigsten mit. Schulze-Delitzsch wurde gefeiert, war aber nicht erschienen.⁸⁶ Vollständig aber erschien die Minderheit der Kongreßbewegung von Leipzig, die sogar ihr Versammlungsprinzip durchsetzte: An den Beratungen des Vereinstages durften auch Vertreter von öffentlichen Arbeiterversammlungen teilnehmen: Roßmäßler erschien persönlich⁸⁷; der zweite Vereinstag wurde in Leipzig abgehalten.⁸⁸

Max Wirth und Leopold Sonnemann haben den Vereinstag im ersten Jahr beherrscht und durch ihn ihre Position im Nationalverein verstärkt. Wenn die Demokraten hoffen durften, die Mehrheit des Nationalvereins auf der Generalversammlung zu Eisenach im Jahre 1864 zu erobern, so hatten sie mit ihrer Beherrschung des Vereinstags gut vorgearbeitet. Dabei gelang es ihnen, die Kasse des Nationalvereins für den Vereinstag in Anspruch zu nehmen. Nicht nur, daß sie ihre Kontakte zur Schweiz in Anrechnung setzten⁸⁹, sondern die Kosten ihrer ganzen Tätigkeit auf dem Gebiet der volkswirtschaftlichen Aufklärung mußte der Nationalverein bestreiten. Als Hebel wurde die Angst vor dem

84 Es handelt sich um Reden und Toaste bei geselligen Zusammenkünften anläßlich der Tagung, über die Zirndorfer an die preußische Regierung berichtete.

85 Die Wahl fiel auf Röhrich, Sonnemann (Vorsitz), Wirth aus Frankfurt und zehn andere (meist Süddeutsche), die den weiteren Ausschuß bildeten. Sonnemann (Vorsitz), Max Wirth (Schriftführer) und Röhrich (Kassierer) bildeten den tätigen inneren Ausschuß. Vgl. D. DOWE (Hrsg.), *Berichte*, 1980, S. 35–37.

86 Ebd., S. 37.

87 Roßmäßler stellte infolge der Abspaltung des ADAV den Antrag, das Zusammengehen mit den liberalen Parteien zum ersten Prinzip des VDAV zu erheben. Dieser Antrag wurde gegen einige Stimmen zum Beschluß erhoben. Ebd., S. 9. Der Übertritt Roßmäßlers und vieler Mitglieder des Ständigen Ausschusses zur volksparteilichen Opposition ist der ironische Kommentar zu diesem Beschluß.

88 Mit dem zweiten Vereinstag zu Leipzig setzte der Prozeß erneut ein, Leipzig zum Zentrum der Arbeiterbewegung zu machen, der durch die Spaltung im Leipziger Arbeiterkomitee unterbrochen war. Der Arbeitertag in Gera setzte Leipzig zum Vorort ein. Der Teil der Volkspartei, der sich zur Arbeiterpartei entwickelte, hatte Leipzig zum Zentrum.

89 Es handelt sich um den Arbeitertag in Zürich, auf dem Sonnemann gegen Lassalle auftrat (19. und 20. 7. 1863) und das eidgenössische Bundesschießen, über das Wirth ausführlich berichtete (*WOCHENSCHRIFT* Nr. 170–173 v. 1863).

ADAV eingesetzt.⁹⁰ Von den Frankfurter Demokraten haben das die Leipziger Demokraten mit Bebel an der Spitze gelernt, auch nachdem sie Sozialdemokraten und Volksparteiler geworden waren, also die Preußenvorliebe im Nationalverein ablehnten.⁹¹ Sie haben Geld für ihre Bildungstätigkeit und ihre Agitation, die damals schon volksparteilich war, gefordert und angenommen, alles angeblich, um den Lassalleanern entgegenzutreten.

Es wird bis heute darauf hingewiesen, daß die Bildungsvereine ganz allgemein „im Schlepptau des Bürgertums“ waren; nicht beachtet dagegen werden die unterschiedlichen Absichten bei der Beherrschung der Arbeitervereine, die auch eine unterschiedliche Verhaltensweise vorschrieb und unterschiedliche Resultate hatte. Rechtsliberale und Freihändler sprachen die isolierten Bildungsvereine an, um eine Reserve- und Hilfsorganisation zu haben; die Demokraten bemühten sich um die vereinigten Arbeitervereine, um ihre Position für den Machtkampf um die Beherrschung des Nationalvereins zu verstärken.⁹²

Die Rechtsliberalen haben sich vorzugsweise vom VDAV ferngehalten, oder sind nach ihrer demonstrativen Beteiligung nach dem ersten Vereinstag wieder abgesprungen.⁹³ Die wenigsten der preußischen Bildungsvereine haben überhaupt am VDAV teilgenommen.

Zum Begriff der Hilfsorganisationen gehörte es, daß diese die Politik dem Nationalverein zu überlassen hatten. Deswegen war das Verbot der Politik der entscheidende Paragraph in ihren Statuten, seien es Turn- oder Bildungsvereine (wobei selbstverständlich Vorträge zur Erweckung des Nationalgefühls nicht zur Politik gerechnet wurden). Die Haltung der Demokraten zur Politik in den Arbeitervereinen war grundsätzlich die gleiche, schließlich waren sie Honoratioren der Demokratie, genau wie die anderen Honoratioren des Liberalismus: Ihren Machtkampf um die Beherrschung des Nationalvereins wollten sie aufgrund des geltenden Statuts und nicht mit den Mitteln einer Massenpartei auskämpfen. Auch im VDAV sollte die Politik, genau wie die Religion, ausgeklammert sein. Da kam als Überraschung der Fall des entsprechenden Paragraphen in der Abstimmung über das Statut des Vereinstags⁹⁴, und dadurch war die Politik als Gegenstand der Vereinsverhandlungen indirekt zugelassen.

Die Annahme des demokratischen Stimmrechts als verpflichtend für alle Arbeiter auf dem dritten Vereinstag zu Stuttgart 1865 war davon die direkte Konsequenz. Die Demokraten mit Sonnemann haben sich dieser Entscheidung gebeugt; die wenigen Rechtsliberalen unter den Führern der lokalen Vereine konnten sich dagegen nicht wehren, weil das demokratische Wahlrecht ausdrücklich entsprechend der Reichsverfassung von 1849 zum Panier des Natio-

90 Der Ausschuß bewilligte am 23. 8. 1863 die Summe von 500 Talern für die Tätigkeit des VDAV gegenüber 2 400 Gulden für die Arbeiterexpedition, eine im Verhältnis große Summe, die sich am einfachsten als Präventivmaßnahme gegen den ADAV erklärt.

91 Vgl. T. OFFERMANN, August Bebel, 1978.

92 Der Vergleich der vertretenen Vereine auf dem ersten und dem zweiten Vereinstag beweist das: Bruchsal, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Freiburg, Konstanz, Krefeld u.a. verschwinden. Beachtlich ist die starke Vertretung der Provinz Sachsen (Magdeburg) und das erste Auftreten Duisburgs (F. A. Lange) in Leipzig.

93 D. DOWE (Hrsg.), Berichte, 1980, S. 34 (das Votum Hochbergers für die Behandlung von Religion und Politik) und die entsprechende Resolution.

94 Ebd.

nalvereins erhoben worden war, aber sie beobachteten seitdem die Entwicklung des Vereinstages mit Vorsicht, besonders, da dessen Neigung zur oppositionellen Volkspartei offenkundig wurde. Auf dem fünften Vereinstag zu Nürnberg (1868) traten auch die wenigen Rechtsliberalen, die noch im Verein übriggeblieben waren, aus dem Verband aus.⁹⁵

Das Jahr 1863 bewies dem Nationalverein endgültig, daß das Konzept der Hilfsorganisationen ausgespielt hatte. Es war nicht nur der ADAV, der als Gegenorganisation zum Nationalverein zum Feind geworden war, sondern auch der VDAV, dessen Entwicklung zu einer politischen Organisation schon auf der ersten Tagung, wie gesagt, angedeutet war, als er den Ausschluß der Politik nicht annahm. Streit und seine Zeitung haben die Politisierung der Arbeiterbewegung durch die Schaffung einer Diskussionsbasis gefördert. Friedrich Albert Lange hat als erster die neue Politik, die die Arbeiterbewegung geschaffen hat, erkannt. Im Jahr 1865 hat er durch sein Buch *Die Arbeiterfrage*⁹⁶ diese Politisierung zu fördern und zu beeinflussen gesucht. In die Bahn der Politisierung der Arbeiterbewegung wurden auch Louis Büchner und sein Arbeiterverein zu Darmstadt durch seine Auseinandersetzung mit Lassalle hineingezogen⁹⁷, deren spätere Wirkung sich ebenfalls im Jahre 1865 kundtat.

Die Aussichten des Nationalvereins, die „Satellitenorganisationen“ andauernd bei der Stange zu halten, hing davon ab, ob die verschiedenen Schichten des Bürgertums mehr zu Politisierung oder zu politischem Quietismus neigten. Für die Arbeiter, als deren Elite der ADAV und der VDAV auftraten, ist der Wille zur Politik die erste Bedingung ihrer Emanzipation, eindeutig, anhaltend und unwiderrücklich. Die Nähe des Nationalvereins und die Berührung mit ihm hat auf sie politisierend gewirkt, und es ist ein Irrtum in jedem Kontakt mit ihm einen Irrweg zu sehen, der entschuldigt sein will; der Kontakt bedeutet aber keineswegs, daß bei besserem Verständnis der sozialen Frage, es einen Weg hätte geben können, die Bildung einer besonderen Arbeiterpartei zu vermeiden. Dazu war die Klassensicht auf beiden Seiten viel zu deutlich. Eine andere Frage ist die des Tempos. Die Gründung des ADAV wies praktisch wie ideell der Arbeiterelite den Weg. Als „Satellitenorganisation“ wollten selbst diejenigen Arbeitervereine nicht dastehen, die 1868 den *Arbeiterbund* gründeten, um das politische Programm, das der VDAV vorschlug nicht annehmen zu müssen. Sie haben sich nicht entwickeln können, weil sich die Nationalpartei zur nationalliberalen Fraktion umbildete und als solche keine „Satelliten“ nötig hatte und deswegen den Arbeiterbund nicht förderte.

Als sich nach Königgrätz der Ausschuß des Nationalvereins zur Parlamentsfraktion der Nationalliberalen entwickelte, wurde auch der Nationalverein zu einer Art Satellitenorganisation, die überflüssig wurde und aufzulösen war. Die Entpolitisierung übertrug sich von den „Satellitenorganisationen“ auf den Na-

95 Vgl. SH. NA'AMAN, Arbeiterbewegung, 1976, S. 108 f.

96 „Die Arbeiterfrage“ erschien so kurze Zeit nach Langes Auftreten auf der Leipziger Tagung der Arbeitervereine (24. 10. 1864 bis Januar 1865), daß ein unmittelbarer Zusammenhang gesehen werden muß, besonders da Lange gleich in den Ständigen Ausschuß eintrat und das Projekt einer Arbeiterzeitung (die dann doch nicht erschien) verkündete.

97 Der Briefwechsel Büchners mit Lassalle ist abgedruckt bei SH. NA'AMAN, Konstituierung, 1974, S. 555 ff.

tionalverein: Übrig blieben die Berufspolitiker. Die Bürger wurden zu Stimmberechtigten, die über Politik reden durften, sie aber nicht zu betreiben hatten. Damit war dann das Bürgertum entpolitisiert.

Die Aufgabe, nicht nur die deutsche Macht durch die Einsetzung einer Zentralgewalt der ganzen Welt zu zeigen, sondern zunächst einmal das deutsche Bürgertum für die Teilnahme am geeinten Reich vorzubereiten, hatte sich mit der Annahme der Reichsverfassung von 1849 samt Grund- und Wahlrechten in Coburg im Jahre 1862 augenscheinlich durchgesetzt. Ihre Grundzüge, wenn auch in Einzelheiten umstritten, sicherten den konstitutionellen Bundesstaat ab, und in ihm würde das Bürgertum an der Basis seinen Platz finden, auch wenn die Spitze monarchisch war. Die Absicht, eine vorbereitende Konstituierung des Bürgertums vorzunehmen, war von links stets gefordert und von rechts dauernd verhindert worden. Wegen der Ablösung der neuen Ära durch den großen Konflikt in Preußen mußten die Rechten den Umweg über die Reichsverfassung von 1849 gehen, wenn sie die preußische Spitze im erhofften Bundesstaat zu verwirklichen wünschten, denn direkt nach der Fertigstellung der Verfassung im Jahre 1849 war das Angebot des Erbkaisertums an die preußische Krone durch die Nationalversammlung ausgesprochen worden. Damals war das Angebot der erblichen Krone durch die Annahme der Grund- und Wahlrechte erkaufte worden und diese mußten auch weiterhin anerkannt werden. Deshalb ließ sich auf der Generalversammlung in Coburg von ihnen nichts abhandeln, und man konnte nur auf künftige Revisionen der Verfassung hoffen, aber es ließ sich von der Verfassung reden, ohne die Grund- und Wahlrechte zu erwähnen, und nur an das Erbkaisertum denken. So hielt es tatsächlich die Rechte: In der „Wochenschrift“ wird man vergeblich nach einem Eingehen im einzelnen auf die Reichsverfassung suchen. Auf der Generalversammlung zu Heidelberg (1861) hatte Johannes Miquel – der Mann, der es immer unternahm, über alle Schwierigkeiten durch passende Formulierungen hinwegzukommen, um die Einheit zu erhalten – die Verfassung für ein Relikt vergangener Tage erklärt, an das man nicht anknüpfen könne; in Coburg II (1862) erklärte dann derselbe Miquel ein Jahr später die Reichsverfassung zum Eckpfeiler der nationalen Politik, beide Male, ohne auf Einzelheiten einzugehen; Streit dagegen regte in der ADAZ und in den Arbeitervereinen die Analyse der Reichsverfassung, der Grund- und Wahlrechte an; man konnte ihm auch als Geschäftsführer deshalb nichts vorwerfen, denn er hielt sich an die Beschlüsse der Generalversammlungen. Ausführlich kam die Reichsverfassung im „Deutschen Wochenblatt“ der volksparteilichen Opposition zur Sprache, so daß man sagen kann, daß die Behandlung der Reichsverfassung das Merkmal der Linken in und um den Nationalverein war. Wegen dieser Zwiespältigkeit im Verhältnis zur Reichsverfassung innerhalb der Mitgliedschaft wurde sie nie zur Grundlage der Konstituierung des gesamten nationalen deutschen Bürgertums, obwohl der Masseneintritt der Demokraten in den Verein im Jahr 1862 dafür die demographische Basis abgegeben hätte. Damit hängt zusammen, daß Lassalle das demokratische Wahlrecht für die Arbeiterbewegung mit Beschlag belegen konnte, und es der volksparteilichen Opposition in der Vereinsbewegung überlassen blieb, es zu Stuttgart 1865 in die Arbeitervereinsbewegung einzuführen. Im Kollektivgedächtnis der deutschen Arbeiterbewegung blieb die Er kämpfung des demokrati-

schen Wahlrechts eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung, während das Bürgertum aus eigenem Ermessen leer ausging. Beim Abstreifen jeder Verbindung der Arbeiterbewegung mit dem Nationalverein haben Reichsverfassung und Wahlrecht bei ihr die Rolle eines Katalysators der Trennung gespielt, und das ist eine Ironie der Geschichte.

SECHSTES KAPITEL

DIE SPANNUNG DER JAHRE 1863/64

Als Rudolph v. Bennigsen die dritte Generalversammlung zu Coburg am 6. Oktober 1862 eröffnete, tat er das mit einer Rede, die ganz der Erinnerung des Bewegungsjahres gewidmet war. In deren Mittelpunkt stellte er die Verfassung vom 28. März 1849, deren Ausführung samt Grundrechten und Wahlgesetz durch Karl Brater im Namen des Ausschusses als Programm des Vereins vorgeschlagen wurde.¹ Dieser Ausschlußantrag stand im Gegensatz zu dem damals diskutierten Delegiertenprojekt und war von der Deutschen Fortschrittspartei im preußischen Abgeordnetenhaus ausdrücklich gebilligt worden. Damit war eine Auseinandersetzung im Nationalverein abgeschlossen, die vom ersten Tag an den Verein beschäftigt hatte: dem *Freiheitsstreben*, das dem *Einheitsstreben* gleichgestellt war, Ausdruck zu verleihen. Solange die Neue Ära anhielt, konnte der Ausschluß dem Drängen nicht nachgeben, einfach die Fortführung der Reichsverfassung zu verlangen, weil das eine Desavouierung der preußischen Politik seit 1849 bedeutet hätte, und einer direkten Beleidigung der Dynastie Hohenzollern gleichgekommen wäre; denn König Wilhelm war es, der die Armee befehligte, die die Aufstände zugunsten der Reichsverfassung unterdrückte: Der Jahrestag der Entscheidungsschlacht wurde in der preußischen Armee feierlich begangen! Auf der ersten Generalversammlung zu Coburg 1860 war die Reichsverfassung nur als „rechtlicher Ausdruck“ bezeichnet worden, aber jetzt nur zwei Jahre später wurde in Coburg deren *Ausführung* als Ziel des Vereins beschlossen. Nach dem Ausgang der Neuen Ära war es nicht mehr nötig, die Machthaber Preußens zu schonen.

Der Beschluß hatte den Nationalverein gegenüber dem vorhergehenden Abgeordnetentag zu Weimar in eine taktisch günstige Position gestellt: Während der Abgeordnetentag die Reichsverfassung nur als Ziel einer wünschenswerten Entwicklung hingestellt hatte, hatte der Nationalverein deren Ausführung verlangt. Er erschien also gegenüber Weimar, wo auch auf großdeutsche und ari-

1 Braters Ausschlußbericht lag schriftlich ausgearbeitet vor und wurde teilweise von Metz aus Gesundheitsrücksichten vorgetragen. Er wurde auch als Separatdruck verbreitet. Nach Ablehnung des Delegiertenprojektes, das als „Zerrbild“ abgelehnt wird und von Einzelreformen „während die Ordnung des deutschen Staatswesens die Aufgabe der Gegenwart ist“, kommt als zentrale Forderung des Ausschlußantrages „Ausführung der Reichsverfassung vom März 1849 samt Grundrechten und Wahlgesetz [fett gedruckt!], wie sie von den legal gewählten Vertretern des Volkes beschlossen sind“. Aufgabe der „nationalen Partei“ ist die Berufung eines Parlaments „nach den Vorschriften des Reichswahlgesetzes“.

stokratische Ansichten Rücksicht genommen werden mußte, als die radikale Nationalpartei. Mit dem Beschluß war aber zugleich der gemeinsame Nenner für alle Strömungen innerhalb des Vereins gefunden. Weiterhin würde der Selbstausschluß Österreichs von einer theoretisch wünschenswerten großdeutschen Lösung, wie sie die propreußische Mehrheit im Nationalverein voraussetzte, gelten, denn die deutschen Österreicher würden sich der nunmehr verpflichtenden Reichsverfassung nur anschließen können, wenn sie von ihrem Gesamtstaat einen besonderen Status erhielten (der ihnen nie zugestanden werden würde, schon weil sie selber ihn nicht wünschten). Im übrigen schloß die Reichsverfassung selbstverständlich eine doppelte Staatsbürgerschaft aus. Die kleindeutsche Politik, die das Ausscheiden des österreichischen Teiles des Bundesgebietes erwartete, war deshalb vollkommen gedeckt, ungeachtet des gegenteiligen Beschlusses der ersten Generalversammlung, der auf keinen Teil des Bundesgebietes verzichtete. Die Reichsverfassung kannte nur ein einheitliches Reichsgebiet und eine einheitliche Zentralgewalt (also kein Direktorium), Bedingungen, die auf Preußen als Zentralmacht hindeuteten. Damit hatten die propreußischen Rechtsliberalen alles, womit ihnen zur Zeit des Verfassungskonflikts gedient war, denn mehr wollten sie über die verfassungsmäßige Zentralgewalt nicht sagen, bis der Konflikt in Preußen entschieden war. Durch die Resolution, die neben der Verfassung, die Grundrechte und das demokratische Wahlrecht besonders erwähnte², war das Freiheitsstreben zu seinem Recht gekommen. Auch wer glaubte, daß nur die Zentralgewalt berechtigt sei, die Wahlen zum Reichsparlament auszuschreiben, mußte zugeben, daß diese nach dem Beschluß des Nationalvereins, nur aufgrund gleichen Wahlrechts zustande kommen dürfte. Dagegen konnte die Rechte hoffen, daß die Reichsverfassung durch die Vereinbarung des Parlaments mit der Zentralgewalt umgeändert werden würde, wenn diese nur dem Parlament vorausgehen würde. Aus der Geschichte der Nationalversammlung selbst konnte man lernen, daß die Zusammenarbeit der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt in der Gestalt des Reichsverwesers, schon bestanden hatte, und deshalb auch in Zukunft die Konstituierung der Zentralgewalt vordringlich sein würde.

Mit der Sistierung der Flottengelder im Frühjahr hatte sich der Nationalverein tatsächlich als Exekutive der Deutschen Fortschrittspartei im preußischen Abgeordnetenhaus gezeigt und als solche erwies er sich auch mit der Annahme der Reichsverfassung. Nicht nur, daß er sich der Zustimmung der fortschrittlichen Mehrheit des preußischen Parlaments zu dem Beschluß versichert hatte (womit der Verein im voraus jede Zusammenarbeit mit der preußischen Krone und deren Regierung ausschloß), sondern er übernahm auch die deutsche Politik der Fortschrittspartei, wie sie sich in der Berufung des Abgeordnetentags und der erstrebten Liberalisierung der Einzelparlamente kundtat. H. V. v. Unruh formulierte seine Überzeugung auf der Generalversammlung des Nationalvereins dahin, im Abgeordnetentag solche Kräfte „zur Reibung und dadurch eben zur Vereinigung“ kommen zu lassen, „welche dem Nationalverein nicht angehören“; so könne man durch Einigung dort auf die Einzelkammern einwir-

2 VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 10; Text siehe Anm. 1.

ken.³ Unruh gab zu, daß er den Abgeordnetentag etwas anders ansehe als Benignen, also nicht als Staatenhaus, dem der Nationalverein als ein Vorparlament in irgendeiner Form zur Seite stehe, sondern als Vorbereitung zu einem gesamt-deutschen Parlament, das aus den Vertretern der liberalisierten Parlamente gebildet werden würde. In seinem Sinn anerkannte der Abgeordnetentag die Reichsverfassung von 1849 nur in „etwas milderer Form“, also als eine Orientierungshilfe. Die preußische Fortschrittspartei legte während des Verfassungskonflikts den Schwerpunkt der nationalen Politik in die Parlamente; den Nationalverein, der sich dem Abgeordnetenhaus unterordnen sollte, sah sie als Hilfsorganisation an. Diese Unterordnung des Nationalvereins unter den Abgeordnetentag wurde nicht bekämpft, und möglichst nicht beachtet; die Linke im Nationalverein nahm Anstoß lediglich an der Absicht, zu dem Abgeordnetentag nur tätige Mitglieder der bestehenden Parlamente zuzulassen und nicht Vertreter früherer Parlamente, besonders nicht die noch rüstigen Abgeordneten der Revolutionsparlamente von 1848/49.⁴ Die Ausschußmitglieder des Nationalvereins, die vorzugsweise wegen ihrer Mitgliedschaft in bestehenden Parlamenten gewählt oder ernannt worden waren, nahmen natürlich an den Abgeordnetentagen (und oft einflußreich und führend) teil, aber die Führer der Linken im Nationalverein (und solche, die gar nicht erst beitraten) gingen leer aus, weil die geltenden Wahlgesetze zu den Einzelparlamenten solche Leute vielfach ausschlossen. Zur gleichen Zeit als die Reichsverfassung im Zeichen der *Volkspolitik* angenommen wurde, verlegte sich der Schwerpunkt der Behandlung der nationalen Frage in die *Abgeordnetentage*: Die Ausschußmitglieder wirkten dort als Parlamentarier, aber nicht als Vertrauensmänner ihres Vereins.

Der Nationalverein verfügte weiter über verhältnismäßig große Gelder, die er auf Presetätigkeit und Unterstützung der Hilfsorganisationen verwendete, aber kaum noch auf Volkspolitik. Hier liegt eine der Wurzeln der Krise im Nationalverein nach der Generalversammlung von 1862. Zur Generalversammlung 1863 zu Leipzig hatte der Ausschuß eine Resolution in der Verfassungsfrage vorbereitet, derzufolge der Nationalverein kein Mittel verwerfe, welches ihn dem Ziele näher bringe, aber damit nicht irgendwelche Form von physischem Druck gemeint, wie irrtümlich angenommen wurde, sondern Kompromisse und Abschlagszahlungen, wie sie der Abgeordnetentag aushandeln würde.⁵ Erst anläßlich der Diskussion um diesen Punkt und der Streichung der mißverstandenen Klausel wurde den Mitgliedern klar, daß der Nationalverein an „Grundübeln“ leide, wie sich der Demokrat Jakob Venedy ausdrückte⁶, er statt an der Spitze

3 Unruh sprach im Namen der liberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die dem Nationalverein angehörten, siehe VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 11–13, besonders S. 12.

4 Tätig im Sinn einer legal noch bestehenden Reichsverfassung, derzufolge den Abgeordneten des Frankfurter Parlaments gültige Rechte zukamen, war E. A. Roßmäßler, der 1863 versuchte ihre Überlebenden zu aktivieren.

5 VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 8: „Die Nationalpartei hält fest an der Reichsverfassung. Ihr Ziel ist und bleibt die Herstellung eines wahren Bundesstaats. Sie verwirft kein Mittel, welches uns diesem Ziel wirklich näher bringt. Nie aber wird sie den Rechtsboden der Nation preisgeben. Nur das deutsche Volk selbst in seinem freigewählten Parlament kann über sein Verfassungsrecht entscheiden.“

6 J. VENEDY, Grundübel, 1864. Der Verfasser verlangt trotz aller „Grundübel“ das Ausharren im Verein, nicht den Austritt.

der deutschen Bewegung zu stehen, voreilig abgetreten war und sich in Dienst und Schatten der Abgeordnetentage gestellt hatte.

Wenn die deutsche Politik durch die liberalisierten Parlamente zu kanalisieren war, konnte nunmehr die Volkspolitik des Nationalvereins nur im Druck der öffentlichen Meinung bestehen, die er, statt wie früher auf die preußische Regierung, nunmehr auf die Einzelparlamente ausüben würde. Für die Konstituierung Deutschlands im Sinn der Verfassung von 1849 und auf die Übertragung der Zentralgewalt auf Preußen konnte der Verein nur noch indirekt einwirken, aber auch dazu gehörte die Durchdringung des Vereins mit der Reichsverfassung, und daran fehlte es, weil nicht der Inhalt der Reichsverfassung die Diskussion in Coburg beschäftigt hatte, sondern eine gemeinsame Formel über die Verfassung, die ein weiteres Zusammengehen ermöglichen würde. Die inhaltliche Auseinandersetzung über die Verfassung und deren Tragweite setzte erst nach der Generalversammlung ein. Bald stellte sich heraus, daß zwar Einheit und Freiheit durchaus durch die Annahme der Reichsverfassung „nebst Grundrechten und Wahlgesetz“ gesichert waren, daß das aber über die Ausgangsposition der ersten Generalversammlung im Jahre 1860 nicht heraus gebracht hatte, denn auch damals stand die Reichsverfassung vor den Augen aller, auch wenn sie aus taktischen Gründen nicht beim Namen erwähnt werden durfte. Es kam jetzt auf das Verhältnis zwischen den beiden Elementen von Einheit und Freiheit an, auf die Modalitäten, das Tempo, das Verhältnis von Ursache und Wirkung, das Früher und Später, d.h. auf Probleme, die die Deutschen noch über das Jahrhundertende hinaus beschäftigen sollten. Die Diskussion um die Reichsverfassung, ohne hier auf ihre Einzelheiten einzugehen, brachte den Lernprozeß über die politische Konstituierung Deutschlands durch den Nationalverein um keinen Schritt voran.

In der letzten Oktobernummer der „Wochenschrift“ im Jahre 1862 erschien eine ketzerische Anschrift *an den Herausgeber*, auf die die Redaktion zu antworten versprach, aber nicht antworten konnte, ohne die Harmonie, deren einzige Grundlage in Wortformulierungen lag, zu zerstören. Ein N. N. (also wohl ein prominentes Vereinsmitglied) schrieb unter „Vom Fuße des Odenwaldes“⁷, wieso die Einberufung eines Parlaments in Coburg für vordringlich gehalten wurde, wo dessen Einberufung doch ebenso unwirksam verlaufen würde wie die von 1848. Dem Parlament werde es auch diesmal an Macht fehlen. Und um tatsächliche Machtverhältnisse ging es, von denen er den Gegensatz von Wien und Berlin, den Sondergeist der Mittelstaaten und die Existenz des Bundestages nennt, der sowohl gegen den Nationalgeist wie gegen den Liberalismus sei. Die Rolle eines Konvents der französischen Revolution oder eines Langen Parlaments der englischen könnten allenfalls das Abgeordnetenhaus in Wien oder Berlin spielen, aber nur, wenn „sie Glieder eines lebendigen staatlichen Organismus sind“. „Daß aber ein Parlament ohne gleichzeitige Zentralgewalt überhaupt vollkommen unbrauchbar und vielmehr ein Schaden als ein Vorteil für die Nationalsache sein würde“, daran halte er solange fest, bis man ihm das

⁷ Die Zuschrift vom „Ende Oktober“ dürfte wohl aus Heidelberg aus den Kreisen der ehemaligen Konstitutionellen kommen, zu der der Heidelberger v. Rochau Stellung nehmen will, da es sich um seine Gesinnungsgenossen handelt.

Gegenteil beweise. Mit dieser Bemerkung schloß er seinen Angriff auf den Parlamentsbeschluß der Generalversammlung.⁸ Das Fazit für die Leser der „Wochenschrift“ mußte sein, daß der Reichsverfassungsbeschluß ohne vorhergehende Einsetzung der nicht genannten preußischen Zentralgewalt bei der ersten Begegnung mit der politischen Wirklichkeit zu einer Krise führen müsse, aus der die Beschließenden selbst den Ausweg nicht wüßten, und so ist es gekommen.

Der äußerste rechte Flügel des Nationalvereins, den Bremen vertrat, einigte sich am Jahrestag der Völkerschlacht von Leipzig, am 18. Oktober 1862, auf eine Resolution, die er im Namen der Mitglieder des Nationalvereins in Nordwestdeutschland faßte. Scheinbar genausogut hätte sie von Mitgliedern aus jedem Teil Deutschlands gefaßt werden können, da sie die Übereinstimmung mit der Verfassungsresolution von Coburg II ausdrückte, und in deren Sinn alle Vaterlandsfreunde aufforderte, auf die deutschen Regierungen und Volksvertretungen dahin zu wirken, daß „der deutsche Bundesstaat auf Grund der Reichsverfassung ins Leben trete“, aber nur scheinbar, denn bei genauerem Hinsehen ergibt sich, daß es Sinn der Reichsverfassung sein sollte, allein die Gründung des Bundesstaates, also die Einigung, zu ermöglichen. Die Freiheitsfrage wird ausgeklammert, denn alle Einzelheiten der Verfassungsbestimmungen seien veränderlich (ohne zu sagen, daß im Sinne der Reichsverfassung eventuelle Änderungen, Sache eines souveränen Parlaments zu sein hätten). Auf „Kuckuckseier“, die sich in der Verfassung wegen des Bündnisses „der Ultramontanen, Partikularisten und Reaktionäre mit der äußersten Linken“ darin befänden, wurde ausdrücklich hingewiesen.⁹ Wegen der Partner an diesem „unnatürlichen Bündnis“ dürfen wir schließen, daß die gewünschten „Verbesserungen“ die Eskamotierung der Grundrechte und des gleichen und direkten Wahlrechts im Wahlgesetz betreffen.

Bennigsen und Miquèl (damit sind wohl jene auswärtigen Mitglieder gemeint, die es ermöglichen, statt von Bremen, von Nordwestdeutschland zu sprechen) erklärten ihrerseits bei der Beratung, daß die Annahme der Reichsverfassung keineswegs bedeute, daß sie gültiges Recht sei und unabänderlich, sondern nur, daß ihr „wesentlicher Inhalt“ verpflichte, wobei dann wohlätig für die Einigkeit im Verein war, daß jeder interpretieren konnte, was er für „wesentlich“ hielt. Miquèl erklärte zur Zufriedenheit der Bremer als „wesentlich“ die Zentralgewalt. Daß August Metz zu gleicher Zeit die Grundrechte und das demokratische Wahlrecht im Süden als „wesentlich“ erklären konnte, störte vielleicht die Bremer, aber nicht die Ausschußmitglieder Bennigsen und Miquèl. Diese hatten nur dafür zu sorgen, daß die Einigkeit im Verein gewahrt wurde. Im Schatten der einstimmigen Annahme der Reichsverfassung vollzog sich 1862 das Auseinandertreten von Einheit und Freiheit.

Die Möglichkeit, die Verfassung des Jahres 1849 doppelt zu interpretieren, einmal als bundesstaatliche Einheit und zum anderen als liberale und demokratische Konstituierung des deutschen Volkes, hätte die Vereinszeitschrift veranlassen müssen, den offenen Meinungsaustausch der Vereinsmitglieder anzuregen

⁸ WOCHENSCHRIFT Nr. 131 v. 31. 10. 1862, S. 1 100.

⁹ Ebd., S. 1 101 f.

und zu regulieren, aber die Zeitschrift versagte, weil v. Rochau und Fedor Streit beide durch ihre Parteistellung behindert waren, den Meinungs austausch zu fördern, und die schreibgewohnten Vertreter von rechts und links für zwei Lager mit festgelegten Vorstellungen sprachen. Rochau beherrschte den politischen Teil der „Wochenschrift“ und Streit nur den Vereinsteil, aber ihm gelang es immer, jede Nummer zu beeinflussen, da die Zeitung in Coburg erschien und in seiner Druckerei hergestellt wurde, er also das letzte Wort hatte, während v. Rochau weitab in Heidelberg saß: Hier führte die Spannung bald zur Reibung und dann zur Spaltung. Das „Flugblatt“ Nr. VII zur Erklärung der Reichsverfassung wurde von Streit angekündigt, aber nicht kommentiert, weil das der politischen Redaktion zustand: Die Teilung der Zuständigkeit wirkte sich lähmend aus.

Die politische Redaktion hatte Gelegenheit, der mehrfach ausgesprochenen Forderung zu entsprechen, die Kenntnis der Reichsverfassung zu fördern, aber v. Rochau reagierte erst, als die altliberale Berliner „Allgemeine Zeitung“ von Julian Schmidt die Reichsverfassung auch vom Standpunkt der Einheit angriff: Die Reichsverfassung gestehe dem Reichstag, also dem Volkshaus und Staatenhaus zusammen, das suspensive Veto gegen die Reichsgewalt zu, demzufolge ein Beschluß bei dreimaliger Wiederholung in drei Sitzungsperioden auch ohne Zustimmung der Regierung Gesetz wird. Darin sahen die Altliberalen „parlamentarische Vergewaltigung“ und im Hinblick auf eine zukünftige preußische Zentralgewalt ein Hindernis für die Einigung. Die „Allgemeine Zeitung“ sah als berechtigt die Weigerung der preußischen Regierung an, sich irgendwann einem Parlament beugen zu müssen. Für sie lag darin ein potentiell es Hindernis für die Verwirklichung der preußischen Spitze; v. Rochau meinte umgekehrt, daß auch eine preußische Regierung sich niemals lange einem Parlamentsbeschluß werde widersetzen können, also das suspensive Veto der deutschen Einheit mit preußischer Spitze nicht entgegenstehe.¹⁰ Weder die Grundrechte, die viele Verfassungen enthielten, noch das Veto des Reichstages wären ein Hindernis: Ihm schien die Spannung erträglich.

Die Reichsverfassung, die angeblich das Einheits- und Freiheitsstreben des Vereins ausdrücken sollte, wurde niemals in der „Wochenschrift“ ihrem detaillierten Inhalt nach besprochen, sondern ihrer wahren Aufgabe entsprechend als Integrationsmittel für den Verein gesehen. Sie wurde als eine totale Einheit behandelt, aus der jeder sich auswählen konnte, was ihm entsprach. So hielt es die „Wochenschrift“, als sie die Reichsverfassung pflichtgemäß in der Einladung zum Abonnement nochmals im April 1863 als das Ziel all derer erwähnte, die nach „der einheitlichen und freiheitlichen Neugestaltung unseres Vaterlandes streben“, wie solches schon in der von den Vertretern der Nation verkündeten Reichsverfassung „ihren ersten rechtlichen Ausdruck gefunden hat“.¹¹ Rochaus

10 Die Altliberalen und die Reichsverfassung (WOCHENSCHRIFT Nr. 134 v. 21. 11. 1862, S. 1 123 f.). Der Aufsatz ist redaktionell, also von v. Rochau.

11 Der Ausdruck war zur Zeit als er auf der Generalversammlung im Jahre 1860 geprägt wurde angebracht, um die Erwähnung der von den Preußen verpönten Reichsverfassung überhaupt zu ermöglichen; der Ausdruck hier aber besagt, daß sie nur als historisches Relikt zu behandeln ist. Siehe WOHENSCHRIFT Nr. 154 v. 10. 4. 1863, Titelseite.

Parteihaltung als Vertreter der Rechtsliberalen im Verein liegt in der Floskel vom „ersten rechtlichen Ausdruck“, da ein „erster rechtlicher Ausdruck“ nicht verpflichtet, wenn ein zweiter Ausdruck es anders will.

Der Jahrestag der Fertigstellung der Reichsverfassung (28. März 1849), als die „Einladung zum Abonnement“ erschien, wurde von Streit im Vereineil her-vorgehoben¹², aber von der politischen Redaktion mit Schweigen übergangen. Versammlungen zum Gedenken der Verfassung, die nunmehr Richtschnur zum Handeln sein sollte, wurden nur von Demokraten abgehalten. Streit erwähnt mehrere, berichtet aber ausführlich nur über Frankfurt.

Eine direkte Entwicklungslinie führte von der Zurückhaltung der Flottengel-der des Nationalvereins zum Beschluß über die Reichsverfassung auf der zwei-ten Coburger Generalversammlung, und dem entsprach die Umwandlung des preußischen Heereskonfliktes in den Verfassungskonflikt. Die Reichsverfassung sollte der Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus den Weg zur Lösung des Konfliktes weisen: Der König würde den Hervorragendsten aus der Mehrheits-partei (wahrscheinlich Schulze-Delitzsch) zum Ministerpräsidenten ernennen, und der würde nicht nur Preußen konstitutionell regieren, sondern ganz Deutschland konstitutionell einigen auf dem Weg der Reichsverfassung oder in Richtung auf die Reichsverfassung. Man hatte sich nicht vorgestellt, daß die Konfliktsituation chronisch werden könne. Wenn die „Wochenschrift“ sich ausdrückte, daß selbst in Preußen keine Regierung sich halten könne, der ein Parlament dreimal einmütig entgegengetreten war, so drückte sie aus, was die liberale öffentliche Meinung im Hinblick auf die Minister der Neuen Ära aus der Erfahrung zu lernen gemeint hatte. Daß Bismarck ein neues Regierungssy-tem einführte, wurde nicht erkannt. Man brauchte das Wort „Caesarismus“ als Schimpfwort, verstand darunter aber nicht ein soziologisch und wirtschaftlich erklärbares Regierungssystem. Man kannte und erklärte wohl den in Frankreich zur Herrschaft gelangten Bonapartismus und zeichnete in Einzelheiten seine Herrschaftstechniken, meinte aber, daß das, was sich als französische Eigenart darstellen ließ, auf Deutschland nie passen könne. Man meinte, die zukünftige Entwicklung Preußens im Rahmen eines geeinten Deutschlands zu kennen und wartete auf die Entlassung Bismarcks und die Ernennung einer liberalen, d.h. vernünftigen und „normalen“ Regierung. Im Frühjahr 1863 kam dann die Krise, die sich in der Alvensleben-Konvention Preußens mit Rußland und der sich zuspitzenden Lage in den nordalbingischen Herzogtümern kundtat. Der Ver-einsausschuß verlor sichtlich seine Geduld mit dem preußischen Abgeordneten-haus, und die preußischen Mitglieder des Nationalvereins mit dem Ausschuß: Eine anhaltende Austrittsbewegung setzte ein. Entsprechend seinem politischen Horizont und seiner politischen Erfahrung empfahl der Ausschuß Massenpeti-tionen vor der preußischen Residenz, was er als das „letzte legale Mittel“

12 Siehe Mitteilungen aus dem Nationalverein, ebd., S. 1 302 f. Im Mittelpunkt stand die Feier in Frankfurt, wo u.a. bemerkt wurde, daß Handelsverträge nach der Reichsverfassung nur durch die Reichsgewalt mit Zustimmung des deutschen Parlaments abgeschlossen werden könnten. Am Schluß folgt eine alphabetische Aufzählung aller Orte, die Feiern abgehalten haben. Auch die folgenden Nummern der Wochenschrift enthalten Berichte, u.a. über Leip-zig unter Leitung Roßmäßlers.

ansah.¹³ Er dachte an keine scharfen Mittel, wie sie Lassalle empfahl¹⁴, sondern drohte, „offen sich auszusprechen, daß man nicht daran denke, daß die jetzige preußische Regierung an die Spitze Deutschlands trete“. Derart äußerten sich die außerpreußischen Ausschußmitglieder auf der Ausschußsitzung, während die preußischen Ausschußmitglieder wegen einer akuten Krisensituation in Berlin fehlten. Und es wird deutlich, warum sich über die Einführung der Reichsverfassung im Sinn der Ausschlußmehrheit als preußischer Spitze nicht mehr sprechen ließ: Das System Bismarck war im Konzept des Nationalvereins nicht vorgesehen. In der darauffolgenden Ausschußsitzung vom 25. Mai 1863 in Frankfurt erlaubte sich der Ausschuß, in Gegenwart der preußischen Mitglieder kraß auszudrücken, daß eine Agitation zum Sturz des Ministeriums einzuleiten sei, weil nur ein Sturz des Ministeriums „die einzige Lösung sei, wenn nicht bald sowohl der König als die ganze Dynastie Hohenzollern mindestens für das deutsche Volk ein überwundener Standpunkt sein solle“, um einer lähmenden Stimmung im preußischen Volk vorzubeugen.¹⁵

Die nichtpreußischen Mitglieder des Ausschusses drohten, daß sie gezwungen seien, nach neuen Lösungen Ausschau zu halten. Die Ausschau nach einer Bundesreform statt der Verwirklichung der preußischen Spitze war die gelindeste der Alternativen; der völlige Umbau des Nationalvereins, damit er eine Volkspolitik führen könne, war die weitreichendste. Über beides mußte der Vorstand vor dem Zusammentreten der Generalversammlung am 16. Oktober 1863 zu Leipzig nachdenken. Der von Brater im Auftrag des Ausschusses verfaßte und von Hoverbeck redigierte Aufruf¹⁶ zeugt von einer Krisenstimmung, die sich nur mit der Krise vom Jahr 1859 vergleichen läßt (und mit ihr verglichen wurde)¹⁷, nur daß damals die Hoffnung auf die Neue Ära bestand, während jetzt die Ära Bismarck Wirklichkeit war, und die Untätigkeit des preußischen Volkes jede Hoffnung verbaute. Der Satz, daß „der Ruf nach Wiederherstellung des nationalen Parlaments sogar in den Lagern unserer Gegner nachzuhalten beginnt“, deutet an, in welche Richtung die gelindeste der Alternativen wies: Die österreichischen und die mittelstaatlichen Bundesreformvorschläge

13 Nach dem Ausschußprotokoll v. 17. 5. 1863 von der Hand Schweigerts: Ansicht der Mehrheit im Ausschuß sei, „daß es im Vereinsinteresse liegt, offen sich auszusprechen, daß man nicht daran denke, dafür zu wirken, daß die jetzige preußische Regierung an die Spitze Deutschlands treten solle“. Verschiedene stimmten zu, daß der Kern der ganzen Bürgerschaft vor der Residenz erscheinen sollte, um die Entlassung des Ministeriums zu fordern, und das sei „das letzte legale Mittel, um die Dinge zum Biegen oder Brechen zu bringen“. Diese Ansicht dürfte die Rochaus sein, der sich in der Wochenschrift entsprechend äußerte.

14 Der parlamentarische Streik ist das Fazit des Vortrages „Was Nun?“ (F. LASSALLE, GRS 2, S. 77–115).

15 Ausschußprotokoll v. 25. 5. 1863, S. 4, Nachlaß Streit (München).

16 Der Ausschuß des Nationalvereins an die Vereinsmitglieder, WOCHENSCHRIFT Nr. 161 v. 31. 5. 1863, Titelseite und S. 1 354.

17 „Als im Jahr 1859 Deutschland dem Krieg entgegen ging, wurde das Verlangen tausendfach laut, es müsse die Leitung der deutschen Politik und Heeresmacht in die Hände Preußens gelegt werden [...], wenn aber diejenigen, die jetzt an der Spitze des preußischen Staats [...] nach der Leitung Deutschlands greifen wollten, so würden sie in der ersten Reihe der Kämpfer gegen eine solche Vermessenheit dem Nationalverein begegnen.“

boten sich an, die zwar auf keinen zukünftigen Bundesstaat zielten, aber den bestehenden Staatenbund reformieren wollten.¹⁸

Der Brater-Hoverbecksche Aufruf erinnerte an die Bedingung, die schon im Jahre 1860 für die Übernahme der Zentralgewalt an Preußen gestellt worden war, nämlich daß Preußen sich der Vertretung aller nationalen Interessen fähig erweise.¹⁹ Nun aber hatte Preußen gegenüber dem als patriotisch aufgefaßten Antrag Oldenburgs beim Bund in Sachen der weiteren Wirksamkeit des Londoner Protokolls in Schleswig-Holstein versagt und sich als „gefährlichster Widersacher der nationalen Interessen“ erwiesen, so daß jeder Versuch Preußens, „nach der Leitung Deutschlands greifen zu wollen“, den Nationalverein in der ersten Reihe der Kämpfer „gegen eine solche Vermessenheit“ finden würde. Das war eine ungewohnt scharfe Sprache, wenn sie von einem Ostpreußen und einem Bayern herrührte, der als isolierter Vorkämpfer für die preußische Spitze galt.

Beachten wir das Datum dieses Aufrufs, so sollten wir die Abkehr von Preußen als der zukünftigen Zentralmacht Deutschlands nicht allein als gegen das Regime Bismarcks gerichtet sehen, sondern nicht weniger als gegen das preußische Abgeordnetenhaus, das es nicht fertiggebracht hatte, während eines Jahres Bismarck zum Rücktritt zu zwingen, und sich auch nicht der Unterdrückung der Presse, die mit der Presseordonanz am 1. Juli einsetzte, wirkungsvoll widersetzte. Während des Sommers 1863 geißelte die „Wochenschrift“ die Impotenz der liberalen Mehrheit, und schlug ihre Mittel der Abhilfe vor. Die tiefe Enttäuschung des Bürgertums über die Feigheit der preußischen Liberalen drückte der als Wahlpreuße bekannte Historiker Treitschke aus, als er unter voller Namensnennung gegen die Preußischen Jahrbücher in der konkurrierenden Zeitschrift „Die Grenzboten“ mit dem erregten Aufsatz *Das Schweigen der Presse in Preußen* loszog.²⁰ Zu König Wilhelms Zeiten war die preußische Spitze unmöglich geworden: So folgte nicht nur ein v. Rochau.²¹

Auf der Generalversammlung zu Leipzig (Oktober 1863) sprach der Geschäftsführer Streit von der *Volksdiplomatie*, der er die *Volkspolitik* entgegensetzte²²; der Parteiführer Streit spitzte den Gegensatz in seiner „Arbeiterzeitung“ zu.²³ Gemeint hat er damit den Gegensatz von diplomatischem Anpassen an die Kabinettpolitik der Fürsten zur Prinzipienpolitik des Volkes; formuliert

18 Dieser „Nachhall“ erklärt den mißverstandenen Satz in dem Ausschußantrag zur vierten Generalversammlung, daß der Nationalverein kein Mittel verwerfe, daß ihn dem Ziele näher brächte: die Reformvorschläge sind ein Nachhall der Verfassungssagitation des Nationalvereins.

19 „Deutschland werde willig dem Oberhaupt des mächtigsten deutschen Staats die politische und militärische Leitung anvertrauen, wenn diese Macht durch energische Vertretung aller nationalen Interessen sich fähig erweise, ihren geschichtlichen Beruf tatkräftig zu erfüllen.“

20 Abgedruckt in: H. v. TREITSCHKE, Historische und politische Aufsätze, 2, S. 366–374. Dazu der Aufsatz der WOCHENSCHRIFT Nr. 168 v. 19. 7. 1863, S. 1 420. Zwei Stimmen aus der Berliner Presse, die wie Treitschke die Preußischen Jahrbücher angriffen.

21 Man darf allerdings nicht vergessen, daß die Preußenfreunde immer noch darauf setzten, daß der Kronprinz ein liberales Regime einführen werde, besonders da er sich in Danzig gegen die Preßordonanz ausgesprochen hatte.

22 VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 21 f.

23 ARBEITERZEITUNG Nr. 43 v. 25. 10. 1863. Die Verschärfung liegt im Abdruck in der Arbeiterzeitung und in der Einleitung, die auf den Gegensatz der Anschauungen hinweist.

hat er damit zum ersten Mal den Gegensatz von Nationalliberalismus und Volkspartei. Vorausgesetzt wird bei ihm immer, daß der Nationalverein das Volk zu repräsentieren hat. Wenn es nur um Diplomatie geht, genügen ein Ausschuß und die großen Zeitungen, die mit Vertretern der Regierungen verhandeln; wenn es aber um Volkspolitik geht, so sind alle wichtig, die sich organisieren lassen, also auch die Turner und die Schützen und besonders die Arbeiter. Dann muß der Nationalverein wachsen, nicht nur um nach dem Mitgliedsbeitrag zu fischen (wie es auf der Generalversammlung zu Eisenach im Jahre 1864 heißen wird²⁴), sondern um sich mit den Vereinsgenossen zu beraten als Vorbereitung für das sofortige Handeln; dann muß die gönnerhafte Haltung zu Hilfs- und Nebenorganisationen, die die Neue Ära begleitete, einer anderen Auffassung weichen, der Auffassung von einem Volksverein, dem jeder Patriot beitrifft, weil er willkommen ist, und der es ihm ermöglicht, beizutreten. Deshalb darf die Ablehnung von Demmlers Vorschlag, Mitgliedern von Arbeiter-, Turn-, Wehr-, Schützen- und Sängervereinen den Beitritt zum Verein mit ermäßigten Gebühren zu gestatten, kein letztes Wort sein²⁵ und die Frage muß auf jeder Generalversammlung erneut angeregt werden, wie es auch wirklich geschah.

Für Streit hatte das Wachsen des Vereins konstitutive Bedeutung. Das jährliche Wachstum von 10 000 Mitgliedern, wie bisher, war für ihn ein Indikator für die Richtigkeit des Weges. Diesmal aber stellte er in seinem Bericht einen absoluten Rückgang in der Mitgliederzahl fest und glaubte, daß nur eine aktive Volkspolitik im Hinblick auf die freiheitliche Komponente des Programms dem abhelfen könnte.²⁶ Weder die Taktik ein Wachstum zu behaupten, das nicht der Wirklichkeit entsprach, wie in der Ansprache von Brater-Hoverbeck vom 25. Mai²⁷, noch der Beschluß des Ausschusses am Vorabend der Generalversammlung, die hervorgehobenen unangenehmen „Wahrnehmungen“ nicht zu betonen²⁸, können dem abhelfen, sondern nur eine Neuorientierung auf wirkli-

24 Das Bild, von Schulze-Delitzsch eingeführt, wurde von Wartenburg auf der fünften Generalversammlung zu Eisenach aufgenommen. Siehe VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 34.

25 Der Antrag Demmlers kam am 9. 11. 1862 vor den Vorstand, Handschriftliches Protokoll im Nachlaß Streit (München) und lautete, daß „allen Mitgliedern von Arbeiterbildungsvereinen, Turnvereinen, Schützen-, Wehr- und Sängervereinen der Beitritt zum Nationalverein gegen eine Zahlung von 1 Silbergroschen pro Monat oder 3 Silbergroschen für das Vierteljahr gestattet werde, wenn sie sich bei den Agenten des Nationalvereins als solche legitimieren“. Die Ausschusssitzung v. 1. 2. 1863 lehnte dann den Vorschlag als mit dem Beschluß von Coburg II im Widerspruch stehend ab (Gedrucktes Protokoll, S. 55). Von den vielen Anträgen auf Ermäßigung des Jahresbeitrages war der von Demmler am besten dazu angeeignet, den Nationalverein als Massenverein zu organisieren. Die Ablehnung seines Vorschlags war gut durchdacht und vom Standpunkt der Ausschußoligarchie konsequent.

26 VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 4 f., 21 f.

27 „Darum sehen wir, daß keine Ungunst des Augenblicks das fortschreitende Wachstum unseres Vereins zu hindern vermag“ – WOCHENSCHRIFT Nr. 161 v. 31. 5. 1863, S. 1 354.

28 Es überwog die Ansicht, daß „der Rückgang der Mitgliederzahl und die sonstigen in dem obigen Bericht des Geschäftsführers hervorgehobenen Wahrnehmungen in der Generalversammlung nicht betont werden sollten“ (Handschriftliches Protokoll, Leipzig am 15. 10. 1863). In dieser Ausschusssitzung tritt Streit mit seinen „Wahrnehmungen über den Massenaustritt von Preußen aus dem Verein“ oppositionär auf; sein Vorschlag im Namen der Coburger Mitgliedschaft, das Geld des Flottenfonds für nationale Zwecke verfügbar zu machen und einen Nationalfonds zur Bekämpfung der Reaktion (und nicht nur zur Hilfeleistung) zu gründen, geben sein volksparteiliches Programm an: Als Generalsekretär des Vereins hatte er damit ausgespielt.

che Volkspolitik. Im Sommer 1863 handelt es sich um den Inhalt der Volkspolitik und um die notwendigen Strukturveränderungen im Verein, um richtig handeln zu können. Wir behalten im Auge, daß der Nationalverein es gegen Jahresende unternimmt, durch Geldsammlungen und Rekrutierung von Mannschaften Schleswig-Holstein für Deutschland zu gewinnen, sich also für kurze Zeit einer aktiven Volkspolitik verschrieb.

In einer großangelegten Rede legte Streit am Vorabend der Generalversammlung vor dem Ausschuß seine „Wahrnehmungen“ dar²⁹, daß die Austritte von Preußen aus dem Verein vor allem aus einer „gleichviel gegründeten oder ungegründeten Befürchtung vor Mißliebigkeit und Verfolgung“ erfolgt sei; daß der Austritt von Nichtpreußen nicht in *Kleinmut*, sondern in *Mißmut* über die Tatenlosigkeit des Vereins begründet, daß aber der Zutritt von neuen Mitgliedern vor allem in der Erwartung erfolgt sei, eine aktive Politik in der Freiheitsfrage zu fördern. Wenn also die Mitgliederzahl ungefähr 23 000 betrug, so hielten sich Austritte und Neueintritte fast die Waage, wobei wir festzustellen haben, daß eine Linksentwicklung des Vereins vorliegt, da die Neueintretenden weniger eine energische Politik erwarteten, als daß sie sie *erzwingen* wollten. Diese energische Volkspolitik nennt Streit vor dem Ausschuß *nationale Reformbewegung*³⁰, die, wohl beabsichtigt, den Reformverein und die Vorschläge zur Bundesreform in Gegensatz zur echten nationalen Bewegung bringen will. Die nationale Reformbewegung braucht Geld, und für sie verlangt Streit (durch den Antrag der Versammlung der Mitglieder des Coburger Nationalvereins) die Freisetzung der Flottengelder, wobei er nicht unterläßt, darauf hinzuweisen, daß die Geldknappheit im Budget des Vereins auch mit der voreiligen Bewilligung von 10 000 Talern zusammenhängt, die der Verein dem Flottenfonds gestiftet hatte. Dieser schon vorher verschiedentlich vorgebrachte und abgelehnte Vorschlag der Benützung der Flottengelder brachte als Beschluß des Ausschusses diesmal den Bescheid, daß „in entscheidenden Fällen, der Ausschuß *allein*, auf seine eigene Verantwortung hin, diesen Flottenfonds für verfügbar erklären könne“³¹, d.h., daß Anträge von unten abzulehnen seien, daß aber der Ausschuß sich gegebenenfalls über alle Bedenken hinwegsetzen könne, ein Fall, der

29 Handschriftliches Protokoll (wie Anm. 28), S. 7–16.

30 Streit faßt sämtliche volksparteilich-oppositionellen Anträge, die er sich aneignet, zu dem erweiterten Zweck zusammen der „Gründung eines *Deutschen Nationalfonds* für die Zwecke der nationalen Reformbewegung überhaupt“ (S. 16) zu dienen. Auf diesen Vortrag reagierte der Ausschuß mit der Bemerkung: „Von einem Beschluß auf Vermehrung der Vereinsfonds zu Zwecken der nationalen Reformbewegung überhaupt, versprach man sich keinen Erfolg“ (S. 18), was aber den schon bestehenden Flottenfonds anging, beschloß er, daß er juristische Bedenken habe, ihn seinem ursprünglichen Zweck zu entfremden, es also auch nicht in der Macht der Generalversammlung stehe, darüber zu entscheiden. Dagegen stehe es dem Ausschuß *allein* (unterstrichen) zu, „in entscheidenden Fällen“ auf seine eigene Verantwortung hin, diesen Flottenfonds für verfügbar zu erklären (16–17). Dieser Fall trat ein, als der Nationalverein ein Hilfskomitee für Schleswig-Holstein im Dezember 1863 in Göttingen einsetzte, das aber wegen Geldmangel nicht wirken konnte. Die Ausschußmitglieder wurden befragt, ob sie den Vorstand ermächtigten, die Hälfte des Flottenfonds dafür einzusetzen. Die Honoratiorenlogik ist eindeutig: Die Generalversammlung kann über die Verwendung der Flottengelder nur eine unmaßgebliche Meinungsäußerung abgeben; die Ausschußmitglieder können darüber schriftlich abstimmen.

31 Handschriftliches Protokoll (wie Anm. 28), ebd., S. 14–16.

vor Jahresende eintrat, als der Ausschuß die Bewegung für Schleswig-Holstein lenken wollte. Die Oligarchie des Ausschusses wurde gewahrt, auch als der Verein sich gezwungen sah, sich in Volkspolitik zu versuchen.

Streit ist der Oligarchie der Vereinshonorationen unterlegen und hat sich der Ablehnung seines Antrags fügen müssen, denn er hat die Strukturbedingungen eines bürgerlichen Vereins nie voll erfaßt: Da war ihm sein Antipode Lassalle überlegen, der davon überzeugt war, daß das Bürgertum von Natur aus zum individualistischen Nörgeln neige und nur die Arbeiterklasse zur solidarischen Disziplin.

Das andere und tiefschürfendere Problem der Geldbeschaffung für die nationale Reformbewegung betraf die Gründung eines „deutschen Nationalfonds“, der ebenfalls schon verschiedentlich abgelehnt worden war. Angeregt wurde die Gründung eines Entschädigungsfonds durch den schon bestehenden und wirkenden preußischen Fonds (oft auch Volkskasse genannt), dessen Aufgabe es war, besonders Beamte für die Stellvertretungsgelder zu entschädigen, wenn sie als Abgeordnete wirken wollten. Die Antwort des Ausschusses bisher war ständig der Hinweis darauf, daß die Kasse des Nationalvereins sowieso quasi als Nationalfonds wirke, da er für einzelne Kurhessener und Schleswig-Holsteiner verschiedentlich schon Gelder bewilligt habe. Nun sprach Streit davon, daß die Schadloshaltung von Geschädigten durch die Reaktion nur ein Nebenzweck sein könne, und der Hauptzweck zu sein habe „die *Bekämpfung der Reaktion selbst*, die auf allen Gebieten durch unsere Bewegung aufgeschreckt sei, und auf allen Punkten der Kampflinie der Kampf aufgenommen werden müsse“.³² Streits Formulierungen über den Anti-Reaktionsfonds zur Unterstützung der nationalen Reformbestrebungen hatte mit den Vorstellungen des preußischen Entschädigungsfonds nichts gemein, und eine eventuelle Fusion wurde von vornherein abgelehnt, aber der ganze Gedankengang erregte den Verdacht, daß die Linken unter „nationalen Reformen“ Dinge verstanden, die nicht zu einer legalen Agitation paßten.

August Metz aus Darmstadt, der den Gedankengang der demokratischen Liberalen besser verstand als die Rechtsliberalen, stimmte im Ausschuß mit Streit³³, wurde aber überstimmt. Wie groß die Minderheit war, werden wir wegen der Art der Protokollführung nie erfahren, aber daß eine Abstimmung nötig war, bezeugt die Spannung. Die Ausschußmitglieder wurden verpflichtet, in der Generalversammlung gegen sämtliche Anträge im Streitschen Sinn zu wirken und auch den Rückgang der Mitgliederzahl nicht zu betonen.³⁴ Als Tagesordnung wurden außer dem Geschäftsbericht und der Ausschußwahl, die wie selbstverständlich zur Generalversammlung gehörten, nur der politische Bericht und die Anträge zur deutschen Frage festgesetzt. Man hatte freie Hand, jeden Antrag als zur deutschen Frage gehörig zur Abstimmung zuzulassen oder von vornherein abzulehnen. Wie üblich gingen alle Ausschußanträge mit leicht-

³² Ebd.

³³ Handschriftliches Protokoll, S. 17.

³⁴ Handschriftliches Protokoll, S. 17: Beschlossen: daß, wenn in der morgigen Generalversammlung aus deren Mitte solche Anträge gestellt würden, dieselben vom Ausschuß bekämpft werden sollten.

ten Abänderungen durch und wurden alle ungewünschten Anträge abgelehnt. Man konnte so weit gehen, eine „offizielle“ Kandidatenliste nicht aufzustellen³⁵ und sich auf die schon traditionelle Wiederwahl der wichtigsten Ausschußmitglieder zu verlassen.

Streit hatte versucht, im Alleingang die innere und äußere Krise des Vereins, in die die erzwungene Aufgabe jeglicher preußischen Spitze ihn gebracht hatte, für ein aktives Reformprogramm im Verein auszunützen. Er hatte die Krise, die sich in der Stagnation der Mitgliederzahl und in der Inaktivität des Vereins kundgetan hatte, aufgezeigt und auf die finanziellen Hebel zu einer aktiven Volkspolitik hingewiesen, wobei statt der Diplomatie mit dem Abgeordneten-tag die Politik der nationalen Befreiung kommen sollte. Zu ihr sollte die Lossagung vom Londoner Protokoll, wie sie seit März mit der Proklamierung der gesamtdänischen Verfassung von radikalen Nationalisten gefordert wurde, den Auftakt geben. Streit hatte durch die Perspektive eines Volksnationalvereins, der auch Kleinbürger und Arbeiter umfassen würde, den Bestand des Honoratiorenausschusses in Frage gestellt. Er muß wohl gemerkt haben, daß sein Vorstoß weniger die Honoratioren gefährdete, als ihn selbst, denn zu Beginn der Generalversammlung flocht er in seinen Bericht zusammenhanglos für den Nichteingeweihten den Ausdruck ein, „solange er überhaupt noch auf diesem Posten auszuharren vermag“³⁶; Sein Sturz war vorprogrammiert, auch wenn er nicht sogleich durchgeführt wurde, weil auf ihn als Organisator nicht verzichtet werden konnte: Auch ohne Stütze durch eine „offizielle“ Kandidatenliste erhielt er bei der Ausschußwahl fast alle Stimmen, fast wie v. Bennigsen, aber mehr als Schulze-Delitzsch.³⁷ Noch war er unabsetzbar; im Ausschuß aber durfte er schon angegriffen werden und v. Rochau erzielte dort seine ersten Erfolge über ihn.

Die Spannung zu v. Rochau bestand von Anfang an, weil beide Extremisten in entgegengesetzten Lagern standen und ihre Auseinandersetzungen in der „Wochenschrift“ nicht unbeachtet bleiben konnten. Streits Übergriffe in die Rechte v. Rochaus waren beabsichtigt, weil politisch begründet, so wenn er aufreizende Stellen aus Struves *Diesseits und Jenseits des Ozeans* in seinem Vereins- teil abdruckte, weil angeblich viele Vereinsmitglieder ihr Interesse dafür gezeigt hätten.³⁸ Hier erkannte er das Risiko, verließ sich aber auf seine Popularität bei den Mitgliedern, seine Opferwilligkeit und seine ungeheure Sach- und Menschenkenntnis, die er sich in den vielen Jahren seiner Tätigkeit erarbeitet hatte. Komplizierter als zu v. Rochau war sein Verhältnis zu den Ausschußmitgliedern, die ihn wohl schätzten, aber auch fürchteten und wegen seiner Radikalität beargwöhnten. Denken wir nur an Schulze-Delitzsch und seine Feindschaft zu allen Vereinszeitungen, die sich nicht eng an ihren Vereinszweck hielten und mit den liberalen Privatzeitungen konkurrierten. Sein ambivalentes Verhältnis

35 Handschriftliches Protokoll, S. 18 f.

36 VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 4.

37 Bennigsen erhielt 449 Stimmen, Streit 446, Schulze-Delitzsch 445; dagegen v. Rochau 253 und Miquel 244. Siehe VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 32.

38 WOCHENSCHRIFT Nr. 178 v. 24. 9. 1863, S. 1 504. Die Rückkehr Struves aus den USA hatte er schon Wochen vorher in seinem Vereinsteil (Nr. 165 v. 28. 6. 1863, S. 1 392) angezeigt mit der irreführenden Angabe: Coburg, den 21. Juni 1863. Die Redaktion.

zu Streits „Arbeiterzeitung“, die er zur Bekämpfung Lassalles und der Staatshilfe brauchte, aber der er wegen ihrer selbständigen nationalen und sozialen Politik von Anfang an mißtraute, hat dort ihre Wurzel. Streits Vorstöße in den Ausschußsitzungen ließen sich ertragen, weil er sich gegenüber den Mitgliedern genauestens an die Beschlüsse der Ausschußsitzungen hielt, aber seine politischen Überzeugungen kamen mit den Honoratiorenvorstellungen, auch der linksliberalen Ausschußmitglieder, in Kollision, und das vermutlich unbeabsichtigt. Zum Vorschein kam das bei seinem Versuch, die Zutritte zum Verein durch energische Wirksamkeit zu vermehren und durch „eine straffere Organisation“ zu verfestigen.³⁹ Er hatte dafür einen „Organisationsentwurf“ geschaffen, dessen größter Mangel darin bestand, daß er die Honoratioren innerhalb und außerhalb des Ausschusses wie Beamte behandelte, ihnen „Rayons“ zuwies, die sie zu beaufsichtigen hatten, für deren Beiträge sie verantwortlich waren, in denen sie die Zusammenkünfte zu organisieren hatten und Redner zu stellen. Die Organisationshierarchie wäre dadurch übersichtlich und einheitlich geworden, die Gelder wären ordnungsgemäß eingegangen (viel Geld wurde bisher für lokale Ausgaben zurückbehalten), aber die maßgebliche Stellung der Vereinshonoratioren, die sich unentwegt „opferten“ und denen zu „danken“ war, wäre dadurch ins Wanken gekommen und damit wohl der ganze Verein. Streits mühevollen und mehrfach beratenen Vorschläge wurden einen Tag nach der Generalversammlung mit der Bemerkung abgetan, „daß es bei der bisherigen Organisation sein Bewenden behalten solle“. Streit wurde als Geschäftsführer bestätigt, aber sein Entwurf fiel unter den Tisch.⁴⁰

39 „Zunächst sei eine straffere Organisation notwendig. Diese werde sich anbahnen, sobald der vom Geschäftsführer s.Z. vorgelegte und vom Ausschuß genehmigte Organisationsentwurf von den kontrollierenden Ausschußmitgliedern zur Ausführung gebracht werde“ – Streits Bericht in der Ausschußsitzung v. 15. 10. 1863 (Handschriftliches Protokoll, S. 11). Dieser Organisationsentwurf wurde länger als ein Jahr beraten, wie die Anstellung von Generalinspektoren, für die Friedrich Kapp aus den USA und Ludwig Löwe (unter Befürwortung von Schulze-Delitzsch) ausersehen waren (Vorstandssitzung v. 9. 11. 1862); die Verpflichtung der Ausschußmitglieder, fest umgrenzte Rayons politisch und organisatorisch zu überwachen (Gedrucktes Ausschußprotokoll, S. 54; Ausschußprotokoll v. 1. 2. 1863); Anfertigung von Mitgliedsverzeichnissen in jedem Rayon (ebd.); Diskussion und Revision des „Organisationsentwurfes für das Agentenwesen“ wurde für den Druck genehmigt (Handschriftliches Protokoll, Eisenach, den 15. 5. 1863, S. 2); die Kontrolle des Agentenwesens wurde in der Ausschußsitzung v. 25. Mai behandelt (Handschriftliches Protokoll, S. 6). In der Ausschußsitzung v. 17. Oktober, anschließend an die Generalversammlung, heißt es dann lapidar: „Beschlissen, daß es bei der bisherigen Organisation sein Bewenden behalten solle“ (Gedrucktes Protokoll, S. 83).

40 Die Tatsache, daß der Ausschuß sang- und klanglos über die Anstrengungen seines Geschäftsführers während eines vollen Jahres hinwegging, deutet darauf hin, daß die grundsätzlichen Unterschiede zwischen einem volksmäßigen Verein und einer Honoratiorenversammlung bei den Verhandlungen vor-, bei- und nach der Generalversammlung klar geworden sind. Die Zusammenkunft der Opposition unter Führung Eckardts („Freunde des 18. Oktober“) hat ihrerseits ihren Einfluß nicht verfehlt. Hätte die plötzliche Aussicht auf Volkspolitik anlässlich der Frage Schleswig-Holsteins nicht eine Waffenpause bedingt, würden die Gegensätze von 1864 schon früher erkenntlich geworden sein. Streit kollidierte mit dem rechten Flügel des Nationalvereins. Ehmck aus Bremen verweigerte die Ausführung von Streits Anweisungen über Feiern der Reichsverfassung (Handschriftliches Ausschußprotokoll v. 17. 5. 1863) und brachte verschiedene Zirkulare Streits nicht einmal zur Kenntnis der Mitglieder. Die Lösung war dem Honoratiorenstatus des Ausschusses angemessen: Für Bremen sollte ein besonderes Ausschußmitglied ernannt werden, Ehmck zu der einflußreichen Stellung eines Kontrolleurs nicht ernannt, Streit aber das Recht entzogen werden,

Die inhaltliche wie strukturelle Änderung oder „Erneuerung“ des Nationalvereins war seit dem Jahre 1863 unnötig, weil er die wichtige Funktion, die nationale Einigung zu fördern, an die Abgeordnetentage abgetreten hatte, die das gleiche Ziel wie dieser, nur verwässert, vertraten und an denen die wichtigsten Ausschußmitglieder des Nationalvereins in ihrer Funktion als Parlamentarier teilnahmen. Im Jahre 1864 vertrat die Rolle des Abgeordnetentages als Rückendeckung für den Nationalverein der 36er-Ausschuß für Schleswig-Holstein, dem die Sorge für die Lösung des wichtigsten nationalen Problems ihrer Zeit übertragen worden war. Die Aufgabe des Nationalvereins war es seit der Generalversammlung zu Leipzig im Jahre 1863 nur, seine Vertreter in den parlamentarischen Gremien zu unterstützen, beziehungsweise ihre mehr radikale Haltung zu stärken. Seit dem Jahre 1864 berichtete die „Wochenschrift“ wenig über die Tätigkeit des Nationalvereins, behandelte dagegen ausführlich die Parlamenten- oder die Beratungen der liberalen Parlamentsvertreter.

Hätten wir nicht die kurze Episode der Jahreswende von 1863/64 zu beachten, wäre es unnötig, die Versuche zur Umbildung des Nationalvereins zu verfolgen, so aber sind die Vorschläge zu seiner Umorganisation beachtlich, weil durch sie zwar der Abfall vom Nationalverein nicht verhindert wurde, aber doch eine neue Parteienbildung angebahnt wurde. Wegen der nationalen Aufregung, die weite Kreise des Nationalvereins ergriff und den Ausschuß zu seinem kurzen Experiment mit der Volkspolitik verleitete, ist die Generalversammlung zu Leipzig beachtlich, obwohl sie in der Hauptsache entsprechend der Planung des Ausschusses verlief. Alle Anträge, die Streit vergeblich in der vorhergehenden Ausschußsitzung vertreten hatte, wurden routinemäßig verworfen.⁴¹ Die Stelle in dem einzigen Ausschußantrag, die verändert wurde, betraf die Politik der Vertreter deutscher Parlamente: Ein direktes Eingehen auf deren Abschlagszahlungen in der deutschen Frage verbat die Resolution nunmehr, da die Formel „die Nationalpartei verwirft kein Mittel, welches sie diesem Zwecke wirklich näher bringt“ keine Mehrheit fand. Die Behauptung, daß man den Fürsten das Bekenntnis zur Rechtmäßigkeit der nationalen Forderungen abgerungen habe⁴², blieb bestehen, zusammen mit der Ablehnung der habsburgischen und preußischen Reformvorschläge, und die waren für die Verhandlungen innerhalb des Abgeordnetentages wichtig.

ohne vorhergehende Zustimmung Zirkulare zu erlassen (S. 4 f.). Ein ähnlicher Zwischenfall mit Götz, Georgii und Dr. Angerstein von der Turnzeitung brachte ähnliche Ergebnisse: Eine Schlichtungskommission des Ausschusses erledigte den Zwischenfall (Handschriftliches Protokoll v. 15. Oktober, S. 20–24 und gedrucktes Ausschußprotokoll v. 17. 10. 1863, S. 85–87), aber auch er wirkte sich ungünstig für Streit aus, da der Zwischenfall sich in der Zeit ereignete, als v. Rochau verreist war und Streit die Gesamtverantwortung für die Zeitung übernommen hatte.

41 Bennigsens Schlußworte (VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 32): „Es schien allerdings im Laufe der Diskussion, als ob sehr abweichende Ansichten hervortreten wollten unter den Mitgliedern des Nationalvereins [...] Wenn wir die Sache aber näher prüfen, werden wir zum erfreulichen Resultat kommen, daß wir einig sind in Beibehaltung des bisherigen Programms“, das nachdem zuvor eine Abstimmung der Ausschußantrag „unter großem Beifall“ mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität ergeben hatte. Alle Abänderungsanträge wurden zurückgezogen oder „gegen wenige Stimmen abgelehnt“ (ebd., S. 32).

42 Die ursprüngliche Fassung (VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 8) und die endgültige (ebd., S. 32).

Der bedeutendste Vorschlag zur Reorganisation des Vereins kam von Karl Brater in der Ausschußsitzung vom 23. August 1863. Er verlangte, den Charakter der Generalversammlung grundlegend zu verändern, sie aus einer Aussprache von Ausschußmitgliedern, die ex officio teilnahmen (und bezahlt wurden), mit Vereinsmitgliedern aus dem Tagungsort und besonders Interessierten zu einer *Delegiertenversammlung von lokal ernannten Repräsentanten* der Mitgliedschaften zu machen, wie bei normalen Vereinstagungen.⁴³ Damit sollte auf eines der geheiligten Prinzipien aus der Zeit der Nationalpartei verzichtet werden, denn die nicht repräsentative Zusammensetzung der Generalversammlungen war im Nationalverein (und dann im ADAV) das besondere Mittel, die Mitgliedschaft im Verein zu beherrschen. Die absolute Zentralisation im Verein sollte damit aufgegeben und eine vorsichtige Dezentralisation eingeführt werden. Brater hatte damit in etwa die Rolle eines Julius Vahlteich im ADAV übernommen⁴⁴, der dort die ungewöhnliche Zentralisation aufgeben wollte, aber deshalb - anders als Brater - aus dem Verein ausgestoßen wurde. Braters Vorschlag wurde soweit angenommen, daß Lokalversammlungen und Delegiertenwahlen empfohlen wurden, aber mit zwei charakteristischen Einschränkungen, die die Stellung des Ausschusses sicherstellen sollten. Einmal wurde die Erteilung von bindenden Instruktionen an die Delegierten verboten, diese sollten also für Beeinflussungen durch den Ausschuß auf der Tagung offen sein, und zweitens sollte der Geschäftsführer rechtzeitig von den lokalen Versammlungen und der Delegiertenwahl informiert werden „behufs dessen Rücksprache mit dem Lokalkomitee“.⁴⁵ Da der Geschäftsführer verpflichtet war, den Ausschuß zu informieren, konnte dieser seine Vorsichtsmaßnahmen treffen, wie an dem Beispiel Coburgs (Flottengelder) und Braunschweigs (Nationalfonds) ersichtlich ist.

Dieser Beschluß zur Reorganisierung wurde in Nr. 174 der „Wochenschrift“ mit der Unterschrift von Bennigsens in der verschleiernenden Form veröffentlicht: „Der Ausschuß fordert daher alle Vereinsmitglieder von nah und fern auf, aus allen Teilen Deutschlands in Leipzig sich zu vereinigen. Wo die Entfernung ein massenhaftes Erscheinen verhindert, mögen Vertrauensmänner von den Gesinnungen ihrer abwesenden Freunde, wie sie sich in den überall abzuhaltenden Vorversammlungen kundgeben werden, berichten.“⁴⁶

Eine *Berichterstattung* über „Gesinnungen“ ist noch weit entfernt von dem *Mandat* eines Delegierten, auch wenn es kein imperatives Mandat ist, aber das

43 Antrag Brater: „Daß im Interesse gründlicher Vorbesprechung der Hauptgegenstand der Tagesordnung und um in der Generalversammlung die Stimmung des gesamten Vereines zu möglichst getreuem Ausdruck zu bringen, zeitig zuvor im ganzen Vereinsgebiet Lokalversammlungen abgehalten und in denselben Vertrauensmänner zur Beschickung der Generalversammlung, eventuell auf Kosten der betreffenden Gliederschaften, ernannt und davon dem Ausschuß resp. Vorstand rechtzeitig Kenntnis gegeben werden solle.“ (Handschriftliches Ausschußprotokoll Frankfurt, 23. 8. 1863, S. 3).

44 F. LASSALLE, GRS 4, S. 272–303. Eduard Bernstein nennt das Vorgehen gegen Vahlteich „einen der dunkelsten Flecken auf dem Andenken Lassalles“ (ebd., S. 275).

45 Beschluß v. 24. 8. 1863, Handschriftliches Protokoll, S. 1 f.

46 WOCHENSCHRIFT NR. 174 v. 27. 8. 1863, *Einladung zur Generalversammlung zu Leipzig, Frankfurt, 24. August 1863* gezeichnet. Die Einladung erging für zwei Tage, 16. und 17. Oktober, die Generalversammlung fand aber wegen der kurzen Tagesordnung nur am 16. Oktober statt.

ist ebenso weit entfernt von der Mitgliederversammlung eines einheitlichen Vereins, deren Ort der Zusammenkunft jedes Jahr wechselt. Das Prinzip der Wahlen in Ortsversammlungen war entwicklungsfähig. Hätte sich der Nationalverein in einem Stadium des Wachstums befunden oder hätte er mit Erfolg eine politische Aufgabe dauernd angegriffen, dürften wir ein neues Stadium in der Aufwärtsentwicklung des Vereins erwarten, aber sein unüberlegtes und kurzes Eingreifen in der Frage der nordalbingischen Herzogtümer konnte ihm für seine Weiterentwicklung keinen Anhalt geben.

In seiner Eröffnungsansprache in Leipzig erinnerte Bennigsen an die Neuerung der Wahl von Vertrauensmännern und stellte der Wahl die Einstimmigkeit der Beschlußfassung gegenüber⁴⁷, die das alte und zentralistische System immer ermöglicht hatte. Er hatte keine Veranlassung zur Reue, denn die Tagung war kurz und verlief erwartungsgemäß wie alle Tagungen des Nationalvereins.

Weiterhin wurde das Delegiertenprinzip nicht erwähnt, aber es hat in Gegenden, wo demokratische Vereinstradition verwurzelt war, weiter gewirkt und später Spaltungen erleichtert. Als diese dann eintraten, hat man gern statt von *demokratischer Vereinstradition* von *süddeutscher Stammeseigenschaft* gesprochen, man hat aber nie an Hamburg gedacht, wo die demokratische Tradition früh zu Spannungen und Spaltungen geführt hat. Immer ausdrücklicher sahen sich die Teilnehmer der Generalversammlungen als Delegierte ihrer Mitgliedschaften an und vertraten ihre Meinungen als Vertreter von Gruppierungen: Das brachte Spannung in die Verhandlungen. Der Ausweg für den Ausschuß zur Beseitigung von Meinungsverschiedenheiten im Verein war, sie *anzuhören*, aber ohne sie zu berücksichtigen. Das empfahl sich dem Vorstand angesichts der höchst brisanten Anträge an die Versammlung, als deren Fürsprecher Streit in der Ausschußsitzung am 15. Oktober aufgetreten war.⁴⁸ Die lokalen Versammlungen waren ungefragt entstanden, um nachträglich durch den Ausschuß sanktioniert zu werden, die lokal angenommenen Resolutionen waren schon durch die Presse bekannt geworden und wurden als Zeichen der Spannung und der Uneinigkeit im Verein von der gegnerischen Presse hervorgehoben. Solche lokalen Abweichungen interessieren, soweit sie Spannungen hervorriefen, die zu Spaltungen und zu neuen Entwicklungen Anlaß gaben.

Die wichtigste Abweichung ist in der Mitgliedschaft des Nationalvereins in Frankfurt zu konstatieren, die mit Spannungen zusammenhängt, denen der Nationalverein schon seit seinem Gründungstage im Jahre 1859 ausgesetzt war. Dort lassen sie sich dokumentieren, weil die Opposition über ihr eigenes Organ verfügte, die „Neue Frankfurter Zeitung“. Sonnemanns „Neue Frankfurter Zeitung“ berichtete in ihrer Nr. 280 unter dem Datum vom 8. Oktober über eine

47 VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 3.

48 Streits Befürwortung des Coburger Antrages auf Benutzung des Flottenfonds für die nationale Reformbewegung (Handschriftliches Protokoll, v. 15. Oktober, S. 14); die Anträge von Braunschweig, Dresden und Eslarn auf Gründung eines Nationalfonds zur Entschädigung und zur Bekämpfung der Reaktion (S. 16). Die Anträge wurden nach Vorstands-Protokoll v. 14. Oktober (ebd., S. 17) „ohne Befürwortung“ (gegen den Antrag des Geschäftsführers mit Stimmen der Mehrheit) dem Ausschuß „zur weiteren Beschlußfassung“ überwiesen. Da der Ausschuß diese auch nicht befürwortete, kamen die Vorschläge unbefürwortet an die Generalversammlung, die sie dann ablehnte (VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 32).

Versammlung des Nationalvereins, die wie üblich als Versammlung der „Mitglieder und Freunde des Nationalvereins“ angezeigt war. In der „Wochenschrift des Nationalvereins“ wurde über den wichtigen Inhalt dieser Versammlung nicht berichtet und nur behauptet, daß Frankfurt als einziger Ort in Deutschland verlange, „daß der ganze Inhalt des bestehenden Programms, namentlich die Reichsverfassung, gestrichen, und an deren Stelle lediglich das Parlament gesetzt werde“.⁴⁹ Gestrichen werden sollte allerdings nach Meinung des Gymnasiallehrers Stern die preußische Spitze aus dem Programm, weil Österreich sich am Fürstentage bereit erklärt habe, daß es mit seinen deutschen Provinzen „in die neue Gestaltung Deutschlands eintreten will“, aber der wirkliche Inhalt dieser Versammlung ist damit nicht erschöpft.⁵⁰

Die Frankfurter Mitgliedschaft des Nationalvereins war seit der Gründungsversammlung 1859, die auch in Frankfurt stattgefunden hatte, demokratisch und großdeutsch und daran hatte sich nichts geändert. Die neue Frage, die diese Versammlung stellte, war, ob man im Verein ausharren sollte, oder ob eine demokratische Parteibildung zu versuchen sei. Sigismund (oder Siegmund) Müller, der seit 1859 Ausschußmitglied des Vereins war, hielt eine Spaltung für bedauerlich; Leopold Sonnemann wollte mit einer Spaltung auf der Generalversammlung zumindest drohen, vielleicht sogar eine Spaltung vollziehen. Darüber ging die lebhafteste Diskussion, die zu keinem verpflichtenden Abschluß kam. Deswegen trug sich außer Max Wirth kein Frankfurter in die Präsenzliste der Tagung zu Leipzig ein und beteiligte sich niemand an deren Verhandlungen.

Der Antrag von Stern lautete: 1. Wir wollen kein Deutschland ohne Österreich, 2. es ist von jeder Spitze abzusehen und 3. die Hauptaktion ist auf Berufung des Parlamentes zu legen – wurde einstimmig angenommen⁵¹, aber die Frage der Spaltung vertagt.

Sonnemann behauptete, die Bildung einer großen demokratischen Partei sei bereits im Gange; sie könne nur noch infolge „entschiedener Beschlüsse in Leipzig“ vielleicht verhindert werden. Als Beweis, daß dazu nicht nur die Süddeutschen bereit seien, sondern auch die Norddeutschen, zitierte er einen Antrag von Gotha, „sich nur auf die Kraft des Volkes zu stützen“ und die Frage des Trägers der Zentralgewalt zu vertagen. Im gleichen Sinne hätten auch die Hamburger sich entschieden.

49 WOCHENSCHRIFT Nr. 181 v. 15. 10. 1863, S. 1 538; vgl. auch K. STOLL, 1932, S. 32 und R. WEBER, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 76–78. Nach ihm sollten sieben Mitglieder, unter ihnen Sonnemann, Friedleben und Hohenemser die Stellungnahme der Versammlung vertreten, aber von ihnen nahm niemand an ihr und an der oppositionellen Nachversammlung v. 18. Oktober teil. Die Meinung Webers, daß ihr Wegbleiben „nicht ganz erklärliche Gründe“ hatte, weist auf eine Lücke unseres Wissens hin.

50 NEUE FRANKFURTER ZEITUNG Nr. 280 v. 9. 10. 1863, S. 5.

51 Stern geht davon aus, daß der mögliche Selbstausschluß Österreichs nach dem Frankfurter Fürstentag nicht mehr zu erwarten sei, und daher das in Coburg 1860 angenommene Programm auf irrealer Basis stehe; irrealt war aber Sterns Vertrauen auf Österreich, das sich nur auf nebulöse diplomatische Formeln seitens Österreichs stützte. Das erklärt die Diskussion im Ausschuß v. 29. 10. 1864 „ob und inwieweit eine Programmänderung oder eine Beschränkung der Tätigkeit auf die bloße Parlamentsagitation eintreten solle“. Reichsverfassung wurde mit Zentralmacht und diese mit preußischer Spitze identifiziert. „Parlament“ bedeutet Ausklammern der Frage der Exekutive.

Niemand befürwortete eine tatsächliche Spaltung, aber Sonnemanns Meinung, zumindest mit der Spaltung zu drohen, fand stillschweigende Unterstützung, da das Wegbleiben der Frankfurter von der Generalversammlung in diesem Sinne gedeutet wurde. Die Nachkonferenz der Opposition im Nationalverein vom 18. Oktober 1863 nahm von der drohenden Haltung Frankfurts Kenntnis: Das Wegbleiben verhinderte nicht die Wiederwahl von Sigismund Müller in den Ausschuß. Andererseits profitierte von ihr der einmalig erschienene Literat Pieper aus Frankfurt, der jede Verbindung mit der Frankfurter Opposition abstritt und behauptete, in der Versammlung in Frankfurt nicht anwesend gewesen zu sein und ihren Beschlüssen nicht zugestimmt zu haben, aber etwas verdächtig hinzufügte, das Verlangen dieser Versammlung nach „vermehrter Energie“ habe ihm gefallen, und der größeren Aktivität des Vereins galten alle seine Vorschläge in der Versammlung.⁵² Der wirkliche Zusammenhang Piepers mit der Frankfurter Opposition ist damit noch nicht geklärt. Das meteorartige Auftreten eines den gewöhnlichen Vereinsmitgliedern völlig unbekannten Dr. Pieper als Frankfurter, der nicht für Frankfurt spricht, ist vielleicht der Schlüssel zu der auffälligen Erscheinung, daß die Frankfurter Gruppe, die über Einfluß, Geld und besonders über die einflußreiche „Neue Frankfurter Zeitung“ verfügte, doch nicht zu den Initiatoren der demokratischen Opposition im Nationalverein wurde, sondern der weniger bekannte Ludwig Eckardt, der die oppositionelle Nachkonferenz am 18. Oktober zusammenrief. Die Frankfurter haben das Dogma bekämpft, daß es ein Parlament nur aufgrund der kleindeutschen Reichsverfassung 1849 geben könne, haben ihre Ansicht aber nicht vertreten. Der Ausschuß seinerseits hat es nicht gewagt, dieser Auffassung entgegenzutreten, und großen Wert darauf gelegt, seine Beziehungen zu den großdeutschen Frankfurtern nicht abbrechen zu lassen. Die Frage nach dem Grund zu dieser Weitherzigkeit muß gestellt werden. Aus den Akten des Nationalvereins sehen wir, daß Max Wirth, Leopold Sonnemann und Dr. Pieper im Sommer 1863 in geheimen Verhandlungen mit dem Ausschuß standen, die auch während und nach der Generalversammlung anhielten⁵³, nur können wir nicht entscheiden, wer mehr Gewinn aus den wechselseitigen Beziehungen zog.

Max Wirth war wegen des Arbeitgeber direkt an dem Gedanken des Nationalvereins an eine gesamtdeutsche Ausstellung im Jahre 1862 beteiligt, und wir wundern uns nicht, daß er die historische Arbeiterexpedition organisierte und anführte, dafür abrechnete und sich hohe Auslagen vergüten ließ, die den Ausschuß in Verwunderung setzten. Wir sehen ihn dann für internationale Korrespondenzen abrechnen, und da ihr Wert angezweifelt wird, sich rechtfertigen. Seine großdeutsche Tendenz kommt dabei zum Vorschein, wird aber nicht an-

52 VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 19.

53 Es handelte sich zentral um 3 500 Taler für das Pressebüro von Max Wirth und die Anstellung von Pieper in ihm und die Zuwendungen für Sonnemann zur Finanzierung des neugegründeten Vereinstages. Obige wurden auch zu Vorstands- und Ausschußsitzungen zugezogen. Siehe die Protokolle der Sitzungen v. 1. 2., 17. 5., 25. 5., 23. 8., 17. 10. und die Vorstandssitzungen v. 22. 11. 1863, bei der es sich nur um Rückerstattung von Auslagen für Wirth und Pieper handelte, u.a. um dessen Übersiedlung nach Berlin zu ermöglichen. Pieper war über Hannover, London und Bremen nach Frankfurt gekommen, um in Berlin zu wirken.

gegriffen. Als überzeugter Großdeutscher nimmt er auch an dem Schweizer Schützenfest in La-Chaux-de-Fonds teil, berichtet ausführlich darüber in der „Wochenschrift“⁵⁴ und läßt sich ebenfalls seine hohen Auslagen rückerstatten. Er ist irgendwie unersetzbar, vielleicht nur, weil er als Sohn des Hambacher Demokraten Wirth, eine nationalistische Demokratie verkörperte. Seine Zeitung wurde von vielen Arbeitervereinen als ihr Organ anerkannt, und da sie die Lehren der Freihandelschule vertrat, war das sehr erwünscht. Da Wirth die Arbeiterfrage „richtig“, d.h. im Sinn der Freihandelslehre und der „Selbsthilfe“, die aus ihr entspringt, vertrat, wurde ihm sein Großdeutschtum nachgesehen, denn die Hauptsache war, der Lassalleschen „Staatshilfe“ entgegenzutreten, und das tat er auch mit seiner Schrift über die Arbeiterfrage.⁵⁵

Genauso unabkömmlich in bezug auf die gefährlichen Anhänger Lassalles in den Arbeitervereinen (wahrscheinlich sogar noch mehr) war der energische Leopold Sonnemann, der sich aus armen Verhältnissen zum reichen Bankier und Zeitungsbesitzer emporgearbeitet hatte.⁵⁶ Er hatte nichts von der abstoßenden Arroganz eines Max Wirth. Er war geschmeidig und einschmeichelnd, vielleicht zu sehr ein Mann von gewagten Kombinationen, aber hatte großen Einfluß auf die vielen industriellen Städte in der Umgebung von Frankfurt, die teils zu Hessen-Darmstadt gehörten, teils zu Hessen-Kassel und teils zu Nassau. Dort konnte man nur als Demokrat auftreten; dort war selbst der Nationalverein radikal. Das Bindeglied zwischen dem Nationalverein und den Arbeitervereinen waren die Turnvereine, die auch das Wehrtunnen propagierten.⁵⁷ Die Revolution war dort geehrt und wurde weiterhin als Vorbild geachtet. Meister im Anspielen auf die Gefühle seiner Zuhörerschaft war Sonnemann. Sein Kampf gegen die stehenden Heere und für die allgemeine Dienstpflicht mit kurzer Präsenz in der Armee brachte ihm und seinen Mitarbeitern Vertrauen ein. Der Nationalverein war diesen Gefühlen mit der Propagierung und Verbreitung der Schrift eines der wichtigsten Mitarbeiter der „Neuen Frankfurter Zeitung“, Kolb, über *Die Nachteile der stehenden Heere*⁵⁸ entgegengekommen.

54 WOCHENSCHRIFT Nr. 170 v. 2. 8. 1863, S. 1 438 f., Nr. 171 v. 9. 8. 1863, S. 1 446–1 448 und Nr. 172, v. 16. 8. 1863, S. 1 455 f. Für diese verspätete Berichterstattung hatte Streit eine besondere Rubrik „Mitteilungen für [nicht: vom] den Nationalverein“ eingerichtet, deren Abbruch v. Rochau erzwang. Ein besonderer Aufsatz von Lammers „Über Festreden“ (WOCHENSCHRIFT Nr. 178 v. 24. 9. 1863) protestierte gegen großdeutsche Demonstrationen der Art von La-Chaux-de-Fonds. Das eidgenössische Bundesschießen ging nach Wirth und Karl Grün Deutschland an, und Streit hat durch Abdruck dieses Berichts während v. Rochaus Abwesenheit seine gesamtdeutsche Haltung demonstriert.

55 Ausführlich besprochen in Nr. 173 v. 23. 8. 1863, S. 1 463 („Die Arbeiterfrage. Fünfte Flugschrift des volkswirtschaftlichen Vereins für Südwestdeutschland“).

56 Die „politischen Anfänge Leopold Sonnemanns“ bei K. STOLL, 1932, S. 3–12.

57 Der Protest der Hanauer Turngemeinde gegen den Versuch „alles das zu verdächtigen, was das Turnen mit den Interessen des Volkes in Verbindung bringen könnte“, wie in Hirths Turnfestzeitung (anlässlich des bevorstehenden Leipziger Turnfestes), kam während v. Rochaus Abwesenheit in der WOCHENSCHRIFT Nr. 168 v. 19. 7. 1863, S. 1 423 f. zur Sprache („die erste Hauptaufgabe der Turnerei ist die, Männer heranzubilden, die, wenn es gilt, für Recht und Volk einzustehen wissen [...] oder hätten etwa die Turner von 1813 bis 1814 und die Kieler Turner 1848 u.a.m. auch erst erwägen sollen, inwiefern der Kampf in die turnerischen Verhältnisse paßt?“). Weiterhin, S. 1 432, 1 436 und 1 456. Vorstand und Ausschuß befaßten sich mit dieser Angelegenheit, die auch den Gegensatz v. Rochau zu Streit zum Ausdruck brachte. Siehe Ausschußprotokoll, 17. 10. 1863, S. 86.

58 Handschriftliches Ausschußprotokoll v. 15. 10. 1863, S. 10.

Jetzt war Sonnemann mit seiner Idee, Lassalle einen Arbeiterkongreß anderer Prägung entgegenzustellen, vorgeprescht und hatte den ersten „Arbeitertag“ in Frankfurt durchgesetzt, und zwar ohne den „zuständigen“ Mann im Nationalverein, Schulze-Delitzsch, zu fragen (und zu beteiligen). Nur dessen Losung von Selbsthilfe war immerzu gegenwärtig und zeigte (vorläufig noch) ihre Vorteile. Der Nationalverein mußte gute Miene zum gefährlichen Spiel machen und sich wohlwollend abwartend verhalten.

Nun kam Sonnemann an den Ausschuß mit der Forderung heran, den Arbeitertag geldlich mit einer nicht unerheblichen Summe zu unterstützen, denn der Arbeitertag wurde (anders als Nationalverein und ADAV) nur durch unerhebliche Matrikularbeiträge seiner Vereine unterstützt, zwei Taler je Verein.⁵⁹ Wenn der Nationalverein für seine Ideen der Selbsthilfe und des Freihandels werben wollte, sollte er bezahlen, denn es galt unter den Arbeitern zu wirken, ohne Illusionen über die Macht, die von der Beherrschung eigener Kasse kommt, aufkommen zu lassen. War das nicht auch im Sinne von Schulze-Delitzsch?

Sonnemann stellte nur eine Bedingung für die Annahme des Geldes: Die Arbeiter sollten davon nichts wissen.⁶⁰ Mit der Heimlichkeit drang Sonnemann beim Ausschuß nicht durch. So wie man die Arbeiterexpedition verkündet hatte, wollte man auch die Beihilfe zum Arbeitertag (VDAV) bekanntmachen, denn inzwischen war durch den preußischen Volksverein der „Reaktion“ und durch den ADAV von Lassalle die „soziale Frage“ an die große Glocke gehängt worden und man wollte zeigen, daß der Nationalverein *vor allen anderen* die soziale Frage durch seine Arbeiterexpedition in Angriff genommen hatte. Das Pathos der Öffentlichkeit war natürlich selektiv. Wo es ihm paßte, hat der Nationalverein seine Zuwendungen an Arbeitervereine geheimgehalten oder verschleiert angedeutet, so daß seine Zuwendungen für Bebel und Liebknecht erst spät ans Licht kamen⁶¹, aber ebenso geheim und verschleiern hat er sich auch gegenüber nahestehenden Privatpersonen, Instituten und Zeitungen verhalten. Selbst in den gedruckten und ungedruckten Protokollen der Ausschuß- und Vorstandssitzungen lassen sich die Tatsachen und deren Zusammenhänge, wenn überhaupt, oft nur schwer übersehen: Für den Honoratiorenausschuß galten Geldmacht und Heimlichkeit; für die Mitgliedschaft – demonstrativ die Öffentlichkeit.

Zur Aktivierung des Nationalvereins suchte Streit nach Männern wie Schweigert in seiner Coburger Zentrale. So war er auf Friedrich Kapp, der seine Rückkehr aus den Vereinigten Staaten plante, gekommen.⁶² Wie dieser Kapp im

59 D. DOWE, Berichte, 1980, S. 38.

60 Siehe Handschriftliches Ausschußprotokoll, Frankfurt, 23. 8. 1863, S. 5 f. Es handelt sich um die verhältnismäßig bedeutende Summe von 500 Talern (verglichen mit den 2 400 Gulden für die Arbeiterexpedition). Der Ausschuß begründet seine Gegnerschaft gegen die Heimlichkeit einleuchtend. Warum aber die Heimlichkeit bei Sonnemann? Außer dem Motiv der paternalistischen Gängelei wäre auch daran zu denken, daß Sonnemann zur selben Zeit die volksparteiliche Opposition erwägt, für die die Arbeiterbildungsvereine tatsächlich den wichtigsten Rückhalt boten. Geldliche Abhängigkeit vom Nationalverein würde Kritik von unten einladen.

61 T. OFFERMANN, August Bebel, 1978, S. 312–238.

62 Siehe Gedrucktes Ausschußprotokoll v. 1. 2. 1863, S. 54. Über Friedrich Kapp, H.-U. WEHLER, Friedrich Kapp, 1969. Beachtlich sind seine frühen Beziehungen zu Ludwig Bamberg.

Bereich von Schulze-Delitzsch und Ludwig Löwe in dem von Lassalle, sollte Dr. Pieper für Max Wirth wirken. Sie alle kamen aus der radikalen Demokratie, Pieper sogar wie Miquèl aus dem Bund der Kommunisten, war mit ihm und Marx befreundet. Miquèl mag auch sein Auftreten im Nationalverein begünstigt haben. Marx dagegen verfolgte es kritisch.⁶³ Alle drei sollten mehr Übersicht und Ordnung in die Geschäfte des Vereins bringen, aber gleichzeitig mehr Entschiedenheit bekunden. Da Kapp zunächst in die Vereinigten Staaten zurückkehrte, schied er aus, aber Löwe wie Pieper haben auf den Generalversammlungen des Vereins eine aufsehererregende Rolle gespielt, die nur möglich war, weil der Ausschuß sie duldete. Meteorhaft ist das Auftreten von Pieper, von dem wir später nicht mehr hören, der aber die geplante Harmonie der Generalversammlung in Leipzig störte, mehr als es jemals die Vertreter der lokalen Mitgliedschaften gekonnt hätten. Pieper wurde geduldet, weil vor, während und nach der Versammlung der Ausschuß über seine Anstellung im Dienste von Wirths Korrespondenzbüro verhandelte und er zu diesem Zweck auch nach Berlin übersiedeln sollte. Die „Erneuerung“ des Vereins wurde von Streit im Ausschuß vertagt und von Löwe und Pieper vertreten, und der Ausschuß beachtete die wachsende Mißstimmung.

Pieper lenkte das Aufsehen der Versammlung auf sich, als er die Eröffnungsworte v. Bennigsens (Leipzig 1863) unterbrach und versuchte, die Tagesordnung zu erweitern und außer der deutschen Frage auch die Frage „vermehrter Aktion“ einzubeziehen.⁶⁴ Obwohl seinem ungewöhnlichen Ansinnen nicht stattgegeben werden konnte, trat er bei jeder Gelegenheit mit seinen Vorschlägen zu vermehrter Aktion hervor und wurde entsprechend dem Ausschußbeschuß über Ablehnung unautorisierter Anträge dauernd bekämpft und abgewiesen. Auch von Streit wurde er nicht unterstützt, obwohl derselbe in den vorhergehenden Ausschußsitzungen ähnliche Anträge vertreten hatte, so den Vorschlag, die Flottengelder freizumachen, oder Arbeiter für den halben Mitgliedsbeitrag aufzunehmen. Piepers wichtigster Vorschlag, einen in drei Stufen gestaffelten Mitgliedsbeitrag einzuführen⁶⁵, wurde, wie zu erwarten war, abgelehnt, obwohl er damit die Frage nach dem Ausfall von Einnahmen durch die Halbierung des Beitrags für Arbeiter beantwortet hätte. Pieper sprach vom bevorstehenden Krieg mit Dänemark, der die Ausrüstung von Freiwilligenkorps verlange, die man rechtzeitig vorbereiten müsse. Auch Reiseprediger gelte es zu berufen, die alle Kreise der Bevölkerung zum Eintritt in den Nationalverein auffordern würden.

Pieper wurde ruhig angehört, obwohl ein so unbekannter Redner, der sich ausdrücklich von seinen Vereinsgenossen distanzierte, wohl kaum ohne Wink von oben angehört worden wäre. Wir vergleichen sein Auftreten mit einem anderen Unbekannten, dem Gymnasiallehrer Nagel aus Elberfeld, der einheitsstaatlich-lassallesche Töne anzuschlagen schien und deshalb kaum ausreden

63 MEW 30, S. 388. Von Marx erfahren wir, daß Pieper als Privatlehrer 1863 in Bremen tätig war. Der Index von VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 40 bezeichnet ihn als Frankfurter. Siehe Anm. 52.

64 VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 4.

65 Ebd., S. 19 f.

konnte.⁶⁶ Piepers aufreizende Vorschläge wurden ruhig, aber bestimmt abgelehnt, aber nach der Tagung über seine Anstellung mit Wirth weiter verhandelt, auch als man wußte, daß auch er auf Volkspolitik aus war, ein Zeichen, daß selbst der so gemäßigte Ausschuß von der Losung der Volkspolitik beeinflusst war. Auch die Rechtsliberalen sahen die Verwirklichung der preußischen Spitze durch Verhandlungen sowohl mit der preußischen Krone wie mit der Fortschrittspartei des Abgeordnetenhauses als sehr fernliegend an. Die dänische Frage war ihnen vordringlich. Damit näherten sie sich aber der Volkspolitik, denn bei dem Fehlen einer konstituierten Zentralgewalt war Volkspolitik der einzige Ausweg aus einer beschämenden Niederlage, sei sie diplomatisch, sei sie militärisch.

Die Gastrolle von Pieper im Nationalverein war bald ausgespielt. Auf den kommenden Generalversammlungen trat er nicht mehr auf. Er trug weniger zur Spannung im Nationalverein bei, als daß er ihr Symptom war. Er war mehr darauf aus, durch den Nationalverein persönliche Karriere zu machen, wie Marx meinte, als daß er sich mit dem aktivistischen Flügel im Nationalverein wirklich identifiziert hätte.

Ganz anders ist Ludwig Eckardt zu bewerten, der in der Generalversammlung zwar von einer möglichen Spaltung des Vereins sprach, diese aber ablehnte, weil er den Nationalverein als „politische Schule“ des Volkes bejahte trotz aller Spannungen, die er ebenfalls bejahte.⁶⁷ Durch gründliche Vorbereitung in der Karlsruher Mitgliedschaft hat er sein Auftreten gerechtfertigt und durch zwei grundlegende Schriften vorbereitet, die eine vom 13. Juni 1863 „Für Schleswig-Holstein und zur deutschen Lage“ und die andere vom 1. August 1863 über „Deutschösterreich in seinen Beziehungen zu Deutschland“. Letztere Schrift war von Lang, dem Nationalvereins-Ausschußmitglied, bevorwortet und befürwortet, so daß Eckardt für die Mitgliedschaft legitimiert schien, aufzutreten und angehört zu werden. Wäre es bekannt geworden, daß der Ausschuß das Erscheinen der Schrift durch seine Subvention gefördert hatte, würde das seinem Auftreten nur zugute gekommen sein.⁶⁸

Wegen der kritischen Lage der Nation verlangt Eckardt von allen Patrioten den Beitritt zum Nationalverein, weil er „die einzige Organisation der deutschen Freiheitspartei“ sei.⁶⁹ Den Beitritt verlangte er auch für den, der nicht in allen Punkten mit ihm einverstanden sei.

Wenn wir obige Schriften als Kommentar zu seiner Rede auf der Generalversammlung nehmen, so darf er als typischer Zögling der deutschen Ideologie gelten, der aber seine Erfahrungen als Flüchtling in der Schweiz um seinen Kontakt mit westlichen Vorstellungen bereichert hatte. Sein Deutschland erstreckte sich, soweit die deutsche Zunge reicht. Nicht nur die Türme Straßburgs ziehen ihn an, sondern auch die Gefilde Lothringens und Burgunds.⁷⁰ Das gesamte Gebiet des Deutschen Bundes gehört wie selbstverständlich zu Deutschland,

66 Ebd., S. 22 f.

67 Ebd., S. 18 f.

68 Handschriftliches Ausschußprotokoll v. 23. 8. 1863, S. 5.

69 Siehe L. ECKARDT, *Deutschösterreich*, 1863, S. 9.

70 Ebd., S. 7.

aber er anerkennt auch die Rechte der Slawen, die dort wohnen, und verlangt von den Österreichern, wenn sie im Bund bleiben wollen, die Slawen zu gewinnen. Die Gebiete Preußens, die außerhalb des Bundes gestellt wurden, um Preußen die Unabhängigkeit vom Deutschen Bund (wie Österreich) zu geben, müssen wieder in den Deutschen Bund, wie der Königsberger Falkson im Ausschuß und in der Generalversammlung gefordert hatte⁷¹, aber um die Polen zu befriedigen, sind ihnen gewisse Gebiete in Posen zu übergeben und dafür ist in den russisch besetzten Ostseegebieten Entschädigung zu suchen.⁷² Es wäre unersprißlich, alle Punkte aufzuzeigen, wo er der deutschen Ideologie verhaftet ist, die ihn in den Ruf ausbrechen ließ: „Deutschland über alles!“⁷³, bedeutend sind die zwei angeführten Beispiele für Eckardts Bereitschaft, die Ansprüche anderer Völker zu berücksichtigen, anders als es im Nationalverein üblich war, wo ein Metzиг verrufen war, weil er Rechte der Polen auf deutsches Gebiet anzuerkennen bereit war, oder wo man die Rückgabe der dänisch sprechenden Nordteile Schleswigs an Dänemark wie Hochverrat behandelte.

Trotz seinem Denken in den Kategorien der deutschen Ideologie war Eckardt in der Frage Großdeutschlands gemäßigt. Zunächst lehnte er die großdeutsche Propaganda ab, soweit sie nur Tarnung für Großösterreich war, und das war sie bei allen Großdeutschen, soweit sie nicht auch Demokraten waren. Die Deutschösterreicher haben keinen Anspruch darauf, daß ihretwegen die deutsche Einigung aufgeschoben wird, ganz wie die Argumentation im Nationalverein ging, aber hier lag auch der Unterschied. Während der typische Nationalvereiner den Selbstausschluß der Deutschösterreicher vom geeinten Deutschland, zum Beispiel wegen der unitarischen Februarverfassung, voraussetzte, um dann kleindeutsch zu argumentieren, sah hier Eckardt die Aufforderung an die Deutschösterreicher, ihr Gebiet für den Anschluß an Deutschland reif zu machen, d.h. die nichtdeutschen Mitbürger von der Notwendigkeit des Anschlusses zu überzeugen und die Gefahr der Doppelstaatsbürgerschaft im deutschen Österreich durch die Abschaffung jeder unitarischen Verfassung in Gesamt-Österreich zu beseitigen.⁷⁴ Er analysiert das eingehend und überzeugend in seiner Schrift anhand der Bestimmungen der Verfassung von 1849.⁷⁵ Eckardt endete seinen Diskussionsbeitrag auf der Leipziger Generalversammlung nach dem „Dresdener Journal“ mit den Worten: „Wenn Deutsch-Österreich seine Verfassung gesprengt hätte und Teil nehmen will, wir schließen es nicht aus. Und die preußische Spitze wird sofort möglich, wenn das preußische Volk, seine Aufgabe, wie wir wissen, lösen wird, und wenn auch die preußische Dynastie, die ihrige löst. Daher meine Freunde, zum Schluß keine Streitigkeiten über die Spitze, so lange uns die nötige Unterlage fehlt. Die Unterlage und unsre Spitze, das ist und bleibt das deutsche Volk.“⁷⁶

71 VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 17 (Rede Falksons) und S. 18 (Zustimmung Eckardts zu Falksons Rede).

72 Siehe L. ECKARDT, Schleswig-Holstein, 1863, S. 30.

73 Ebd., S. 40.

74 L. ECKARDT, Deutschösterreich, 1863, S. 26 f.

75 Ebd., S. 11–13.

76 VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 19 mit stilistischen Abweichungen.

Diese Rede, die auf den beiden im Sommer erschienenen Broschüren fußte, ermöglichte es Eckardt, eine Nachversammlung am 18. Oktober 1863, dem Tag der Leipziger Schlacht, durchzuführen⁷⁷, und mit den bedeutendsten Führern der linken Opposition wie Fein, Knorr, Preetorius, Martens und Träger sich auf ein Programm zu einigen, das als *Kreisschreiben der Freunde vom 18. Oktober 1863* bekannt wurde.⁷⁸ Die Absicht war, den Beitritt von Demokraten zu erweitern, die „Wochenschrift“ zu verbessern und den Wahlmodus zum Ausschuß zu ändern, um zu einer Umgestaltung des Vereins zu kommen, da alles, was auf der Generalversammlung zu Eisenach (1864) versucht wurde, scheiterte und dann zu partiellem Austritt führte.

Unter ausdrücklichem Hinweis auf die am 18. Oktober angebahnte Reform rief eine Zahl von auserwählten Gesinnungsgenossen in Baden zu einer lokalen Parteigründung am 23. Januar 1864 auf⁷⁹, die sich auf alle die Punkte berief, die auch in der Generalversammlung zu Leipzig von Demokraten geltend gemacht worden waren, und als ersten Punkt die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Baden neben einer Volksbewaffnung forderte. Alle strittigen Oberhauptfragen sollten ausgeklammert werden, wie schon der vorgeschlagene Name andeutete, die man „Deutsche Volks- und Parlamentspartei“ nennen wollte. Am 31. Januar 1864 sollte eine geladene Tagung stattfinden, die später zu einer umfassenden Gründungsversammlung im nationalen Rahmen in Frankfurt führen sollte. Zu diesem Zweck waren Röckel, Hohenemser und Trabert aus Frankfurt und Umgehend eingeladen. Die Tagung kam aber nicht zustande; zustande kam dagegen später die Gründungsversammlung der Volkspartei zu Darmstadt.

Aus dem Anfang und Ende des Nationalvereins lernen wir, daß die Trennungslinie im Verein zwischen Rechtsliberalen und Linksliberalen verlief. Wenn wir Einheit mit preußischer Hegemonie und Freiheit mit einem Volksparlament gleichsetzen, verlief die Auseinandersetzung zwischen Einheit und Freiheit, zwischen preußischer Zentralgewalt und parlamentarischer Rechtsordnung. Die als Ideal angestrebte Gleichberechtigung der beiden Elemente im Verein wurde nie erreicht, denn auch als das Verfassungswerk von 1849 als Ausgleich von Einheit und Gleichheit angenommen wurde, hat jede Seite stillschweigend nur eine Seite betont, Einheit oder Gleichheit. Was die einen zum Ziel und das übrige zum Mittel erklärten, war ihrer Parteistellung nach, Einheit oder Freiheit. Das einfache Bild wird dadurch kompliziert, daß im Sommer 1863 und um die Zeit der Leipziger Generalversammlung die große Mehrheit im Verein und auch

⁷⁷ Das Datum ist nicht zufällig, da die Generalversammlung so angesetzt war, daß sie den Teilnehmern die Teilnahme an den Feierlichkeiten ermöglichte, die die preußische Regierung zu einem Veteranenfest einschränken wollte und die Demokraten zu einem Fest der nationalen Tat erheben wollten. „Freunde des 18. Oktober“ bedeutete nicht allein das Datum der Zusammenkunft, sondern ein demokratisch-nationales Programm. Ein vorsichtig formulierter Anklang an die Verbindung von Gedenktag und Parteibildung ist bei dem Aufsatz von v. ECKER, „Die politische Selbsthilfe. Ein Anklang zum 18. Oktober“ in der COBURGER ABENDZEITUNG Nr. 45 v. 8. 11. 1863, zu erkennen.

⁷⁸ Siehe R. WEBER, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 79 f.

⁷⁹ Flugblatt, unterschrieben von Ludwig Eckardt als Vorsitzender der vorbereitenden Versammlung und Franz Perrin als ihr Schriftführer, datiert Karlsruhe, 23. Januar 1864 (ZStA, Deutscher Nationalverein, Nr. 34, Bl. 267).

im Ausschuß zu einer unlogischen, aber existentiellen Mittelposition neigte, dagegen nur wenige an ein souveränes Parlament glaubten, das, wie in allen Dingen, so auch in der Wahl der Zentralmacht selbständig entscheiden würde. Und nur eine kleine Minderheit dachte an die Übertragung der Zentralmacht unter den bestehenden Bedingungen des Verfassungskonflikts an Preußen, das dann ein deutsches Parlament einberufen würde. Es gab nur wenige Anhänger der „Frankfurter Schule“ und ebenso wenige der „Bremer“, die auch jetzt, trotz des preußischen Verfassungskonfliktes, auf Preußen bauten. Der Ausschuß, der diesmal unbeeinflusst gewählt werden sollte, enthielt nur den einen Frankfurter Sigismund Müller, der aber rechtzeitig wissen ließ, daß er nicht zur radikalen Gruppe gehörte, und keinen radikalen Anhänger Preußens, wie den unermüdlichen Weber aus Stade oder den Bremer Grönings, die bereit waren, selbst die preußischen Vorschläge zur Bundesreform anzunehmen, obwohl diese auf der Parität von Preußen und Österreich basierten und so die Einheit Deutschlands unmöglich machten. Die Rede Grönings („nicht einverstanden sind wir mit der Verwerfung der preußischen Gegenvorschläge“) wurde andauernd unterbrochen⁸⁰ und brachte keinen Bremer in den Ausschuß, auch nicht als Kooptierten, während der abwesende radikale Jacoby aus Königsberg immerhin die Hälfte der Wähler auf sich vereinigte und dann durch Kooptation in den Ausschuß gelangte.⁸¹

Die große Mehrheit der Vereins- und Ausschußmitglieder sah im Nationalverein nur ein Druckmittel für den Abgeordnetentag (und den auf ihm basierenden 36er-Ausschuß), der versprach, Einheit und Freiheit friedlich zu versöhnen. Den Ausschußantrag, der vorsichtig auf friedliche Abschlagszahlungen hinwies, verwarf die Mehrheit nur, weil ein Nationalverein verpflichtet sei, die radikale Fahne zur Orientierung für die Nation hochzuhalten.⁸² Als Ziel galten das Parlament und die Zentralgewalt in linker und rechter Interpretation; als Weg galten die Parlamente, die zu liberalisieren waren und als Stationen die Ausschüsse der liberalen Abgeordneten. Die große Mehrheit wollte Volksdiplomatie durch Abgeordnete und keine Volkspolitik durch den Nationalverein als Vertreter der Massen.

Wäre die Entwicklung nach der Generalversammlung voraussehbar normal verlaufen, hätte sich der Nationalverein als tatenloser Kommentar zu den Handlungen der Parlamente und Abgeordnetentage verhalten, genau wie das Bild war, das der Verein im Jahr 1864 bis zum Vereinstag zu Eisenach im Oktober bot. Aber die Geschichte des Nationalvereins nur als Anhängsel der Parlamentsgremien im Jahre 1864 zu sehen, wäre ungerecht. Es gilt, die überraschende und unvorhergesehene Aktivität des Vereins zu beachten, die sich nur als Volkspolitik kennzeichnen läßt. Es geht um den kurzen, aber energischen Vorstoß des Nationalvereinsausschusses in der Frage der beiden nordalbingischen

80 VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 16 f.

81 Ebd., S. 32 und Gedrucktes Ausschußprotokoll v. 17. 10. 1863, S. 83.

82 Auf diese Stimmung waren die Worte Eckardts abgestimmt, der Nationalverein müsse so handeln, daß er vor das Volk hintreten könne und sagen: „Seht wir waren bereit zur Versöhnung, aber da ist das zäh widerstrebende Volk, das will nicht nachgeben, und in diesem Sinne müssen wir es führen“ (VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 19).

Herzogtümer in den Monaten November und Dezember des Jahres 1863, als das Ableben des Dänenkönigs ein schnelles Eingreifen notwendig machte, um die Dänen daran zu hindern, auf dem Boden der Herzogtümer unabänderliche Tatsachen zu schaffen. Jetzt galt es zu handeln, bevor die europäischen Mächte, zu denen auch Österreich und Preußen gehörten, aufgrund bestehender Abmachungen über deutsches Gebiet ohne nationaldeutsche Kriterien entscheiden würden. Bis zum Todestage des Königs Friedrich VII. von Dänemark am 15. November 1863 hatte man die Frage der beiden Herzogtümer ideologisch und politisch-theoretisch behandelt, genauso wie die Zentralgewalt und das Parlament als Fragen einer fernen Zukunft; der Verfassungskonflikt in Preußen war vordringlich.

Aber schon am 22. November trat der Ausschuß in Berlin zusammen und blieb mehrere Tage zusammen, um über direkte Schritte des Vereins zu beraten.⁸³ Am 23. November erschienen v. Bennigsen und Fries in Gotha vor dem Thronanwärter Friedrich von Augustenburg, den der Ausschuß als rechtmäßigen Thronerben für Schleswig und Holstein anerkannte.⁸⁴ Am 24. des Monats setzte der Ausschuß ein Hilfskomitee von Ausschußmitgliedern ein, das in Göttingen seinen Sitz haben sollte, also Johannes Miquel unterstand, und erschien die Proklamation „An das deutsche Volk“⁸⁵; am 29. folgte die Bekanntmachung des „Schleswig-holsteinischen Ausschusses des deutschen Nationalvereins“⁸⁶, beide unterzeichnet von Bennigsen als Vorsitzendem. Das ist eine fieberhafte Tätigkeit, die sich mit jeder Forderung von links zu Aktivismus messen konnte.

Wer sind die Träger dieser vorbildlichen Aktivität?

In der Sitzung vom 22. November waren anwesend: v. Bennigsen, Brater, Cetto, Delbrück, Duncker, Forckenbeck, Fries, Götte, Hoverbeck, Jacoby, Ladenburg, Lünig, Metz, Miquel, Molinari, Müller, Schulze-Delitzsch, Streit und v. Unruh. Eine beabsichtigte Abwesenheit ist nicht anzunehmen, da die Abwesenden, wie Reventlow/Kiel und Classen-Kappellmann, den beiden extremen Flügeln angehörten. Die Beteiligten an der Ausschußberatung hatten seit jeher die Thesen der deutschen Ideologie über die nördlichen Herzogtümer vertreten, wie der selbstverständliche Gebrauch des Bindestrichwortes Schleswig-Holstein beweist; auch hatte der Verein für den Gedenktag der Leipziger Schlacht am 18. Oktober 1863 eine Flugschrift herausgebracht (*Dänische Keckheit und deutsche Schwäche. Ein Mahnruf an das deutsche Volk*), die schon im Titel die deutsche Ideologie ausdrückte: In der Frage Schleswig-Holsteins war der Nationalverein geeint wie in keiner anderen.

Besondere Beachtung verdient die Mitarbeit von Johannes Jacoby, der an der Ausarbeitung des Aufrufs teilnahm als seine erste Tätigkeit im Ausschuß, in den er im Anschluß an die Generalversammlung kooptiert worden war. Er stand am linken Flügel der Fortschrittsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses und galt als radikaler Demokrat. Streit hat sich um seinen Eintritt in den Ausschuß

83 WOCHENSCHRIFT Nr. 187 v. 26. 11. 1863, S. 1 590.

84 Ausführlicher Bericht, ebd.

85 Ebd., Titelseite.

86 WOCHENSCHRIFT Nr. 188 v. 3. 12. 1863, Titelseite.

bemüht, und wenn er trotz seiner Abwesenheit von der Generalversammlung dort mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigte, so war das ein guter Auftakt zu seiner Kooptation. Er wurde später der Wortführer für eine gesamtdeutsche Volkspartei und deren Muster eines prinzipientreuen Vorkämpfers. Sein Mitwirken an der kurzen Phase der Volkspolitik im Nationalverein ist deshalb beachtlich. Er brauchte keinerlei Kompromisse mit seinem demokratischen Gewissen wegen seiner Haltung zu Schleswig-Holstein zu machen, denn nach seiner bald darauf gehaltenen Rede im preußischen Abgeordnetenhaus wahrte der Ausschuß vollkommen den Rechtsstandpunkt: Schleswig-Holstein hat ein Anrecht auf seinen eigenen Herzog Friedrich VIII., und mit ihm ist der „unbestreitbare Rechtsanspruch auf Selbständigkeit und Selbstregierung“ des Volkes von Schleswig-Holstein gewahrt.⁸⁷ Deshalb verkündet der Demokrat Jacoby am 2. Dezember 1863, für den Antrag zu stimmen: „Die Ehre und das Interesse Deutschlands verlangen es, daß sämtliche deutsche Staaten die Rechte der Herzogtümer schützen, den Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm in der Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten.“⁸⁸ Von den „Rechten“ der Herzogtümer hängen also auch für ihn die „Ehre und das Interesse Deutschlands“ ab. Sind die „Rechte“ wirklich mit dem Rechtsstandpunkt eines Demokraten identisch, oder scheinen sie ihm identisch, weil er (genau wie Eckardt) der deutschen Ideologie unterliegt, die Recht da sieht, wo Deutschland gewinnen kann, und Unrecht, wo Deutschland verliert? Für ihn sind die dänischen Kriegsheere Unterdrücker wie die Russen und Franzosen. Daß mit seinem Wissen sein Freund Falkson auf der Ausschußsitzung und der Generalversammlung das Recht des alten Preußen verteidigen mußte, zu Deutschland zu gehören, nicht gegen Dänemark, Rußland oder Frankreich, sondern gegen Österreich und Preußen, paßt schlecht zur Aufzählung von äußeren Feinden.

Wegen Bismarck darf das Abgeordnetenhaus keine Mittel zur Kriegsführung zugunsten der Herzogtümer bewilligen, da Bismarck die Mittel zweckentfremdend benutzen könnte. Deswegen ist Preußen außerstande, den Brüdern in Schleswig-Holstein wirksamen Beistand zu leisten.

Die Fortsetzung seiner Gedanken gehörte nicht ins Parlament, denn er befürwortete die Volksaktion der Geldspenden und Freiwilligenverbände. Hierin trifft er sich mit dem Ausschuß des Nationalvereins.

Links und Rechts sind sich eins in der Volkspolitik auf der Grundlage der deutschen Ideologie. Die Trennung und Spaltung wird einsetzen, als diese Politik sich als vollkommen wirkungslos erwies, und das dauerte nicht lange; lange dauerte es, bis man sich über die Unterschiede und Gegensätze klar geworden war.

Wenn die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ behauptete, Jacoby sei der Verfasser des Ausschußaufrufs *An das deutsche Volk*, so bezweifelt das der Biograph von Jacoby mit Recht, weil dieser die „Akzente anders gesetzt“ hätte.⁸⁹ Aber inhaltlich könnte auch er der Verfasser sein, obwohl ein Verfasser mit dem Hin-

87 J. JACOBY, *Gesammelte Schriften*, 1872, S. 216–220; Zitat, S. 216.

88 Ebd., S. 220.

89 E. SILBERNER, *Johann Jacoby*, 1976, S. 323.

tergrund der Burschenschaft oder eines Geheimbundes besser dazu passen würde. Jedes Ausschußmitglied hätte Verfasser des Aufrufs sein können, denn außer der deutschen Ideologie enthält er nur Anspielungen auf frühere Beschlüsse des Vereins.

Das große Thema ist die Befreiung von der Schmach der Vergangenheit durch das deutsche Schwert. Preußen wurde von der Herrschaft Polens, Pommern von der Herrschaft Schwedens und das Rheinland von der Herrschaft Frankreichs befreit. Nur Elsaß und Lothringen stehen noch aus. Jetzt ist Schleswig-Holstein an der Reihe. Nach dem Tod des Königs von Dänemark ist das Herzogtum Friedrich VIII. von „fremden Kriegsschaaren“ erdrückt, womit die Dänen gemeint sind; die eigene Wehrkraft Schleswig-Holsteins aber befindet sich „fern von der Heimat“ auf den dänischen Inseln als Bestandteil der Dänischen Armee.⁹⁰

Man kann diese geschichtlichen Begründungen belächeln oder ernst nehmen, man darf aber nicht vergessen, daß hier das gemeinsame Produkt von links und rechts vorliegt.

Die deutschen Fürsten werden ermahnt, die Rechte des Augustenburgers zu achten und zu unterstützen, denn damit schützen sie sich selbst. Alle Gemeinden, Korporationen, Vereine und Genossenschaften werden aufgerufen, Geld herbeizuschaffen, Mannschaften, Gelder und alle Mittel bereitzuhalten. Die umstrittenen Flottengelder werden im Sinne der Geber ihre Verwendung finden, da es gilt, die Küsten zu verteidigen.⁹¹ Zwei Dinge sind vorrangig, „ausdauernde Selbstbesteuerung des Volkes“ und „feste Organisation“.

Der schleswig-holsteinische Ausschuß des deutschen Nationalvereins („Hilfsausschuß“) veröffentlichte in der „Wochenschrift“ einen Aufruf.⁹² In ihm war von einer „zweiten schleswig-holsteinischen Armee“ die Rede, die bald zu bilden sei, wobei der Verfasser des Aufrufes vermutlich die reguläre Armee als die erste betrachtet. Der Aufruf wollte also vor allem Mannschaften und Gelder sammeln. Der Aufruf sprach vom „Volksheer“, meinte aber damit keine „ungeordneten Freischaren“. „Vorbereitet muß das deutsche Volk sein, ein schleswig-holsteinisches Heer durch Mannschaft, Führer und Waffen zu unterstützen“⁹³, aber die Stichworte des Aufrufes wie „einheitlicher Mittelpunkt“, „Lokalkomitees“, „Vereine“ sind so allgemein, daß die Polizei den Aufruf trotz der verfänglichen Anspielungen nicht verbieten konnte, aber deshalb können wir auch nicht wissen, was beabsichtigt war, denn verwirklicht wurde nur wenig. Die Gründung der Wochenschrift „Deutsche Wehrzeitung“ durch Feodor Streit unter der Mitwirkung von Oberstbrigadier Wilhelm Rüstow (der allerdings nach der dritten Nummer abtrat)⁹⁴ ist wohl die weitreichendste Wirkung dieses Aus-

90 WOCHENSCHRIFT Nr. 187 v. 26. 11. 1863, Titelseite.

91 Ebd. Die Ausschußsitzung v. 15. Oktober hatte sich die eigenmächtige Verwendung in dringenden Fällen vorbehalten, obwohl der Verein auf mehreren Generalversammlungen die Entfremdung der Flottengelder von ihrem ursprünglichen Zweck konsequent abgelehnt hatte. Der dringende Fall war nun eingetreten.

92 WOCHENSCHRIFT Nr. 188 v. 3. 12. 1863, gezeichnet: Göttingen, 29. 11. 1863.

93 Ebd.

94 DEUTSCHE WEHRZEITUNG. Hrsg. von einer Anzahl von Offizieren unter Mitwirkung von Oberstbrigadier Wilhelm Rüstow. Organ des Zentralbüros für freiwillige Wehrvereine in

schusses. Die Herausgabe der „Wehrzeitung“ als „Organ des Zentralbüros für freiwillige Wehrvereine in Coburg“ verweist schon im Namen des Herausgebers Streit auf den Zusammenhang mit dem Hilfskomitee und den Anspielungen in dessen Aufruf. Daß Streit Mitglied des Hilfsausschusses war, ist ausdrücklich im Aufruf angegeben.⁹⁵

Nach Rüstows Rücktritt wurde die „Wehrzeitung“ zum Organ des Offizierstages, also zu einem Forum demokratischer Offiziere, hatte aber sehr wenig Beziehung zur Wehrbewegung für Schleswig-Holstein, die sich deshalb nicht entwickeln konnte, weil Herzog Friedrich große Angst vor Freischaren hatte. Es gab süddeutsche Herrscher, die zur Vorbereitung einer allgemeinen Dienstpflicht auch bereit waren, mit Jugendwehren und Wehrturnen zu experimentieren, aber ein Fürst wie Friedrich mit unsicherer Basis neigte nicht dazu.

Die Begegnung der Führer des Nationalvereins mit Friedrich von Augustenburg mußte jede Hoffnung auf eine Volkspolitik mit diesem problematisch erscheinen lassen. Bennigsen trat sozusagen als Königsmacher auf, der seinem Schützling die nationale Aufgabe zuweist, die Integrität seines Territoriums zu behüten und damit „die höchsten und heiligsten Interessen der ganzen deutschen Nation“.⁹⁶ Dafür versprach er ihm kräftigste Unterstützung von seiten des Nationalvereins und aller deutschen Parteien. Hätte der Herzog Bennigsens Ansprache als Höflichkeitsfloskel behandelt, wäre das für einen Kronprätendenten passend und nützlich für seine Agitation gewesen, aber aus seiner Antwort sehen wir, daß er die Begegnung politisch diplomatisch behandelte. Er betont, daß er von der ganzen Welt als Souverän anerkannt ist und nicht nur von Deutschland. Er wollte Deutschland gegenüber unabhängig dastehen.⁹⁷ Er sprach anerkennend-herablassend vom Nationalverein und anderen Vereinen, die seinen Untertanen beigestanden hätten; von politischer Hilfe, um die es doch dem Nationalverein ging, wollte er nichts wissen. Regierungen und Völker ohne Unterschied sollten ihn unterstützen, womit nicht die Deutschen, sondern die Mächte gemeint waren. Er hofft auf das Rechtsgefühl der Völker und erwähnt die Deutschen gesondert. Das Ziel ist, die Schleswig-Holsteiner für immer vom Joch der Dänen zu befreien. Kein Wort von der nationalen Bedeutung der Herzogtümer für Deutschlands Einigung!

Wenn man den Ton von Roon gegenüber dem Nationalverein während der Flottenaktion mit dem Ton von Friedrichs Antwort vergleicht, wird man die feudale Distanzierung vom anmaßenden Bürger herausfühlen.

Am 6. Dezember 1863 nahm Bennigsen mit einigen „Freunden“, wie sein Biograph Hermann Oncken sich ausdrückt (also hauptsächlich mit Ausschluß-

Coburg. Nr. 1, Coburg, 15. 1. 1864. Der Herausgeber gibt in der *Ankündigung* die Zeitung als Fortsetzung der deutschen Turn- und Volkswehrzeitung (1861) an, warnt aber davor, sie mit der in Gotha erscheinenden Schützen- und Wehrzeitung zu verwechseln. Nach dem Rücktritt Rüstows lautet der Untertitel *Herausgegeben von einer Anzahl von Offizieren in und außer Dienst. Organ des deutschen Offizierstages*.

95 WOCHENSCHRIFT Nr. 188 v. 3. 12. 1863. Als Mitglieder des Hilfsausschusses werden v. Bennigsen, Brater, Fries, Metz, Miquel, Schulze-Delitzsch und Streit angegeben, also der gesamte Vorstand unter Hinzuziehung von Miquel.

96 WOCHENSCHRIFT Nr. 187 v. 26. 11. 1863, S. 1 590.

97 „Das Rechtsgefühl der Völker ist der beste Schutz für die Rechte der Fürsten“ – ebd.

mitgliedern), an einer Konferenz zu Nürnberg teil, wo der Abgeordnetentag liberaler Abgeordneter durch den Beitritt großdeutscher und österreichischer Parlamentarier zu einem nationalen Gremium erweitert werden sollte.⁹⁸ Der Plan war seit der Generalversammlung im Oktober in der Schwebe, und in der Begegnung des Nationalvereins mit dem Prätendenten war nichts, um von dem Plan abzugehen: nur der aktivistische Ton des Aufrufs des Hilfsausschusses paßte nicht für die Parlamentarier. Am 10. Dezember 1863 erschien in Nr. 189 der „Wochenschrift“ der Aufruf *An die Mitglieder der deutschen Landesvertretungen*⁹⁹, unterschrieben auch von Bennigsen, der zur Konstituierung eines allgemeinen Abgeordnetentages „sämtliche derzeitige Mitglieder der deutschen Landesvertretungen“ einlud, womit alle ehemaligen Parlamentarier, besonders die aus der Revolutionszeit, eingeladen waren. Die Tagung kam zu dem vorgesehenen Datum zustande, spaltete sich aber wegen der Einsetzung des *Ausschusses der Versammlung der Mitglieder der deutschen Landesvertretungen*, auch kurz der *36er-Ausschuß* genannt, weil ein solcher ständiger Ausschuß geschäftsführend Anordnungen erlassen konnte und weitere Verhandlungen im Plenum vermeidlich machte. Das ging vielen Österreichern und Großdeutschen zu weit und sie traten deshalb aus.¹⁰⁰

Der Ton des Nürnberger und des nachfolgenden Frankfurter Aufrufs der Parlamentarier war gemäßigt, stand aber deutlich im scharfen Gegensatz zu den Äußerungen des Herzogs, für den die Rechte seiner Untertanen erst nach seinen dynastischen Ansprüchen kamen. Beide Aufrufe sprachen zunächst von den Herzogtümern und dann von den legitimen Rechten des Herzogs. Der ständige 36er-Ausschuß war legitimiert, Volksdiplomatie zu treiben, und für sie waren Sigismund Müller aus Frankfurt als Vorsitzender und Karl Barth aus Erlangen als Geschäftsführer die Garantie des vorsichtigen, aber volksmäßigen Vorgehens.

Als Gegenstück dazu hat die am 24. Dezember erfolgte Auflösungserklärung des Schleswig-Holsteinischen Ausschusses des Nationalvereins zu gelten, die die Unterschrift von Johannes Miquel trug.¹⁰¹ Er übergab folgerichtig die wenigen eingegangenen Gelder dem 36er-Ausschuß, nach dem Rechenschaftsbericht vom 14. Dezember ungefähr 11 500 Taler, die nachträglich auf 16 000 Taler anstiegen. Nicht befriedigend ist Miquels Begründung: „Nichts könnte seiner Tendenz [des Nationalvereins] ferner liegen, als die Leitung einer gemeinsamen Angelegenheit da zu beanspruchen, wo ein anderes dafür zweckmäßigeres Organ gefunden ist“. Die Phrase, „der Nationalverein hat nie einen anderen Zweck verfolgt als für die Größe und das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten“, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die direkte politische Aktion, so groß ange-

98 H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 625. Schulze-Delitzsch nimmt schon die nationalpreussische Haltung gegen Süddeutschland vorweg, die sich im Jahre 1864/65 kundtut: er verweigert sein Kommen.

99 In extenso abgedruckt in: WOCHENSCHRIFT Nr. 189, datiert: Nürnberg, 6. 12. 1863.

100 Der Aufruf des 36er-Ausschusses *An das deutsche Volk!* enthielt die Namen von drei Österreichern (Rechbauer, Fleeth und Groß), aber die Namen der Großdeutschen aus Süddeutschland sind durch Namen von bekannten Mitgliedern des Nationalvereins ersetzt. Siehe WOCHENSCHRIFT Nr. 192 v. 31. 12. 1863, Titelseite.

101 WOCHENSCHRIFT Nr. 193 v. 7. 1. 1864, S. 1 647.

kündigt, kläglich gescheitert war. Konnte ein Ausschuß von Parlamentariern die halbrevolutionären Maßnahmen des Göttinger Aufrufs wirklich besser handhaben? Die weitere Entwicklung zeigt, daß es keinen Ersatz für eine freie Vereinigung und Organisation wie den Nationalverein gab. Immer gehörte die Hälfte der Ausschußmitglieder des Abgeordnetentages dem Nationalverein an, von ihnen die meisten dessen Ausschuß, aber sie haben nicht nach ihrem Statut und ihrem Programm gewirkt, sondern sich einem anderen Statut unterworfen. Die Kritiker sagten, sie seien ihren Zielen entlaufen. Die Parlamentarier unter den Ausschußmitgliedern hatten die Unterordnung unter die Abgeordnetentage seit dem Abgeordnetentag zu Weimar (1862) schon immer gesucht, um unbequemen radikalen Beschlüssen zu entgehen; jetzt gab ihnen der Anschein der nationalen Pflicht die gewünschte Ausrede. Für ein halbes Jahr danach hat der Nationalverein seine eigene Tätigkeit zugunsten des 36er-Ausschusses sistiert, aber als er seine Aktivität wieder aufnahm, stellte sich heraus, daß die Spannung im Verein gewachsen war und zur Spaltung rief. Als einziges politisches Organ des Bürgertums wollte niemand voreilig den Verein verlassen, und die Kämpfe um ihn haben sein Ende verzögert. Er besaß nach vier Jahren der Tätigkeit eine organisierte Mitgliedschaft und große Geldmittel (die Flottengelder hat er dem 36er-Ausschuß nicht zur Verfügung gestellt!), und um beides lohnte es sich zu kämpfen.

Mit der Erstürmung der Düppeler Schanzen im Frühjahr 1864 und der Abtretung der Herzogtümer an Preußen und Österreich trat das Ringen um die Herzogtümer in ein neues Stadium, auf das der Nationalverein wegen seiner Unterordnung unter den 36er-Ausschuß verspätet reagiert hat. Zum Zeitpunkt der Generalversammlung von 1864 (31. Oktober bis 1. November) war es zu spät, die verheerenden Wirkungen der verfehlten Entwicklung des Jahres 1864 zu kompensieren. Wie man so eindrucksvoll in diesen Fällen damals sagte, der Nationalverein hatte sein „inneres Düppel“ erlebt.

Die Spannung zwischen rechtsliberaler Diplomatie mit den Einzelparlamenten und liberaldemokratischer Volkspolitik hat sich im Endergebnis als irrelevant erwiesen, weil die Diplomatie der Großmächte entscheidend eingegriffen und die streitenden Parteien verwirrt hatte.

SIEBTES KAPITEL

DIE KRISE UM DIE KONSTITUIERUNG VON SCHLESWIG-HOLSTEIN UND DIE SPALTUNG IM NATIONALVEREIN

Als der dänische König Friedrich VII. am 15. November 1863 starb, begann die Krise des dänischen Staates, der, um sich zu modernisieren, Schleswig inkorporieren und Holstein abstoßen wollte. Damit begann aber auch die Krise des deutschen Nationalismus, weil es seit der Revolution von 1848 ausgemacht war, daß die beiden Herzogtümer zusammengehörten und deutsch seien. Die Thronfolge in Dänemark war der passende Moment, diesen nationalen Konflikt auszutragen, aber die Monate November und Dezember vergingen vom Standpunkt des deutschen Nationalismus ergebnislos, obgleich die erregte Öffentlichkeit immer wieder gelobt hatte, „Gut und Blut“ an die Befreiung der Herzogtümer zu setzen. Die Krise setzte erst ein, als die Herzogtümer durch die Waffengewalt der beiden deutschen Großmächte Preußen und Österreich erobert worden waren, Dänemark die Gebiete räumen mußte, es aber heftig umstritten blieb, auf welchem Weg die Herzogtümer vom Status der *Eroberung* zu dem der *politischen Konstituierung* gelangen würden. Der Interimsstatus zwischen erobertem Gebiet des Feindes und erlöstem Boden des Vaterlandes begann mit der Eroberung der dänischen Verteidigungslinie („Düppeler Schanzen“) und endete mit der Einverleibung beider Gebiete in Preußen nach dem Frieden von Nikolsburg (Juli 1866); für Länder, auf die man den Anspruch erhob, sie befreit zu haben, eine ungewöhnlich lange Dauer. Nicht die ganze Zeit des Interims ist eine Krisenzeit, da es schon im Herbst 1865 klar geworden war, daß Preußen die Provinzen in einer ihm passenden Form annektieren würde, und die Gewalt entscheiden werde, ob es Österreich gelingen könne, die Annexion zu verhindern. Letzterer Fall ist nicht eingetreten und die Frage nach einer alternativen Konstituierung nicht beantwortbar, da Preußen in einem „Blitzkrieg“ siegte und sich um eine neue Provinz erweiterte.

Für den Nationalverein hielt die Krise um die Gebiete von Schleswig und Holstein solange an, als deren Konstituierung noch zur Diskussion stand, also bis ins Jahr 1865. Die Generalversammlungen des Vereins zu Eisenach (31. Oktober bis 1. November 1864) und zu Frankfurt (29. Oktober 1865) geben dieser Krise Ausdruck und sind ihr Rahmen und Schwerpunkt.

Der Nationalverein hat eine innere Krise wegen der Herzogtümer nie zugegeben; zugegeben hat er eine Krise wegen der Austritte und Abspaltungen gewisser Elemente, die er bekämpfte und beschimpfte und deren Beschimpfungen die Gegenseite erwiderte, aber es gilt auf die zentrale Wichtigkeit der Meinungs-

kämpfe und Auseinandersetzungen um Schleswig-Holstein für den Nationalverein hinzuweisen, wenn wir verstehen wollen, warum die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums mißlang und dieses in das neue Reich gespalten eintrat und gespalten blieb. Nicht, daß man glauben dürfte, daß es ein einheitliches und geeintes Bürgertum hätte geben können, sondern nur, daß die Leute, die 1859 mit der Gründung des Nationalvereins daran gingen, ein geeintes Bürgertum auf der Grundlage des Nationalismus zu schaffen, mit ihrem Streben tatsächlich gescheitert sind. Im Jahre 1863 hatte der Nationalverein es unternommen, eine Volksbewegung für die Konstituierung Schleswig-Holsteins als einem deutschen Territorium nach nationalen Prinzipien beispielhaft für die deutsche Einheitsbewegung schnell durchzuführen (statt Territorium sagte man damals „Stamm“, meinte aber dasselbe), mußte aber rasch resignieren. Während der kurzen Zeit der Jahreswende von 1863/64 versuchte der Nationalverein, sich mit Hilfe von Schleswig-Holsteinischen Volksvereinen und mit spontan entstandenen sympathisierenden Hilfskomitees an die Spitze der Bewegung zu stellen und mit „dilettantischen Mitteln“ von Turn- und Wehrvereinen militärische Entscheidungen heraufzubeschwören. Auf den außerparlamentarischen Druck verzichtete er bald und übertrug die diplomatischen Wege dem liberalen 36er-Ausschuß, der selbständig, aber im Sinn des Nationalvereins handelte. Für die Gründungsschicht der Honoratioren von 1859 im Nationalverein war die Abkehr von *Volkspolitik* und Rückkehr zur „Diplomatie“ im Namen des Volkes problemlos, weil sie von ihr ausgegangen waren, als sie mit den Lenkern der Neuen Ära in den ersten Jahren des Bestehens ihres Vereins ins Einverständnis kommen wollten; neu und problematisch war für sie die *Volkspolitik der außerparlamentarischen Aktion* während der Jahreswende 1863/64, zu der sie die Anerkennung der Reichsverfassung gebracht hatte, denn die Anerkennung der Reichsverfassung zog die Anerkennung der revolutionären Verfassung des geeinten Schleswig-Holstein vom September 1848 nach sich. Beide Verfassungen ergänzten einander, weil sie die Einheit der Herzogtümer, deren Unabhängigkeit von Dänemark und ihr bundesstaatliches Verhältnis zum deutschen Reich zur Voraussetzung hatten. Auf Grund der revolutionären Verfassung ließ sich außerparlamentarisch Propaganda machen, aber nicht mit den deutschen Regierungen ins Einverständnis kommen. Die Regierungen kannten nur Akten, in denen von Holstein als Bundesland und von Schleswig als mit Dänemark verbundenem Herzogtum die Rede war, aber nicht von Schleswig-Holstein. Die *Volkspolitik*, die mit der Anerkennung der Reichsverfassung verbunden war, stürzte den Nationalverein wegen der Konstituierung Schleswig-Holsteins in die Krise. Die Rückkehr zur Diplomatie brachte neue Probleme mit sich.

Wir sind davon ausgegangen, daß die radikalen und demokratischen Honoratioren der Bewegung von 1848/49 die Hilfeleistung der Rechtsliberalen auf der gemeinsamen Basis des Nationalismus suchten, um in die Politik zurückzukehren und von sich das Stigma der Beteiligung an einer Volksbewegung abzuwaschen. Das ist ihnen soweit gelungen, daß sie von ihresgleichen nie wegen ihrer revolutionären Vergangenheit angegriffen wurden.¹ Die *Volkspolitik*, die die

¹ Das gilt ebenso für den linksradikalen Bürgers, der auch im Nationalverein am äußersten linken Flügel teilnahm, wie für die Emigranten vom Kreis der *Demokratischen Studien*, der

Krise um die Herzogtümer zum Anlaß ihrer Aktion machte, gefährdete dieses Vergessenmachen, wenn sie nicht schnell zum Ziel kam. Deshalb die überstürzte Eile, der auch eine große nationale Erregung entsprach. Die Rückkehr zur Diplomatie des 36er-Ausschusses stieß auf die Opposition der entschiedeneren Elemente, die die Volksagitation im Stile des 48er Patriotismus auf die Bühne gebracht hatte.

Anders als die müden Veteranen der Bewegung von 1848/49 reagierten die linksliberalen Demokraten, die nach der Anerkennung der Reichsverfassung durch den Verein im Jahre 1862 neu eingetreten waren² und ihre Überzeugungen nicht *verbergen*, sondern *verwirklichen* wollten. Die revolutionäre Bewegung war für sie das Ideal, zu dem sie durch das Exil, aus dem viele zurückgekehrt waren, oder ihr jüngeres Alter eine romantisierende Distanz gewonnen hatten. Während die Älteren die Verfassungsresolutionen des Vereins mit Hintergedanken lasen oder in sie ihre verborgenen Absichten hineinlasen und durch mündliche Erklärungen deuteten, las die unbefangene Generation, was in ihnen stand. Für die Honoratioren der älteren Generation bedeutete die Reichsverfassung die preußische Spitze, obwohl sie im Dokument selbst nirgends genannt wurde; für die jüngere waren mit ihr vor allem die Grundrechte und das allgemeine Wahlrecht gemeint, die in ihr enthalten waren. Für die ältere Generation bedeutete die Befreiung Schleswig-Holsteins einen europäischen Konflikt, aus dem irgendwie die Einheit Deutschlands entstehen würde, wie sie der Feldzug gegen Napoleon I. hätte bringen können und wie der Nationalverein 1859 und 1860 glaubte, daß ein Konflikt wegen Venetien oder Savoyen sie bringen würde. Jetzt sollte auf genau demselben Weg der kriegesischen Auseinandersetzung um das Londoner Protokoll von 1852 das Wunder vollbracht werden. Die junge Generation dagegen glaubte an die Erhebung Schleswig-Holsteins auf eigene Faust und an seine Konstituierung als neuem deutschen Staat, der ein Beispiel geben würde, wie sich ein geeinter Bundesstaat bilden ließ.

Bis zum Jahre 1864 gab es Austritte aus dem Verein, aber keine Austrittsbewegung. Einzelne Mitglieder, die der konstitutionellen Richtung oder der demokratischen nahestanden, sind ausgetreten, wobei der Druck der preußischen und der kleinstaatlichen Bürokratie eine auslösende Funktion ausübte³, aber die Ausschußmitglieder, auf die es bei der gehandhabten Organisationsform ankam, hielten doch immer zusammen. Vom Jahre 1864 an gab es Rücktritte und Aus-

sich nach rechts entwickelte, wie H. B. Oppenheim und Ludwig Bamberger. Eine Ausnahme bildet vielleicht Gustav v. Struve, dem seine Rolle von 1848 vorgeworfen wurde, aber der Grund ist darin zu suchen, daß er sich dem Liberalismus nach seiner Rückkehr aus den USA nicht anpassen wollte, anders als der ehemalige Radikale Friedrich Kapp.

2 August Metz versicherte auf der Coburger Generalversammlung 1862, daß die Annahme der Reichsverfassung dem Verein hunderttausend neue Mitglieder einbringen würde (WOCHENSCHRIFT Nr. 190 v. 17. 2. 1863, S. 1 613), jedenfalls wies die Beteiligung an der Generalversammlung eine Rekordzahl auf – 876 Teilnehmer! Die Diskussion scheint die Behauptung zu stärken, daß der Aufschwung, der dem Abfall rechts weitaus die Waage hielt, mit den volksparteiichen Aussichten zusammenhängt. Für die Zahl von 876 Teilnehmern, WOCHENSCHRIFT Nr. 183 v. 29. 10. 1863, S. 1 554.

3 Handschriftliches Ausschußprotokoll, 15. 10. 1863, S. 8 f. Austritte in Preußen wegen Furcht vor Verfolgungen und Mißliebigkeit, Zutritte außerhalb Preußens in Erwartung größerer Aktivität, Inhalt des Rechenschaftsberichts von Streit. Er vertrat die Tendenz der Linksentwicklung im Verein, die die Generalversammlung aufwies.

tritte auch im Ausschuß⁴, und damit hatte ein neues Stadium im Leben des Vereins begonnen.

Der Nationalverein hatte die erste politische Massenorganisation des deutschen Bürgertums geschaffen. Die ältere Generation begnügte sich damit, daß die angeworbenen Mitglieder durch ihre Beiträge die Handlungen des Ausschusses ermöglichten und durch ihre Zustimmung sie legitimierten; die Aktivisten der jungen Generation verlangten das Wachsen des Vereins, um sein direktes Handeln zu ermöglichen⁵, wie es die Aktion für Schleswig-Holstein beispielhaft demonstriert hatte und leider zugunsten des „Parlamentelns“ aufgegeben worden war. Es galt, den Verein im Sinn des Aktivismus umzubilden, und zu dem Zweck war der Beitritt zu erleichtern. Der Verein mußte wachsen, wobei die Summe der Beitrittsgelder zweitrangig war. Die Frage war, ob man nach Menschen oder nach Talern fischte: Hätte der Verein wirklich die Turn-, Wehr- und Freischaren gewollt und zur Befreiung Schleswig-Holsteins eingesetzt, wäre man nicht von den stehenden Heeren abhängig geworden, und es wäre keine Krise um die Konstituierung des neuen Staates entstanden. Vielleicht wäre bei dieser Gelegenheit auch die deutsche Frage mit erledigt worden: So war der Konsensus des linken Flügels im Verein.

Die weitgehende Personalunion des 36er-Ausschusses mit dem Ausschuß des Nationalvereins sicherte diesen vor einer Krise wegen der Untätigkeit als Folge des Verzichts auf eigene Tätigkeit; verurteilt zur Untätigkeit blieb aber die Vereinsmitgliedschaft, die man zu höchster Bereitschaft angespornt hatte und nun zum Abwarten mahnte. Der Ausschuß mochte seinen Verzicht auf eigene Tätigkeit als Opfer seines Patriotismus hinstellen, weil der 36er-Ausschuß ein breiteres Spektrum von Meinungen repräsentierte als der Ausschuß des Nationalvereins, der Verein aber wollte seinen Ausschuß tätig sehen und handelte nach dem Eigengesetz der modernen Massenorganisationen, das heute jedem Politologen geläufig ist. Hätten die Politiker des 36er-Ausschusses sich bei den Einzelregierungen und beim Deutschen Bund durchgesetzt, hätte sich der Unwille der Vereinsmitglieder wahrscheinlich beschwichtigen lassen, aber so wurde die Krise der verzögerten Konstituierung der Herzogtümer zu einer Krise des Nationalvereins. In der „Wochenschrift“ vom 14. Juli 1864 wurde die Krise mit ideologischen Bemäntelungen zugegeben und Abhilfe versprochen⁶, aber der Wink mit der bevorstehenden Generalversammlung öffnete eine Pandorabüchse. Denn es stellte sich heraus, daß sich um den Geschäftsführer Streit in Coburg, am Sitz des Vereins, ein Zentrum der Opposition gebildet hatte, das nicht nur durch die Geschäftskorrespondenz gegen die Abtretung aller Tätigkeit an den

4 Beachtet wurden u.a. Wex (Hamburg), Pfeiffer (Stuttgart), Cramer (Nürnberg), und ihr Austritt ist beachtlich, weil er wichtige Organisationszentren betraf.

5 L. ECKARDT, Für Schleswig-Holstein, 1863, S. 26: „Das Mindeste, was der Patriot gegenwärtig für die Sache tun kann, ist der Beitritt zum Nationalverein, der einzigen Organisation der deutschen Freiheitspartei“.

6 Rochau in der WOCHENSCHRIFT Nr. 220 v. 14. 7. 1864, S. 1 862: „daß die Nationalpartei das eigentliche Triebrad der deutschen Verfassungsbewegung ausmacht, hat sich niemals deutlicher gezeigt als in den letzten acht Monaten, wo sie sich durch freiwilligen und gewissenhaft durchgeführten Entschluß im Interesse der schleswig-holsteinischen Sache zur Untätigkeit verurteilt hat. Die Zeit steht aber nahe bevor, wo mit den Gründen dieses Entschlusses auch die Wirkung desselben aufhören wird.“

36er-Ausschuß wirkte, sondern auch versuchte, die Politik der „Wochenschrift“ zu beeinflussen. Mit der Nr. 223 des Vereinsorgans übernahm Streit zusätzlich zu seiner Berichterstattung über die Vereine auch den politischen Teil des Organs wegen einer längeren Abwesenheit v. Rochaus.⁷

Der nunmehr wiederauflebende Vereinsteil, zusammen mit dem politischen, gibt ihm und seiner demokratischen Richtung für mehrere Nummern vor der am 31. Oktober zusammentretenden Generalversammlung eine besonders einflußreiche Stellung, auch wenn nicht festzustellen ist, wo genau Streit eingegriffen hat. Der Ton der Zeitung ändert sich sogleich, besonders in den redaktionellen Anmerkungen zu kontroversen Themen, die auf seine Feder hinweisen. Spätere Proteste v. Rochaus in der Zeitung selbst und mehr noch in den Vorstands- und Ausschußsitzungen machen den Eindruck zur Gewißheit. Wenn der Verfasser „N“ der Wochenberichte Lorenz Nagel sein sollte⁸, worauf vieles hinweist, weil v. Rochau ihn mit seiner Vertretung in der Redaktion statt Streit beauftragt hatte, so liegt hier die Wurzel von Streits Ersetzung als Geschäftsführer durch Lorenz Nagel: Die Gärung im Verein, bei der von der Redaktion das ominöse Wort „Spaltung“ gebraucht wurde⁹, endete nicht, wie die mittelstaatlichen Zentren des Nationalvereins gehofft hatten, mit der „volksparteilichen“ Umbildung des Vereins, sondern mit dem vollen Sieg der Gründergeneration, die die Nationalpartei wollte und die Nagel vertrat.¹⁰ Positiv wirkte sich dieser Sieg in der Beibehaltung des Gründungsausschusses durch Wiederwahl aus und negativ in der umstrittenen Auswechslung Streits durch Lorenz Nagel als Geschäftsführer und Herausgeber des Vereinsorgans. Das Ergebnis war, daß die demokratischen Linksliberalen ihren Halt im Vereinszentrum verloren. Statt des *Volks-Nationalvereins*, den sie wollten, mußten Sie eine *Volkspartei* gründen. Diese Volkspartei ist über das Stadium einer Opposition zum National-

7 Die WOCHENSCHRIFT Nr. 222 v. 28. 7. 1864 bringt auf der Titelseite die Ankündigung: „Da der Herausgeber der Wochenschrift verweist ist, so werden die Herren Mitarbeiter ersucht, ihre Beiträge bis auf Weiteres direkt an Herrn F. Streit nach Coburg einzusenden.“ Diese Ankündigung wird bis Nr. 229 fortgesetzt, gilt also von Ende Juni bis Mitte September, d.h. die ganze Zeit der Vorbereitung für die entscheidend wichtige Generalversammlung v. 31. 10. 1864 in Eisenach.

8 Der erste nicht „R“ sondern „N“ gezeichnete Wochenbericht erschien in Nr. 224 v. 11. August (ebenso Nr. 225–228). Nagel war bis 1861 Hilfskraft Streits gewesen und wurde dann auf Rüstows Empfehlung durch den demokratischen Schweigert ersetzt. Seitdem läßt sich von dem demokratischen Zentrum Coburg des Nationalvereins sprechen.

9 Beginn des Wochenberichts von Nagel in: WOCHENSCHRIFT Nr. 226 v. 23. 8. 1864: „Durch einige Blätter läuft die bedenkliche Kunde von einer Spaltung, welche innerhalb des deutschen Nationalvereins ausgebrochen sei.“ Nagel meint, es sei passender von einer „inneren Scheidung der Geister“ zu reden, aber die gibt er zu.

10 Die Alternative zu Streit war 1859 Schulze-Delitzsch, nicht Nagel; 1864 Brater, nicht Nagel. Schulze-Delitzsch war zu schroff preußisch, und Streits Vorzug war damals seine öffentliche Stellung als Abgeordneter. Brater war vielleicht Streit als versöhnlicher Süddeutscher überlegen, aber seine Kränklichkeit erlaubte ihm das Maß der Tätigkeit nicht, das Streits anerkannter Vorzug war. Deshalb blieb nur Nagel als Notlösung. Zum Verein als Massenorganisation hatte er kein Verhältnis; er erhielt ihn bürokratisch-korrekt. Obwohl er Süddeutscher war (aus Nürnberg) war er norddeutsch-protestantisch eingestellt, und darin war er Bennigsen und Lammers verwandt. Für einen propreussischen Propagandaverein hatte er Verständnis, eine politische Konstituierung lag ihm fern. Für ihn war eine norddeutsche nationalliberale Reichstagsfraktion die eigentliche Lösung, und die Aufgabe des Nationalvereins konnte nur sein, bei den Wahlen behilflich zu sein.

verein, zum 36er-Ausschuß, dem Deutschen Bund und den Landesregierungen nicht herausgekommen, aber ihre Grundthesen von Selbstbestimmungsrecht, Wehrhaftigkeit und politischer Freiheit hat sie anhand der Krise der Konstituierung Schleswig-Holsteins entwickelt und an der Kritik des Nationalvereins eingeübt.

Der Verlauf der Generalversammlung zu Eisenach (1864) stand ganz im Zeichen der ungelösten Frage Schleswig-Holsteins, deren Verständnis daher auch zum Gradmesser für das demokratische Verständnis der Linken und für ihr Wollen hinsichtlich der noch ausstehenden Konstituierung Deutschlands wird.

Die Honoratioren des Nationalvereins, aus deren Mitte der Ausschuß gewählt wurde und sich ergänzte, waren gewohnt, den Linksliberalen, die sie generalisierend mit den Süddeutschen gleichsetzten, seit der Gründungsversammlung zu Frankfurt 1859 Konzessionen zu machen, mehr im Sprachgebrauch und weniger in der *Bedeutung der Worte*. Die Honoratioren sprachen wie die Linksliberalen von *Freiheit*, meinten damit aber nur die nationale Unabhängigkeit vom Ausland, wie es später im deutschen Reich allgemein üblich wurde. Sie sprachen von *Volk* und *Volkspolitik* und meinten damit die Parlamentspolitik der Honoratioren im Namen des Volkes, wodurch mit „Volk“ sie häufig sich selbst meinten. Sie sprachen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und „Stämme“, meinten aber die Autonomie ihrer Herrscher, die zudem noch nach deren Macht gestaffelt war. Wenn Friedrich VIII., der „Augustenburger“, wie er genannt wurde, mit der preußischen Regierung verhandelte, war das Selbstbestimmungsrecht Schleswig-Holsteins in ihren Augen gewahrt, und wenn Preußen den maritimen Anschluß, also die Herrschaft über die Häfen und die seetüchtigen Mannschaften, verlangte, war das für einen Großstaat berechtigt und ihm angemessen.

Die Spannung im Nationalverein, die zur Abspaltung führte, trat in Eisenach zutage, als sich herausstellte, daß die Führung und die Opposition sich derselben Worte bedienten und sich auf die gleichen Resolutionen beriefen und doch einen ganz anderen Inhalt damit verbanden. Es handelt sich dabei aber nicht um ein zufälliges Mißverständnis, das sich aus der Welt schaffen ließ, wie es der Ausschuß schon jahrelang getan hatte, wenn er strittige Formeln in den Ausschußsitzungen strich und andere annahm um des lieben Friedens willen, dabei aber seine Kommentare unterstellte, ohne zu prüfen, ob auch die Gegenseite von diesen Kommentaren wußte. Am deutlichsten trat das bei der Reichsverfassung hervor, die irgendwie im mündlichen Kommentar die Übertragung der Vollziehungsgewalt im Reich der Zukunft an Preußen festlegte, ohne daß davon in der Reichsverfassung selbst die Rede gewesen wäre. Als jetzt das Selbstbestimmungsrecht der Herzogtümer den maritimen Anschluß an Preußen nach sich ziehen sollte, merkte die Opposition auf. Für die Opposition paßte zum Begriff der Selbstbestimmung nur das Recht der Herzogtümer, sich zu konstituieren, wie es sein Parlament wollte, und das als freier und gleichberechtigter Staat. Daß Schleswig-Holstein mit Nachbarstaaten Verträge abschließen würde, auch die maritimen, wie alle anderen Bundesmitglieder auch, hat mit seinen Interessen, aber nicht mit den Bedingungen seiner Konstituierung zu tun. Der Konflikt, der sich anläßlich der Konstituierung von Schleswig-Holstein zeigte, der die Spannung im Nationalverein verstärkte und die Abspaltung vorbereitete,

verdankte seinen Ursprung nicht einem Mißverständnis, sondern lag in den ideologischen Grundbegriffen, die allen bewußten politischen Deutschen, seien sie links- oder rechtsorientiert, gemeinsam waren, aber in ihrer weiteren Entwicklung die Unterschiede von links und rechts ausmachten.

Die deutsche Ideologie haben wir als ein Produkt der Kriege gegen das revolutionäre Frankreich zum Beginn des Jahrhunderts anzusehen. Sie sah das Deutschland der Zukunft als Großmacht in der Welt an, vergleichbar mit Rußland und Frankreich ihrer Zeit, dem wachsenden Amerika und der Kolonialmacht Englands um die Jahrhundertmitte. Orientiert war die Großmacht der Zukunft auf das Riesenreich der deutschen Geschichte des Mittelalters, gegründet auf die legendäre Assimilationskraft des deutschen Volkes, wie es sich in der deutschen Kolonisation und der Hanse kundtat. Die Rückgewinnung Schleswig-Holsteins für Deutschland war nur der erste Akt der globalen deutschen *Reconquistabewegung*, deren unscheinbarer Anfang der Nationalverein war.

Als der Vorstand des Nationalvereins am 14. Februar 1864 zusammentrat¹¹, um den Verzicht seiner eigenen Aktion zugunsten des 36er-Ausschusses zu beraten und der praktischen Sorgen für Schleswig-Holstein ledig war, benutzte er die Gelegenheit, um über die globalen Auswirkungen des Untergangs der veralteten Großmacht Dänemark und den Beginn der neuen Großmacht Deutschland nachzudenken und fand einstimmig die Lösung der deutsch-dänischen Frage im sogenannten „skandinavischen Programm“, demzufolge „im Norden ein skandinavischer Gesamtstaat mit einer Seemacht mittleren Ranges geschaffen werden würde“; mittleren Ranges, weil die Großmacht zur See selbstverständlich Deutschland zu sein hatte. Dieser „natürliche Verbündete“ würde ebenso natürlich den Verlust Schleswig-Holsteins verschmerzen, ebenso natürlich sich gegen Rußland kehren und dadurch Deutschland Gelegenheit geben, die baltischen Küsten zu erobern. Schulze-Delitzsch unternahm es, die liberale Presse in diesem Sinn aufzuklären.

Es wäre absurd gewesen, wenn der Nationalverein gerade in den Tagen, als seine Volksinitiative so kläglich gescheitert war und er von einer Verschlechterung im Status der beiden Provinzen nur durch die Armeen zweier Großmächte gerettet wurde, der Öffentlichkeit theoretische Weltpolitik ausgemalt hätte, ohne selbst etwas von den Gegensätzen zwischen Dänen, Schweden, Norwegen und Finnen zu ahnen. Deshalb kam die „Wochenschrift“ mit diesen Phantasien erst heraus, nachdem die Dänen im Sommer 1864 endgültig geschlagen waren und sich über „die skandinavische Idee“ im Interesse der Preußen und Österreicher etwas sagen ließ¹², wobei eine spezifisch deutsche Auffassung der Weltpolitik statt der französischen und englischen zum Vorschein kam.

Der Nationalverein wollte also internationale Beziehungen, aber nur für den Fall, daß sie Deutschland zugute kommen würden. Die Völker Europas waren

11 Gedrucktes Vorstandsprotokoll, S. 22–23. Teilnehmer v. Bennigsen, Fries, Schulze-Delitzsch und Streit.

12 WOCHENSCHRIFT Nr. 230 v. 22. 9. 1864, S. 1 952 f., Aufsatz L (= Lammers): *Die Skandinavische Idee*. Die Teilungsmächte Polens, Preußens und Österreichs könnten sich durch ein antirussisches Bündnis mit Skandinavien vor der Weltöffentlichkeit rehabilitieren, das klingt etwas weit hergeholt, war aber der Inhalt der „skandinavischen Idee“, die Schulze-Delitzsch in der liberalen Presse zu verbreiten unternommen hatte.

Satelliten Deutschlands und sollten seinen Interessen dienen. Das war die deutsche Ideologie von rechts.

Nun kam Julius Eckardt auf der Generalversammlung (1864), den Antrag aus Karlsruhe zu begründen, der lautete: „Der Vereinsvorstand wird beauftragt, eine Verständigung mit den Verfassungsparteien der Nachbarländer, namentlich Englands, Italiens, Frankreichs und Schwedens anzubahnen“¹³, England, das als Seemacht den Sund beherrscht, Frankreich, das das Nationalitätsprinzip zur Sprache bringen will, Italien, das um seine Einigung kämpft und Schweden, das im Sinne der „skandinavischen Idee“ Dänemark zügeln kann. All das läßt sich mit „deutscher Idee“ in Einklang bringen. In seiner Begründung kommen aber so verfängliche Ausdrücke vor wie „europäischer Abgeordnetentag“, „Selbstbestimmung der Völker“, die „Idee der Freiheit, der Gleichberechtigung der Völker“, und wir sehen, wie die Versammlung auf die scheinbar so harmlosen Worte des Antrags geteilt reagiert. Einerseits ermöglichen Eckardts Anhänger durch genügende Unterstützung die Abstimmung, andererseits treten zwei Altdemokraten aus dem Ausschuß, Lüning und Fries, scharf gegen den Antrag auf, besonders ist es der entschiedene Sozialist des Vormärz, Lüning, der den Antrag nicht nur ablehnt, sondern auch ironisiert und bagatellisiert.¹⁴ Wenn er von Sprachschwierigkeiten spricht (er könne kein Schwedisch) oder davon, der Nationalverein habe kein Geld, einen Außenminister zu unterhalten, kann man den Kopf schütteln, wenn er aber davon spricht, man würde den Verein verdächtigen, „wir wollten revolutionäre Verbindungen anknüpfen mit dem Ausland“ und über die Rheingrenze verhandeln, so zeigt er die Empfindlichkeit des Renegaten. Fries ist vorsichtiger und befürwortet die Zurücknahme des Antrages (der dann in einer anderen Generalversammlung erneut eingebracht werden kann), weil er jetzt verkannt werden würde.¹⁵ Auch v. Bennigsen schließt sich Fries an, ein ungewöhnliches Verfahren für einen Vorsitzenden, der neutral zu sein hat. Nach dem Protokoll bleibt der Antrag bei der Abstimmung „in der Minorität“, während die übliche Formel für abgelehnte Anträge ist, daß die große Mehrheit ihn ablehnt.

Alle sechs Anträge Eckardts, die er im Namen der Karlsruher Mitglieder des Nationalvereins eingebracht hatte, wurden in der obigen Generalversammlung abgelehnt. Nur den Antrag auf internationale Zusammenarbeit hat er hartnäckig verteidigt und absichtlich über ihn abstimmen lassen, um überstimmt zu werden, weil die Abänderung der deutschen Ideologie im Sinn der Zusammenarbeit aller Völker das Grundprinzip zu einer neuen Parteibildung zu sein bestimmt war: Mit der Durchführung des Selbstbestimmungsrechts von Schleswig-Holstein sollte der Anfang gemacht werden.¹⁶

13 VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 35. Die Begründung des Antrages ebd., S. 35 f.

14 Ebd., S. 36.

15 Ebd.

16 Die schleswig-holsteinische Volksbewegung hatte immer so getan als sei die Frage der Herzogtümer eine rein innerdeutsche. Österreich und Preußen dagegen hatten ihren internationalen Charakter immer anerkannt. Mit dem Zusammentreten der internationalen Konferenz in London (Juni 1864) war ihr internationaler Charakter auch von den Staaten des deutschen Bundes anerkannt. Die skandinavische Idee war die Antwort des Nationalvereins auf diesen Aspekt; der Vorstoß Eckardts das Gegenstück dazu.

Mit der Umbildung der deutschen Ideologie aus einer Vorstellung, daß es Aufgabe des deutschen Geistes sei, Mitteleuropa auch politisch gegenüber Slawen und Romanen zu organisieren, bildet sich allmählich die Vorstellung eines europäischen Völkerbundes gleichberechtigter Nationen heraus, die auch in der gleichzeitigen Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation ihren Ausdruck fand, in die die Gruppe um Eckardt als Ganzes (Individuen wie Louis Büchner ausgenommen) nicht eintrat, aber der die Friedens- und Freiheitsliga nachfolgte, an der sie kollektiv teilnahm.

Als Ludwig Eckardt im Juni 1863 in öffentlicher Kundgebung für Schleswig-Holstein eintrat und seine Ansichten auch in einer vom Ausschuß genehmigten Broschüre veröffentlichte¹⁷, tat er das mit den üblichen Ansprüchen gegen Ost und West. Im Lauf eines Jahres hatten sich seine Anschauungen gründlich gewandelt. Die Krise um die Konstituierung der Herzogtümer, die Londoner Konferenzen, bei denen die Interessen der Großmächte den Ausschlag gaben, und insbesondere der Großmachtkitzel Preußens¹⁸ hatten sein Denken verwandelt. Die Sendung des deutschen Geistes vertraute er nicht mehr dem deutschen Schwert an, das sich vor allem in Preußens Händen befand, sondern den Volksvertretern. Zentral war in seiner politischen Anschauung das bewaffnete Volk geworden, das Europa neu konstituieren sollte. Als die Schützen in Frankfurt 1862 für ihre Ideale demonstriert hatten (denen sie auch entscheidende Macht zutrauten), taten sie das noch im Zeichen der deutschen Ideologie, wie die vielen Reden, die dort gehalten wurden, bezeugen. Als ein Jahr später der Nationalverein die Teilnahme an dem Schweizerischen Schützenfest förderte, mochte er glauben, daß das eine ähnlich deutschnationale Demonstration sein würde, aber es wurden dort Töne von internationaler Zusammenarbeit laut, die einen Lammers veranlaßten, in der „Wochenschrift“ gegen ungezügelter Propaganda auf Festen zu protestieren, wobei er sich ausdrücklich auf La Chaux de Fonds bezog.¹⁹ Streit hatte den Urlaub v. Rochaus von der Redaktion benutzt, um die drei ausführlichen Berichte über das eidgenössische Nationalfest zu veröffentlichen, die die Beteiligung der Deutschen als Gäste hervorhoben, aber bei einer internationalen Zusammenkunft. Hier liegt ein ungewöhnliches Beispiel vor, daß internationale Zusammenarbeit durch den Nationalverein gefördert wurde, und die Tatsache, daß Eckardt es wagen durfte, seinen Antrag zur Diskussion zu stellen und dann zur Abstimmung zu bringen, zeigt die Risse auf, die die deutsche Ideologie im Nationalverein erlitten hatte. Auf der vierten Generalversammlung 1863 konnte er sich nur nach der Generalversammlung beraten („Die Freunde des 18. Oktober“), jetzt, in Eisenach, war er imstande, eine Vorkonfe-

17 L. ECKARDT, Für Schleswig-Holstein, 1863. Es handelt sich um den Vortrag in Mannheim, der den Ton für Eckardts Auftreten auf der Generalversammlung zu Leipzig 1863 bestimmte.

18 Dieser von Schulze-Delitzsch geprägte Ausdruck besagt nicht, was die Stimmung der Konfliktzeit ihm beilegte, sondern die Nachahmung Österreichs, die es veranlaßte das ganze Alt-Preußen außerhalb des Deutschen Bundes zu stellen, um auch Preußen den Besitz von Provinzen zu geben, die vom Bund unabhängig waren, und ihm daher die Stellung einer Großmacht verleihen konnten. Es war die Aufgabe Falksons in der Ausschusssitzung und auf der Generalversammlung zu Leipzig, diese Sonderstellung Alt-Preußens zu Bewußtsein zu bringen und abzuschaffen.

19 WOCHENSCHRIFT Nr. 178 v. 24. 9. 1863, S. 1 500 f. (*Über Festreden*).

renz abzuhalten²⁰, und in der Hauptversammlung darauf bestehen, über die neue Einstellung abzustimmen, auch wenn er gewiß war, überstimmt zu werden.

Die neue Ideologie verlangte, durch die Freiheit zur Einheit zu gelangen, wobei unter Freiheit eindeutig die Selbstbestimmung jeder Volks- und Bevölkerungsgruppe verstanden wurde, angefangen mit der Selbstbestimmung der Deutschen, bis zu einer europäischen Gemeinschaft. Die Freiheit sollte auch zur Einheit führen, die als föderalistische Einigkeit aufgefaßt wurde. Wie die Einheit zur „Macht“ der alten deutschen Ideologie stehen würde, wurde nicht geklärt, wie es auch nicht klar wird, inwieweit die Leute, die Eckardt zur Vorversammlung einlud, sich von dem bisher geltenden nationalistischen Konsensus entfernt hatten oder nur in einzelnen Punkten, wie dem Selbstbestimmungsrecht Schleswig-Holsteins. Aus den Programmdiskussionen, die erst nachträglich mit dem Jahr 1865 im „Deutschen Wochenblatt“ einsetzten und die Louis Büchner anführte, kann auf keine ideologische Klarheit geschlossen werden, auch bei Eckardt nicht.

So unklar der ideologische Neubeginn bei der linken Opposition war, so klar war die Ideologie des permanenten Ausschusses, die am wirkungsvollsten Karl Brater aus Erlangen auf der Generalversammlung ausdrückte. Er war zugleich Geschäftsleiter des 36er-Ausschusses und Ausschußmitglied des Nationalvereins und von diesem als Ablösung für den umstrittenen Geschäftsführer Fedor Streit gedacht. Direkt nach den einführenden Worten Bennigsens trug er seinen politischen Jahresbericht vor (bald auch als Flugblatt verbreitet).²¹ Die Stichworte der deutschen Ideologie bestimmen schon am Anfang den Inhalt der Übersicht: Die Machtstellung Deutschlands in der Welt, die Schmach und die deutsche Ehre, der Übermut unserer auswärtigen Gegner, die Entwicklung der deutschen Seemacht. All das gegen das „kleine Dänemark“, das deshalb so verächtlich ist, weil es eben gegenüber dem großen Deutschland der Zukunft klein ist.²² Dem Nationalverein komme die Ehre zu, die dänische Frage seit seiner Gründung erkannt zu haben, was er schon mit der Kooptation Lehmanns als Führer der nationalgesinnten Schleswig-Holsteiner in den Ausschuß demonstriert hatte²³ und seitdem in Aufrufen, Resolutionen und Geldsammlungen kundtat. Daß aber die direkte Aktion 1863 nur lächerlich geringe Summen eingebracht hatte²⁴, wird nicht einmal erwähnt; die Tatsache, daß die Loslösung der Herzogtümer durch die Großmächte ungerufen geschehen war, und ihr keine politische Konstituierung in einer bundesstaatlichen Einigung nachfolgte oder in Aussicht stand, wird leichthin übergangen und mit der Behauptung abgetan: „Eine kräftige liberale Regierung wäre ohne Zaudern zu demselben Entschlusse (der Befreiung der Herzogtümer) gelangt“, weil „wir wissen, daß aus dem Kampf gegen die feindlichen Mächte, der Geist des Rechtes und der

20 Siehe R. WEBER, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 134–158 (Eckardts Kampf um eine demokratische Partei), besonders S. 151–158.

21 VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 4–8.

22 Ebd., S. 5.

23 Ebd.

24 WOCHENSCHRIFT Nr. 197 v. 4. 2. 1864, S. 1 647. Brater nennt die Summe von 30 000 Talern.

Freiheit siegreich hervorgehoben wird“.²⁵ Die Tatsache, daß die Herzogtümer „wie erobertes Land behandelt werden“²⁶ gibt er zu, aber nicht, daß in diesen eroberten Ländern die schon bestehenden Ständeversammlungen nicht zusammentreten dürfen und ihr Selbstbestimmungsrecht seit der dänischen Zeit Rückschritte und keine Fortschritte gemacht hat, es sei denn, daß Brater in dem Verzicht auf die Personalunion mit Dänemark (an der Preußen eine Zeitlang festhielt) einen Fortschritt der Selbstbestimmung sah.

Das wirkliche Problem des Nationalvereins war, die von ihm seit 1859 behauptete Einheit der Herzogtümer der Verwirklichung näherzubringen und dieses geeinte politische Gebilde in einen deutschen Bundesstaat zu integrieren. Bis jetzt hatte das deutsche Schwert es nur fertig gebracht, das Bundesland Holstein durch Österreich zu okkupieren und Schleswig durch Preußen: Politisch hatten sich die beiden Herzogtümer unter der unterschiedlichen Okkupation auseinanderentwickelt, wie selbst das unterschiedliche Auftreten der Schleswiger und der Holsteiner auf der Generalversammlung demonstrierte. Die *Pfandbesetzung* Schleswigs (der Begriff wurde geschaffen, um dem Angriff auf ein Gebiet außerhalb des Deutschen Bundes ohne Kriegserklärung einen Anhalt zu geben) hatte sich als Pfandbesetzung Holsteins durch Österreich und Pfandbesetzung Schleswigs durch Preußen, eine gegen die andere, herausgestellt. Die Herzogtümer waren jetzt mehr getrennt als zur Zeit der dänischen Herrschaft. Der 36er-Ausschuß hatte es unternommen, den Deutschen Bund bei seinen Versuchen einzuspannen, der Zerteilung der Herzogtümer entgegenzuwirken, war aber damit nicht durchgedrungen. Bei den preußischen und österreichischen Gewalthabern wurde er nicht einmal angehört. Zum Dank sprach Brater, wie die Großmächte, verächtlich von der „mitlebenswürdigen Gebrechlichkeit“ des Deutschen Bundes.²⁷

„Die Geschichte des Bundestags vom 14. Januar bis 21. Juli (1864) ist die Geschichte einer ununterbrochenen Mißhandlung der ohnmächtigen Mehrheit durch die mächtige Minderheit“, sagt Brater mit Recht²⁸, sagt aber nicht, daß der 36er-Ausschuß zur ohnmächtigen Mehrheit gehörte und mit ihm der „im Todesschlaf“ untätige Nationalverein, der hinter dem 36er-Ausschuß stand.

Der gemeinsame Ausgangspunkt im Sinn der deutschen Ideologie, die rechts und links im Nationalverein vereinte, machte Schleswig-Holstein zum idealen Agitationsziel, bot es doch die einzige Aussicht, verlorenes Gebiet für Deutschland zu reklamieren, ein Ziel, das alle Deutschen bejahren konnten, handelte es sich doch nicht nur um eine Grenzprovinz, sondern um ein strategisch wichtiges Gebiet, an das sich Machtträume über eine zukünftige Seeherrschaft anknüpfen ließen. Die Aussicht, zwei Meere auf einmal beherrschen zu können, leuchtete jedem ein. Die Flottenpropaganda vom Jahre 1861 bekam ihre aktuelle Bedeutung durch den Eintritt Schleswig-Holsteins als selbständiger Staat in den Deutschen Bund. Damit war aber auch indirekt die Frage beantwortet, die den

25 VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 7.

26 Ebd., S. 8.

27 Ebd.

28 Als der Nationalverein den Antrag von Eckardt annahm, den Satz aus dem Ausschlußantrag zu streichen, der kein Mittel verwarf, das zur Erreichung der Einheit führte (VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 32).

Ausschuß des Nationalvereins seit seiner Gründung beschäftigt hatte und sein Wachsen behinderte: Wie ließ sich der bestehende deutsche Staatenbund legal in einen Bundesstaat verwandeln? Der Krieg nach außen, seine Aussichten wie seine Gefahren, sollten die Einheit vorbereiten und die Frage umgehen. Verschiedene Staaten im Deutschen Bund hatten immer darauf hingewiesen, daß legale Agitation für ein an sich revolutionäres Ziel ein Ding der Unmöglichkeit sei, weil sich nie die Bedingung der Einstimmigkeit für eine wahrhaft legale Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat verwirklichen würde. Deshalb stießen die Versuche, die im Jahre 1863 gemacht wurden, den Staatenbund zu verbessern, um einer gewaltsamen Umwandlung in einen Bundesstaat zuvorzukommen, auf weitgehende Sympathien. Der Nationalverein mußte alle derartigen Reformvorschläge von sich weisen, auch wenn einzelne liberale Parlamentsmitglieder in den Einzelstaaten bereit waren, sich mit Abschlagszahlungen in Gestalt von Reformen zu begnügen. Noch einmal auf der Generalversammlung zu Leipzig (1863) hatte der Nationalverein alle Reformversuche von sich gewiesen und auf seinem Maximalprogramm bestanden.

Die gemeinsame Aktion aller deutschen Staaten zur Befreiung der Herzogtümer von der dänischen Herrschaft und deren Einigung nach konstitutionellen Prinzipien und schließliche Aufnahme in den Deutschen Bund konnte der Anfang zu einer bundesstaatlichen Einigung sein, und dazu war es taktisch gut, den 36er-Ausschuß vorzuschieben statt des radikalen Nationalvereins. Wenn gesagt wurde, „durch Freiheit zur Einheit“, meinte man, daß man durch freiheitlich gesinnte Bundesstaaten zu einer freiwilligen bundesstaatlichen Einheit kommen könne. Darum verlangte der Nationalverein dahin zu wirken, daß in allen Einzelstaaten die Liberalen die Parlamente beherrschten. Soweit ging die Übereinstimmung des Ausschusses auch mit der Linken der Streit- und Eckardt-Gruppen, denn auch die Linken sahen ein, daß nur ein konstitutioneller Staat Schleswig-Holstein mit monarchischer Spitze (also auch mit einer „vereinbarten Verfassung“) Aussicht hatte, in den Deutschen Bund aufgenommen zu werden. Deshalb waren auch Republikaner „de coeur“ für die Anerkennung des Augustenburgers, der bereit war, konstitutionell und liberal zu regieren. Die Opposition von links im Verein begann, wenn der Fürst die Bedingungen für die Konstituierung seines Staates vorerst mit anderen Regierungen aushandeln wollte, um sie dann zur Bestätigung seinem Parlament vorzulegen, wie Friedrich VIII. es, wie selbstverständlich, vorhatte. Für die Rechtsliberalen im Ausschuß war das der konstitutionellen Theorie entsprechend passend (wie auch für die Regierungen), nicht so für demokratisch denkende Linksliberale. Für die Rechtsliberalen schloß die Konstituierung des neuen Staates durch Verhandlungen mit preußischen Regierungen, samt dem vereinbarten maritimen Anschluß an Preußen oder dem Eintritt in den Zollverein, die nachfolgende Selbstbestimmung nicht aus. Wenn die Linksliberalen dagegen eiferten, so doch nur, weil der Fürst tat, was zuerst dem Parlament zustand: Das war der klare Parteistandpunkt der Demokraten²⁹, den der Kieler v. Neergardt offen auf der Generalversammlung

29 VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 54: „Also, weshalb die Beschränkung unseres Selbstbestimmungsrechts verlangen und zwar von der Konstituierung des Staates? [...] es ist also notwendig, daß das Land vorher konstituiert wird.“

vertrat und auf den er dann bei späteren Verhandlungen ebenso offen verzichtete.

Der Ausschuß schlug zur Annahme durch die Generalversammlung eine Resolution vor, die sich gegen jegliche Annexion der eroberten (= befreiten) Gebiete aussprach und gleichzeitig den sogenannten „maritimen“ Anschluß an Preußen befürwortete. Dieser Punkt III des Ausschußantrages³⁰ wurde als widersprüchlich angegriffen, wäre es aber nicht, hätte der Ausschuß nicht darauf bestanden, einen realpolitischen Verzicht einer Besatzungsmacht gegenüber als eine deutschnationale Entscheidung auszugeben, nämlich weil angeblich die preußische Flotte auf dem Wege war, eine deutsche zu werden.

Wenn man den maritimen Anschluß der Herzogtümer an Preußen als deutsches Interesse ausgab, wollte man damit die erzwungene Lösung der Opposition im Verein mundgerecht machen, untergrub aber mit dieser Begründung das bundesstaatliche Prinzip, das auch für die Rechte lebenswichtig war gegenüber ihren Einzelstaaten. Die preußische Spitze war als politische Losung von der Rechten im Nationalverein adoptiert worden, weil sie den Übergang vom Staatenbund zum Bundesstaat darstellte. Jetzt bekam sie ein ganz neues Gesicht, da sie den Anschluß der Elbherzogtümer an Preußen als deutsche Führungsmacht begründen sollte. Das war nicht mehr an der Grenze von Staatenbund und Bundesstaat, sondern an der Grenze von Bundesstaat und Einheitsstaat. Mit revolutionären Vorzeichen konnte ihr Sinn der preußische Einheitsstaat werden, wie ihn offen der Historiker v. Treitschke propagierte und damit auch Eindruck auf den rechten Flügel des Nationalvereins machte, besonders unter den Preußen. Kein deutscher Staat mit eigenem Ethos und Zielsetzung konnte jemals freiwillig einer Angliederung an Preußen zustimmen. Nur ein entwurzelter Sachse und Wahlpreuße wie Heinrich v. Treitschke, der zeitweilig in Freiburg dozierte, konnte damals den Satz formulieren, daß „nur das gute Schwert des Eroberers diese Lande (gemeint sind die süddeutschen) mit dem Norden zusammenschweißen“ könne³¹; wer in Sachsen sein Brot verdienen und wirken wollte, wie Karl Biedermann, der den Ansichten Treitschkes nahestand, wagte es nicht, offen den preußischen Einheitsstaat, dessen Errichtung nur durch Gewalt möglich war, zu propagieren. Anders war es mit der verschleierten Propaganda dieses Zieles. Von ihr wußte der Ausschuß und wies sie ab. Ein Brater hätte im bayerischen Landtag nicht mehr auftreten können, hätte die Generalversammlung offen den Weg Piemonts in Norditalien propagiert. Auch ein v. Bennigsen hätte nicht mehr in der Hannoveranischen Opposition wirken können. Wenn er mit den deutschen Bundesstaaten durch den 36er-Ausschuß verhandelte, tat er das aus bundesstaatlicher Überzeugung und trat jedem Anflug von preußisch-einheitsstaatlicher Ansicht entgegen. Er machte es Böhmert vom rechten Flügel klar, daß die preußische Spitze ihre Einschränkungen sowohl nach dem ersten

30 Ebd., S. 42 (Dritte Sitzung). 3: „Die deutschen Interessen, die Verteidigung deutscher Küsten, deutscher Handel und deutsche Industrie verlangen dagegen die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund [nicht die Annexion an Preußen, die § 2 verneint], den Eintritt Schleswig-Holsteins in den Zollverein, und, solange eine *deutsche* Flotte nicht vorhanden ist, den maritimen Anschluß der Herzogtümer an Preußen.“

31 H. v. TREITSCHKE, Briefe II, 1913, S. 346 (Brief an Freytag v. 13. 11. 1864).

Coburger Programm 1860 wie nach dem zweiten von 1862 hätte.³² Die Eisener Versammlung war entschieden der Verteidigung der bundesstaatlichen Auffassung mit preußischer Spitze in der traditionellen Auffassung verpflichtet.

Johannes Miquël unternahm es, den umstrittenen Ausschußantrag in Sache des Selbstbestimmungsrechts der Herzogtümer zu verteidigen, so wie er in Coburg II (1862) die Annahme der Reichsverfassung empfohlen hatte³³: Weder die Reichsverfassung noch die Selbständigkeit der Herzogtümer waren ihm Herzenssache; Herzenssache war ihm, daß die nationale Bewegung nicht vorzeitig auseinanderliefe, wie es zu befürchten war. Zwischen Bundes- und Einheitsstaat hätte er sicher dem Einheitsstaat den Vorzug gegeben, besonders, da er vor Gewalt als ehemaliger Sympathisant kommunistischen Terrors nicht zurückschreckte, aber er wußte, daß es nur möglich sein würde, den Verein mit dem Programm eines Bundesstaates zusammenzuhalten. Aus seinem Verhalten in den kommenden Jahren geht hervor, daß er zu denen gehörte, für die die preußische Spitze der Weg zum preußischen Einheitsstaat war, aber es ging ihm darum, nicht voreilig zu handeln. Deswegen brachte er pflichtgemäß und entschieden die Gründe gegen die Annexion von Schleswig-Holstein vor und verteidigte lebhaft den Ausschußantrag, hielt sich aber auffällig lange bei den preußischen Erfolgen auf, so daß Karl Brater richtig bemerkte, daß er damit begonnen habe, „sich gegen den Gedanken zu verwahren, daß er für die Annexion der Herzogtümer wäre und hat damit geendet, einen Reichtum von Gründen für Annexion aufzuführen“.³⁴ Er rügte dieses Verfahren als Mitglied des 36er-Ausschusses und hielt sich seinerseits auffällig lange bei den Bedingungen auf, unter denen ein Parlamentarier für die nationale Einigung wirken könne. Er braucht „eine Partei in Deutschland, auf die ich mich stützen kann“, weil sie an ihrem Programm einstimmig festhält, also an der Zentralgewalt mit preußischer Spitze und dem Parlament, das allein berechtigt ist, diese einzusetzen. Deswegen ist nur ein maritimer Anschluß der Herzogtümer an Preußen vertretbar, weil mehr die Großdeutschen vor den Kopf stoßen würde.

Es war ungewöhnlich, daß ein Ausschußmitglied wie Brater einen Berichterstatter des Ausschusses desavouierte, aber gegenüber der aufkeimenden Einheitsstaatsidee, die die preußische Spitze in eine Eroberung Deutschlands durch Preußen umbog, war dieses taktlose Verfahren geboten. Gegenüber dem Verfahren des preußischen Demokraten Franz Duncker, der Johannes Miquël noch von links übertrumpfte³⁵, war rechtzeitig ein rotes Signal der Warnung gegeben.

32 H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, S. 645–647, Brief Bennigsens an Böhmert, 26. 10. 1864. „Ich bin nun allerdings der Meinung, daß wir unser Programm – einheitliche Zentralgewalt, und zwar preußische Spitze, unter den bekannten, bestimmt formulierten Bedingungen, Parlament, Reichsverfassung – nicht aufgeben dürfen.“ Und weiter: „Preußische Spitze unter allen Umständen ist unser Programm nicht, noch weniger diplomatischer und militärischer Anschluß eines Einzelstaates unter allen Umständen“ (ebd., S. 646).

33 VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 42–47.

34 Ebd., S. 53.

35 Ebd., S. 57–60. Als Demokrat besteht er auf der rechtlichen Gültigkeit der Verfassung von Schleswig-Holstein aus dem Jahre 1848 und verlangt auch, daß der Anschluß der Herzogtümer von der Volksvertretung ausgehe, andererseits spricht er außer dem maritimen An-

Die Generalversammlung zu Eisenach begann mit der Vorberatung des demokratischen Eckardt-Kreises und endete mit der Resolution zur Zusammenlegung von Geschäftsleitung, Druck und Redaktion des Vereinsorgans³⁶, wodurch die Sprengung der demokratischen Zentrale in Coburg vorbereitet wurde, da der Druck und der Verlag Streits der Sammelpunkt der ganzen Gruppe war. Auf der Generalversammlung wurden alle Anträge Eckardts, die auf eine Umbildung des Vereins zielten abgelehnt³⁷, er scheint aber die Ablehnung seiner beachtlichen Vorschläge sogar gewünscht zu haben, um die Gegensätze in den Grundpositionen klarzumachen, damit sie in Zukunft die Basis einer zu gründenden Volkspartei abgeben könnten.

Nicht eine Konzession an Eckardts Gesinnungsgenossen bedeutete der gemäßigte Inhalt der Ausschußanträge in der Frage Schleswig-Holsteins, kein Werben um die Demokraten, die man vom Austritt abhalten wollte, sondern Rücksichtnahme auf die Parlamentarier der Einzelstaaten, die mit ihren Regierungen über deren Verhalten in der Frage Schleswig-Holsteins zu verhandeln hatten. Um die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten nicht vor den Kopf zu stoßen, durfte von den Schleswig-Holsteinern nicht mehr als der Eintritt in den Zollverein und der maritime Anschluß an Preußen gefordert werden. Jede weitere Forderung, wie der militärische Anschluß³⁸, wäre ihnen als drohende Gefahr für ihr eigenes Bestehen erschienen. Über Schleswig-Holstein wurde gesprochen; gemeint aber waren die Parlamente der kleinen und großen Staaten, denen die Versammelten angehörten und denen nur eine kleine Minderheit unter ihnen offen untreu zu werden bereit war. Für die bundesstaatliche Einigung, die alle vertraten, wie für die bundesstaatliche Einigung mit preußischer Spitze, an der die Mehrheit in der Generalversammlung und im Ausschuß hing, war der gefährliche Feind nicht die volksparteiichen Demokraten, sondern die neue Richtung, die die preußische Spitze in einem preußischen Einheitsstaat verwirklichen wollte, wobei sie unter preußischer Führung die Einverleibung durch Preußen verstand, diplomatisch oder militärisch, je nach Sachlage. Von der großpreußischen Ideologie, die sich außerhalb des Nationalvereins verbreitet hatte, wollte man damals noch nicht hören. Wenn Hansen aus Schleswig für die

schluß von dem militärischen und diplomatischen. Zur Begründung zaubert er eine gesamt-skandinavische Gefahr aus dem Nichts und sieht die preußische Geschichte als eine Geschichte von Annexionen im deutschen Interesse an. Im Jahre 1866 entpuppt er sich als offener Annexionist und verläßt auch den Nationalverein.

36 Über den Ort der Zusammenlegung wurde nicht beschlossen, aber eine entschiedene Gruppe im Ausschuß hatte sich auf der Sitzung v. 29. Oktober für Frankfurt ausgesprochen, wo Lammers auch eine lithographierte Korrespondenz herausgeben sollte. An der Spitze dieser Gruppe stand Schulze-Delitzsch (Handschriftliches Ausschußprotokoll v. 29. 10. 1864, Vormittagssitzung).

37 VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 35: Eckardt aus Karlsruhe: „Fünf von unseren Anträgen sind bereits abgelehnt, der sechste wird im nächsten Augenblick folgen.“

38 Da es sich um einen Bundesstaat von Monarchien handeln sollte, war die Frage der militärischen Souveränität der Staaten besonders heikel, denn diese war das Kennzeichen des Monarchen. Die Militärkonvention von Preußen mit Coburg-Gotha von 1861 hatte bewiesen, daß sich die preußische Auffassung mit der Souveränität von Monarchen nicht vertrug: Dem Herzog blieb von seinem Heer nicht mehr als von einer Polizei. Das war nicht der Verzicht auf Souveränität, der im Interesse der Einheit (besonders im Kriegsfall) von Monarchien erwartet werden konnte.

Annexion Schlesiens durch Preußen in der Debatte eintrat, ließ man ihn reden³⁹, da er für ein durch Preußen erobertes und besetztes Gebiet sprach, aber wenn der Hannoveraner Weber die preußische Eroberung als Weg zur Einheit empfahl und die Gefahr einer Mainlinie einfach negierte, wurde er erst gestört und dann der Schluß seiner Ausführungen verlangt⁴⁰: Von einem Großpreußen als dem Weg zur Einigung wollte man noch nichts wissen. Die psychologische Vorbereitung zu einer Umdeutung der traditionellen preußischen Spitze aus einem bundesstaatlichen Konzept in ein einheitsstaatliches wie sie Miquel oder Duncker in ihren Ausführungen vorsichtig betrieben, wurde als solche nicht gleich erkannt, und nur deshalb geduldet. Der wichtigste Versuch, die preußische Spitze als preußischen Einheitsstaat umzudeuten und die derart umgedeutete preußische Spitze zum „alten Programm“ des Nationalvereins zu erheben, wurde von Leipzig gemacht⁴¹, von Biedermann verteidigt und schließlich zurückgezogen, weil der Resolution eine Niederlage bereitet worden wäre und Biedermann es stattdessen vorzog, sie für später bereitzuhalten.

Punkt I des Leipziger Antrages, auf den es hier ankommt, lautete: „Die im letzten Jahre, im Verlauf der schleswig-holsteinischen Frage gemachten Erfahrungen können die nationale Partei nur im Festhalten am alten Programm: *deutscher Bundesstaat unter Preußens Führung* bestärken“.

Die so unschuldig klingenden Sätze enthielten versteckt die Anklage, daß der 36er-Ausschuß und mit ihm der hinter diesem stehende Ausschuß des Nationalvereins zusammen mit den Regierungen des Deutschen Bundes es nicht verstanden hätten, die nördlichen Herzogtümer zu befreien, was dagegen der Macht der Großstaaten gelungen sei. Wenn die Anträge dagegen in ihrer Fortsetzung sagten, daß die nationale Partei gegen Annexionen in *Deutschland* sei, setzten sie den Anschluß der Herzogtümer an Preußen voraus, machten aber eine Verbeugung vor ihrem sächsischen Landesherrn, dessen Gebiet die Preußen schon immer annectieren wollten. Der dritte Absatz machte dann den Parlamenten die übliche Ehrbezeugung, ohne deren „konstitutionelle und parlamentarische Formen“ der deutsche Bundesstaat nicht zustandekommen könnte. Seine erläuterten Worte zu diesem Antrag beendet Biedermann mit den Worten: „Der Nationalverein wird nie zu einer andren Vereinigung die Hand bieten, als zu jener parlamentarischen, in der die Nation zu ihrer vollkommenen Berechtigung kommt, und die Ansprüche der einzelnen Teile neben den höheren Ansprüchen, die sie hat“.⁴² Zu diesem Schluß ertete der Redner Beifall, aber nicht verstanden wurde die Bemerkung, daß die höheren Ansprüche der Nation gegenüber den Einzelansprüchen zu ihrem Recht zu kommen hätten, worunter sich auch alle möglichen Anschlüsse an Preußen im Namen der Nation verstecken ließen.

Wenn die unvorbereiteten Zuhörer nicht wußten, worum es ging, war es v. Bennigsen als Vorsitzender, der aus der vorberatenden Ausschußsitzung ihre Absicht kannte und deshalb die Abstimmung über die drei Teile nur gemeinsam

39 VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 48–50.

40 Ebd., S. 50–52.

41 Der Text des Leipziger Antrages, der von Biedermann vertreten wurde, siehe ebd., S. 9.

42 Ebd., S. 14.

zuließ, weshalb der ganze Vorschlag wegen des verdächtigen ersten Absatzes fiel. Die versteckten und dehnbaren Bestimmungen der anderen Paragraphen wurden nicht zur Einzelabstimmung zugelassen. Der ganze Antrag fiel gegen drei Stimmen, wie der Bericht hervorhob.⁴³

Biedermann hatte sich vor der Abstimmung darüber beklagt, daß im Fall seiner Anträge kein Versuch unternommen worden sei, die vorliegenden Vorschläge mit denen des Ausschusses zu vereinen, wie es sonst geschehen sei, denn das war seine Absicht, und nicht die Abstimmung. Warum hat das der sonst so konziliante Bennigsen vereitelt? Seine Absicht war klar: Alles, was Annexionen und den Einheitsstaat unter der Maske der preußischen Spitze fördern konnte, mußte abgelehnt werden, wenn die Politik des vergangenen Jahres fortzusetzen war, langsam die Einzelstaaten an Bundesstaat und Zentralgewalt, mit oder ohne preußische Spitze, zu gewöhnen, aber jede Anspielung darauf, daß auch den schon bestehenden Staaten im Deutschen Bund ein erzwungener Anschluß an Preußen wie den Herzogtümern bevorstehe, erregte deren Argwohn.

Die Aufmerksamkeit, die den Leipziger Vorschlägen gleich bei ihrem ersten Bekanntwerden trotz ihrer vorsichtigen und verschleiernenden Formulierungen gezollt worden war, erwies sich als berechtigt, als zwei Jahre später, beim Ausbruch des Krieges zwischen Preußen und Österreich, aus demselben Leipziger Kreis der Vorschlag laut wurde, Sachsen aufzufordern, gleich den Herzogtümern den „bundesstaatlichen Anschluß an Preußen“ zu erbitten, die Antragsteller also die Unterwerfung eines Einzelstaates unter Preußen zum möglichen Weg der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands erklärten: Die Formulierung dieses Vorschlages hatte Biedermann unternommen.⁴⁴

Diese letzte Konsequenz von Biedermanns Vorschlägen war v. Bennigsen und anderen Parlamentariern der Einzelstaaten klar. Sie begnügten sich nicht damit, daß Biedermann seinen Antrag zurückzog, sondern provozierten ihre Ablehnung durch Abstimmung, um sie abzuschaffen.

Als es zur Ergänzung des Ausschusses in der ersten Ausschußsitzung anschließend an die Generalversammlung kam, wurde Biedermanns Kooptation ausdrücklich abgelehnt und der rabiät linke Bürger ihm vorgezogen, wie Lamers, sein rechtsgerichteter Gesinnungsgenosse ihm berichtete.⁴⁵ Die Tatsache, daß Bürger die Kooptation ablehnte, steht auf einem anderen Blatt.

Die *Idee Deutschland* stellte sich der großen Mehrheit im Nationalverein auch im Jahr 1864 als Bundesstaat dar und nur einer kleinen Minderheit als preußischer Einheitsstaat; diese Minderheit wuchs im Jahr 1865, weil sie gedanklich klar war und die reale Politik ihr recht gab. Darauf fußte die Publizistik Treitschkes, mit der die „Wochenschrift“ und deren Nachfolgerin, das „Wochen-Blatt“, sich immer wieder auseinandersetzten. Als die Ausschußmitglieder zur nächsten Generalversammlung zu Frankfurt am 29. Oktober 1865 zusammentraten, hingen sie aus entscheidenden politischen Rücksichten dem

43 Ebd., S. 24.

44 A. BEBEL, Aus meinem Leben, 1964, S. 158. Bebel nennt Hans Blum neben Biedermann als Verfasser der Resolution. Dazu: K. BIEDERMANN, Mein Leben, Bd. 2, 1886, S. 288.

45 K. BIEDERMANN, Mein Leben, Bd. 2, 1886, S. 255 f. „Daß man das vorige Mal Trabert, Bürger usw. kooptierte und Sie nicht, habe ich in einem Gespräch mit Brater u. A. als einen, an den Schein der Persönlichkeit grenzenden Mißgriff bezeichnet.“

Bundesstaat an und legten sich auf ihn auch in den Resolutionen fest, aber der preußische Einheitsstaat war ihnen plausibel geworden, wenn nicht gar wünschenswert. Sie hatten die Brücke zum preußischen Einheitsstaat selbst zu bauen geholfen, als sie den maritimen Anschluß der Herzogtümer an Preußen nicht als konstitutionell und realpolitisch geboten, sondern als deutsch-national erwünscht ausgaben. Von der preußischen Spitze im neuen Sinn ließ sich leicht zum Zollanschluß und von da zum maritimen und militärischen und jeder beliebigen Form von Anschluß gelangen, und was Schleswig-Holstein gut war, war drei Dutzend Klein- und Mittelstaaten billig. Von Italien hatte man gelernt, daß die richtige Mischung von Parlamentsbeschlüssen und militärischer Gewalt einen Einheitsstaat schaffen könne.

Daß das bundesstaatliche Denken nicht problemlos war, hing nicht nur davon ab, daß Preußen und Österreich nicht daran dachten, ihren Teil an Schleswig-Holstein einem hypothetischen Deutschland zu opfern, sondern auch davon, daß sie ihr Pfand nicht gegen Dänemark festhielten, da dieses seit dem 1. November 1864 auf den Besitz der Herzogtümer verzichtet hatte, sondern jeder von ihnen gegen den ungeliebten Partner. Hätten die Einwohner der „unteilbaren“ Provinzen gegen die Besetzer gekämpft, wie moderne minder mächtige Staaten gegen Besetzer heute (aber auch im 19. Jahrhundert, man denke etwa an Iren oder Polen), hätten die Großmächte wahrscheinlich ihre Position überdacht, aber die Einwohner blieben zurückhaltend. Die Holsteiner betrieben ihre Ständevertretung, soweit die Besatzungsmacht Österreich es zuließ; die Schleswiger operierten vorsichtig, damit Preußen die Zusammenkunft ihrer Stände zulassen würde. An ein revolutionäres gemeinsames Parlament dachte man nicht. Die Schleswiger und die Holsteiner hatten sich auseinandergelebt, wie das unkoordinierte Auftreten ihrer Vertreter auf der Generalversammlung 1864 bezeugt.⁴⁶

Auf der dritten Sitzung jener Generalversammlung, am Vormittag des 1. September, traten Claus Riepen aus Kiel, Hansen, „Lehrer aus Flensburg“, Gerber aus Elmshorn, der sich als „Direktor“ bezeichnete, und Neergardt „aus Kiel“ nacheinander und gegeneinander auf. Sie vertraten nicht nur gegensätzliche Ansichten, sondern stritten sich auch über Tatsachen, ein Zeichen, daß zwischen ihnen nicht einmal Beratungen in Vereinsversammlungen stattfanden. Sie waren ein Ausdruck des Interims, das in den eroberten Gebieten herrschte. Die Redner spielten auf Bauerntage, Städtetage und Ausschustage der örtlichen Vereine an, deren Beschlüsse unterschiedlich interpretiert wurden, weil sie sich dauernd änderten. Hansen durfte ohne Widerspruch „wir Schleswiger“ sagen, weil tatsächlich das Gefühl der zusammengehörigen Schicksalsgemeinschaft in den Provinzen ausgestorben schien. Hansen sprach wirklich als Schleswiger, der von seiner Besatzungsmacht günstig gestellt werden will. Er plädierte für weitgehendsten Anschluß⁴⁷, der zwei Vorzüge habe: erstens, einer Annexion zuvorzukommen, denn Preußen würde seine Hand nicht von Schleswig abziehen, ohne daß es dabei „etwas herausschläge“, und zweitens, weil dadurch ein Vorbild für die anderen deutschen Staaten geschaffen würde („daß auch andere deutsche

46 VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 47–69 passim.

47 Ebd., S. 48–50.

Staaten, nicht bloß gezwungen durch ihre Lage, sondern aus deutschem Patriotismus, das, was die Herzogtümer zuvor getan haben, nachahmen“). Er stellte damit Großpreußen als deutsches Ideal hin. Die Holsteiner dagegen betonten ihre Eigenständigkeit, die Österreich förderte.

Die Linke aus den Herzogtümern stimmte dem Ausschlußantrag zu, da sie nur auf die Gefahren des maritimen Anschlusses *vor* der geregelten Konstituierung ihres erhofften Staates hinwies, aber den Anschluß an sich nicht ablehnte. Die Rechte verwies auf die großen einheitsstaatlichen Perspektiven des Anschlusses, von denen der maritime nur der Anfang zu sein hatte. Die Zukunft gehörte den Einheitsstaatlern, aber die Gegenwart schien gegen sie zu stehen. Es wäre müßig, an sie historische Fragen zu stellen, weil sie in realpolitischen Kategorien dachten und zudem im Nationalverein weiterhin keine Rolle spielten; Fragen lassen sich an die Demokraten richten, die weiterhin im Nationalverein oder seinen nachfolgenden Organisationen tätig blieben, wie Riepen und Neergardt. Als Erben der Revolution von 1848 war für sie die Einheit von Schleswig-Holstein Voraussetzung aufgrund der gemeinsamen Verfassung der Revolutionszeit. Sie hatten deshalb die Bewegung für die gemeinsame Konstituierung immer mitgemacht, die Intervention der Großmächte abgelehnt und trotz ihres prinzipiellen Republikanismus Friedrich VIII. als Symbol ihrer Einheit anerkannt. Die Aktion des Nationalvereins am Jahresende 1863 hatten sie kritisch, aber begeistert unterstützt. Kritisch, weil sie nach dem Vorbild von 1848 nur an das Eingreifen durch eine Volksarmee von Freiwilligen glaubten und nicht an eine Abhängigkeit von einer prinzipiellen regulären Armee. Jetzt mußten sie sehen, wie die Einheit der Provinzen sich als Illusion erwies, und das Ideal der Konstituierung Deutschlands durch die Aussicht auf ein gesichertes Dasein unter der preußischen Bürokratie verdrängt wurde. An sie gilt es, nur Fragen der Selbstkritik zu stellen; an Eckardt dagegen, als dem intellektuellen Haupt der Opposition, lassen sich grundlegende Fragen richten. Er hatte auf der Generalversammlung den Antrag wegen der internationalen Zusammenarbeit aller liberalen Verfassungsparteien in Europa gestellt und ihn nur aus Rücksicht auf die Vorurteile der Versammlung unbestimmt gehalten – hatte dieser Eckardt die ganze Frage der nationalen Konstituierung neu durchdacht? Die Frage ist so wichtig, weil die demokratischen Dissidenten aus dem Nationalverein, die demokratischen und sozialistischen Volksvereine später im Zeichen der Volkspartei die nationale Konstituierung immer im Rahmen des internationalen Ausgleichs sehen wollten. Eckardt wurde zur Schlüsselfigur in dieser Sammlungsbeziehung, obwohl es klarere und weiterblickendere Männer gab, wie Büchner, Bebel, Liebknecht oder Vahlteich, aber Eckardt hat über eine eigene Zeitung verfügt, das „Deutsche Wochenblatt“, das mit dem ersten Januar 1865 zu erscheinen anfang, und er trat im Nationalverein als der anerkannte Sprecher der kommenden Volkspartei auf.

Im Sommer 1863 hatte Eckardt mit Hilfe des Nationalvereins seine Schrift *„Schleswig-Holstein und zur deutschen Lage“* veröffentlicht, die noch vollkommen im Zeichen der deutschen Ideologie stand, wie schon der selbstverständliche Gebrauch der Doppelbezeichnung Schleswig-Holstein für die Herzogtümer andeutet. Ganz unbefangen stellt Eckardt fest, daß die Deutschen in Schleswig nicht mehr als die größere Hälfte der Einwohnerschaft ausmachen, von der

146 000 plattdeutsch sprechen, 135 000 dänisch, 85 000 gemischt deutsch und dänisch (das Verhältnis dieser Mischung wird nicht angegeben).⁴⁸ Das Nationalitätenverhältnis ändert sich auch grundsätzlich nicht, wenn man die 33 000, die friesisch sprechen, als Deutsche einstuft.⁴⁹ Es kann aus den Zahlen, die Eckardt uns vorlegt, nicht geschlossen werden, wie diese Menschen denken und sprechen werden, wenn Bürokraten, Schullehrer und Priester es unternehmen, die Einwohner für das Deutschtum oder das Dänentum zu gewinnen: Der beiderseitige Versuch war ja schon jahrelang im Gange, wobei eine zahlenmäßig kleine Minderheit von Städten beider Nationen die dazu gehörige Aufregung schuf. Nach dem Beispiel von Savoyen und Nizza, von Korsika und Sardinien, von Luxemburg und Limburg lassen sich darüber nur schwerlich Spekulationen anstellen. Die Anzeichen deuteten schon damals auf die Notwendigkeit einer Teilung hin, besonders da eine dänische Minderheit mit Zähigkeit ihre Nationalität verteidigt hat, bis es ihr nach dem ersten Weltkrieg gelang, Nordschleswig in den dänischen Staat zurückzuführen. Die Nationalitätenfrage war für das Demokratieverständnis der damaligen Generation entscheidend. Seit der Revolution von 1848 war die Frage Schleswigs eng mit der Frage der Polen verknüpft, weil Rußland an allen Gebieten, die an der Ostsee lagen, stark interessiert war. Im Jahre 1863 war die Frage der Polen infolge des nationalen Aufstandes nicht nur in Rußland aktuell (der Aufstand der Polen in Rußland wurde immer, auch nach der deutschen Ideologie, befürwortet), sondern auch in Posen. Damals stand die Frage der Polen in Preußen analog der Frage der Deutschen in Dänemark, nur mit anderem Vorzeichen. Wenn der Nationalverein in Preußen aktive Mitglieder hatte, was sich darin kundtat, daß im Ausschuß drei Mitglieder aus Ostpreußen saßen (Forckenbeck, Hoverbeck und Johann Jacoby), so hängt das außer der erzwungenen Ausgliederung der Ostprovinzen Preußens aus dem Deutschen Bund vor allem mit dem nationalen Widerstand der preußischen Polen zusammen. Wenn man seit 1863 deutscher Demokrat sein wollte, mußte man zu dem Antrag Eckardts auf der Generalversammlung zu Eisenach stehen, der ja nur verschleiert die Zusammenarbeit aller Demokraten bei der Lösung der Nationalitätenfragen ausdrücken wollte. Das Lächerlichmachen und Ablehnen dieses Antrags hängt nicht damit zusammen, daß er nicht verstanden wurde, sondern damit, daß die Tragweite seines Antrags nur zu gut verstanden wurde.

Die Frage an die Demokraten wäre dann, warum sie nicht von der Fiktion einer unteilbaren Stammeseinheit der Einwohner Schleswigs und Holsteins abgingen und nie die Frage der Dänen in Schleswig in Erwägung zogen. Für Demokraten hätte die Frage der Selbstbestimmung der Bewohner der beiden Stammesgebiete auch die Frage der ansässigen Dänen enthalten müssen. Als Eckardt das Selbstbestimmungsrecht aller Völker zum Grundsatz der Volkspartei machen wollte, hatte er damals nur an die Deutschen, Franzosen, Engländer und Italiener zu denken, oder mußte er auch die nationalen Minderheiten in Betracht ziehen? Der Vorschlag Napoleons III., die Einwohner über ihre Wünsche zu befragen, hätte damals schon den heute anerkannten Weg, nationale

48 L. ECKARDT, Für Schleswig-Holstein, 1863, S. 15.

49 Ebd.

Fragen zu schlichten, andeuten können, wobei es den Demokraten (und nachmaligen Volksparteilern) freistand, Einzelheiten in der Ausführung des französischen Prinzips zu kritisieren. Die Rechtsliberalen waren dem Vorschlag der Volksbefragung unter Anleitung ihrer „Wochenschrift“ zuerst nicht abgeneigt gewesen⁵⁰, weil sie davon ausgingen, die Herzogtümer als Einheit abstimmen zu lassen und deshalb den Sieg des Deutschtums voraussetzten. Diese Einheit war ihnen und den Linken heilig. Jede Vorstellung, über diese Einheit selbst abstimmen lassen zu wollen (wie die der „Kölnischen Zeitung“), wurde von rechts und links gleicherweise als Verrat angeprangert.⁵¹ Es mutet heute seltsam an, daß ein Bismarck die Rückgabe von Nordschleswig an Dänemark ernstlich erwog, und zwar aus dem vorbürgerlichen Denken der Staatsräson, daß vom Bazillus des Nationalismus infizierte Untertanen schwer regierbar sein würden, aber damit zeigte er auf seine Weise Verständnis für den modernen Staatsbau, der dem Bürgertum, auch dem demokratischen, abging. Wir stehen hier an der Quelle des Unvermögens der deutschen Linken bis zur letzten Generation, das Problem der Nationalitäten, soweit es nicht konstituierte und große Nationen betraf, zu verstehen und zu lösen. Eckardt hat für die ganze deutsche Linke aufgezeigt, in welch engen Grenzen es dem individuellen Denken gelingen konnte, sich von einer anerzogenen kollektiven Ideologie zu lösen. Was er erreichte, genügte nicht für ein Deutschland, das wegen seiner geographischen Lage mit dem Nationalitätenproblem in Berührung kommen mußte.

Am Rande soll auch darauf hingewiesen werden, daß die aktive deutsche Emigration, weder die Rechte, die sich um den „Hermann“ gruppierte, noch die Linke, die zu Blind und dem „Eidgenossen“ stand, wohl die Einheit und Freiheit diskutierte, aber weder die Rechte der Polen in Preußen noch die der Dänen in Schleswig-Holstein. Wenn wir zum Schluß nach der Marx-Gruppe fragen, so ist die Begeisterung für Polen und einen gemeinsamen Krieg gegen Rußland ebenso deutlich wie der Hohn auf das „meerumschlungene“ Schleswig-Holstein. Engels trug sich mit dem Gedanken, eine Broschüre über Schleswig-Holstein zu schreiben⁵²; sie ist aber nicht zustande gekommen. Als er Anfang 1865 die Broschüre über die preußische Militärfrage veröffentlichte⁵³, hat

50 Vgl. den Wochenbericht in WOCHENSCHRIFT Nr. 206 v. 7. 4. 1864 (Titelseite). Der wesentliche Punkt im Aufruf des 36er-Ausschusses zu den Osterversammlungen „ist kein anderer [...] als die Befragung der Schleswig-Holsteiner um ihre Willensmeinung, sei es durch Einberufung der verfassungsmäßigen Ständeversammlung, sei es durch allgemeine Volksabstimmung!“

51 W. G. Die *Teilungslinie* (Aus Schleswig-Holstein), WOCHENSCHRIFT Nr. 217 v. 23. 7. 1864, S. 1 836 f.

52 Ein Brief von Engels an Marx aus Manchester v. 3. 12. 1863 behandelt ausschließlich das Thema Schleswig-Holstein. Er will Angriffskrieg Deutschlands gegen Rußland, „dann nehmen wir von Dänemark ungestraft, was wir wollen“, und weiterhin: „Ich habe Lust (seine ‚sentiments‘) in einer Broschüre zu entwickeln“ (MEW 30, S. 377). Unter seinen Erwägungen, „daß das deutsche Recht auf Schleswig sich auf den Süden beschränkt, der durch Nationalität und freien Willen deutsch ist, Schleswig also geteilt werden muß“: eine frühe Erkenntnis! Marx antwortet am 4. Dezember zustimmend, ist auch sicher, einen Buchhändler aufreiben zu können und schließt mit den Worten: „Nur muß man die Dänen nicht irritieren. Sie müssen einsehen, daß die Skandinavien und Deutsche dasselbe Interesse gegen Rußland haben und daß ihnen selbst nichts nützlicher, als die Ausscheidung des deutschen Elements“ (MEW 30, S. 378 f.).

53 F. ENGELS, Die preußische Militärfrage, MEW 16, S. 37–78. Der Aufsatz war ursprünglich

er unter den vielen berührten Themen weder die Frage der Polen in Preußen noch die Frage der Dänen in Schleswig-Holstein erwähnt.

Vor der fünften Generalversammlung zu Eisenach hatte der Ausschuß sich auf den maritimen Anschluß der Herzogtümer und auf ihren Beitritt zum Zollverein geeinigt. Der Beitritt zum Zollverein war unproblematisch, da es hier um eine Entscheidung ging, die von sämtlichen Bundesstaaten erwartet und von fast allen getätigt wurde, und wie es seit der Zollvereinskrise wegen des Handelsvertrags mit Frankreich ständig vom Nationalverein gefordert worden war. Im Gegensatz dazu war der maritime Anschluß der Herzogtümer an Preußen eine einseitige Forderung, da alle Uferstaaten der Nord- und Ostsee ihre eigenen Seekräfte nach eigenem Gutdünken entwickelten. Die Demokraten erhoben gegen diese Forderung Einspruch, nicht nur wegen ihres Inhalts, sondern vor allem wegen ihrer Form, da nur ein regulär konstituiertes Parlament berechtigt war, Abkommen zu betätigen und weder ein Fürst noch seine Regierung, aber die Konstitutionellen im Ausschuß konnten nach ihrer Ansicht keine Schmälerung des Selbstbestimmungsrechts der Herzogtümer darin erblicken, daß der Herzog und seine provisorische Regierung die Initiative zu Verhandlungen ergriffen, wenn nur später ein Parlament das Abkommen bestätigen würde. Der Zusammenhang von Zollabkommen und Seefahrtsabkommen war intim und das Zollabkommen galt nicht als problematisch. Da die Demokraten nur die Prozedur und nicht den Inhalt des maritimen Anschlusses beanstandeten, ließ sich ein Konsensus herstellen und auch in den verschiedenen Parlamenten verteidigen. Dem Zollverein waren fast alle deutsche Staaten, wenn auch nach vielem Zögern, beigetreten, und die Besonderheit eines maritimen Abkommens ließ sich als außergewöhnlicher Fall verteidigen, schon deshalb, weil eine kriegstüchtige Flotte langjährige Vorbereitungen verlangte.

Die Betonung des Selbstbestimmungsrechts der Herzogtümer zusammen mit der Sonderstellung der Marine, war die Taktik des Ausschusses. Ganz anders war die Lage, wenn man zusätzlich zu dem Marineabkommen auch den militärischen Anschluß einseitig, also nur von den Herzogtümern, verlangte. Hier lag schon keine Sonderregelung mehr vor, sondern ein System des erzwungenen Anschlusses, das alle Bundesländer bedrohte: Durch ein System von militärischen Anschlüssen würde in Zukunft kein Bundesstaat entstehen, sondern ein Einheitsstaat.

Die Verhandlungen der Vertreter der Schleswig-Holstein-Vereine mit den liberalen Abgeordneten im preußischen Parlament zu Berlin im Februar 1865⁵⁴

für den Social-Demokrat des ADAV bestimmt, wurde aber infolge des Abbruchs der Beziehungen zu ihm als selbständige Broschüre im Februar 1865 veröffentlicht. Die „Arbeiterpartei“ ist nicht der ADAV, sondern die „Partei“ als Gesinnungsgemeinschaft, wie die „nationale Partei“ der Eisenacher Erklärungen von 1859 vor der Konstituierung des Nationalvereins.

⁵⁴ Dieser „Versuch einer Verständigung zwischen dem engeren Ausschusse der schleswig-holsteinischen Vereine nebst einigen andern von ihm beigezogenen Vertrauensmännern und einer Anzahl Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses unter Vermittlung des in Berlin zusammengetretenen 36er-Ausschusses“ (H. SCHULTHESS, 1865, S. 56) ist als Antwort auf die preußische Note an Österreich v. 22. Februar zu sehen, die außerordentlich weitgehende Forderungen an Schleswig-Holstein stellte, die von Österreich zurückgewiesen wurden (H. SCHULTHESS, 1865, S. 42–48).

kreisten plötzlich um diesen erweiterten Anschluß der Herzogtümer an Preußen, der ein tagtäglich spürbares Abhängigkeitsverhältnis entstehen lassen konnte.⁵⁵ Inwieweit hier partikularer Patriotismus der preußischen Abgeordneten im Spiel war unter dem Eindruck der Bewährung der preußischen Waffen und inwieweit die Taktik, den Druck der preußischen Regierung aufzufangen, läßt sich nicht entscheiden, und die Motive waren vielleicht bei den einzelnen Abgeordneten verschieden. Das Endresultat, das sich in der Spaltung der Fortschrittsfraktion im Jahre 1867 ausdrückt, macht Unterschiede in der Auffassung der Beteiligten im Jahre 1865 wahrscheinlich; jedenfalls wies der geforderte militärische Anschluß auf den Einheitsstaat hin, der sich in Einzelanschlüssen an Preußen ausdrückte.

Die Abwehr der Angriffe auf den in Berlin ausgehandelten Kompromiß drängte den Ausschuß des Nationalvereins nach links, um die überzeugten Bundesstaatler nicht zu verlieren, so anziehend auch der preußische Einheitsstaat einzelnen Ausschußmitgliedern persönlich sein mochte: Das war der Weg nach Frankfurt 1865, der letzten Generalversammlung des Nationalvereins, auf der nur wenige Preußen erschienen und die Vertreter aus den naheliegenden Bundesstaaten in der Mehrheit waren.

Daß Preußen schon seit Jahren den Weg des militärischen Anschlusses ging und der militärische Anschluß der Herzogtümer kein Experiment, sondern schon Routine war, wußten die Beteiligten seit dem Bestehen der Militärkonvention, die das Preußen der Neuen Ära mit Coburg-Gotha verhandelt hatte und die seit dem 1. Juni 1861 in Kraft war. Von einigen Kleinstaaten wurde damals schon erwartet, daß sie nachfolgen würden. Der Nationalverein hatte diese Konvention nicht besprochen, weil es sich um Klein- und Zwergstaaten handelte und man in kein Spannungsverhältnis mit Herzog Ernst II. kommen wollte, der dem Verein ein Asyl in kritischer Zeit angeboten hatte.

Ernst II. war Haupt einer Dynastie mit wichtigen internationalen Verbindungen und zugleich preußischer General. Sein Verhalten scheint anzudeuten, daß er sich in der Doppelrolle nicht so wohl gefühlt hat, wie seine Memoiren es hinstellen. Er hat die österreichischen Bundesreformpläne 1863 gefördert und den Augustenburger sogleich anerkannt, ohne seine Kriegsherren zu befragen.

Als nach dem Vertrag von Gastein Österreich sich als der aussichtslosere Teil gegenüber dem gebietsnahen preußischen Nachbarn erwies, kehrte Ernst II. um und nahm als preußischer General an den Manövern der preußischen Armee teil: So erreichte er wieder die Einheit seines Staates mit seiner Armee.

Es gibt unbedingt eine bewußte Kontinuität der militärischen Politik der Preußen, mit möglichst vielen Staaten Militärkonventionen abzuschließen, und

55 Statt der einfachen Annexion der schleswig-holsteinischen Armee im Stil der Militärkonvention mit Coburg-Gotha, wird in dieser Vereinbarung nur die wirksame Inspektion durch Preußen und die Verfügung über die Armee im Kriegsfall zugestanden; unverträglich mit der Selbständigkeit der Herzogtümer werden der Fahneneid an den König von Preußen, preußische Rekrutierung und die Übertragung von preußischer Armeeargorganisation und deren Gerichtsbarkeit auf Schleswig-Holstein bezeichnet. Daß die zugestandenen Konzessionen für die deutschen Mittelstaaten annehmbar waren, ist nicht wahrscheinlich. Jedenfalls handelte es sich nicht um einen gemeinsamen Verzicht zum Besten der deutschen Einigung, sondern um ein Sonderabkommen mit Preußen.

sie hatte im Jahr 1864 nicht mehr nationaldeutsche Aspekte als im Jahr 1861, denn es handelt sich um die für Preußen charakteristische Politik des Militärs, die für ihr Tun nur die Zustimmung des zivilen Kabinetts brauchte und nicht die des Parlaments. Was das Militär von Schwerin seinerzeit erhalten hatte, konnte es sicherlich von Bismarck erwarten. Aber das Preußen von 1865 war nicht mehr das Preußen von 1861, das dem Staatenbund anhing, sondern das Preußen eines einheitsstaatlichen Großpreußen. Deshalb war die nach übereingekommenen Vorstellungen entwickelte Konvention mit Coburg-Gotha in ihrer Bedeutung neu und durfte von einem bundesstaatlich orientierten Nationalverein nicht länger übersehen werden.

Woldemar Streubel, den wir 1865 unter den Anhängern der Volkspartei finden, hat schon im Jahr 1862 die politischen und nationaldeutschen Aspekte der Konvention aus der Sicht des Gegners analysiert.⁵⁶ Besondere Bedeutung kommen bei ihm den Bedingungen zu, unter denen das bestehende Offizierskorps von Coburg-Gotha in das preußische aufgenommen wird⁵⁷: Alle Offiziere haben die preußische Staatsbürgerschaft anzunehmen und dem preußischen König den Fahneneid zu leisten. Damit unterstehen sie nicht nur allen Militärgesetzen, sondern auch den vielen Anordnungen, die das Militär erläßt (und auf die das Abgeordnetenhaus keinerlei Einfluß ausübte). Das Offizierskorps untersteht auch der preußischen Militärgerichtsbarkeit, die nicht nur das Militär betrifft, sondern auch Zivilpersonen, wenn sie mit dem Militär in Konflikt kommen. Auch Coburger Bürger können also unter gewissen Umständen preußischer Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden. Auch im Fall, daß die Konvention, soweit sie von beiden Parlamenten bestätigt werden muß, diese Zustimmung nicht erhält und deswegen nie in Wirkung kommen sollte, bestimmt die Abmachung, daß sie für das bestehende Offizierskorps in Kraft bleiben soll, und zwar für volle zehn Jahre. Die in Zukunft in die Armee Eintretenden werden den jetzigen entsprechend behandelt werden, aber damit keine Schwierigkeiten entstehen, sind die coburgisch-gothaischen Gesetze derart abzuändern, daß sie mit den preußischen Militärgesetzen nicht kollidieren, wodurch ein ungeschriebenes Vasallenverhältnis entstehen muß.⁵⁸ Die Mannschaften haben dem Landesherrn entsprechend seiner zivilen Stellung den Treueid zu leisten, aber dem König von Preußen den höheren Eid als dem obersten Befehlshaber der Armee. Da der Herzog aber selbst seinem obersten Feldherrn verpflichtet ist, ist an eine Lösung entstehender Konflikte immer zum besten des preußischen Königs zu denken. Nur der preußische König darf die Armee aufrufen, auch der Bund nicht direkt. Der Herzog darf selbständig die Armee nur zur Unterdrückung von Unruhen verwenden. Die Verwendung der Armee ist nicht an die Landesgrenzen gebunden.

Streubel sagt: „War dasselbe (gemeint ist Coburg-Gotha) zum Abschluß jener Konvention überhaupt berechtigt, so könnte es diesen Schritt auch tun, wenn es dem Bunde auch 100 000 Mann zu stellen vermöchte“⁵⁹, und genau das

56 W. STREUBEL, 1862, S. 157–213.

57 Ebd., S. 186–189.

58 Ebd., S. 191 f.

59 Ebd., S. 192.

war die Frage 1865, als es sich um die Konstituierung eines Mittelstaates handelte. Die Frage an Coburg-Gotha war prinzipiell zu stellen: Darf ein Staat im Staatenbunde sich seiner Militärhoheit begeben und doch im Bund seine Stimme behalten, oder mußte es mit der Militärhoheit auch auf Sitz und Stimme im Bundestag verzichten, da es jetzt von Preußen abhängig geworden war? So argumentierte man am Bunde, wo der Herzog nicht daran dachte, auf seine Mitwirkung zu verzichten. Im Bundesstaat, in dem es nur *ein* Bundesheer geben durfte, und zwar das Heer der Zentralmacht, hatten alle Staaten auf ihre besonderen Heere gleichzeitig zu verzichten und sie dem gemeinsamen Kommando zu übergeben, aber das Vorgehen eines Einzelstaates in dieser Richtung ließ sich damit nicht vereinbaren. In der harten Wirklichkeit gab es die Liberalen im preußischen Abgeordnetenhaus, die vom nationalen Bundesstaat sprachen, aber den preußischen Einheitsstaat wollten, wenn ihnen die Krone nur den bescheidenen Platz einräumen würde, der ihnen bei der Staatsführung nach ihrer Meinung verfassungsgemäß zukam. Wenn sie bei Beginn des Verfassungskonfliktes auf die Ablösung der Bismarckregierung durch ein anderes Kabinett gesetzt hatten, so waren sie nun mit Bismarck einverstanden, wenn nur ihre Ansprüche auf ihr Mitspracherecht berücksichtigt würden. Um eine unliebsame Spannung zwischen der Fraktion und der öffentlichen Meinung zu vermeiden, hatten sie den Märzkompromiß ausgehandelt, der den Herzogtümern statt der drohenden Annexion ein begrenztes Selbstbestimmungsrecht zusagte. Sie hofften auch damit den Weg zu Bismarck gefunden zu haben. Deswegen ließen sie an diesem Kompromiß auch den Nationalverein nicht rütteln, aber auch der Nationalverein war an dem Kompromiß interessiert, weil er die einzige Aussicht bot, die Selbstständigkeit der Herzogtümer zu erreichen, die sie gegenüber den Mittelstaaten zu deren Beruhigung brauchten. In ihren Namen trat der 36er-Ausschuß auf. Der Bundesstaat war ihr Lebenselement, denn ohne ihn verloren sie jeden Halt in den Parlamenten der Einzelstaaten, auf die sie im Sinn der nationalen Partei einwirken wollten. Von einer Annexion an Preußen würden weder die Parlamente noch die Regierungen je hören wollen: Es gab eine Grenze, wieweit der Ausschuß des Nationalvereins den Parlamentariern Preußens nachgeben durfte.

Der Unterschied zwischen der 5. Generalversammlung zu Eisenach und der 6. zu Frankfurt war, daß viele Mitglieder des Ausschusses sich inzwischen innerlich zum preußischen Einheitsstaat bekehrt hatten, und das „Wochenblatt“, das statt Streit nun Nagel beeinflusste, förderte durch seine zweideutige Haltung diese Gesinnungsänderung. Weil man den preußischen Einheitsstaat wohl wollte, aber das nicht sagen durfte, ging man auf die Taktik aus den ersten Jahren zurück, auf Revolutionen oder Kriege anzuspielen, die zwar bedauernswert seien, aber die die Reform, auf deren Boden bisher zu operieren war, unnötig machen würden. Einige mochten an die Republik denken, aber jetzt galt die herrschende Meinung dem preußischen Einheitsstaat und man setzte mehr auf Kriege als auf innere Umwälzungen. Da man an außergewöhnliche Ereignisse denken durfte, aber nicht davon sprach, hielt sich der Ausschuß in seinem Resolutionsantrag weiter an die „Pflicht des deutschen Volkes zu wachen über dem Selbstbestimmungsrechte Schleswig-Holsteins“ zum besten aller Mittelstaaten, nur daß man jetzt außer dem maritimen Anschluß auch den mili-

tärischen freigab.⁶⁰ Man anerkannte den Berliner Kompromiß vom 26. März 1865, aber da dieser von einem ephemeren „Engeren Ausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine“ und nicht von einem verfassungsmäßigen Gremium stammte, fordert der Ausschuß die „Einberufung der Landesvertretung der Herzogtümer“, ohne allerdings zu sagen, daß nur sie das Recht habe, diesen Kompromiß zu bestätigen. Es sollte die Illusion erweckt werden, als handle es sich hier um ein Abkommen zwischen gleichberechtigten Partnern, wie es in einem Bundesstaat die Norm zu sein hat. Deswegen wird auch ohne wirklichen Zusammenhang die Reichsverfassung erwähnt⁶¹, die ja bekanntlich die Verfassung eines Bundesstaates war. Am Rande sei vermerkt, daß unklar bleibt, was mit einer „Landesvertretung der Herzogtümer“ gemeint war, da Holstein eine tätige Landesvertretung besaß und nur Schleswig um die Anerkennung ihrer Landesvertretung kämpfte, die die Preußen ihnen verweigerten. Aber aus zwei unabhängig gebildeten Landesvertretungen entsteht noch keine Landesvertretung Schleswig-Holsteins. Sollte der Ausschuß noch die gemeinsame Vertretung vom Frühjahr 1848 gemeint haben, die allerdings allein berechtigt war, über den gemeinsamen Staat zu beschließen, so läßt sich fragen, warum der Antrag das nicht klar ausdrückte. Die Unklarheiten waren geboten, weil auch der rechte Flügel des Nationalvereins immer noch das Selbstbestimmungsrecht der Herzogtümer verteidigte, wenn er es auch zu einer Fiktion verkümmern ließ. Er mußte am bundesstaatlichen Selbstbestimmungsrecht seiner Landesvertretung festhalten oder seine Tätigkeit in den Einzelstaaten aufgeben.

Der militärische Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen war nunmehr als mit dem Selbstbestimmungsrecht in Übereinstimmung erklärt. Es nimmt daher nicht wunder, wenn die Anhänger von Großpreußen daraus den Schluß zogen, die paradigmatische Coburg-Gothaische Konvention auf ganz Norddeutschland auszudehnen. Warum nur auf Norddeutschland? Die Antwort wäre, weil man nicht annahm, daß Bayern und die anderen Mittelstaaten Neigung zu einem solchen Vasallenverhältnis haben würden, und sie keine Furcht zwingen würde, das Vasallentum dem Risiko einer annektierten preußischen Provinz vorzuziehen. Die Mainlinie bot sich ganz von selbst als Grenze an zwischen Staaten, von denen man hoffen durfte, sie durch Druck für einen Anschluß zu gewinnen, und denen, die sich dem widersetzen würden. Die Unwilligen hießen „Partikularisten“; die Willigen hießen „Patrioten“.

In der Nr. 34 des „Deutschen Wochenblatts“ vom 20. August 1865 erschien auf der letzten Seite eine fett gedruckte Anzeige mit dem einen Satz: „Eine Anfrage beim deutschen Nationalverein: Ist er für eine Militärkonvention Oldenburgs wie der örtliche Nationalverein?“⁶² In der nächsten Nummer erschien

60 VERHANDLUNGEN VI, 1865, S. 4: „Bei dem Mangel einer deutschen Zentralgewalt kann nur Preußen zurzeit die Verteidigung der deutschen Küsten und Grenzen im Norden wirksam und nachhaltig durchführen.“

61 „Der Nationalverein beharrt [...] gleichzeitig an seinem in Übereinstimmung mit der Reichsverfassung gefaßten Beschlusse von 1864, wonach die Entscheidung über den Träger der Zentralgewalt der im Parlament vertretenen gesamten Nation zusteht“ (ebd.). Die umständlichen Formulierungen dienen dem Zweck, den bundesstaatlichen Charakter des Anschlusses von Schleswig-Holstein darzulegen.

62 DEUTSCHES WOCHENBLATT Nr. 34 v. 20. 8. 1865, S. 272.

dann die negative Antwort von Fries, dem langjährigen Vorstandsmitglied, der zugleich Weimarer Parlamentarier war. Er antwortete zwar nicht als Vorstandsmitglied, sondern als Privatmann⁶³, wie er behauptete, weil für eine schnelle Antwort die Zustimmung des Vorstands nicht zu erreichen war. Hier haben wir es nicht mit der Korrektheit von Fries zu tun, dessen Antwort übrigens das „Deutsche Wochenblatt“ sehr befriedigte, sondern mit der negativen Haltung eines prominenten Mitglieds des Nationalvereins und eines nicht-preussischen Parlamentariers zum Anschluß von einzelnen Staaten an Preußen, denn wenn wir richtig sehen, konnte die Antwort nur negativ sein: Ein offen einseitiges Vorgehen der Mitglieder des Nationalvereins außerhalb Preußens zugunsten eines Einheitsstaates mußte für alle Bürger deutscher Staaten schockierend sein, denn morgen konnte daraufhin auch eine analoge Aufforderung an sie kommen. Auf diese Angst hatte das „Deutsche Wochenblatt“ spekuliert. Die „Arbeiterzeitung“ reagierte ebenfalls am gleichen Tage, aber brachte zugleich Einzelheiten, die interessieren⁶⁴: Die Militärvereinigung Oldenburgs mit Preußen sollte dauernd sein und die Oldenburgische Wehrkraft ein integrierender Bestandteil der preussischen werden, weil die Beschützung Deutschlands „voraussichtlich“ immer von „Volk und Regierung“ Preußens gewünscht würde. Die Mitglieder des Nationalvereins wurden aufgefordert, „daß man sich an anderen Orten in gleicher Weise erkläre“. Vom gleichen Geist ist dann der Resolutionsantrag der Oldenburger an den Nationalverein gefaßt, die Schleswig-Holsteinische Landesvertretung zwar über „eine Verbindung mit Preußen“ zu hören, aber wenn diese dem nationalen Interesse nicht entsprechen sollte, sie „unbeachtet zu lassen“.⁶⁵ Diesem Antrag schloß sich der Oldenburger Hoyer nicht an, weil er einen eigenen radikalen Antrag einbrachte, „daß die Heerkörper sämtlicher deutschen Mittel- und Kleinstaaten dauernd dem preussischen Heere einverleibt werden“.⁶⁶ Zu diesem Zwecke will er eine Belohnung ausgesetzt wissen über die beste Schrift, wie sich diese Idee verwirklichen lasse.

Sämtliche Vorschläge von Oldenburg und Wolfenbüttel im großpreussischen Sinn wurden auf der Generalversammlung dann nicht vertreten und kamen deshalb nicht zur Abstimmung. Wir dürfen annehmen, daß diese Abwesenheit kein Zufall war. Der Abgeordnetentag vom 1. Oktober 1865 hatte genau festgelegt, wie weit der Nationalverein gehen durfte, ohne mit seiner Schwesterorganisation zu kollidieren, und dem waren die Ausschußanträge angepaßt, die, wie immer vorher, unverändert angenommen wurden. Über mehr durfte selbst nicht einmal abgestimmt werden, ohne böses Blut zu machen, ganz gleich, was die einzelnen Ausschußmitglieder über die Anträge dachten. Das beweist das Schicksal des klaren und eindeutigen Antrags des großen Miquel, den dieser dem Ausschuß zuschickte, damit er ihn adoptiere, da er es vorzog, diesmal nicht persönlich hervorzutreten. Seine Resolution⁶⁷ enthielt den großpreussischen

63 Ebd., Nr. 35 v. 27. 8. 1865, S. 278.

64 ADAZ (Coburger Arbeiterzeitung) Nr. 138 v. 20. 8. 1865, S. 750.

65 VERHANDLUNGEN VI, 1865, S. 7.

66 Ebd.

67 Der handschriftliche Antrag Miquels befindet sich im Nachlaß Streit (München). Anschließend ein Brief, vermutlich an Nagel, datiert, Osnabrück, 24. 10. 1865. Der Antragstitel lautet: *An die Generalversammlung des Nationalvereins*, befindet sich aber nicht in dem Protokoll der Verhandlungen.

Einheitsstaat in einer klaren, man möchte sagen in einer brutalen Form. Der Antrag verschwand einfach von der Bildfläche, vermutlich, weil der Ausschuß sich weigerte, ihn zu adoptieren und Miquèl sein Fernbleiben schon angekündigt hatte. Es kann auch sein, daß Miquèl, der die Beschlüsse des Abgeordnetentages schon kannte, gar nicht damit rechnete, daß seine Resolution angenommen werden würde, sondern sie als Programm der Zukunft verstand.

Miquèls Antrag lautet: „Die Generalversammlung des Nationalvereins, ausgehend von der Einheit und Unteilbarkeit der Nation, erkennt in nationalen Fragen kein Selbstbestimmungsrecht und keine Souveränität eines einzelnen deutschen Staates, Stammes oder Teil der Nation an, verwirft die Ansicht, nach welcher die Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts der einzelnen Teile der Nation erst beginne mit dem Augenblick der Konstituierung des neuen deutschen Gesamtstaats, erklärt die Gestaltung des politischen Verhältnisses der Herzogtümer Schleswig und Holstein (!)⁶⁸ zu Preußen für eine nationale Frage, welche das absolute Belieben der letztern ausschließt, hält jedoch an der Überzeugung fest, daß das nationale Interesse nicht eine Einverleibung der genannten Herzogtümer in den preußischen Staat, oder die Begründung einer Personalunion mit der preußischen Kurie wider das Recht und wider den Willen der Bevölkerung der Herzogtümer erheische, daß vielmehr die Herzogtümer ihrer nationalen Aufgabe genügen, wenn sie unter Wahrung ihrer Selbständigkeit im übrigen, ohne sich durch die Gewalttaten der augenblicklich in Preußen herrschenden freiheitsfeindlichen Parteiregierung beirren zu lassen, ihre gesamten militärischen und maritimen Kräfte mit denen des preußischen Staats vereinigen und sich der Leitung dieses Staats in politischen und volkswirtschaftlichen Fragen unterwerfen“.⁶⁹

Mit dem Jahresende 1865 waren Miquèls Zukunftspläne für den Ausschuß schon plausibel geworden.

Der Ausschuß hat das politische Los der Herzogtümer immer als beispielhaft für die bundesstaatliche Einigung Deutschlands angesehen, war aber schließlich der Macht der Großmächte Preußen und Österreich unterlegen. Mit dem Aufgeben der Vorstellung, mit Hilfe des Abgeordnetentags die geeinten Herzogtümer Deutschland einzugliedern, fehlte der bundesstaatlichen Ideologie dieses einigende Bindeglied; die einheitsstaatlich-preußische Ideologie konnte wohl den Herzogtümern geordnete Zustände garantieren (weshalb sie einen wachsenden Einfluß auf deren Bewohner ausübte), konnte aber einer Gesamteinigung nicht als Grundlage dienen. Mit dem Umschwung in der Orientierung des Ausschusses des Nationalvereins am Ende des Jahres 1865, der Miquèls Anträge an die Frankfurter Generalversammlung entsprachen, auch wenn sie vorzeitig kamen, hatte der Nationalverein nicht nur der Einverleibung der beiden Herzogtümer,

68 In den Augen aller nationalen Deutschen jeder Schattierung gab es nur ein Schleswig-Holstein und keine „Herzogtümer Schleswig und Holstein (ein wiederholter Wortgebrauch!). Miquèl stellte sich demnach auf den Boden der Gasteiner Übereinkunft, konnte also die etwaige Wahl in den Ausschuß nicht annehmen, wie er selbst ankündigte. Bis zur nationalliberalen Wende nach Königgrätz gehört er dem nationalen Konsensus nicht an, eine sehr beachtliche Tatsache!

69 Miquèl steht ganz auf dem Boden der sog. Februarforderungen 1865, die Preußen den Österreichern mitteilte, nur daß sein Antrag in seiner allgemeinen Formulierung noch härter und umfassender interpretiert werden kann.

sondern auch der Mittelstaaten, soweit sie in unmittelbarer Nähe zu preußischem Gebiet lagen, zugestimmt, aber indirekt auch einer Teilung Deutschlands nach der Mainlinie. Anstatt der bundesstaatlichen Einigung von Gesamtdeutschland, und sei es auch Kleindeutschlands, hatte der Nationalverein sich mit der großpreussischen Einigung bis zum Main abgefunden.

Der alte Nationalverein, der ausgegangen war, das Bürgertum bei der gesamtdeutschen Einigung zu vertreten, war damit aufgegeben. Auf dem Weg von 1859 bis 1866 hatte er auf alle linksliberalen und demokratischen Elemente verzichten müssen. Er war jetzt auf dem Wege, eine rechtsliberale Partei zu werden, die die alten Ziele eines Nationalvereins des gesamten deutschen Bürgertums unter den neuen Bedingungen der Herrschaft Großpreußens zur Geltung bringen wollte. Er hatte dabei die überkommenen Elemente einer Deutschen Ideologie, der Reichsverfassung und der Wehrhaftigkeit umzuformen, so daß sie für die Einigungsbedingungen unter der preussischen Hegemonialmacht paßten.

Seit dem Jahre 1864 hatte die einheitsstaatlich-großpreussische Strömung gegen den Widerstand der bundesstaatlichen Tradition im Verein angekämpft und schließlich in einem Rumpfverein gesiegt nachdem die Linksliberalen den Verein verlassen hatten. Diesen Kampf hat die werdende nationalliberale Partei unter der aktiven Mitarbeit von einigen Elementen südlich des Mains geführt, die sich im alten Nationalverein unter der Fahne des allgemeinen Wahlrechts, der Grundrechte und des deutschen Parlaments gesammelt hatten⁷⁰: Die Rechtsliberalen unter den Anhängern des alten Nationalvereins hatten sich unter dem Namen *Fortschrittspartei* in den südlichen Staaten zur Partei konstituiert, und um sie nicht zu verlieren, hatte sich der Ausschuß des Nationalvereins gegen die preussischen Unitarier so hartnäckig gewehrt. Als man doch schließlich nachgeben mußte, hat die Sorge für die Fortschrittler im Süden und den Anschluß der Südstaaten an den Nordstaat den Charakter der werdenden nationalliberalen Partei von Anfang an geprägt. Als der Versuch gemacht wurde, eine rein großpreussisch-unitarische Partei im Jahre 1865 im Kreis um Treitschke zu gründen, mißlang er, weil auch die Rechtsliberalen im Nationalverein sich dem widersetzen⁷¹, und es bewies sich, daß fünf Jahre des Bestehens einer gesamtdeutschen Organisation nicht spurlos vorüber gegangen waren. Die historische nationalliberale Partei war als Erbin der Tradition des Nationalvereins immer mehr als eine rein preussische Partei; sie war von Anfang an eine gesamtdeutsche Partei der Sammlung, zwar nicht des gesamten Bürgertums infolge des Ver-

70 Für Bayern der Kreis um Brater und seine Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern, in Württemberg der Kreis um Hölder und der Schwäbischen Volkszeitung, der die Deutsche Partei im August 1866 gründete. Siehe TH. SCHIEDER, *Die kleindeutsche Partei*, 1936, S. 41–92 und D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 378–409.

71 Siehe *WOCHEN-BLATT* Nr. 27 v. 5. 10. 1865, S. 210 f. *Die Großpreußen*. Der „L“ gezeichnete Aufsatz dürfte von Lammers sein; ebd., Nr. 29 v. 19. 10. 1865, S. 227 (Aus Preußen, 14. Oktober), der gegen die „Annexionswut des sächsischen Großpreußen Treitschke“ Front macht, und ebd., S. 230 f., ein Aufsatz *Wider Treitschke* (der an dieser Schreibart festhält) und außerordentlich scharf auf den Aufsatz *Die Parteien und die Herzogtümer* in den Preussischen Jahrbüchern reagiert. Siehe auch H. ONCKEN, *Rudolf von Bennigsen I*, 1910, S. 681.

zichts auf die Linksliberalen, aber durchaus des konservativ-liberalen Bürgertums.

Nach der Generalversammlung zu Frankfurt am 29. Oktober 1865 trat keine weitere Generalversammlung mehr zusammen, da die letzte Generalversammlung zu Kassel im Jahre 1867 nur zusammentrat, um statutengemäß die Auflösung des Vereins zu beschließen. Laut Statut mußte nicht jedes Jahr eine Generalversammlung zusammentreten, aber das Aufhören der Generalversammlungen hatte doch konstitutive Bedeutung. Der Ausschuß hat zwar jede Generalversammlung vorbereitet und gelenkt, aber ohne bestätigende Vereinsresolutionen handelte er ohne Echo. Bei jeder Handlung berief sich der Ausschuß auf die Resolutionen der letzten Generalversammlung und nach ihnen wurde die Entwicklung des Vereins konstruiert. Deswegen war die letzte verhandelnde Generalversammlung zu Frankfurt auch das Ende des Vereins. Anfang des Jahres 1866 wußte der Ausschuß, daß er keine beratende Generalversammlung mehr einberufen würde. Die Zeitung blieb das einzige Zeichen für das Bestehen des Vereins. Sie erschien auch nach Königgrätz regelmäßig und die bezahlten Funktionäre des Vereins taten ihre Pflicht als Redakteure und Mitarbeiter. Die Ausschußmitglieder und die wenigen Mitarbeiter der Zeitung haben jedenfalls das Verdienst, die lebensfähigen Elemente des alten Programms den neuen Umständen entsprechend geklärt und der preußisch-zentrierten Öffentlichkeit entgegengebracht zu haben. Das hat die Parlamentarier aus den Reihen des Nationalvereins befähigt, die bundesstaatlichen und gesamtdeutschen Vorstellungen im norddeutschen Reichstag zu vertreten, die Norddeutschland etwas anderes sein ließ als nur ein Großpreußen. Nach dem Selbstverständnis des rechtsliberalen Rumpfes, der in Kassel zusammenkam, hat der Verein nach der Generalversammlung zu Frankfurt ganz einfach das alte Programm wieder aufgenommen und sich aufgelöst, weil er sein Ziel der preußischen Spitze, allerdings gegen seinen Willen, erreicht hat. Die nationalliberale Partei hat aber die Bestrebungen des Nationalvereins besser erkannt, indem sie die Durchsetzung der liberalen Ziele, die Angliederung der restlichen deutschen Staaten an den Norddeutschen Bund und den Kontakt mit dem Rechtsliberalismus im Süden Deutschlands immer wieder hervorhob.

Der zufriedenstellenden Kontinuität vom Restbestand des Nationalvereins, den die Rechtsliberalen in der Hauptsache darstellten, zur erfolgreichen Partei der Nationalliberalen entspricht keine analoge Entwicklung der Dissidenten vom Nationalverein, auch nicht, wenn wir uns auf die demokratischen Linksliberalen konzentrieren, die auf eine Volkspartei hinauswollten. Als diese den Nationalverein verließen, haben sie keine gesamtdeutsche Volkspartei aufgebaut, die den Vergleich mit der gesamtdeutschen nationalliberalen Partei aufnehmen könnte. Nur die Sozialdemokraten haben schließlich eine gesamtdeutsche Partei gebildet, die sich mit den Nationalliberalen messen konnte, aber deren Zusammenhang mit dem Nationalverein war schwach und indirekt, wenn auch vorhanden: Zur großen Krise des Nationalvereins von 1863/64 hatten sie keine Beziehung und die Betrachtung ihrer Entwicklung gehört mehr in die Geschichte der werdenden Volkspartei als in die eigentliche Geschichte des Nationalvereins.

Als sich die volksparteilichen Elemente im Nationalverein im Jahre 1864 in Eisenach zu einer Vorkonferenz versammelten, bevor sie in die Generalversammlung eintraten, beschloß die Mehrheit, keine Spaltung vorzubereiten und auf der Generalversammlung selbst betonte Eckardt mehrfach die Loyalität der Opposition. Von dieser Ausgangsposition her erklärt es sich, warum im eigentlichen Sinn von einer Spaltung im Nationalverein nicht die Rede sein kann; erklärt sich aber auch, warum keine nationsweite Volkspartei entstehen konnte. Alle liberalen Demokraten verließen bis 1866 den Verein und im Jahre 1867 noch einige von den Altdemokraten wie Franz Duncker und Schulze-Delitzsch, aber dieses Abbröckeln hat nicht die Krise einer Spaltung bewirkt. Es geht nicht darum, daß die Geschichtsschreibung keine Spaltung im Nationalverein anerkennt, sondern daß der Verein sie nicht gespürt hat. Man sprach vom Verhüllen des alten Programms, das wegen der Demokraten notwendig war und das nun aufhören müsse, hat aber nicht erkannt, daß die preußische Spitze von 1859, die sich auf den Staatenbund bezog, und die preußische Hegemonialmacht von 1865, die das Aufgehen der mindergroßen Staaten in Großpreußen verlangte, verschiedene Dinge waren. Die Gemeinsamkeit der Austrittsmotive der volksparteilichen Demokraten wurde mißdeutet, weil die Austritte keine Bewegung hervorbrachten. Waren die Dissidenten Politiker aus dem Norden, dann waren sie Partikularisten, kamen sie vom Süden, so waren sie Anhänger des Rheinbundes oder verkappte Republikaner, waren es Sachsen, so waren sie Anhänger Österreichs und so weiter. Weil keine erkennbare Bewegung hinter den Austritt stand, wurde bei jedem Austritt auf diejenigen hingewiesen, die im Verein blieben; handelte es sich um Einzelpersonen, so wurden die Motive des Austritts gern persönlich gedeutet und um vom Austritt abzuhalten, wurde mit der Kooptation in den Ausschuß oder anderen Ehrungen gelockt. Als Ergebnis der Austritte haben wir einen Rumpf, aber das Gefühl der Spaltung fehlte. Um anzudeuten, wie im Gegensatz dazu eine bewußte Spaltung wirkt, wäre auf das Beispiel der Spaltung im Verband deutscher Arbeitervereine (VDav) im Jahre 1868 hinzuweisen, als die Mehrheit ein neues Programm annehmen wollte und die Minderheit am alten Programm festhielt und mit Spaltung drohte. Die Programmdiskussion im Verband dauerte wochenlang; die Wahlen zum Vereinstag wurden beiderseits überwacht. Die Mehrheit hatte nicht nur das neue Programm fertig, sondern auch ein Organisationsstatut; die Minderheit brauchte weder eine neue Organisation noch ein neues Programm, hatte aber den Abzug genauestens vorbereitet, einschließlich der Verdächtigung der Gegenseite.⁷² Auf der Krisentagung des Nationalvereins zu Eisenach (1864) stimmte hingegen die Opposition im Nationalverein nach persönlicher Überzeugung, und das heißt, sie verzettelte sich. Es lagen Anträge von verschiedenen Vereinsgruppen in der gleichen Absicht vor, den Verein volksmäßig zu demokratisieren, ohne die Vorschläge zu vereinen und zu vereinheitlichen.⁷³ Oft kam eine Zusammenlegung

72 Siehe SH. NA'AMAN, *Von der Arbeiterbewegung*, 1976, S. 24–36.

73 Die Anträge aus Karlsruhe, Dresden, Hamburg, Bautzen und Görlitz, die einer ähnlichen Auffassung entsprangen, aber kleine Unterschiede aufwiesen, kamen gesondert und nie als Ganzes zur Abstimmung, wodurch kleine Unterschiede zur Verzettelung der Abstimmung führten und kein Antrag durchkam, siehe *VERHANDLUNGEN V*, 1865, S. 26, 30, 33 und 39. Die Taktik Eckardts war, Karlsruhes Vorschläge zurückzuziehen und als Verbesserungen zum

der Vorschläge erst auf der Tagung selbst inmitten der Auseinandersetzung zustande. Ein durchdachtes Ziel der Anträge ist nicht erkennbar. Die wichtigsten und weitgehendsten Vorschläge zielten auf die Umbildung des Nationalvereins in einen Volksnationalverein hin. In ihm würden die stimmberechtigten Mitglieder zur Generalversammlung gewählte Delegierte ernennen, die nach übereingekommenen Prinzipien zur Wahl standen. Es sollten Gaue (und wohl auch Gauberatungen) entstehen. Die Basis des Vereins sollte verbreitert werden durch Herabsetzung des Mitgliedsbeitrags. Der Erweiterung der Basis sollte auch eine Umbildung des Ausschusses entsprechen, der von den Delegierten zu wählen war, aber dessen Recht auf Kooptation eingeschränkt oder aufgehoben werden sollte. Zu den zentralgewählten Mitgliedern sollten gleichberechtigt solche treten, die lokal gewählt wurden. Diesem zentralen Ausschuss sollten Vorschriften über seine Tätigkeit gemacht werden, damit die Resolutionen wie über die Reichsverfassung nicht nur Wunschbild blieben, sondern sogleich alle deutschen Staaten beeinflussen würden. Als Themen wurden von Karlsruhe das allgemeine deutsche Heimatrecht, die allgemeine Wehrpflicht mit kurzer Dienstzeit und die deutschen Grundrechte genannt. Der Ausschuss sollte die Vorstöße zur Einführung dieser Reformen in allen Ländern zentral koordinieren und somit die deutsche Einigung zu einem kontinuierlichen Prozeß machen.

Die Anträge kamen einzeln zur Abstimmung und wurden abgelehnt, wie Eckardt es im voraus, entsprechend dem Verlauf der Vorversammlung annahm. Er behauptete, daß eine Generalversammlung, die in Frankfurt zusammengekommen wäre, ihm ein günstiges Mehrheitsverhältnis gegeben haben würde. Sollte er daran geglaubt haben, so hätte er sich Illusionen gemacht, denn die nächste Generalversammlung, die im Jahre 1865 in Frankfurt zusammenkam, hat unter der Anleitung von Metz genauso unverändert die Ausschußanträge angenommen wie die von Eisenach. Im Laufe der vielen Jahre war der Ausschuss ein Meister in der Handhabung der Ausschußdiktatur geworden, wie sie für ihn geschaffen worden war. Er war ja im voraus zum Herrschen über die Mitgliedschaft bestimmt. Jetzt wollte die Reform den Ausschuss zum Diener der Mitgliedschaft machen, aber dieser benutzte seine überlegene Technik und die Unentschlossenheit der volksparteilichen Demokraten, die Anträge abzulehnen. Ihre Annahme hätte zur Spaltung geführt und die Demokraten zum Aufbau ihrer eigenen Organisation gezwungen, denn der alte Ausschuss hätte in der grundlegenden Frage seiner zentralen Stellung nicht nachgeben können.

Die Ablehnung der Reformanträge hat die Opposition vor dem gefährlichen und nicht aussichtsreichen Experiment bewahrt, den Nationalverein nach seinen Vorstellungen umzubilden. Die Reformvorschläge beweisen durch ihre vielfältige Herkunft, daß man davon abkommen sollte, nur von einer spezifisch süddeutschen Opposition zu sprechen, die der partikularistischen Eigenart ihrer Urheber entsprach. Die Anträge kamen aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Dresden und von einzelnen. Wir können aus ihnen lernen, wie eine wirkliche Organisation aufgrund von Volksvereinen ausgesehen haben würde. Sie kam

Ausschußantrag einzubringen. Die vorbereitenden Ausschußsitzungen, die von den lokalen Anträgen schon durch den Geschäftsführer unterrichtet waren, paßten von vornherein ihre Anträge der Opposition an, so daß die Ausschußanträge unverändert durchgingen.

aber nie zustande, weil die demokratischen Honoratioren dazu neigten, den Nationalverein wegen seiner Honoratiorendiktatur anzugreifen, es aber vorzogen, ebenfalls als Honoratioren unter sich zu bleiben und über eine Massenpartei aufgrund von Volksvereinen nur zu reden. Das war der Charakter der ersten Zusammenkünfte zu Darmstadt und Bamberg zur Gründung einer Volkspartei im Jahre 1865.

An Ansätzen zur Gründung einer Volkspartei hat es nicht gefehlt. Es gab Zeitungen mit ausgesprochen volksparteilicher Tendenz und der Name selbst wurde häufig gebraucht. Es genügt, an den „Nordstern“ zu erinnern und an die „Berliner Reform“, den „Boten vom Niederrhein“ und die „Neue Frankfurter Zeitung“, den „Beobachter“ und das „Coburger Tageblatt“. Es fehlte ein Mann wie August Bebel, der es seit dem Jahr 1865 unternahm, die lose gegliederten Arbeitervereine fester aneinanderzuketten, der sich für feste Mitgliedsbeiträge einsetzte und die Vereine zielbewußt zentralisierte.

Infolge der Ablehnung der Reformanträge traten einzelne Volksparteiler aus dem Nationalverein aus. Eine Aufforderung zu einem allgemeinen Austritt, um an die Organisation einer straffen Volkspartei aufgrund von Volksvereinen zu gehen, kam auch nicht von Eckardts neugegründetem „Deutschen Wochenblatt“. Vom Massenaustritt aus dem Nationalverein hat sie ausdrücklich abgeraten⁷⁴, und die Mehrheit der Oppositionellen trat tatsächlich nicht aus. Das „Wochen-Blatt des Nationalvereins“ behandelte den Austritt als eine Frage persönlichen Unmuts und die Gründung des „Deutschen Wochenblatts“ als Sache persönlichen Ehrgeizes. Die Zeitung wandte sich immer gleicherweise an Freunde innerhalb und außerhalb des Nationalvereins. Preetorius aus Alzey war gleichzeitig Ausschußmitglied des Nationalvereins und Teilnehmer an allen Honoratiorenberatungen zur Gründung einer Volkspartei. Die ideologische Begründung für das Ausharren im Nationalverein gab Jacob Venedey in seiner Schrift „Das Grundübel im Nationalverein“, deren Fazit war: „Die gegenwärtig gothaisch preußische Richtung hält fest zusammen; die Männer fester Grundsätze und rücksichtsloser Hingebung für Deutschlands Einheit müssen ebenso fest zusammenhalten, und zwar *im Nationalverein*“.⁷⁵ Also, eintreten und nicht austreten, denn, wie er schon am Anfang seiner Broschüre sagt: „Das Instrument ist gut, die Hand, die es trägt, führt es schlecht“, woraus folgert, daß man sich zu bemühen hat, Einfluß auf den Ausschuß zu bekommen. An eine andere Organisation soll man nicht denken; die Besetzung des Ausschusses ist zu ändern. Hier konnte der Ausschuß ansetzen, indem er immer einige Demokraten in den neuen Ausschuß wählen ließ oder kooptierte, vor allem Siegmund Müller, der als Vorsitzender des 36er-Ausschusses unentbehrlich war, solange man noch nicht auf den preußischen Einheitsstaat umschwenken wollte. Die Losung des guten Instruments bewirkte, daß bis zur halbwegs eingestandenen Bekehrung zum Einheitsstaat preußischer Prägung die meisten Honoratioren der Opposition im Verein und seinem Ausschuß ausharrten. Um das zu errei-

74 Die Probenummer des DEUTSCHEN WOCHENBLATTES v. 22. 12. 1864 stellt auf S. 5 fest, daß es sich um eine neue Partei handle, aber nur um eine Gesinnungsgemeinschaft, also eine Partei im alten Sinn. Erst die Artikelserie *Zur Organisation der Volkspartei*, die mit Nr. 15 anfängt, stellt das Problem, aber sagt zugleich: „Wir fordern Niemanden zum Austritt auf“ (S. 115).

75 J. VENEDY, *Das Grundübel*, 1864, S. 38.

chen, wurden unter Aufsicht des Ausschusses alle Anträge an die Generalversammlung, die das Instrument betrafen, abgelehnt, aber programmatische Formeln angenommen, die demokratisch klangen, unter der Bedingung selbstverständlich, daß der Ausschuß sie vorschlug. So wurde entsprechend dem Ausschußantrag zu Frankfurt beschlossen, daß über den Träger der Zentralgewalt nur das souveräne Parlament zu bestimmen habe⁷⁶, aber das souveräne Parlament selbst war in weite Ferne gerückt. Der Ausschuß schien nach links zu tendieren und der rechte Flügel rebellierte, aber die Verbeugung nach links ermöglichten die Zusammenarbeit mit dem 36er-Ausschuß, und darauf kam es an.

Daß das Instrument gut sei und es nur dafür so sorgen galt, daß es in bessere Hände komme, wie Venedey empfahl, paßte gut zur Stimmung der Linken im Nationalverein, weiter auszuharren; die Warnung Venedeys vor dem Versuch, „dem Nationalverein einen anderen Verein gegenüber zu stellen“⁷⁷, wurde zur Ausrede, keine Volkspartei zu gründen. Überall war von der Volkspartei die Rede, nur nicht bei Venedey.

Die Linke hat sich scheut, aus ihren Anträgen organisatorische Folgerungen zu ziehen; die Rechte hat unter dem Mantel der Zweckmäßigkeit die einzige organisatorische Umänderung vorgenommen, die der Verein je gewagt hat; die Linke hat sie dabei aus Unverständnis unterstützt und damit der Abkehr des Vereins vom Ideal des Bundesstaats zum Ideal des preußischen Einheitsstaates unbewußt geholfen. Gemeint ist die Reform des Pressewesens des Vereins, die als besonderer Punkt zu Eisenach verhandelt wurde. Im Endergebnis wurde die Coburger Zentrale, die ganz von der Linken beherrscht war, aufgelöst, eine neue in Frankfurt gebildet und diese wurde ebenso eindeutig von der Rechten beherrscht. Die Linke hatte gemeint, einen großen Erfolg mit der Reform des Zeitungswesens und der Zentrale erreicht zu haben, wo sie doch der Rechten in den Sattel half. Merkwürdig ist, daß Fedor Streit, der langjährige Geschäftsführer und Organisator der linken Zentrale, der gleichen Illusion unterlegen ist wie die unerfahrenen Antragsteller von links. Ohne es zu merken, hat er sich selbst das Grab gegraben und seine Gesinnungsgenossen haben ihm dabei geholfen.

Anlaß zur Revision der Verfassung in Sachen der Organisation waren v. Rochaus Einwände gegen Streits Übergriffe in seine Tätigkeit als politischer Redakteur der „Wochenschrift“. Da die Kompetenzen hinsichtlich der Redaktion, des Drucks und Verbreitung der Zeitung geteilt und zudem unklar waren, war zwar ein Teil der Klagen unberechtigt, zumal Streits Handlungen durchgängig durch Beschlüsse des Vorstandes oder des Ausschusses gedeckt waren⁷⁸, aber

76 Diese Resolution berief sich auf die Resolution von Eisenach 1864, die tatsächlich die Frage des Trägers der Zentralgewalt offen ließ, wie es die Opposition verlangte, aber gleichzeitig zitierte sie das Programm, das zu Coburg I (1860) angenommen war, das die preußische Zentralgewalt unter bestimmten Bedingungen enthielt. Diese Mehrdeutigkeit hat der Nationalverein zum System erhoben.

77 „Der Gedanke, dem Nationalverein einen andern Verein gegenüberzustellen, hießte zwei Sonderbünde begründen“ (J. VENEDÉY, Das Grundübel, 1864, S. 37).

78 „Beschlissen, daß für die Rechnung des Vereins sowohl die *allgemeine deutsche Arbeiterzeitung* als die *deutsche Wehrzeitung* im Interesse deren Weiterverbreitung für das laufende und nächste Quartal des Vereinsagenten gratis geliefert werden soll“ (Gedrucktes Vorstandsprotokoll, Eisenach, den 14. 2. 1864, S. 23).

teils auch berechtigt, da Streit dazu neigte, seine Kompetenzen, selbst wenn sie korrekt waren, durch gedehnte Interpretation zu erweitern. Rochaus Empfindlichkeiten und Streits Rechthaberei in Rechnung gestellt, hatte das Ganze doch einen politischen Hintergrund als Auseinandersetzung zwischen rechts und links. Als Beispiel diene der Versand der „Allgemeinen Deutschen Arbeiterzeitung“ als „Beigabe“ zur „Wochenschrift“. Das war der Werbetrick eines Verlegers, der daran interessiert war, den Absatz seiner Zeitung zu erhöhen, und so ließ sich die Sache auch im Vorstand des Nationalvereins rechtfertigen und vielleicht konnte man auch erwarten, daß v. Rochau dem zustimmen würde. Aber die „Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung“ übte scharfe Kritik an der Politik des Nationalvereins und öffnete einem so umstrittenen Rückkehrer aus den Vereinigten Staaten wie Gustav v. Struve ihre Spalten. Streit brachte es sogar fertig, im Vereinsteil der „Wochenschrift“, der ihm unterstand, Struve zu Wort kommen zu lassen, und zwar mit gar nicht harmlosen Bemerkungen zur Politik.⁷⁹

Rochau hatte verschiedentlich an den Vorstand und den Ausschuß appelliert, zur Wahrung seiner Kompetenzen die Zusammenlegung von Redaktion und Druck der Zeitung zu verfügen.⁸⁰ Damit stellte sich zugleich die Frage des Ortes ihrer Herausgabe. Im Ausschuß gab es viele Gegner Streits, die gewisse Mängel in der Geschäftsführung rügten, aber die demokratischen Ansichten meinten und deshalb gern die Verlegung der Zentrale von Coburg gesehen hätten⁸¹, aber dem standen viele juristische Erwägungen entgegen, denn der Verein war offiziell in Coburg gefestigt und hatte dort seine nicht unbeträchtlichen Gelder deponiert (auch die Flottengelder, die jederzeit zu einem juristischen Streitobjekt werden konnten). Der Verein war dem Herzog entfremdet, durfte ihn aber auch nicht herausfordern. Über die Frage, ob es besser sei, daß v. Rochau nach Coburg ziehe und Carl Brater es unternähme, zwischen Streit und ihm kollegial zu vermitteln, oder ob es vorzuziehen sei, Coburg aufzugeben, schwankten die Ansichten.⁸² Die Lösung des Problems wurde dem neuen Aus-

79 WOCHENSCHRIFT Nr. 178 v. 24. 9. 1863, S. 1 504. Dazu kommt noch eine Kontroverse, die Struve mit Häußler ausfocht, der mit v. Rochau politisch verbunden war.

80 Am 3. November unterzeichnete v. Rochau eine Nachricht, die am 10. November in Nr. 237 der Wochenschrift über dem Wochenbericht auf der Titelseite erschien (*Zur Nachricht*), die nur als Drohung und Druckmittel aufgefaßt werden konnte, besonders da der Nationalverein alle Interna immer sehr diskret behandelt hat: Der neue Ausschuß habe ihn um Fortsetzung der politischen Redaktion der Wochenschrift gebeten, er habe sie einstweilen wieder aufgenommen, aber seinen definitiven Entschluß „von den Modalitäten abhängig gemacht, unter denen der die Preßtätigkeit des Vereins betreffende Beschluß der Eisenacher Generalversammlung demnächst zur Ausführung gebracht werden wird.“

81 VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 41: Ein Herr Meyer fordert die Vereinigung von Redaktion, Herausgabe und Druck an einem Ort „wo ein größeres politisches Leben und größerer Verkehr ist.“ Es handelt sich ohne Zweifel um den Sohn des Bürgermeisters von Bremen, H. H. Meier „aus Baltimore“, den späteren Direktor des Norddeutschen Lloyd. Böhmert kündigte sein Kommen zur Generalversammlung in einem Brief an Bennigsen an (H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen I, 1910, Brief v. 24. 10. 1864, S. 645). Der Brief enthält auch einen Angriff auf die Coburger Zentrale. Meier dürfte im Auftrag Böhmerts gesprochen haben.

82 Handschriftliches Protokoll der Vormittagssitzung des Ausschusses v. 29. 10. 1864, S. 1. Bennigsen, Miquel, Metz und Lüning waren für Coburg als zentralem Ort. Aus anderen Protokollen ergibt sich, daß Duncker und Schulze-Delitzsch (der auch für Preßbüro und lithographische Korrespondenzen eintrat) für Frankfurt waren, besonders da Lammers ankündigte, seine Korrespondenz in Frankfurt erscheinen zu lassen.

schuß übertragen, aber wer die Vorstands- und Ausschußprotokolle genau verfolgt, wird sehen, daß August Lammers frühzeitig auf Frankfurt hinwies, und zwar mit der Begründung, daß der Verein eine lithographierte Korrespondenz herausgeben müsse und dazu Coburg nicht taue. Lammers hatte Interesse daran, daß in Frankfurt, der Zentrale des Bundes, nach der Schließung der Organe des Nationalvereins (erst die „Zeit“ und dann die „Süddeutsche Zeitung“) und ihm als Redakteur der untergegangenen Organe, wieder ein eigenes Organ zur Verfügung stände. Der Ort, an dem die gewünschte Vereinigung der Tätigkeiten stattfinden würde, wurde auf der Generalversammlung nicht erwähnt, aber auch von Seiten der Opposition nicht danach gefragt. Dem Wortlaut der Resolution nach durfte man annehmen, daß Coburg gemeint sei, aber der informierte Streit mußte wissen, daß die Generalversammlung sich darüber bestimmt zu erklären hatte, denn davon hing sein Schicksal ab und das der linken Opposition.⁸³

Um seinen guten Willen gegenüber der vorhandenen Kritik am Vereinsorgan zu zeigen, schlug der Ausschuß eine Kontrollkommission vor, die die politische Haltung aller Vereinspublikationen zu überwachen hatte.

Der Antrag wurde wie üblich „mit großer Mehrheit“ zum Beschluß erhoben.⁸⁴ Der neue Ausschuß und der neue Vorstand beschäftigten sich bis zum 1. April 1865 mit der bestätigten Reorganisation des Vereins.

Am 6. April 1865 erschien das „Wochen-Blatt des Nationalvereins“ mit Frankfurt a.M. als Erscheinungsort. Die Expedition und den Druck besorgte ein Herr C. Adelman und als Geschäftsführer fungierte Lorenz Nagel, der schon früher als Sekretär des Vereins und als Mitarbeiter der Nationalvereinsblätter in Frankfurt gewirkt hatte. Die Ablösung von Streit durch Nagel war geräuschlos vor sich gegangen und das stellte sich als Sinn der Reorganisation heraus, denn der politische Redakteur blieb in Heidelberg. Wie kam es zu der Umstellung von Coburg auf Frankfurt und von Streit auf Nagel, die nicht nur einen Orts- und Personenwechsel bedeutete, sondern eine anhaltende Umorientierung, an deren Ende der Einheitsstaat stand?

Der Ausgangspunkt aller Überlegungen war für den alten und den neuen Ausschuß (und dessen Vorstand) Coburg als Zentrale des Vereins. Dorthin sollten zwecks Vereinigung v. Rochau und sein Mitarbeiter in der Redaktion Lorenz Nagel auf Kosten des Vereins ziehen.⁸⁵ Sobald aber Zweifel an der Aus-

83 Streit verlangte auf der Ausschußsitzung v. 29. 10. 1864 (Handschriftliches Protokoll, S. 1) die zentralisierte Organisation und deren kollegiale Rollenverteilung (Streit, v. Rochau, Brater), anscheinend wegen der Gewißheit, daß Coburg der Ort sein würde. Er mag sich dabei auf Bennigsen verlassen haben, dessen Neigung für Coburg er wohl unterstellte. Frankfurt war 1859 schwankender Boden gewesen, wurde es wieder im Jahre 1865 wegen Österreich (das mit Verbot der Generalversammlung drohte) und Preußen 1866 (das das Wochen-Blatt unterdrückte).

84 VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 41. Die „kleine Minderheit“ bestand aus Gegnern, denen das Vereinsorgan zu kostspielig war. Auf diese Gegnerschaft reagierte Streit mehrfach, besonders auf der Ausschußsitzung v. 28. 10. 1864.

85 Nach dem Ausschußprotokoll v. 2. 11. 1864 sollten v. Rochau, Brater und Streit in Coburg ihren Wohnsitz haben; die Geschäftsführung sollte an Brater und Streit fallen, die Redaktion der Wochenschrift an v. Rochau und Brater, die auch für die allgemeine Pressetätigkeit zuständig sein sollten. Auf der Vorstandssitzung v. 20. November wurde bekannt, daß Brater abgelehnt habe (er zog die Tätigkeit in Bayern vor) und Nagel wurde an seiner Stelle

führbarkeit dieser Lösung kamen und Frankfurt erwogen wurde, hatte der Ausschuß gegen Streit ein Druckmittel, um ihn gefügig zu machen und das waren seine Geldschwierigkeiten. Die „Arbeiterzeitung“ seit 1863 und die „Wehrzeitung“ seit Anfang 1864 hatten ihn in Schulden gestürzt. Dazu kamen seine Veröffentlichungen, die er der Idee wegen unternahm, die ihm aber wenig einbrachten. Hinzu kam, daß er sein Rechtsanwaltsbüro vernachlässigen mußte; er hatte Hilfskräfte anzustellen und oft aus eigener Tasche zu bezahlen. Es handelte sich dabei um große Summen. Sobald man seine Unternehmen käuflich erwerben wollte, widersetzte Streit sich: Er war stolz auf seine Unabhängigkeit, aber auch auf sie politisch angewiesen. Nur die Verluste, die er durch den Verein erlitten hatte, wollte er sich ersetzen lassen.⁸⁶ Das geschah immer teilweise und derart, daß er von der Vereinskasse abhängig blieb. Seine Defizite wurden zu einem Argument gegen ihn.

In der Vorstandssitzung vom 16. Januar 1865⁸⁷ stellte sich heraus, daß weder Nagel noch v. Rochau bereit waren, nach Coburg zu übersiedeln. Der Vorschlag Streits, die Geschäftsführung provisorisch bis zur nächsten Generalversammlung zu führen, wurde nicht beachtet und sogleich beschlossen, Nagel in den Vorstand aufzunehmen und ihm die Geschäftsführung zu übertragen. Die Tatsache, daß die Weigerung von Nagel und v. Rochau einfach zur Kenntnis genommen und die beschlossene kollegiale Organisation beiseite geschoben wurde, weist auf eine regelrechte Verschwörung gegen Streit hin, innerhalb und um den Ausschuß. Die Ablösung Streits scheint beschlossene Sache vor Beginn der Sitzung gewesen zu sein.

Eine in Coburg vereinte kollegiale Leitung der Geschäfte und der Redaktion hätte der politischen Richtung von Streit neue Wirkungsmöglichkeiten eröffnet und deshalb wurde sie verhindert. Hätten die Linksliberalen auf der Generalversammlung zu Eisenach darauf bestanden, als Ort der Zusammenlegung von Redaktion und Geschäftsführung ausdrücklich Coburg zu nennen, hätten sie vielleicht Erfolg gehabt, denn der Ausschuß war sich darüber zur Zeit der Generalversammlung noch nicht schlüssig geworden. Mit der Geschäftsführung

vorgeschlagen, aber immer unter der Voraussetzung, daß die Zentrale in Coburg zusammen-treten würde. Nagel sollte in den Vorstand kooptiert werden, und dieser sollte dann das auf der Generalversammlung beschlossene Kontrollorgan sein (Gedrucktes Protokoll, S. 27).

⁸⁶ Streits pekuniäre Verhältnisse wurden in Vorstandssitzungen behandelt, teils in seinem Beisein, teils ohne ihn. Am 17. 10. 1863 wurde nur die Lage der Arbeiterzeitung behandelt, wobei Streit die Radikalität als Erfordernis der Agitation unter Arbeitern hinstellte und jede Übernahme der Verluste durch die Vereinskasse ablehnte (Gedrucktes Protokoll, S. 19). Eine außerordentliche Vorstandssitzung am 14. 2. 1864 behandelte Streits direkte Verluste durch seine Vereinstätigkeit und veranlaßte ein Zirkular an die Ausschußmitglieder über eine Pauschalentschädigung von 6 000 Gulden, wobei angegeben wurde, daß die bisherigen Entschädigungen nicht entfernt hingereicht hätten. Die Frage wäre, woher die Informationen stammen, da Streit nicht zugezogen war. Man könnte an den Protokollführer Schweigert aus dem Streikreis denken. Brief mit Zustimmungserklärungen von Ausschußmitgliedern zu der Pauschalentschädigung befinden sich im Streitnachlaß, einige mit der Erklärung, daß die Summe ungenügend sei.

⁸⁷ Gedrucktes Protokoll der Vorstandssitzung, Kassel, den 16. 1. 1865, S. 29–30. Die Mitteilung Streits, auf die Geschäftsführung zu verzichten, wurde einfach zur Kenntnis genommen. Dagegen waren die Modalitäten der Verlegung der Zentrale in 7 Paragraphen ausgearbeitet und nur die Zustimmung des Ausschusses vorbehalten. § 4 sagt, daß v. Rochau nach Frankfurt übersiedelt, was nie geschah.

durch Nagel und dessen Zusammenarbeit mit v. Rochau war die Rechtsentwicklung eingeleitet und das Ausscheiden der Linksliberalen nur eine Frage der Zeit.

Im Jahre 1859 war die Unterordnung der alten Demokraten unter die Konstitutionellen, die man „Gothaer“ nannte, gelungen, und obwohl die Demokraten in der Mehrheit waren, haben die Gothaer als die politisch erfahreneren den Nationalverein ideologisch geprägt. Statt alle, die sich der Leitung der Konstitutionellen unterwarfen, einfach mit dem abwertenden Wort „Gothaer“ zu bezeichnen⁸⁸, ist es besser, sie als „Rechtsliberale“ einzustufen und zu behandeln. Das Spektrum dieser Rechtsliberalen reichte damals bis weit nach links, was sich herausstellte, als sie später die nationalliberale Partei bildeten, die niemals anders als rechtsliberal eingestuft wird, obwohl ihr viele ehemalige Demokraten angehörten.⁸⁹ Nachdem diese rechtsliberale Mehrheit im Ausschuß Streit durch die Kombination Nagel-v. Rochau ersetzt hatte, war die Leitung des Vereins eindeutig der Rechten übergeben, aber das Bild wird dadurch kompliziert, daß das ursprüngliche Ziel der Rechten, der konstitutionelle Bundesstaat, innerhalb des Vereins heftig angefochten wurde und dieser Angriff wiederum ein doppeltes Gesicht trug, nämlich die Wahl zwischen Anschluß oder Annexion durch Preußen. Als die Leitung des Nationalvereins im Frühjahr 1865 mit dem „Wochen-Blatt“ eindeutig in die Hände der Rechten fiel, wußte sie nicht den Weg des Nationalvereins zu bestimmen. Unter der immer häufiger gebrauchten Formel von der „preußischen Zentralmacht“ ließ sich die alte bundesstaatliche Einigung verstehen, aber auch der Anschluß an Preußen und die Annexion durch Preußen.

Genauso unsicher waren die Demokraten, für die wir den Ausdruck Linksliberale vorziehen, weil der Ausdruck „Demokrat“ polemisch gebraucht wurde und die volksparteiliche Demokratie weniger durch die Parlamentsouveränität charakterisiert wird als durch Selbstbestimmung und Dezentralisation. Wenn die Rechtsliberalen aller politischen Schattierungen sich an Preußen orientieren, versuchten die Linksliberalen sich mit Herzog Friedrich und den mittelstaatlichen Regierungen zu arrangieren, indem sie deren staatliche Unabhängigkeit für Dezentralisation und Selbstbestimmung ausgaben.

Viele der Linksliberalen blieben im Verein, solange dort der Bundesstaat noch aufrecht gehalten wurde. Das äußere Zeichen dafür war die Zusammenarbeit mit dem 36er-Ausschuß und dem Abgeordnetentag. Erst als die preußischen Abgeordneten dem Abgeordnetentag im Oktober 1865 demonstrativ ferngeblieben waren, fing der Weggang der linken Ausschußmitglieder an. Seitdem fiel der Verein mit seinem rechten Flügel zusammen. Zahlenmäßig und moralisch-inhaltlich handelte es sich nur um einen Rumpf.

88 Diese Bezeichnung wurde für diejenigen, die im Nationalverein blieben, von seiten der Volksparteiler allgemein.

89 Beispielhaft sind Fries, Wartenburg und Henneberg zu nennen, die alle zur Gruppe gehörten, die sich in Eisenach 1859 als Demokraten bezeichnet hatten.

ACHTES KAPITEL

DAS SCHEITERN DER GESAMTKONSTITUIERUNG DES BÜRGERTUMS UND DIE SPALTUNG IN PARTEIEN

Seit dem Jahre 1862 sah sich der Nationalverein als Vorparlament für die bundesstaatliche Einigung Deutschlands durch Einführung der legitimen Reichsverfassung aus dem Jahre 1849 an. Von Mund zu Mund verbreitete die Rechte im Nationalverein, daß Österreich sich selbst ausschließen werde, und die „Wochenschrift“ wie auch die Tagungsberichte wiesen auf die natürliche Entwicklung in dieser Richtung hin. Das preußische Erbkaisertum wurde agitatorisch als zur Reichsverfassung gehörig hingestellt und damit der Ausschluß Österreichs auch historisch untermauert. Die Linke im Nationalverein verlangte zumindest staatsrechtliche Beweise für den Selbstausschluß der Österreicher und sah im Mitwirken von Österreichern an den Abgeordnetentagen und im 36er-Ausschuß einen Gegenbeweis für ihre behauptete Teilnahmslosigkeit. In beiden Richtungen war der Wunsch der Vater des Gedankens, und Spannung wie Spaltung waren davon die Folge. Mit der Krise um die politische Konstituierung von Schleswig-Holstein im Jahre 1865 kam das neue Moment des einheitsstaatlichen großpreußischen Ideals hinzu, das ebenso den Ausschluß Österreichs zur Voraussetzung hatte. Die preußische Regierung drang auch ihrerseits auf den Ausschluß Österreichs aus dem Deutschland der Zukunft, indem sie im Jahre 1863, und deutlicher noch im April 1866, ein deutsches Parlament verlangte, das aus gleichem und direkten Wahlrecht hervorgehoben würde. Da Österreich nie und nimmer einer Sonderstellung seiner deutschen Bevölkerung gegenüber seinen anderen Staatsbürgern zustimmen würde, war damit der Selbstausschluß Österreichs gegeben. Da das demokratische Wahlrecht als integrierender Bestandteil der Reichsverfassung Teil des Programms des Nationalvereins war ebenso wie der preußischen Regierung, war eine Annäherung des rechten Flügels des Nationalvereins an Preußen trotz des Verfassungskonfliktes angebahnt. Zwar hatte Preußen die Reichsverfassung nur im Zusammenhang mit dem Wahlgesetz erwähnt, aber man konnte behaupten, daß es auf dem Weg sei, das Programm des Nationalvereins zu adoptieren. Schwierigkeit bereitete nur, daß man sich verpflichtet hatte, der Fortschrittspartei gegen Bismarck und seine Regierung beizustehen, aber diese war selbst gespalten: Die großpreußischen Einheitsstaatler unter ihnen wollten, ohne es klar auszudrücken, den Anschluß der Herzogtümer in dieser oder jener Form (vom nur militärischen Anschluß bis zur völligen Annexion) als Weg zu weiteren Anschlüssen (zunächst in Norddeutschland) und waren bereit sich in der Außenpolitik mit Bismarck zu verständigen; die bundesstaatlich Gesonnenen wollten außer gewissen Sicher-

heiten in verkehrs- und handelspolitischer Hinsicht den Schleswig-Holsteinern freie Hand zu ihrer Selbstkonstituierung im Sinne der Reichsverfassung lassen, wobei sie, ebenso wie die Großpreußen, paradigmatisch für ganz Deutschland dachten. Die kleine Gruppe von einheitsstaatlichen Demokraten kann hierbei übersehen werden (sie wollten annectieren, aber den Konflikt weiterführen).

Der Nationalverein war während der Jahre des preußischen Militär- und Verfassungskonflikts an die bundesstaatliche Mehrheit der Fortschrittspartei in Preußen gebunden, wie es am deutlichsten der Beschluß über die bundesstaatliche Reichsverfassung gleich zu Beginn des Konflikts in Preußen ausdrückte, aber der Einfluß der Einheitsstaatler unter den Gönnern des Vereins unter der geistigen Leitung Treitschkes nahm andauernd zu, wie die „Wochenschrift“ klar erkennen läßt. Was die Lage so undurchsichtig macht, war die Erkenntnis der Redaktion, daß es die Zukunft des Vereins in den Mittelstaaten verlangte, auf dem Bundesstaat zu bestehen: Ohne das Konzept des Bundesstaates wären alle politischen Aussagen des Vereins für die Mittel- und Kleinstaaten bedeutungslos gewesen.

Die Idee der bundesstaatlichen Einigung hatte der Ausschuß während der Zeit der Auseinandersetzung zwischen den Schleswig-Holsteinern und den Preußen gerettet, indem er die schleswig-holsteinischen Vereine zu dem sogenannten Berliner Kompromiß veranlaßte¹, dem zufolge ein zukünftiger Bundesstaat Schleswig-Holstein sich zu wichtigen Zugeständnissen an Preußen verpflichtete (maritimer Anschluß und Zollverein u.a.), aber darüber hinaus frei blieb, sich zu konstituieren, wobei ein eigener Herzog zum Symbol der Selbstbestimmung wurde. Garant dieses Kompromisses war die Fortschrittfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses. Voraussetzung dieses als Vorbild gedachten nationalen Einigungsaktes war, daß das Haus der Abgeordneten für Preußen sprechen konnte, d.h., daß es den Verfassungskonflikt siegreich beenden würde. Der Sieg im Verfassungskonflikt über Bismarck und seine Regierung war die Voraussetzung jeder positiven Entwicklung, oder wie das „Wochenblatt“ noch am 14. Juni 1866² schrieb: „Eine bloße Veränderung aber im Personal der Fachminister u.dgl., verbunden mit einigen Versprechungen in bezug auf das Budgetrecht, überhaupt ein bloßer Ministerwechsel genügt jetzt *nicht* mehr, um die rettende Verwandlung der Lage hervorzubringen.“ Gemeint ist

1 Die Initiative zu der als „Versammlung“ bezeichneten Vereinbarungskommission kam vom Vorsitzenden des 36er-Ausschusses, Siegmund Müller (Frankfurt), der auch als Vorsitzender der Versammlung unterzeichnete. Alle Unterzeichner der Übereinkunft (einschließlich Müller) sind Mitglieder des Nationalvereins (Metz-Darmstadt, P. Jessen-Altona, M. May-Altona, Frese-Berlin). Unter den Mitgliedern des 36er-Ausschusses befinden sich die wichtigsten Vorstands- und Ausschußmitglieder des Nationalvereins (v. Bennigsen, Duncker, Hoverbeck, Schulze-Delitzsch, v. Unruh). Demnach ist die Übereinkunft eine Fortsetzung der Politik des Nationalvereins, in der Frage Schleswig-Holsteins den 36er-Ausschuß vorzuschieben. Der Nationalverein hat sich von Anbeginn mit der Vereinbarung identifiziert, und seine Beschlüsse auf der Frankfurter Generalversammlung ihm angepaßt. Das Rundschreiben des 36er-Ausschusses findet sich im Nachlaß Streit (München), sicher kein Zufall!

2 Die Neutralität des dritten Deutschland, WOCHEN-BLATT Nr. 63 v. 14. 6. 1866, S. 501. Nicht nur der erzwungene Rücktritt Bismarcks wurde erwogen, sondern auch der Rücktritt Wilhelm's. Revolution wird als Selbsthilfe aufgefaßt, an Volksrevolution aber wohl kaum gedacht.

damit „die Revolution in Berlin“, die den Sieg des Parlaments durch den Sturz Bismarcks besiegeln würde. Nach dem Schlachtensieg von Königgrätz und dem konservativen Wahlsieg zum preußischen Parlament wird die Bereitschaft der Regierung zum Entgegenkommen angenommen, und die Bereitwilligkeit des Parlaments, „auf billige Bedingungen hin Frieden mit der Regierung zu machen, ist von vornherein kein Gegenstand des Zweifels“.³ Der Stimmungswechsel ist unerhört; von einem Wechsel der Regierung ist nicht mehr die Rede.

Die Entscheidung, ob infolge des unerwartet raschen Sieges über Österreich einerseits, und die Opposition des preußischen Bürgertums andererseits der preußische große Einheitsstaat oder ein Bundesstaat zustande kommen würde, lag nunmehr nicht mehr bei den Parlamentariern im und um den Nationalverein, sondern bei Bismarck und seiner Regierung. Der Aufruf des Ausschusses von Berlin, im August beschwor die preußische Regierung mehr als daß er sie rechtlich aufforderte, den Bundesstaat aufzurichten.⁴ Der Hinweis, daß die preußische Staatsgewalt auf die deutsche Nation ebenso angewiesen sei wie die deutsche Nation auf die preußische Staatsgewalt, bedeutete jetzt nach der Wahl-niederlage der Liberalen nur noch Bitte um den Bundesstaat, man wußte schon, daß Preußen auch zusätzlich zu Schleswig-Holstein annektieren würde; man wußte noch nicht, wo und wieviel. Bismarck hat die Quadratur des Zirkels insofern geschafft, als er außer in Sachsen, wo ihn internationale Beziehungen daran hinderten, soviel, wie er für nötig erachtete, annektiert und zugleich einen Bundesstaat errichtet hat, der als solcher im In- und Ausland anerkannt worden ist und wenige Jahre später, als Deutsches Reich, Geschichte gemacht hat. Daß dieser Norddeutsche Bund zugleich strukturell und territorial ein Monstrum war (mehr als das erste Deutsche Reich, das als seine idealtypische Verwirklichung galt) und als ein verfassungsmäßiges Kuriosum, ist von seinen Widersachern genug hervorgehoben worden, braucht uns aber nicht zu beschäftigen. Uns geht an, daß Bismarck sorgfältig darauf geachtet hat, daß weder der Nationalverein irgendwie die Rolle eines Vorparlaments noch das preußische Abgeordnetenhaus die Rolle einer Nationalversammlung behaupten konnte. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes hat Bismarck mit den Fürsten der nicht annektierten Gebiete beraten, durch eine *beratende* (nicht „vereinbarende“) Versammlung bestätigen und durch sämtliche Parlamente der Einzelstaaten in Kraft treten lassen.⁵

Das „Wochen-Blatt des National-Vereins“ (als einziger Ausdruck des freien Willens des Vereins) mußte seine Niederlage eingestehen. Es tat das in der ersten Nummer, die am 13. September im unbesetzten Heidelberg erscheinen konnte: Mochten die Preußen als Preußen über den Machtzuwachs ihres Staates sich begeistern, und die Kleinstaatler Thüringens (und anderswo) hoffen, durch einen „Anschluß“ – das Wort Annexion wurde vermieden – ihr teures und uneffizientes Staatswesen loszuwerden, der Nationalverein mußte das Mißlingen seines Konzepts der Konstituierung Deutschlands durch das Bürgertum zu-

3 WOCHEN-BLATT Nr. 67 v. 12. 7. 1866, S. 530.

4 WOCHEN-BLATT Nr. 69 v. 13. 9. 1866, Titelseite. Der Aufruf ist Berlin, den 7. 8. 1866 gezeichnet. Er erschien wegen Verbot des Blattes verspätet.

5 Siehe E. R. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. III, 1963, S. 646–648.

geben. Schon Kleindeutschland war ein Verzichtdeutschland, dem sie zudem Teile des Bürgertums zu opfern hatten; der Norddeutsche Bund war von diesem kleineren Deutschland nur ein Teil. Die Konstituierung Deutschlands als Bürgerstaat forderte zudem die Verbindung von Einheit und Freiheit, also die Parlamentsherrschaft im geeinten Deutschland, davon war aber im Norddeutschen Bund nicht die Rede. In der politischen Wirklichkeit bedeutete das, daß die bundesstaatliche Einigung Deutschlands, wie sie der Nationalverein geplant hatte, erst nach dem Sieg des preußischen Parlaments und dem Sturz Bismarcks kommen durfte. Das war kein Irrtum oder Mißgriff, sondern Teil des nationalen Konzepts, das sagte, daß eine freiwillige Einigung der Deutschen nur als Bundesstaat und nicht als ein verlängertes Einheitspreußen zustande kommen würde. Der Nationalverein hatte also mit Königgrätz sein inneres Düppel erlitten, wie man sagte. Wenn Bennigsen im eroberten Hannover darüber gezwungenerweise hinwegkam, war das verständlich; wenn die Heidelberger mit v. Rochau an der Spitze im freien Baden das einfach zugaben, leisteten sie im Namen des Nationalvereins Verzicht auf die Einigung Deutschlands durch das konstituierte Bürgertum. Sie trieben nicht im Namen des Bürgertums Realpolitik, sondern Verzicht auf bürgerliche Politik; statt deren waren sie bereit, Untertanen in einem Nationalstaat zu sein, an dessen Schaffung sie nicht beteiligt waren. Ihre Hoffnung auf einzelne Freiheiten im Rahmen des werdenden Nationalstaates erfüllten sich allmählich, besonders die Freiheiten, die mit dem Wirtschaftsleben zusammenhingen, für deren Erfüllung der norddeutsche Reichstag planmäßig vorgesehen war, aber auf die politische Freiheit, das Bürgerrecht auf Mitbestimmung, der zuliebe der Nationalverein als Nachfolger der Paulskirche ins Leben getreten war, verzichteten v. Rochau und sein Kreis ganz offen.

Der Aufsatz hieß ganz schlicht *Zur Orientierung*.⁶ Es handelt sich weniger um eine Orientierung als um eine Umorientierung, verbunden mit Selbstkritik, im ganzen Verzicht auf das Programm des Nationalvereins und jeder Bürgerpolitik. Im Mittelpunkt steht die Behauptung, daß Preußen seinem deutschen Beruf nachgekommen sei, also den Grundgedanken des Nationalvereins ausgeführt habe, indem dreiviertel der Nation unter der unmittelbaren oder mittelbaren preußischen Herrschaft vereinigt seien. Nur dessen Berufung zur Erfüllung seiner nationalen Mission sei ausgeblieben; an deren Stelle war Kabinettpolitik getreten, die sich trotz des Widerstandes und dem Unglauben des Vereins als realistisch erwiesen hat. Demnach habe der Nationalverein die Macht seiner eigenen Idee und die derselben zu Gebote stehenden Kräfte unterschätzt.

Unterstellt wird, daß die preußische Kabinettpolitik unter dem Einfluß des Programms des Nationalvereins bewußt oder unbewußt gehandelt habe. Daß dann aber der Nationalverein überhaupt überflüssig war, wird nicht gesagt, obwohl gerade deswegen so viele den Nationalverein verlassen hatten: Im Dezem-

6 WOCHEN-BLATT Nr. 69 v. 13. 9. 1866, S. 538 f. Die Zeitung erschien unbelästigt in Heidelberg. Die Verlegung war wirklich durch äußere Umstände bedingt und erregte kein Aufsehen im Gegensatz zur Verlegung der Redaktion von Coburg nach Frankfurt, die politisch begründet war. Trotzdem sind die Folgen der Verlegung von der Hauptstadt des ehemaligen Deutschen Bundes in das Zentrum des badischen Rechtsliberalismus erheblich und beachtlich.

ber 1865 waren es immerhin noch über 10 000 Mitglieder, im Jahr von Königgrätz nur noch die Hälfte, um im folgenden Jahr auf genau 1 000 zu sinken. Daß eine Militärmacht große Flächen in Deutschland erobern und organisieren könne, wußte man auch damals bei der Gründung des Nationalvereins. Bei ihr ging es darum, Deutschland durch sein Bürgertum zu konstituieren und dazu auch Preußen (aber nicht nur Preußen) einzuspannen. Dafür hatte er „Bedingungen“ gestellt⁷, denen Preußen eben nicht nachgekommen ist, und auf sie kam es an. Wenn die Freiheit der Einheit gleichgesetzt wurde, meinte man die „Bedingungen“, nämlich den Bürgerstaat, den sich allerdings die Demokraten und Konstitutionellen (oder Links- und Rechtsliberale) in Einzelheiten verschieden vorstellten.

„Wie Piemont Italien, so ist Preußen Deutschland“, sagt v. Rochau.⁸ Ob der Anschluß Italiens an Piemont wirklich einer militärischen Besetzung und Annexion durch Preußen gleichkam, wird nicht untersucht, auch nicht, ob italienischen Bürgern zugemutet wurde, beim Anschluß an Piemont auf liberale Errungenschaften zu verzichten, wie es bei Hessen oder Hannoveranern der Fall war.

Die Frage der preußischen Spitze war mit Spannungen, Spaltungen und Ausritten verknüpft, aber auch der Rest bestand auf Bedingungen, die für die preußische Führung zu stellen waren. Darauf verzichteten nur die großpreußischen Einheitsstaatler, denen v. Rochau erst später zuzurechnen ist. Die Frage der Bedingungen, d.h. der Bedingungen für den liberalen Bürgerstaat, besteht für ihn auch in den Tagen von Königgrätz: Preußen, das jetzt Deutschland zu sein hat, soll, wie für ihn ganz selbstverständlich, ein liberaler Rechtsstaat sein, nur daß das entsprechend seiner „Realpolitik“ nicht mehr rechtlich gefordert werden kann wie zur Zeit, als der Nationalverein die Reichsverfassung zum Programm erhob; jetzt mußte der Rechtsstaat von Preußen freiwillig gewährt werden. Wie kann das der Realpolitiker von Bismarck erwarten? Da kommt ihm die Eingebung, daß „die liberale Opposition in Preußen durch die mit der Annexion gegebenen Vervielfältigung ihrer Bestandteile unfehlbar an Bedeutung gewinnt“⁹, also Preußen durch die Annexionen (und durch den Norddeutschen Bund) an liberalen Bestandteilen gewinnt, und die Regierung früher oder später sich dem anpassen wird. Eine Art List der Geschichte bringt die Nationalpartei dazu, in den ohne ihre Mitverantwortung geschaffenen Verhältnissen „die unabänderliche Grundlage für den weiteren Ausbau der deutschen Verfassungssache anzuerkennen“ und so zum Ziele zu gelangen. Darum riet er der

7 Das preußische Volk vor allem muß dartun, daß es trotz der Großmachtstellung des preußischen Staates sich als Teil des *deutschen* fühle und daß es gleich jedem anderen Staate Deutschlands der deutschen Zentralgewalt und Volksvertretung sich unterordne. „Wenn die preußische Regierung die Interessen Deutschlands nach jeder Richtung tatkräftig wahrnimmt und die unerläßlichen Schritte zur Herstellung der deutschen Macht und Einheit tut, wird gewiß das deutsche Volk vertrauensvoll die Zentralgewalt dem Oberhaupt des größten reindeutschen Staates übertragen sehen“ (VERHANDLUNGEN I, 1860, S. 15). Dazu sagt v. Rochau in dem angeführten Aufsatz: „Die Berliner Kabinettspolitik ist den Bedingungen nicht nachgekommen, unter denen die Nationalpartei dieselbe an die Spitze von Deutschland berief“ (WÖCHEN-BLATT Nr. 69 v. 13. 9. 1866, S. 538).

8 Ebd.

9 Ebd., S. 539.

liberalen Opposition an, ihren Frieden mit der Regierung zu machen und darin lag Konsequenz, denn es galt nicht mehr, eine widerwillige Regierung weiterhin zu *zwingen*, wie es die Fortschrittspartei in paralleler Haltung zum Nationalverein versucht hatte, sondern eine providentielle Regierung zu *überzeugen* und zu *überreden*, denn das war in seinen Augen Zweck und Sinn eines von oben eingesetzten Parlaments.

Die Neuorientierung war nicht für die Demokraten und Volksparteiler gedacht, weder für die, die schon abgefallen waren, noch für die, die noch abfallen würden, wie Schulze-Delitzsch, sondern für den Rumpf derer, die im Nationalverein ausharrten, besonders die Nicht-Preußen, denen eine besondere Bedeutung für die Gestaltung des vergrößerten Preußen und Norddeutschland zukommen würde. Sie waren jetzt die Nationalpartei.

Die Neuorientierung verlangte den Verzicht auf Volksinitiative und damit auf das Programm des Nationalvereins; ob der Nationalverein aufzugeben war, klärte v. Rochau nicht: Immerhin konnten aus der Sicht Heidelbergs Perspektiven für sein Weiterbestehen erspäht werden, wenn man wollte. Sichergestellt waren dagegen die Aufgaben der Nationalvereinler, soweit sie in preußischen oder anderen parlamentarischen Gremien tätig waren. Die Verpflichtung zur fraktionellen Absonderung der national gesinnten Liberalen mit der Absicht, Bismarck und seine Regierung zu beeinflussen, lag auf der Hand. Die Tendenz dazu hatte sich in der Zeit des erzwungenen Schweigens des „Wochen-Blatts“ schon gezeigt. Die Arbeitsgemeinschaft der nationalen Liberalen (unter schwankenden Bezeichnungen) war schon im Entstehen. Die Aufgabe v. Rochaus blieb nur, die Neuorientierung zu formulieren und den wenigen Lesern im außerpreußischen Deutschland harmonisierend darzustellen: Mit den Annexionen an Preußen schrumpfte zunächst das Verbreitungsgebiet der Zeitung erheblich zusammen, solange die Post die Lieferung im neuen wie im alten Preußen verweigerte.

Es mochte so scheinen, als sei mit v. Rochaus Umorientierung alles gesagt, was vom Standpunkt der nationalen Rechtsliberalen her zu sagen war. Der Liberalismus hatte sich mit den Machthabern zu vereinbaren, und die Lösung der nationalen Frage war ihnen anzuvertrauen: Das als berichtigende Orientierung des alten Programms der Nationalpartei hinzustellen, war die Aufgabe des „Wochen-Blattes“. Tatsache aber ist, daß sich diese nationale rechtsliberale Haltung verschieden interpretieren ließ, und schon die Zeitgenossen erkannten, daß es innerhalb der sich herausbildenden nationalliberalen Fraktion wiederum einen linken Flügel gab. Die Spaltung und die Erscheinung einer sogenannten „Sezession“ später (1879) hatte ihre spezifischen Gründe, hatte aber ihre Grundlagen von Anbeginn. Auch die „Wochenschrift“ zeigte schon die Spannung. Wenn wir den nachfolgenden Aufsatz, der vermutlich von v. Rochau¹⁰ ist, beachten, bemerken wir die Nuance, sobald er auf das Parlament des Norddeutschen Bundes zu sprechen kommt: Den preußischen Staatsegoismus zwingt

10 Der Wochenbericht wird im Wochen-Blatt durchgehend mit einem Sternchen gezeichnet und nicht „R“ wie in der Wochenschrift. Es ist dennoch anzunehmen, daß er von Rochau stammt. Der in Frage stehende Wochenbericht ist v. 11. September datiert (WOCHEN-BLATT Nr. 69 v. 13. 9. 1866, S. 539 f.).

die Notwendigkeit zu seiner Einberufung. „Dem Ausland gegenüber bedarf dieses Werk (der Einigung) einer nationalen Bestätigung, den eigenen widerwilligen Bundesgenossen gegenüber einer volkstümlichen Garantie, Süddeutschland gegenüber der Anziehungskraft.“ Wenn dem so ist, läßt sich mit Bismarck nicht nur einschmeichelnd *reden*, sondern regelrecht *unterhandeln*, denn auch sein Interesse steht auf dem Spiel. Er ist nicht nur der gebende Teil, sondern auch der nehmende. Die nationalliberale Fraktion hat die Gegenseite nicht nur als „geborenen Gegner“ zu behandeln (wie die Konfliktliberalen), und wenn auch ein parlamentarisches Regime nicht in Aussicht steht, hat sie doch Anspruch darauf, als „natürlicher Mitinteressent“ von der Regierung behandelt zu werden. Geschenkt bekommt man auf dem Verfassungsgebiet allerdings nichts, man muß nehmen, was man besitzen will, Macht steht gegen Macht, aber es wird im norddeutschen Reichstag nicht an Gelegenheit fehlen, den Machtanspruch hervorzukehren wegen des Zustandes „des jetzigen Provisoriums der deutschen Zustände und den vielfachen Bedürfnissen und Bedrängnissen der preußischen Kabinettspolitik“. Angespielt wird auf den Militäretat wie auf den erzwungenen Rückzug Preußens von seiner Absicht, Sachsen einzuverleiben. Von beidem berichtete die „Wochenschrift“. Auch das ist eine nationalliberale Politik, aber eine weniger harmonisierende. Die kritische und oppositionelle Haltung des linken Flügels der späteren nationalliberalen Partei unter der Führung Eduard Laskers ist hier schon im Kerne angelegt.

Die Neuorientierung, der das „Wochen-Blatt“ das Wort sprach, bedeutete nicht nur die preußische Hegemonialmacht, deren Bedeutung erst die weitere Entwicklung enthüllte, sondern vor allen Dingen die preußische Initiative von oben, die jede Bürgerinitiative von unten, wie den Nationalverein, überflüssig machte. Logisch gesehen war jetzt nur noch eine Parlamentsfraktion berechtigt, die auf Regierungsmassnahmen reagieren würde, wie sie tatsächlich im Entstehen war und über deren Konsolidierung das „Wochen-Blatt“ eingehend und sachgemäß berichtete.¹¹

Parallel verlangt die Logik die Auflösung des Nationalvereins, nicht weil er ans Ziel gekommen, sondern weil er gescheitert war, wie er scheitern mußte, wenn nur die Initiative von oben berechtigt war. So zwingend diese Logik war, so schwer setzte sie sich durch. Die Ausschußmitglieder, die jetzt hauptsächlich in Berlin tagten, mochten an die Auflösung denken, waren sie doch zumeist Parlamentarier, die der Gang der Entwicklung nicht ausgeschaltet hatte, seien sie Großpreußen oder Bundesstaatler, denn beiden Richtungen öffnete die Regierungspolitik einen Spalt zur Tätigkeit; dem Kreis um die „Wochenschrift“ aber war kein Ventil für seine Tätigkeit gegeben, es sei denn durch die Fortführung des Nationalvereins in passender Form.

Die wenigen nationalvereinlerisch Gesinnten in Bayern und Württemberg gingen ihre eigenen Wege, hatten ihre eigenen Organe und waren mit den entsprechenden Gruppierungen der feindlichen Brüder von der Volkspartei voll

11 Siehe die Preußischen Landtagsbriefe, die mit dem ersten Bericht Berlin, 9. 9. 1866 (WOCHEN-BLATT Nr. 69 v. 13. 9. 1866) anfangen, und die Aufsätze von Lammers, die das neue Thema des Reichstages aufgreifen (angefangen mit dem Aufsatz *Die neuen Aufgaben*, WOHEN-BLATT Nr. 70 v. 20. 9. 1866, S. 549 f.).

beschäftigt¹²; die kleinstaatlichen Links- und Rechtsliberalen, wenigstens soweit sie es für Wert fanden, sich an dem „Wochen-Blatt“ zu beteiligen, waren von der bundesstaatlichen Einigung abgekommen und sprachen der Annexion durch Preußen das Wort.¹³ Ihnen ging beispielhaft Herzog Ernst voran, der für Gotha mit der preußischen Regierung über Annexion verhandelte. Hier war eine nationalliberale Fraktion in den Parlamenten der Heimat und im norddeutschen Reichstag am Platz, aber kein bundesstaatlicher Nationalverein. Blieben übrig Baden und der südliche Teil des Großherzogtums Hessen (Hessen-Darmstadt), die zum Eintritt in den Norddeutschen Bund neigten, wenn er wirklich bundesstaatlich eingerichtet sein würde, und die wegen der rührigen volksparteilichen Gegner mit der Selbstbestimmung der Bundesstaaten sehr vorsichtig umzugehen hatten. Für sie konnte ein modernisierter Nationalverein den gangbaren Weg zur deutschen Einigung weisen und Heidelberg der gegebene Ort für eine derartige Initiative sein wegen ihrer liberalen Regierung, die mit solchen Tendenzen sympathisierte, und einem Kreis von Historikern und Juristen, der die Redaktion beriet. Anhaltspunkt für die Fortführung des Nationalvereins war die Tatsache, daß der alte Nationalverein immer vor einer Mainlinie gewarnt hatte, die nun Wirklichkeit geworden war. Man wußte, daß die preußische Regierung sich gegenüber Frankreich zur Nichterweiterung des Norddeutschen Bundes über die Mainlinie hinaus verpflichtet hatte, also oppositionelle Bürgerinitiative durchaus geboten war. In dieser widersprüchlichen Lage sprach der Vereinssekretär Nagel, daß dem schon traditionell gewordenen Monat Oktober entsprechend eine Generalversammlung bevorstehe¹⁴, auch brachte das „Wochen-Blatt“ das Gerücht, daß Heidelberg der erkorene Ort sei, sagte aber zugleich, daß weder über den „Ort noch über den Zeitpunkt unserer diesjährigen Generalversammlung“ eine Bestimmung getroffen sei.¹⁵ Unter dem 28. Oktober veröffentlichte Nagel in der Rubrik *Mitteilungen aus dem Nationalverein* einen ganzseitigen Aufruf einer Versammlung der Heidelberger Nationalvereinsmitglieder *Keine Mainlinie!*¹⁶, der sich direkt an Baden, aber auch an Württemberg und Hessen-Darmstadt wandte, sich keinem Südbund unter Bayerns Führung anzuschließen, sondern sogleich „den engsten Anschluß an Preußen“ zu betätigen und was das engere Vaterland Baden angeht, den sofortigen Eintritt Badens in den Bundesstaat zu verlangen. „Soviel an uns ist, dürfen wir es nicht geschehen lassen, daß die Verfassung des Bundesstaats ohne unser Zutun

12 Siehe D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 324–334 und S. 334–369.

13 Siehe WOCHEN-BLATT Nr. 74 v. 18. 10. 1866, S. 581 *Aus Thüringen*. Die demokratische Partei wird den Augenmerk auf solche Parlamentskandidaten richten, „die entschiedene Vertreter des nationalen Einheitsstaates sind“. Die Wahlen sind für den norddeutschen Reichstag.

14 Das Zirkular Nagels „An die Agenten des Deutschen Nationalvereins“, das die Übersiedlung des Wochen-Blatts ankündigt, sagt: „Unsere diesjährige Generalversammlung wird wahrscheinlich Ende Oktober, längstens Anfang November stattfinden.“ Das Zirkular ist Frankfurt a.M., 27. 9. 1866 datiert (Nachlaß Streit, München). Auf dieses Zirkular bezieht sich der Redakteur der Mitteilungen aus dem Nationalverein in Nr. 72 des WOCHEN-BLATTs v. 4. 10. 1866, S. 568, der von der bevorstehenden Generalversammlung im Ton der Sicherheit spricht.

15 WOCHEN-BLATT Nr. 73 v. 11. 10. 1866, S. 576.

16 WOCHEN-BLATT Nr. 76 v. 1. 11. 1866, S. 600. Die ganzseitige Resolution der Mitgliedschaft in Heidelberg wurde auch als Flugblatt verbreitet.

zum Abschluß gelange. Zuwarten heißt: sich den demnächst vollendeten Tatsachen im voraus unterwerfen, heißt, mittaten ohne mitzuraten.“

Diese ungewöhnliche Aktivität einer lokalen Mitgliedschaft, die vom Standpunkt der traditionellen Statuten aus höchst anfechtbar war, weil politische Kundgebungen immer dem Ausschuß vorbehalten waren, bedeutet das eigenwillige Weiterwirken eines regionalen Nationalvereins. Wir verstehen deshalb auch, warum Nagel am 8. November nochmals auf die Generalversammlung hinweist¹⁷, nur daß für deren Zusammentritt die übliche Saison längst verstrichen war. Es wird aber auch klar, warum der Ausschuß von Berlin aus am 19. November beschloß, keine Generalversammlung dieses Jahr zusammenkommen zu lassen.¹⁸ Begründet wurde das, wie jedem Mitglied des Nationalvereins einleuchten mußte, mit der Erregtheit der Kriegszeit und die anschließenden Wirren der politischen Umgestaltung, aber zwischen den Zeilen war angedeutet, daß es nicht Sache von Privatleuten sein könne, sich in die Politik zu mischen, wo es dafür doch Parlamentarier gab. Genug würde es sein, wenn die Volkspolitik alles daran setzte, den liberalen Parlamentariern bei ihrer Mandatserneuerung zu helfen, was bei dem neuen Modus direkter Wahl zu dem zukünftigen Reichstag gar nicht so unproblematisch war. Erst wenn das geglückt ist, „angesichts der Wirksamkeit eines aus unmittelbarer Wahl hervorgegangenen Organs des Nationalwillens werden alsdann unsere Vereinsgenossen durch die Generalversammlung sich darüber entscheiden können, ob sie, unter wesentlich veränderten Umständen, die nationale Arbeit, der sie sich gewidmet haben und niemals entziehen werden, in der Form des Nationalvereins fortzusetzen gesonnen sind“.¹⁹

Die Einwirkung eines gewählten Reichstags wird die Umstellung veranlassen; der Patriot wird den Parlamentariern beistehen, indem er bei deren Wiederwahl behilflich ist: Ein Nationalverein von Wahlkomitees – das bedeutet die Selbstauflösung, die im folgenden Jahr dann auch erfolgt ist. Dagegen steht der Widersinn einer unautorisierten Initiative von unten und außen angesichts einer nationalliberalen Fraktion, die mit der Regierung ungestört zusammenarbeiten möchte. Der Aufruf der Heidelberger Mitgliedschaft des Nationalvereins, so wie ihn der übereifrige Jurist Blum veranlaßt hatte, paßt nicht zu den neuen Umständen unter denen die nationalliberale Reichstagsfraktion zu wirken hat.

Also, die drei Südstaaten sollen sich gegen Bayern stemmen, wo doch Preußen ihm die Hegemonie im Süden versprochen hatte. Preußen hatte auch gewisse Verpflichtungen gegenüber Frankreich. Beides wollte Preußen zur rechten Zeit loswerden, aber konnte es ganz einfach der Aufforderung hastiger Patrioten zum Überschreiten der Mainlinie nachkommen? Die Verhandlungen im Reichstag sind darauf die klare Antwort, und die liberalen Abgeordneten sahen sich in eine unnötig schwierige Situation versetzt. Sie lernten, daß es galt, die

17 WOCHEN-BLATT Nr. 77 v. 8. 11. 1866, S. 608 (Mitteilungen).

18 WOCHEN-BLATT Nr. 79 v. 22. 11. 1866, Titelseite *An die Vereinsgenossen*.

19 Besonderen Wert ist auf den Ausdruck „in der Form des Nationalvereins“ zu legen, da die Ausschußmitglieder zu der Ansicht gekommen waren, daß die geeignete Form in den Parlamentsfraktionen zu finden sei. Nagel, der weit vom Schuß wirkte, mochte meinen, daß es Sache der Vereinsmitglieder sei, darüber frei zu entscheiden. Deshalb seine bestimmten Formulierungen.

Quelle unnötiger Einmischungen zu verstopfen: Der Nationalverein war aufzulösen. Nehmen wir dazu einen so unschuldigen Ausdruck, alle süddeutschen Staaten hätten ein Recht zum Mitraten bei der Vereinbarung der Verfassung des Norddeutschen Bundes in bester Tradition des deutschen Konstitutionalismus: Konnten die Heidelberger Rechtsliberalen wissen, daß die Verfassung nicht zur *Vereinbarung* stand, wie jedermann annahm, sondern nur zur *Annahme*, weil ihr Inhalt als Sache der verbündeten Herrscher von Bismarck konzipiert war? Die Parlamentarier wußten das rechtzeitig und die nationalliberale Fraktion fand sich damit ab, aber die inkompetente Einmischung liberaler Patrioten konnte hier nur stören.

Die Umorientierung des Nationalvereins mußte durch seine Auflösung zu Ende geführt werden, wenn die Parlamentarier bei ihrer Zusammenarbeit mit der Regierung nicht gestört werden wollten. Vor dem Jahresende 1866 war die Auflösung des Vereins beschlossene Sache im Ausschuß, dessen Mehrzahl der parlamentarischen Fraktion angehörte; die Existenz ihrer Fraktion stand auf dem Spiel, weil ihre Fähigkeit zu gouvernementaler Politik durch Konzessionen an „Volkspolitik“ gefährdet war.

Mit der Auflösung selbst mußte bis zur traditionellen Saison für Generalversammlungen im Herbst 1867 gewartet werden, weil der Anschein einer organischen Entwicklung zu wahren war und weil es galt, über das beträchtliche Vereinsvermögen sorgfältig zu disponieren.

Bis zur Auflösung galt es auch, ordnungsmäßig das Vereinsorgan zu erhalten. Zu diesem Zweck wurde der fähige Journalist Lammers in den Ausschuß (statt des ausgeschiedenen Demokraten Preetorius) kooptiert.²⁰ Die Zeitung hatte die Aufgabe, den Übergang vom nationalliberalen Verein zur nationalliberalen Partei vorzubereiten. Rochau, Nagel und Lammers unterzogen sich dieser Aufgabe bis zum Tag der Auflösung mit viel Geschick. Es handelte sich sowohl um die Fraktionen der beiden großen norddeutschen Parlamente, den preußischen Landtag und den norddeutschen Reichstag, als auch um die nationalliberalen Fraktionen der Einzelparlamente, die aus historischen Gründen andere Namen trugen, wie die württembergische „Deutsche Partei“. In derselben Nr. 79 vom 22. November 1866, die den Ausfall einer Generalversammlung für das Jahr 1866 berichtete und die Auflösung des Vereins andeutete, erschien der Aufsatz des Vereinssekretärs Nagel mit der charakteristischen Überschrift *Zur Reorganisation der Parteien*.²¹ Es handelt sich nicht um die verschiedenen Schattierungen der ehemaligen Partei, sondern um die nationalliberale Partei unter ihren verschiedenen Namen. Anlaß ist der Aufruf von 24 preußischen Abgeordneten²², eine gouvernementale nationalliberale Fraktion zu bilden, was sich zunächst darin ausdrückt, daß die ständige oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung aufgegeben werden soll. Nagel liefert nun den Kommentar: Der National-

20 Ausschußsitzung in Berlin v. 14. 5. 1866 auf ausdrücklichen Wunsch der Bremer Mitgliedschaft, die Vertretung Norddeutschlands zu verstärken.

21 WOCHENSCHRIFT Nr. 79 v. 22. 11. 1866, S. 618–620.

22 Abgedruckt bei L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 78 f. Der Satz, der für Nagel maßgebend ist, lautet, „die Opposition nicht hinüberzugreifen zu lassen auf das Gebiet der gebilligten deutschen Politik“. Die Gewährung der Indemnität für das budgetlose Regiment Bismarcks wurde mit dieser Maxime erklärt.

verein hat in seinem Programm Einheit mit Freiheit, was bedeutet, daß die Einheit vor der Freiheit kommt, oder anders ausgedrückt, daß die Freiheit zu vertragen ist, wo sie mit der Einheit kollidiert. Es gilt, die Regierung zu überzeugen, daß der beste Weg zur Einheit, besonders in den neuen Gebieten, über die Freiheit geht, aber der Entschluß hängt von ihr ab. Der Liberalismus muß gouvernemental werden, und der Regierung ist anzuraten, liberal zu werden. Nagel geht auf das Jahr 1860 zurück, wo er schon davor warnte, alle Hoffnungen auf das Revolutionsgefälle vom Westen her zu setzen²³; die Einheit werde durch Kriege kommen, so wie es eingetroffen ist. Die Einheit kommt zuerst, und die Freiheit ist ihr untergeordnet.

Mit seinem völlig unnötigen Zurückgreifen auf das Jahr 1860 (es handelt sich bei seinem damaligen Aufsatz um eine Buchbesprechung) hatte Nagel beabsichtigt, an die Stimmung des Nationalvereins zu erinnern, der damals darauf aus war, im Gefolge der italienischen Verwicklungen militärische Konflikte aufzuspüren, aus denen irgendwie die deutsche Einigung hervorgehen sollte. Jetzt beabsichtigte Nagel wieder, äußere Gefahren heraufzubeschwören, um den Druck, der von den neuannektierten Gebieten Preußens ausgeht, zu erleichtern. Wieder befaßt sich die Zeitung mit Frankreich und den Gefahren eines neuen Rheinbundes, und die Luxemburger Frage stellt sich dafür wie providentiell ein.

Im Jahre 1867 fährt Nagel im gleichen Sinn mit der Artikelserie *Der Neuliberalismus*²⁴ fort. Neu ist dabei, daß er feststellt, „nationale Politik ist an sich selbst schon ein Stück Liberalismus“²⁵ und „die ehemalige preußische Junkerpartei ist jetzt die Rechte der nationalen Partei geworden“²⁶, beiden Sätzen gemeinsam ist die deutliche Rechtsentwicklung des Verfassers. Im Jahre 1866 stand er noch (allerdings mit Vorbehalten) auf dem Standpunkt der Erklärung der 24 Abgeordneten, das Ministerium in der nationalen und äußeren Politik zu unterstützen, ihm aber in der inneren oppositionell entgegenzutreten. Inzwischen war aber die „Selbstkritik“ Baumgartens erschienen²⁷ und dieser entsprachen die beiden neuen Thesen. Der Aufsatz *Der Liberalismus und die Staatsidee*²⁸ stand ganz im Zeichen dieses aufsehenerregenden Aufsatzes, der soeben (Dezember 1866) erschienen war und auf den er ausdrücklich hinwies. Die Staatsidee ist die von Treitschke (auf den hingewiesen wird), die dadurch hehr und total wird, daß sie einem „alten und überlebten Liberalismus“ entgegengestellt wird; entsprechend wird die Idee des Liberalismus abgebaut zu nichts mehr als dem „verfassungsmäßigen Mitbesitz der bürgerlichen Klassen an der Staatsgewalt“.²⁹

23 WOCHENSCHRIFT Nr. 6 v. 8. 6. 1860, S. 47 f. Der Artikel ist N (= Nagel) gezeichnet. Nagel, damals Streit untergeben, war jetzt in dessen Stellung des Geschäftsführers. — Der Vergleich des Preußen von 1860 und des Preußen von Bismarck ist problematisch. Der Aufsatz ist der Empfehlung einer Broschüre des rechtsliberalen Wehrenpfennig gewidmet. Nagel spricht als Süddeutscher.

24 WOCHEN-BLAATT Nr. 106 v. 30. 5, Nr. 107 v. 6. 6. und Nr. 109 v. 20. 6. 1867.

25 Ebd., S. 850.

26 Ebd., S. 831.

27 H. BAUMGARTEN, Historische und politische Aufsätze und Reden, 1894, S. 76–215.

28 WOCHEN-BLAATT Nr. 82 v. 13. 12. 1866, S. 646 f.

29 Ebd., S. 637.

Den verfassungsmäßigen Mitbesitz an der Staatsgewalt hat nicht der nutznießende Teilhaber zu bestimmen, sondern die Staatsgewalt. Zu dem Zweck hat sie im Jahre 1849 die preußische Verfassung oktroyiert und war im Begriff, die norddeutsche Reichsverfassung mit den Fürsten in den Bundesstaaten zu vereinbaren. Aufgabe des teilhabenden Teils war, den ihm zustehenden Teil in der vorgeschriebenen Form der direkten Wahl wahrzunehmen. Die neue Form der diktierten direkten Wahl verlangte nach einer passenden Form der Durchführung, die jedenfalls von der gewohnten Form der indirekten und ungleichen Wahl sehr verschieden war.

Die Frage war, hatte der Nationalverein, der mit Hinsicht auf die Verfassung von 1849 mit ihrem direkten und gleichen Wahlrecht gegründet worden war, zu dieser Problematik etwas zu sagen? Diese Frage war sehr viel passender als die Frage, ob und wie der Nationalverein doch noch zu der Einigung von oben beitragen könne, wie sie der Heidelberger Kreis des Nationalvereins unentwegt erörterte. Die Frage, wie sie Heidelberg stellte, war negativ zu beantworten, weil die Untertanen die Geheimnisse der Regierung weder wissen konnten noch durften, bis sie öffentlich wurden und jedermann zugänglich waren, und somit unnütz; die Frage wurde auch negativ beantwortet, als der Verein einstimmig die Selbstauflösung beschloß. Die Frage, ob der Verein zur Durchführung der gleichen und direkten Wahl zugunsten der Nationalliberalen beitragen konnte, wurde von Lammers in dem Aufsatz *Die Mission des Nationalvereins*³⁰ untersucht und positiv beantwortet. Zwar ist der Nationalverein als Verbindung von Demokraten und Konstitutionellen nicht mehr haltbar (wie es dem nationalliberalen Rumpf, wie er bestand, wirklich entsprach), aber für die nationalliberalen Fraktionen ist er unentbehrlich.

Der norddeutsche Reichstag tagte mit großen Unterbrechungen; seine Kompetenzen waren unsicher, die Partei brauchte aber ein „ständiges Organ“, „eine jeder Zeit aktive Organisation und eine auf Massenteilnahme begründete Taktik“. Wir würden sagen, die Partei brauchte zusätzlich zur Fraktion der Honoratioren die Organisation einer Massenpartei. Den Grundstock zu einer solchen Organisation stellt der Nationalverein dar, wenigstens zur Zeit seiner Blüte. Der Verfasser schließt mit der zutreffenden Bemerkung, daß eine jahrelang im Gang gewesene Organisation nicht aufgegeben werden kann, genausowenig wie man instände ist, das allgemeine Stimmrecht wieder einzuschränken, aber er fordert als erstes nur das Weiterbestehen des Nationalvereins und nicht den Aufbau einer nationalen Partei, die dem neuen Wahlrecht der Massen angemessen ist. Von der Zukunft war dann nie mehr die Rede.

Der Nationalverein wurde aufgelöst und eine Parteiorganisation nicht aufgebaut, oder erst sehr viel später, nachdem die Sozialdemokratie damit vorangegangen war. Den Vorsprung, den die Nationalliberalen wegen ihrer Erfahrungen mit der Mitgliederpartei des Nationalvereins hatten, haben sie nicht ausgenutzt. Beachtlich ist, daß das „Wochen-Blatt“ die historische Rolle einer politi-

30 WOCHEN-BLATT Nr. 81 v. 6. 12. 1866, S. 637. Die zentrale Frage von Lammers lautet: Soll der Nationalverein die Frage des Ausbaus der Einigung „abwälzen auf die Schultern des nationalen Parlaments (d.h. des norddeutschen Reichstages), als dessen bloßen Vorläufer sich der Nationalverein so häufig hingestellt hat?“ Die Frage beantwortet er mit Nein.

schen Massenorganisation nicht erkannt hat. Es wäre allerdings widersinnig gewesen, wenn gerade die Partei, die sich so ganz der Initiative von oben ergab, die erste aktive Massenpartei geschaffen hätte. Sie wollte auf dergleichen Anregungen nicht eingehen und zog einfach die Auflösung des Vereins vor. Lieber hing sie am Traum, daß sie das direkte, und wenn möglich auch das gleiche Wahlrecht, einmal loswerden würde. Sie begnügte sich, wie erwähnt, damit, die Mitglieder im Verein zur Bildung von Wahlkomitees anzuregen, ohne den Verein als solchen einzuspinnen.

Jede Form von reformiertem Nationalverein würde Versammlungen einberufen, Programme aufstellen und Beschlüsse fassen wollen und so die Freiheit des parlamentarischen Handelns der Fraktion einschränken. Weil aber dieser freie Spielraum das Lebenselement der nationalen Fraktion in den Parlamenten war, war die möglichst schnelle Abschaffung des Vereins geboten. Nachdem die Formalitäten der Auflösung am 19. Oktober 1867 erledigt waren, schloß Bennigsen die schwach besetzte Generalversammlung mit Abschiedsworten³¹, die der Bedeutung des achtjährigen Bestehens des Vereins wirklich nicht entsprachen.

Er ging davon aus, daß die verschiedenen Richtungen im Volk bei der Gründung des Vereins ihre alten Gegensätze begraben hätten, um bald danach von „jener Fusion der liberalen und der demokratischen Partei“ zu sprechen, aber um zu betonen, daß das Band jetzt zerrissen sei und der Versuch der Wiedervereinigung jedes Vorwärtskommen verhindern würde.

Wir fragen: Handelte es sich damals nur um „verschiedene liberale Richtungen“ oder war der Gegensatz von Konstitutionellen und Demokraten tiefergehend, so daß gar nicht von einer gemeinsamen Partei gesprochen werden konnte und sicher nicht von einer Fusion? Wenn das Band heute zerrissen ist, handelte es sich nur um die preußische Fortschrittspartei, auf die er hier anspielt, und nicht auch um die Demokraten der Volkspartei? Und wenn es schon um die Unmöglichkeit der Zusammenarbeit von links und rechts geht, befinden sich nicht an seiner Seite ehemalige Demokraten wie Fries, Rückert, Metz und Lüning, die heute zur Partei der Nationalliberalen gehören? Und wo stand er selber im Jahre 1859? Auf die Oberflächlichkeiten und Unrichtigkeiten in der historischen Analyse Bennigsens machte schon der zeitgenössische Historiker der liberalen Parteien, Ludolf Parisius, aufmerksam³², wenn nämlich die Gleichsetzung der heutigen Nationalliberalen und Fortschrittler mit den damaligen Konstitutionellen und Demokraten stichhaltig war, so wäre von ihrem heutigen Zusammenwirken zu sprechen (nicht von ihrer Fusion!), um Spannung und haßerfüllter Trennung zu entgehen, wie Bennigsen sie offensichtlich schürte. Die Rede spiegelte eine aktuelle Situation von engem Umfang wider, aber

31 Das Schlußwort bei H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen, 1910, Bd. 2, S. 78 f. und L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 119.

32 L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 118–120. Nach Parisius fielen der rechte und der linke Flügel des Liberalismus von 1859 und 1867 keineswegs zusammen. „Die Herren von Bennigsen und Miquel, von Unruh usw. waren 1859 Demokraten, anrühliche Demokraten“ (S. 120). Der fortschrittliche Parteipolitiker Parisius hebt die Wandlung dreier Demokraten als Parteimann kritisch hervor, aber deren demokratischer Ausgangspunkt wird wiederum von der historischen Forschung nicht genügend hervorgehoben.

genügte weder der Würdigung der Vergangenheit noch der nahen Zukunft. Statt des Versuchs einer Analyse lenkt Bennigsen auf das Feld des inneren Feindes: „Die eigentlichen und unversöhnlichen Gegner, deren Haß den Nationalverein von der Geburt bis zum Tode begleitet hat, sind die Ultramontanen und die starren Partikularisten. Gegen sie muß der Kampf ohne Rast und Gnade fortgesetzt werden, bis sie begreifen, daß sie den jahrhundertlang geübten unheilvollen Einfluß auf Deutschlands Geschicke für immer verloren haben.“³³ Kennt die Geschichte des Nationalvereins einen Kampf gegen Ultramontanismus und Partikularismus als solchen, oder war der Kampf um Kurhessen, Mecklenburg, Sachsen oder Hannover vielmehr ein Kampf für Rechtsstaatlichkeit, wobei ihr Partikularismus kaum zur Sprache kam. Und im Mittelpunkt aller Polemik des Nationalvereins standen doch jahrelang Bismarck und seine Vergewaltigung des Rechts, nicht sein preußischer Partikularismus. War das Festhalten an der bundesstaatlichen Einigung und am Selbstbestimmungsrecht Schleswig-Holsteins keine Konzession auch an ihren Partikularismus? Und umgekehrt enthielt die Norddeutsche Verfassung, zu deren Annahme die Nationalliberalen beigetragen haben, keine Elemente des kleinstaatlichen Partikularismus? Die Nationalliberalen aus den Kleinstaaten, denen am Einheitsstaat gelegen war, behaupteten das und waren verbittert.³⁴

Zum Schluß: Die „Wochenschrift“ enthielt viele Anspielungen auf den sogenannten Ultramontanismus, aber zentral war das nie, hatte man doch auf die gemischt-konfessionellen Staaten wie Baden und Württemberg Rücksicht zu nehmen. Nun kommt Bennigsen und behauptet, der Kampf gegen den Ultramontanismus sei ein Hauptziel für den Nationalverein gewesen, was geschichtlich nicht stimmt. Gehen wir falsch, wenn wir behaupten, daß er damit auch ein Ablenkungsmanöver vollzogen hat, weil die Kompromisse mit der Regierung schwer auf den nationalliberalen Parlamentariern lasteten? Die Erhaltung der Reinheit des nationalen Ideals hätte Bennigsen zur Vorsicht ermahnen sollen, weil die Umrisse des bald ausbrechenden Kulturkampfes sich schon abzeichneten.

Das Programm des Nationalvereins war die Reichsverfassung von 1848/49 in all ihren Elementen, die Bundesstaatlichkeit, die Bürgerrechte, das Wahlrecht und die Anführung durch Preußen. Organisch gehörte dazu auch, daß alle Parteien bei ihrer Einführung und der Beratung etwaiger Verbesserungen mitwirken würden, ebenso auch bei der Übertragung der Führerschaft an Preußen: Die Zusammenarbeit aller Parteien, die im Jahre 1849 gescheitert war, sollte diesmal gelingen. Sie gelang nicht, weil Rechts und Links auch diesmal nicht zusammenwirkten, wie Bennigsen auf der Auflösungsversammlung feststellte. Das hatte seine Richtigkeit, war aber die ganze Wahrheit nicht. Denn solange der Verein an seinem ganzen politischen Konzept festhielt, zeigten sich Spannungen und selbst Risse, aber der Verein hielt stand. Bennigsen, der jetzt den

33 L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 119, vorletzter Absatz.

34 Der Coburger L. Rückert stimmte gegen die Norddeutsche Verfassung und trat aus der Nationalliberalen Fraktion wegen ihres Opportunismus aus, ohne sich der Fortschrittspartei anzuschließen, weil sie in der Einheitsfrage zu unentschieden war. Siehe H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen, 1910, Bd. 2, S. 83 f. Anmerkung.

Austritt der Linken positiv bewertete, war während vieler Monate und Jahre der Mann der ausgleichenden Formeln. Er gab die ausgleichende Formel erst auf, nachdem sein Grundkonzept des Bundesstaates fragwürdig geworden war. Der vergrößerte Einheitsstaat Preußen hatte seine politischen Konzepte ins Wanken gebracht, denn der Bennisgen, der für eine preußische Provinz Hannover einzustehen hatte, war nicht mehr der Bennisgen, der seinem Wolfenköning Opposition machte. Als Oppositioneller hatte er immer in Tuchföhlung zur Demokratie gestanden, auch wenn man ihn selbst nicht als Demokraten bezeichnen will, wie viele es taten; als solcher hatte er es abgelehnt, sich preußischen Intrigen zur Verfügung zu stellen.³⁵ Im neuen Preußen konnte er nur noch Gnadenbeweise erwarten, denn Rechte hatte er nicht.

Von sich aus hatte Bismarck den norddeutschen Bundesstaat geschaffen. Hätten die Großmächte die Annexion Sachsens zugelassen, wie Preußen es wollte, wäre tatsächlich ein politisches Monstrum entstanden, ein Preußen, daß 90 % der Fläche, der Einwohnerzahl, der Wirtschafts- und Militärmacht des Reiches enthielt, das mit einer Zahl von Zwergstaaten einen Bundesstaat gleichberechtigter Staaten bilden sollte, die gemeinsam dem Reichstag die Tätigkeit diktieren. Der Eintritt eines selbständigen Mittelstaates Sachsen in den Bund ließ das Gebilde etwas weniger absurd erscheinen, da die süddeutschen Mittelstaaten, die mit dem Bund kooperieren sollten und später einmal in ihn eintreten, am Beispiel des Mittelstaates Sachsen sehen konnten, was sie positiv zu erwarten hatten.

Für die nationalliberale Rechte, die bis zum Ende im Nationalverein ausharrte, wurde der preußische Einheits- und Großstaat zur Form der nationalen Einigung und der norddeutsche Bundesstaat eine Verlängerung Preußens, die in der Zukunft vom Standpunkt bundesstaatlicher Einigung wichtig werden konnte, wenn einmal Preußen bereit sein würde, die süddeutschen Staaten aufzunehmen, denn von ihm allein hing verfassungsmäßig jede Erweiterung des Bundes ab. So hätte eigentlich Bennisgen den Nationalverein auflösen müssen, weil sein Programm sich gegenüber der Unbeugsamkeit Preußens als illusorisch erwiesen und weil die Rechte selbst das Programm aufgegeben hatte, aber eine solch vernichtende Beurteilung der Geschichte des Nationalvereins darf dessen vieljährigem Präsidenten nicht zugemutet werden.

Nun gab es aber ein Element des Nationalprogramms, das Bismarck adoptiert hatte und das die Grundlage des Norddeutschen Bundes war, das demokratische Stimmrecht entsprechend der Reichsverfassung von 1849, wie es ausdrücklich hieß. Es scheint, als sei damit wirklich ein wichtiges Element des Programms verwirklicht worden und somit die Behauptung Bennisgens, der Verein löse sich auf, weil er ans Ziel gekommen sei, doch nicht grundlos. Dieser Punkt ist der Überlegung wert.

Das zeitgenössische volksparteiliche Urteil, das Wahlrecht ohne Volksbewaffnung und Selbstverwaltung sei wertlos, ist nicht stichhaltig, weil es sich auch ohne diese Garantien in Deutschland (und der übrigen Welt) durchgesetzt und bewährt hat. Jedenfalls ist es geschichtlich wirkungsvoll geworden, wenn

35 Ebd., Bd. 1, S. 708–714, dazu der Brief Bennisgens an Lasker v. 30. 6. 1878, ebd., S. 731 f.

auch vielfach in unerwarteter Richtung. Bismarck hat seine Einführung beim Deutschen Bund seit 1863 hartnäckig betrieben und beim Norddeutschen Bund schließlich durchgesetzt. Seine Motive mögen verschieden gewesen sein, jedenfalls hat er die nationale Bewegung stark verwirrt: Abgesehen von wenigen konsequenten Demokraten (die nirgends ausschlaggebend waren), waren Links- und Rechtsliberale wohl prinzipiell und für eine fernliegende Zukunft dafür, waren aber vollkommen auf die indirekte Zensuswahl eingestellt, der sich ihre Honoratiorenpolitiker angepaßt hatten. Selbst als das Dreiklassenwahlrecht in Preußen am Tage von Königgrätz (3. Juli 1866) ungünstige Resultate lieferte, dachten die Liberalen an bessere Ergebnisse im Rahmen des indirekten Wahlrechts.

Das demokratische direkte Wahlrecht zum norddeutschen Reichstag war den Liberalen höchst unbequem, aber entsprechend dem Prinzip, daß es bei seiner Beratung nur um totale Annahme oder Ablehnung ging, ließ sich nichts dagegen unternehmen. Die Unruhe über das Ergebnis des „aus unmittelbarer Volkswahl hervorgegangen Organs des Volkswillens“ diktierte den Aufruf *An die Vereinsgenossen* vom 19. November 1866³⁶, in dem die Vereinsgenossen aufgerufen wurden, auf die diesjährige Generalversammlung zu verzichten und stattdessen aktiv bei den Wahlvorbereitungen zum konstituierenden Reichstag mitzuwirken.

Lassalle hatte das allgemeine und direkte Wahlrecht zum wichtigsten Bestandteil seiner Agitation gemacht und mit nur mäßigem Erfolg; im VDAV war das demokratische Stimmrecht als Teil eines Volksstaates anerkannt, auch deshalb, weil es dem demokratischen Vereinsleben entsprach. In den bürgerlichen Honoratiorenparteien war die Gesellschaftsstruktur ihm entgegengesetzt und daher nur „Ideologie“ und zudem wegen seiner Wertschätzung in der Arbeiterbewegung verdächtig. Wenn Bismarck es als einziges Element aus dem Gewebe der Reichsverfassung annahm, aber sonst jede Bezugnahme auf sie vermied, war es ein Ballast, den man nicht abwerfen konnte, der aber störte. Hätte Bismarck mit der Verfassung 1849 bei den Liberalen werben wollen, hätte er wenigstens die deutschen Farben annehmen können, statt provokativ eine Fahne zu erfinden; aber er wollte verwirren, nicht werben.

Der konservative Großgrundbesitz verstand es nach seinem Wahlsieg im Jahre 1866, sowohl mit dem preußischen Wahlrecht wie mit dem demokratischen Wahlrecht zum Reichstag gute Erfolge zu erzielen. Es gab eine Technik für die Beherrschung der Wahlmänner und eine andere für die Wählermassen, und er lernte beides. Das gleiche gilt für die Großunternehmer der Rechtsliberalen (die zum großen Teil nie dem Nationalverein angehört hatten). Es dauerte aber Jahrzehnte, bis die Nationalliberalen die Notwendigkeit einer Parteiorganisation erkannten, die für Massenwahlen paßte, aber bis dahin hatte man den Urtyp einer Massenpartei, den der Nationalverein darstellte, vergessen.

Der Ausschuß des Nationalvereins hatte immer die Mitgliedschaft und die Vereinszeitung zu berücksichtigen. Mit dem Schwund der Mitgliedschaft trat diese Rücksicht in den Hintergrund, Vereinsausschuß und Parlamentsfraktion

36 WOCHEN-BLATT Nr. 79 v. 22. 11. 1866. „Unterdessen ist es die Hauptaufgabe des Vereins, seine volle Tätigkeit auf die Parlamentswahlen zu richten.“

in den beiden Parlamenten, Landtag und Reichstag, wurden identisch. Nach der Auflösung des Vereins sind wir bei der Fraktion von Honoratioren angelangt. Ihr zur Seite standen dann nur noch Wahlkomitees in den Wahlkreisen, die von der Fraktion ernannt wurden. Als mit der Gewährung der Indemnität für die Konfliktzeit die Spaltung in Rechts und Links eintrat, traten die Bejager als Nationalliberale in Erscheinung.

Der Reichstag trat als *verfassungsberatende* Versammlung zusammen; seine Kompetenz, als *verfassungsvereinbarendes* Gremium aufzutreten, wie im Regierungsentwurf vorgesehen war, wurde aus Rivalität vom preußischen Parlament abgelehnt. Dieser Sieg über Bismarck und die Regierung wurde zum Schein, indem ein Vertrag der Kleinstaaten mit Bismarck zustande kam, die Verfassung nach preußischem Vorbild vom Jahre 1849 einfach zu oktroyieren, sollte kein Entwurf angenommen werden.³⁷ In der Sicht des Reichstages lag hier jedenfalls eine Schmälerung seines Status vor. Grundlegend aber war die Schmälerung des Status, indem dem Reichstag ein Katalog von Kompetenzen vorgeschrieben wurde: Der Reichstag sollte über wirtschaftliche und zivilrechtliche Fragen verhandeln und entscheiden, nicht aber in die Fragen der Politik und des Militärs eingreifen. Über die Schwierigkeit, eine nur beratende Versammlung zu sein, dem die Verhandlungsthemen genau vorgeschrieben waren, kam der konstituierende Reichstag hinweg, indem er systematisch bis an die Grenze dessen ging, was für Bismarck noch annehmbar war, und da Bismarck ja eine Vereinbarung vorgesehen hatte, war er zu Modifikationen bereit. Dagegen war eine Abänderung der Bestimmungen über das Militär oder über die Diätenlosigkeit aussichtslos. Die Grenzen von Bismarcks Kompromißbereitschaft erkundeten die Abgeordneten vorzugsweise bei gesellschaftlichen Kontakten.³⁸ Hier lag nun der große Vorteil der neupreussischen Nationalliberalen. Weil die Regierung sie als Gegengewicht für den Widerstand in den eroberten Gebieten brauchte, wurden sie bei den Wahlen kräftig unterstützt und im Reichstag hofiert. Die altpreussischen Nationalliberalen kamen erst in zweiter Reihe, denn als preussische Untertanen war es einfach ihre Pflicht, die Regierung zu unterstützen. Weil der Rest der Fortschrittspartei dem nicht nachkam, wurde er nicht nur als Opposition behandelt, sondern auch als Staatsfeind. So kam es, daß die neupreussischen Abgeordneten, allen voran Bennigsen, die Verhandlungen beherrschten.

Es gilt zu untersuchen, ob die Vergangenheit im Nationalverein bei den Abgeordneten (auch bei den Nord- und Mitteldeutschen) ihre Haltung bei den Verfassungsberatungen bestimmt hat. Von den ehemaligen Fortschrittlern, die sich im preussischen Landtag von ihrer Fraktion abgespalteten, wissen wir, daß sie verschiedentlich betonten, nichts von ihren Freiheitsforderungen aufgegeben zu haben.³⁹ Ihre Vergangenheit in der Fortschrittspartei verpflichtete sie. Der preu-

37 E. R. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. III, 1963, S. 654 f. (Vereinbarung oder Oktroyierung der Bundesverfassung?)

38 H. R. v. POSCHINGER, Fürst Bismarck, Bd. 2, 1895, besonders S. 93 ff.

39 L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 99–103, das mit Unterschriften versehene erste Programm der nationalliberalen preussischen Landtagsfraktion vom Juni 1867 enthält Sätze wie „volle Befriedigung der liberalen Ansprüche des Volkes“, „der deutsche Staat und die deutsche Freiheit müssen gleichzeitig mit denselben Mitteln errungen werden“, „vor allem ist das Budgetrecht zu vervollständigen“, „Reform des Herrenhauses als Vorbedingung aller Reformen“.

ßischen Regierung standen sie immer noch mißtrauisch gegenüber. Sie gingen im Jahre 1866 noch mit einem Wahlprogramm zur Wahl, das ihnen und den Linken gemeinsam war.⁴⁰ Auch als sie mit ihrem eigenen Programm herauskamen, war es, was die Freiheitsforderungen angeht, dem oppositionellen des Fortschritts durchaus ähnlich.⁴¹

Ganz anders stellten sich die Neupreußen aus den ehemaligen Mittelstaaten und ihre Gefolgsleute aus den Kleinstaaten dem Reichstag vor. In allen Freiheitsfragen waren sie äußerst lau. Nur die geheime Abstimmung bei der Wahl geht auf Fries zurück, dem Weimarer Nationalliberalen, ehemaligen Demokraten und langjährigem Vorstandsmitglied im Nationalverein. Von den liberalen Grundrechten haben sie nur schwache Anklänge durchgesetzt. Wichtig war es ihnen, die Reichsverfassung sicherzustellen und den Süddeutschen den Zutritt offenzuhalten, auch das erreichten sie nur in dem Zugeständnis, das den Bundesbehörden erlaubte, den Eintritt einzelner Staaten zu erwägen.⁴² Die Fertigstellung der Verfassung wurde mit einer Hast betrieben, die merkwürdig mit der überlegenen Muße der Frankfurter Verfassungsberatungen 1848/49 kontrastiert. War diese Hast nur Vorwand, möglichst keine Kritik am von oben diktierten Verfassungsvorschlag aufkommen zu lassen, oder glaubte man wirklich dem Argument, ein neidisches Ausland könnte sich einmischen wollen?

Bennigsens Rede vom 1. April 1867⁴³ liefert dazu den Kommentar. Diese Rede diente als Erläuterung zu einer Interpellation, die von 70 nationalliberalen Abgeordneten eingebracht, aber mit Bismarck verabredet war. Es handelt sich um den Verkauf Luxemburgs an Frankreich durch den König von Holland, wodurch „ein altes deutsches Land von dem Gesamtvaterland“ losgerissen würde. Mitteilung soll dem Haus darüber gemacht werden, daß die Regierung entschlossen sei, zusammen mit ihren Bundesgenossen (den süddeutschen Staaten) „die Verbindung des Großherzogtums Luxemburg mit dem übrigen Deutschland, insbesondere das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg, auf jede Gefahr dauernd sicherzustellen“.

Die weitläufige Rede erklärt, wieso Luxemburg „deutsches Land“ sei, wobei auch die luxemburgischen Kaiser aus dem Mittelalter als Argument dienen. Durch den Besitz Luxemburgs würde Frankreich die Rheinlande bedrohen.

40 Über die Tätigkeit des „gemeinsamen liberalen Zentralwahlkomitees“, siehe L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 83–87. Für die Teilung der Parteifonds, S. 103 f.

41 L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 109: Der Aufruf der nationalliberalen Partei zu den Urwahlen am 31. 10. 1867 „enthielt Ausführungen, die – abgesehen von dem Hinweise auf das nationalliberale Programm [siehe Anm. 39] auch von der Fortschrittspartei hätten erlassen werden können.“

42 Siehe Anm. 36. Aufgrund dieser Formel versuchte Lasker, den Einzelgang Badens im Jahre 1870 zu erreichen, wodurch er in Gegensatz zu Bismarck kam, der formal im Recht war, denn die Initiative stand der preußischen Regierung als Bundespräsidium zu. Nach Thorwart, dem Herausgeber von Schulze-Delitzschs Reden und Schriften, ist der Verzicht der Nationalliberalen auf die Initiative in der Frage des Anschlusses der Südstaaten an den Norddeutschen Bund seitens des Reichstages einer der Gründe, warum die Fortschrittspartei gegen den Verfassungsentwurf stimmte, und der Hauptgrund für den Austritt von Schulze-Delitzsch aus dem Nationalverein nach der Abstimmung, den er am 16. 4. 1867 ankündigte. Siehe H. SCHULZE-DELITZSCH, Bd. 3, S. 305 f.

43 Abgedruckt in extenso bei H. FENSKE, Der Weg zur Reichsgründung, 1977, S. 364–368.

Durch die Akte des Wiener Kongresses besitze Preußen dort wertvolle Rechte, die der Bewahrung des Deutschtums dienen können. In Luxemburg wolle man deutsch sein und bleiben, auch wenn man die Militärpflichten des Norddeutschen Bundes scheue. Die Auflösung des Deutschen Bundes dürfe vom Ausland nicht dazu benutzt werden, deutsches Gebiet zu entfremden, nur weil der deutsche Staatenbau noch nicht fertig ist. In Übergangszeiten haben wir in der Vergangenheit Grenzprovinzen eingebüßt, aber das dürfe nicht wiederkehren. „Wenn wir Schwierigkeiten gehabt haben, in wenigen Wochen das Verfassungswerk zustande zu bringen, so wird gerade die Gefahr der Einmischung des Auslandes in unsre Angelegenheiten, die Gefahr, daß wir jetzt an unsern Grenzen Stücke von Deutschland verlieren sollen, wenn wir uns nicht schnell verständigen, das Bedürfnis der Verständigung bei den Regierungen und bei den Vertretern der Nation nur steigern.“ Frieden sei vorzuziehen, aber ein Krieg könne durchaus geboten sein, die Verantwortung aber werde Frankreich treffen. Sie hätten es jetzt nicht mehr mit einem schwachen, uneinigen, zerrissenen Deutschland zu tun, sondern mit einem Volk, das im kräftigen Aufschwung begriffen sei. Allen feindlichen Versuchen werde es entschlossen und einig entgegenzutreten.

Wir verstehen, welchen Nutzen die Regierung aus dieser Rede ziehen konnte, ohne sich mit den brüchigen oder haltlosen Argumenten der Rede zu identifizieren, denn die verbrieften Rechte des preußischen Staates in Luxemburg ließen sich verwerten, auch wenn der Norddeutsche Bund nicht der Rechtsnachfolger des Deutschen Bundes war. Dementsprechend hat Preußen bei der Beilegung des Konflikts auch gehandelt. Für Bennigsen handelt es sich bei der Anmeldung historischer Ansprüche um mehr; es ging darum, hinter die pragmatischen Ansprüche des Reichstages, der mehr an ein Wirtschaftsparlament erinnerte als an ein voll entwickeltes politisches Parlament, die deutsche Ideologie zu stellen, wie wir sie als Bindemittel aller Strömungen im Nationalverein schon kennengelernt haben: Deutschland reicht so weit wie die deutsche Zunge, oder so weit deutsche Herrscher in der Geschichte geherrscht haben; es gilt immer, was den weiteren Anspruch gibt. Das moderne Nationalitätenprinzip gilt auch, aber nur soweit es sich günstig auswirkt. Einige Luxemburger sind prodeutsch: Agenten des Nationalvereins, unter ihnen auch August Metz, haben das (auf Kosten des Vereins) erkundet.⁴⁴ Ihre Deutschfreundlichkeit ist katholisch-konfessionell begründet, aber das schadete nichts. Andere Luxemburger sind der Kultur und Sprache nach pro-französisch – die sind unberücksichtigt zu lassen. Der einfache Ausweg, die Bevölkerung zu befragen, bleibt uner-

44 H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen, Bd. 2, 1910, S. 42–45, darunter in den Anmerkungen Berichte von Agenten des Nationalvereins. Im Nachlaß Streit (München) befindet sich der fragmentarische Entwurf von der Hand Nagels *An die Agenten des Nationalvereins*. Dort auch das Protokoll einer Sitzung des Vorstandes v. 14. April, auf der Metz über den Erfolg seiner Luxemburger Reise berichtet. Die Ermächtigung zu seiner Reise sei von einer Vorstanddeputation unter Zustimmung des Vorsitzenden erfolgt. Das Ausschußprotokoll, Berlin 1867, 29. 9. 1867, verzeichnet den Bericht über Luxemburg des Dr. Dörnig aus Barmen, den Lammers im Auftrag der Vorstandsdeputation beauftragt hat. An dieser Sitzung, die in der Hauptsache der Auflösung des Vereins gewidmet war, nahmen Lammers und Forckenbeck statt der im April ausgetretenen Schulze-Delitzsch und Franz Duncker teil.

wähnt, weil Bennigsen annimmt, daß die große Mehrheit nicht wegen der Sprache, sondern um der Militärflicht zu entgehen, unerwünscht optieren würde.

Bei einem Krieg um Luxemburg könnte nicht nur das strategisch wichtige Gebiet gewonnen, sondern die Mainlinie übersprungen werden und das ganze Deutschland entstehen, also genau das, was drei Jahre später eintraf. Die Panik wegen Luxemburg ermöglicht die schnelle Erledigung der Verfassungsfrage, das sagt Bennigsen offen. Der Anspruch der preußischen Nationalliberalen, keinen Augenblick die noch ausstehenden Freiheitsrechte zu vernachlässigen, wird wegeräumt. Die Verbesserungen, die die Nationalliberalen bei Bismarck ausgehandelt haben, unter ihnen die sogenannte *Lex Bennigsen* über die Gegenzeichnung des Kanzlers⁴⁵, berühren nicht die wichtigen Punkte wie die fehlenden liberalen Grundrechte.

Bismarck konnte die Waffenhilfe der Nationalliberalen bei den Londoner Unterhandlungen über Luxemburg Ende April gut gebrauchen, aber die ganze Erregung schwand 1867 ebenso schnell wie seinerzeit anlässlich der Aktionen des Nationalvereins in der Frage Savoyens. Die künstliche Aufwallung von Gefühlen ermöglichte die anhebende Zusammenarbeit mit den Altliberalen und Freikonservativen, von denen einige zu den Nationalliberalen übergingen. Der damit verbundene Ruck nach rechts machte die Trennungslinie zum Fortschritt deutlicher und ermöglichte Spekulationen darüber, wann man den linken Flügel der Partei um Lasker abstoßen könne, um aus einer überlebten Partei der Bürger, wie sie dem Nationalverein vorgeschwebt hatte, eine *Bourgeoisiepartei* der Rechten zu machen. Bennigsen, der Luxemburger Interpellator, war auch die passende Integrationsfigur der Mitte, aber sein Ruck nach rechts war beachtlich.

Auf der Auflösungsversammlung des Nationalvereins im Herbst 1867 hatte Bennigsen eine Doppelfront gegen die Ultramontanen und Partikularisten verlangt: „Gegen sie muß der Kampf ohne Rast und Gnade fortgesetzt werden“⁴⁶, um ihren jahrhundertlang geübten Einfluß auf Deutschlands Geschehnisse abzuwerfen. Mit dem schillernden Begriff des Partikularismus haben wir uns hier nicht auseinanderzusetzen, weil es mit seinem Einfluß längst aus war, obgleich Bennigsen gegen das lokale Welfentum mehr zu kämpfen hatte als ihm lieb war, aber eine nationale Gefahr war in ihm nicht zu sehen. Dagegen bekam die Kulturkampfstimmung, die den Nationalverein immer als einen Schatten begleitet hatte, wirklich neue wichtige, politische und soziale Aspekte, ganz speziell für die nationalliberale Partei. Die Kulturkampfstimmung hat bei der Umwandlung der Bürgerpartei in die Bourgeoisiepartei eine entscheidend wichtige Rolle gespielt, und es ist nicht verwunderlich, wenn Bennigsen ihr Erbe vom Nationalverein in die Nachfolgeorganisation der Nationalliberalen übertrug.

Bennigsen's Behauptung in seiner Abschiedsrede vom Nationalverein, daß die Auflösung geboten sei, weil der Verein zum Ziel gekommen sei, indem Preußen Zentralgewalt wie Parlament geschaffen habe, verwies direkt auf die nationalliberale Partei im norddeutschen Reichstag als der direkten Fortsetzung des Nationalvereins. Alle, die den Nationalverein vor seiner Auflösung wegen ihrer

45 E. R. HUBER, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, 1963, S. 658–661.

46 H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen, 1910, S. 79.

Gegnerschaft gegen die preußische Spitze verlassen hatten, waren einfach zu übergehen; allen Preußenfreunden dagegen, die wegen ihrer positiven Einstellung zum Einheitsstaat Preußen den Nationalverein protestierend verlassen hatten⁴⁷, wäre demnach Indemnität zu erteilen, weil sie die Zeichen der Zeit besser verstanden hätten als die im Verein Ausharrenden.

Ob der Nationalverein in einem Teildeutschland, in dem von der Reichsverfassung nur die Wahlrechtsbestimmungen, aber nicht die Grundrechte verwirklicht waren, wirklich zu seinem Ziel gelangt war, war fraglich, denn die Absicht des Nationalvereins war es gewesen, bei der Reichseinigung „mitzuraten und mitzutun“, sicherlich war der Sinn nicht, geschehene Taten anderer einfach zu bestätigen. Die Demokraten, die mit der Adoption der Reichsverfassung im Jahre 1862 in den Verein eingetreten waren, waren sich durchaus bewußt, daß sie dieses Grunddokument (ebenso wie alle Resolutionen) anders lasen als der rechte Flügel, aber sie wollten mit ihm im Verein ausharren, bis sie wenigstens gemeinsam zur Anbahnung der Lösung der nationalen Frage gelangten. Daß der Tag kommen würde, an dem die passive Zustimmung zu den Taten anderer als Erfüllung ihres Strebens hingestellt werden würde, konnten sie nicht ahnen. Sie nannten sich Volkspartei, weil sie sich ohne Volkspolitik keine Einigung vorstellen konnten.

Als sich die Teilnehmer an der zweiten Konferenz im August 1859 zu Eisenach berieten, einigten sie sich auf die Nationalpartei mit Massenbasis. Ihre Honoratiorenspitze war üblich; die Massenbasis neu. Mit dem Parteiprinzip und einer Massenbasis kamen sie zur Gründungsversammlung nach Frankfurt und stießen dort auf die Vertreter des volkstümlichen Vereinsprinzips, deren Schwerpunkt Süddeutschland war. Auch hier Honoratioren, aber als ihre Basislegitimation dienten die Bürgervereine. Das war 48er Tradition, die sich in Süddeutschland, besonders in Württemberg, gehalten hatte.⁴⁸ Zu den Vereinen traten bei besonderen Gelegenheiten Massenversammlungen und – in großen Abständen – Kongresse, „Tage“ genannt. Resolutionen wurden in jedem Gremium gefaßt, aber jeder war frei, sie anzunehmen oder abzulehnen. Das Vereinsprinzip ließ sich nicht wirklich mit dem Parteiprinzip vereinen. Der Kompromiß war, daß eine gemeinsame Honoratiorenspitze in Form des Ausschusses zustande kam. Das für alle geltende Statut war so gehalten, daß die Elemente einer Nationalpartei wohl vorhanden waren, sich aber nicht aufdrängten. Wer den lockeren Vereinshabitus wollte, konnte auch mittun. Sehr schwer läßt sich feststellen, ob jemand statutengemäß zahlendes Mitglied war oder nicht.⁴⁹ Dem

47 Die Bemerkung Nagels in seinem Rundschreiben v. 15. 1. 1867: „Am allgemeinsten ist nach meinen Wahrnehmungen diese Abwendung vom Verein im östlichen Preußen, eine ungeteilte Ausnahme macht das Land Hannover, wo der alte Mitgliederbestand sich nahezu vollständig erhalten hat.“ Das „östliche Preußen“ ist vermutlich das Preußen östlich der Elbe.

48 G. RUNGE, 1970, S. 25–74.

49 Als Forckenbeck in den Ausschuß kooptiert wurde, war es klar, daß er vorher kein Mitglied des Nationalvereins war; daß er zahlendes Mitglied wurde, wird nirgends angedeutet. Das Gleiche gilt auch für andere Ausschußmitglieder. Ob Honoratioren wie H. H. Meier auch zahlende Mitglieder waren, ist zu bezweifeln, weil er sich außer der Eisenacher Tagung nie beteiligt hat. Soweit es die Einsicht in verschiedene Abrechnungen erlaubt, handelt es sich immer um „rank and file“, nie Honoratioren. Endgültiges läßt sich darüber nicht mehr feststellen.

Inhalt nach ließ sich die „geistige Arbeit für die nationale Idee“ sehr verschieden auslegen.⁵⁰ Von den Anhängern des strikten Vereinsprinzips hielten sich die Württemberger zunächst abseits⁵¹; die Frankfurter unter Sonnemann taten mit. Wo waren die Vereine, auf die Sonnemann (und seine Mitarbeiter an der einflußreichen „Neuen Frankfurter Zeitung“) sich stützte? Sicher, es gab in Frankfurt politische Vereine in der Form von „Kränzchen“, wo Honoratioren gesellschaftlich zusammenkamen und ihre Ansichten austauschten, aber beachtlich sind die vielen Arbeitervereine in Frankfurt und Umgebung, die sofort auf die Gründung des neuen Vereins reagierten. Wichtig war, daß die Arbeiterbildungsvereine nahe beieinander lagen, so daß noch vor dem Entstehen der allgemein organisierten Arbeiterbewegung ein regionaler Gauverband bestand. Zudem war wichtig, daß viele Mitglieder der Arbeitervereine an Turnerbünden teilnahmen. Gemeinsam war allen Vereinen, daß sie an die 48er Tradition anknüpften, und zudem, daß sie, entsprechend der Stellung Frankfurts als Sitz des Deutschen Bundes, jeden Versuch zu einer Lösung der deutschen Frage aufgrund des Ausschlusses von Österreich ablehnten.⁵²

Hiermit wird gesagt, daß die Arbeiterbewegung in Frankfurt und Umgegend der Katalysator zur politischen Konstituierung des Bürgertums war, so daß sie für Sonnemann noch über das Ende des Nationalvereins hinaus das gegebene Feld seiner politischen Tätigkeit war.⁵³ Tatsache ist, daß er sich erst im Jahre 1869 in Eisenach unwillig von der Arbeiterbewegung losgelöst hat. Daß die Konstituierung des Bürgertums auf das engste mit der Arbeiterbewegung verknüpft ist, überrascht.

Das württembergische Modell der volksparteilichen Konstituierung des Bürgertums hat mit dem Frankfurter die Gruppierung um eine Zeitung gemeinsam, hier den „Schwäbischen Beobachter“. Das besondere ist dabei die Orientierung auf einen Mittelstaat, den man zu beeinflussen gedenkt, noch vor jedem Versuch zu einer nationalen Einigung. Wenn auch die Honoratioren Frankfurts

50 Diesen Ausdruck hat Metz als Verteidiger des lockeren Vereinsprinzips eingebracht. Darunter wurde meist nur Teilnahme an Vorträgen und Unterschrift unter Proklamationen verstanden. Die aktive „geistige Arbeit“ wurde vom Ausschuß erwartet. Selbst das Abonnement auf die Wochenschrift wurde von den wenigsten getätigt. Wenn wir annehmen, daß 1 000 Exemplare an Redaktionen und Behörden kamen, so kamen auf ca. 20 000 Mitglieder 4 000 Zeitungen.

51 Darüber G. RUNGE, 1970, S. 10–24. Der Ausgangspunkt ist die Göppinger Versammlung v. 18. 12. 1859, die eine Art Antwort auf die beiden Eisenacher Versammlungen ist, die zum Nationalverein führten. Deshalb war ihr erster Beschluß, den Eintritt in den Nationalverein nicht zu empfehlen. Dieser Entschluß war das traumatische Erlebnis des ersten Jahres des Nationalvereins. Reyscher, der sich an den Nationalverein klammerte, war die Ausnahme. Siehe auch K. BACHTELER, 1934, S. 40–55.

52 Bezeichnend ist die Agitation des jungen und ehrgeizigen Politikers J. B. v. Schweitzer, der im April 1859 mit einer Broschüre herauskam *Österreichs Sache ist Deutschlands Sache* und 1860 mit der Broschüre *Der einzige Weg zur Einheit* der im Gegensatz zum Nationalverein und seiner preußischen Spitze die Organisation der Demokratie verlangt. Eine österreichische oder preußische Spitze führt zur Mainlinie, aber ein Deutschland ohne Österreich steht gar nicht in Erwägung. Als Nachhall zum Schützenfest veröffentlicht er die *Österreichische Spitze* (1863), das die Lösung der deutschen Frage in der Republik sieht, die mit dem 70-Millionenreich Großdeutschlands territorial identisch ist.

53 Die ehemaligen Staatsgebiete von Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassel, Nassau und, etwas entfernter, Bayern liegen in einer Entfernung von Frankfurt, die heute durch Vorortsverkehr erschlossen ist.

von dem Bestehen ihres Stadtstaates, ihrer „Republik“, beeinflußt und beeindruckt waren, so war es der Maingau, dessen politische Zerrissenheit sie von der Notwendigkeit der Einigung überzeugte. Die Württemberger konnten sich die Herstellung des Nationalstaates ohne Württemberg als konstitutivem Glied nicht vorstellen, so daß sie vom Bestehen eines Bundes von politischen Einheiten ausgingen, die entsprechend der gegebenen Wirklichkeit Monarchien sein würden. Als theoretische Grundlage dienten ihnen die deutschen Stämme, wobei sie *deutsche Stämme* und *deutsche Staaten* gleichsetzten. Über die geschichtliche Unmöglichkeit einer solchen Konstruktion ist kein Wort zu verlieren; wichtig ist, daß die von ihnen herangezogenen schweizerischen und amerikanischen Vorbilder völlig unpassend sind.⁵⁴

Als besonderes Element in Württemberg hat die Kontinuität von Volksvereinen aus dem 48er-Bewegungsjahr zu gelten, die hier soviel Lebenskraft bewiesen, daß sie die wichtige Organisationsform von politischer Demokratie darstellten, der auch die Rechtsliberalen sich beugten.⁵⁵

In Sachsen, Baden, Bayern (Franken), Thüringen und Schleswig-Holstein entsprechen die Organisationstypen der in Volkspartei umgewandelten Demokratie Mischformen vom Maingaumodell und dem württembergischen. Im preußischen Großstaat, im Rheinland und in Westfalen, in der Provinz Sachsen, Berlin und Ostpreußen gab es nur Zellen von demokratischer Organisation und die dazugehörigen Zeitungen.⁵⁶ Wegen der geographischen Entfernungen und der unterschiedlichen wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Entwicklungsstufen entwickelte sich keine überregionale preußische Demokratie.

Es ist nicht das Anliegen dieser Untersuchung, den volksparteilichen Organisationen in den Einzelstaaten nachzugehen, wie es auch nicht unsere Aufgabe ist, die liberale Bewegung in den Einzelstaaten zu verfolgen. Es geht uns um die Bemühungen zur Errichtung *überregionaler* Organisationen, wie es der Nationalverein war. Der Ausgangspunkt für eine überregionale nationsweite Volkspartei ist die Tradition der Reichsverfassung von 1849 und ihre Annahme auf der Generalversammlung des Nationalvereins zu Coburg im Jahre 1862 (Co-

54 Die beiden Bundesstaaten sind zu haltbaren politischen Einheiten nur nach Bürgerkriegen gekommen, sie waren aber genau das Schreckbild seit 1848. Einen Bundesstaat von Monarchien konnte es nicht geben, weil der Begriff Bundesstaat mit dem Souveränitätsbegriff der Monarchie kollidierte. Soweit sich ein Staatenbund überhaupt friedlich in einen Bundesstaat entwickeln konnte, hat das der Deutsche Bund seit 1863 begonnen. Wer damit nicht zufrieden war und nicht in Preußen aufgehen wollte, mußte insgeheim die Republik wollen, wie Schweitzer es in seiner Broschüre über die österreichische Spitze (Anm. 53) vorschlug. Liebknecht war wohl das extremste Beispiel eines Republikaners, der eine zeitlang den Vernunftmonarchisten spielte. Die Schwächen des Bundesstaatsbegriffs in einer Monarchie hat vom Standpunkt des großpreußischen Einheitsstaates treffend Heinrich v. Treitschke aufgedeckt. Siehe H. v. TREITSCHKE, *Bundesstaat*, Bd. 4, 1920, S. 74–225.

55 D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1974, S. 262–281.

56 Im Rheinland wäre die Niederrheinische Volkszeitung zu nennen, die 1863 den Namen Rheinische Zeitung annahm. Der Bote vom Niederrhein war ein „obskures Blättchen“ wie sein Redakteur F. A. Lange ihn nannte, bestand nur kurze Zeit (1865/66) und ist nur als Vorläufer sozialdemokratischer Presse beachtlich. In Berlin wäre die Reform zu nennen, die 1865 Besitzer und Richtung änderte und als deren Fortsetzung die Zukunft von Guido Weiß zu sehen ist, die auch nur kurzlebig war. Die volksparteiliche Richtung ist in Preußen nur schwach vertreten gegenüber der Fortschrittspartei mit der Berliner Volkszeitung an der Spitze.

burg II) und der darauffolgenden zu Leipzig im Jahre 1863. Wenn man nur die Grundrechte und das demokratische Wahlrecht der Reichsverfassung beachtet, so war sie der ideale historische Anknüpfungspunkt für einen Nationalverein des Volkes. Das erkannten alle Demokraten, die Arbeiter mit einbegriffen, und traten sofort in den Nationalverein ein, suchten zudem den Eintritt weiterer zu erleichtern.⁵⁷ Für die Rechte im Nationalverein hatte die Reichsverfassung ganz andere Bedeutung, aber um die nationale Partei umfassend zu machen, wurden Grundrechte und Wahlrecht besonders hervorgehoben, und die Demokratengruppe um den Geschäftsführer Streit ermöglichte es, im Zentrum Coburg selbst eine Version von Volkspartei zu organisieren.⁵⁸

In dem Jahrzehnt von 1859 bis 1869 verdrängte der Begriff Volkspartei den Begriff Demokratie, wobei es sich keineswegs nur um Scheu vor einem Begriff handelt, der wegen der Niederlage der Revolution Angst einflößt. Der Begriff Volkspartei war umfassend und in seiner Vieldeutigkeit ansprechend (ebenso alle verwandten Begriffe wie Volksverein, Volkspolitik, Volksrechte und Volkskraft), aber deshalb auch innerhalb des Nationalvereins kein Monopol des linken Flügels, weil auch der Nationalverein in seiner Hauptrichtung behauptete, Volkspolitik zu betreiben und das Volk zu vertreten. Er war in seinem Selbstverständnis die National- und Volkspartei, da Volk und Bürgertum Synonyme seien, zu denen Schulze-Delitzsch gleich auch die Arbeiter gesellte. Als die Demokraten das Flirten mit dem Volksbegriff seitens der Mehrheit als Leichtsinnsanprangern und als erste Konsequenz aus dem Begriff „Volksrecht“ die Herabsetzung des Mitgliedsbeitrages verlangten, um jedermann aus dem Volk den Zutritt zum Verein zu ermöglichen, verengte sich der Begriff zum Codewort für die Opposition, und die Mehrheit verzichtete immer mehr auf ihn. Volkspartei war in den Jahren 1863 und 1864 mehr ein Begriff, um innerhalb der nationalen Partei eine Richtung anzudeuten, als ein Parteibegriff oder gar Parteiname, das besonders, weil Fedor Streit als Leiter der Vereinszentrale zugleich für die Volkspartei eintrat und den Begriff in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Vereins wie als Redakteur der „Arbeiterzeitung“ ausgiebig benutzte. Mit der Einbürgerung des Begriffs beginnt die Geschichte der Volkspartei noch vor den Ansätzen zu ihrer Organisation.

In Frankfurt fiel die große Entscheidungsschlacht über die Gründung des ADAV im Sommer 1863 als volkstümlichen Nationalverein, der mit dem demo-

57 Wichtig ist der Brief der Leipziger Arbeiter an den Nationalverein, den Eintritt von Arbeitern in den Nationalverein zu ermöglichen, weil ohne sie, der Verein seinem Ziel nicht entspricht. Auf diesen Brief bezieht sich Karl Wartenburg als er seinen Antrag verteidigt, den Mitgliedsbeitrag für Arbeiter herabzusetzen. Siehe VERHANDLUNGEN III, 1862, S. 54: „Sie haben eben gehört, daß der Antrag, welchen ich mit einigen Freunden gestellt habe, marktschreierisch genannt worden ist. Diesem Worte gegenüber muß ich die Versammlung hinweisen auf eine andere Versammlung, die dieser Tage erst in Leipzig abgehalten worden ist, von 500 Arbeitern, welche einstimmig den Wunsch aussprachen, der Nationalverein möge durch Herabsetzung des jährlichen Beitrags ihren Beitritt ermöglichen.“

58 Die örtlichen Mitglieder in Coburg brachten 1863 den radikalen Antrag ein, die Flottengel der „im allgemeinen Interesse der nationalen Reformbewegung verfügbar zu machen“, siehe das handschriftliche Ausschußprotokoll v. 15. 10. 1863, S. 14. Auch der Coburger Arbeiterverein brachte durchweg radikale Vorschläge beim VDAV ein, und am volksparteiichen Deutschen Wochenblatt beteiligten sich häufig Coburger, unter ihnen auch Streit, aber nicht nur er.

kratischen Wahlrecht auch den demokratischen Staat erkämpfen würde, und der Empfang von Staatshilfe von diesem die wahre Selbsthilfe darstellte.⁵⁹ Die Vereine des Maingaus unter Sonnemanns Führung verschlossen sich Lassalle; die demokratischen Turner und unorganisierten Arbeiter der zweiten öffentlichen Versammlung stimmten für ihn. Lassalles Einheitsstaat der Zukunft konnte als rotes Preußen zustande kommen, der Einheitsstaat der Zukunft konnte aber auch die rote Republik Zentraleuropas sein. Lassalle hat sich (wahrscheinlich mit Absicht) undeutlich und widersprüchlich ausgedrückt. Freunde wie Gegner waren an einer Klärung nicht interessiert. So war sich der ADAV nach Lassalles Tod in Fragen der politischen Orientierung nicht einig, besonders da er zwei Sprachrohre besaß, den „Nordstern“ und den „Social-Demokrat“, die sich gegensätzlich ausdrückten. Es gab Oppositionsgemeinden, die in volksparteilicher Art von der diktatorischen Spitze ihres Vereins abkommen wollten und die in der nationalen Politik „volksparteilich“ und international dachten⁶⁰, aber auch die Vereinsorthodoxie der Anhänger der Mehrheit lockerte sich stark.⁶¹ Diese Auflockerung in den Reihen des Anti-Nationalvereins wurde von den Pionieren sozial orientierter volksparteilicher Denker wie Louis Büchner, Friedrich Albert Lange und Ludwig Eckardt bald erkannt und in Rechnung gestellt. Das Jahr 1865 steht eindeutig im Zeichen der Versuche, ein Bündnis zwischen ADAV und einer werdenden Volkspartei herzustellen. Selbst Sonnemann, der bissige Gegner des lebenden Lassalle, war zu einer Koalition mit den Lassalleanern bereit, allerdings unter der Bedingung, daß sie vom starren Parteiprinzip zum mehr lockeren Vereinsprinzip übergingen. Im Grunde strebte er das Aufgehen des ADAV in der Arbeitervereinsbewegung an, die er unter dem Namen *Vereinstag* anführte.

Das Vereinsprinzip des Kreises um Sonnemann stand seit 1859 gegen das Parteiprinzip des Nationalvereins und jetzt ebenso gegen das Parteiprinzip des ADAV. Seinen Vorstellungen entsprach genau der Maingauverband der Arbeiterbildungsvereine, der als Basis selbständige Vereine hatte, die durch gegenseitige Besuche in losen Kontakt kamen und durch Konferenzen ihrer Vorstände beschließen konnten. In dieser Form von Demokratie war die Position der Honoratioren gesichert, da die Mitglieder nicht steuerten und deshalb von den Gönnern der Vereine abhängig waren und die Beschlüsse der Konferenzen zu ihrer Ausführung immer noch von der Zustimmung der örtlichen Honoratioren abhängig war. Demokratische Freiheit wurde weitgehend mit Dezentralisation gleichgesetzt, im Kleinen in den Vereinen, im Großen im Staat der Zukunft. Weil es noch eine andere Demokratie gab, ist es gut, daß das Wort „Volkspolitik“ für diese Art von Demokratie aufkam, die wir vielleicht als Liberaldemo-

59 Die Rede in Frankfurt hat Lassalle „Arbeiterlesebuch“ genannt. F. LASSALLE, GRS III, S. 181–289, besonders S. 241–250.

60 Diese volksparteilich-demokratische Opposition nennt H. HÜMMLER (1963) „Die revolutionäre proletarische Opposition.“

61 Das war eine Folge des Zwistes zwischen dem Präsidenten Becker, dem Nachfolger Lassalles, und dem Social-Demokrat Schweitzers sowie dem halb erzwungenen Rücktritt von Becker auf der Generalversammlung des ADAV zu Frankfurt am 30. 11.–1. 12. 1865. Danach gab es keinen allgemein anerkannten Präsidenten mehr bis zum Antritt von Schweitzer (1867).

kratie bezeichnen dürfen, weil ihre Vertreter *oft* der Freihandelschule anhängen und *immer* dem Individualismus.

Der erste Vereinstag deutscher Arbeitervereine trat am 7. Juni 1863 in Frankfurt zusammen. Er war die Antwort der Vereine auf die Zentralisation einer Partei, wie sie Lassalle verlangte. Der Maingau war das Vorbild. Die regionalen Gauverbände der Vereine wurden anerkannt⁶², ihnen aber keine konstitutionelle Funktion beigelegt, obwohl August Bebel aus Leipzig in ihnen die Vermittlung zwischen dem einzelnen Verein und dem Vereinstag sehen wollte.⁶³ Die Generalversammlung aller Vereine sollte zum Meinungsaustausch einmal im Jahr zusammentreten, den Vorsitzenden und den ständigen Ausschuß entlasten und Neuwahlen vornehmen. Jeder Verein, groß oder klein, konnte nur eine Stimme auf der Generalversammlung haben. Der Vorsitzende und der ständige Ausschuß sollten die im einzelnen festgelegten Vereinszwecke zwischen den Generalversammlungen wahrnehmen und diese vorbereiten. Der Ausschluß von Religion und Politik von den Verhandlungsthemen wurde ausdrücklich abgelehnt.⁶⁴ Die „Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung“, die der Coburger Arbeiterverein unter der Redaktion von Fedor Streit herausgab, wurde nicht als Vereinsorgan anerkannt.⁶⁵ Das wären die Ergebnisse dieser Tagung, soweit sie für die Frage wichtig sind, ob dieser Vereinstag deutscher Arbeitervereine (VDAV) für die volksparteiliche Opposition im Nationalverein ebenso zur Verfügung stehen würde wie der Maingau.

Die Konstituierung des Ausschusses des VDAV im Anschluß an den Vereinstag scheint darauf die positive Antwort. Der Ausschuß, der noch auf dem Vereinstag selbst gewählt worden war, enthielt eine Mehrheit die sich aus der oppositionellen Minderheit im Nationalverein zusammensetzte, und wählte Sonnemann zum Vorsitzenden, Max Wirth zum Schriftführer und Röhrich zum Kassierer, alle von der Frankfurter Opposition des Nationalvereins. Dieser Ausschuß lenkte die Geschicke des VDAV bis zum dritten Vereinstag 1865, als Sonnemann einstimmig zum Vorsitzenden (jetzt Präsident genannt) erwählt wurde, es aber vorzog, Peter Staudinger einsetzen zu lassen, den er aber ganz offen bevormundete. Erst mit der vierten Generalversammlung (Gera 1867) kam nach gründlicher organisatorischer Umänderung August Bebel mit Leipzig als Vorort an die Spitze.⁶⁶

Der Initiative des Maingaus unter Vorantritt des Kreises um die „Neue Frankfurter Zeitung“ stand der Streitkreis zu Coburg entgegen, dessen stetiger Einfluß durch die „Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung“ (ADAZ) ausgeübt wurde. Die Ablehnung des Vereinstages, die ADAZ als sein Sprachrohr zu benutzen (eine Ablehnung, die nie geändert wurde), ist ein Zeichen für die

62 D. DOWE, Berichte, 1980, S. 35. Dazu paßt, daß Eckardt auf der Generalversammlung des Nationalvereins im Jahre 1864 die Gauverbände einführen wollte. Siehe VERHANDLUNGEN IV, 1863, S. 33.

63 D. DOWE, Berichte, 1980, S. 34 f.

64 Ebd., S. 34.

65 Ebd., S. 36.

66 Ebd., S. 133–144. Die straffere Umorganisation des VDAV entsprach den Vorschlägen Bebel's zu Stuttgart 1865, den Beschlüssen von Gera, die ihnen in den wichtigsten Punkten folgten und in Nürnberg 1868 zu Ende geführt wurden.

Gegensätze, denen die Streitgruppe schließlich unterlegen ist. Wir fragen, worin diese Gegensätze bestanden.

Die Streitgruppe war fest im Nationalverein verankert als Vertretung der Demokratie. Ihre Mitglieder wie Schweigert, v. Ecker, Rückert oder Reinhard wurden vom Verein besoldet oder traten in seinem Ausschuß auf. Sie hatte ihren festen Rückhalt im Coburger Arbeiterbildungsverein. Sie verfügte über intime gesellschaftliche und politische Beziehungen im Thüringer Raum. Sie behandelten die „Arbeiterzeitung“ und die „Wehrzeitung“ als Nebenorgane des Nationalvereins, benutzten dessen Expedition auch für ihre demokratische Agitation. Als Geschäftsführer des Nationalvereins verfügte Streit über das gesamte interne Material des Vereins, besonders auch die Adressen der Agenten und über die Korrespondenz der Mitglieder.

Die Streitgruppe war auch darin im Nationalverein verankert, daß sie politisch dachte und zunächst die sozialen Fragen nur als ein Mittel ansah, um an die Arbeiter heranzukommen, aber später, nachdem er aus seiner Stellung als Geschäftsführer des Nationalvereins verdrängt worden war, begann Streit, die soziale Frage als Emanzipation der Arbeiter zu erfassen. In den Jahren 1863 und 1864 wirkte er noch im Sinne der deutschen Ideologie, wie auch der Nationalverein: Im Mittelpunkt stand für ihn Schleswig-Holstein, das er durch Turner und Schützen befreien wollte. Er war offen Föderalist und verkappt – Republikaner. Am besten kam er bei den Württembergern an, die immer wieder die Ernennung der ADAZ zum Organ des Vereinstages verlangten.⁶⁷

Wenn die Streitgruppe politisch dachte, so die Sonnemanngruppe freihändlerisch-sozial, oder was man später „manchesterlich“ nannte. Die Hindernisse für die freie Arbeit sollten abgebaut, der Arbeitsmarkt nicht durch Kriege und Rüstungen gestört werden. Assoziationen und internationale Verbindungen würden Harmonie in den Arbeitsmarkt bringen. Die Sonnemanngruppe mit ihrer politischen „Neuen Frankfurter Zeitung“ und ihrem Wirtschaftsblatt („Der Arbeitgeber“) war gemäßigt großdeutsch, aber nicht parteipolitisch gebunden. Ihre Wirtschaftsauffassung entsprach Schulze-Delitzsch, was ihr ermöglichte, vom Nationalverein Unterstützungen zu erhalten. Die Bekämpfung Lassalles war den Freihändlern innerhalb und außerhalb des Nationalvereins Herzenssache, und es kam ihr Priorität zu. Daher war die Sonnemanngruppe für die Freihändler jeder Schattierung verlässlicher als Streit mit seiner nationalen Demokratie.

Das Jahr der Reichsverfassung 1862 hatte die Bewegung für die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung durch einen nationsweiten Arbeiterkongreß in Fortführung der Arbeiterverbrüderung der Revolutionszeit gebracht. Der Nationalverein hatte in seinem Bestreben, „Volkspolitik“ zu betreiben, Geldmittel für eine „Arbeiterexpedition“ zu der Londoner Weltausstellung bewilligt, die unbeabsichtigt zu dieser Kongreßbewegung den Anstoß gab und

⁶⁷ Auf dem zweiten Vereinstag (Leipzig 1864) verlangte Notz (der in Stuttgart sowohl im Arbeiterverein wie in der Volkspartei tätig war) in eigenem Namen die Ernennung der Coburger Arbeiterzeitung zum Organ des VDAV und im Namen von Esslingen die Verlegung des Ständigen Ausschusses nach Coburg, weil dort der Sitz der Arbeiterzeitung war (D. DOWE, Berichte, 1980, S. 65 und S. 22). In diesem Sinn äußerten sich auch Stimmen aus Württemberg laufend in der Arbeiterzeitung.

vollkommen unbewußt auch den Anstoß zu ihrer internationalen Verbindung. Sonnemann hat von seinem Vereinsstandpunkt aus die Kongreßidee bekämpft und zu diesem Zweck die Maingaubewegung eingespannt.⁶⁸ Der Streitkreis schaltete sich ein, wobei er zwischen Leipzig, wo die Kongreßbewegung ihren Sitz hatte, und dem Maingau Sonnemanns eine vermittelnde Stellung einnahm, die zur völligen Ablehnung wurde, als sich der Einfluß Lassalles auf das Komitee bemerkbar machte.

Zunächst bekämpfte Streits „Arbeiterzeitung“ die „Idee des Arbeiterstandes“ und die daraus folgernde Herrschaft des Vierten Standes, anschließend daran, und sehr entschieden, Lassalles „Offenes Antwortschreiben“, das das demokratische Wahlrecht nicht als Grundrecht, sondern als Mittel zur Anbahnung der Lösung der sozialen Frage hergestellt wissen wollte und daher die Staatshilfe verlangte.

Die Bedeutung der Coburger „Arbeiterzeitung“ lag während ihrer ersten Erscheinungsmonate in der öffentlichen Diskussion von Grundfragen, die von nun an die soziale und politische Welt beherrschen sollten. Während Sonnemann und der Maingau die Kongreßbewegung und dann Lassalle und den ADAV verunglimpften, bemühte sich die „Arbeiterzeitung“ um Klarstellung der Gegensätze und beteiligte sich nur wenig an persönlicher Polemik. Mitte April erfolgte dann die programmatische Umbenennung der Zeitung in „Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung“ (ADAZ), die der Absicht Lassalles entgegenzutreten sollte, die Allgemeinheit seines Arbeitervereins zu monopolisieren. Die ADAZ wollte volksparteilich in Tuchfühlung mit dem Nationalverein wirken: volksmäßige Umbildung des Nationalvereins im Rahmen seiner Statuten, aber kein neuer Nationalverein. Die ADAZ war keine Arbeiterzeitung im Sinne des Maingaus und der individuellen Arbeiterbildungsvereine, die nur Arbeiterangelegenheiten besprechen wollten und von Vereinsinterna berichten, sondern ein Blatt für politische Erziehung, das auch einen Vereinsteil besaß und nur dort über Interna berichtete. Als Streit seine Bindungen mit dem Nationalverein löste, seine Stellung als Geschäftsführer aufgab und dann aus dem Vorstand des Nationalvereins ausschied (1864/65), waren politische Gründe maßgebend, aber er, sein Kreis und seine „Arbeiterzeitung“ bekamen jetzt auch ein soziales Profil, das sich in Richtung auf die soziale Demokratie und die Internationale Assoziation hin entwickelte. Im Frühjahr 1863 war die ADAZ die einzige Zeitung im Bereich des Nationalvereins mit volksparteilicher Tendenz; im Frühjahr 1865 wurde sie zum sozialen und demokratischen Gegenspieler zum Social-Demokrat des ADAV, ohne Tuchfühlung zum Nationalverein, aber immer in gegensätzlicher Abhängigkeit von ihm. Das erste Stadium der Entwicklung der ADAZ wurde durch die Verbindung mit Gustav v. Struve eingeleitet, dem ehemals 48er badischen Revolutionär, nun Rückkehrer aus den Staaten, der durch die Streitschen Zeitungen (auch die „Wochenschrift des Nationalvereins“) radikal volksparteiliche Vorstellungen verbreitete. Die Zusammenarbeit von Streit und Struve gab Anlaß zu einer Welle von Preßprozessen, die zeigen können,

68 Die ersten Absagen an den Arbeiterkongreß kamen vom Maingau. Siehe SH. NA'AMAN, Die Konstituierung, 1974, S. 274 f., Schreiben aus Frankfurt 30. 1. 1863 im Namen einer Maingautagung in Offenbach.

was in einer scheinbar harmlosen Militärkonvention zwischen Coburg-Gotha und Preußen in Wahrheit angelegt war, denn auf ihr gründeten sich die Anklagen.⁶⁹ In den Streitschen Zeitungen (und sogar in der „Wochenzeitung“) nehmen die Prozesse einen weiten Raum ein. Sie erinnern in ihrer Langatmigkeit an Lassalles Prozesse, nur fehlt ihnen der agitatorische Glanz, dafür aber auch deren zweideutige Formulierungen.

Im Herbst 1863 begann die Zeitung ihre volksparteiliche Oppositionshaltung anzudeuten. Auf Lassalles Heerschaureden (Barmen, Solingen, Düsseldorf – September 1863) reagierte sie nur mit Auszügen, die sie der rheinischen Presse entnahm; Schulzes Ehrung mit dem Nationalgeschenk widmete sie pflichtgemäß eine Beilage, aber ihre politische Opposition präziserte sie in eigenen Beiträgen. Den Reigen eröffnete sie mit einem kurzen Auszug aus der Propagandaschrift von Gustav Struve (den Adelstitel „von“ opferte die Zeitung der Demokratie!), „Diesseits und Jenseits des Ozean“, die sie „Forderungen der Deutschen Nation“ betitelte.⁷⁰ Die „Forderungen“ gehen von der Rechtmäßigkeit der Reichsverfassung vom 28. März 1849 aus, so wie sie ja auch der Nationalverein angenommen hatte. Die Forderung der Volksbewaffnung und der Einberufung einer Nationalversammlung aufgrund des demokratischen Wahlrechts durch die Regierungen oder durch das Volk wären dann die Forderungen einer Vereinsopposition, die „öffentliche Vereinigung zum Zweck der Erreichung dieses Ziels“ – der Zweck des Nationalvereins. „Mit diesem Programm soll der Nationalverein ein willkommener Führer sein“, [...] „nimmt er dagegen dieses Programm nicht an, so wollen wir zwar deshalb zu ihm nicht in Feindschaft treten, allein ein anderer, weitergehender Verein wird dann die Durchführung dieser Forderungen übernehmen müssen.“ Das war genau das Programm der Zusammenkunft, die Ludwig Eckardt im Anschluß an die Generalversammlung vom 16. Oktober 1864, am 18. Oktober, dem Jahrestag der Leipziger Schlacht, berief.

Jetzt können wir auch verstehen, warum Streit seine Rede auf obiger Generalversammlung am 25. Oktober in der Arbeiterzeitung zum Abdruck brachte. Er betitelte sie „Volksdiplomatie und Volkspolitik“.⁷¹ Als Geschäftsführer konnte er sich auf der Tagung nicht deutlich ausdrücken, wenn er aber durch Wiederabdruck und Kommentar sich verdeutlichte, konnte er seine oppositionelle Haltung propagieren, auch wenn er auf die geheime Zusammenkunft Eckardts nicht anspielen durfte. Wenn der letzte Satz seiner Rede die „korrekte

69 Die Prozeßverhandlungen sind in Streits Verlag in Broschürenform 1864 erschienen. Der langatmige Titel lautet: „Sachsen und Coburg gegen Streit und Struve, oder öffentliche Gerichtsverhandlung über die Frage: Ist es Hochverrat, den Feinden Deutschlands drei deutsche Herzogtümer in die Hände zu spielen? Ein Beitrag zur Lösung der schleswig-holsteinischen und der deutschen Frage.“ – Daß es um Schleswig und Holstein geht ist klar. Das dritte Herzogtum ist Lauenburg, das bald an Preußen kam, aber keine Fragen aufwarf. Im Ganzen handelte es sich um vier Prozesse, wovon diejenigen, die die Wehrzeitung betrafen, sich auf die Militärkonvention stützten. Streit als Rechtsanwalt versucht aufzuzeigen, daß die Bedingungen der Militärkonvention in diesem Fall nicht erfüllt waren. Aufgedeckt wird das Bestreben der Regierung, in den Augen der preußischen Regierung Gefallen zu finden. Siehe ADAZ Nr. 103 v. 18. 12. 1864, S. 515 f. Dort auch ein Aufsatz aus dem Coburger Tageblatt, der die Servilität der Regierung andeutet.

70 ADAZ Nr. 39 v. 27. 9. 1863, Titelseite.

71 Ebd. Nr. 43 v. 25. 10. 1863, Titelseite.

Volkspolitik“ zur Bedingung macht, daß die „ganze Nation Ihnen nachfolgen wird“, so bedeutet das, daß alles, was aus der Annahme der Reichsverfassung folgt, als Volkspolitik erfüllt werden muß, wie es Struve dargelegt hatte. Wenn von Ecker in der gleichen Nummer einen Beitrag, betitelt „Die politische Selbsthilfe“, liefert und im Untertitel ankündigt „Ein Nachklang zum 18. Oktober“⁷², so haben die Leser verstanden, daß damit nicht nur die Völkerschlacht gemeint war, sondern auch die Beratung der volksparteilichen Opposition im Nationalverein. Wenn der Verfasser davon spricht, daß, wenn die Gewalt gegen jede Opposition vorgeht, der Zeitpunkt kommen müsse, „wo das Prinzip der politischen Selbsthilfe in ausgedehnterem Sinne des Wortes Platz zu greifen hätte“, wird klar, warum die volksparteiliche Opposition den Namen wählte „Freunde des 18. Oktober“. Weder die Anhänger des Nationalvereins noch die der Opposition waren zufällig am 18. Oktober in Leipzig zusammengekommen. Die preußische Regierung wollte ein harmloses Fest der Veteranen. Die Anhänger des Nationalvereins wollten die nationale Erregung verwerten; die Opposition dachte an die unbotmäßigen Handlungen, die die sogenannte Völkerschlacht damals ermöglicht hatten.

Es schien, als sei mit der Krise um Schleswig-Holstein der Moment der „korrekten Volkspolitik“ für den Nationalverein gekommen, wo auch die Opposition mit der Mehrheit gehen konnte. Die kurze Zeit zwischen dem Aufruf des Ausschusses zur Wehrtätigkeit⁷³ bis zur Übertragung jeder Initiative an den 36er-Ausschuß der liberalen Parlamentsabgeordneten hatte gezeigt, daß die deutschen Großmächte nur ihre eigenen Interessen verfolgten, und die Mehrheit im Nationalverein auf Volksinitiative verzichtete und alle Verantwortung den Parlamentsvertretern überantwortete. Die Folge war verschärfte Opposition, die sich schon am Jahresbeginn 1864 ankündigte. Die Übersicht „An der Scheide des Jahres“, die am 3. Januar 1864 in der ADAZ erschien⁷⁴, sprach nicht nur von der Feigheit des preußischen Volkes, sondern geißelte als Landesverrat die Haltung maßgeblicher Mittelstaaten. Es gilt, das Erbrecht des Augustenburgers zu vertreten, weil glücklicherweise sein Erbrecht mit dem Volksrecht zusammenfällt: Mit der richtigen Staatsform (also der Republik) hat das nichts zu tun. Hauskollekten und Wohltätigkeit, auf die sich die Liberalen beschränken, genügen nicht und sind nicht das richtige Mittel, wo es um Hochverrat geht. Polen und die Vereinigten Staaten können zeigen, wie ein Volk für seine Zukunft kämpfen muß.

Die Zeit für einen anderen Nationalverein und für die politische Selbsthilfe einer nationalen Volkspartei war reif, aber die Opposition im Nationalverein war noch nicht fertig, wie die nächste Generalversammlung beweisen wird, und ist nie fertig geworden. Die Arbeitervereine blieben passiv wie das übrige Bürgertum. Eine Sonderstellung nahm nur der ADAV in Hamburg ein, der eine Wehrbewegung von Arbeitern organisieren wollte, aber durch die Behörden daran gehindert wurde.⁷⁵ In den Arbeitervereinen wurde die politische Aktivität

72 Ebd. Nr. 45 v. 8. 11. 1863, Titelseite.

73 ADAZ Nr. 48 v. 29. 11. 1863.

74 Ebd. Nr. 53 v. 3. 1. 1864, S. 274.

75 H. LAUFENBERG, 1977 (1911), S. 274.

der ADAZ verurteilt und verlangt, interne Vereinsnachrichten zu bringen und soziale Fragen wie die Einrichtung von Konsumvereinen zu erörtern. Die Ablehnung der ADAZ als Vereinsorgan auf dem zweiten Vereinstag beweist die Haltung der Mehrheit; das kurzlebige Erscheinen einer Arbeiterzeitung in Leipzig deutet die Richtung der Gesinnung an.

Nachdem das Ideal, die Arbeiter direkt dem Nationalverein zuzuführen, infolge der fortschreitenden Entwicklung des ADAV als „Nationalverein der Arbeiter“ gescheitert war, mußte der Streitgruppe daran gelegen sein, sich die VDAV-Bewegung nicht zu entfremden, wenn überhaupt eine Volkspolitik jemals Wirklichkeit werden sollte. Die Gegnerschaft der Frankfurter Gruppe (auch der Leipziger und der Berliner) zur „Arbeiterzeitung“ war deutlich. Die der Frankfurter, weil sie den Einfluß der „Neuen Frankfurter Zeitung“, von der sie abhängig war, nicht schmälern wollte; diese wohl eine radikale Haltung einnahm, aber ihre Beziehungen zu dem 36er-Ausschuß, den Mittelstaaten und Österreich erhalten wollte; die der Berliner unter Dittmann und Bandow, weil sie sich auf die „Volkszeitung“ und Berliner Reform verließen und sich als Bewohner einer Großstadt fühlten, die die Hauptstadt eines zukünftigen Deutschland zu werden bestimmt war. Die Gegnerschaft Leipzigs ist schwerer zu erklären. Die ADAZ hatte sich gegen Leipzig als Tagungsort des VDAV ausgesprochen, und zwar weil das Regime Beust, das in Coburg nicht weniger verhaßt war als das Bismarck-Regime, aus der Tagung (wie aus dem vorhergehenden Turnfest – 1863) politischen Gewinn ziehen würde. Die Streichung der Heeresfrage vom Programm der Tagung wurde dem Druck Beusts zugeschrieben.⁷⁶ Die Leipziger waren beleidigt und es entstand eine langwierige Kontroverse, die höchstwahrscheinlich nicht nur die Anerkennung der ADAZ als Vereinsorgan vereitelt hat, sondern auch dazu führte, daß in der Zeitung über den wichtigen Lohnkampf der Drucker nicht berichtet wurde und sie kaum zu ihm Stellung nahm. Da wiederum Bebel und Sonnemann in diesen Lohnkampf aktiv eingriffen, entsprach der Schwächung der Streitgruppe eine Stabilisierung der Sonnemanngruppe, mit der die Leipziger verbündet waren.

Die erste Hälfte des Jahres 1864 regte die Organisation der Bildungsvereine südlich des Mains im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Erregtheit in den Schleswig-Holstein-Vereinen mächtig an. Nachdem die deutschen Großmächte Österreich und Preußen ihre eigenen Interessen im Norden verfolgten und einige Kleinstaaten versagt hatten, setzte die nationale Volksbewegung auf die „mindermächtigen Staaten“ unter Vorantritt Bayerns, und das wirkte sich sofort auf die Arbeiterbewegung aus. Die Gründung eines Württembergischen Gauverbandes, der sogleich mit dem Badischen in Verbindung trat, war die Folge. Für das Schicksal der ADAZ war wichtig, daß aus allen mindermächtigen Staaten Zustimmungsadressen zur politischen Haltung der ADAZ kamen und das Blatt ständig als Organ des VDAV empfohlen wurde. Bedeutsam ist die positive Haltung des Gauverbandes Hannover, der sich erst spät der Bewegung anschließen wird. Der württembergische Gauverband regte sogar die Verlegung des Vereinssitzes nach Coburg auf den VDAV-Tag zu Leipzig an.

76 ADAZ Nr. 94 v. 16. 10. 1864, S. 464: Redaktionelle Anmerkung zu einem offenen Brief von Moritz Müller (Pforzheim).

Die erste ordentliche Tagung des VDAV zu Leipzig verlief in den von Sonnemann vorgezeichneten Bahnen. Viele Vereine, die nur als Demonstration gegen Lassalle am ersten Vereinstag beteiligt waren, fielen ab. Die vorbereitete Tagesordnung wurde durchgeführt, wobei Max Hirsch vom Gau der Provinz Sachsen für Röhrich, Frankfurt, einsprang aber weiterhin Sonnemann unterstützte. Neu war auch das Erscheinen Langes, der einen Arbeiterkonsum aus der Industriestadt Duisburg vertrat und somit die moderne Entwicklung. Er unterstützte ebenfalls Sonnemann, was sich auf dem nächsten Vereinstag zu Stuttgart auswirken wird. Seine Schrift „Die Arbeiterfrage“⁷⁷ drückt die Modernität seines Standortes aus. Am anderen Pol der Entwicklung standen die süddeutschen Arbeitervereine, die sich noch für Wanderunterstützung interessierten.

Der württembergische Antrag, die ADAZ zum Vereinsorgan zu bestimmen, wurde schon auf der Vortagung abgelehnt und stattdessen der nichtssagende Antrag von Sonnemann/Hirsch angenommen, daß der Ausschuß beauftragt wird, „so weit wie tunlich“ seine Bekanntmachungen in der ADAZ zu veröffentlichen.

Zweifelloos war Streit gegen Sonnemann im VDAV zu Leipzig unterlegen. Gegenüber dem Antrag, den Sitz des Vereins nach Coburg zu verlegen und gleichzeitig die ADAZ zum Sprachrohr des Vereins zu machen, kam der ausdrückliche Beschluß: „Frankfurt wird einstimmig zum Sitz des Ausschusses gewählt.“ Die einzige Aussicht auf Einfluß der Streitgruppe auf die Arbeiterbewegung lag entsprechend den Ergebnissen der Generalversammlung in politischer Aufklärung, die in Süddeutschland beifällig aufgenommen worden war. Der Aufsatz „Durch Freiheit zur Einheit“⁷⁸ entsprach dem: Durch nationale Politik in den Einzelstaaten keine moralische Mainlinie aufkommen zu lassen.

Einen Wink für die richtige Volkspolitik gab die Leipziger Tagung, wenn auch ungewollt. Dort hatte sich der Lassalleaner Fritzsche als Delegierter der Zigarrenmacher offen für das demokratische Stimmrecht ausgesprochen, mit dem alle liberalen Forderungen wie durch Zauber schon erfüllt seien. Er wurde von der Tribüne lautstark unterstützt, und ein Skandal entstand.⁷⁹ Er mußte abtreten und verzichtete zuletzt auf sein Mandat, aber die Folgen dieser Szene waren weitreichend. Noch beim geselligen Zusammensein brachte Max Hirsch einen Toast auf das demokratische Wahlrecht aus, dem auch ein Fritzsche kei-

77 Den Zusammenhang der Verfassung der *Arbeiterfrage* mit dem VDAV-Tag zu Leipzig und dem Eintritt Langes in dessen Ständigen Ausschuß stellt Mehring, der Herausgeber seiner Schrift, dar mit der treffenden, aber ergänzungswürdigen Feststellung, er habe sich entschlossen, seine Schrift abzufassen, „um den Vorwurf einer zweideutigen Haltung abzuwehren“ (ebd., S. 24 f.). Er hatte sich in Leipzig allerdings nicht auf die Seite Fritzsches gestellt, da er das Lassallesche Stimmrecht nicht für so wichtig ansah wie dieser, aber seine Orientierung auf die Industriearbeiterschaft ist viel entwickelter als bei diesem. Das gilt besonders für sein Projekt einer rheinisch-westfälischen Arbeiterzeitung, das er in der *Arbeiterfrage* veröffentlichte (ebd., S. 159–168) und das indirekt auf die Erörterungen über die Arbeiterzeitung in Leipzig reagierte. Einen Teil dieses Programm hat er dann mit dem Unternehmen des Boten vom Niederrhein (1865/66) verwirklicht.

78 ADAZ Nr. 100 v. 27. 11. 1864, S. 494 f. Der Aufsatz ist in der Hauptsache der Polemik mit den GRENZBOTEN (23. Jg., II. Semester, Bd. IV, 1864) gewidmet; der Aufsatz bedeutet den Vorstoß von rechts, dem der Vorstoß von links entsprach, den Eckardt auf der Generalversammlung zu Eisenach führte. Der Verfasser forderte eine Spaltung von rechts.

79 D. DOWE, Berichte, 1980, S. 57 f. und S. 62.

nen Abbruch tun könne.⁸⁰ Auf der nächsten Generalversammlung des VDAV war das demokratische Wahlrecht das zentrale Thema und Hirsch war sein Verkünder, aber wichtiger war der Einfluß auf die werdende Volkspartei: Streit, Büchner und Eckardt haben erkannt, daß gegen die Schlaffheit des Bürgertums, die auch die Arbeiterbewegung umfaßte, der Aktivismus der Lassalleaner notwendig sei. Nicht überall waren sie zugänglich, aber Fritzsche selbst wies in die Richtung: In Sachsen, im Main- und Rheingau ließ sich mit ihnen unterhandeln.

Die volksparteilichen Mitglieder des Nationalvereins traten vor Beginn der 5. Generalversammlung zu Eisenach am 31. Oktober/1. November 1864 zu einer Vorberatung zusammen, deren Thema Übernehmen oder Austreten war, so oder so sollte eine Volkspartei entstehen. Entsprechend der Losung „Durch Freiheit zur Einheit“ sollte die Initiative vom Süden ausgehen, um der gefürchteten Mainlinie zuvorzukommen. Die Übernahme des Nationalvereins auf der Grundlage des überkommenen Organisationsstatuts kam nicht zustande, hätte auch wahrscheinlich zur Auflösung des Vereins geführt: Wenn die Volksparteiler hofften, durch Wahlen eine Mehrheit zu bekommen und sie dann durch geeignete Kooptationen entsprechend der Praxis der Rechtsliberalen zu verstärken, so gaben sie sich der Illusion hin, daß die Rechtsliberalen nicht eine Auflösung einem Zustandekommen der volksparteilichen Mehrheit im Ausschuß, dem leitenden Organ des Vereins, vorgezogen hätten. Wer den Kommentar zur Generalversammlung in der Zeitschrift „Die Grenzboten“ liest, wird an einer möglichen Auflösung nicht zweifeln.⁸¹ Der anonyme Verfasser sieht als Programm ganz einfach die Einheit an, die in Preußen verkörpert ist. Die Freiheit ist nach seiner Auffassung nicht mehr als eine agitatorische Finte, die nicht entsprechend der volksparteilichen Auffassung zum Ausgangspunkt für den Verein werden dürfe.

Wir wissen als Endergebnis, daß eine linke Mehrheit nicht zustande kam und nur der Austritt einzelner erfolgte; daß dagegen die rechtsgerichtete Mehrheit, der im Verein ausharrenden Linken immer neue Zugeständnisse machte unter der Bedingung, daß sie Minderheit blieb.

Die Dissidenten beschlossen, die Volkspartei *neben* dem Nationalverein zu konstituieren und ihre Gesinnungsgenossen im Nationalverein, die weiterhin nicht mehr als eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten darstellen würden, von außen zu unterstützen. Der Teil, der an die Konstituierung der Volkspartei ging, hatte sein Zentrum in Karlsruhe in der Redaktion des neugegründeten „Deutschen Wochenblattes“, in Württemberg in der Redaktion des „Beobachters“. In Bayern gruppierte sich die Bewegung um den „Nürnberger Anzeiger“. Allen Gruppierungen war die Losung des allgemeinen Wahlrechts gemeinsam, der Grundrechte und der Volksbewaffnung; alle Forderungen ließen verschie-

80 ADAZ Nr. 97 v. 6. 11. 1864, Titelseite, Rubrik *Vereinsangelegenheiten*: Noch ein Wort über den deutschen Arbeitertag zu Leipzig.

81 Siehe Anm. 79. Der Verfasser des Aufsatzes im Coburger Tageblatt bezweifelt, daß der Aufsatz wirklich aus München stammt und deutet an, daß er von der Redaktion kommt, also von Moritz Busch. Das ist beachtlich, da der Aufsatz einheitsstaatlich-großpreußisch argumentiert, als käme er aus dem Treitschke-Kreis.

dene Auslegungen zu, ebenso wie das Zusammenstehen gegen die Gefahr der Mainlinie. Allgemein war die Neigung zur Aktivierung der Arbeitervereine.

Nach Abwehr der volksparteilichen Vorstöße wurde auf der Generalversammlung zu Eisenach auch die Auflösung der demokratischen Zentrale in Coburg vorbereitet. Der Vorgang vollzog sich wie schon gesehen, etappenweise. Beschlossen wurde nur die Zusammenlegung von Redaktion und Versand und die Kooptation von Brater in die Redaktion, während v. Rochau als Redakteur neu bestätigt wurde. Da Brater ablehnte, kam Nagel hinzu. Da Nagel und v. Rochau sich weigerten, nach Coburg überzusiedeln, wurde Frankfurt zur Zentrale der Zeitungsverwaltung. Da Streit es ablehnte, ohne das Verwaltungs- und Versandgeschäft weiterhin als Geschäftsleiter zu wirken, übernahm Nagel bereitwillig den Posten. Coburg blieb nur juristisch gegenüber der Regierung von Coburg-Gotha Sitz des Vereins. Bis März 1865 hatte sich der geplante Abbruch der demokratischen Zentrale in eine vollständige Umbildung der Vereinsorganisation verwandelt. Streit blieb noch im Vorstand, trat aber bald aus.⁸² Im Sommer war er schon offener Gegner des Vereins. Während Streit seine wichtige Position im Nationalverein im Monat März verlor, drohte ihm der Ausschuß des VDAV mit einem parallelen Schicksal in der Arbeiterbewegung.

An der Wende des Jahres 1864 hatte die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ angekündigt, daß, wenn die Vereinsmitglieder nicht für sich persönlich die Zeitung bestellen würden⁸³, diese wegen ihres chronischen Defizits eingehen müßte. Der Ausschuß des VDAV erwog die Möglichkeit, die Zeitung in Frankfurt auf eigene Verantwortung herauszugeben, also die Streitgruppe gänzlich auszuschalten. Als diese Aussicht das Verhältnis der ADAZ zum Ausschuß vollends verdarb, beschloß dieser, eigene Flugblätter in Zeitungsform und -format herauszugeben, und die Veröffentlichungen der Bekanntmachungen des Vereins in der ADAZ für „untunlich“ zu erklären.⁸⁴

Vor dem Vereinstag zu Stuttgart erschienen tatsächlich 15 Flugblätter, nach ihnen erschien dann die „Arbeiterhalle“⁸⁵ bald als Arbeiterzeitung des VDAV. Die Ernennung der ADAZ zum Vereinsorgan wurde auf dem Arbeitstag in

82 Gedrucktes Ausschußprotokoll, S. 110, Sitzung Eisenach, den 11. 6. 1865: Fries soll sich nach Coburg begeben, „Herrn Streit unter Hinweis auf das Mißliche der aus den vorliegenden Tatsachen für ihn erwachsenen Stellung dem Ausschuß und dem ganzen Verein gegenüber, womöglich zum freiwilligen Rücktritt vom Ausschuß zu veranlassen.“ Nach den vorhandenen Protokollen war Streit auf verschiedenen Vorstandssitzungen nicht erschienen, gehörte aber sowohl Vorstand wie Ausschuß an. Da der Nationalverein seit dem Fall Niebour im ersten Vereinsjahr den erzwungenen Rücktritt vorzog, versucht der Ausschuß das auch im Fall Streit. Das gehörte zum Habitus von Honoratioren; im ADAV war das anders, da gab es Ausschlüsse.

83 ADAZ Nr. 105 v. 1. 1. 1865, Titelseite, „An unsere Freunde“: Gelingt im kommenden Quartal die Ausgleichung der Ausgaben mit den Einnahmen nicht, muß die Zeitung eingehen.

84 Das Flugblatt aus dem Jahre 1865 ist zusammen mit der nachfolgenden Arbeiterhalle im Neudruck erschienen (D. Dowe, Flugblatt, 1980). Das Flugblatt entsprach zuerst Format und Ausstattung nach seinem Namen, bekam aber mehr und mehr Ähnlichkeit mit einer Zeitung. Die gleiche Entwicklung machte die Arbeiterhalle, aber schneller, durch. Sie war zuletzt eine regelrechte Arbeiterzeitung.

85 Die Deutsche Arbeiterhalle erschien v. 1. 6. 1867 bis zum 4. 12. 1868, zunächst mit dem Untertitel Flugblätter bis zum Vereinstag zu Gera, der die Herausgabe einer eigenen Zeitung beschloß. Von Nr. 8 v. 15. 10. 1867 an mit dem Untertitel Organ des Vereinstages deutscher Arbeitervereine.

Stuttgart (1865) hintertrieben.⁸⁶ Wenn also die Streitgruppe weiterhin mit ihrer Version einer Volkspartei wirken wollte, mußte sie die ADAZ als ihr Sprachrohr, allen geschäftlichen Erwägungen zum Trotz, erhalten. Bis zum Ausbruch des Krieges im Sommer 1866 hielt sie stand. Daß Streit später dann in Schuldhaft saß, steht auf einem anderen Blatt.

Die Schuldenlast ist der Zeitung nicht anzusehen, und wir sehen von ihr ab, aber die Zeit, von der an sie nur für die Herausarbeitung einer eigenen Volkspolitik zu sorgen hatte, ist ihre fruchtbarste: Sie entwickelte sich zum Organ einer *sozialen Volkspartei*.

In dieser Endphase stand niemand dem Streitkreise näher als Friedrich Albert Lange. Er gab seit dem 1. Oktober 1865 den „Boten vom Niederrhein“⁸⁷ heraus, um auf die neue Schicht der Industriearbeiter einzuwirken und sie für die Idee der sozialen Volkspartei zu gewinnen. Die beiden Redaktionen übernahmen gegenseitig Material und standen in wechselseitigem Ideenaustausch, aber zur Zeit, als die Zukunft der ADAZ auf dem Spiele stand, hielt F. A. Lange unbedingt zu Sonnemann und dem Ausschuß und deckte mit seiner Autorität jeden Schritt gegen die Zeitung.⁸⁸ Als Ausschußmitglied gab er Sonnemann sogar literarische Hilfe.⁸⁹

Mit dem Vereinstag des VDAV zu Stuttgart 1865 beginnt die Ära Staudinger, der den Verein nach den Anweisungen Sonnemanns leitete. August Bebel war sein engster Mitarbeiter, aber auch sein Erbe, denn auf dem folgenden Vereinstag zu Gera wurde Bebel der besoldete Präsident des nun in *Verband* umbenannten Vereinstags.⁹⁰ Diese Neuorganisation hatte Bebel in Stuttgart beantragt,

86 Eine besondere Kommission beriet über ein Vereinsorgan. Ihre Berichterstatter waren der Leipziger Weithmann, der die Interessen der dortigen lokalen Arbeiterzeitung berücksichtigen mußte, und Friedrich Albert Lange, der eine besondere „Erklärung“ für den ständigen Ausschuß über die ADAZ veröffentlicht hatte, der negativ war. Vgl. D. Dowe, *Berichte*, 1980, S. 101 f. Ohne Diskussion wurde die Notwendigkeit einer eigenen Zeitung abgelehnt und Streit das Wort abgeschnitten. Die Doppelnr. 141/142 der ADAZ v. 15. 9. 1865 berichtete ausführlich über die Diskussion über das Zeitungsproblem (S. 770–774) in der Vorversammlung, die im offiziellen Protokoll übergangen wird, und auch eingehender über die Entscheidung der Hauptversammlung (S. 778). Langes Haltung wird verständlich, wenn wir sein späteres harmonisches Wirken mit Streit beachten: Die Bevorzugung nationaler Politik vor der sozialen, wie sie Streit im Nationalverein geübt hatte, schien ihm für Arbeiterpolitik nicht passend; das änderte dieser nach seiner Niederlage auf dem Stuttgarter Vereinstag.

87 Den Faksimile-Nachdruck hat Georg Eckert im Jahre 1968 besorgt. Lange war jahrelang Mitglied des Nationalvereins und in dessen Terminologie hatte er sich eingelebt. Daher das Wort in seinem Aufruf „An die Leser!“: „Die Bildung einer echten Volkspartei ist unbedingt notwendig“ (Probenummer 1, Titelseite). Für den Anti-Nationalverein des ADAV hatte er Verständnis, aber nicht für seine dogmatischen Verhärtungen.

88 Nach der Ausschußsitzung in Magdeburg verfaßte Lange „im Auftrag und unter Zustimmung des ständigen Ausschusses“ am 19. Juni eine „Erklärung des ständigen Ausschusses über seinen Konflikt mit dem Verleger und Redakteur der Allgemeinen Deutschen Arbeiterzeitung“, der Sonnemann seinerseits eine kurze Erklärung beifügte (D. Dowe, *Flugblatt*, 1980, nach *Flugblatt* Nr. 3).

89 Nach Ablehnung eines besonderen Vereinsorgans gründete Eduard Pfeiffer (Stuttgart) mit Sonnemanns Hilfe eine theoretische Zeitschrift *Die Arbeit*, an der sich auch Lange beteiligte. Arbeiterwohnungen und Konsumvereine waren das gemeinsame Interesse von Lange und Pfeiffer.

90 Das Vereinsprinzip, das in der Arbeiterbewegung herrschte, kannte Stufen aufsteigender Sozialisierung: Wanderversammlungen, periodische Tagungen („Tage“), Verband und dann an der Grenze von Verband und Partei, die auf Vereinen aufgebaute Partei, wie es die 1869 sog. Eisenacher Partei war (= SDAP).

aber war damit erst in Gera durchgedrungen. Durch die straffere Vereinsorganisation hatte er den im Anfang losen Vereinstag befähigt, in das politische Leben aktiv einzugreifen. Die Stunde der sozialen Volkspartei hatte geschlagen. Auf dem Wege zu einem strafferen Verband deutscher Arbeiterverbände wurde als wichtigste Neuerung der Mitgliedsbeitrag eingeführt und die Abstimmung der Größe des Vereins angepaßt.⁹¹

Alle Honoratioren der volksparteilichen Richtung waren als Delegierte von Vereinen vertreten; dagegen war der künftige nationalliberale, damals „fortschrittlich“ genannte Flügel schwer identifizierbar, weil auch er volksparteilich auftrat und die Württemberger Eduard Pfeiffer und August Hochberger der Volkspartei tatsächlich, wenn auch nur zeitweise, angehörten. Schwer zu definieren war die Stellung von Max Hirsch, weil er wohl wirklich demokratisch gesinnt war, aber als Preuße vorsichtig operieren mußte. Rechtsliberal mit Gesinnungen, die den späteren Nationalliberalen entsprachen, war nur die Honoratiorenspitze aus Baden.⁹²

Die Politisierung der Arbeitervereine, die Bebel als Linksentwicklung bezeichnet hat, ist Tatsache, die Frage wäre nur, ob die Ursache in den Lohnkämpfen des Jahres 1865 zu sehen ist oder im Vorbild des ADAV (und vielleicht in beidem), oder ob die Kämpfe um Einfluß auf die sichtlich erstarkende Bewegung seitens der Honoratiorengruppe entscheidend sind. Wenn die Sonnemanngruppe Franzosen und Schweizer zur Teilnahme an der Tagung zu Stuttgart 1865 einlud, um seine Autorität mit Hilfe anerkannter Freihändler und Kooperateure zu stärken, deutet das in Richtung auf Machtkämpfe, denen die Unterdrückung Eckardts und Streits entsprach.⁹³ Die Vorschläge Bebels zur Stärkung der Organisation wurden vertagt und siegten erst infolge von Königgrätz in einem sehr geschwächten Verband. Das demokratische Wahlrecht war der gemeinsame Nenner aller und die Zustimmung zu ihm wurde deshalb mühelos erreicht; Honoratioren wie Max Hirsch und Hochberger schlugen es vor.⁹⁴ Der Beschluß, die einzelnen Arbeiter und nicht die Arbeitervereine als Kollektive auf die Propaganda für das gleiche Wahlrecht zu verpflichten, hatte inhaltlich keine Bedeutung und wollte nur die Bedenken wegen der Vereinsgesetze beschwichtigen. Der Konsensus ging so weit, daß Staudinger auf Betrei-

91 D. DOWE, Berichte, 1980, S. 98–101, 136 f.

92 Siehe ebd., S. 92 f. Es handelt sich um den Antrag von Oldenburg-Baden die Wahlrechtsfrage von der Tagesordnung abzusetzen. Der Sprecher für Baden war der Heidelberger Professor Wundt, der auch weiter in dieser Frage auftreten wird. Nach der ADAZ Nr. 160 v. 21. 1. 1866 sprach sich Hochberger (Esslingen) gegen die „Nationalvereinlerisch mißleiteten Badischen Vereine“ aus. Auf der nächsten Seite 898 berichtet die ADAZ, daß die Vereine Pforzheim und Heidelberg sich gegen die Agitation des Ausschusses unterzeichnen ließen. Der Bericht endet mit der Bemerkung: „Wann werden sich unsere Vereine von den Gothaern emanzipieren?“

93 Siehe ADAZ, Doppelnr. 141/142 v. 15. 9. 1865, S. 770 f. Bericht über die Vorversammlung, in der Eckardt dauernd tätig war, und Hauptversammlung, S. 776. Dort auch der Vorschlag, Eckardt zum Vizepräsidenten gleich Sonnemann, Staudingen u.a. zu wählen. Im Protokoll der Tagung wird Eckardts Name unterdrückt.

94 D. DOWE, Berichte, 1980, S. 90–93. Auf den Antrag von Max Hirsch, der das preußische Vereinsgesetz fürchtete, wurde der Vorschlag dahin formuliert, daß es Pflicht aller *deutschen Arbeiter* sei, für das allgemeine, gleiche und unmittelbare Wahlrecht einzutreten statt der ursprünglichen *Arbeitervereine*. Daraus eine Gesinnungsänderung abzuleiten blieb dem Gauverband Baden vorbehalten.

ben Sonnemanns im Anschluß an den Vereinstag zur Agitation für das gleiche Wahlrecht aufrufen konnte⁹⁵, wobei nur die Honoratiorenspitze aus Baden (weniger die Vereine selbst) Schwierigkeiten machte. Staudinger wirkte im Sinne Sonnemanns, obgleich er später gemeinsam mit einem der zwei Nürnberger Vereine zu den Nationalliberalen umschwenkte.

Auf die ADAZ hat sich die Ablehnung durch den VDAV befreiend ausgewirkt. Sie war nunmehr nach beiden Seiten hin unabhängig, sowohl gegenüber dem Nationalverein wie gegenüber dem Vereinstag. Dem liberalen Abgeordnetentag vom 1. Oktober 1865 und der Generalversammlung des Nationalvereins, beide in Frankfurt, konnte sie offen entgegentreten. Der zentrale Punkt ihrer Angriffe auf beide, teils satirischer Art, war die Gleichsetzung der preußischen und deutschen Interessen, wie sie in beiden Gremien üblich war und eifrig propagiert wurde. Aus ihrer Ablehnung dieser Gleichsetzung folgte die Zeitung, daß die von den Elbherzogtümern geforderten Konzessionen keinem nationalen Interesse entsprachen, sondern einem partikular preußischen. Die Abkehr der „Arbeiterzeitung“, die der langjährige Geschäftsführer des Nationalvereins mit Wissen und Zustimmung seines Ausschusses gegründet hatte, von dem pro-preußischen Zentralpunkt der nationalen Politik des Nationalvereins entfremdete Streit vollkommen seinen ehemaligen Gesinnungsgenossen, wobei ihm nicht, wie seinen volksparteilichen Gesinnungsgenossen in Süddeutschland, Partikularismus vorgeworfen werden konnte. Die gleichzeitige Loslösung der Zeitung vom Ständigen Ausschuß des VDAV hat ihr die Mitteilungen an die Arbeitervereine entzogen, die sie deswegen mit geringer Verspätung aus zweiter Quelle brachte. Aber sie konnte deswegen auch unbefangen über die Vorgänge in den Arbeitervereinen berichten, wie es anlässlich der Versammlung in Gotha geschah⁹⁶, wo der gesamte ständige Ausschuß sich kollektiv zur Politik der Liberalen bekannte. Auch konnte sie zu den Vorgängen im Lager der Volkspartei ohne Rücksicht auf Empfindlichkeiten, besonders von Sonnemann, Stellung nehmen, was besonders der Eckardtgruppe zugute kam.

Es liegt kein Beweis vor, daß die Verbreitung der Zeitung durch den Bruch mit dem Ausschuß des VDAV gelitten hat. Für das Gegenteil spricht, daß Streit die Zeitung entgegen seinem früheren Plan mehr als ein halbes Jahr nach dem Stuttgarter Vereinstag fortgeführt hat. Die Zeitung war in Preußen verboten, hatte aber dort wenig Verbreitung.⁹⁷ Anzunehmen ist, daß die Zahl der Abnehmer im übrigen Deutschland sich nicht wesentlich verändert hat.

95 Siehe E. Eyck, *Der Vereinstag*, 1904, S. 77.

96 Über die wichtige Sitzung des ständigen Ausschusses berichtet die ADAZ Nr. 150 v. 12. 11. 1865 und über die gleichzeitige Arbeiterversammlung in Nr. 151 auf der Titelseite. Die Ausschußmitglieder repräsentierten eine Einheitsfront für Bildung und Unterricht (Sonnemann, Max Hirsch, Bebel und Bandow). Sonnemann sieht die Arbeiterfrage nur im Abbau gesetzlicher Hindernisse und in der wirtschaftsfeindlichen Dienstpflicht. Nur Bandow erklärt die politische Bildung für den Zentralpunkt der Bildungsfrage. Heyn aus Coburg tritt allein oppositionell auf, indem er Selbsthilfe und Bildung für unzureichend erklärt. Die Redaktion der ADAZ erklärt, daß das demokratische Stimmrecht keineswegs auf den Fortschritt der Bildung zu warten hätte. Sonnemanns Diskussionsbeitrag gipfelt in dem Hinweis auf den amerikanischen Präsidenten Johnson, der Schneider sei.

97 Das Verbot trat am 10. 8. 1865 in Kraft, siehe ADAZ Nr. 138 v. 20. 8. 1865, S. 748. Die Zeitung deutet an, daß dazu der im Juli erworbene Postdebit beigetragen habe, weil dadurch

Für Streit und Lange war die Arbeiterbewegung das Rückgrat einer echten Volkspartei; für beide war der Ausschluß der sozial Minderbegünstigten vom Volksbegriff der Grund ihrer Abkehr vom Nationalverein. Ähnlich verhielten sich Ludwig Eckardt und Louis Büchner, die im Jahre 1865 ein Aktionspaar bildeten. Von Eckardt ging die Initiative zu einer nationsweiten Volkspartei aus, und um sie zu fördern, gründete er auch eine eigene Zeitung, an der Louis Büchner mitwirkte, das „Deutsche Wochenblatt“.⁹⁸

Eckardt hatte sich im Jahre 1862 dem Nationalverein zugewandt, als dieser sich entschloß, endlich die Reichsverfassung als zu Recht bestehend anzuerkennen, und hatte alle Demokraten aufgefordert, seinem Beispiel zu folgen. Er glaubte, daß dieser Schritt es ermöglichen würde, ein souveränes Parlament einzuberufen. Wie erwähnt, berief er zuerst 1863 eine geheime Nachversammlung und 1864 eine Vorversammlung mit der Absicht ein, eine Mehrheit im Ausschuß zu erhalten oder einen Massenaustritt zu bewirken. Beides gelang nicht. Die Mehrheit der Demokraten blieb im Verein. Eckardt trat aus, widersetzte sich aber keineswegs ihrem Verbleiben. Der Zusammenhang zwischen den rheinischen, ostpreussischen, Berliner, mitteldeutschen und schleswig-holsteinischen Freunden einer Volkspartei blieb durch den Nationalverein gewahrt, was wichtig war, solange eine wirkliche Volkspartei noch nicht existierte. Um sie bei der Stange zu halten, einigte sich der Ausschuß darauf, die Frage einer zukünftigen Zentralgewalt offenzulassen.⁹⁹

Zum Zweck der Gründung einer wirklichen Volkspartei im gesamtdeutschen Rahmen gründete Eckardt sein „Deutsches Wochenblatt“, dessen Name sein Programm ist, ein besseres Wochenblatt als es der Reformverein und der Nationalverein nationsweit zustande gebracht hatten, kein badisches und kein süddeutsches Regionalblatt. Ein Landesausschuß von Vereinen, wie in Württemberg, konnte seiner Überzeugung nach nicht die ausreichende Basis einer Volkspartei sein: Das hatte er aus der Geschichte der Wehr- und Unterstützungsvereine für Schleswig-Holstein gelernt. Die wenigen vorhandenen Volksvereine waren meist nur Ableger von jenen. Vorbilder sind für ihn nur die Organisation des Nationalvereins und des ihm nachgebildeten ADAV. Wenn der Nationalverein sich ihm verschlossen hat, bietet ihm die organisatorische Zerfahrenheit des ADAV nach Lassalles Tod Anknüpfungspunkte.

Im Maingau und Mittelrheingau, in Sachsen und Hamburg handeln verschiedene Gruppen des ADAV selbständig, gehen Bündnisse und Verbindungen ein, die jeder Einheitlichkeit hohnsprechen, aber der Gesamtverein reagiert diszipliniert, als Bernhard Becker und v. Schweitzer sich überraschend auf die Taktik einigen, die Fortschrittspartei bei der Opposition zum Verbot des Abgeordne-

die Verbreitung der Zeitung in Preußen erleichtert, und das der preussischen Regierung unbequem sei. Das Verbot betraf auch die Wehrzeitung.

98 Die Probenummer erschien schon am 22. 12. 1864, also kurz nach der Generalversammlung des Nationalvereins, die am 1. November endete. Wäre die Übernahme des Ausschusses durch die Opposition dort, wie geplant gelungen, wäre die Zeitung wohl kaum erschienen. So bot sie für den linken Flügel im Nationalverein Ersatz für den Schaden, den sie durch die Umbildung der Wochenschrift in das Wochen-Blatt erlitt.

99 VERHANDLUNGEN V, 1865, S. 8 „Über den Träger der Zentralgewalt hat die im Parlament vertretene gesamte Nation zu entscheiden“ (Ausschußantrag). Preußen wird nicht erwähnt, wie es schon immer die Frankfurter Opposition verlangt hatte.

tenfestes in Köln¹⁰⁰ durch vorwärtstreibende Unterstützung bloßzustellen. Das ist ihnen gelungen und hat große Verwirrung in den fortschrittlichen Kreisen hervorgerufen, aber wegen unterschiedlicher Interpretation auch in den eigenen Reihen. Die Tatkraft der ADAVer hat Eckardt wie Lange stark beeindruckt, als sie die Ereignisse auch mit den Augen des Journalisten verfolgten. Ihnen war klar geworden, daß eine „echte Volkspartei“ nationseweit sich nie nur auf Bürger werde stützen können. Dazu waren die im ADAV und VDAV organisierten Arbeiter als Mitglieder oder Verbündete nötig. Die Bedeutung des ADAV war klar; die Bedeutung des VDAV lag darin, daß er, durch das Vorbild des ADAV angeregt, hinausgehend über Wanderversammlungen und Vereinstage zu strafbarer Organisation drängte, wie die Vorschläge der Leipziger Germann und Bebel bewiesen, die durch die Flugschriften des VDAV an die Öffentlichkeit gelangten, aber auch, weil Streiks und Lohnkämpfe die VDAVer politisch aktivierten. Auf einer gemeinsamen Besprechung der Arbeiterbildungsvereine des Maingaus (der stark mit ADAVERN durchsetzt war), der Delegierten der Arbeitervereine von Mainz und Mannheim (wo es viele individuelle Mitglieder des ADAV gab) sowie Vertretern der lokalen Mitgliedschaft („Gemeinde“) Frankfurt des ADAV sprachen Büchner und Eckardt.¹⁰¹ Büchner würdigte die Theorien Lassalles und Eckardt unternahm es, die Gegensätze von Selbst- und Staatshilfe auszugleichen. Als Ergebnis der Tagung wurde eine Resolution angenommen, die von einer „Wiedervereinigung“ sprach, die allerdings nicht die Organisationen verpflichten wollte, sondern vorsichtshalber nur die Anwesenden, aber zwei Erscheinungen sind beachtlich: Einmal das konstruktive Mißverständnis der Parole der Führung des ADAV, als beabsichtige sie, die Fortschrittler von links immer dann zu unterstützen, wenn sie für die Freiheit eintraten; zum anderen, daß Büchner und Eckardt sich und der Öffentlichkeit bewiesen, daß die volksparteiliche Agitation unter den Arbeitern Aussicht auf Erfolg habe.

Eckardt beendete seinen Vortrag mit den Worten: „Die Demokratie und die Arbeiterpartei müssen zusammengehen, wenn wir sie anders noch als zwei Elemente ansehen wollen.“¹⁰² Anerkennt die Pflicht mit uns die Freiheit, den politischen und religiösen Fortschritt zu erringen, wir wollen Euch hinwieder die Gleichheit und die soziale Reform erkämpfen helfen. Verstärkt unsere Selbsthilfe, und wir bringen Euch mit einem freien Staat eine gesunde Staatshilfe!“¹⁰³ Eckardt hat eine Verschmelzung oder eine Teilung der Funktionen mit der Volkspartei angedeutet, an eine dritte Möglichkeit, die erst im Jahre 1868 erkennbar war, an eine selbständige geeinte Vereins-Arbeiterpartei, konnte er

100 22./23. 7. 1865. Der Aufsatz Sonnemanns in Flugblatt Nr. 8 v. 23. 7. 1865 (Die Arbeiterbewegung) bekundet große Verwirrung, die sich in Verdächtigungen kundtut. Die ADAZ Nr. 135 v. 30. 7. 1865 übernimmt auf S. 727 aus der Frankfurter Zeitung diese Verdächtigungen, erwähnt aber in ihrem Kommentar auch die Beschlagnahme des Social-Demokrat und Ausweisung Bernhard Beckers aus Berlin und regt dadurch zu differenzierter Interpretation an.

101 Über diese Versammlung, FLUGBLATT Nr. 8 (wie 100) und ADAZ Nr. 134 v. 23. 7. 1865, S. 716. Die Versammlung fand am 16. Juli in der Umgebung von Darmstadt statt (das Datum der Meldung in der ADAZ ist offensichtlich gedruckt).

102 R. WEBER, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 181.

103 FLUGBLATT Nr. 8 (Korrespondenz, Darmstadt 17. Juli).

damals noch nicht denken. Die Alternativen, die er den Arbeitern ließ, befriedigten sie.

Fusion wie Arbeitsteilung verlangten von der in Bildung begriffenen Volkspartei die Annahme eines sozialen Teils in ihr Parteiprogramm, anders war sie kein Partner für die Arbeiter, weder für Fusion noch für Koalition. Büchner und Eckardt verstanden das, aber in verschiedener Ausführung. Büchners ausführliche Aufsatzreihe in sechs Teilen¹⁰⁴ im „Deutschen Wochenblatt“ setzte sich während der Monate April und Mai und einem einzelnen Aufsatz im September mit der Programmfrage auseinander und gipfelte im Oktober in einem besonderen Aufsatz zur sozialen Frage, den er „Die soziale Frage und das Programm der Volkspartei“¹⁰⁵ nannte. Dort schlägt er zur Lösung des Problems der sozialen Gleichheit die Reform des Erbrechts vor, die über den Gegensatz von Selbsthilfe und Staatshilfe hinausführen soll. Er meinte, damit einen Ausweg aus der Schwierigkeit gefunden zu haben, die der Annahme eines sozialen Programms für eine zu gründende Volkspartei entgegenstand: Er konnte auf das Vorbild des vorsichtigen England (und auf dessen Theoretiker Stuart Mill) hinweisen, wo der Staat nicht zugunsten des sozialen Ausgleichs in den Staatsschatz zu greifen brauchte, und damit unnötig machte, den populären Schulze-Delitzsch anzugreifen, weil seine Sparrezepte für die Arbeiter nicht paßten. In Wahrheit hatte er nach zwei Seiten hin gefehlt: Die besitzenden Bürger sahen sich in ihrem wichtigsten Eigentumsrecht bedroht, nämlich dem Recht über ihre Habe zu verfügen, und die Arbeiter sahen sich um ihr Anrecht auf Staatsintervention zugunsten des sozialen Ausgleichs betrogen. Man darf sagen, wer seine Argumente damals nicht den Formeln von Selbsthilfe oder Staatshilfe anpaßte, redete an den Begriffen vorbei, die jedem geläufig waren, wie heutzutage „Gemeinwohl“ und „Demokratie“. In dieser Hinsicht war Eckardt Büchner überlegen, was sein Auftreten in Leipzig bewies, wo er als „Sozialdemokrat“ auftrat und eine Arbeiterversammlung von ADAVer und VDAVer für eine volksparteiliche Einheitsfront gewann. Liebknecht¹⁰⁶ warb er als Korrespondenten für das „Deutsche Wochenblatt“ an und trug das Seine dazu bei, daß in Sachsen unter Beteiligung von Arbeitervereinen eine soziale Volkspartei entstand.

Im Anschluß an den dritten Vereinstag zu Stuttgart vom 3. und 4. September mit der Anbahnung seiner Umgestaltung vom lockeren *Vereinstag* zu dem festeren *Verband* und der Aktionslösung des demokratischen Wahlrechts beriefen Büchner und Eckardt nach Darmstadt eine Beratung über „Sammlung, Organisation und Verständigung“ einer nationsweiten Volkspartei mit einem sozialen Programm. Um einen sozialen Standpunkt erstmals in die Partei einzuführen, hatten sich beide auf die allgemeine, aber ausbaufähige Formel geeinigt: „Verbesserung der Lage der arbeitenden und armen Klasse durch soziale Re-

104 DEUTSCHES WOCHENBLATT Nr. 14, 15, 16, 20, 24, 38 (April–September 1865).

105 DEUTSCHES WOCHENBLATT Nr. 40 v. 1. 10. 1865, die erste Nummer mit dem Untertitel *Organ der deutschen Volkspartei*.

106 Wilhelm Liebknecht wurde am 2. Juli aus Berlin ausgewiesen. Liebknechts erster Beitrag, „L“ gezeichnet, erschien in Nr. 46 des Deutschen Wochenblattes v. 1. 11. 1865. Die Gelegenheit ihrer Bekanntschaft dürfte die Massenversammlung gewesen sein, die am 18. Oktober am Jahrestag der Völkerschlacht stattfand, für Eckardts Wirken in Leipzig schon ein historisches Datum.

form“.¹⁰⁷ Nachdem aber die Anwesenden die Aktivität beider in den Arbeitervereinen schon kannten, wiesen sie selbst diesen farblosen Vorschlag ab: Die spätere sogenannte „Trennung“ der Bürgerdemokratie von der Arbeiterdemokratie war hier schon vorgezeichnet.¹⁰⁸ Angenommen wurde in Darmstadt ein rein politisches Programm, das zudem sehr allgemein gehalten war. Seine drei Punkte forderten die demokratische Grundlage der Verfassung und Verwaltung der Einzelstaaten; lehnten die preußische und österreichische Spitze ab, die eine föderative Verbindung der deutschen Staaten nicht ersetzen könnten und verlangten die gegenseitige Anerkennung der Prinzipien der Nationalität und des Selbstbestimmungsrechts im internationalen Verkehr. Als Demonstration des Bestehens einer nationsweiten Partei wurde das „Deutsche Wochenblatt“ zum Parteiorgan erklärt und Nürnberg zum Vorort, wodurch das langjährige Ausschußmitglied des Nationalvereins Crämer v. Doos und mit ihm die Nürnberger und Fürther Volks- und Arbeitervereine in eine Schlüsselposition kamen, die sich allerdings erst später auswirken sollte. Sofort wirkte sich dagegen die Schlüsselposition der Württemberger Honoratioren aus, die gegen jedes detaillierte Programm die Stimme erhoben und mit ihrem Auszug drohten: Die Ausarbeitung eines endgültigen Programms, das nur allgemeine Prinzipien enthalten sollte, wurde ihnen übertragen.¹⁰⁹

Aufgefallen war schon damals das Fehlen der Sonnemanngruppe. Das Wegbleiben war in prinzipieller Gegnerschaft zu dem Projekt zu suchen. Als auf der Arbeiterversammlung zu Darmstadt am 17. Juli Büchner und Eckardt eine Versöhnung von ADAV und VDAV anbahnen wollten, hatten sie Erfolg, indem eine Resolution verabschiedet wurde, die die Schädlichkeit der Spaltung aussprach und versprach, „allen Schritten zur Vereinigung die Hand zu bieten“.¹¹⁰ Das bedeutete ganz klar einen Verzicht auf den Alleinvertretungsanspruch, den der ADAV emphatisch und der VDAV implizite vertreten hatte. Sonnemann vertrat in seinem „Flugblatt“ und später in seiner „Arbeiterhalle“ immer den Standpunkt, die Einheit könne jederzeit erfolgen, denn der VDAV stände den Lassalleanern immer offen: Vor seinen Augen stand das Leitbild von der Rückkehr des verlorenen Sohnes. Jede andere Art von Vereinigung wurde hintertrieben. Als am 19. November eine offene Versammlung der ADAVer in Mainz eine Resolution zur Einigung aufgrund eines einzigen Programmpunkts, nämlich des demokratischen Wahlrechts, annahm, reagierten die Maingauvereine zu Offenbach, wo Sonnemanns Einfluß vorwiegend war, am 26. November einstimmig negativ.¹¹¹ Ihr Beschluß dort richtete sich ablehnend gegen den Zentralismus des ADAV, wo ein Vereinspräsident bestimmen könne, „ob jemand in den Verein aufgenommen werde oder nicht: einen Diktator wolle man nicht in den Kauf mitnehmen“.¹¹² Wenn man im Auge behält, daß diese Bestimmung im

107 R. WEBER, Kleinbürgerliche Demokraten, S. 195. Die Zusammenkunft war am 18. 9. 1865. Ihr widmete die Zeitung in Nr. 39 v. 24. September einen großen Artikel: „Ein geschichtlicher Rückblick auf die Parteientwicklung“, der den Eintritt der Demokraten in den Nationalverein rechtfertigt, denn er sei damals eine äußerste Linke gewesen.

108 G. MAYER, Die Trennung, S. 108–194, 122–125.

109 ADAZ Nr. 144 v. 1. 10. 1865, S. 795.

110 FLUGBLATT Nr. 8 (wie Anm. 103).

111 DER BOTE VOM NIEDERRHEIN Nr. 27 v. 1. 12. 1865, Mainz, 28. November.

112 Ebd.

ADAV nur für Nichtarbeiter galt, erkennt man die negative Absicht. Man stellte sich, als ob die Versammlung zu Mainz an die Auflösung des VDAV zugunsten des ADAV gedacht habe und nicht an eine passende Form der Zusammenarbeit; Sonnemann war es, der umgekehrt das Aufgehen des ADAV in seine Vereinsbewegung wollte, und diese sollte dann das Rückgrat der Volkspartei bilden. Dazu war eine besondere Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter nicht notwendig; ein soziales Programm, wie es Eckardt und Büchner vorschwebte, war überflüssig, denn was er bei dem ersten Auftreten des neuen VDAV-Ausschusses nach der Tagung zu Stuttgart in Gotha einer Arbeiterversammlung sagte, war vollkommen genügend, nämlich volle Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Koalitionsfreiheit und Abschaffung der stehenden Heere.¹¹³ Die Tagung in Darmstadt konnte nur Illusionen erwecken, und deshalb kam er nicht.

Wenn die Württemberger die Programmpunkte übernahmen, die ihnen Hohenemser von der Sonnemanngruppe übermittelte, entsprach das genau dem Inhalt von Sonnemanns freihändlerischen Ausführungen in Gotha.¹¹⁴ Alle Erlasse und Aufrufe von Staudinger im VDAV waren ebenso auf Sonnemanns Ansichten aufgebaut, nämlich die Vertretung aller politischen Interessen der Arbeiter der Volkspartei zu überlassen; ihre sozialen Interessen seien nur Gleichberechtigung und Beseitigung aller Hindernisse im Wirtschaftsleben, und auch sie vertrete die Volkspartei, da sie in dem politischen Anliegen der Partei enthalten seien.

Wenn wir die volksparteilichen Elemente betrachten, die den Nationalverein von Anbeginn begleiteten und die sich nach der Generalversammlung zu Eisenach im Jahre 1864 zu organisieren begannen, haben wir zwei Richtungen zu unterscheiden, einmal die beiden Gruppen um Sonnemann mit der „Neuen Frankfurter Zeitung“ und die württembergische um den „Beobachter“, und zum anderen, die Streitgruppe um die ADAZ und die Eckardtgruppe um das „Deutsche Wochenblatt“. Der Zusammenhang der ersten Richtung mit dem Nationalverein ist extensiv, indem sie ihn von außen und als Außenstehende kritisch verfolgten; die andere Richtung steht in intensivem Verhältnis zum Nationalverein, indem sie an Übernahme dachte und von innen wirkte. Die Gruppe der zweiten Richtung verbindet die Suche nach Werten, die die abgestoßenen des Nationalvereins ersetzen können, deren wichtigster die Lösung der sozialen Frage ist. In der sozialen Frage berührt sich diese Gruppe mit Friedrich Albert Lange, der wie sie die abgestoßene deutsche Ideologie des Nationalvereins durch Werte der Arbeiterbewegung ersetzt. Die abgestoßene Deutsche Ideologie besagte, daß der kommende Nationalstaat so weit reichen müsse, wie Deutsche in der Welt wohnen.

113 ADAZ Nr. 151 v. 19. 11. 1865, Bericht über die Versammlung v. 5. November.

114 DER BOTE VOM NIEDERRHEIN Nr. 1 v. 1. 10. 1865: Das Komitee der Landesversammlungen der Volkspartei in Württemberg (25. September). Aufschlußreich ist ein spezifisch württembergischer Programmpunkt, der das Vereinsprinzip gegen das Parteiprinzip im Stile von 1859 hochhält: „Die deutsche Volkspartei wird nicht in der Form des organisierten und dirigierten Nationalvereins, sondern durch die Tätigkeit der Parteigenossen in den verschiedenen Ländern mittels Versammlungen, Vereinen, Presse und Landesvertretungen auf die Beseitigung der Hindernisse hinwirken, die in den Einzelstaaten den freiheitlichen wie den nationalen Fortschritt hemmen“ (ebd.).

Wie jede totale Ideologie können deren Vorstellungen am leichtesten durch eine ebenso totale Ideologie verdrängt werden, und eine solche war der Internationalismus, dem nach kurzem Übergang Lange, Eckardt und auch Streit anhängen.

Es gab zwei Formen, in denen der zeitgenössische Internationalismus auftrat, einmal in der Form der Internationalen Arbeiterassoziation, deren Gründung Ende 1864 in London erfolgt war und in deren Namen Johann Philipp Becker mit dem Jahre 1866 die Monatsschrift „Der Vorbote“ erscheinen ließ¹¹⁵, und zum anderen in der Friedens- und Freiheitsliga die im gleichen Jahre 1866 zu ihrem ersten Friedenskongreß zusammentrat.¹¹⁶

Die Internationale Arbeiterassoziation (kurz als Internationale bekannt) gründete auf der Solidarität der Arbeiter und sah in ihrer Emanzipation den Aufbruch zu einer harmonischen Welt. Diesem Streben seien alle politischen Bestrebungen unterzuordnen. Ihr neigten der „Bote vom Niederrhein“ Langes, die „Deutsche Wochenschrift“ Eckardts und die ADAZ Streits zu. Die Gruppen um die „Neue Frankfurter Zeitung“ und den schwäbischen „Beobachter“ neigten zu dem mehr politischen Ziel einer Europäischen Zusammenarbeit und Föderation, wie es die Friedens- und Freiheitsliga vertrat, der auch ein föderatives Deutschland der Zukunft angehören würde. So wie die Grenzen zwischen Friedensliga und Internationale zunächst unbestimmt waren und sich später verhärteten, so die Grenzen zwischen Volkspartei und sozialer Demokratie der Arbeiter.

Zu Darmstadt wurde die Feststellung eines Parteiprogramms den Württembergern überlassen, weil sie über ein, wenn auch lockeres Netz von Volksvereinen verfügten und deshalb den organisatorischen Kern einer nationsweiten Volkspartei der Zukunft darzustellen schienen, während es in den anderen Zentren wohl Honoratioren gab, die Versammlungen einberufen konnten, aber kaum feste Vereine. Die sozialreformerische Haltung einzelner Honoratioren wie Eckardt und Büchner war ihnen verdächtig und für das Wohl ihrer regionalen Organisation gefährlich: Deshalb ihre drohende Haltung, die ihnen schließlich außer der Ausarbeitung des Programms auch die Leitung des Vororts einbrachte.

Wer sind die Württemberger? Es ist von der Gruppe Karl Mayer, Julius Haußmann, Ludwig Pfau zu sprechen, die im „Beobachter“ ihr wirkungsvolles und ausbaufähiges Organ hatten. Separatdrucke aus ihm waren ein wichtiges Werbemittel. Es ist oft angebracht, vom „Beobachter“ als Vertreter der würt-

115 Die Internationale Arbeiterassoziation hatte ihre erste beratende Konferenz in London am 25.–29. 9. 1865. Diese Konferenz erhielt von Liebknecht einen Bericht über den Stand der deutschen Arbeiterbewegung, der nur sehr allgemeine und subjektive Bemerkungen enthielt. Johann Philipp Becker, der während des ganzen Jahres 1865 Kontakte mit der Opposition im ADAV durch den Nordstern unterhielt, war persönlich nach London gekommen und hatte dort Impulse für die Agitation in den deutschsprachigen Ländern erhalten. Am 1. Januar erschien der Vorbote als Monatsschrift.

116 Über die Querverbindungen von Internationale und Friedens- und Freiheitsliga siehe R. P. MORGAN, 1965, S. 86–88; A. RAPP, Die Württemberger, 1910, S. 230 f.; G. WISOTZKI, 1971, S. 467–500.

tembergischen Volkspartei zu sprechen.¹¹⁷ Der Eckardt- und Mayergruppe war die 48er-Aktivität, die Rückkehr aus der Emigration und ihr Eintritt in den Nationalverein infolge der zweiten Coburger Generalversammlung und ihr Austritt nach der Eisenacher gemeinsam. Demokratisches Stimmrecht, Grundrechte im föderalen Bundesstaat und Volksbewaffnung waren für sie genug, aber auch unabdingbar. Im Unterschied zur Sonnemanngruppe waren die Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus für sie kein Dogma, und die Wehrfrage war nicht wirtschaftlich, sondern politisch zu begründen. Das Nichtaussprechen, was ist, und das Ausklammern von strittigen Fragen machten die Zusammenarbeit der Stuttgarter mit den Frankfurtern immer möglich; die Erkenntnis, daß ohne den sozialen Aspekt das Programm der Volkspartei nie die Arbeiter an sich ziehen könne und daß ohne die Arbeiter die Volkspartei sich nicht halten werde und der Tatkraft entbehre, machte Eckardt und Büchner zu lästigen Außenseitern, die schließlich aus der Volkspartei ausschieden.

Das Verhältnis der Sonnemanngruppe zu Preußen war ambivalent; das der Mayergruppe entschieden feindlich. In Württemberg sah sie das rein deutsche Musterland, das mit jedem anderen Land von ähnlicher Größe einen Bund bilden könne. Preußen, in seine Provinzen aufgelöst und mit provinziellen Parlamenten versehen, konnte ebenfalls in einen Bund der Zukunft eintreten. Preußen, wie es geworden war, wie es nach Königgrätz dastand, war einfach zu groß – kein Partner für Verhandlungen. Die Formel, die Pfau propagierte, „Prussiam esse delendam“ in der Form eines Kategorischen Imperativs, war agitatorisch übertrieben, aber ernst gemeint, weil geschichtlich aus der Zeit der Revolution von 1848 und der Reaktion zu belegen.¹¹⁸

Eckardt neigte dem Parteiprinzip zu, wie sein Antrag an die Generalversammlung des Nationalvereins zu Eisenach zeigte, für die Freiheit in den Einzelstaaten durch den Verein *koordiniert* zu wirken¹¹⁹; seine Neigung zu den ADAVeren war auch durch die Schlagkraft ihrer Parteiorganisation begründet. Bei der Sonnemanngruppe herrschte das Vereinsprinzip seit der Gründungsversammlung des Nationalvereins 1859. Es entsprang ihrer gesellschaftlichen Stellung als Honoratioren, die sich in der Zeitungsredaktion oder in ihren Klubs beraten und dann vor das Volk treten, sei es in Massenversammlungen, sei es in geschlossenen Vereinen. Bei der Gruppe des „Beobachters“ war das Vereinsprinzip viel tiefer angelegt und viel prinzipieller. Sie verließ sich tatsächlich auf die Versammelten, sei es auf Vereins-, Versammlungs- oder Komitee-Ebene. Drang sie mit ihrem Vorschlag nicht durch, so unterwarf sie sich oder spaltete sich. Anders zu handeln wäre dasjenige, was sie im Staatsleben ablehnte, in das

117 Siehe G. RUNGE, 1970, S. 25–74, S. 115–160 und D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 410–432.

118 L. PFAU, (1864). Der Aufsatz war in Nr. 94 des *BEOBACHTER* v. 23. 4. 1864 erschienen und wurde als Separatdruck verbreitet.

119 Der Antrag Eckerts verlangte, daß der Vorstand festsetzen sollte, welches Grundrecht einstweilen der Gegenstand der gemeinsamen und gleichzeitigen Tätigkeit in allen Einzelstaaten werden soll (*VERHANDLUNGEN* V, 1865, S. 8 f.). Der Ausschußantrag hatte festgestellt, daß es Pflicht der Vereinsgenossen sei, „die freiheitliche Entwicklung in den Einzelstaaten mit tatkräftigster Benutzung aller verfassungsmäßigen Mitteln zu erkämpfen“.

gesellschaftliche Leben einzuführen, und das würde ihre ganze Tätigkeit sinnlos machen.

Die Gruppe um den „Beobachter“ stellte die ersten Politiker von Beruf, aber nicht im alten Sinn von Bürokraten wie Lothar Bucher oder Max Duncker es waren, sondern modern, im Stil von Männern der Feder und der Rede, die Resolutionen vorbereiten, Ansprachen halten und Artikel verfassen. Modern waren sie, weil sie nicht nur das demokratische Stimmrecht forderten, sondern auf ihm ihre ganze Tätigkeit aufbauten. Sie benutzten es erst an der Basis in Versammlungen und Komitees und nachher als erste im Staat.¹²⁰ Daß bei ihrer Haltung keine nationsweite Volkspartei zustande kommen würde, regte sie nicht auf. Eine Partei wollten sie nicht. Eine Gesinnungsgemeinschaft hatten sie und Stuttgart war ihr Vorort. Ihnen genügte das.

Die deutsche Frage war eine Frage der Macht in ihrer doppelten Gestalt, als Macht, die Deutschland ausüben werde, und als Macht, die Europas Angriffs-lust abhalten sollte. Wer sich in die Gedankenwelt des Nationalvereins eingelebt hatte, war mit dem Machtproblem vertraut. Es hat bei Eckardt, aber auch bei einigen Württembergern wie Hölder und Fetzer, für das Parteiprinzip gewirkt; die Vordringlichkeit des freiheitlichen Vereinsprinzips hat aber die volkspartei-lichen Schwaben unempfindlich für das Machtproblem gemacht. Als die deutsche Frage sich zur kriegerischen Auseinandersetzung zuspitzte, fehlte daher eine nationsweite Volkspartei, die zu den innerdeutschen Machtkämpfen etwas vom Standpunkt der Demokratie aus sagen konnte. Die Abscheu vor Preußens Macht bewirkte, daß die Württemberger das Machtproblem umgingen.

Ein weiterer Versuch wurde am 27. Dezember 1865 in Bamberg unternommen¹²¹, doch noch zu einem gemeinsamen nationsweiten Programm zu kommen. Wieder waren es Vorschläge von Büchner, Eckardt und den Württembergern, die von einer Kommission beraten wurden. Der Eckardtsche wurde empfohlen und diskutiert, aber schließlich nicht angenommen, auch aus Furcht vor der negativen Haltung der abwesenden Württemberger, deren „Beobachter“ drohte, daß eine lockere Zusammenarbeit von Volksparteilern aus verschiedenen Staaten und auch ein Programm wohl möglich seien, wenn es keine Allgewalt des Staates zur Folge habe, daß aber ein leitender Ausschuß im Widerspruch zu dem föderalistischen Aufbau einer Volkspartei in ihrem Sinn stehe. Ohne irgendeine Form von Zentralisation, etwa in der Form des Ständigen Ausschusses, wie beim VDAV, war die Annahme eines Programms und, mehr noch, eines Kompromißprogramms, nutzlos. Eckardts Vorschlag zielte auf Staatsintervention ab und war deshalb unannehmbar; der württembergische war ohne einen zentralen Ausschuß, also wie ein Messer ohne Griff. Daher war der beste Ausweg, auf ein Programm zu verzichten, oder, wie es in der Tradition des Nationalvereins hieß: „In Erwägung, daß die demokratischen Grundsätze des Rechtes der Selbstbestimmung, der Selbstregierung des Volkes und einer auf dem Wege der Freiheit zu erringenden nationalen Einigung unter uns selbstverständlich sind, gehen wir über die Frage eines Programms zur Zeit zur Tages-

120 Siehe D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 352–357.

121 Siehe R. WEBER, *Kleinbürgerliche Demokraten*, 1962, S. 234–236 und G. MAYER, *Die Trennung*, 1969, S. 126–128.

ordnung über.¹²² Viel entscheidender als die Programmlosigkeit selbst war der Beschluß, statt Nürnberg Stuttgart zum Vorort des Vereines zu machen. Das geschah, um den Sezessionsgelüsten der Württemberger zuvorzukommen, war aber das Ende einer nationsweiten Volkspartei, denn was der „Beobachter“ als Ziel jeder Organisierung über den Rahmen des Einzelstaates hinaus hinstellte, war ein unverbindlicher Meinungsaustausch und bedeutete, daß Stuttgart sich als Vorort auf Informationsvermittlung beschränkte.

Eine Volkspartei als Alternative zur liberalen Nationalpartei war somit nicht zustande gekommen. Als im Mai 1866 die Liberalen in Frankfurt in der Form des Abgeordnetentags zusammenkamen, um ihre Haltung zur Kriegsfrage festzulegen, mußte eine oppositionelle überregionale Volkspartei improvisiert werden¹²³: Die kriegerische Entscheidung fiel, bevor die Partei über das Stadium der Programmplanung hinausgekommen war.

Die Rücksichtnahme gegenüber den Schwaben (wie die Württemberger gern genannt wurden) war keine Neuerung der Volkspartei, sondern bestimmte den Nationalverein schon seit 1859. Damals war das Bürgertum durch die Fortschrittspartei vertreten, aber die Haltung entsprechend ihrem Vereinsprinzip war die gleiche: Keine Entscheidung, die außerhalb der Landesgrenzen fiel, verpflichtete die Schwaben, bis Landesausschüsse, Landesversammlungen oder andere von allen Bürgern anerkannte Gremien sie genehmigt hatten. Das war unverfälschte 48er-Tradition, weil die Revolution sich immer an die Landesgrenzen gehalten hatte. Nur unter Anerkennung der Landesgrenzen war man auch national.

Die Haltung der Volkspartei wurde von der Deutschen Partei, wie sich die alte nationalvereinerliche Fortschrittspartei nun nannte, als partikularistisch getadelt, und dem schließt sich die Geschichtsschreibung an. Übersehen wird dabei, daß die Volkspartei der nationalliberalen Deutschen Partei vorwarf, den preußischen Partikularismus zu fördern, ohne sicher zu sein, daß sie nicht einfach in Großpreußen aufging.

Nach der Beratung der volksparteilichen Honoratioren im September zu Darmstadt und der Übertragung der Initiative an Stuttgart als Vorort war das Entstehen einer nationsweiten Volkspartei aussichtslos geworden, und die norddeutschen Demokraten konnten nicht auf den Nationalverein verzichten, da er ihnen das einzige Forum für ihr Zusammenwirken bot. Deshalb mußten sie die sechste Generalversammlung des Nationalvereins zu Frankfurt als das Forum benutzen, um ihrer Meinung Ausdruck zu geben, aber das Ergebnis war überraschend, denn die Demokratie erwies sich als in Volkspartei und großpreußische Nationaldemokratie¹²⁴ gespalten, analog der Spaltung zwischen Bundesstaatlern und Einheitsstaatlern bei der Mehrheit.

122 R. WEBER, *Kleinbürgerliche Demokraten*, 1962, S. 235, nach DEUTSCHES WOCHENBLATT, 2. Jg., 1866, Nr. 3 v. 14. Januar, „Das Programm der Volkspartei“. Eckardt sieht in der Verlegung des Vorortes nach Stuttgart den Todesstoß für ein soziales Programm.

123 Siehe A. BEBEL, *Aus meinem Leben*, 1964, S. 148-153. Dieser ausführliche Bericht streicht Bebel's Anteil als Arbeiterführer heraus. Aus ihm geht ungewollt hervor, daß die Bestrebungen für eine überregionale Volkspartei eine Sache künftiger Anstrengungen war. Dazu DER BOTE VOM NIEDERRHEIN Nr. 61 v. 23. 5. 1866, der Karl Grün hervorhebt.

124 Die Fortschrittspartei in Preußen war analog dem Vorbild des Nationalvereins eine Kom-

Franz Duncker und Löwe-Calbe brachten in die Ausschußberatung vor Eröffnung der Generalversammlung zu Frankfurt (1865) Resolutionen einer Berliner Mitgliederversammlung ein, die für die Verhandlungen maßgeblich wurden.¹²⁵ Die beiden und Schulze-Delitzsch waren die einzigen Vertreter Preußens. Nach diesem Berliner Beschluß war an Parlament und einheitlicher Zentralgewalt festzuhalten; Schleswig-Holstein sollte sofort alle Forderungen erfüllen, die jeder Bundesstaat dereinst gegenüber der Zentralgewalt erfüllen würde. Preußen hat demnach sofort die Pflicht, beide Staaten nach eigenem Ermessen zu behandeln, die Zustimmung des Zukunftsparlaments vorausgesetzt. Daß einmal ein solches Parlament existieren würde, konnte man damals noch nicht ahnen, aber daß es nie zu einer derartigen Bestätigung aufgefordert werden würde, wußten die preußischen Konfliktsparlamentarier nur zu gut, aber darüber sprachen sie nicht, um nicht abzuschrecken.

Franz Duncker und Löwe-Calbe gehörten zum linken Fraktionsflügel der Fortschrittspartei im preußischen Landtag. Duncker war der Inhaber der „Volkszeitung“, deren Existenz viel dazu beitrug, daß der Begriff *Volkspartei* den der Demokratie verdrängt hat. Leo Waldeck und Franz Ziegler zählten sich zur gleichen radikalen Demokratie, hatten sich aber immer geweigert, dem Nationalverein beizutreten. Sie bildeten den volksparteiichen Flügel, den wir aber nicht mit einer deutschen Volkspartei gleichsetzen dürfen, denn sie war eine spezifisch preußische. Wenn die Württemberger erst ihrem Staat sich verpflichtet fühlten und dann Deutschland, so Waldeck und Ziegler – Preußen. Vom Standpunkt Deutschlands aus gesehen waren die Schwaben wie auch die Preußen Partikularisten, seitdem sie ihr ursprüngliches 48er Ideal der unitarischen Republik aufgegeben hatten, aber der Zeitpunkt ist wichtig: die Preußen schon 1859 mit der Neuen Ära, die Schwaben erst 1862 mit der Anerkennung der monarchischen Reichsverfassung. Der andere Unterschied lag darin, daß die Württemberger ihren Staat als Mittelstaat wollten und zum Bund von Mittelstaaten strebten, die Preußen aber zu dem einen Großstaat, der nur einer, nämlich der ihre, sein konnte. Deshalb mußten sie Einheitsstaatler sein und somit Annexionisten. Inmitten des Konflikts mit Bismarck haben sie konsequenterweise die Angliederung von Schleswig-Holstein an Preußen unterstützt. Kompliziert war nur die Haltung derjenigen von der preußischen Linken, die auch

promißeipartei von Demokraten und Liberalen. Dieser Charakter, der sich u.a. in dem Verzicht auf das gleiche Wahlrecht kundtat, wurde immer erkannt. Nach der Abspaltung der Nationalliberalen war zu erwarten, daß die Rumpfpartei Züge einer Volkspartei aufweisen würde, und vielleicht mit ihr verschmelzen würde. Dem war nicht so. Die Tatsache, daß der Nationalliberale Brater im Zollparlament an ein Zusammengehen mit der Fortschrittspartei dachte, ermahnt zur Vorsicht. Wenn man annimmt, daß diese Fortschrittspartei einen volksparteiichen Flügel enthielt (Bürgers, Becker, Groote u.a.) und einen preußisch-einheitsstaatlichen (eine linke Version des Treitschkeanismus) mit Persönlichkeiten wie Franz Duncker, Waldeck, Ziegler, lösen sich viele Schwierigkeiten auf. Die Frage der Konstituierung Schleswig-Holsteins wäre dann der Prüfstein.

125 In extenso abgedruckt ADZ Nr. 148 v. 29. 10. 1865, S. 818. Auf der gleichen Seite eine fiktive Dankadresse unterzeichnet von Gödsche, Wagener, Panse u.a. der konservativen Partei. Die Mitgliedschaft im Nationalverein, die außer Rheinland und Westfalen nie groß war, schmolz zusehends durch Abfall zusammen, aber die wenigen Mitglieder aus dem Abgeordnetenhaus beherrschten jetzt den Nationalverein, der zu ihrer Exekutive wurde, umgekehrt wie das Verhältnis 1861 aufgefaßt wurde.

Mitglieder des Nationalvereins waren. Sie mußten die Angliederung mündgerecht machen, weil sie sonst den Argwohn der Mittel- und Kleinstaaten erregt hätten. Sie mußten Großpreußen als Deutschland ausgeben und damit überzeugen. Es hat sie die Anstrengung von zwei Tagen Verhandlungen im Ausschuß des Nationalvereins gekostet, aber sind damit durchgedrungen; sie haben die ganze Last der Überredung in der Generalversammlung zu Frankfurt (1865) getragen und haben die große Mehrheit hinter sich gebracht. Nach der Tagung sah Friedrich Albert Lange die Bildung einer spezifisch rheinischen Volkspartei als notwendig an, um dem Berliner preußischen Partikularismus gewachsen zu sein.¹²⁶ In Wahrheit hat mit der Frankfurter Generalversammlung die Assimilation der rheinischen Demokratie an die großpreußische eingesetzt, und das Tempo von Austritten der Unwilligen hat sich vergrößert.

Die Wahl Frankfurts als Tagungsort schien die Aussichten der Volksparteiler zu vergrößern, besonders da beide Vertragspartner von Bad Gastein, Österreich und Preußen, versuchten gegen die Tagung bei den Frankfurter Behörden zu intervenieren, aber erfolglos. Die aufsässige Stimmung hat der rührige Metz aufgefangen und für die Teilnahme „Gutgesinnter“ aus dem Maingau gesorgt. Die Opposition haben Bürgers aus Köln, Neergardt aus Schleswig-Holstein und der Frankfurter Braunsfeld vertreten. Es gelang ihnen aber nur 50 Teilnehmer von 300 für sich zu gewinnen, nicht mehr als ein Achtungserfolg. Ihre Unterstützung von der Galerie, vermutlich von Mitgliedern der Arbeitervereine¹²⁷, hatte keinerlei konstitutionelle Bedeutung und konnte daher nicht das Ausbleiben von Radikalen aus der nahen Rheinprovinz kompensieren.

Der Antrag der Opposition war von Bürgers und von Neergardt eingebracht worden und eindeutig gegen die Beschlüsse der Berliner Versammlung in vier Punkten gerichtet: Preußen sind keinerlei Befugnisse einer vorläufigen Zentralgewalt zuzugestehen; der preußische Konflikt ist nicht nur auf dem Gebiet der inneren Politik zu führen, sondern auch auf dem Gebiet der deutschen; alle reaktionären partikularistischen Tendenzen sämtlicher Regierungen sind zu bekämpfen (wobei das „sämtlich“ zu beachten ist); ein zukünftiges deutsches Parlament muß die volle Macht zur Herstellung einer deutschen Verfassung haben.¹²⁸

So eindeutig der Oppositionsantrag ist, so vieldeutig ist der des Ausschusses. Alle Beschlüsse der drei ersten Generalversammlungen werden zusammen erwähnt, aber der Beschluß von Coburg I hervorgehoben durch volle Wiederholung, wodurch die preußische Spitze erwähnt wird, aber eingebettet in eine Reihe von Bedingungen, die sie anscheinend ausschließen. Ein eingeschränktes

126 DER BOTE VOM NIEDERRHEIN Nr. 15 v. 3. 11. 1865, Titelseite: „Nochmals der Nationalverein.“ Er übernimmt eine Nachricht aus der „Rheinischen Zeitung“ und sieht in ihr „einen wichtigen Schritt zur Bildung einer rheinischen Volkspartei“ im Gegensatz zu der dem Nationalverein oktroyierten berlinzentrierten Richtung. Eine solche rheinische Volkspartei konnte ein Bindeglied für die volksparteilichen Zellen in Norddeutschland werden (Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin, Ostpreußen).

127 „Die Opposition, welche gerade die Ausführungen Löwes und Dunckers von seiten der dichtbesetzten Gallerien fanden“ – Bericht der ADAZ Nr. 149 v. 5. 11. 1865, S. 828. Bei dem vorhergehenden Abgeordnetentag wurde von den Gallerien ein „Mockattentat“ (Scheintentat) von ADAVern verübt, von dem auch Bebels Memoiren berichten.

128 VERHANDLUNGEN VI, 1863, S. 8–9.

Selbstbestimmungsrecht von Schleswig-Holstein wird zugestanden und wie in den Berliner Resolutionen, den Preußen im voraus die Rechte einer Zentralgewalt eingeräumt.

Der eindeutige Ausschußantrag von Bürgers wurde abgelehnt; der vieldeutige Ausschußantrag angenommen, wie es der Tradition des Nationalvereins entsprach, Konflikten im Innern durch mehrdeutige Formeln aus dem Weg zu gehen, die die ADAZ aus langer Erfahrung nur zu gut kannte und die sie durch ihre Randbemerkungen hervorhob.¹²⁹ Duncker und Löwe hatten sich restlos durchgesetzt, und der traditionelle Charakter des Nationalvereins konnte ungefährdet gewahrt werden. Alle wichtigen Oppositionellen wurden in den Ausschuß gewählt oder nachträglich kooptiert. Wenn Bürgers ablehnte, war das seine Sache: Angetragen wurde ihm der Eintritt. Preetorius aus Alzey nahm an, obwohl er auch bei der Volkspartei mitwirkte. Entscheidend war der Sieg des Ausschusses, als Hoverbeck und Johannes Jacoby die Kooptation annahmen.¹³⁰ Die Tatsache, daß der Hamburger Demokrat Wex zuerst aus dem Verein austrat, dann aber die Kooptation annahm, zeigt, wie wenig gefestigt das volksparteiliche Parteiprinzip war. Im Jahre 1865 und bis zum Kriegausbruch 1866 blieb der Nationalverein die einzige die Landesgrenzen überschreitende politische Organisation des deutschen Bürgertums, und für wen das entscheidend wichtig war, blieb ihm treu, auch wenn er den wachsenden Einfluß des einheitsstaatlichen Großpreußentums auf den Verein vor Augen sah. Es war doch kein Zufall, daß der Antrag Osnabrücks, der entsprechend dem Vertrag von Gastein nur noch Schleswig und Holstein getrennt und ohne Bindestrich kannte, nicht zur Erörterung kam, weil sein Urheber Miquel es vorgezogen hatte, nicht zu erscheinen¹³¹: Auch 1865 war die Demokratie ein Faktor im Nationalverein.

Der Versuch, einen volksparteilichen Nationalverein zu konstituieren, war fehlgeschlagen. Wohl kamen Volksparteien in Einzelstaaten zustande, aber nachdem die Eckardt-Büchnerschen Versuche gescheitert waren, keine übergreifende Organisation. Die Hoffnung auf eine rheinpreußische Volkspartei, wie Lange sie sehen wollte, erfüllte sich nicht. Wenn Hoverbeck und Jacoby sich in den Ausschuß kooptieren ließen, konnte auch keine ostpreußische und keine Berliner Volkspartei entstehen.

Wenn die bundesstaatliche Mehrheit durch das Aufkommen einer einheitsstaatlichen großpreußischen Richtung bedroht war, so war es die volksparteiliche Minderheit durch die großpreußische Demokratie. Das Bestehen einer großpreußischen Richtung im preußischen Haus der Abgeordneten war seit dem Sieg über Dänemark zuerst gespürt und dann bewußt geworden, aber daß es ihr gelingen würde, den Verlauf der Generalversammlungen zu bestimmen,

¹²⁹ ADAZ Nr. 149 (wie Anm. 128), S. 827 f.

¹³⁰ Ein Brief von Johann Jacoby v. 21. 11. 1865, vermutlich an Nagel, erklärt, daß er sich mit den Vorschlägen von Bürgers identifiziert, aber nicht nur bereit ist, im Verein zu verharren, sondern auch eine Wahl in den Ausschuß anzunehmen. Der Brief ist aus dem Gefängnis geschrieben (Nachlaß Streit, München). Der Brief ist ein Zeugnis dafür, daß der Nationalverein auch in seiner letzten Phase das einzige nationsweite Forum für die Demokraten blieb.

¹³¹ VERHANDLUNGEN VI, 1865, S. 10. Miquel hatte den Vorschlag dem Ausschuß eingesandt, damit dieser ihn als Ausschußantrag adoptierte; als gewöhnlicher Antrag von Mitgliedern kam er nicht einmal zur Abstimmung.

war nicht vorausgesehen. Für die Entwicklung einer Volkspartei im Rahmen der Nation wurde das zur entscheidenden Tatsache. Die Spaltung der Fortschrittspartei im preußischen Haus der Abgeordneten und die Konstituierung der nationalliberalen Fraktion, die auch fast die ganze ehemalige Nationalpartei aufsaugte, war bekannt; daß aber der Rest der Fortschrittspartei wiederum in einen deutschen und einen großpreußischen Flügel gespalten war, lernten die Volksparteiler nur allmählich aus den Erfahrungen der Jahre 1867 und 1868. Ein Preuße wie Frese¹³² ging frühzeitig ins Lager der Volkspartei über, aber Waldeck starb bald als Demokrat und großpreußischer Annexionist.

Ein dritter Versuch zur Konstituierung einer nationsweiten Volkspartei wurde zu Frankfurt Pfingsten 1866 (20. Mai) unternommen, im Anschluß an den Abgeordnetentag, der den Krieg zwischen den deutschen Staaten verhindern sollte. Er steht einzig da in der Geschichte des Bürgertums, denn der Versuch entsprang einer Massenversammlung. Konstituierende Massenversammlungen gehören organisch zur Geschichte der Arbeiterbewegung, wie die Konstituierung des Zentralkomitees zur Berufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses im Jahr 1862 bezeugt, deren Grundlage die vollmachtgebenden Massenversammlungen waren. Massenversammlungen waren auch die Grundlage der Lassalleschen Agitation. Gegen konstituierende Massenversammlungen und Lassalle persönlich hatte Sonnemann mit Hilfe der Arbeiterbildungsvereine hartnäckig gekämpft und das Vereinsprinzip zum Dogma erhoben, denn nur geschlossene Vereine waren zuverlässig, so daß die Anstrengungen ihrer Beeinflussung nicht vergeblich sein würden, und nur mit den Spitzen der Vereine ließ sich ungestört verhandeln. Nun war es derselbe Sonnemann, der zur Massenversammlung eingeladen hatte mit der ausgesprochenen Absicht, eine nationsweite Parteigründung einzuleiten, und er hatte Erfolg: Ein Parteiprogramm kam zustande, und eine Organisation auf der Grundlage von Volksvereinen (die meist Arbeitervereine waren) wurde verkündet.¹³³ Der VDAV eröffnete den Reigen, und Sonnemann stand hinter dieser Tätigkeit.

Es müssen außergewöhnliche Gefahren und Ängste gewesen sein, die den vorsichtigen Sonnemann veranlaßt haben, so gegen jedes seiner Prinzipien zu verstoßen, spontane Massenversammlungen als konstituierendes Element anzuerkennen, und Bildungsvereine von Arbeitern in die Politik hineinzuziehen.

Allerdings, Deutschland und er persönlich standen vor schicksalsschweren Entscheidungen. Den Dualismus Österreichs und Preußens galt es zu beseitigen und den Deutschen Bund zu reformieren; Preußen ging daran, Österreich mit Gewalt aus dem Bund zu entfernen und diesen mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts umzuformen. Krieg stand bevor, und das allgemeine Wahlrecht ohne garantierte Grundrechte bedeutete eine Version des Bonapartismus. Die Anne-

132 Preußischer Landtagsabgeordneter, den der preußische Zivilkommissar aus Holstein ausgewiesen hat, der dann auf dem Abgeordnetentag die stärksten antipreußischen Töne anschlug (Wenn Deutschland in Großpreußen aufgeht „dann sei Gott denen gnädig, die das Regiment sehen, welches dann über Preußen und Deutschland ergehen wird“), die Bebel in seinen Lebenserinnerungen anführt. Seitdem erwähnt Treitschke Frese nur als Hochverräter. 1868 wurde er der Herausgeber der „Demokratischen Korrespondenz“, die die Trennung der sozialen Demokratie von der Volkspartei forderte.

133 Über diese sog. Zirkusversammlung, siehe A. BEBEL, *Aus meinem Leben*, 1964, S. 148–153 (Ausgabe von 1964). Programm und Organisationsausschuß, S. 150 f.

xion der Herzogtümer hing nur vom Kriegsglück ab, und der Nationalverein und Abgeordnetentag hatten Preußen die Rechte der deutschen Vormacht zugestanden. Theoretisch ließ sich ganz Deutschland annektieren; praktisch Deutschland bis zur Mainlinie, auch die Republik Frankfurt. Solange der österreich-preußische Dualismus bestand, war Frankfurt die Hauptstadt Deutschlands. Sollte Preußen in die Stellung der Vormacht Deutschlands hineinwachsen, würde Berlin die Hauptstadt und Frankfurt eine Provinzstadt sein. Sonnemanns Zeitung würde ein Provinzblatt werden und Sonnemann deren Politiker. Er würde auch ein Bankier der Provinz sein, er und so viele seines Kreises.

Als Redner hatte der Sonnemannkreis zu der Massenversammlung am 20. Mai 1866 Honoratioren aus allen Teilen Deutschlands eingeladen, aber keine sozialen Demokraten, also weder Eckardt, Büchner oder Lange. Preußen waren nicht eingeladen, auch nicht volksparteiliche, wie Groote, Angerstein oder Frese. Auffallend ist die Teilnahme von zwei Schleswig-Holsteinern v. Neergardt und May.

Bebel und Eichelsdörfer vom VDAV waren unter den Einladenden und dann im leitenden Ausschuß. Sie waren die Vertrauten Sonnemanns, und entscheidend wichtig als Vertreter des Ständigen Ausschusses des Vereinstages Deutscher Arbeitervereine. Mit Sonnemann sorgten sie dafür, die Arbeitervereine zum Anschluß an die sich bildende Volkspartei aufzurufen. Sie waren es, die auf die schon bestehenden Volksvereine in Baden und Sachsen Einfluß hatten. Das Schwergewicht des Arbeiterelements war so groß, daß die Lassalleaner die Wahl Sonnemanns in das leitende Komitee verhindern konnten, in das der beliebte Crämer v. Doos bestimmt wurde trotz seiner Abwesenheit.¹³⁴

Der Württemberger Haußmann brachte das Organisationsthema zur Sprache, über das die ADAZ am ausführlichsten berichtete.¹³⁵ Als 5. Resolution wurde das Zusammentreten zu politischen Vereinen beschlossen, aber im Gegensatz zu den früheren Beratungen wurde ein Zwölferkomitee ernannt, das verpflichtet wurde, ein Programm zu entwerfen, „daß an einem Tage allen bestehenden und noch zu gründenden deutschen Volksvereinen zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll“. Zu diesem Komitee gehörte auch Bebel. „Diese Vereine sollen dann Delegierte nach Frankfurt zur Bildung eines ständigen Ausschusses senden.“

Als Programm wurde das württembergische angenommen, das Bebel kurz formuliert: Demokratische Grundlage der Verfassung und Verwaltung der deutschen Staaten; föderative Verbindung derselben auf Grund der Selbstbestimmung; Herstellung einer über den Regierungen der Einzelstaaten stehenden Bundesgewalt und Volksvertretung. Keine preußische und keine österreichische Spitze. Der aktuell operative Teil verlangt die Erhaltung des Friedens; die Konstituierung eines selbständigen Schleswig-Holstein; Wiederherstellung von Holsteins Stimme im Bund und seiner Wehrkraft; Widerstand gegen Preußens Kriegspolitik; keine Neutralität; kein Abtreten deutschen Bodens. Bundesgenossenschaft mit Österreich verlangt „keine dynastische, sondern eine nationale

134 R. WEBER, *Kleinbürgerliche Demokraten*, 1962, S. 260.

135 Bericht der ADAZ Nr. 178 v. 27. 5. 1866, S. 1 030.

Politik“, die volle Wehrkraft und die parlamentarische Mitwirkung des Volkes und die gesetzliche Einführung des Milizsystems. „Der preußische Parlamentsvorschlag ist zu verwerfen; nur eine aus dem Volke hervorgegangene, in voller Freiheit gewählte Nationalversammlung mit entscheidender Stimme und ausgestattet mit der nötigen Macht kann über die Verfassung des Vaterlandes endgültig entscheiden.“

Das Programm zur Konstituierung der Volkspartei war schon zu Darmstadt, Bamberg und Stuttgart formuliert worden; als Antithese zu den Beschlüssen des Nationalvereins und der Abgeordnetentage, hätte es von dem Mangel der Vieldeutigkeit und Dehnbarkeit frei sein müssen, daran aber fehlte es. Wichtig war nur die Bereitwilligkeit zur Organisation, die im Jahre 1865 gefehlt hatte. Wenn der Ausschuß vom 20. Mai noch nach Kriegeausbruch zu Massenversammlungen aufrief, so war das Vereinstabu durchbrochen.¹³⁶ Wenn Bebel und Eichelsdörfer nicht nur in den Ausschuß berufen wurden, sondern auch Spuren von Organisationsbemühungen hinterließen, so ist das bedeutsam: Nur die Arbeiterbewegung konnte der Volkspartei Profil verleihen. Um zu gedeihen mußte die Volkspartei sich den Arbeitern anpassen. Nur Sonnemann hat das verstanden und blieb in der Arbeiterbewegung bis zum Kongreß von Eisenach 1869.

Am 10. Juni trat der ständige Ausschuß des VDAV in Mannheim zusammen.¹³⁷ Bebel, Eichelsdörfer und Sonnemann nahmen in ihrer Doppelfunktion als Teilnehmer an obiger Versammlung und Ausschußmitglieder an der Beratung teil. Vom Ausschuß fehlte niemand außer Hirsch aus dem preußischen Magdeburg; Streit war besonders eingeladen. Es wurde beschlossen, sich der sich bildenden Volkspartei und deren Programm anzuschließen, und sich gegen die Neutralität der Mittelstaaten auszusprechen. Als Gegenleistung wurde die Erweiterung des Programms durch folgenden sozialen Zusatz empfohlen¹³⁸: „Jede volkstümliche Regierung muß die allmähliche Ausgleicheung der Klassen-gegensätze so weit zu fördern suchen, als es irgend mit der Schonung der individuellen Freiheit und den volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen vereinbar ist. Die materielle und moralische Hebung des Arbeiterstandes ist ein gemeinsames Interesse aller Klassen, ist eine unentbehrliche Stütze der bürgerlichen Freiheit.“ Wir werden nicht fehlgehen, wenn wir diesen Zusatz Sonnemann zuschreiben, weil er entsprechend der Manchesterlehre davon ausgeht, daß es der einzige Sinn des Eingreifens von staatswegen sei, zur Beseitigung von Hindernissen für den Bürger beizutragen. Als höchste Norm wird die individuelle Freiheit im Rahmen des wirtschaftlichen Gesamtinteresses betrachtet, und dieses Gesamtinteresse wird in der freien Bewegung der Wirtschaftskräfte gesehen. Dagegen war es Gemeinplatz, daß es Sinn aller Gesellschaftsinitiative zu sein habe, die

136 Das Vereinstabu will das Prinzip der Vereinsorganisation ausdrücken, daß nur geschlossene Vereine mit ordnungsmäßig gewählter Spitze befugt sind bindende Beschlüsse anzunehmen, während Massenversammlungen dazu untauglich sind. Der VDAV war vollkommen diesem Tabu unterworfen im Gegensatz zur Kongreßbewegung vom Jahre 1862. ADAV und Sozialdemokratie haben das Vereins- und das Versammlungsprinzip kombiniert, waren also nicht auf das Vereinstabu eingeschworen.

137 Das Protokoll der Ausschußsitzung des VDAV v. 10. 6. 1866, siehe E. SCHRAEPLER, *Der Zwölfer-Ausschuß*, 1968, S. 227–230.

138 A. BEBEL, *Aus meinem Leben*, 1964, S. 154.

Klassengegensätze auszugleichen und den Arbeiterstand moralisch zu heben. Diese Harmonielehre gehörte zum eisernen Bestand der Arbeiterbildungsvereine. Wenn die ADAVer sie verhöhnten, so reagierten die VDAVer gereizt, obwohl die Streikerfahrungen des Jahres 1865 sie verunsichert hatten. Bebel nennt diese Resolution des Ausschusses einen Kompromißantrag und mit Recht, denn er besteht aus zwei Teilen, dem freihändlerischen, der Sonnemann, und dem sozialen Teil, der Bebel entspricht. Damit wäre die Frage gestellt, ob auch im Jahre 1866 die politische Konstituierung des Bürgertums noch die Arbeiterklasse umfaßte oder anders ausgedrückt, ob auch die Arbeiterklasse damals noch zum Bürgertum gehörte. Die Masse des Bürgertums und die Masse der Arbeiter wird durch diese Fragestellung nicht berührt, denn als wirtschaftliche und gesellschaftliche Klassen waren sie im Arbeitsprozeß, in Lebenshaltung und Bildung getrennt und standen sich im Kleinen wie im Großen oft genug feindlich gegenüber. Es geht hier um eine Elite, die der Nationalverein anzuführen unternahm, und sehr viel zaghafter – die Volkspartei. Die Frage wäre: Fühlte sich die politische Elite der Arbeiter in der Arbeiterbewegung auch im Jahre 1866 ihrerseits noch als Teil des Bürgertums, wie ehemals, als die Arbeitervereine um ihr Recht kämpften, dem Nationalverein beizutreten und dessen Leitung abbremste? Die Frage ist im Verhältnis zur Volkspartei nicht so leicht zu beantworten. Die Arbeitervereine waren sicherlich revolutionär, und zwar demokratisch-politisch revolutionär, aber das konnten sie auch als linker Flügel des Bürgertums sein. Nur wenn man konsequent revolutionär als sozialrevolutionär interpretiert, wie es viele Geschichtsschreiber tun, läßt sich die Frage eindeutig negativ beantworten. Wenn aber ein Bebel noch im Jahre 1866 vorschlug, den Nationalverein um eine namhafte Summe anzugehen¹³⁹, mahnt das zur Vorsicht, denn zynischer Opportunist, der vom Klassenfeind Geld annimmt, war er nicht.

Eine indirekte Antwort, ob die Arbeitervereine bis Gera/Nürnberg sich als Teil des Bürgertums ansahen oder schon als Arbeiterklasse, kann man aus ihrem Verhältnis zur werdenden Volkspartei schließen. Auf dem Vereinstag zu Stuttgart im Jahre 1865 wurde die Frage des allgemeinen Stimmrechts von demokratischen Honoratioren eingeführt und mit Leichtigkeit erledigt, weil es den Interessen der Volkspartei entsprach. Der durchaus nicht radikale Staudinger, der sich später den Nationalliberalen anschloß, begann infolgedessen die Werbung für die Volkspartei in der Vereinsbewegung, und damit war Anschluß gemeint und noch kein Bündnisverhältnis gleichberechtigter Parteien. Nur die äußerste

139 Vorhanden ist die Abrechnung Bebels für Moriz Lorenz, Ausschußmitglied des Nationalvereins, der sich auf eine Unterstützung aus dem Jahre 1865 bezieht. Der Rest der Summe von 200 Gulden, der 135 Gulden beträgt, soll für Reiseprediger im Erzgebirge zurückgehalten werden. Diese Abrechnung schickte Lorenz am 18. 6. 1866 an Nagel, wodurch sie in den Nachlaß Streit (München) gelangte. Die Schlußbemerkung ist aufschlußreich: „Die restierenden 134 Gulden wird sich nun Liebknecht verdient haben.“ Der Brief berichtet auch abfällig über die Mitteldeutsche Volkszeitung, die für ihn vulgär ist (der Standpunkt des rechten Flügels des Nationalvereins). Genau in jenen Tagen übernahm Liebknecht das Blatt für die Volkspartei. Der Brief an Lorenz, gedruckt bei T. OFFERMANN, August Bebel, 1978, S. 326–328. Aufgrund der Unterstützung von 200 Gulden für Sachsen schlägt Bebel in einem Brief an Staudinger vor, den Nationalverein für die Unterstützung des Arbeitertages um 500 Gulden anzugehen (Brief v. 13. 5. 1866, Bebelarchiv/Berlin).

Linke unter Vahlteich in Dresden, der vom ADAV her kam, dachte an volle organisatorische Selbständigkeit.¹⁴⁰

Versammlungen und Vereine von Bürgern hingen von Stimmung und Konjunktur ab und konnten auch spurlos verschwinden; Arbeitervereine litten wohl unter Fluktuationen, füllten sich aber immer wieder auf. Es gibt eine kontinuierliche Arbeiterbewegung, aber keine entsprechende Bürgerbewegung. Die Zirkusversammlung in Frankfurt, von der wir gesprochen haben, mußte erst zur Gründung von Volksvereinen aufrufen; die Arbeiterbewegung war schon da und zwar in Arbeitervereinen und in Zahlen, die die Volksvereine nie erreichten. Deshalb widmeten sich Max Hirsch, Eduard Pfeiffer, August Hochberger und nicht zuletzt Sonnemann, der Arbeiterbewegung.

Nach dem Krieg und der Gründung der Nationalliberalen Partei, die in verschiedenen Staaten verschiedene Namen trug, entstanden neue Bedingungen, aber zwei Dinge blieben sich immer gleich. Die Nationalliberalen setzten die Taktik des Nationalvereins der Arbeitsteilung fort: die Politik und Vertretung des Volkes den Honoratioren; die öffentliche Resonanz den Vereinen, die als Gegenleistung Häuser, Büchereien und Lehrmittel erhielten.¹⁴¹ Zum anderen, wohl Mitwirkung am Parteileben, aber keinerlei Zugeständnisse an die „Idee des Arbeiterstandes“; wenn nötig, Verzicht auf die Arbeiter. Ähnlich, wenn auch weniger weitherzig, benahmen sich die Volksparteiler. Eine Ausnahme bildete Sachsen, wo Volks- und Arbeitervereine fast synonym waren. Das sog. Chemnitzer Programm vom 19. August 1866¹⁴² enthielt die Bestimmungen vorhergehender Programme der Volkspartei, nur detaillierter, aber enthielt auch soziale Bestimmungen, wie „Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde.“ Wenn dieses Programm allen Volksparteien gemeinsam annehmbar gewesen wäre, wäre die Trennung der Volkspartei von der Arbeiterpartei anders verlaufen, und vor allem, später eingetreten, denn hier ließ sich eine Arbeiterbewegung vernehmen, die sich noch zum Bürgertum rechnete, aber ihr spezifisches Bewußtsein schon ankündigte.

Bebel ist mit dem Chemnitzer Programm in das preußische Abgeordnetenhaus und dann auch in den Reichstag eingezogen und mit ihm hat er in Gera

140 Er befürwortete direkten organisatorischen Anschluß an die Internationale in Genf. Siehe SH. NA'AMAN, *Von der Arbeiterbewegung*, 1976, S. 55.

141 Bekannt ist die Beherrschung des Arbeitervereins in Nürnberg durch die Nationalliberalen und, wie die volksparteilichen Dissidenten behaupteten, wegen des Gebäudes in der Tetzels-gasse, das dann nachher den Verein in finanzielle Schwierigkeiten brachte. Auch Schulze-Delitzsch war in Transaktionen verwickelt, die schwerlich zu dem System der Selbsthilfe paßten. Dasselbe gilt für Stuttgart, wo Eduard Pfeiffer eine Spendenaktion für die national-liberale Richtung betrieb, nachdem er vor der Volkspartei zur Rechten übergetreten war. Darüber K. BITTEL, 1915, S. 104.

142 Abgedruckt im Anhang zu HOCHVERRATSPROZESS, 1911, S. 909–911 und A. BEBEL, *Aus meinem Leben*, 1964, S. 163–165. Dort Abdruck aller wichtigen Bestimmungen des Programmes mit der historischen Bewertung vom Standpunkt des späteren Parteiführers. Das Programm hält sich im Rahmen der manchesterlichen Auffassung, daß die soziale Frage nur im gesetzlichen Abbau der Hemmungen für das Wirtschaftsleben bestehe, aber mit dem Zusatz einer möglichen Staatsintervention, die Büchner und Eckardt vergeblich anerkannt wissen wollten. Die Mehrheit der Volkspartei hat diese Erweiterung abgelehnt und eine Trennung vorgezogen.

überzeugt und dem in *Verband* umgetauften *Vereinstag* eine festere Organisation gegeben, die es ihm möglich machte, sich in die Arbeiterpartei zu verwandeln. Die Arbeiterpartei konnte auch zur sozialen Volkspartei werden. Die Volkspartei aber hat es in den Jahren 1867–1870 vorgezogen, jede Modifizierung des Programms zugunsten der Arbeiter abzulehnen. Mit der Ablehnung der Förderung des Genossenschaftswesens durch den Staat fing es an (eine lockere Definition dieses Begriffes wurde nicht einmal versucht); mit der an den Haaren herbeigezogenen Frage der Vergesellschaftung des Bodens hörte es auf. Gelitten hat darunter nur die Volkspartei, deren einziger Vertreter im deutschen Reichstag für Jahre Sonnemann wurde.

NEUNTES KAPITEL

DIE UNFERTIGEN PARTEIEN IM UNFERTIGEN STAAT (1867)

Diejenigen, die über den Nationalverein in die Politik gekommen waren, sei es als Parlamentarier, sei es als Zeitungsredakteure, propagierten seit der Auflösung des Deutschen Bundes und dem Sieg Preußens über Österreich lautstark die Losung „Durch Einheit zur Freiheit“, wodurch sie zu erkennen gaben, daß sie weder Preußen noch den Norddeutschen Bund als Ziel anerkannten, sondern nur als einen notwendigen Schritt zum kommenden Nationalstaat. Daß ihre Losung von *Einheit und Freiheit* nur noch wenig mit dem Inhalt beider Begriffe aus der Gründungszeit des Nationalvereins und noch weniger mit dem der Volkspartei gemein hatte, steht nicht zur Erörterung; worauf es hier ankommt ist, daß auch die Nationalliberalen den Zustand vom Sommer 1866 als unfertig ansahen: Man sprach nicht von den Ideen von Königgrätz, wird aber von den Ideen von Sedan sprechen. Nach Sedan meinte man einen endgültigen Zustand erreicht zu haben, während Königgrätz eine Etappe einleitete. Ob das Jahr 1866 wirklich ein Epochenjahr war¹ – darüber läßt sich diskutieren, aber daß es als solches nicht empfunden wurde, liegt auf der Hand. Jede Selbstkritik war doch auch mit einer Kritik der unfertigen Zustände verbunden, und das berühmt-berüchtigte „Umfallen“ von denen, die Volkspolitik „von unten“ wollten und sich nun doch mit Obrigkeitspolitik „von oben“ versöhnten, war immer auch taktisch begründet, weil man anders nie zum Ziel des einheitlichen und freiheitlichen Deutschland gelangen würde. Ganz anders nahm man die Ideen von Sedan auf: Jetzt herrschte totaler Verzicht auf Volkspolitik vor, weil die Obrigkeit zum Ziel geführt hatte.

Auch die Staatsmacht, man darf einfach Bismarck sagen, verbürgte nicht die Endgültigkeit der politischen Zustände im Gefolge von Königgrätz; eher umgekehrt. Wir können heute nicht mehr behaupten, daß Bismarck jeden Schritt im Hinblick auf ein im voraus geplantes Endziel tat; aber daß er einen besseren Ersatz für den aufgelösten Deutschen Bund bieten wollte und auch Verständnis für die nationalistische Stimmung im deutschen Bürgertum hatte, dürfen wir annehmen. Soweit wie möglich hat er sich bei allen Schritten an die üblichen Regeln der Diplomatie gehalten und sein Verhalten nicht mit dem Maßstab einer „nationalen Revolution“ gemessen, das erst den Nationalverein verwirrt hat und dann mit verheerender Wirkung das ganze deutsche Volk.² Alle umwäl-

1 F. P. KAHLBERG, 1970, S. 51–74. Dazu aus anderer Sicht H. KOHN, 1960, S. 144–167.

2 Es ist berechtigt, Bismarck einen „weißen Revolutionär“ zu nennen, wie Lothar Gall es tut

zenden Taten, auch die Annexionen, hielten sich im Rahmen flexibler Interpretation von Regeln. Zu überlegen wäre in dieser Hinsicht auch die Einführung des demokratischen Wahlrechts als Wahlmodus für den Norddeutschen Reichstag. Nachdem er das preußische Dreiklassenwahlrecht als „elend“ verdammt hatte, sollte man meinen, daß Bismarck den besseren Wahlmodus für Preußen anstreben würde, aber davon keine Spur: Preußen hatte eine beschworene Verfassung, und deren Veränderung war ein komplizierter Vorgang.³ Der demokratische Wahlmodus als Teil der Reichsverfassung, die formal als Rechtsbasis in vielen Staaten anerkannt war, ließ sich also legalistisch vertreten: Für den Deutschen Bund und mit ihm, für seinen Rechtsnachfolger, den Norddeutschen Bund, war damit ein rechtlicher Anknüpfungspunkt gegeben, der den Vorteil hatte, von den Nationalvereinigern und seinen vielen Sympathisanten nicht zurückgewiesen werden zu können.⁴ Die Tatsache, daß die Reichsverfassung bis jetzt von Preußen immer abgelehnt worden war, konnte durch irgendeine „Lückentheorie“ überbrückt werden, und das war nicht notwendig, weil kein Angriff prinzipieller Art erfolgte, sondern die Diskussion nur um die Opportunität des Kopfwahlrechts ging.⁵ Die Einberufung des konstituierenden Parlaments verlief nach der Prozedur, die in Erfurt im Jahre 1850 vorgesehen worden war, und die Einberufung der regulären norddeutschen Reichstage geschah ordnungsgemäß, nachdem die neue Verfassungsurkunde von allen Bundesmitgliedern nach allen Regeln der Diplomatie verabschiedet worden war.

Die Begriffe „nationale Revolution“ und „Revolution von oben“ sind allerdings im übertragenen Sinn auf das Vorgehen Bismarcks anwendbar, denn sobald man die Formelwelt der Legalität verläßt, gerät man in der politischen Pra-

(L. GALL, Bismarck, 1980), wenn man die weitreichenden Folgen seiner Tätigkeit beachtet oder die ungewöhnlichen Wirkungen diplomatischer Schachzüge, aber er hat nicht dazu beigetragen, das Wort Revolution im Kontext mit nationalen Hoffnungen zu popularisieren. Das Gegenteil würde eher zutreffen. Das Wort *Revolution* von einem Schreckgespenst aus der Gesellschaftssphäre in die Traumwelt nationaler Hoffnungen zu erheben, blieb Treitschkes Werk. Das Wort eignet sich nicht für differenzierten Gebrauch.

3 Die preußische Verfassung war wegen der vielen Manipulationen, die sie seit ihrer Oktroyierung im Jahre 1849 erlitten hatte, ein Fahnenstummel, wie Lassalle erklärte, aber wegen der langjährigen Konfliktkämpfe, die um ihren Inhalt geführt wurden, auch ein eherner Fels für Parlament und Regierung zugleich. Sobald man an ihr rüttelte, wurde auch der Eid des Königs, sie zu bewahren, fraglich. Deshalb war das Dreiklassenwahlrecht „unabänderlich“, als es schlechte Resultate für die Regierung und später ebenso schlechte für die Liberalen lieferte. Der Ausweg, der „unabänderlichen“ Verfassung eine andere Verfassung von gleichsam höherer Autorität entgegenzustellen, war weitsichtig.

4 Der Nationalverein hatte auf der Generalversammlung von Coburg II nicht behauptet, daß die Reichsverfassung von 1849 gültiges Recht sei (davon sprachen nur wenige), sondern daß sie zu verwirklichen sei. Aber schon auf der ersten Versammlung (Coburg I) hatte er erklärt, daß sie eine gültige Rechtsbasis sei. Auf der Generalversammlung zu Frankfurt 1865 hatte er die Beschlüsse aller vorhergehenden Resolutionen zusammengefaßt, so daß er von dem Rechtsboden des allgemeinen Wahlrechts nicht abgehen konnte, ohne seine Vergangenheit zu desavouieren.

5 Siehe W. GAGEL, 1958. Das Kapitel „Das allgemeine Wahlrecht bei der Gründung des Norddeutschen Bundes“ behandelt das nur sporadische Eintreten für das demokratische Wahlrecht und die schweren Einwände dagegen vom Standpunkt der Nützlichkeit: Schulze-Delitzsch' Zurückhaltung (S. 41), Twestens Bedenken (S. 43), Wehrenpfennigs Ablehnung (S. 50) und die Meinung der rechtsliberalen Grenzboten: „Die Dreiklassenwahl war in der Theorie eine höchst unvollkommene Methode, in der Praxis hat sich dieselbe im ganzen trefflich bewährt“ (ebd.).

xis in ein System von autoritären Herrschaftsmethoden, die von vielen Historikern als Bonapartismus bezeichnet werden⁶, die alle trotz ihres legalistischen Scheins den Stempel des Opportunismus und der Improvisation tragen.

Bundesstaat mit Parlament war das Ziel des Nationalvereins: Weder ein echter Bundesstaat noch ein echtes Parlament konnten entsprechend dem Vorgehen von Bismarck entstehen. Das Surrogat eines Bundesstaates konnte zustande kommen, weil ein übermächtiges Preußen einer Gruppe von Kleinstaaten gegenüber stand, die außer dem Königreich Sachsen, ganz, oder fast ganz, Enklaven in Preußen waren und keine Handlungsfreiheit besaßen; ein echter Bundesstaat hätte entstehen können, wenn die Mittelstaaten (Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen-Kassel) selbständig geblieben wären; wäre dann aber vermutlich nie zustande gekommen, wie die Schwierigkeiten andeuten, die diese Staaten Preußen entgegensetzten, selbst nachdem sie als einfache Provinzen einverleibt waren.⁷ Der freiwillige Verzicht auf die eigene Souveränität, auf den der Nationalverein baute, war eine heikle Sache, und ein Bundesstaat von Monarchien nur schwer realisierbar, wie das britische Commonwealth of Nations bewies, trotzdem er den Vorteil besaß, eine Personalunion von Monarchien zu bilden.⁸ Wir werden in der Annahme kaum fehlgehen, daß ein Norddeutscher Bund von Mittelstaaten nur eine etwas verbesserte Auflage des alten Deutschen Bundes geblieben wäre, allerdings unter Ausschluß Österreichs.

Nachdem Heinrich v. Treitschke den Versuch unternommen hatte, eine Partei für einen großpreußischen Einheitsstaat zu gründen und für ihn publizistisch eintrat, waren erstmalig die Schwierigkeiten eines Bundesstaates von Monarchien zur Diskussion gekommen. Langsam aber sicher hatte die Idee des preußischen Einheitsstaats die Gemüter erobert, auch v. Rochau und den Mitarbeiterstab seiner ehemaligen Vereinszeitung, die nach Auflösung des Nationalvereins ihrer Verpflichtungen gegen dessen Statut ledig waren.⁹

6 Der Bonapartismus unter dem Namen des Cäsarismus war schon den Zeitgenossen bekannt und wurde von Marx und Engels ausgiebig auf Bismarcks Herrschaftssystem angewandt. Es blieb aber den Historikern wie Hans Ulrich Wehler und Helmut Böhme überlassen, daraus ein Herrschaftsmodell von allgemeiner Anwendbarkeit zu machen und damit Bismarcks Herrschaftsmethoden zu charakterisieren. Allan Mitchell beschreibt den Bonapartismus als Herrschaftssystem (A. MITCHELL, 1977, S. 56–76) und stellt die Anwendbarkeit des Modells zur Diskussion (ebd., S. 181–209).

7 Der antipreußische Widerstand in der Zeit vor Konsolidierung des Norddeutschen Bundes ist Thema des Buches von N. M. HOPE (1973); das Buch von S. A. STEHLIN (1973) behandelt die Zeit nach dessen Gründung.

8 Wenn die Schwierigkeit in den deutschen Staaten in der Verschiedenheit der Dynastien lag, in denen die Souveränität der Staaten verkörpert war, so lag die Schwierigkeit im Britischen Commonwealth in dem Verzicht auf die volle Souveränität der Gliedstaaten. Dem ist Britannien entgegengekommen, indem es das System so locker machte, daß das Deutschland des Zollvereins dagegen zentralistisch wirkte, und doch haben Kanada und Südafrika dagegen gekämpft und Loslösung verlangt, noch abgesehen von Irland.

9 Einen Vorgesmack von dem kommenden Umschwung bietet der Wochenbericht v. Rochaus im WOCHEN-BLATT Nr. 76 v. 1. 11. 1866. Er schreibt: „Die jetzt im Werke begriffene Aufrichtung eines aus monarchischen Bestandteilen zusammengesetzten Bundesstaats muß als ein gewagter Versuch angesehen werden.“ Nach dem Scheitern des Experiments muß der Einheitsstaat kommen. In der Fortsetzung seines Buches „Grundsätze der Realpolitik“ aus dem Jahr 1869 kommt dann der einheitsstaatliche Zwingherr zur Freiheit zu Wort: Die Verpreußung ist ein Popanz, die Annexionen Preußens wurden soweit durchgeführt, wie es möglich war, und in den Zwergstaaten ist eine Volksbewegung für Angliederungen einzuleiten,

Bismarck hat Preußen durch Annexionen und, soweit es ging, im Rahmen des Üblichen abgerundet; er hat aber nicht versucht, die Annexionen zum Zweck der nationalen Einigung auszuweiten. Deswegen war er kein echter Großpreuße und kein großpreußischer Revolutionär. Das Verhältnis des Großpreußen Bismarck zum kleindeutschen Bundesstaatler ist ungeklärt und kann nicht einfach daraus gefolgert werden, daß er den Norddeutschen Bund so einrichtete, daß er später einmal die Staaten südlich des Mains einzeln oder gemeinsam aufnehmen konnte. Er schuldete den Deutschen einen Ersatz für den aufgelösten Deutschen Bund und dementsprechend handelte er. Mit dem Ausschluß Österreichs war eindeutig das Ziel preußischen Machtstrebens erreicht, aber das bedeutete noch nicht, daß ein von Preußen reformierter und beherrschter Bund auch eine deutsche Einigung beinhaltete. Es sollte doch auch erwogen werden, ob Bismarck nicht erst im Lauf eines allmählichen Lernprozesses dazu kam, den Norddeutschen Bund zu einem deutschen Reich umformen zu wollen, wobei wahrscheinlich dem Kriegerlebnis von 1870/71 besondere Wichtigkeit zukäme.

Solche Überlegungen verpflichten dazu, alle Anordnungen und Einrichtungen nach dem Krieg 1866 als provisorisch anzusehen, nicht nur weil Preußen wegen seines langjährigen Verfassungskonfliktes und den Annexionen noch in Gärung war, nicht nur weil das Kopfwahlrecht noch als Experiment galt und die neue Reichsverfassung noch nicht erprobt war, sondern deshalb, weil der Kopf, der all das lenkte, selbst sich noch nicht klar darüber war, ob und wie Preußen mit Deutschland zu vereinen. Wir vergessen nicht, daß Preußen für Bismarck ein klarer Begriff war; was aber Deutschland sein sollte, noch unklar, außer als Kulturvolk, von dem nicht mehr die Rede sein konnte, nachdem sein politischer Rahmen, der Deutsche Bund, aufgehört hatte zu bestehen. Macht war für ihn in Preußen verkörpert, nicht in einem Deutschland der Zukunft. Daß Deutschland als Machtstaat einst Preußen verdrängen würde, hat er damals nicht begriffen, und niemals so vollständig, daß er als so „modern“ gelten könne wie seine Nachfolger.

Alle Ideologen einer nationalen Revolution von oben, mit Heinrich v. Treitschke an der Spitze, zogen aus ihr den einzig logisch haltbaren Schluß, Deutschland mit einem vergrößerten Preußen gleichzusetzen, also den preußischen Einheitsstaat zu fordern, Preußen zu bewegen, sich systematisch durch Annexionen zu vergrößern; ein einziges preußisches Parlament zuzugestehen, in das der Reihenfolge der Annexionen nach, Vertreter der neuen Provinzen ihren Platz finden würden. Ein Reichstag statt des aufgelösten Bundestages, war unerwünscht, und wenn er sich nicht aus politischen Gründen vermeiden ließ,

und da die Mittelstaaten jederzeit zum Abfall mit Hilfe des Auslands neigen, muß Preußen das Recht auf nationale Revolution geltend machen. L. A. v. ROCHAU, 1972, S. 286–321. Das wären dann die Forderungen Treitschkes, ohne die diesem eigenen scharfen Formulierungen. Daß Treitschke dann v. Rochau eine anerkennende Würdigung im Jahre 1873 in den Preußischen Jahrbüchern gewidmet hat (PJbb 32/1873, S. 585–591) ist verständlich. Zu fragen wäre dann nur, wie v. Rochau es im Jahre 1867 fertig gebracht hat, das Wochen-Blatt zu redigieren, das eine bundesstaatliche Vereinigung anstrebte. Wir wundern uns weniger, wenn v. Rochau im Jahre 1869 vom Nationalverein in einem Ton spricht, als habe er einer fernen Vergangenheit angehört.

war er möglichst unbedeutend zu halten. Besonders war das gleiche Wahlrecht abzulehnen, weil es einem demokratisch-unpreußischen Begriff vom Aufbau Deutschlands entsprang.

Die Idee eines großpreußischen Einheitsstaates als der Konstituierung Deutschlands vertrat ins Demokratische übersetzt Franz Duncker. Er und seine „Volkszeitung“ sind so wichtig, weil sie den Nationalverein in Berlin vertraten, und das Geheimnis, daß sie Großpreußen mit Deutschland gleichsetzten, als erste preisgaben, als sie in den „Anschluß“ der Elbherzogtümer an Preußen einwilligten. Die Fortschrittspartei in Preußen galt als Exekutive des Nationalvereins, und für einen Teil derselben mag das zutreffen; für den nationalpreußischen linken Flügel gilt die Umkehrung des Verhältnisses: Der Nationalverein sollte der Fortschrittspartei helfen, Bismarck zu bezwingen und ihr ermöglichen, Preußen zu beherrschen. Das Konzept des Einheitsstaates besagte dann, daß sie damit zugleich Deutschland beherrschen würden. Deutlich wurde das im Jahre 1865: Das Recht auf Selbstbestimmung der Elbherzogtümer war dem Nationalverein heilig, weil von ihm das Konzept der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands abhing; Konzessionen zugunsten Preußens waren realpolitisch notwendig als Kaufpreis für das Recht auf Selbstbestimmung; für Franz Duncker und seine Zeitung war das Verhältnis anders¹⁰: Der Anschluß an Preußen war ein erster Schritt zum Einheitsstaat und das Recht auf Selbstbestimmung eine Konzession an eine partikuläre Eigentümlichkeit, die irgendwie herauszueskamotieren war. Im Jahre 1866 bedeutete das, daß die preußische Verfassung samt Dreiklassenwahlrecht unantastbar war, daß Grundrechte, wie sie die preußische Verfassung gewährte, für andere Deutsche genügten; daß die preußische Heeresorganisation, soweit sie die Zustimmung des Abgeordnetenhauses finden würde, für die Wehrbarmachung ausreichte, und deshalb auf alle Deutschen auszudehnen war. Jede Indemnität, die den Sieg im Verfassungskonflikt mit dem Sieg Bismarcks beendete, war Verrat an Preußen, mit dem die preußische Nationaldemokratie sich niemals abfinden würde.

Die Mehrheit ihrer Gegner verurteilte vor allem die Hast einer übereilten Kapitulation vor Bismarck und war gegen die Vorlage, weil sie keinerlei Gegenleistung vorsah, und nicht einmal das Versprechen, in Zukunft vom Konfliktkurs abzusehen. Die Geschichtsschreibung spricht im Zusammenhang mit der Indemnität nur von radikalen und doktrinären Demokraten, sieht aber nicht die nationalpreußischen Demokraten die den harten Kern der Indemnitätsgegner

10 Der Märzkompromiß 1865, den der 36er-Ausschuß und die Vertreter der Schleswig-Holstein-Vereine mit einigen Vertretern des preußischen Abgeordnetenhauses vereinbart hatten, war zur Abwehr der Februarforderungen des gleichen Jahres von Preußen gedacht. Er galt als die äußerste Grenze des Vertretbaren auch für die Mehrheit im Nationalverein. Die Versammlung der Berliner Mitglieder des Nationalvereins nahm auf Initiative von Franz Duncker und Löwe/Calbe am 24. 10. 1866 eine Resolution an, die die Unterwerfung Schleswig-Holsteins unter alle Forderungen einer zukünftigen Reichsgewalt forderte, das bedeutete praktisch Unterwerfung unter alle preußischen Februarbedingungen. Dementsprechend kam auf der Generalversammlung eine Resolution zustande, die von den Schleswig-Holsteinern zusätzlich zum Zoll- und maritimen Anschluß auch den militärischen verlangte. Um jeder unbequemen Auseinandersetzung mit Vertretern der Mittelstaaten zu entgehen, waren die preußischen Mitglieder des Abgeordnetentages schon am 1. Oktober in Frankfurt nicht erschienen. Duncker stimmte dann später für alle Annexionen.

bildeten. Sie aber erklären uns die Tatsache, warum die Demokraten aus der Volkspartei südlich des Mains jahrelang in diesen Demokraten und preußischen Partikularisten keine Bundesgenossen finden konnten, parallel der Bundesgenossenschaft, die zwischen den Nationalliberalen südlich und nördlich des Main zustande kam.

Treitschke schwärmte mit Ausdauer von dem Einheitsstaat Preußen, der bestimmt sei, Deutschland zu werden. Seine Propaganda und die seiner Gesinnungsgenossen, die Annexion Sachsens an Preußen zu vollziehen, verfiel der Ablehnung, denn auch das Ausland hatte ein Wort mitzureden. Das Gleiche galt für Hessen-Darmstadt. Auffällig ist dabei die Parallelität mit dem Charakter der Propaganda von seiten des verflochtenen Nationalvereins: Treitschke hatte dessen einseitiges Werben um Preußen, ohne sich vorher seiner Zustimmung vergewissert zu haben, verurteilt und ironisiert. Sein einseitiges Werben für weitgehende Annexionen ist ihm nicht aufgefallen. Die Taten Preußens bezeugen, daß es von seiner uneingeladenen Einmischung frei sein wollte. Der Zusammentritt des norddeutschen Reichstages zur Konstituierung eines Bundes war die stumme Antwort auf Treitschkes Wortschwall.¹¹

Preußen hatte seine Erfahrungen mit Annexionen großen Stils 1815 mit Rheinland und Westfalen gemacht, viel aus ihnen gelernt, viele Fehler vermieden, viele wiederholt und neue dazu gemacht. Die Verbindungen zu den Führern des Nationalvereins, die als Parlamentarier sich nun Nationalliberale nannten, hat Bismarck vorurteilslos ausgenutzt, auch wenn sie sich ihm verschlossen hatten, solange sich das Kriegsglück noch nicht für ihn entschieden hatte. Als Neupreußen konnten sie ungehemmt durch das Trauma des Verfassungstreits der nationalliberalen Fraktion im preußischen Parlament das Profil einer Gruppierung verleihen, die mit der Regierung kooperieren will. Als Führer des ehemaligen Nationalvereins vertraten sie nicht nur die Freiheit als Freiheit der Wirtschaft, des Handels und der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch der Kommunikation über die Mainlinie hinweg. Die Altpreußen im Abgeordnetenhaus fühlten sich durch sie zurückgesetzt. Anders als jenen war den Neupreußen der norddeutsche Reichstag Herzenssache. Dort haben sie den Reichstag als Instrument zur Überwindung der Mainlinie propagiert, und Bismarck hat sie gewähren lassen und die Hindernisse, die in den internationalen Abmachungen lagen, möglichst aus der Diskussion herausgehalten. Auf Freiheitsforderungen hat Bismarck in Preußen langsam reagiert, so besonders auf

11 „Die Nation hat den großen Augenblick versäumt (den Anschluß an Preußen bei Kriegsausbruch zu vollziehen), sie muß sich vor der Hand begnügen mit einem unfertigen Bau, der halb ein Bundesstaat ist, halb ein Einheitsstaat“, sagt Treitschke am Schluß seines Aufsatzes. „Die Zukunft der norddeutschen Mittelstaaten“, in: H. v. TREITSCHKE, *Zehn Jahre*, 1897, S. 122–149. Welche „Nation“ ist gemeint, wenn die Staaten, die namentlich aufgezählt wurden, Sachsen, Kurhessen und Hannover (S. 125) im preußischen Staat (ohne Sachsen) aufgingen? Wenn er als Patriot von der Nation spricht, wie darf er Bayern, Württemberg und Baden ausklammern? Der Bau war unfertig, nicht weil Waldeck und Braunschweig nicht in Preußen aufgingen, sondern vor allem, weil die süddeutschen Staaten nicht kamen, und wenn die unnötige Vertretung Waldecks und Braunschweigs den Bau zur Unfertigkeit verdammte, so war das der freie Wille des preußischen Staates, den niemand daran gehindert haben würde, sie einheitsstaatlich zu annektieren. Allerdings, der Beitritt der Südstaaten wäre dann noch problematischer geworden, als er sowieso schon war.

die Entlassung unbeliebter Minister, aber er war sehr viel entgegenkommender gegenüber den neupreußischen Nationalliberalen im norddeutschen Reichstag, besonders bei der Beratung der Verfassung, wo Fries, das langjährige Mitglied im Vorstand des Nationalvereins, fast unbeachtet die geheime Wahl durchgesetzt hat. Dieser wenig beachtete Punkt ist wegen seiner geschichtlichen Auswirkung außerordentlich bedeutsam:

Die Wahl in Preußen war allgemein, aber indirekt und offen. Wenn Bismarck die direkte und gleiche Wahl im Norddeutschen Bund empfahl, konnte er konservative, günstige Ergebnisse erwarten, denn sowohl Gutsbesitzer wie Fabrikbesitzer konnten die Stimmenabgabe kontrollieren. Um sich vor unliebsamen Kandidaten zu schützen, hatte er auf der Diätenlosigkeit und den Ausschluß von Regierungsbeamten bestanden (womit nicht nur Richter und Beamte betroffen waren, sondern auch Professoren und Lehrer). Gegen letztere Bestimmung waren die Nationalliberalen erfolgreich aufgetreten; an der ersteren hing Bismarck so sehr, daß sein Einspruch gegen die Einführung von Diäten erfolgreich war. So weit sein Erfahrungsbereich reichte, hatte Bismarck sein Experiment mit dem neuartigen Wahlrecht gut durchdacht. Nun kam unerwartet der Vorschlag eines obskuren Abgeordneten, die Wahlen geheim zu machen. Das ging durch, weil die umwälzende Bedeutung der geheimen Wahl angesichts der vielen Ängste, die das demokratische Wahlrecht einflößte, nicht erkannt wurde. Für Zentrum und Sozialdemokratie, die zwei verfolgten Parteien im Reich nach 1871, wurde aber die geheime Wahl das Mittel, um sich unliebsamer Beaufsichtigung des Wahlaktes zu entziehen, und so sich parlamentarisch zu verfestigen, obwohl Teile der Bevölkerung wie auch die Bürokratie sich ihnen gegenüber feindlich verhielten. In der langen Zeit des sog. Sozialistengesetzes bot die geheime Wahl der verfolgten Arbeiterpartei das einzig sichere Mittel, um sich durch rechtlich geschützte Abgeordnete gegenüber Behörden und der Öffentlichkeit kenntlich zu machen; während der restlichen Jahre des Kaiserreichs waren die Wahlen der wichtige Indikator für das Wachsen der Partei, das wiederum das Anzeichen für den in Sicht stehenden Sieg wurde: Ohne die geheime Wahl hätte dieses Indiz des kommenden Umschwungs nicht funktionieren können. Der Erfolg des unscheinbaren Fries bezeugt, wie unfertig der Norddeutsche Bund im Jahre 1867 noch war.

Der Norddeutsche Bund mußte als Nachfolger des alten Bundes dessen Funktion erfüllen, eine Garantie für die Souveränität aller Herrscher zu sein, und für Bismarck war das selbstverständlich, noch ganz abgesehen von einer hypothetischen Anziehungskraft, die dieser auf die süddeutschen Mittelstaaten werde ausüben können. Das war auch gegenüber staatlichen Einheiten wie Hamburg oder Braunschweig geboten. Daher der *staatenbündlerische* Charakter der Verfassung des Norddeutschen Bundes; andererseits war Preußen als Reformator der Bundesverfassung im *bundesstaatlichen* Sinn aufgetreten. Deshalb mußte die Verfassung des Norddeutschen Bundes einen Doppelcharakter haben, der sie zu einem Unikum machte. Wenn dem Historiker die Disproportion im Kräfteverhältnis zwischen dem großen (und noch vergrößerten) Preußen gegenüber den Klein- und Kleinststaaten auffällt, so müssen wir zum Verständnis das damals herrschende Staatsdenken in Rechnung setzen, dem es leichter fiel, einen souveränen Staat als legitime Kriegsbeute zu annektieren, als

einen Herrscher zum Verzicht auf das kleinste Souveränitätsrecht zu veranlassen. Um dieses Staatsdenken abzuschaffen, war eine Revolution nötig, die aber nicht stattgefunden hat. Wegen des Doppelcharakters der Verfassung und des ungewöhnlichen Kräfteverhältnisses konnte Bismarck deren Ausarbeitung nicht dem konstituierenden Reichstag überlassen, selbst wenn er gewollt hätte, denn die Liberalen hätten sie wegen ihrer Neigung zum großpreußischen Einheitsstaat zu unitarisch für einen Bundesstaat von Souveränen gemacht, und die Konservativen hätten sie zu sehr mit allen Vorrechten belastet, die die Standesherren mit den Herrschern gemeinsam besitzen wollten. Bismarck ließ in (taktisch gebotener und als Druckmittel vorgespielter) Eile die Verfassung in verschiedenen Versionen konzipieren, um sie schließlich selbst auszuarbeiten, wobei er für geringe Abänderungen einen kleinen Spielraum den Parlamentariern überließ.¹² Wenn das Vorstandsmitglied des ehemaligen Nationalvereins Fries mit der Einführung der geheimen Wahl Geschichte gemacht hat, so der ehemalige Präsident des Nationalvereins v. Bennigsen mit der Bestimmung, daß der Kanzler durch seine Unterschrift unter die Beschlüsse des Reichstags politische Verantwortung für sie übernehme¹³, wodurch er ohne die Reichweite seines Gesetzes sogleich voll zu erfassen, Bismarck gezwungen hat, das Kanzleramt selbst zu übernehmen und damit den Reichstag wesentlich zu kräftigen.

Wir haben zu beachten, daß die Hast, mit der die Neuordnung Norddeutschlands nach dem militärischen Sieg und der Reihe internationaler Verträge betrieben wurde, ihr den Stempel des Unfertigen und der Improvisation aufdrückte. Die Effizienz der Bürokratie ist beeindruckend; die Bereitschaft der Liberalen vom Nationalverein, an der Eingliederung ihrer ehemaligen Staaten als preußische Provinzen mitzuarbeiten, erstaunlich. Ihre Verwechslung von politischem mit wirtschaftlichem Liberalismus ist verdächtig; versöhnlich wirkt ihr Einsatz zur Überbrückung der Mainlinie als der Rest dessen, was sie noch aus der Zeit des Nationalvereins verpflichtete.

Der Charakter des Unfertigen, der der Neuordnung der Verhältnisse im Jahre 1867 anhing, drückte sich in der Einrichtung eines improvisierten sog. Zollparlaments aus, um den lebenswichtigen Zollverein trotz der Mainlinie zu erhalten.¹⁴ Es wurde einfach dem norddeutschen Reichstag angehängt, und in ihn schickten die süddeutschen Staaten Abgeordnete, die nach dem gleichen Wahlverfahren gewählt wurden wie die norddeutschen. Durch dieses Zollparlament wurde das Zollwesen modernisiert, indem von nun an nicht mehr Gesandte der Staaten berieten, die natürlich zur Einstimmigkeit gelangen mußten, sondern Parlamentarier, die nach der Mehrheit beschlossen. Das war praktisch und entsprach auch dem Prinzip eines Bundesstaates, machte aber auch in Zukunft eine neue Reichsgründung, wenn man so wollte, überflüssig und erlaubte es auch, sich mit dem Bestehen einer Mainlinie abzufinden, besonders, wenn man den Kreis der Beratungen erweiterte und auf alle Wirtschaftsfragen übertrug: Ein

12 Siehe E. R. HUBER, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, 1963, S. 643–685; Bismarcks Erwägungen, ebd., S. 649–655.

13 Die sog. Lex Bennigsen, ebd., S. 658–661.

14 Dazu W. O. HENDERSON, *The Zollverein*, 1968, S. 304–344; ders., *The Rise*, 1975, S. 156–160; V. HENTSCHEL, 1975, S. 154–159.

verbesserter Zollverein mit Zollparlament enthielt viele Möglichkeiten. Nur wer die Ansicht zum Dogma erhebt, Bismarck habe immer für eine zweite Reichsgründung gewirkt, wird davon absehen, daß Aussicht zur *Reichseinigung* ohne *Reichsgründung* bestand, und sich daher die Mainlinie zur endgültigen politischen Grenze verhärten konnte, also die Unfertigkeit der Verhältnisse auch verschiedene Möglichkeiten zu einer Reichseinigung in sich trug. Bismarcks schroffes Auftreten gegen eine Veränderung des international festgelegten Status verlangt vorsichtige Urteilsbildung. Was die Mainlinie betrifft, waren die ehemaligen Führer des Nationalvereins empfindlich und übertrugen ihre Gefühle auch auf die ganze nationalliberale Fraktion. Für sie galt die alte Taktik, durch Kriege nach außen über Hindernisse in der Frage der Einheit hinwegzukommen. Dem entspricht der Vorstoß Bennigsens in der Frage der deutschen Besitzrechte in Luxemburg.¹⁵ Mit dem Kriegsausbruch von 1870 sind die Nationalliberalen ans Ziel gelangt, obwohl kurz vorher der Abgeordnete Lasker bei Bismarck auf erregten Widerstand gestoßen war, als er versuchte, Badens Eintritt in den Bund im Alleingang voranzutreiben. Moderne Geschichtsschreiber geben zu, daß im Jahre 1870 die Aussichten für eine Fortsetzung der Reichseinigung im Sinne einer Reichsgründung trübe waren.

Als der nationalliberale Rest des Nationalvereins im Herbst 1867 den Verein auflöste, tat er das mit zwei Argumenten, nämlich einmal, daß das Ziel erreicht sei, und zum anderen, daß der Versuch, Demokraten und Konstitutionelle zur Zusammenarbeit zu bringen, gescheitert sei. Die bestehende Mainlinie bewies die Relativität der ersten Aussage; die zweite schien nach der Spaltung der liberalen Fraktion wegen der Indemnitätsfrage einleuchtend, aber eine tiefer schürfende Analyse des Scheiterns von links und rechts, als Bennigsen sie gab, wäre am Platz gewesen, denn es ging um die Konstituierung des Bürgertums, dem Grundproblem ihrer Zeit.¹⁶

Die Zusammenarbeit der Bürgerkräfte von links und rechts unter sich und in Zusammenarbeit mit der Regierung zum Zweck der Vollendung der Einheit wäre sinnvoll gewesen, denn das „Volk“, das zu vertreten war, konnte nunmehr seine konstituierende Rolle beim Wahlakt zum norddeutschen Reichstag ausüben, während die Honoratioren im Reichstag wirkten: Jedem das seine, oder

15 H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen II, 1910, S. 35–44. Bismarck wußte genau, wie Oncken andeutet, daß der Rechtsanspruch Preußens mit nationaldeutscher Begründung nicht vertretbar war und er Bennigsen nur taktisch-agitatorisch benützte; aber aus Bennigsens Sicht lag hier regelrechte Kriegstreiberei vor, wie die gut dokumentierten Anstrengungen des Rumpfnationalvereins, die Nagel, Lammers und Metz unternahmen, beweisen. Diese Kriegstreiberei hing im Jahre 1867 genauso in der Luft wie 1859/60 (weil Preußen nicht daran dachte, sich durch den Nationalverein in einen Krieg verwickeln zu lassen), war aber ebenso ernst gemeint. 1870 lag eine andere Situation vor, weil technisch Frankreich der Angreifer war und das Konzept des Nationalvereins, die Mainlinie im Krieg mit Frankreich zu überspringen, sich verwirklichen ließ.

16 Die Demokraten von 1859 waren *nach-revolutionär*; ein souveränes Parlament aufgrund demokratischer Wahlen war ihr Ausgangspunkt, den sie allerdings wegen des Bündnisses mit den Konstitutionellen aufgeben wollten und aufgaben. Die Demokraten (nun Fortschrittler bezeichnet) waren *nach-reaktionär*: Ein demokratisch gewähltes und souveränes Parlament war für sie eine Utopie, von der sie zu träumen bereit waren, aber aus der Realität heraushielten. Real war für sie eine verfassungsmäßig geregelte Monarchie, an der sie rechtlich beteiligt waren.

jedenfalls mehr als die Vergangenheit geboten hatte. Das Scheitern dieser Zusammenarbeit von links und rechts hätte die ehemaligen Konstitutionellen, die nun die Nationalliberalen waren, belasten müssen, denn sie hatten durch das Gewicht des Ausschusses das Wirken des Vereins bestimmt. Sie hätten in sich gehen müssen; stattdessen sonnten sie sich im Erfolg, der nicht ihr Werk war. Der Erfolg erlaubte ihnen weiterhin, das Bewußtsein zur Schau zu stellen, das „Volk“ zu sein, oder es wenigstens zu vertreten. Den Charakter einer Sammlungspartei von nationalen Bürgern bewies sich die nationalliberale Fraktion durch ihre gesellschaftliche Zusammensetzung auf dem Konstituierenden Reichstag. Mit ihren Mandaten aus freien Intelligenzberufen (60 % gegen nur 20 % Gutsbesitzer und 20 % Industrielle und Bankiers) konnten sie behaupten eine typische Bürgerpartei zu sein. Namen von *Bürgern* wie Forckenbeck, v. Unruh, Grumbrecht (Harburg), Fries, Rückert, Wiggers, v. Bennigsen und Miquel sind uns aus der Geschichte des Nationalvereins geläufig: Sozial hatte sich beim Übergang vom Ausschuß des Nationalvereins zur Nationalliberalen Fraktion im norddeutschen Reichstag nichts geändert.

Für die Agitation hatte die nationalliberale Losung „Durch Einheit zur Freiheit“ ihre Spitze gegen die Volkspartei, die die Einheit herausschieben wollte bis zur Er kämpfung der Freiheit in allen Einzelstaaten; für die Honoratiorenspitze bedeutete sie, durch Einheit zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Selbstständigkeit und Macht zu gelangen. Das war deutlich auf dem volkswirtschaftlichen Kongreß zu Braunschweig nach Beendigung des Krieges festgestellt worden.¹⁷ Im Sinn der Braunschweiger Beschlüsse war die Kompetenzumschreibung für den Reichstag in dem Entwurf der Reichsverfassung angelegt, der zur Beratung stand: Da war ein Katalog von wirtschaftlichen und sozialen Themen aufgezählt, die der Reichstag beraten konnte, den er auch vorsichtig erweitern durfte, aber nicht ändern.

Entsprechend dem Kompetenzkatalog konnte die nationalliberale Partei Freiheiten aushandeln, wenn sie mit anderen liberalen und konservativen Parteien ins Einverständnis kam. Das war genau das, was Hermann Baumgarten in seiner einflußreichen Schrift zur Selbstkritik des Liberalismus empfahl.¹⁸ Dementspre-

17 Siehe V. HENTSCHEL, 1975, S. 142–147, der Abschnitt das „Braunschweiger ‚volkswirtschaftliche Vorparlament‘ am 4. August“. Die Tagung war als Beratung der Volkswirtschaftler, des Handelstages, des Abgeordnetentages und des Nationalvereins gedacht, vermutlich als propreußische Kundgebung, weshalb der Abgeordnetentag fernblieb. Nach dem Sieg der Preußen beriet er über den Katalog der Kompetenzen, die Preußen für ein reformiertes Bundesparlament vorgeschlagen hatte. Sie wurden bestätigt und gingen auf den norddeutschen Reichstag über. Die Bedingungen für den zu erpressenden Eintritt der süddeutschen Staaten war harsch, aber nicht so harsch wie der Hannoveraner Grumbrecht sie haben wollte. Treitschke fand es überhaupt unpassend, daß die Tagung in Braunschweig und nicht in Berlin stattfand (H. v. TREITSCHKE, *Die Zukunft*, 1897, S. 147). Bennigsen berichtet, daß die Ausschußsitzung am nächsten Tag nach Berlin verlegt wurde: „man mußte jetzt dem Willen des Siegers folgen“. Siehe auch *Wochen-Blatt* Nr. 69 v. 13. 9. 1866, S. 541 f. (Zollvereinsfragen). V. BÖHMERT, 1866, S. 269–304.

18 H. BAUMGARTEN, *Historische und politische Aufsätze*, 1894, S. 76–216. Sein Ausgangspunkt, daß der Bürger zur Arbeit geschaffen sei und die Staatsmänner zum Herrschen (S. 96), Die Altliberalen haben bewiesen, daß sie zum Herrschen taugen (S. 200) im Gegensatz zum bürgerlichen Liberalismus. Der Liberalismus wird regierungsfähig werden, wenn er die Grenzen seiner Macht erkennt (ex definitione: Wirtschaftsmacht), woraus ein erschreckender Wechsel liberaler und konservativer Regierungen folgt (S. 214). Der Adel muß

chend handelte die Nationalliberale Fraktion, zog die Freikonservative Partei heran und erreichte eine Fülle von Freiheiten, die die Modernisierung des Wirtschaftslebens vorwärts trieben, das Gemeinschaftsleben erleichterten, die Politik aber bewußt der Regierung überließen. Wer wie Karl Marx davon ausging, daß dieser Modernisierungsprozeß geschichtsnotwendig sei, wie er soeben in seinem „Kapital“ dargelegt hatte, konnte diese Entwicklung nur dankend quittieren (ohne den Nationalliberalen deshalb dankbar zu sein). Sinn dieser Modernisierung war für Marx die Kapitalbildung, der Profit, die Ausbeutung und der daraus entstehende Klassenkampf von Bürgertum und Arbeiterschaft. Mit unterschiedlicher Setzung der Akzente ist das der allgemein anerkannte Trend, der die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes entsprach. Daraus ergäbe sich, daß die Parlamentarier, die sich seit Jahren als die Vertreter des Bürgertums in ganz anderem Sinn sahen, nun, *ohne ihre soziale Struktur zu verändern*, zu Vertretern einer anderen Art von Bürgertum wurden, die die Zeitgenossen mit Vorliebe als Bourgeoisie kennzeichneten.

Als der Nationalverein daran ging, dem Bürgertum politisches Bewußtsein beizubringen, verstand er sich ganz ausgesprochen als Bürgertum im Gegensatz zur besitz- und profithungrigen Bourgeoisie, von der er meinte, daß sie eine spezifische Erscheinung der westlichen Staaten sei. Mit Bürgertum bezeichnete er in erster Linie die Städter mit Bildung und Besitz, und in zweiter Reihe deren ländlichen Widerpart, soweit er nicht adelig-feudal war.¹⁹ Diese Schicht wollte der Nationalverein anführen, an ihm sollten auch der Mittelstand, die Handwerker und selbst gehobene Arbeiter teilnehmen; am besten aber an den Hilfsorganisationen wie Turn- und Schützenvereinen, Bildungs- und anderen Kulturvereinen.

Standesbewußtsein wurde Handwerkern und Arbeitern zugestanden, nur sollte es nicht in Klassenbewußtsein ausarten, wie die Entwicklung im Maingau andeutete²⁰, wo Lassalle frühzeitig mit v. Schweitzer zusammenwirkte²¹, mit seiner Neuinterpretation des Begriffs „Arbeiter“ als besonderem Stand.

Die bürgerliche Losung von der Allgemeinheit der Arbeit sollte jeder Absonderung der Arbeiter entgegenwirken, aber Lassalles Vorstellung, daß nur die Darbenden und Ausgenutzten Arbeiter seien, hatte die Unterschichten der Ge-

auch regierungsfähig werden, um ein konstitutionelles Regime zu ermöglichen. Ein Oberhaus statt einem Herrenhaus wäre das Fazit (S. 215 f.). Es ist erstaunlich, wie wenig der Norddeutsche Bund dem Ideal Baumgartens entsprach und wie wenig von Selbstkritik zu spüren ist, die doch im Untertitel angekündigt ist.

19 Der Ausschuß des Nationalvereins, auf dessen Zusammensetzung es hauptsächlich ankommt, enthielt immer einen adligen Gutsbesitzer, nämlich v. Bennigsen, der eine Sonderstellung einnahm. Gewählt wurde häufig Cetto aus St. Wendel, der Gutsbesitzer und Fabrikant war, seiner Herkunft nach aus dem rein bürgerlichen Mosel-Saargebiet. Sonst wurden nur Bürgerliche gewählt. Zum Ausgleich wurden immer Gutsbesitzer *kooptiert*, wie v. Hoverbeck, der adelig, aber radikaler Demokrat war.

20 Die Opposition im Maingau machte sich anläßlich der Flottenaktion im Jahre 1861 und bei der Organisierung der Arbeiterexpedition 1862 bemerkbar, also noch bevor sich die sorgeerregenden Auswirkungen dieser Expedition bemerkbar machten. Siehe SH. NA'AMAN, Die Konstituierung, 1974, S. 25–29.

21 Der Sieg über Sonnemanns Arbeitervereine war die Voraussetzung dafür, daß Lassalle an die Gründung des ADAV gehen konnte. Außer seiner Organisations- und Überredungskraft, ist dieser Erfolg den Turnern zuzuschreiben, die v. Schweitzer organisiert hatte und Bernhard Becker übernahm. Siehe SH. NA'AMAN, Lassalle, 1970, S. 641–650.

sellschaft beeindruckt, und so konnte der Nationalverein die Bildung einer unheilverkündenden Arbeiterbewegung nicht verhindern.²² Die Arbeiter des ADAV gingen ihm sogleich verloren. Im VDAV wurde das bürgerliche Bewußtsein durch die Propagierung der Grundrechte und des Wahlrechts zunächst gestärkt, aber wegen der Spannungen und Spaltungen kam das der volksparteilichen Richtung zugute, ohne daß die Leitung des Nationalvereins dagegen aufzutreten wagte. Da kam ihr nun der preußische Vorschlag zu Hilfe, das demokratische Wahlrecht zur Reform des Deutschen Bundes einzusetzen: Das demokratische Wahlrecht mit Hinweis auf die Reichsverfassung und ihre Grundrechte ließ sich nun auch mit der preußischen Spitze verbinden. Es bildete sich auch ein nationalliberaler Flügel im VDAV, der erst 1868 abgestoßen wurde.

Im Norddeutschen Bund entpuppte sich das allgemeine Wahlrecht als Mittel zur Abstumpfung des politischen Machtwillens des Bürgertums, wie er zur Zeit des preußischen Verfassungskonfliktes noch bestanden hatte: Das ganze Volk sollte zwar nach Köpfen abstimmen, aber seine Abgeordneten sollten die Politik der Regierung überlassen und sich nur um Wirtschafts- und Gesellschaftsfragen kümmern. Modern ausgedrückt würde das heißen, daß der durch die Regierung garantierte Wirtschaftsraum durch die passenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen wie Freihandel, Freizügigkeit und freies Niederlassungsrecht der kapitalistischen Entwicklung genauso erschlossen würde wie im zeitgenössischen Frankreich. Das wäre der Inhalt der Losung „durch Einheit zur Freiheit“.

Den einheitlichen großen Wirtschaftsraum in Frankreich bezeichnete man in Deutschland als „französischen Zentralismus“ und das Regierungssystem, das dort den einheitlichen Wirtschaftsraum garantierte, erst als Despotismus und dann als „Bonapartismus“; das entpolitisierte Wirtschaftsbürgertum – als „Bourgeoisie“. Von alledem war Deutschland angeblich frei, besonders wurde das Bestehen einer Bourgeoisie abgestritten. Daran war richtig, daß sich das als „Bourgeoisie“ apostrophierte Wirtschaftsbürgertum nur wenig am Nationalverein beteiligte. Für dieses waren die Handelskammern wichtig, durch die man Regierung und Bürokratie erreichen konnte. Gesellschaftlich paßten ihr die konservativen Parteien am besten.²³

Nun kam Bismarck mit seinem Kompetenzkatalog, der vollkommen dem angeblich französischen System entsprach: die Herrschaft über den großen Wirtschaftsraum der Regierung mit Bürokratie und Armee; die Schaffung der Bedingungen für die Wirtschaft – dem Parlament. Die Parlamentarier des Bürgertums waren berechtigt für die Interessen der Bourgeoisie zu wirken (die man nun „Großbürgertum“ nannte) und für ihre Unterschicht, die die Franzosen als „petite Bourgeoisie“ bezeichneten, und die Deutschen als – Kleinbürgertum. Das Bürgertum von Bildung und Besitz wirkte im norddeutschen Reichstag

22 Lassalles Elendsstatistik, GRS III, S. 77–81, endet mit dem Ausruf: „Ihre, der ärmeren Klassen große Assoziation – das ist der Staat.“ Da Lassalle dargelegt hatte, daß 96 % der Bevölkerung darbt, hatte er einen Begriff von „Volk“ geprägt, der dem des Nationalvereins entgegengesetzt war.

23 Eindrucksvoll dargestellt in F. ZUNKEL, 1962, S. 205–222.

bewußt für diejenigen Freiheitsrechte, die besonders dem Großbürgertum zugute kamen, schon deshalb, weil sie in der Wirtschaftsmacht die Macht sahen, die immer ein wichtiger Teil ihres Nationalismus gewesen war, aber deshalb war sie doch keine „Vertretung“ des Großbürgertums. Wenn Bennigsen am 27. Januar 1867 infolge des neuen demokratischen Wahlrechts bei den Arbeitern von Egestorff in Linden bei Hannover warb²⁴, so hat er inhaltlich im Sinn des Bürgertums alten Stils gewirkt, aber der Fabrikbesitzer hat ihm die Arbeiter versammelt: Man kann hier von dem Übergang zu einer neuartigen Verbindung von Besitz und Bildung sprechen, aber die Behauptung einer Klassenvertretung des Großbürgertums durch die nationalliberale Partei wäre vergrößernd und verfrüht: die Partei eines Großbürgertums war im Jahre 1867 noch unfertig. Es gab Anzeichen für ihre Entwicklung, wie die immer enger werdende Zusammenarbeit der nationalliberalen Partei mit den sog. Altliberalen und dem „linken“ Flügel der Konservativen beweist, die sich zur Fraktion der Freikonservativen zusammenschlossen, beides Gruppierungen, die namhafte Industrielle unterstützten. Die Tatsache, daß die beiden Fraktionsführer, v. Bennigsen und der Herzog von Ujest (als Führer der Freikonservativen) zu Vizepräsidenten des Reichstags gewählt wurden, weist in die gleiche Richtung. Die erneute öffentliche Aktivität von Miquèl gehört auch dazu: in der letzten Zeit des Bestehens des Nationalvereins, hatte er sich zurückgehalten (wir dürfen seine Trennung Schleswigs von Holstein nach dem Vertrag von Bad Gastein nicht vergessen!); jetzt war er aktiv in der von Bismarck beabsichtigten Richtung des Verzichts auf die politischen Rechte zugunsten der wirtschaftlichen²⁵, aber solange es neben ihm noch Forckenbeck und Fries gab, gar nicht zu reden von Abgeordneten wie Lasker und Twesten, die zwar nicht vom Nationalverein kamen, aber den preußischen Verfassungskampf für politische Bürgerrechte mitgeführt hatten, konnte sich der neue Trend zu einer Partei des Großbürgertums nicht voll durchsetzen. Auch die Sozialstruktur ihrer Parlamentarier änderte sich nicht grundsätzlich, auch als im neuen Reich Leute wie der Industrielle Strousberg und die Bankiers Rothschild und Bamberger in das Parlament eintraten. Erst das beabsichtigte Abstoßen des linken Flügels der nationalliberalen Partei ein Jahrzehnt später, um eine Partei der kapitalistischen Interessenvertretung zu schaffen, hat den Trend klar gemacht. Daß die nationalliberale Partei im norddeutschen Reichstag die kapitalistische Entwicklung gefördert hat, ist richtig; daß sie eine Interessenvertretung der Bourgeoisie war, ist vorzeitig; daß sie der Zusammensetzung ihrer Fraktion entsprechend als Partei des Großbürgertums zu kennzeichnen ist, ist unwahr. Sie, die Fortschrittspartei in Preußen und die verschiedenen Volksparteien waren ähnlich zusammengesetzt; die Unterschiede sind wegen der kleinen Zahlen statistisch nicht erfaßbar. Will man die Entwicklungs-

24 W. SCHULTZE/F. TIMME (Hrsg.), Rudolf Bennigsens Reden, Bd. 1, 1911, S. 180 f.

25 Rede Miquèls im norddeutschen Reichstag v. 9. 3. 1867, die den Satz enthält: „Wir sind entschlossen, jedes Opfer, selbst der Freiheit, für den Augenblick zu bringen, welches wahrhaft nötig und wirklich notwendig ist für die Gründung des Bundestages.“ Rede über den norddeutschen Verfassungsentwurf, W. SCHULTZE/F. TIMME, Johannes von Miquèls Reden, Bd. I, 1911, S. 209–218. Karl Marx, der um diese Zeit in Deutschland anläßlich des Druckes seines „Kapitals“ war, zog aus dieser Rede seines ehemaligen Vertrauten den Schluß, daß seine Karriere in Preußen aus war. Siehe MEW 31, S. 298 f., Brief an Engels v. 7. 5. 1867.

tendenz charakterisieren, also die der Nationalliberalen als großbürgerlich und die der Fortschritts- und Volksparteien als kleinbürgerlich, geht das an, aber nur wenn man die zukünftige Entwicklung im Auge hat.

Die Frage wird wichtig, wenn es um Prozesse innerhalb der zeitgenössischen Arbeiterbewegung geht: Sie hatte als Teil des Bürgertums im vorkapitalistischen Sinn angefangen, war dabei nicht stehengeblieben, aber wie alle Teile des Bürgertums war auch sie noch unfertig. Als Wilhelm Liebknecht im Herbst 1867 in den Reichstag infolge einer Nachwahl kam, trat er als Vertreter der halbbürgerlichen *sächsischen Volkspartei* ein. Er hat die Unfertigkeit aller Parteien einschließlich der Arbeiterparteien, in einem Brief an Engels charakterisiert.²⁶ Bei der Rückgabe dieses Schreibens hat Marx dabei seine eigene Auffassung der nationalliberalen Partei unterstellt, indem er von Liebknecht meint, er habe „richtig heraus gewittert, daß die wirkliche Bourgeoisie den Kern der National-liberalen bildet“²⁷, was seiner Auffassung entspricht, die im „Kern“ nicht Personen, sondern Klasseninteressen sieht, aber auch Liebknecht gerecht wird, der in den Nationalliberalen das einflußreiche Bürgertum im Dienst Bismarcks erkennt, deren eigentlicher Kern die Bourgeoisie ist. Gegen sie sucht er Bundesgenossen im linken Bürgertum. „Es kam mir schwer an, aber die traurige Schwäche und Hilflosigkeit der Arbeiter in Preußen läßt mir keine andere Wahl.“²⁸ Er braucht das Kleinbürgertum und die Handwerker. Liebknecht wurde zwar vor allem von Arbeitern gewählt, war aber Abgeordneter der Volkspartei im Reichstag. Ihm wird die Zwitterposition der bürgerlichen Parteien klar: Sie sind Vertreter des einen umfassenden Bürgertums, dem auch die Handwerker und Arbeiter sich zurechnen, und dem kann sich auch ein Marx-Schüler nicht entziehen, nur entwickeln sich die Nationalliberalen zu einer für Deutschland neuen Schicht des Großbürgertums. Wäre Liebknecht bereit gewesen, den ADAV als Arbeiterpartei anzuerkennen, hätte er der Bourgeoisie eine Arbeiterpartei entgegenstellen können, aber das Dogma, daß der ADAV eine „Sekte“ sei und deshalb nie eine Partei darstellen könne, gehörte zur „Partei Marx“.²⁹ Die Unfertigkeit kennzeichnet den Charakter aller Parteien mit der einen Ausnahme des ADAV, der wiederum zahlenmäßig klein war und deshalb nicht als wirkliche Partei angesehen wurde, obwohl sein Führer v. Schweitzer als Vertreter der Arbeiterpartei im Reichstag auftrat, und nicht wie Bebel und Liebknecht unter der Firma einer Volkspartei.

Ein Beispiel mag genügen, die Unfertigkeit der Nationalliberalen Partei als Interessenpartei der Bourgeoisie aufzuzeigen. Es handelt sich um die Judenemanzipation, die Moritz Wiggers vertrat und die noch im Jahre 1869 Gesetz wurde.³⁰ Es handelt sich nicht um jene aufsehenerregende Debatten, die die Judenemanzipation zu einem wichtigen Kapitel der Französischen Revolutions-

26 Brief von Liebknecht an Engels, 11. 12. 1867, G. ECKERT, Wilhelm Liebknecht: Briefwechsel mit Marx und Engels, 1963, S. 82–87.

27 Marx an Engels, 17. 12. 1867, MEW 31, S. 412.

28 Liebknecht an Engels (wie Anm. 26), S. 84.

29 Darauf beruhte der Aufsatz von Engels „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei“, der obwohl für den Social-Demokrat des ADAV bestimmt, diesen nie als Arbeiterpartei erwähnt. Siehe MEW 16, S. 37–78.

30 Siehe J. TOURY, Soziale und politische Geschichte, 1977, S. 334–361.

geschichte machten, sondern um einen unscheinbaren Paragraphen, der kurz und prägnant die Gleichberechtigung aller Konfessionen aussprach.³¹ Die Unscheinbarkeit rührt davon her, daß die Gleichberechtigung der Juden in den verschiedenen Bundesstaaten zum großen Teil schon Wirklichkeit war; die Wichtigkeit bestand darin, daß der Rest der rechtlichen Beschränkungen von dem Dogma des „christlichen Staates“ abhing, das auch in Preußen wirksam war. Daher waren z.B. jüdische Rekruten gezwungen, ihren Eid „more Judaico“ in der Synagoge vor dem Rabbiner abzulegen.³² Petitionen gegen bestehende Beschränkungen wurden meist unberücksichtigt gelassen. Es konnten noch Jahre vergehen, bevor in den Einzelstaaten die volle Gleichberechtigung zustanden würde, wenn nicht, wie man damals so schön sagte, „unvorhergesehene Ereignisse“ eintreten würden. Moritz Wiggers, der keinerlei Beziehungen zu Juden hatte, brachte seinen Antrag gegen den Protest seines Heimatstaates Mecklenburg ein, der in der Beratung konfessioneller Gleichberechtigung eine unberechtigte Kompetenzerweiterung des Reichstages sah, aber genau darum ging es Wiggers. Er wollte beweisen, daß Reichsrecht vor Recht der Einzelstaaten ging, und das ist ihm gelungen, denn die Bürokraten der Einzelstaaten waren froh, durch ein Reichsgesetz gezwungen zu werden, Gesetze aufzuheben, die sie beseitigt sehen wollten, aber nicht wußten wie. Wiggers hat die Kompetenzen des Reichstages erweitert und durch Übernahme des Wortlautes der Grundrechte die Reichsverfassung von 1849 ins Gedächtnis gerufen. Wiggers tat das, wie er im Jahre 1865 zur Zeit des Nationalvereins, gegen die Rechtsbeugung in Mecklenburg angekämpft hatte.³³ Damals handelte er als Vertreter der Idee des bürgerlichen Rechtsstaates; jetzt war er nationalliberal. Handelte er im „Auftrag“ der Bourgeoisie? Es stimmt, die Juden haben seitdem aus Dankbarkeit die Nationalliberalen bei den Wahlen bevorzugt, aber hat das bei Wiggers eine Rolle gespielt? Hinweise gibt es dafür nicht. Die Juden haben ihn auch nicht um sein Eingreifen gebeten, sondern sich auf ihre Sonderstaaten – und wie gesehen, vergeblich – verlassen. Das war die typische Handlung eines politisch denkenden Liberalen, die der Unfertigkeit der nationalliberalen Partei als Klassenvertretung entsprang. Als sich die Nationalliberalen später wirklich aus der Partei der nationalen Bürger zur Interessenpartei der Bourgeoisie entwickelt hatten, waren sie antisemitisch und verzichteten auf jüdische Wähler.

Als Sammlungspartei liberaler Bürger einer Übergangszeit hat sich die nationalliberale Partei auch in den Jahren 1867 bis 1870 bewährt, als sie sich bemühte, Kontakte mit Bruderparteien derjenigen Staaten aufzunehmen, die vom Norddeutschen Bund ausgeschlossen waren. Sammlungspartei bedeutet für die erste Phase, Sammlung derjenigen Elemente, mit denen der ehemalige Nationalverein die Beziehungen hergestellt hatte, und erst in der zweiten, späteren Phase (vor allem im Kaiserreich) Zusammenarbeit mit Parlamentariern der Rechten,

31 Text, ebd., S. 346 im Vergleich mit dem Entwurf des Justizausschusses.

32 Ebd., S. 335.

33 Siehe VERHANDLUNGEN VI, 1865, S. 25–28. Es handelt sich um Verfolgungen und Rechtsbeugungen der Rostocker Behörden, die einen umfangreichen Niederschlag sowohl in der Wochenschrift des Nationalvereins wie in der Coburger Arbeiterzeitung fanden, und die an das agitatorische Echo der Verfolgungen in den beiden Hessen erinnern. Die Ausschlußresolutionen in zwei Teilen, Kritik des Rechtsbruches und Entschädigungen, ebd., S. 25 f.

die aus konservativen und kirchlichen Gruppierungen kamen. Uns haben die Liberalen aus dem Nationalverein zu interessieren, die sich zu den sog. „Fortschrittsparteien“ analog der Deutschen Fortschrittspartei in Preußen zusammengetan hatten, oft auch direkt nach deren Vorbild.

Zur Orientierung sei daran erinnert, daß die Trennung der national-liberalen von den linksliberalen Mitgliedern der Fortschrittsfraktion im preußischen Landtag nur zögernd erfolgte, daß besonders die Nationalliberalen immer wieder betonten, daß auch sie dem alten Parteiprogramm von 1861 anhängen und Reformen im liberalen Sinn verlangten und auch zu gemeinsamer Wahlpropaganda bereit waren.³⁴

Im Bereich von Süddeutschland war eine Politik der Sammlung durch das Bestehen einer volksparteilichen Richtung in den Einzelstaaten erschwert, die überall bemerkbar war, auch wenn eine umfassende Volkspartei nicht zustande gekommen war, aber immer konnten die Nationalliberalen hoffen, alle Liberalen zu erfassen, wie zum Beispiel die schwankende Haltung von Carl Crämer zeigte, der aus dem Nationalverein und der bayerischen Fortschrittspartei 1865 ausgeschieden war, um sich ihr im Jahre 1866 wieder anzuschließen. Am erfolgreichsten haben die Hessen-Darmstädter ihre Landespartei ausgebaut und im neuen Reich als Sammlungspartei erhalten: Sie war zwar nationalliberal, aber doch umfassend.³⁵ Die württemberger Rechtsliberalen haben den Namen der Fortschrittspartei aufgegeben und als programmatischen Parteinamen sich den Namen Deutsche Partei gegeben, obwohl auch sie behaupteten, daß sie das innenpolitische Programm der alten Fortschrittspartei weiterführen würden, aber gegen die gut verwurzelte Volkspartei konnten sie nicht ankommen, bis der Krieg mit Frankreich ihnen zu Hilfe kam. Ihre enge Mitarbeit mit der Gruppe, die sich offiziell als liberal-konservativ bezeichnete und einer Gruppe, die parteipolitisch als „pietistisch“ gekennzeichnet wird, läßt den anderen Trend erkennen, den wir als Sammlungsbewegung nach rechts kennzeichnen dürfen.³⁶

Baden hat die Neigung, den Nationalliberalismus als umfassende Bewegung des liberalen Bürgertums aufzubauen. Eckardts frühzeitige Bemühungen um eine demokratische Volkspartei haben als Reaktion eine Rechtsentwicklung ausgelöst. Die Agitation der Badener gegen das gleiche Wahlrecht im VDAV, wie

34 L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 78–80 (Die Erklärung der 24 preußischen Abgeordneten, die die Gruppe der neuen nationalen Fraktion bildeten): „Die Wachsamkeit über die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes [...] hat die ganze entschieden liberale Partei [...] stets einig gefunden [...] Dasselbe Band wird auch in Zukunft ihr gemeinsames Merkmal bleiben“ (ebd., S. 79). Derselbe Geist der Zusammenarbeit in dem Aufruf des Zentralwahlkomitees, ebd., S. 81 f.

35 D. S. WHITE, 1976, besonders Kap. 2, S. 23–50. „Splintered Party“ – paßt wegen der geographischen Spaltung und der politischen: Oberhessen mit Gießen gehörte zum Norddeutschen Bund; Rheinhessen (Mainz) und Starkenburg (Darmstadt, Offenbach) – nicht. Die Geschichte des Nationalvereins in Hessen zeigt die politische Spaltung, symbolisiert durch Metz, Bamberger, Pirazzi und Lachmann an. Das Bestehen einer Volkspartei und katholischen Bewegung (Mainz-Ketteler) förderte den Charakter einer Sammlungspartei; für die Bildung einer Klassenvertretung war der Boden wegen der regionalen Vielfalt denkbar ungünstig.

36 D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 378–409.

sie die rechtsliberale Führung im Jahre 1865 anführte³⁷, ist das passende Indiz. Baumgartens Selbstkritik des Liberalismus ist der literarische Niederschlag der bewußt nach rechts weisenden Tendenz. Die Fortschrittspartei in Baden war der übliche Name der liberalen Fraktion im Landtag; im Jahre 1869 ging aus ihr die nationalliberale Partei hervor.³⁸ Sie war aus örtlichen Vereinen zusammengesetzt, wie es die Volkspartei beabsichtigt hatte. Die Statuten erinnern an den Nationalverein, besonders in den regelmäßigen Mitgliedsbeiträgen und der Betonung der Agitation.³⁹ Im gemischt konfessionellen Baden fing noch vor Sedan der Kulturkampf um Kirche und Schule an, bei dem die nationalliberale Partei im Namen des Bildungsbürgertums den Ton angab. Das Interesse bei den Zollvereinswahlen galt weniger den Zöllen als der Möglichkeit, das Zollparlament zum nationalen Vollparlament auszubauen, womit sie allerdings keinen Erfolg hatten. Die nationalliberale Partei Badens, die auch die Regierung beherrschte, war die Musterpartei für das Ideal der kleindeutschen Einigung. Sie war mehr eine Bürgerpartei als eine Partei der Bourgeoisie.

Als Sammlungsbewegung des nationalen Bürgertums hat sich auch die bayerische Fortschrittspartei verstanden und dementsprechend gehandelt.⁴⁰ Ihr entspricht die Haltung einer Partei im zweitgrößten Staat, die in ihm angehört und beachtet werden wollte: Ihre Schwierigkeiten sind die aller nationalen Parteien in den süddeutschen Staaten, nur vergrößert entsprechend dem Ausmaß des Staates, in dem sie wirken wollte.

Es fällt auf, daß der Ton der „Wochenschrift“ dieser Partei immer so anders war als der Ton ihrer Namensschwester vom gleichzeitigen Nationalverein, obwohl derselbe Brater die Schlüsselfigur beim Nationalverein wie bei der bayerischen Volkspartei war. Der sogenannte „Erlanger Kreis“, der die Partei wie auch deren Zeitung trug, war, wie sein Geschichtsschreiber richtig sagt, fränkisch, protestantisch und kleindeutsch, aber er wollte in München wirken und hatte auf den spezifisch bayerischen Patriotismus Rücksicht zu nehmen. Im Südbund sollte Bayern nach preußischen Vorschlägen die Rolle des ausscheidenden Österreichs übernehmen, und der Südbund war rechtlich international anerkannt. Also selbst wenn das letzte Ziel die Eingliederung Bayerns in den Nordbund Deutschlands war, mußte man nicht nur mit großdeutschen Hindernissen rechnen, sondern auch mit Umwegen, die sich aus der preußischen Politik ergaben.⁴¹ Gegenüber dem bayerischen Partikularismus konnte die bayeri-

37 Der Gauverband Baden hatte sich auf dem 3. Vereinstag (Stuttgart) dem Antrag widersetzt, der die Arbeitervereine zur Agitation auf das demokratische Wahlrecht verpflichtete. Um deren Gegnerschaft zu entgehen und Bedenken wegen des Vereinsgesetzes zu zerstreuen, wurde beschlossen, die Arbeiter als Privatpersonen zu verpflichten. Die Agitation Langes für ein zensurfrees kommunales Wahlrecht, regte dann Staudinger zu einem empfehlenden Zirkular an (ADAZ Nr. 57 v. 31. 12., S. 880), worauf dann die Badischen Vereine außer Mannheim eine große Gegenaktion entfalteten. Siehe dazu zusammenfassend DER BOTE VOM NIEDERRHEIN Nr. 7 v. 17. 1. 1866, Rubrik *Soziales*.

38 Siehe H. FENSKE, *Der liberale Südwesten*, 1981, S. 126–131; L. GALL, *Liberalismus*, 1978, S. 376–475. Über die Organisationsprinzipien der nationalliberalen Partei in Baden G. EISFELD, 1969, S. 143–147.

39 G. EISFELD, 1969, S. 145.

40 Ebd., S. 125–135; Th. SCHIEDER, *Die kleindeutsche Partei*, 1936, S. 140–233.

41 Das Ministerium Hohenlohe bedeutete für die kleindeutsche Partei eine Neue Ära, aber doch zugleich die Gefahr einer spezifisch bayerischen Vormachtspolitik. Wenn diese sich

sche Fortschrittspartei mit einem Abkommen Bismarcks mit Napoleon III. drohen, im Falle einer Allianz Bayerns mit Österreich, die Rheinpfalz an Frankreich abzutreten, aber selbst wenn man statt vom Südbund von Kleindeutschland sprach, mußte die Gleichstellung Bayerns mit Preußen im Reich garantiert sein und zugleich die Erhaltung seiner staatlichen Autonomie. Von einem einfachen Anschluß an den Nordbund konnte man in Bayern nicht sprechen.

Als die Vertreter der Parteien mit nationalliberaler Tendenz im Süden am 14. Oktober 1866 in Stuttgart zusammenkamen, waren die Hoffnungen auf eine baldige kleindeutsche Lösung in jeder Form schon sehr herabgesetzt und man klammerte sich nur noch an die Militärverträge, bei deren Zustandekommen die nationalen Parteien keinen Anteil hatten, weil sie als rein diplomatische Abkommen zustande gekommen waren. Auch auf den Zollverein konnten sie keinen Einfluß ausüben, weil dazu Massendruck nötig war und niemand Brater unterstützte, Massenagitation für die noch unausgeführten Ziele des Nationalvereins wenigstens im Süden zu beginnen und deshalb auch seine Organisation fortzuführen.⁴² Dem zuwider beantragten die badischen Nationalliberalen, sich auf Agitation in den Parlamenten zu beschränken: Auch in Bayern sollten die Nationalliberalen den sofortigen Eintritt in den Norddeutschen Bund fordern. Das wiederum konnte nicht mehr als eine leere Demonstration sein, weil der Nordbund, der auf dem absoluten Übergewicht Preußens aufgebaut war, Bayern nicht integrieren konnte und wollte. Weil man das Experiment mit einer Föderation von Dynastien noch nicht erprobt hatte, mußte man vorsichtig sein und sich wohlweislich auf die kleinsten der Kleinstaaten beschränken. Ein Blick auf die politische Landkarte genügt, den Vorschlag abzutun, selbst ohne die Reaktion Frankreichs in Rechnung zu stellen, demgegenüber Bismarck sich verpflichtet hatte, die Mainlinie nicht zu überschreiten.

Die Anhänglichkeit der protestantischen Pfälzer, Franken und Schwaben an das katholische Bayern war so „natürlich“ wie die der Rheinländer an die Hohenzollern, aber hier wie dort hatte das parlamentarische Leben im Laufe der Zeit eine Gemeinsamkeit der Interessen hervorgebracht, die ein Wirken entgegen dem Staatsinteresse unmöglich machte – auch für die Opposition. Ein Glück für die kleindeutsche Partei in Bayern war das Entgegenkommen der neuen Staatsregierung des v. Hohenlohe, mit dem sich zusammenarbeiten ließ. Die Durchführung der Heeresorganisation nach preußischem Vorbild und die Umgestaltung des Zollvereins waren nicht nur „die ersten Klammern zwischen Nord und Süd“, wie Schieder bemerkt, sondern auch feste Klammern des bayerischen Staatsinteresses mit der parlamentarischen Opposition. Das reorganisierte Heer und das emporblühende Wirtschaftsleben würden nicht nur der Einheit nützen, sondern auch dem bayerischen Staat. Gab es da nicht eine Möglichkeit für einen engeren Bund bis zur Mainlinie und einen weiteren, den der Zollverein bilden würde? Oder anders herum: war es für das preußische Denken Bismarcks unpassend, an einen großpreußischen Einheitsstaat bis zum Main und einen kleindeutschen Staatenbund mit einem Bündnisverhältnis zu dem

auch preußischer Begünstigung erfreute, bedeutete sie keineswegs eine Orientierung auf Norddeutschland.

42 Th. SCHIEDER, Die kleindeutsche Partei, 1936, S. 147.

neuausbalancierten Österreich zu denken? Am 19. März 1867 gab die norddeutsche Regierung das Schutz- und Trutzbündnis Bayerns mit Preußen bekannt, das am 22. August des vorhergegangenen Jahres abgeschlossen worden war, und setzte den Spekulationen ein Ende, denn nach ihm konnte Bayern den *casus foederis* bestimmen. Das Datum wie der Inhalt wiesen nicht auf die Absicht hin, Bayern in einen Bundesstaat einzubeziehen, sondern eher darauf, die Unabhängigkeit Bayerns zu bekräftigen.

Als am 3. und 4. August 1867 die nationalliberalen Abgeordneten der süddeutschen Staaten sich wiederum in Stuttgart trafen, wurde dementsprechend die Anschlußfrage umgangen⁴³, und von Brater, wie zur Zeit des Nationalvereins, Bismarcks Wohlverhalten in der inneren Politik Preußens zum Maßstab für die Haltung der bayerischen Fortschrittspartei ihr gegenüber erklärt. Jetzt ergeht seitens von Hohenlohe die Absage an die Pläne, Bayern zur Vormacht des „Trias“ der drei Südmächte zu machen, er spricht aber offen von Plänen, statt der bundesstaatlichen Einigung ein staatenbündisches Vertragsverhältnis mit dem Nordbund einzugehen. Wie 1863 der Nationalverein zu den österreichischen Vorschlägen zur Bundesreform, verhielt sich die nationale Partei in Bayern zu dieser Abschlagszahlung „nicht völlig ablehnend“. Die vollständige Einheit von Kleindeutschland konnte ebenso gut „Ideologie“ bleiben wie Wirklichkeit; viel hing dabei von Bismarck ab, und dessen Stellung schien nicht vielversprechend. Besonders trat er gegen die Vorstellung auf, das im Jahre 1868 zur ersten Sitzung zusammentretende Zollparlament zum Vollparlament auszubauen. Dazu kam die Niederlage der Deutschen Partei in Württemberg bei der Wahl zum Zollparlament und die Tatsache, daß von 85 Abgeordneten der Südstaaten nicht viel mehr als ein Drittel zur nationalen Partei gerechnet werden konnten. Diese als Fraktion „zur Mainbrücke“ zu benennen hatte nur Demonstrationswert.⁴⁴ Dagegen war es bedeutsam, daß die bayerische Fortschrittspartei nicht bereit war, im September 1869 an einer Besprechung der süddeutschen Parteien teilzunehmen, weil sie sich nicht wie diese, einseitig auf die nationalliberale Partei festlegen wollte, sondern die freie Wahl zwischen der preußischen Fortschrittspartei und der norddeutschen nationalliberalen Partei bevorzugte, sie also an der Tradition des Meinungsausgleichs wie ehemals im Nationalverein festhielt. Deshalb hielt sie sich von der Tagung der Badener und Württemberger im Jahr 1870 fern⁴⁵, auf der die Grundlage zu Laskers Vorstoß gelegt wurde, im norddeutschen Reichstag die Aufnahme Badens zu betreiben, der, wie bekannt, den Zorn Bismarcks hervorrief.

43 Ebd., S. 154. Der Unterschied in der Haltung zum Nordbund bei den Bayern und Württembergern ist auffallend. Die Bayern erwägen den einfachen Eintritt überhaupt nicht; die Württemberger möchten, aber warum? Um der Reichseinigung willen, oder um dem hegemonialen Nachbarn zu entgehen? Die Badener wollten in den Nordbund, um Schutz gegen Frankreich zu finden – nicht auch um der bayerischen Umklammerung zu entgehen?

44 Ebd., S. 237. Die Tatsache, daß die Deutsche Partei in Württemberg keinen einzigen Kandidaten bei den Wahlen zum Zollparlament hatte durchbringen können und die bayerische Fortschrittspartei zwischen der preußischen Fortschrittspartei und der Nationalliberalen Reichstagsfraktion eine neutrale Haltung einnahm, machte diesen Namen nur für die Mainstaaten Baden und Hessen sinnvoll.

45 Ebd., S. 238.

Die nationalliberalen Parteien in den vier Südmain-Staaten trugen nicht nur unterschiedliche Namen, sondern hatten außer dem Endziel der Einheit auch unterschiedliche Vorstellungen von dem realen Maß der Einheit, das in der Zwischenzeit wünschenswert war. Regionale Unterschiede wies extrem die nationalliberale Partei im Großherzogtum Hessen auf. Oberhessen, das zum Norddeutschen Bund gehörte, war industriell schwach entwickelt, vorindustriell-feudal und kleinbäuerlich. Es wählte konservativ und nationalliberal und leistete Preußen unter den Mitgliedern des Nordbundes den geringsten Widerstand. Südlich des Mains setzte der erprobte Werbeapostel des Nationalvereins, August Metz, die demokratische Tradition Hessens fort und unternahm es, die Kontinuität von Nationalverein und nationalliberaler Partei zu beweisen, wobei er gern volksparteiliche Töne anschlug, weswegen er bis Königgrätz als verkappter Volksparteiler galt. Die nationalliberale Partei in Rheinhessen kam der Vorstellung einer modernen Bourgeoisiepartei am nächsten. Die Schlüsselfigur ist hier Ludwig Bamberger. Er wirkte zusammen mit Metz, der im Zollparlament den Wahlkreis Bingen-Alzey vertrat, wo jahrelang der volksparteiliche Preetorius gewirkt hatte. Beide haben in Rheinhessen die Wirtschaftsideologie des neuen Reichs vertreten. Wie Metz in Alzey, hat auch Bamberger in Mainz seinen volksparteilichen Gegner – wenn auch knapp – geschlagen.⁴⁶ Mit Bamberger kam in den norddeutschen Reichstag der Mann, der das Finanzsystem des neuen Reichs auf kapitalistische Grundlagen stellte. Bonapartismus und Modernität hatte er in Paris, wo er als gerichtlich verfolgter Demokrat lebte, kennengelernt. Mit einer Biographie hatte er bei den Franzosen für Bismarck gewonnen.⁴⁷ Jetzt war er von Louis Bamberger zu Ludwig Bamberger umgewandelt und warb als erfolgreicher Bankier für Modernität. Sein Bruder Rudolf Bamberger, Bankier wie er, vertrat Bingen-Alzey nach Metz (1874). Mit diesen beiden und Karl Braun aus dem benachbarten Nassau⁴⁸ haben wir die wahren Vertreter des Großbürgertums vor uns, die der Partei des Bürgertums den Stempel der Bourgeoisie aufdrücken. In der Zeit, da der ehemals radikale Demokrat Kapp seine Rückkehr nach Deutschland plante und zu diesem Zweck Kontakte mit Streit aufnahm, kam er auch in Verbindung mit Bamberger, auf den er seine Bewunderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Modernisierung in Amerika und Deutschland übertrug.⁴⁹ Als alter Demokrat und zugleich als Propagandist für die wirtschaftliche Entwicklung Norddeutschlands hat wiederum Bamberger in Mainz mit Erfolg agitiert, man möchte sagen, als

46 D. S. WHITE, 1976, S. 23–50.

47 L. BAMBERGER, Politische Schriften, Bd. III, 1895, S. 337.

48 Karl Braun wird seit dem Abgeordnetentag v. 1. 10. 1865 in der ADAAZ nur als „Braun der Bär“, der den Reineke Fuchs spielt, angegeben. Er gehörte innerhalb der nationalliberalen Partei zum rechten Flügel, wie Gustav Freytag sofort feststellte (H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen II, 1910, S. 27).

49 L. BAMBERGER, Erinnerungen, 1899, S. 512 f. Kapp beteiligte sich mit Bamberger u. a. an den „Demokratischen Studien“. Über Monate lassen sich seine Beziehungen zu Ausschuß und Vorstand des Nationalvereins verfolgen. Er war wie Ludwig Löwe zum Inspektor der Organisation des Vereins bestimmt. Als Demokrat wäre er dem Streitkreis nahe gewesen. Aus seiner Korrespondenz (H. U. WEHLER, Friedrich Kapp, 1969) ergibt sich seine Bewunderung für das sich entwickelnde Amerika, damit gekoppelt seine Abscheu vor der Kleinstaaterei. Sein Lieblingsthema ist der Menschenhandel der deutschen Fürsten. Er dachte von Amerika aus, literarisch für die nationale Idee des Vereins zu werben.

linker Nationalliberaler, aber mit kapitalistischen Untertönen (im Gegensatz zu seinem Gesinnungsgenossen Eduard Lasker).

Als der Krieg mit Frankreich ausbrach, stellte er seine intime Kenntnis Frankreichs Bismarck zur Verfügung und hatte auch seine Hand bei der Annexion von Elsaß und Lothringen im Spiel, obwohl er noch im Jahre 1866 jede aggressive Haltung Norddeutschlands gegen seinen Nachbarn im Westen abgestritten hatte.⁵⁰ Jetzt wurde er Annexionist und persönlicher Berater Bismarcks: Er, mehr als andere, mußte wissen, welche Folgen ein Angriff auf Frankreich und dessen Verstümmelung haben würde, aber der Kapitalist löschte den Demokraten aus. Seine Feindschaft gegen die Arbeiterbewegung paßt ausgezeichnet dazu: als die nationalliberale Partei, die als nationale Sammlungsbewegung angefangen hatte, sich immer bewußter zur Klassenpartei des Großbürgertums entwickelte, brauchte sie sowohl den Klassengegner wie den ultramontanen Kulturfeind. Das Feindbild rundete sich später durch den Antisemitismus ab, unter dem Bamberger noch zu leiden hatte, obwohl er sich bei seiner Rückkehr nach Deutschland bewußt von jüdischen Angelegenheiten fernhielt. In der unfertigen Partei des Übergangs konnte ein Mann der Mauserung wie Bamberger seinen Platz finden und sogar eine Rolle spielen: er und Treitschke in einer Partei!

Die Schwierigkeit, in einer Situation des Übergangs den Weg des Einzelnen soziologisch zu bestimmen, zeigt Sonnemann auf. Demokrat, Bankier und Jude⁵¹ wie Bamberger, kam er aus dem benachbarten Frankfurt. Für lange Jahre war er der einzige Vertreter der Volkspartei im Reichstag. Er trat gegen den Krieg mit Frankreich auf und bekämpfte die Annexion von Elsaß und Lothringen auf das heftigste. Er hat sich der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung so weit genähert, als es einem Kapitalisten möglich war: die sogenannte „Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie“ war nicht sein Werk.⁵²

Die nach dem Parteiprinzip organisierte Mehrheit im Nationalverein hatte sich unvermittelt in der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses fortgesetzt, von dort aus sich für eine nationalliberale Fraktion im Norddeutschen Reichstage eingesetzt und in kontinuierlichen Anstrengungen eine nationalliberale Partei für Wahlen und Fraktionsbildung geschaffen. Der Kontakt, den sie mit den süddeutschen gesinnungsverwandten Parteien aufge-

50 In seinem Aufsatz „Alte Parteien und neue Zustände“. Nachdem er die Angst der Franzosen vor Deutschland lächerlich gemacht hat („Drüben steht der Preuß“ und fletscht die Zähne nach Elsaß, Lothringen, der Freigrafschaft Burgund, wer weiß nach was allem“), sagt er: „Sie wissen auch, daß alle Parteien in Norddeutschland mit Ausnahme der Freunde Österreichs ein Interesse am Frieden mit Frankreich haben.“ (L. BAMBERGER, Politische Schriften, Bd. III, 1895, S. 291–336. Zitate, S. 327.

51 Siehe K. GERTEIS, 1970.

52 Im Juni 1868 wandte Sonnemann sich an Johann Jacoby, bat ihn um Hilfe (dieser hatte geholfen, die „Zukunft“ aus der Taufe zu heben, das einzige Organ der Volkspartei im ostelbischen Preußen) und berichtete ihm von den Organisationsbestrebungen der Volkspartei nördlich des Main, die die Organisation im Süden ergänzen würden. Dabei kam den Arbeitervereinen südlich des Main und denjenigen ADAV-Gemeinden, die bereitwillig waren, die Hauptrolle zu. (Brief in G. MAYER, Die Trennung, 1969, S. 143 f.). Sonnemann war aber unter den Bürgerlichen der einzige, der so weit zu gehen bereit war; im Jahre 1865/66 war er so weit noch nicht: Wir müssen den Ausgang des Krieges 1866 in Rechnung stellen.

nommen hatte, genügte, um im Zollparlament eine gemeinsame nationale Fraktion zu bilden, aus der im neuen Reich eine relativ einheitliche Partei entstehen konnte. Demgegenüber kam die volksparteiliche Strömung im Nationalverein ins Hintertreffen, wenn sie nur nach dem Vereinsprinzip von Vereinen, Versammlungen und Landesausschüssen eine politische Willensbildung anstrebte. Sie kam regional, wie in Frankfurt, Sachsen und Württemberg, zum Ziel; dagegen gelang es ihr bis zum Kriegsausbruch im Jahre 1866 nicht, eine überregionale Organisation aufzubauen, obwohl es nicht an Bemühungen dazu fehlte. Die Massenversammlung im Mai 1866 zu Frankfurt konnte wohl ein Programm beschließen, aber keine Organisation schaffen. Das konnte Sonnemann auch nicht durch den VDAV durchführen, auch wenn er es mit großem Geschick versucht hat.⁵³ Wenn er seinen unfreiwilligen Aufenthalt in Stuttgart⁵⁴ dazu benutzt hat, die Führung der dortigen regionalen Volkspartei von der Notwendigkeit einer überregionalen Organisation zu überzeugen, so hat er alles getan, was er tun konnte. Der Zusammenschluß der süddeutschen Staaten zu einem Südbund, wie ihn die internationalen Abmachungen zwecks Herstellung des Friedens vorsahen, brauchte dringend eine Volkspartei, die entsprechend der Losung „durch Freiheit zur Einheit“ in allen südlichen Staaten auf der Basis eines gleichen Programms handeln würde. Eine Volkspartei, deren Struktur dem Freiheits- und Einheitsstreben entsprach, war geboten, aber nicht vorhanden. Solange sie fehlte, waren die Gegensätze zwischen den Südstaaten unüberbrückbar und der Südbund unausführbar: Die Partei kam nicht zustande und auch der Südbund nicht. Eine Zusammenkunft demokratischer Honoratioren am 11. November 1866 aus den Südstaaten blieb erfolglos.⁵⁵ Mit festerem Entschluß, eine überregionale Volkspartei zu bilden, kam man dann ein Jahr später in Bamberg zu einer Vorberatung zusammen, die als einziges Resultat die Gründung eines gesamtdeutschen Organs der Volkspartei zur Seite des württembergischen Beobachters beschloß. Die „Demokratische Korrespondenz“ unter der Redaktion des aus Preußen geflüchteten Julius Frese war Vorbereitung für die nationsweite Deutsche Volkspartei, die im September 1868 zustande kam.⁵⁶

Liebknecht und Bebel waren in Bamberg anwesend, kamen aber nicht in den provisorischen Ausschuß, wahrscheinlich weil sie, wie Liebknecht bezeugt, kritisch auftraten und Skandale hervorriefen. Und doch war die Volkspartei auf diese zwei angewiesen, auf Liebknecht, weil er die Sächsische Volkspartei beherrschte, wie sich herausstellen wird, als er mit Jahresanfang 1868 im „Demokratischen Wochenblatt“ als Organ der Sächsischen Volkspartei ein einflußreiches Organ besaß, und auf Bebel, weil er nunmehr Präsident des neuorganisier-

53 Siehe E. SCHRAEPLER, *Der Zwölfer-Ausschuß*, 1968, S. 227. Sitzung des Ausschusses in den Krisentagen des Jahres 1866. Sonnemann übernimmt den Vorsitz; besonders eingeladen Streit; verhandelt werden politische Fragen; Hirsch ist abwesend. Das Ziel ist die Vollziehung der Beschlüsse der sog. Zirkusversammlung.

54 Sonnemann verließ Frankfurt, um der preußischen Besetzung zu entgehen. Seine Frankfurter Zeitung erschien als *Deutsche Zeitung* in Stuttgart. Siehe *GESCHICHTE DER FRANKFURTER ZEITUNG*, 1911, S. 145.

55 D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1974, S. 360; A. BEBEL, *Aus meinem Leben*, 1964, S. 182; G. MAYER, *Die Trennung*, 1969, S. 141 f.

56 G. MAYER, *Die Trennung*, 1969, S. 138; SH. NA'AMAN, *Von der Arbeiterbewegung*, 1976, S. 46-48.

ten Verbandes Deutscher Arbeitervereine war und somit das aussichtsreichste Werbefeld für eine überregionale Volkspartei beherrschte, war doch der Gauverband sächsischer Arbeitervereine, den Bebel mit Hilfe Liebknechts (und Geld vom Nationalverein) zustande gebracht hatte⁵⁷, der Kern der Sächsischen Volkspartei.

Das gleichzeitige Erscheinen von zwei Parteiorganen, der „Demokratischen Korrespondenz“ und dem „Demokratischen Wochenblatt“, das eine von dem vorbereitenden Ausschuß in Bamberg und das andere von der Sächsischen Volkspartei, bedeutete Spannungen, die bald einsetzten. Hinter dem Bamberger provisorischen Ausschuß standen Honoratioren und ephemere Versammlungen und Komitees; hinter der Sächsischen Volkspartei der Vorort Leipzig, der nunmehr auch zum Vorort für die gesamte Arbeitervereinsbewegung in Gera ernannt worden war.⁵⁸ Dieser Verband verfügte außerdem über ein eigenes Organ, die „Arbeiterhalle“, die seit dem 1. Juni 1867 als Flugblätter in kleinem Format erschien, aber seit dem Vereinstag zu Gera als „Deutsche Arbeiterhalle“ im Zeitungsformat regelmäßig zweiwöchentlich herauskam.

Die Vorberatung zu Bamberg hätte nicht auseinandergehen dürfen, ohne ein Programm für die zu gründende Partei anzunehmen, das den organisierten Arbeitern entgegenkam, so etwa wie das sogenannte Chemnitzer Programm der Sächsischen Volkspartei, das sie im August 1866 angenommen hatte. Wenn Liebknecht an Engels schreibt, daß er sich in Bamberg mit den Schwaben herumgezankt hätte, so scheint er damit Andeutungen auf dieses Programm zu machen, das von ihm inspiriert war.⁵⁹ Wie gesagt, man ging wiederum programmlos auseinander. Das Honoratiorenkomitee hat nichts geleistet. Das Jahr 1868 ging vorüber, ohne daß die Volkspartei zu der Erkenntnis gekommen wäre, daß sie den Übergang von einer Bewegung von Vereinen zu einer Partei finden mußte. Sie brauchte nur mit Verständnis die Entwicklung des Verbandes der Arbeitervereine verfolgen, der alle Vorschläge Bebels angenommen hatte, das Kassenwesen zu verbessern, den Präsidenten auf dem Vereinstag zu wählen und zu besolden und seinen Wohnort zum Vorort zu machen.

Die Chancen für die Volkspartei waren im Jahre 1868 gestiegen. Die Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen, die die Regierungen der Südstaaten unter preußischem Druck eingegangen waren, machten die Suche nach Alternativen wegen der Kriegsgefahr aktuell; die Reform des Heereswesens, die mit den Bündnissen zusammenhing, regte die Frage nach dem besten, einfachsten und billigsten Wehrsystem an: Allgemeine Wehrpflicht mit kurzer Dienstzeit konnte verschiedene Varianten des Milizsystems bedeuten, jedenfalls war kein Grund vorhanden, das preußische System unverändert anzunehmen, besonders nach-

57 Wegen des Einspruchs der sächsischen Regierung durfte die Bezeichnung Gauverband nicht benutzt werden, aber der Sache nach war der „Verein zur Förderung und Unterstützung der geistigen und materiellen Interessen der Arbeitervereine“ (1865) ein Gauverband. Für ihn erreichte Bebel die Unterstützungen des Nationalvereins, die Offermann zum Teil veröffentlicht hat (T. OFFERMANN, August Bebel, 1978).

58 D. DOWE, Berichte, 1980, S. 138 und S. 141.

59 W. LIEBKNECHT, Briefwechsel, 1973, S. 87–89, Brief v. 20. 1. 1868. Der vorhergehende Brief vom 11. 12. 1867 bezieht sich ausgesprochen auf die Bamberger Konferenz (die damals noch bevorstand) und die Organisationslage des Verbandes der Arbeitervereine (ebd., S. 82–87).

dem die preußischen Liberalen es jahrelang abgelehnt hatten; der einheitliche Wirtschaftsraum für Produktion und Konsum verlangte vernünftige Regulierung, aber es war durchaus nicht geboten, jedem Diktat aus Norddeutschland nachzugeben. Die Abneigung gegen die preußischen Methoden bildete den Hintergrund für die Wahlen zu den Einzelparlamenten, jedenfalls fielen sie günstig für die Volkspartei aus und entsprechend schlecht für die Nationalliberalen.⁶⁰ Anzunehmen ist, daß der provisorische Ausschuß der Volkspartei, dem Bebel und Liebknecht nicht angehörten, günstig auf die Wahlen einwirken sollte und eingewirkt hat. Eine andere Frage ist, ob es den Honoratioren jemals gelingen konnte, ohne die Mitwirkung der Arbeiter eine lebensfähige Partei aufzubauen.

Wegen der Unfertigkeit der Arbeiterpartei wie auch der Volkspartei läßt sich das Verhältnis der beiden Gruppen nicht definieren, ob dafür die Ausdrücke Partnerschaft, Arbeitsteilung, Koalition, Bündnis oder Einigung passen. Wir dürfen annehmen, daß Liebknecht sich darüber Gedanken gemacht hat, weil er gegenüber Marx und Engels sich aussprechen mußte; ob aber die Leute vom „Beobachter“ und der „Korrespondenz“ darüber nachgedacht haben, scheint weniger sicher. Denkbar wäre, daß ihr Status als Honoratioren ihnen den Blick verstellt hat.

Bebel hat seinen Sieg als Organisator in Gera voll ausgenützt. Er, der junge Parlamentarier im norddeutschen Reichstag, der als Sachse knapp der Annexion durch Preußen entgangen war, wollte nur eines, die Trennung der nationalliberalen Honoratioren von der sozialen Demokratie, und wenn er die nationalliberalen Honoratioren nicht loswerden konnte, ohne die Arbeitervereine, die ihnen anhängen, abzustoßen, so mußte ihr Verlust in Kauf genommen werden. Wichtig war es, die sozialdemokratischen Arbeiter zu einer politisch wirksamen Kraft zu machen. Als Vorbild diente ihm der ADAV, mit dessen örtlichen Mitgliedschaften er schon jahrelang zusammengearbeitet hatte.⁶¹

Wichtig waren die Lernprozesse, denen der junge und strebsame, aber politisch sehr zahme Bebel ausgesetzt war. Die Lehrjahre 1864/65 hatten ihn durch die Lohnkämpfe und Organisationsbestrebungen der Setzer und Drucker beeindruckt und auch gelehrt, nicht nur vertrauensvoll zu sein.⁶² Die Organisation der verschiedenen Arbeitervereine, zuerst in Leipzig und dann in Sachsen, machte ihn mit der praktischen Seite des Vereinswesens bekannt, auch mit den dazu gehörenden Taktiken und Praktiken. Bildung war ihm heilig und er hat sie ernsthaft betrieben, auch die Lektüre der Schriften Lassalles. Sein enges Kampfbündnis mit dem älteren und erfahrenen Wilhelm Liebknecht hat ihn vorwärts gebracht, obwohl er in allen organisatorischen Dingen unabhängig blieb. Mit

60 Für Württemberg, wo die Nationalliberalen keinen ihrer Kandidaten durchbrachten und die Volkspartei erfolgreich war, D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 438–443.

61 Im Rahmen seiner Bemühungen um einen sächsischen Gauverband (Anm. 57), den der Nationalverein angeblich wegen des Kampfes gegen die Lassallener unterstützen sollte, arbeitete Bebel sowohl mit Fritzsche (Leipzig) wie mit Försterling (Dresden) mit Unterbrechungen, aber andauernd zusammen, ohne weniger bekannte ADAVer zu nennen. Siehe auch: A. HERZIG, 1979, S. 169 Anm.

62 A. BEBEL, *Aus meinem Leben*, 1964, S. 182–198 und SH. NA'AMAN, *Von der Arbeiterbewegung*, 1976, S. 24–36.

Sonnemann war er verbündet, aber keineswegs wie Staudinger ihm unterwürfig und Schwankungen unterworfen. Den „Marsch nach Nürnberg“, wo der Verband, den er erst seit dem vorhergehenden Jahr nach eigenen Vorstellungen leiten konnte, sich ihm mehrheitlich anschloß, hat er mit unerhörtem Geschick geführt: Aus dem Verband sind die nationalliberalen Elemente freiwillig ausgeschieden und es wurde erstmalig ein politisches Programm demokratisch angenommen.⁶³ Einzelne politische Elemente im Verband gab es seit dem dritten Vereinstag zu Stuttgart; ein einheitliches politisches Programm gab es nicht und konnte es nicht geben: Dafür war eine vorhergehende Ausscheidung der nationalliberalen Elemente nötig. Bebel betrieb die politische Entscheidung mit Hilfe seines Vorortes, wo die ganze Aktivitas ihn unterstützte, und mit Hilfe der regelmäßig erscheinenden Verbandszeitung. Unerläßlich dazu war das nach seinen Vorstellungen eingerichtete Büro, das über geregelte Einnahmen verfügte. Die Korrespondenz, die Bebel mit den Verbandsvereinen unterhielt, versetzt den heutigen Leser in Erstaunen: Es gelang ihm, auch mit den rechtsliberalen Vereinen korrekt und konziliant zu verhandeln. Schließlich war der Nürnberger Arbeiterverein, der den entscheidenden Vereinstag beherbergte („Tetzelgasse“), fest in den Händen der Nationalliberalen. Der entscheidende Mann war dort der Oberlehrer Rögner.⁶⁴

Parallel mit der Vorbereitung des Kongresses ging die Vorbereitung der Sezession des rechten Flügels des Verbandes. Sobald ein politisches Programm das Signal zur Sezession gab, hatte sie planmäßig zu verlaufen mit Protest und demonstrativem Auszug. Die Entscheidung für die Spaltung fiel schon in der Vorversammlung, als sich bei Prüfung der Mandate herausstellte, daß eine Mehrheit für die Annahme eines politischen Programmes vorhanden war.

Die Stellung der nationalliberalen Opposition war anscheinend einfach, in Wahrheit kompliziert: Als Vereine zur Verbreitung von Bildung waren sie angeblich von jeher apolitisch, aber man wußte, daß diese Haltung von oben oktroyiert war und nur auf den beiden ersten Vereinstagen mühsam aufrechterhalten wurde. Hochberger war schon in Frankfurt im Jahre 1863 gegen die Abstinenz von der Politik aufgetreten. Allerdings war er damals noch volksparteilicher Demokrat, der sich nun anschickte, als Nationalliberaler das Haupt der Sezessionisten zu werden. In Stuttgart war er 1865 mit Max Hirsch für das allgemeine Wahlrecht eingetreten. Er konnte sich auch nicht den Verlautbarungen des Ausschusses im Jahre 1865/66 widersetzen, die parteipolitisch-volksparteilich waren, ging er doch selber damals noch mit der Volkspartei. Deshalb sagte man eben „unpolitisch“ oder auch „nicht parteipolitisch“, wodurch nationale Politik legitim wurde und nur parteipolitische Umdriebe der Volkspartei fernzuhalten waren. Wie heikel die Lage war, erkennt man daraus, daß man die Wehr-

63 Anders als das Flugblatt des ständigen Ausschusses, das vor dem Vereinstag zu Stuttgart (1865) entgegen dem Beschluß des Vereinstags zu Leipzig (1864) erschien, um der Coburger Arbeiterzeitung das Wasser abzugraben, erschien die Arbeiterhalle auf ausdrücklichen Beschluß des Vereinstags zu Gera (1867). Vor dem Vereinstag wurde das Format eines Flugblattes beibehalten; nach diesem erschien es im üblichen Zeitungsformat wie die Wochenschrift des Nationalvereins, zweimal im Monat.

64 Aus dem korrekten, wenn auch spannungsgeladenen Briefwechsel Rögners und Bebels, zwei charakteristische Schreiben von Rögner an Bebel aus dem Frühjahr 1868, SH. NA'AMAN, Von der Arbeiterbewegung, 1976, S. 67–71.

frage im Sinne von Preußens allgemeiner Wehrpflicht zur Erörterung stellen wollte, und nach der Propaganda Preußens für das Wahlrecht nach dem Modus von 1849 es im Jahre 1866 nicht mehr von den Vereinen fernhalten konnte und wollte.

Nur der Berliner Arbeiterverein war gegen ein politisches Programm mit einer Doppelbegründung, die, wie gewöhnlich, weniger stichhaltig ist als eine. Er schützte die Angst vor dem Vereinsgesetz vor und vertrat die allgemeine Ansicht von Schulze-Delitzsch und der preußischen Fortschrittspartei, daß eine rationale Arbeitsteilung zu treffen sei: soziale Politik und Bildung – dem Arbeiterverein, die Politik – der Partei.⁶⁵

Ungemein wichtig ist der politische Schulungsprozeß, der mit der Programfrage angekurbelt wurde. Zum Teil wird er durch die „Arbeiterhalle“ ersichtlich, zum Teil durch die „Korrespondenz“ des Vorortes und zum anderen aus den vielen Versammlungen, die diesem Thema gewidmet waren. Daß die Arbeiter seitdem so wenig aus der Politik heraus könnten, wie der Fisch aus dem Wasser, ist für die Stimmung vor der Abstimmung ein viel benutzter Ausdruck.

Ehemalige Lassalleaner unter Vorantritt von Julius Vahlteich, dem ersten Sekretär des ADAV, waren für ein eindeutig sozialistisches Programm und für einfachen Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation.⁶⁶ Die Mehrheit war für ein soziales und demokratisches Programm, das sich mit dem Chemnitzer Programm der Sächsischen Volkspartei in Verbindung bringen ließ. Immer war man für die Internationale Arbeiterassoziation („Internationale“) oder die „Friedens- und Freiheitsliga“, oder für beide. Niemand dachte an eine prinzipielle Trennung von der Volkspartei.

Wer für ein politisches Programm war, war auch für Kontakt mit der Internationale, sei es die Internationale der Arbeiter oder die der Völker. Warum?

Die Nationalliberalen warben für den Norddeutschen Bund als Schutz gegen die Gefahren, die angeblich an den Grenzen drohten, in erster Linie von Frankreich, mehr hintergründig – von Rußland und selbst England. Den Schutz sollten direkt die allgemeine Wehrpflicht und die Anpassung aller deutschen Staaten an die Militärorganisation Preußens bieten. Der ehemalige Deutsche Bund hatte für die deutsche Sicherheit durch internationale Verträge und die Heeresorganisation des Bundes gesorgt. Der neue Norddeutsche Bund sollte eine verbesserte Auflage des Deutschen Bundes sein, nur daß das ungeschützte Süddeutschland zu Aggression und Anarchie einlud. Nun boten sich gleich zwei internationale Körperschaften mit europäischen Lösungen an: Die Friedensliga sagte, daß sobald Deutschland bundesstaatlich demokratisch als Eidgenossenschaft hergestellt sei (wie es jede volksparteiliche Strömung wollte), könne Europa sich analog für den Frieden als „Vereinigte Staaten von Europa“ organisieren, nur müßten die Berufsheere in Deutschland wie in Europa zu Milizen wer-

65 Die Absage der Mehrheit im Berliner Arbeiterverein an den Mehrheitsbeschluß zu Nürnberg 1868 und die damit verbundene Abspaltung der demokratischen Minderheit, SH. NA'AMAN, *Von der Arbeiterbewegung*, 1976, S. 171–173. Dazu der Brief von Krebs an Bebel, der die kommende Spaltung ahnen läßt (ebd., S. 63 f.).

66 Der auf die Initiative von Vahlteich zurückgehende Antrag von Dresden in der Programfrage, SH. NA'AMAN, *Von der Arbeiterbewegung*, 1976, S. 75–77.

den, die nur für die innere Sicherheit zuständig sein würden. Dasselbe, übertragen auf gesellschaftliche Verhältnisse, wie es die Arbeiterinternationale vorsah, hieß, Vereinigung der Arbeiter aller Länder zwecks Gesellschaftsreform, oder wie man es damals formulierte, um die Arbeiter vom Druck des Kapitals zu befreien. Das bedeutete nationale und internationale Gesetzgebung für den Schutz der Arbeit und der Arbeiter, Selbsthilfe und Staatshilfe für Kooperative und Regelung des Arbeitsmarktes. Wenn man die Tagesordnung der ersten Kongresse der Internationale ansieht, wird klar, worum es ging. Die politischen Vorstellungen der Friedens- und Freiheitsliga harmonierten mit den Arbeiterforderungen. Daraus erklären sich sowohl Zusammenarbeit wie die Rivalität beider Organisationen. Wenn die Volksparteien und die Arbeitervereine den Weg des Norddeutschen Bundes ablehnten, der bei der provozierten Krise um Luxemburg seine Gefährlichkeit für den Frieden bewiesen hatte, so lag die Alternative der Zusammenarbeit mit beiden Internationalen nahe.

Dieses so einfache Bild einer unproblematischen Zusammenarbeit wird durch die Aktivitäten zweier Männer verwickelt, nicht nur infolge ihrer persönlichen Ambitionen, sondern auch als Vertreter von Interessen und Erkenntnissen. Es geht um *Karl Marx*, der sich anschickte, den Generalrat der Internationale zu ihrem leitenden Gremium zu machen und diesen mit seinen Vorstellungen und Erkenntnissen zu durchdringen, und *Bakunin*, der sich mit der gleichen Absicht der Friedens- und Freiheitsliga zuwandte.⁶⁷ Die Aktiven, die den Verband für Kontakte mit beiden Internationalen gewinnen wollten, wußten nichts oder wenig von ihrer letzten Entwicklung. Sie standen zum Teil in schriftlichem Kontakt mit Johann Philipp Becker, der im Namen der deutschen Sektion der Internationale den „Vorboten“ herausgab. Aus dem „Vorboten“ druckte die „Arbeiterhalle“ Informationen und Meinungen Beckers ab und bestimmte nach ihnen den Charakter beider Organisationen.⁶⁸ Nur Wilhelm Liebknecht wußte von den bevorstehenden Zusammenstößen, war aber keineswegs daran interessiert, durch Aufdeckung von Komplikationen die Annahme eines politischen Programms zu erschweren.

Unter den vielen Anhängern einer Volkspartei (noch außer zwei offiziellen Vertretern der bestehenden Stuttgarter), denen an einer Ausscheidung der nationalliberalen Vereine gelegen war und deshalb ein politisches Programm befürworteten, war keiner so gut informiert wie Sonnemann; jedenfalls verhielt er sich so, als wenn er die zukünftige Entwicklung der Arbeiterinternationale unter der Führung Londons schon ahnte. Er setzte nämlich den Beschluß durch, sich nicht einfach der *Internationale* anzuschließen, sondern nur in bestimmten, namentlich festgelegten Punkten⁶⁹, da er wußte, daß der Zentralrat unter Marx

67 Die beiden Abschnitte in der Marx-Biographie von Franz Mehring „Die Agitation Bakunins“ und „Die Allianz der sozialistischen Demokratie“, F. MEHRING, Geschichte seines Lebens, 1923, S. 408–421.

68 Die Beiträge im Wochen-Blatt und dem Vorboten erschienen meist ungezeichnet und ihre Herkunft läßt sich nicht immer feststellen. So erschien auch der programmatische Aufsatz von J. Ph. Becker „Was wir wollen und sollen“ ungezeichnet als „Programm der Internationalen Arbeiterassoziation“ (ARBEITERHALLE Nr. 14, 27. 7. 1868 und Nr. 15, 12. 8. 1868). Über die Schwierigkeiten bei der Programmdiskussion vom Standpunkt der Internationale, siehe R. P. MORGAN, 1965, S. 142–149.

69 Siehe SH. NA'AMAN, Von der Arbeiterbewegung, 1976, S. 47 f. und S. 104.

auf dem kommenden Kongreß zu Brüssel grundlegende Veränderungen vornehmen würde. Nach Sonnemann, dem Eichelsdörfer sekundierte (wie ehemals Staudinger), verpflichtete sich der VDAV auf die Vergangenheit der Internationale, nicht auf ihre Zukunft, die schon voraussehbar war. Allen Veränderungen in den Besitzverhältnissen an den Produktionsmitteln, wie an den Naturschätzen (Brüssel 1868) und am Grund und Boden (Basel 1869), die die Internationale beschloß, war damit im voraus die Spitze abgebrochen, wenn man nur wollte. Vorläufig wollte auch die Volkspartei keine Gegensätze herausstellen.

Für die Volkspartei bestand kein Grund, den Anschluß an die Bestrebungen der Internationale in der Form des Sonnemann-Eichelsdorfschen Antrages anzufechten, besonders da der VDAV auch Vertreter und Beobachter zum Kongreß der Friedens- und Freiheitsliga schickte. Auf der Gründungskonferenz der deutschen Volkspartei im nationalen Maßstab in Stuttgart am 19. und 20. September wurde eine parallele Anerkennung der Bestrebungen der Internationale und der Friedensliga beschlossen⁷⁰, und das „Demokratische Wochenblatt“ wie auch die „Arbeiterhalle“ berichteten mit Genugtuung über die günstige Entwicklung der Bundesgenossenschaft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft. Die Akten Bebels beweisen, daß eine linke Opposition besonders in Nürnberg und Fürth die Entwicklung weniger optimistisch beurteilte.⁷¹ Wenn man entsprechend verwurzelter Nationalvereinstradition es nur darauf ankommen ließ, die Gegensätze durch Kompromißformeln aus der Welt zu schaffen, dann waren inhaltlich und organisatorisch der Gegensatz zwischen Internationale und Friedens- und Freiheitsliga, zwischen Johann Jacobys Programm einer Volkspartei, wie es Guido Weiß in Stuttgart vertrat, und dem Programm der Internationale, zwischen ökonomischer Emanzipation und politischer Freiheit, durch ein einfaches Nebeneinanderstellen ausgeglichen. Wenn aber die Beschlüsse des Brüsseler Kongresses der Internationale, die zur Zeit des Gründungskongresses der Volkspartei schon bekannt waren, aus Neigung zur Harmonie von ihr einfach übergangen wurden, später dagegen ein Prinzipienstreit wegen der viel harmloseren Grund- und Bodenfrage einfach vom Zaun gebrochen wurde, so beweist das, daß theoretische Formeln nicht der Kern des Zwistes waren.

Der Kern ist in der unterschiedlichen organisatorischen Tendenz beider Organisationen zu sehen, die dem Unterschied zwischen dem Vereinsprinzip und dem Parteiprinzip ein Jahrzehnt früher entspricht. Die Volkspartei mußte, um zur Partei für Gesamtdeutschland zu werden, über das Vereinsprinzip hinauskommen und zu einer festen Partei werden, wie auch die VDAV-Bewegung auf dem Wege zu einer gesamtdeutschen Partei war; sie wollte es aber nicht und war dazu auch nicht fähig. Im „Organisationsausschuß“ der Konferenz zu Bamberg herrschten die Württemberger vor, die wie selbstverständlich örtliche Vereine als Grundlage der Parteiorganisation vorschlugen, die sich zu Gauverbänden zusammenschließen sollten, deren Beschlüsse an die Parteileitung weiterzuleiten waren. Als Parteileitung galt der Vorort, der beschlußfähige Dele-

70 ARBEITERHALLE Nr. 20 v. 25. 10. 1868, Titelseite und S. 81. Das Programm der deutschen Volkspartei, abgedruckt nach dem Demokratischen Wochenblatt, in: SH. NA'AMAN, Von der Arbeiterbewegung, 1976, S. 165–169.

71 Ebd., S. 169 f. und S. 173.

giertenversammlungen einberufen sollte. Das entsprach dem Vereinsprinzip des VDAV in seiner ersten Phase, über das er seit dem Stuttgarter Vereinstag herausgekommen war. Eine handlungsfähige Partei konnte aus dem Vereinsprinzip nicht entstehen, und doch wurden die Vorschläge unverändert angenommen und als erster Vorort das organisationsfeindliche Stuttgart ernannt.

Der Beschluß zu Nürnberg (VDAV) und zu Stuttgart (Volkspartei), die Volks- und Arbeitervereine gegenseitig zu Versammlungen zuzulassen, schien auf der Linie gleichberechtigter Anerkennung zu liegen, täuscht aber. In Nürnberg wurde beschlossen, Volksvereine, die es wünschten, als gleichberechtigt mit den Arbeitervereinen zu Beratungen und *Abstimmungen* zuzulassen; in Stuttgart wurden Mitglieder von Arbeitervereinen als *Zuhörer* zugelassen, aber die Entscheidung nur Mitgliedern von Volksvereinen zugestanden, wobei im Hintergrund die Auffassung stand, daß es arbeitsteilig Sache der Arbeitervereine sei, sich um soziale Mißstände in der Gesellschaft zu kümmern, und da die soziale von der politischen Emanzipation nicht zu trennen sei, die Politik auch auf sozialem Gebiet der Volkspartei zu überlassen, nachdem sie die Wünsche der Arbeiter in ihr Programm aufgenommen hatte. Die Anerkennung einer unabhängigen Arbeiterpartei war also im Programm der Volkspartei nicht vorgesehen.

Volksvereine gab es zahlreich in Württemberg, wenige in der Gegend von Nürnberg-Fürth, in Baden und Hessen-Darmstadt, insgesamt weniger als Arbeitervereine des VDAV, denn Sachsen paßt nicht in das Bild, weil dort Arbeiter- und Volksvereine identisch oder gleichgestellt waren. Aus den Vereinselementen ließ sich eine süddeutsche Volkspartei organisieren, aber keine gesamtdeutsche. Ohne Preußen mit seinen potentiellen Organisationszentren im Rheinland, der Provinz Sachsen, Berlin und Ostpreußen, war an eine nationswide Volkspartei nicht zu denken. Für die Norddeutschen paßte das Vereinsprinzip aber nicht, erstens, weil die Zahl der Bürgervereine, die man zur Volkspartei rechnen konnte, viel zu klein war, und zweitens, weil die Furcht vor dem Verbot der Zusammenarbeit von politischen Vereinen, berechtigt oder unberechtigt, abschreckte. Das zögernde Verhalten des Berliner Arbeitervereins gegenüber der politischen Entscheidung im VDAV hätte in Stuttgart belehrend wirken müssen, wenn man dort wirklich an mehr als eine regionale Parteibildung dachte. Berlin hatte in Nürnberg gegen ein politisches Programm nur aus Angst vor dem Vereinsgesetz gestimmt, obwohl sein damaliger Leiter Robert Krebs persönlich der Internationale angehörte. Ohne den Berliner Arbeiterverein konnte der VDAV zur Not auskommen, aber nicht eine gesamtdeutsche Volkspartei. Guido Weiß aus Berlin, der in Stuttgart als Vertreter des demokratischen Programms von Jacoby eine wichtige Rolle spielte⁷², konnte keine Vereine als Rekrutierungsbasis beibringen, aber darauf scheint es in Stuttgart nicht angekommen zu sein, weil man nie wirklich überregional dachte.

72 Guido Weiß wurde zum Vertreter der neukonstituierten Volkspartei zum Kongreß der Friedens- und Freiheitsliga delegiert (ARBEITERHALLE Nr. 20 v. 25. 10. 1868, S. 81). Der Anschluß an das Programm Jacobys steht neben dem Anschluß an die Resolutionen des Nürnberger Kongresses. Das Programm in der Form eines Briefes an J. A. Rambach v. 24. 5. 1868 und gedruckt in der Zukunft von Guido Weiß v. 28. Mai, ist wiederum abgedruckt in J. JACOBY, Gesammelte Schriften, 2. Teil, 1872, S. 336–339.

Am Rande ist noch auf ein anderes Problem hinzuweisen, das mit dem Verhalten des Berliner Arbeitervereins zusammenhängt. Dieser war eng mit den preußischen Demokraten Duncker und Schulze-Delitzsch verbunden und gehörte daher zum linken Flügel der preußischen Fortschrittspartei, wie auch Max Hirsch, der jetzt aus dem VDAV ausgeschieden war, aber weiter in der Arbeiterbewegung als Organisator von Gewerkschaften tätig war. Wir hören aber nichts davon, daß bei der Gründung einer Deutschen Volkspartei das Verhältnis zu den preußischen Linksliberalen und Demokraten geklärt worden wäre. Wenn wir den Nachwehen des Nationalvereins nachgehen, muß sich doch die Frage stellen, ob die Anhänger des strikten Parteiprinzip von 1859 wie Dunker und Schulze-Delitzsch, die maßgeblich an der Entscheidung für die Reichsverfassung im Jahre 1862 beteiligt waren und 1866 nicht nationalliberal wurden, jetzt mit den Anhängern des Vereinsprinzips kein Bündnis eingehen konnten, wo doch das langjährige Ausschußmitglied des Nationalvereins, Johann Jacoby, in Tuchfühlung mit der Volkspartei stand. Hier liegt offensichtlich ein Problem vor, das die Geschichtsschreibung der Parteien beschäftigen sollte. Wäre die Entscheidung für ein politisches Programm der Schlußstrich unter die politische Entwicklung des VDAV gewesen, hätte die nebulöse Einbeziehung dieses „Nürnberger Programms“ in das Programm der Volkspartei, wie sie in Stuttgart beschlossen wurde, eine anhaltende Unterordnung des VDAV unter die Volkspartei einleiten können, wodurch beide Parteien in ihrer Entwicklung behindert worden wären, aber die Entwicklung im VDAV stand nicht still. Schon im März 1869 trat der Vorort Leipzig mit der Ankündigung hervor, daß eine „notwendige Umgestaltung unserer Organisation“ bevorstehe⁷³, und im Monat Mai kam die Nachricht, daß außer der Neuorganisation auch „ein Programm über unsere Stellung in der deutschen Frage“ zusätzlich zu dem Nürnberger Programm für den nächsten Vereinstag vorgesehen sei.⁷⁴ Das bedeutete eindeutig, daß man ungehemmt die „Deutsche Frage“ behandeln wollte und man an keine Arbeitsteilung von politisch und sozial, wie sie der Volkspartei vorschwebte, dachte. Im Juni berichtete das „Demokratische Wochenblatt“ dann von einer Zusammenkunft in Magdeburg, auf der Bebel mit Gesinnungsgenossen einen „sozialdemokratischen Kongreß“ planten, auf dem die verschiedenen sozialdemokratischen Fraktionen vereinigt werden sollten.⁷⁵ Für jeden Klarsehenden bewies das, daß in Zukunft eine Volkspartei nur mit einer selbständigen Arbeiterpartei zu verhandeln haben würde, und das als gleichberechtigte Bündnispartner. Wenn die Volkspartei das wollte, konnte es so kommen, denn nichts deutete auf Feindschaft von seiten der Arbeiterpartei gegenüber den Bürgern hin. Die Frage war, ob der Vorort der Volkspartei mit einer derartigen Gleichstellung einverstanden war, und das war unsicher, obwohl viele Einzelmitglieder der Volkspartei mit Leipzig gingen, allen voran Sonnemann.

Die Magdeburger Zusammenkunft führte zu einer aufsehererregenden Ent-

73 GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, Chronik, Teil I, S. 81. R. DLUBEK, 1964, S. 321 f.

74 GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, Chronik, Teil I, S. 82. R. DLUBEK, 1964, S. 338 f.

75 GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, Chronik, Teil I, S. 83. Darstellung bei K.-H. LEIDIGKEIT, 1958, S. 182–184. R. DLUBEK, 1964, S. 353 f.

wicklung: Führende Mitglieder des ADAV sagten sich öffentlich von ihrem Vereinspräsidenten v. Schweitzer los und dementsprechend von dessen diktatorischer Auffassung von der Organisation einer Arbeiterpartei. Bald darauf erschien der Aufruf von den Dissidenten vom ADAV, vom Vorort Leipzigs des VDAV und vielen Einzelmitgliedern und von kleineren politischen Arbeiterorganisationen zur Einberufung eines „allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses“ für den 7. August in Eisenach.⁷⁶ Dem Programm entsprechend hätte eine einzige sozialdemokratische Arbeiterpartei entstehen müssen, aber diese kam nicht zustande, weil v. Schweitzer seine Anhänger massenhaft mit gebundenen Mandaten für die Erhaltung des ADAV einsetzte. Sie wurden zwar mit Mühe abgewiesen, aber die Gründung einer Einheitspartei hatten sie verhindert. Grundlage der Verhandlungen wurde die internationale Arbeiterassoziation, aber nunmehr in der Interpretation ihres Generalrats mit Marx an der Spitze. Dazu gehörten auch die umwälzenden Brüsseler Beschlüsse über die Eingriffe in das Privateigentum. Organisationsvorstellungen wie die Johann Philipp Beckers, die der Generalrat ablehnte, wurden abgewiesen.⁷⁷

Die Verhandlungen beherrschte die Gruppe der Braunschweiger Dissidenten vom ADAV mit Wilhelm Bracke an der Spitze, was sich auch darin kundtat, daß Braunschweig Vorort der neuen Partei wurde. Das Parteiprinzip mit Mitgliedsbeiträgen, der parteieigenen Zeitung, zentraler Mitgliedschaft und Parteidisziplin wurde mit unwesentlichen Veränderungen vom ADAV übernommen, der ja schon seit dem Stuttgarter Vereinstag (1865) als Schrittmacher für den VDAV gedient hatte. Damit war endlich die Idee verwirklicht, die seit dem Jahre 1865 Volksparteiler vom Schlage eines Lange, Büchner, Eckardt oder Sonnemann beseelt hatte, mit den *vereinten Arbeitern* zu wirken. Dieses Ideal war seit der straffen Reorganisation des ADAV durch v. Schweitzer im Jahre 1867 ein Wunschtraum geworden. Seitdem war nur noch konspirativer Umgang mit Mitgliedern des ADAV möglich, aber die Magdeburger Revolte, die zur Spaltung im ADAV führte, hatte das Ideal erneuert und mit einem Teil der ADAVer verwirklicht.

Die Auflösung des VDAV bereitete keine Schwierigkeiten und dessen Mitglieder traten der neuen Partei bei. Nach erregten Debatten nahm sie den herausfordernden Namen Sozialdemokratische Arbeiterpartei an; herausfordernd gegenüber der Volkspartei, die die Arbeiter mit dem Bürgertum zusammen vertreten wollte. Im Vergleich mit der dynamischen Arbeiterpartei wirkte die

76 Die Entwicklung, die von der Erklärung im März 1869 bis zum Eisenacher Kongreß im August führte, steht in keinem direkten Zusammenhang mit der Volkspartei, sondern entspricht der Dialektik des Verhältnisses von VDAV und ADAV. Im März erschienen Bebel und Liebknecht auf der Generalversammlung des ADAV, um Schweitzers Führung zu untergraben, im Juni kommt eine Besprechung von 12 wichtigen Funktionären des ADAV mit Bebel und Liebknecht in Magdeburg zustande; im Juli erscheinen regelmäßig ein Flugblatt von Dissidenten vom ADAV und ein Aufruf unterzeichnet von über 60 ausgetretenen ADAVer und über 100 Sozialdemokraten aller deutschsprachigen Länder mit der Ankündigung eines allgemeinen Arbeiterkongresses, der eine Vereinigung bringen sollte. K.-H. LEIDIGKEIT, 1958, S. 182–202. R. DLUBEK, 1964, S. 385–389. Dort sämtliche Unterschriften. Siehe A. HERZIG, 1979, S. 179–185.

77 Becker zielte auf eine syndikalistische Organisationsform ab, die vielleicht von Bakunin beeinflusst war, dem Becker damals nahestand. Der Organisationsvorschlag, DER VORBOTE, IV. Jg., Juli 1869, S. 103–107.

Volkspartei, soweit ihre überregionale Organisation in Frage kam, stagnierend; nur als Fraktion von Parlamentsabgeordneten in Württemberg hatte sie einige Bedeutung. Soweit sie überregional wirken wollte, konnte sie nunmehr nur noch als Juniorpartner im Bündnis mit den Arbeitern auftreten. Die Frage war, ob sie sich dazu bereitfinden würde.

Die Delegiertentagung der Volkspartei zu Braunschweig vom 15. bis zum 17. Oktober⁷⁸ zeigt ihren Gewichtsverlust gegenüber der sogenannten „Eisenacher“ Partei. Endlich war die Volkspartei bereit, das für Preußen unannehmbare föderative Vereinsprinzip zugunsten eines Gesamtvereins aufzugeben und die örtlichen Parteimitglieder in Ortsvereinen (wie bei den Eisenachern) zu organisieren. Auch der Mitgliedsbeitrag zugunsten der Gesamtpartei wurde eingeführt. Weiter ging man aber nicht. Als Vorort, dem die Vorstandsmitglieder anzugehören hatten, wurde wiederum Stuttgart ernannt. Dem Ausschuß, der als Beratungs- und Kontrollorgan gedacht war, sollte aus jeder Parteilandschaft ein Mitglied (wie im alten Nationalverein) angehören.

Wenn die Volkspartei tatsächlich verspätet an den Aufbau einer Gesamtpartei dachte, mußte ihr erster Schritt die Verlegung des Vorortes sein, um der Neuorganisation Chancen der Verwirklichung zu geben, so wie der VDAV jede Stufe seiner organisatorischen Entwicklung mit der Verlegung seines Vorortes begleitet hatte (Frankfurt (1863/64), Nürnberg (1865–67), Leipzig (1867–69)). Wenn man jetzt wiederum Stuttgart zum Vorort ernannte, bewies das, daß man die organisatorische Überlegenheit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) wohl anerkannte, aber die Konsequenzen aus der Erkenntnis scheute. Die zahlenmäßige Überlegenheit Württembergs bestimmte durch ihre Masse den Einfluß des Vorortes und mithin auch den Einfluß des rechten Flügels. Die Württemberger hielten an ihren überlebten Ansprüchen zur Führung fest, und es überrascht nicht, wenn sich ihre organisatorische Unfähigkeit zur Bildung einer effektiven Partei in Haßgefühlen entlud. Es berührt merkwürdig, sofort nach der Reichsgründung die Volkspartei mit den Nationalliberalen in Eifer für die Annexionen und in Verketzerung der Arbeiterbewegung wetteifern zu sehen. Hier ist die Wurzel des Verhältnisses der beiden Arbeiterparteien zu der „einen reaktionären Masse“ zu sehen, das ihnen gemeinsam war und sich auf Rechts- und Linksliberale gleichmäßig bezog⁷⁹, denn der „Beobachter“ und die „Demokratische Korrespondenz“ der Volkspartei genau wie die Nationalliberalen nahmen sofort Stellung gegen den Begriff „Arbeiterpartei“, der den Eisenachern nötig war, um ihre Identität gegenüber den parteitreuen ADAVern zu bewahren. Wenn die Stuttgarter Leitung der Volkspartei den Arbeiterbegriff jetzt beanstandete, kam sie ein halbes Jahrzehnt zu spät: Was hatte es aber bis jetzt bedeutet, wenn man von einem Zusammengehen, nicht nur mit dem VDAV, sondern auch mit dem ADAV sprach; dachte man ernstlich daran, daß auch der ADAV seine Identität aufgeben würde, um sich von einer Volkspartei vertreten zu lassen? Sodann nahm man Anstoß daran, daß die Eisenacher in § 10

78 D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 361–363.

79 Der Begriff der „einen reaktionären Masse“ war im ADAV heimisch, aber in den Kampffahren der frühen Arbeiterbewegung, war er für die Ausbildung des Klassenbewußtseins hilfreich, durch den sich die Sozialdemokratie im Kaiserreich auszeichnete.

ihres Programms die staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und den Staatskredit für Produktivgenossenschaften „unter freiheitlichen Garantien“ verlangten.⁸⁰ Gefragt werden muß, ob das nicht mit dem Programm der Volkspartei vom Jahre 1868 in Übereinstimmung gebracht werden konnte, die die „ökonomische Befreiung der arbeitenden Klassen“ in ihr Programm aufgenommen hatte?⁸¹ Die Produktivgenossenschaften waren doch genau das, was die Arbeiter und Handwerker schon jahrelang als ihre ökonomische Befreiung ansahen: Ließ sich nicht über die freiheitlichen Garantien, unter denen der Staatskredit gegeben werden sollte, verhandeln, nachdem gegenüber dem demokratischen Staat das Argument, daß im heutigen Staat Staatskredit Unterwerfung unter die Junker bedeute, nicht mehr stichhaltig war? Wenn die Anhänger der Volkspartei auch den Staatskredit im *demokratischen* Staat ablehnten, gehörten sie dann nicht einfach zur „einen reaktionären Masse“, wie der ehemalige ADAVer Spier denken mußte, der als Beobachter an der Braunschweiger Tagung der Volkspartei teilnahm?⁸²

Gegen die Beschlüsse der Internationale in Brüssel konnte die Volkspartei nicht ankämpfen, ohne sich die Blöße zu geben, daß sie ihr schon bekannt waren, als sie ihren Anschluß an die Bestrebungen der beiden Internationalen kundgab. Nun hatte die eine in Basel beschlossen, daß „die Gesellschaft das Recht besitzt, das Privateigentum an Grund und Boden abzuschaffen und in gemeinsames Eigentum umzuwandeln“ und „daß diese Umwandlung eine Notwendigkeit ist“.⁸³ Dieser Beschluß gab dem Generalrat in London die Handhabe, in jedem Land nach seinem Gutdünken den Klassenkampf anzuschüren und sowohl die Bauernschichten wie auch das ländliche Proletariat für den Klassenkampf zu gewinnen. Liberaldemokraten mußten sich dem widersetzen, aber was hat das mit dem Bündnisverhältnis zweier Parteien zu tun, die sich gegen einen gemeinsamen Feind zusammentun? Hätte die Arbeiterpartei verlangt, diesen Satz in das Programm der Volkspartei aufzunehmen, wie vordem den Satz von der Übereinstimmung mit den Zielen der Internationale (in ihrem früheren Stadium), hätte die Volkspartei das ablehnen können, aber die Volkspartei drohte der Arbeiterpartei mit Abbruch der politischen Beziehungen, wenn sie sich nicht binnen kurzem von dem Basler Beschluß distanzierte, zunächst in Braunschweig konziliant und dann in Stuttgart scharf⁸⁴, und das war unerhört, wenn man eine selbständige Arbeiterpartei anerkannte. Der Baseler Beschluß selbst kam der neuen Arbeiterpartei ungelegen, aber sie konnte ihn nicht desavouieren, ohne mit dem Generalrat zu brechen, der der eigentliche Garant der schon bestehenden und jeder künftigen Einigung der Arbeiterbewegung war.

80 Dieser § 10 war dem Programm des ADAV entnommen und bildete den wichtigsten Ausdruck einer Arbeiterpartei. Er war nicht eine gutmütige Konzession an das Lassallesche Erbe der ehemaligen ADAVer, wie manche Historiker aussagen, sondern der wichtigste Ausdruck, um die Arbeiterpartei von der Volkspartei abzugrenzen. Es war die „Staatshilfe“, die den Sozialismus von der liberalen „Selbsthilfe“ unterschied. Das siegreiche Vordringen der Marxschen Auffassungen nur wenig später soll damit nicht geleugnet werden.

81 Siehe SH. NA'AMAN, Von der Arbeiterbewegung, 1976, S. 166.

82 G. MAYER, Die Trennung, 1969, S. 165 f.

83 Die Resolutionsvorschläge, DER VORBOTE Nr. 10, S. 150 f. Die Resolution, R. DLUBEK, 1964, S. 427.

84 Siehe W. SCHMIERER, 1970, S. 137–158.

Deshalb reagierten Liebknecht und Bebel lau, aber als sie sich vor die Frage gestellt sahen, mit wem zu brechen, mit der moralischen Führung der Partei in London oder mit fragwürdigen Bündnispartnern hier, war die Wahl nicht schwer.⁸⁵ Von einer beabsichtigten Trennung der bürgerlichen Demokratie von der Arbeiterdemokratie darf man sprechen, obwohl vor ihr viele bürgerliche Demokraten, mit Sonnemann an der Spitze, zurückschreckten; von einer umgekehrten Trennung kann nur der sprechen, der das selbständige Auftreten einer Arbeiterpartei unnatürlich findet und dafür besondere Entschuldigungsgründe sucht, wie etwa ein chronisches Unverständnis der bürgerlichen Parteien für eine sogenannte „soziale Frage“. Die ehemaligen Anhänger des VDAV (unter ihnen viele Mitglieder der Volkspartei) waren für eine Fortsetzung des Bündnisverhältnisses, denn sie sahen sich schon auf der Nürnberger Tagung als am Vorabend der Übernahme der Volkspartei stehend, als sie den Anschluß an die Bestrebungen der Internationale als Programmpunkt auch der Volkspartei vorschlugen. Die ehemaligen ADAVer standen der Volkspartei viel kühler gegenüber, hatte doch ihr Organ, der „Social-Demokrat“, jahrelang die Volkspartei kritisiert (wenn nicht gar lächerlich gemacht). Der ehemalige ADAVer und jetziges Mitglied des Ausschusses der SDAP, Spier, war der Volkspartei auf ihrer Konferenz zu Braunschweig aus Parteidisziplin sehr konziliant entgegengetreten, aber es gab in Bayern eine Gruppe radikaler ADAVer, mit Leonhard Tauscher an der Spitze⁸⁶, die zwar nicht v. Schweitzer untertänig sein wollte, aber auch zögerte, sich der SDAP anzuschließen, weil sie von der sozialistischen Bekehrung des VDAV nicht voll überzeugt war. Um sie warb Bebel und diese verlangten die vollständige Annahme der Basler Beschlüsse. Um sie zu gewinnen, beschloß der erste Parteitag zu Stuttgart (1870) ihre unbedingte Annahme.

Als ein Jahr nach der Reichsgründung der Hochverratsprozeß gegen Bebel und Liebknecht und mit ihm der gesamten sozialistischen Literatur gemacht wurde, war die Volkspartei genauso feindlich gegenüber der Arbeiterpartei wie die nationalliberale Partei.

Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb am 11. Juni 1870 im Anschluß an den Stuttgarter Parteitag von Pfingsten⁸⁷: „Die Sozialdemokraten lassen ihre Agitation mehr und mehr zum *Klassenkampf* werden. Nicht die Abschüttelung ungeredten Druckes auf politischem und sozialem Gebiet, nein, die *Herrschaft der Arbeiter* wird bald offener, bald vorsichtiger als *Ziel der Arbeiterbewegung* hingestellt“. Das ist genau das, was Fedor Streit Lassalle im Januar des Jahres 1863 geschrieben hatte, kurz bevor er mit ihm brach.⁸⁸ So war der Zirkel geschlossen. Abschüttelung ungerechten Druckes als Endziel der Emanzipation war Streit und Sonnemann damals gemeinsam. Streit hatte damit geendet, daß er die Be-

85 August Bebel widmete den Schwaben und ihrer Volkspartei eine Werbetour, der der erste Parteitag der Eisenacher Partei (SDAP) zu Stuttgart (4.–7. 6. 1870) entsprang und die Werbeschrift *Unsere Ziele* (A. BEBEL, Ausgewählte Reden, Bd. I, 1970, S. 59–110).

86 Über Tauscher und seine Gruppe in Augsburg, R. DLUBEK, 1964, S. 497 und S. 784.

87 Siehe GESCHICHTE DER FRANKFURTER ZEITUNG, 1911, S. 187.

88 Nachlaß Streit, V, S. 68–70, Brief v. 2. 1. 1863. „Nun ist aber, meines Erachtens, die Behauptung, daß der Arbeiterstand zur Herrschaft über die übrigen Stände berufen sei, gar nicht einmal richtig“: Lassalle würde sich ihr widersetzen „wenn die Proletarier hinter

stimmung, was „ungerechter Druck“ sei, den Arbeitern überließ; Sonnemann wollte damit weiterhin die Honoratioren der Volkspartei betrauen: das war der Sinn seiner langjährigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Er ging mit den Arbeitern bis Eisenach, denn er wollte sie nicht nur benutzen, sondern sie von der Nützlichkeit der Fürsorge seitens der Volkspartei überzeugen. Deshalb sein konzilianter Ton ihnen gegenüber; deshalb aber auch der besondere Haß der ADAVer gegen ihn.

Als das neue Reich fertig war, kam mit Liebknecht und Bebel die gesamte sozialistische Literatur vor Gericht und wurde verurteilt: Man durfte nicht mehr international sein und die Kommune von Paris nicht mehr gutheißen; gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen durfte man nicht mehr agitieren, d.h. nichts war verboten, aber alles verpönt. Der Reiter saß auf hohem Roß und konnte auch reiten, nur war ihm die Richtung vorgeschrieben. Solange der Staat noch unfertig war, war es anders. Der Norddeutsche Bund und der ihm zugeordnete Zollverein galten zwar als bedingt notwendig, weil sie die wirtschaftliche Entwicklung garantierten, aber auf dieser Grundlage waren viele Möglichkeiten offen. Deshalb waren die Nationalliberalen politisch so erregt, denn sie wollten die volle Einigung, wie sie tatsächlich zustande kam, aber die Bismarck nicht garantierte. Es gab verschiedene Varianten zu einer möglichen Entwicklung auf der gegebenen Grundlage, mit oder ohne einen Südbund. Ein Krieg mit Frankreich zum Zweck der Einigung war eine der Möglichkeiten, aber es gab auch andere. Es ist voreilig, zu behaupten, daß es nach Königgrätz nur eine Einbahnstraße zur deutschen Einigung gab. Wilhelm Liebknecht hat zwischen Königgrätz und Sedan andauernd nach Alternativen Ausschau gehalten und wurde deshalb von Marx und Engels für urteilsschwach gehalten. Er hat an den nur scheinbar defensiven Charakter des deutschen Krieges gegen Frankreich nicht geglaubt, weil er sein Produkt, die deutsche Einigung in der gegebenen Form nicht wollte. Sein verzweifelter Bestreben, die Verbindung zur Volkspartei nicht abbrechen zu lassen, hat hier ihre Wurzel. Er wußte, daß in der reichsdeutschen Einigung nach dem Rezept der Nationalliberalen Kräfte frei werden würden, denen keine Gewalt von innen und außen gewachsen war. Marx und Engels haben die Entwicklung des Reiches mit dem Maßstab von England und Frankreich gemessen und sind dadurch irregeführt worden, bis es zu spät war. Die hervorgehobene Teilnahme von schweizerischen und österreichischen Delegationen an den Kongressen von Eisenach (1869) und Stuttgart (1870) demonstrierte die Auffassung der Liebknechtschen Arbeiterpartei von der Unfertigkeit Deutschlands. Dazu gehört auch die Bestimmung Wiens als Sitz der Kontrollkommission, die allerdings schon auf dem ersten Parteitag zu Stuttgart aufgehoben werden mußte.⁸⁹ Das Bestehen von Alternativen und ihre Erforschung bewies die Unfertigkeit Deutschlands von 1871 und nimmt dem Verlauf der Geschichte den Charakter des Zwangsläufigen und deshalb Eintönigen.

Königsmauern“ usw. sie „beherrschen wollten“. Ein Brief vom 12. 2. 1863, den B. BECKER, Der große Arbeiter-Agitator, 1863, dort bringt (S. 15 f.), spricht sich entschieden und weniger konziliant gegen Lassalle aus.

89 Statt Wien wurde Hamburg, die Hochburg des ADAV, mit der Kontrolle der Partei betraut. Österreich als Teil Deutschlands verschwindet aus der deutschen Arbeiterbewegung. Großdeutschland blieb „Ideologie“.

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

„BÜRGER SIND WIR ALLE“

Einheit und Freiheit waren die lockeren Rahmenbegriffe, in deren Zeichen der Deutsche Nationalverein das deutsche Bürgertum konstituieren wollte.¹ Unter Bürgertum verstand er denjenigen Teil des Volkes, der durch Bildung und Besitz sich zu dessen Vertretung legitimiert hatte und bereit war, die Verantwortung, die damit verbunden war, zu tragen. Der Begriff Bürgertum war somit noch nicht zu einem Klassenbegriff geworden, wenn er auch auf dem Wege war, es zu werden. Wer über Bildung und Besitz verfügte, aber sie nur genießen wollte, war ein Bourgeois, aber kein Bürger. *Einheit* bedeutete den territorialen Rahmen des Gebietes, den die geschichtliche Entwicklung allen zivilisierten Völkern bereitgestellt hatte, der den Deutschen aber nur im Deutschen Bund potentiell zur Verfügung stand, weil sie durch eine Sonderentwicklung verhindert waren, geschichtlich Mögliches zu realisieren. Deswegen war eine deutsche Vormacht geboten, die Einigung zu vollziehen. Unterstellt wurde, aber nicht verbindlich festgelegt, daß diese Vormacht Preußen zu sein hatte. *Freiheit* bedeutete eine rechtlich anerkannte Vertretung des Bürgertums, mit der die zu schaffende Zentralgewalt sich beriet, um diesen Rahmen zum Besten des Volkes auszufüllen. *Volk* war hier der „Dritte Stand“: Städter und Landbewohner, die vorläufig noch den beiden ersten Ständen (der geschichtlichen Entwicklung nach Geistlichkeit und Adel) gehorchten und bei Wahlen ihnen ihre Stimme gaben, aber auf dem Weg waren, sich durch das Bürgertum vertreten zu lassen. Es gab außerdem in den Städten eine Unterschicht, die als „Vierter Stand“ bezeichnet wurde und eine „soziale Frage“ darstellte, die als eine Art

1 Soweit das Kapitel Rückblick und Zusammenfassung sein will, sind Anmerkungen nicht am Platz; soweit es Ausblicke vermitteln will, kann es nur Andeutungen geben. Nach der Selbstkritik des Liberalismus, die darauf hinausging, daß es Vermessenheit war, daß das Bürgertum überhaupt politisch handeln wollte, kam die mildere Kritik im Stil Raabes, die die Naivität hervorhob, große Entscheidungen herbeiführen zu wollen, wo das doch anerkanntermaßen Sache der großen Staatsmänner ist. Das Kaiserreich erlebte noch eine weitere Stufe, die sich darauf besann, daß das Überspringen der Selbsttätigkeit des Bürgertums bei der Reichseinigung (Einheit mit Freiheit) in Reich und Gesellschaft Strukturmängel verursacht hat und ein entwickelter Staat ohne ein politisches Bürgertum nicht auskommen kann. Eine Nationalvereinsrenaissance war die Folge. Es ging nicht darum den Nationalverein nachzuahmen, sondern seine Problematik neu zu durchdenken, was eine andere Haltung zum Parlamentarismus, zum Linkliberalismus und zur Arbeiterbewegung zur Folge hatte. In Hermann Onckens Biographien von Bennigsen und Lassalle, die beide dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts angehören, sehe ich die unbefriedigte Sehnsucht nach Erneuerung des politischen Bürgertums, die bei Oncken noch stark der Bismarckideologie verhaftet ist, sich aber bei Friedrich Naumann und Max Weber von ihr befreit.

von sozialer Krankheit anzusehen war; und man hoffte, diese Unterschicht durch Belehrung zu Bildung und durch Sparen zu Besitz zu bringen, die Einzelnen in kleinem Maßstab zu Bürgern – zu Kleinbürgern –, zu machen. Das war dann die Sorge verantwortlicher Mitglieder des Bürgertums.

Die Verwirklichung dieses Schemas schien einfach und einleuchtend, weil Preußen seit der Regentschaft Wilhelms einen gewissenhaften Herrscher hatte, der ausgezeichnet dazu zu passen schien, Preußen in die Rolle einer führenden Macht zu bringen. Er hatte zu diesem Zwecke nur eine Variante der schon seit 1849 rechtlich bestehenden Reichsverfassung in Kraft zu setzen. An ihrer Erfurter Version hatte schon sein Bruder Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1850 mitgewirkt. Es schien, als würde man bald am Ziel sein, wenn eine Elite von patriotisch gesinnten Bürgern bewußt für eine einheitlich konzipierte Lösung in der Öffentlichkeit wirkte, also in den bestehenden Parlamenten, in Vereinen, Zeitungen und Zeitschriften. Um der nationalen Agitation Nachdruck zu verleihen, war es nötig, eine zentralgeleitete Mitgliedschaft in Form einer Organisation zu bilden, die im Volk wirkte. Die Mitgliedschaft würde auch durch ihre Beiträge die Mittel zur Beeinflussung von Zeitungen und Zeitschriften bereitstellen. Diese „nationale Partei“ sollte ein entsprechendes Statut in der Form eines „Nationalvereins“ erhalten.

Das hier dargestellte Konzept propagierte am beredtesten Schulze-Delitzsch seit der ersten Eisenacher Beratung im Jahre 1859. Man sollte meinen, einer erstrebten „nationalen Partei“ entspräche der lockere Begriff eines „Vereins“ nicht, aber er kam doch auf, weil dieses scheinbar einfache Konzept in Wirklichkeit kompliziert war: Der Regent Wilhelm ließ bald verlauten, daß er die Führerstellung nur unter Wahrung des Status quo im Deutschen Bund auszuüben bereit sei. Nichts deutete darauf hin, daß Preußen bereit sei, ein Parlament in irgendeiner Form einzuberufen. Der Prinzregent zeigte keinerlei Neigung zu der Politik seines Bruders Friedrich-Wilhelm IV., Österreich in einen weiteren Bund abzudrängen, und viele Sympathisanten einer Nationalen Partei waren entschieden dagegen, den Ausschluß der Deutschen Österreichs aus einem Deutschland der Zukunft zu erwägen. Sie verlangten vielmehr statt einer „nationalen Partei“ einen „nationalen Verein“ zwecks Diskussion und Meinungsbildung. Dieses Zusammenkommen zu Vereinen, „Tagen“ und Kongressen war überhaupt die damals übliche Form der öffentlichen Tätigkeit, besonders in Süddeutschland, aber nicht nur dort. Man kannte wohl geschlossene Beratungen von Honoratioren mit geheimzuhaltenden Beschlüssen und als Resonanzboden offene Versammlungen und Vereine, an denen jeder teilnehmen konnte, aber keine zentral geleitete Partei, die zugleich offen war. Dazu neigten aber die beiden Eisenacher Zusammenkünfte, deren Vorschläge auf der Frankfurter Gründungstagung des Nationalvereins indessen abgelehnt wurden, und schon beinahe zum Scheitern der Initiative geführt hätten, wenn Schulze-Delitzsch nicht das Zwittergebilde eines „Nationalvereins“ erfunden hätte, der Partei und Verein zugleich war und Anhänger beider Prinzipien umfaßte. Vom Tage der Gründung zu Frankfurt 1859 bis zur Tagung zu Frankfurt 1865 hat dieser Zwiespalt den Nationalverein beherrscht und alle seine Verlautbarungen vieldeutig gemacht, wobei die regionale Interpretation der Entscheidungen bis zur Unkenntlichkeit differierte. So heterogen der Nationalverein in seinen Meinun-

gen und Resolutionen auch war (obwohl sie von einer nationalparteilichen Mehrheit redigiert wurden), so eindeutig waren sie in der Rückschau aus der Sicht des Deutschen Kaiserreichs, von der die Geschichtsschreibung sich noch heute nicht ganz befreit hat: Nicht nur daß die nationalparteiliche Mehrheit zum einzigen Ausdruck der Meinung des Vereins gemacht wird, selbst die in ihm vorherrschende Zielsetzung wird verkürzt dargestellt, als sei ihr alles gleich gewesen, insoweit nur die preußische Zentralgewalt zu ihrem Recht kam. Sicher wollte die Mehrheit das, aber sie wollte auch die bürgerliche Freiheit in diesem Staat der Zukunft; sie wollte in ihm auch ihren bürgerlichen Führungsanspruch gesichert wissen. Sie wollte vor allem auch den bundesstaatlichen Aufbau des Reichs, der die partikularen Vaterländer weitgehend schonte. Wenn wir das übersehen, so werden wir die Annahme der Reichsverfassung von 1849 mit Grundrechten und demokratischem Wahlgesetz so wenig verstehen wie den Kurs, den der Nationalverein in der Frage von Schleswig-Holstein einnahm. Aus der Sicht des neuen Reichs werden die Kompromisse der Vereinsmehrheit mit den Anhängern des demokratischen Vereinsprinzips nur als Schwäche gegenüber den unverständlichen Eigenheiten gewisser „Stämme“ gedeutet und nicht als die Notwendigkeit, das Bürgertum erst als Einheit zu konstituieren, um dann diese Einheit als verbindlich für das ganze Volk hinzustellen. Deshalb mußte der Nationalverein als Sammlungsbewegung auftreten, und die Kompromisse, die er einging, waren notwendig. Die Bereitschaft zu Kompromissen war auch geschichtlich geboten, wie es die Reichsverfassung von 1849 verlangte, die grundsätzlich ein Kompromiß war und deshalb mehrheitlich und rechtlich ins Leben treten und als Vorbild dienen konnte. Nach dreijährigen Auseinandersetzungen um Zentralgewalt und Parlament im Nationalverein kam man im Jahre 1862 überein, daß es das Beste und Einfachste sein würde, wenn Preußen als Zentralmacht diese Verfassung von Kompromissen (nach innen zwischen Demokraten und Konstitutionellen, nach außen zwischen Bürgertum und den Staatsoberhäuptern) als Grundlage des kommenden Parlaments annehmen und einführen würde; zeitgemäße Verbesserungen konnte dann das Parlament beschließen. So hatte der Nationalverein endlich die notwendige Basis für die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums erreicht. Auf Grund dieses Beschlusses kam er auch zahlenmäßig zu seiner größten Entfaltung und war eine moralische Macht geworden. Er geriet zugleich in eine Dauerkrise, da Preußen gar nicht daran dachte, sich für die Konstituierung Deutschlands durch die Reichsverfassung einzusetzen, und der Krieg mit Dänemark bewies, daß es mit seinen militärischen Erfolgen spezifisch preußische Ziele verfolgte und sich keineswegs zur deutschen Zentralmacht von außen einsetzen lassen wollte, sondern es den übrigen deutschen Staaten offenließ, sich seiner Führung anzuschließen, wenn sie dazu eingeladen werden würden. Die Behandlung der Herzogtümer Schleswig und Holstein wies mehr auf den großpreußischen Einheitsstaat hin als auf den deutschen Bundesstaat der Zukunft.

Hätte Preußen die Initiative ergriffen, Deutschland mit Hilfe der Reichsverfassung von 1849 zu einigen, hätte das Bürgertum, wie es im Nationalverein zusammengekommen war, vermutlich dem zugestimmt; aber da Preußen in ganz anderer Richtung operierte, brachte der Kompromißcharakter der Verfassung es dahin, daß sich beide Grundrichtungen im Verein, des Kompromißcha-

rakters bewußt, auf die Grundlagen ihres Anteils am Kompromiß zurückzogen. Die *Konstitutionellen* versuchten Preußen zu überreden (wie man sich damals ausdrückte, es durch die öffentliche Meinung zu zwingen), an die Vorgänge von Erfurt 1850 anzuknüpfen, als die damaligen Konstitutionellen sich in Gotha versammelten, um durch die preußische Führung zum Ziele zu gelangen (weswegen die Konstitutionellen der 60er Jahre von ihren Gegnern immer „Gothaer“ benannt wurden, was einer Beschimpfung gleichkam); die „Demokraten“ dachten an keine „Vereinbarung“ der Verfassung, weshalb Preußen angesichts der *rechtlich schon bestehenden Verfassung* nicht anzurufen war. Es galt nur, nach dem Wahlgesetz Parlamentswahlen auszuschreiben. Das Ausschreiben der Wahlen konnten der Nationalverein oder Vertreter der Einzelparlamente unternehmen. Erst das gewählte Parlament konnte dann Preußen die notwendigen Aufgaben übertragen, wie es schon eine Resolution des Nationalvereins 1860 ausgesprochen hatte.

Wenn die Konstitutionellen nunmehr die Gothaer waren, so waren die Demokraten von 1849 jetzt die „Volkspartei“: Diese Bezeichnung war jedenfalls unverfänglicher.

Daß die Vertretung des Volkes eine Sache der Elite von Bildung und Besitz sei, war rechts und links, Gothaern und Volksparteilern gemeinsam, der Unterschied war graduell. Die Volkspartei wollte für ihre Honoratioren das Mandat ihrer Würde als Volksvertreter von öffentlichen Versammlungen und Vereinen erhalten, während die Gothaer ihr Mandat von geschlossenen Treffen der Honoratioren empfangen und nur bei feierlichen Gelegenheiten vor Vereinen und Versammlungen erschienen. Der geschlossene Kreis von Honoratioren war dann die Gesinnungsgemeinschaft, oder die „Partei“.

Die Unterschicht des Vierten Standes machte kein Umdenken bei den Honoratioren notwendig: Das „Proletariat“, wie der Vierte Stand auch gern genannt wurde, war eine Art Fehlleistung der Gesellschaft; durch Belehrung und durch Sparen war es zu resorbieren, das mochte dauern, war aber kein Dauerzustand. Die Lehre von den drei Ständen reichte zurück bis ins Mittelalter. Der Vierte Stand war eine neue Erscheinung, und die neue Wissenschaft von der Volkswirtschaft zeigte den Weg zur Resorption: Schon einige Jahre kamen Volkswirtschaftler, die auch zum großen Teil dem Nationalverein angehörten, zu diesem Zweck zusammen. Schulze-Delitzsch hatte gezeigt, wie dem Dritten Stand der Handwerker zu helfen war; er würde nun zeigen, wie sich die besitzlosen Handarbeiter zu gebildetem und besitzendem kleinen Mittelstand machen ließen.

Ganz anders argumentierte Lassalle, der mit den bekannten Demokraten Bucher und Franz Duncker Beziehungen unterhielt und mit Fedor Streit und seinen Mitarbeitern Kontakt aufnahm. Er sprach nicht mehr vom Arbeiterstand als einem temporären Vierten Stand, der in den Dritten zu resorbieren sei, sondern als einem chronologisch letzten Stand, der alle Oberschichten auffangen würde; der das eigentliche Volk sei und daher dazu bestimmt, als Stand der Zukunft, die Gesellschaft zu beherrschen. Die Herrschaft in der Gesellschaft war welthistorisch chronologisch geordnet: Das Mittelalter gehörte den beiden ersten Ständen, die Gegenwart dem Dritten und die Zukunft, deren Morgenröte schon zu sehen sei, – dem Vierten.

Diese Gedanken gehörten zu einer fremden Welt, übten aber auch auf die deutschen Arbeiter einen merkwürdigen Zauber aus, wie sich erwies, als eine Gruppe deutscher Arbeiter, die der Ausschuß des Nationalvereins zu Lern- und Bildungszwecken zur Weltausstellung nach London im Frühjahr 1862 geschickt hatte, von dort zurückkam und einen Arbeiterkongreß plante, um ihre Interessen zu besprechen. Die Berliner Ausschußmitglieder des Nationalvereins mit Schulze-Delitzsch an der Spitze, hatten alle Mühe, einen zentralen Kongreß von Berlin fernzuhalten und ihn in das mehr abgelegene Leipzig zu verlegen, aber sie konnten nicht verhindern, daß die Initiatoren mit Lassalle zusammenkamen, und er ihnen vorschlug, eine Arbeiterpartei zu gründen, deren Organisation dem Nationalverein nachgebildet war. Im Frühjahr 1863 erschien Lassalles Manifest, das nicht nur die Herrschaft des Arbeiterstandes verkündete, sondern die überkommenen Konzepte über die Rolle des Bürgerstandes über den Haufen warf. Das Leipziger Komitee entschied sich für Lassalle und die Arbeiterpartei, die am 23. Mai als ADAV ins Leben trat. Selbst der Name war dem Nationalverein nachgebildet, der ja auch unter dem Namen des Vereins eine Partei sein wollte, nämlich die Nationalpartei. Um gegen das Leipziger Komitee und Lassalle anzukämpfen, erschien durch den Geschäftsführer Streit im Kontakt mit dem Ausschuß des Nationalvereins mit dem Jahresbeginn 1863 eine Zeitung, die sich an den Arbeiterverein zu Coburg anlehnte und deshalb zuerst „Coburger Arbeiterzeitung“ hieß, bald danach ihre allgemeine Bedeutung durch den Namen „Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung“ andeutete.

Durch Lassalles eigene Aussagen, durch die analoge Form der Organisation, durch den konzentrierten Angriff auf Schulze-Delitzsch und die Volkszeitung von Franz Duncker gab Lassalle dem ADAV den Charakter eines Nationalvereins der Arbeiter; durch seine Angriffe auf die Arbeiterzeitung (ADAZ) und die Unterminierung der Zentrale des Nationalvereins in Coburg, in der der Streit-Kreis immer mehr die Haltung wohlwollender Neutralität gegen Lassalle und den ADAV annahm, wurde der ADAV zum Anti-Nationalverein. Als Gegenzug unterstützte der Nationalverein die Bildung eines Gegen-ADAV, indem er die Vergesellschaftung der bisher isolierten Arbeiterbildungsvereine zu dem Vereinstag Deutscher Arbeitervereine (VDAV) förderte und geldlich unterstützte.

Die Dynamik von Zug und Gegenzug hatte ihre Eigengesetzlichkeit und brachte überraschende Resultate: Im VDAV entstand eine Bewegung zur Dezentralisation, d.h. zum Abgehen von dem strengen Parteiprinzip zum freieren Vereinsprinzip, und umgekehrt in der VDAV-Bewegung die Neigung, vom losen Vereinsprinzip zum disziplinierten Parteiprinzip überzugehen, so daß Teile der ADAVer und VDAVer sich in Eisenach im Jahre 1869 vereinigen konnten.

Die Führung im VDAV fiel zum größeren Teil den Vertretern der volksparteilichen Opposition im Nationalverein zu, die Minderheit im Nationalverein besaß also die Mehrheit im VDAV. Das bewies sich, als im Jahre 1868 der VDAV sich spaltete und sich eine nationalliberale Minderheit von der volksparteilichen Mehrheit trennte.

Der VDAV war ins Leben gerufen, um der Politisierung isolierter Bildungsvereine durch zentral gelenkte Bildungstätigkeit zuvorzukommen, aber die Zen-

tralisierung förderte die Politisierung. Der ADAV war von Anbeginn eine Arbeiterpartei; der VDAV wurde es, als seine volksparteilichen Führer wie Sonnemann, Wirth und Hirsch durch inspirierte Arbeiterführer abgelöst wurden. Der VDAV endete als Arbeiterpartei, die nur in einem losen Bündnisverhältnis zur Volkspartei stand.

Die Arbeitervereine waren für den Nationalverein bis zum Jahre 1862 Nebenorganisationen wie die Wehr- und Turnvereine. Das gilt für die Nationalpartei wie für die demokratische Opposition in gleichem Maße. Vom Jahre 1863 ab wurden sie der wichtigste Faktor in ihrer Entwicklung, weil die Arbeitervereine des VDAV zahlreicher und beständiger waren als die bürgerlichen Vereine und beachtet werden mußten, besonders von der linken Opposition der Volksvereiner. Ohne sie konnte außerhalb Württembergs, dessen Volksvereine eine Sonderstellung einnehmen, keine effektive Volkspartei entstehen; umgekehrt wurden etwa in Sachsen, wo die Arbeitervereine für die Volkspartei gewonnen werden konnten, die einzigen spektakulären Erfolge einer Volkspartei erzielt.

Als die Eisenacher Beratungen im Jahre 1859 die Gründung der nationalen Partei beschlossen, mußten sie eine Volkspartei mit Vereinsvorstellungen in Rechnung stellen. Deshalb wurde keine *Nationalpartei* gegründet, sondern der *Nationalverein*, aber das Entstehen einer Arbeiterpartei in seiner unmittelbaren Nähe und im Kontakt mit ihm hatte niemand vorhergesehen. Das Bürgertum als alleinige parteibildende Kraft war bei allen Initiatoren so selbstverständlich, daß das Auftreten einer Arbeiterpartei ihnen unnatürlich vorkam. Deswegen der Haß gegen den Eindringling Lassalle, der zugleich Fremdling war.

Die vorsichtige Sozialisierung der Arbeiterbildungsvereine in der Form von Vereinstagen, wie sie der Frankfurter Sonnemann-Kreis im Juni 1863 angenommen hatte, hatte zum intensiven Verband und von da zum eigenen politischen Programm zu Nürnberg 1868 geführt; von da bis zur unabhängigen Arbeiterpartei war der Weg nur kurz, und er wurde im Laufe eines Jahres zurückgelegt. Die Trennung von den nationalliberal eingestellten Vereinen, die eine direkte Folge von der Annahme eines politischen Programms war, bedeutete noch keine Trennung von der Volkspartei, erregte aber den Haß der Nationalliberalen und zugleich den Argwohn des rechten Flügels der Volkspartei: Als sich die Arbeiterpartei als solche bezeichnete und Gleichstellung als Bündnispartner verlangte, wurde das als Anmaßung abgelehnt. Im neuen Reich war auch bei der Volkspartei der Haß gegen die Arbeiterpartei als Helfershelfer der Brandstifter der Kommune und als Kommunisten vorherrschend.

Die Reichseinigung, die seit Königgrätz im Gange war, hatte überraschenderweise das Kopfwahlrecht gebracht, das auch die Ungebildeten zu einem politischen Faktor machte. Die Nationalliberalen konnten dagegen nicht offen auftreten, ohne auch ihren kleinen Anteil am Einigungswerk zu gefährden, denn sie hatten sich unbedacht auf das Wahlgesetz als zur Reichsverfassung gehörig verpflichtet, um ihre inneren Gegensätze auszugleichen, ohne zu bedenken, daß jemand sie beim Worte nehmen würde. Wenn Bismarck, wie alle vorhergehenden preußischen Politiker, nicht bereit war, die preußische Führerstellung aus den Händen des Nationalvereins und unter dessen Bedingungen zu empfangen, so war er doch bereit, die Reichsverfassung soweit anzuerkennen, daß er sich

auf das demokratische Wahlgesetz berief. Diesen einzigen Erfolgspunkt in seinem Wirken konnte der Nationalverein mithin nicht zurückweisen. Bismarck nahm an, daß zunächst die Gutsbesitzer vom Kopfwahlrecht profitieren würden, da sie Wege wußten, ihre Arbeitskräfte zu beaufsichtigen und zu beeinflussen; das gleiche galt, oder würde gelten für die wachsende Zahl von Arbeitgebern und würde dem Bürgertum zugute kommen, aber sobald besondere Arbeiterparteien mit Selbstbewußtsein auftraten, war jede Berechnung fragwürdig. Da die Abstimmung auf dem Land sich weitgehend dem Einfluß des Bürgertums verschloß, kam es nunmehr verstärkt auf die Wähler in der Stadt an, und die Kombination von Kopfwahlrecht und Arbeiterpartei mußte das Konzept eines dominanten Bürgertums, mit dem der Nationalverein angetreten war, als überlebt hinstellen. Haß charakterisierte deshalb die Reaktion der Nationalliberalen wie der Volkspartei auf die wachsende Arbeiterpartei. Der theoretisch wichtige Beschluß der Internationale über das Recht der Gesellschaft, Grund und Boden zu enteignen, war nur der Anlaß, um gegen die Arbeiterpartei den Vorwurf des Kommunismus zu erheben.

Durch das unerwartete Auftauchen einer Arbeiterpartei im Jahre 1863 im Gefolge der Anerkennung der Verfassung von 1849 war das optimistische Konzept einer politischen Konstituierung des Bürgertums, um die Einigung durchzuführen, ins Wanken gekommen. Nicht nur, daß eine Arbeiterpartei unter dem Namen Arbeiterverein tatsächlich ins Leben trat, so schickten sich ihre Führer an, in den Nationalverein massenweise einzutreten, um ihn zu erobern, und wurden zudem dabei von naiven Demokraten unterstützt. Als Dammer, der Führer der radikalsten Arbeiter in Leipzig Schulze-Delitzsch wegen des Beitritts der Arbeiter interpellierte, war das ein Signal, und wenn sich Schulze dabei auch blamierte und den ADAVERN Agitationsstoff lieferte, hatte er doch die Gefahr einer Massenüberschwemmung vom Nationalverein abgewendet. Nach seiner Antwort war es klar, daß der Nationalverein vielleicht einzelne Arbeiter, aber keine organisierte Masse aufnehmen würde. Mit organisierten Arbeitern würde nicht mehr diskutiert, sondern gekämpft werden. Die locker organisierten Arbeiter des VDAV schienen als Außenorganisation des Nationalvereins die Gefahr, die vom ADAV kam, abzuwenden, aber die Linksentwicklung des VDAV, die spätestens nach 1865 einsetzte, komplizierte die Sachlage ungeheuer. Die für die radikale Mehrheit günstige Abspaltung der nationalliberalen Minderheit im VDAV im Jahre 1868 war gefährdend, aber diese Mehrheit hielt sich immerhin noch im Rahmen der bürgerlichen Volkspartei. Erst der nächste Schritt brachte das Konzept eines von Natur aus führenden Bürgertums ins Wanken: Eine auch intellektuell bedeutende Anzahl an Dissidenten des ADAV vereinigte sich 1869 zu Eisenach mit dem radikalisierenden VDAV zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und verpflanzte die Organisationsprinzipien des ADAV in die neue Partei² zusammen mit den letzten theoretischen

2 Die Diktatur des Präsidenten im ADAV war die spektakuläre Eigenheit des ADAV, und Lassalle hat auf sie besonderen Wert gelegt wegen der politischen Machtträume, denen er ergeben war, aber im ADAV war sie immer umstritten und zur Zeit Schweitzers nur für kurze Zeit effektiv (1868–1870). Die unumstrittenen Vorzüge der Lassalleschen Organisation waren die periodischen Mitgliedsbeiträge, die Pflicht zur Agitation, die regelmäßigen Zusam-

Verbesserungen die von Marx kamen.³ Von jetzt an gab es in den Augen des Bürgertums nur die eine revolutionäre Partei, die gefährdende Masse. Nachdem der Kriegsausbruch 1870 der Volkspartei jede Selbständigkeit genommen hatte, blieben nur die Arbeiterparteien (die nur auf die passende Gelegenheit warteten sich zu vereinigen) und die Nationalliberale Partei: diese Parteien haben ihre Gegensätze unter verschärften Bedingungen ins neue Reich übertragen.

Im Nationalverein bestand axiomatisch der Glaube, daß das Bürgertum, wie er es vertrat, zum Gelingen des Einheitswerkes notwendig sei. Die Verselbständigung der Arbeiterbewegung schwächte dessen Position beim Werben um seine aktive Teilnahme. Bismarck und sein Ratgeber Hermann Wagener durchschauten den Schwächungsprozeß der Liberalen, und ihre Tuchfühlung mit den zünftlerischen Handwerkern und dem preußischen Volksverein bestärkten sie in ihrer Skepsis bei der Bewertung der „großen liberalen Partei“. Um sein preußisch-deutsches Einigungswerk in Gang zu bringen, brauchte Bismarck das Bürgertum nicht, weder im Nationalverein noch im Preußischen Abgeordnetenhaus: Das hat er bei dem autoritativen Stil der Errichtung des Norddeutschen Bundes demonstrativ hervorgekehrt. Um aber das Einigungswerk in seiner spezifischen Form im öffentlichen Bewußtsein zu verankern, brauchte er die Vertreter des Bürgertums. Auch das hat er demonstrativ durch seine lebhaften Beziehungen zu den bürgerlichen Parlamentariern und zu ihren Vertretern in der Presse zu derselben Zeit bewiesen. Es gilt das Paradox richtig zu bewerten, daß die Parteiungen, die aus dem Nationalverein hervorgingen, im gleichen Maß überflüssig wie lebenswichtig waren. Wenn sich Bismarck bei der Einführung des demokratischen Wahlrechts auf die Reichsverfassung vom Jahre 1849 berief, war das in Wahrheit eine Verbeugung vor dem politischen Bürgertum, wie es der Nationalverein sozialisiert hatte. Er dachte bei dem neuen Wahlrecht in erster Linie an die günstigen Wahlergebnisse, die er voraussah, aber zugleich gab er mit ihm dem nationalen Bürgertum ein Instrument zur Bekämpfung der Mainlinie in die Hände.

Im Jahre 1869 war es das letzte Mal, daß das Bürgertum Aussicht hatte, durch seine Willensäußerung die öffentliche Meinung und danach auch die Regierungen zu beeinflussen und nicht nur Entscheidungen von oben entgegenzunehmen. Die Volkspartei stemmte sich mit aller Kraft gegen die propreußischen Reformen im Militärwesen der Südstaaten und propagierte dagegen das Milizsystem⁴. Sie hatte seit der Einführung des demokratischen Wahlrechts sowohl bei den Zollvereinswahlen wie bei den Landtagswahlen gut abgeschnitten (1868) und war in Koalitionsverhandlungen mit den Regierungen der Südstaaten einge-

menkünfte, also alles was im Nationalverein angelegt war, aber im ADAV konsequenter und durchdachter verwirklicht wurde.

3 Das ökonomische Hauptwerk im ADAV, der „Bastiat-Schulze“ (1864), wurde durch das Hauptwerk von Marx, „Das Kapital“ (1867), vor Ende des Jahrhunderts verdrängt. Als Begründung der Ausbeutung diente jetzt nicht das Eherne Lohngesetz von Lassalle, sondern der Mehrwert von Marx. Wichtiger ist die zeitgemäße Ablösung der Produktivassoziationen mit Staatskredit durch die Organisation von Gewerkschaften, die bei der SDAP reibungsloser verlief als im ADAV. Siehe A. HERZIG, 1979, S. 259–236.

4 Siehe D. LANGWIESCHE, Liberalismus, 1974, S. 410–423 und A. RAPP, Die Württemberger, 1910, S. 289–332.

treten. Sie versuchte auch den Eintritt des Schutzverhältnisses zu Preußen in den Einzelstaaten im Kriegsfall abzuwenden, um in die Verwicklungen mit Frankreich nicht hineingerissen zu werden. Die norddeutschen Nationalliberalen wirkten dem entschieden entgegen, indem sie die Zusammenarbeit mit den Nationalliberalen in allen süddeutschen Staaten verstärkten. Es kam zu Beratungen der süddeutschen Nationalliberalen untereinander und mit Delegationen der Norddeutschen⁵. Im ganzen gesehen waren sie erfolgreicher als die Volkspartei. Sie machten „moralische Eroberungen“ mit dem Argument der Ablehnung des Partikularismus. Als dann die Regierungen der süddeutschen Staaten eine nach der anderen dem Eintritt der Schutzverpflichtungen des Militärbündnisses mit dem Norddeutschen Bund für gegeben ansahen und ihr Militär aufriefen, war die Zeit begrenzter Handlungsfreiheit für das Bürgertum abgelaufen. Um den Preis eines langen und blutigen Krieges war die Entscheidung für die Reichsgründung gefallen. Die Mainlinie war überschritten.

Nach dem Krieg war vom ehemaligen Bildungs- und Besitzbürgertum nicht mehr die Rede: Die Nationalliberalen treten als Klassenpartei auf, die in ihren Reihen widerstrebende Interessen ausgleicht und gegen die Reichsfeinde verteidigt. Die Volkspartei sank zur Splitterpartei ab, die sich mit Sonnemann als ihrem einzigen Vertreter im Reichstag für Jahre hinaus begnügen mußte. Wenn dieser in alter Volksvereinstradition sich gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen stemmte, so gehörte er nicht mehr zum Konsensus der herrschenden Klasse, sondern mit den Sozialdemokraten zu den Reichsfeinden. Daß Elsaß-Lothringen „Reichsland“ wurde und nicht unter den Partikularstaaten aufgeteilt wurde, war ein Beweis für die Realität der Reichsgründung⁶. Das Motto war weniger „Durch Einheit zu Freiheit“, als „Durch Einheit zu Macht“ und entsprach der neuen Lage.

Nach dem Konsensus der Arbeiterparteien – die Nation betreffend – wurde nicht gefragt. Daß sie gegen den Erwerb des Reichslandes waren, war selbstverständlich nachdem sie die Mordbrenner der Kommune unterstützt hatten. Das neue Freund-Feind-Verhältnis verlangte Tuchfühlung der Nationalliberalen nach rechts, wo viele Großbürger beheimatet waren, die die Abscheu vor den „vaterlandslosen Gesellen“ mit ihnen teilten: Die Zeit der Kompromisse, um das Bürgertum zusammenzuhalten und keinen Gegensatz zu den Arbeitern aufkommen zu lassen, war zusammen mit dem Nationalverein vorüber und vergessen.

Als es darum ging, die Elbherzogtümer für Deutschland zu erwerben, hatten sich damals Bennigsen und Miquel darum bemüht, eine gemeinsame Formel zu finden, die alle befriedigte und keinen Schaden nach innen und außen verursachte; bei dem Erwerb von Elsaß-Lothringen spielten solche Überlegungen

5 Dargestellt durch Briefe und Aussagen rechter Liberaler bei H. ONCKEN, Rudolf von Bennigsen II, 1910, S. 151–212.

6 Die Teilung Elsaß-Lothringens zwischen den süddeutschen Anrainern hätte die Mainlinie betont; der Anschluß an Preußen hätte die unharmonische Zusammensetzung des Norddeutschen Bundes verewigt, so daß dann doch ein Großpreußen entstanden wäre. Der Begriff „Reichsland“ betonte, daß das neue Reich eine eigenständige Bedeutung hatte. Das Vorbild Schleswig-Holsteins wurde nicht nachgeahmt; zur weiteren Entwicklung des „Reichslandes“ vgl. Hermann HIERY, Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871–1918. Düsseldorf 1986.

keine Rolle mehr, nur Machtgewinn, über den nicht das Parlament entschied sondern Regierung und Militär. Der Sinn für Politik nach innen und außen war abgestumpft. Dem entsprach, daß der Kompetenzkatalog des Norddeutschen Bundes in etwas erweiterter Form für den Reichstag maßgeblich blieb. Für die Politik war er nicht verantwortlich, eignete sich aber als Forum, die Ansichten der Regierung zu propagieren. Das Bürgertum organisierte sich in „pressure groups“ um die Politik zu beeinflussen, aber die Politik machte die Regierung. Der Nationalverein war einst als politische pressure group entstanden, der nach Teilnahme an der Politik strebte. Dieses Streben hatte er aufgegeben und seine Auflösung war zeitgemäß, aber eine andere und zeitgemäßere politische Organisation war nicht entstanden. Das Bürgertum hat zunächst ihr Fehlen weder beachtet noch bedauert.

Um dieselbe Zeit als das liberale Bürgertum auf Mitgliederpartei, parteieigene Zeitung und Kassenwesen verzichtete, haben Arbeiterpartei und Zentrum ihre Basisorganisationen mächtig ausgebaut und zu Trägern ihrer Parteien gemacht, mit denen sie die lange Zeit ihrer Verfolgungen überstehen konnten. Die Nationalliberalen, um die es hier geht, haben nach der Auflösung des Nationalvereins über nichts Entsprechendes verfügt. Ihre Parteiorganisation der Bismarckzeit hätte für die Neue Ära vor dem Verfassungskonflikt gepaßt, als Parlamentsfraktion und Wahlkomitees entsprechend dem herrschenden indirekten Wahlrecht genügten: Dem direkten Wahlrecht hatten sich die Nationalliberalen kaum angepaßt. Sogar die Fortschrittspartei war ihnen überlegen, da sie noch immer die Reste einer Organisation von Bürgervereinen aus der Konfliktszeit verfügte. Unter dem Schutz Bismarcks waren die Nationalliberalen dem Fortschritt überlegen, aber als er seine Wirtschaftspolitik änderte und sie nicht eifrig und entschlossen genug nachfolgten, zog er von ihnen seine schützende Hand ab, und die Partei ging Spaltung und Dezimierung entgegen, ohne daß eine entschlossene Mitgliedschaft dem Einhalt geboten hätte.

Der organisatorische Zusammenhalt bei Zentrum und Sozialdemokratie war immer Objekt der Bewunderung. In der Sozialdemokratie kann er als Erbe des ADAV gelten, dessen Stolz auf die Vorbildlichkeit seiner Disziplin bekannt war. Stolz auf die eigene „große Fortschrittspartei“ haben auch die preußischen Linksliberalen entwickelt, und ihr Rückhalt bei den Berliner Maschinenbauern hat sich auch im neuen Reich erhalten. Nur die Nationalliberalen haben ihre Massenorganisation, die vor den anderen bestand, verschämt untergehen lassen, ohne den Versuch zu unternehmen, sie umzuformen um von ihr in der Epoche des Massenwahlrechts zu profitieren. Hier liegt zumindest ein Problem vor.

Das Bürgertum konnte mit der Vielfalt seiner Organisationen in jedem kulturellen und wirtschaftlichen Bereich zufrieden sein; an die Lakune im politischen Bereich, die in den westlichen Staaten die politisch aktiven Parlamente ausfüllten, hat es sich gewöhnt. Ja, es war stolz auf die Arbeitsteilung mit Bürokratie und Militär, denn so konnte es sich ungestört dem lukrativen Wirtschaftsschaffen zuwenden und einzelne Idealisten und Querköpfe in seinen Reihen in den Kulturbereich verweisen. Gegen Ende des Kaiserreiches wurde es einer Elite klar, daß Deutschland nur auf gleichem Fuß mit den modernen Staaten konkurrieren könne, wenn der Reichstag sich zu einem politischen Parlament entwickelte: Das entpolitisierte Bürgertum reagierte auf diese Erkenntnis nur zögernd.

Die Jahrzehnte anhaltende Diskussion um das politische Parlament und die Erneuerung des politischen Bürgertums, die Wege und Irrwege seiner politischen Unerfahrenheit und Praxisferne, führen weit über das Thema dieser Untersuchung hinaus, aber der Rückblick ist zu erwähnen, den Wissenschaftler wie Friedrich Naumann, Hermann Oncken, Max Weber oder Friedrich Meinecke auf die deutsche Geschichte seit der 48er Revolution eröffneten, um das politische Bürgertum wieder in das Blickfeld zu rücken. Der Deutsche Nationalverein und die Verfassungskämpfe der 60er Jahre nehmen in diesen Arbeiten eine zentrale Rolle ein.

Ein modernisierter Nationalverein war Naumanns Ideal. Auch wenn sein Anliegen war, die soziale Frage durch den Machtstaat zu lösen – somit ein Problem seiner Zeit –, um die Arbeiter im Bürgertum zu absorbieren, so ist seine Absicht und das einer denkenden Elite, über das „Kommune-Vorurteil“ hinwegzukommen, doch beachtlich. Deren Pionierarbeit hat eine gemeinsame Betrachtung der Bürger- und Arbeiterbewegung ermöglicht, wie sie hier unternommen wurde.

Die Trennung der Arbeiterbewegung vom politischen Bürgertum ist, wie aufgezeigt, ein komplexes Phänomen mit unerwarteten Facetten, kann aber nur verstanden werden, wenn das politische Wollen mit Strukturen und Organisationsvorstellungen richtig kombiniert wird, Gemeinsamkeiten mit Besonderheiten. Das Monopol der Elite von Bildung und Besitz wird dabei erschüttert.

„Bürger sind wir alle“ war die Losung links und rechts: ein Jahrhundert hat es gedauert, bis das eine Wahrheit im sozialen wie politischen Leben geworden ist, der sich niemand mehr entzieht. Das wäre dann die Wiederherstellung des Bürgerbegriffs des 19. Jahrhunderts auf höherer Stufe.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. UNGEDRUCKTE QUELLEN

Zentrales Staatsarchiv, Abteilung I, Potsdam

61 Na 2 Bestand Deutscher Nationalverein, Bände 1–3; 12–14; 22–32

Nachlässe: 90 Ba 3 Bamberger, Ludwig

90 Ba 5 Baumgarten

90 Be 5 Bennigsen, Rudolf v.

90 Str 5 Streit

Zentrales Staatsarchiv, Abteilung II, Merseburg

AA III Rep 16 Nr. 1 184 Vol. 1. Nov. 1860 bis 1865

Ministerium des Inneren Rep. 77 Tit. 343 A Nr. 120 Vol. 1–3, Acta betr. die auf Reformen der deutschen Bundesverfassung gerichteten Bestrebungen sowie der Nationalverein

Rep. 77 Tit. 343 Nr. 121, Vol. 1–3

Hauptstaatsarchiv Dresden

Ministerium des Innern Nr. 56

Ministerium des Innern 11144 Arbeitervereine 1857–69.

Ministerium des Innern 11047 Das Schützenfest zu Frankfurt a. M. 12.–22. Juli 1862

M.d.I. 30 Die Polizeikonferenz zu Karlsruhe 1864 betr.

Kreishauptmannschaft Leipzig

2571 b Den Schützenbund zu Leipzig pp. betr. und den Verein „Vorwärts“ zu Leipzig (1861–64)

2574 Nationalverein (1861–63)

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

46098 Akten des königl. Staatsministeriums des Innern betr. Arbeiterversammlungen und Vereine 1861 bis Febr. 1870

46099 Akten betr. Arbeiterversammlungen und Vereine Febr. 1870 bis Mai 1872

Bayerisches Staatsarchiv Coburg (Herzogl. Haus- und Staatsarchiv, Coburg)

Politische Akten und Korrespondenz AI 28b 17B Ia

Stadtbibliothek München – Handschriftenabteilung

Deutscher Nationalverein – Akten, Fasz. I–VII

Deutscher Nationalverein – Briefe: 4 Kästen („Nachlaß Streit“)

Dichtermuseum Liestal (Schweiz)

Korrespondenzen Ludwig Schweigert, Sophie v. Hatzfeldt, Ferdinand Lassalle, Emma Herwegh

August-Bebel-Institut, Berlin

Mappe VDAV, Korrespondenzen von Staudinger und Bebel

Internationales Institut für Sozialgeschichte (IISG), Amsterdam

Kollektion Lassalle/ADAV

Nachlaß Johann Philipp Becker DI und DII

2. QUELLEN UND LITERATUR

DIE AERA. Organ des deutschen Nationalvereins für dessen Mitglieder und Freunde in Preußen, Coburg 30. 4. 1863–22. 12. 1863, Nr. 1–35, S. 1–288. (Auch als Beigabe zur Allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung geliefert.)

ALLGEMEINE DEUTSCHE ARBEITERZEITUNG 1863–1866, unveränderter Neudruck [mit einer Einleitung v. Rolf WEBER], 2 Bde., Leipzig 1977.

ALLGEMEINER DEUTSCHER ARBEITERVEREIN. Protokolle und Materialien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (inkl. Splittergruppen), Nachdruck hrsg. v. Dieter DOWE mit einer Einleitung v. Cora STEPHAN, Berlin-Bonn 1980.

ANDERSON, Eugene N.: The Social and Political Conflict in Prussia 1858–1864, Lincoln 1954.

ANDERSON, Margaret Lavinia: Windthorst. A Political Biography, Oxford 1981.

DER ARBEITERFREUND. Zeitschrift des Centralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen. Im Auftrage des Centralvereins [und unter Mitwirkung der Vorstands-, Ausschuß- und korrespondierenden Mitglieder] hrsg. v. K. BRÄMER, Jg. 1 u. 2, Berlin 1863 u. 1864.

ARBEITERHALLE DES VEREINSTAGES, siehe u. D. DOWE 1980.

ARBEITERZEITUNG. Hrsg. v. Arbeiterfortbildungsverein in Coburg. Ab 5. 4. 1863: ALLGEMEINE DEUTSCHE ARBEITERZEITUNG (ADAZ), 25. 2. 1862–8. 8. 1866. (Auch: Unveränderter Neudruck mit einer Einleitung v. Rolf WEBER, Leipzig 1977)

DER ARBEITGEBER. Archiv für die gesamte Volkswirtschaft. Centralanzeiger für Stellen- und Arbeitergesuche. Hrsg. v. Franz u. Max WIRTH, Frankfurt/M. 1859–1866.

ARMSTRONG, Sinclair W.: The Social Democrats and the Unification of Germany, 1863–71, in: JMH 12, 1940, 4, S. 485–509.

ARNSBERG, Paul: Die Geschichte der Frankfurter Juden seit der Französischen Revolution. Hrsg. v. Kuratorium für Jüdische Geschichte e.V., Frankfurt/M. Bearb. u. vollendet v. Hans-Otto SCHEMBS, Bd. 1–3, Darmstadt 1983. Bd. 3: Biographisches Lexikon der Juden in den Bereichen: Wissenschaft, Kultur, Bildung, Öffentlichkeitsarbeit in Frankfurt/M.

AUS DEM „SOCIAL-DEMOKRAT“. Leitartikel und Aufsätze aus dem Organ der socialdemokratischen Partei, Berlin 1868.

„AUS SÜDDEUTSCHLAND, Mitte Juni“, in: Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte, hrsg. v. Julius FAUCHER, 1, 1863, 2, S. 224–232.

BACHEM, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumsparthei. Zu-

- gleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815–1914. Bd. 3: Das neue Zentrum und der Kulturkampf in Preußen 1870–1880, Köln 1927.
- BACHTLER, Kurt: Die öffentliche Meinung in der italienischen Krisis und die Anfänge des Nationalvereins in Württemberg 1859, Diss. Tübingen 1934.
- BAGGE, Povl: Nationalismus und Antinationalismus in Dänemark um 1900, in: GWU 15, 1964, S. 291–303.
- BAGGE, Povl: Zur Organisations- und Sozialgeschichte dänischer nationaler Bewegungen im 19. Jahrhundert, in: Th. SCHIEDER (Hrsg.), Sozialstruktur und Organisation, 1971, S. 143–152.
- BAHNE, Siegfried: Vor dem Konflikt. Die Altliberalen in der Regentschaftsperiode der „Neuen Ära“, in: U. ENGELHARDT u.a. (Hrsg.), Soziale Bewegung, 1976, S. 154–196.
- BAILLEU, Paul: Der Prinzregent und die Reform der deutschen Verfassung, in: HZ 78, 1897, S. 385–402.
- BALSER, Frolinde: Sozial-Demokratie 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“ nach der Revolution, 2 Bde., Stuttgart 1962. (Industrielle Welt 2; Auszug, in: H. U. WEHLER (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, 1966, S. 159–176.)
- BAMBERGER, Ludwig: Herr von Bismarck. Aus dem Französischen übertragen v. K. A. Vom Verfasser durchgesehen und bis auf die neueste Zeit fortgesetzt, Breslau 1868.
- BAMBERGER, Ludwig: Politische Schriften. Von 1848 bis 1868, Berlin 1895. (Gesammelte Schriften Bd. III)
- BAMBERGER, Ludwig: Erinnerungen. Hrsg. v. Paul NATHAN, Berlin 1899.
- BARTEL, Horst u. Ernst ENGELBERG (Hrsg.): Die großpreussisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen [Wissenschaftliche Redaktion Rolf WEBER], 2 Bde., Berlin (Ost) 1971.
- BARTEL, Horst u.a. (Hrsg.): Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag, 2 Bde., Berlin (Ost) 1976.
- BAUMGART, Franzjörg: Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1976. (Geschichte und Gesellschaft 14)
- BAUMGARTEN, Hermann: Carl Brater, in: PrJbb. 24, 1869, S. 706–709. (Auch in: ders., Historische und politische Aufsätze, 1894, S. 236–240.)
- BAUMGARTEN, Hermann: Historische und politische Aufsätze und Reden, mit einer biographischen Einleitung v. Erich MARCKS u. einem Bildn. d. Verf., Straßburg 1894.
- BAUMGARTEN, Hermann: Der deutsche Liberalismus (eine Selbstkritik), in: ders., Historische und politische Aufsätze, 1894, S. 76–216.
- BEBEL, August: Aus meinem Leben, Berlin (Ost) 1964.
- BEBEL, August: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I: 1863–1878. Rolf DLUBEK/Ursula HERRMANN (Bearbeiter), Berlin (Ost) 1970.
- BECHER, Ursula A. J.: Politische Gesellschaft. Studien zur Genese bürgerlicher Öffentlichkeit in Deutschland, Göttingen 1978. (Veröffentl. d. Max-Planck-Inst. f. Geschichte 59)
- BECHSTEIN, Konrad: Die öffentliche Meinung in Thüringen und die deutsche Frage 1864–66, Phil. Diss. Jena (1923), in: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde 33, S. 138–193; 34, S. 5–139.
- BECHSTEIN, Konrad: Feodor Streit. Ein Kämpfer für Einheit und Freiheit 1848, 1859, 1866, Coburg 1925.
- BECKER, Bernhard: Der große Arbeiter-Agitator Ferdinand Lassalle. Denkschrift für die Todtenfeier des Jahres 1865, Frankfurt 1865.
- BECKER, Bernhard: Geschichte der Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalle's. Nach authentischen Aktenstücken, Braunschweig 1874.

- BECKER, Johann Philipp: Was wir wollen und sollen, in: DER VORBOTE 1866, S. 1–10.
- BECKER, Johann Philipp: Zur Klärung unserer Aufgabe, in: DER VORBOTE 1866, S. 17–21, 33–36.
- BECKER, Johann Philipp (Hrsg.): DER VORBOTE, siehe dort.
- BECKER, Josef: Der Krieg mit Frankreich als Problem der kleindeutschen Einigungspolitik Bismarcks 1866–1870, in: M. STÜRMER, Das kaiserliche Deutschland, 1970, S. 75–88.
- BECKER, Josef: Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte u. Strukturen ihres Verhältnisses in Baden, 1860–1876, Mainz 1973. (Veröffentl. d. Komm. f. Zeitgeschichte 14)
- BECKER, Winfried: Die angebliche Lücke der Gesetzgebung im preußischen Verfassungskonflikt, in: HJb 100, 1980, S. 257–285.
- BEIER, Gerhard: Schwarze Kunst und Klassenkampf (Geschichte der Industriegewerkschaft Druck u. Papier und ihrer Vorläufer seit d. Beginn der modernen Arbeiterbewegung.) Bd. I: Vom Geheimbund zum königlich-preußischen Gewerkverein (1830–1890), Frankfurt 1966.
- BEIER, Gerhard: Geschichte und Gewerkschaft. Politisch-historische Beiträge zur Geschichte sozialer Bewegungen, Köln 1981.
- BENNIGSEN, Rudolf v.: Reden, hrsg. v. Walther SCHULTZE und Friedr. THIMME, Bd. 1: 1857–1878, Halle 1911.
- BERDAHL, Robert M.: New Thoughts on German Nationalism, in: AHR 77, 1972, S. 65–80.
- BERGER, Louis: Der alte Harkort. Ein westfälisches Lebens- und Zeitbild, Leipzig ⁵1926.
- BERGSTRÄSSER, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München ⁷1952.
- BERGSTRÄSSER, Ludwig: Die Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland, Laupheim 1954.
- BERNHARDI, Theodor v.: Die ersten Regierungsjahre König Wilhelms I., Tagebuchblätter aus den Jahren 1860–1863, Leipzig 1895.
- BERNHARDI, Theodor v.: Aus dem Leben Theodor von Bernhardis, Bde. 4–8, Leipzig 1895–1901.
- BERNHARDI, Theodor v.: Der Streit um die Elbherzogtümer. Tagebuchblätter aus den Jahren 1863–1864, Leipzig 1895. (Band 5)
- BERNHARDI, Theodor v.: Aus den letzten Tagen des deutschen Bundes, Leipzig 1897. (Band 6)
- BERNHARDI, Theodor v.: Zwischen zwei Kriegen. Tagebuchblätter aus den Jahren 1867–1869, Leipzig 1901. (Band 8)
- BERNHARDI, Theodor v.: Der Krieg 1866 gegen Österreich und seine unmittelbaren Folgen, Leipzig o.J. (Band 7)
- BERNSTEIN, Aaron: Schulze-Delitzsch. Leben und Wirken, Berlin 1879.
- BERNSTEIN, Eduard: Zur Würdigung Friedrich Albert Langes, in: NZ 10, 1892, 2, S. 68–78, 101–109, 132–141.
- BERNSTEIN, Eduard: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein Kapitel z. Geschichte d. dt. Sozialdemokratie. Vom Jahre 1848 bis z. Erlass d. Sozialistengesetzes. Bd. 1, Berlin 1907.
- BERNSTEIN, Paul: The Rhine-Problem during the second Republic and second Empire. PhD-Thesis Pennsylvania 1955.
- BESLER, Wilhelm: Das deutsche Interesse in der italienischen Frage, Leipzig 1859.
- BEUTIN, Ludwig: Gesammelte Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hrsg. v. Hermann KELLENBENZ, Köln 1963.
- BEUTIN, Ludwig: Die Gründung der Handelskammern, in: K. E. BORN (Hrsg.): Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, 1966, S. 259–271.
- BEUTIN, Ludwig: Organisation und Arbeit der Handelskammern bis zum ersten Welt-

- krieg, in: K. E. BORN (Hrsg.): *Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte*, 1966, S. 272–295.
- [BIEDERMANN, Karl]: *Die Savoyer Frage*, Weimar 1860.
- BIEDERMANN, Karl: *Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte*. Bd. 2: 1849–1886, Breslau 1886.
- BIEDERMANN, Karl: *Fünfzig Jahre im Dienste des nationalen Gedankens*. Aufsätze und Reden, Breslau 1892.
- BIRKER, Karl: *Die badischen Arbeiterbildungsvereine vor dem ersten Weltkrieg*, in: *IWK* 18, 1973, S. 1–22.
- BIRKER, Karl: *Die Deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840–1870*, Berlin 1973.
- BISMARCK, Otto Fürst v.: *Die politischen Reden des Fürsten Bismarck*. Histor.-Krit. Gesamtausgabe besorgt v. Horst KOHL, Stuttgart-Berlin 1892–1909.
- BISMARCK, Otto Fürst v.: *Gedanken und Erinnerungen*. Bd. 2, hrsg. v. Horst KOHL, Stuttgart-Berlin 1922.
- BISMARCK, Otto v.: *Werke in Auswahl*. Die Reichsgründung, Teil I, 1862–1866; Teil II, 1866–1871 (Bd. 3. u. 4.). Hrsg. v. Gustav Adolf REIN, Wilhelm SCHÜSSLER u.a., Darmstadt 1965 u. 1968.
- BITTEL, Karl: *Eduard Pfeiffer und die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung*, München-Leipzig 1915.
- BLEIBER, Helmut (Hrsg.): *Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789–1871*, Berlin (Ost) 1977. (Akademie d. Wiss. d. DDR, Schriften d. Zentralinstituts f. Geschichte 50)
- BLEUEL, Hans Peter: *Ferdinand Lassalle, oder Der Kampf wider die verdamnte Bedürfnislosigkeit*, Frankfurt 1982.
- BLUM, Hans: *Auf dem Wege zur deutschen Einheit*. Erinnerungen eines Mitkämpfers aus den Jahren 1867 bis 1870 (1.Bd.), Jena 1893.
- BÖCKENFÖRDE, Ernst Wolfgang (Hrsg.): *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815–1918)*, Köln 1972. (NWB 51)
- BÖCKENFÖRDE, Ernst Wolfgang: *Der Verfassungstyp der deutschen konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert*, in: ders., 1972, S. 146–170.
- BÖHME, Helmut: *Deutschlands Weg zur Großmacht*. Studien zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft während der Reichsgründungszeit 1848–1881, Köln-Berlin 1966.
- BÖHME, Helmut (Hrsg.): *Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879*, Köln-Berlin 1968.
- BÖHMERT, Viktor: *Deutschlands wirtschaftliche Neugestaltung*, in: *PrJbb.* 18, 1866, S. 269–304.
- BÖRNER, Karl Heinz: *Die Krise der preußischen Monarchie von 1858 bis 1862*, Berlin (Ost) 1976.
- BÖRNER, Karl-Heinz: *Die Stellung des Junkertums zum Beginn der Neuen Ära in Preußen*, in: H. BARTEL u.a. (Hrsg.), *Evolution und Revolution*, 2, 1976, S. 487–498.
- BÖRNER, Karl Heinz: *Bourgeoisie und Neue Ära in Preußen*, in: H. BLEIBER, *Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung*, 1977, S. 395–432.
- BOLDT, Werner: *Die Anfänge des deutschen Parteiwesens*. Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution von 1848. Darstellung und Dokumentation, Paderborn 1971.
- BOLDT, Werner: *Konstitutionelle Monarchie oder parlamentarische Demokratie*. Die Auseinandersetzung um die deutsche Nationalversammlung in der Revolution von 1848, in: *HZ* 216, 1973, S. 553–622.
- BONDI, Gerhard: *Zur Vorgeschichte der „kleindeutschen Lösung“ 1866–1871*. Eine wirtschaftshistorische Betrachtung, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1966, 2, S. 11–33.

- BORN, Karl Erich: Sozialpolitische Probleme und Bestrebungen in Deutschland von 1848 bis zur Bismarckschen Sozialgesetzgebung, in: VSWG 46, 1959, 1, S. 29–44.
- BORN, Karl Erich (Hrsg.): Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln-Berlin 1966. (NWB 12)
- BORN, Karl Erich: Der wirtschaftliche und soziale Strukturwandel in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts, in: E. W. BÖCKENFÖRDE (Hrsg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte, 1972, S. 451–469.
- BOSL, Karl: Die Verhandlungen über den Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund und die Entstehung der Reichsverfassung, in: Th. SCHIEDER/E. DEUERLEIN (Hrsg.), Reichsgründung, 1970, S. 148–163.
- DER BOTE VOM NIEDERRHEIN. Faksimile-Nachdruck der Jahrgänge 1865/66. Mit einer Einleitung v. Prof. Georg ECKERT, Duisburg 1968.
- BOTZENHART, Manfred: Die Parlamentarismusmodelle der deutschen Parteien 1848/49, in: G. A. RITTER (Hrsg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung, 1974, S. 121–143.
- BOYSEN, Carl: Ludwig Graf zu Reventlow. Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1863–1866, in: ZSHG 61, 1933, S. 451–488.
- BRAMSTED, Ernest K.: Aristocracy and the Middle-Classes in Germany. Social Types in German Literature 1830–1900, Chicago 1964.
- BRANDENBURG, Erich: Zum älteren deutschen Parteiwesen. Eine Erwiderung, in: HZ 119, 1919, S. 63–84.
- BRANDENBURG, Erich: Die Reichsgründung, 2 Bde., Leipzig (1923).
- BRAUNTHAL, Julius: Geschichte der Internationale, Bd. 1, Hannover 1961.
- AUS DEN BRIEFEN RUDOLF VON BENNIGSENS, siehe u. H. ONCKEN.
- BROSIOUS, Dieter: Rudolf von Bennigsen als Oberpräsident der Provinz Hannover 1888–1897, Hildesheim 1964.
- BROSIOUS, Dieter: Der Nationalliberalismus in seiner Epoche, Hannover 1981.
- BROSZAT, Martin: Die polnische Frage zwischen preußischer Staatsräson und deutscher Nationalstaatsidee (1840–1871), in: ders., Zweihundert Jahre deutscher Polenpolitik, München 1963, S. 78–96.
- BUCHNER, Rudolf: Die deutsch-französische Tragödie 1848–1864. Politische Beziehungen und psychologisches Verhältnis, Würzburg 1965.
- BUSCH, Moritz: Herr Lassalle und die Arbeiter, in: DIE GRENZBOTEN, 22, 1863, 2, S. 281–295, 327–338, 386–390, 401–411.
- BUSCH, Moritz: Tagebuchblätter, Bd. 3: Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1880–1893. Anhang: In den Kreisen der Gothaner, Leipzig 1899, S. 365–558.
- BUSCH, Wilhelm: Bismarck und die Entstehung des Norddeutschen Bundes, in: HZ 103, 1909, S. 52–78.
- BUSSMANN, Walter: Zwischen Revolution und Reichsgründung. Die politische Vorstellungswelt von Ludwig Bamberger, in: W. HUBATSCH (Hrsg.), Schicksalswege, 1950, S. 203–231.
- BUSSMANN, Walter: Treitschke als Politiker, in: HZ 177, 1954, S. 249–279.
- BUSSMANN, Walter: Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: HZ 186, 1958, S. 527–557. (Auch in: H. BÖHME (Hrsg.), Probleme der Reichsgründungszeit, 1968, S. 85–103.)
- BUSSMANN, Walter: Bismarck. Seine Helfer und Gegner, in: Th. SCHIEDER/E. DEUERLEIN (Hrsg.), Reichsgründung, 1970, S. 119–147.
- CAMPANELLA, A. P.: Garibaldi and the First Peace Congress in Geneva in 1867, in: IRSH V, 1960, S. 456–486.
- CONZE, Werner: Friedrich Naumann. Grundlagen und Ansatz seiner Politik in der Nationalsozialen Zeit (1895 bis 1903), in: W. HUBATSCH (Hrsg.), Schicksalswege, 1950, S. 355–386.
- CONZE, Werner: Der Beginn der deutschen Arbeiterbewegung, in: Geschichte und Ge-

- genwartsbewußtsein. Historische Betrachtungen und Untersuchungen. Festschrift für Hans Rothfels. Hrsg. v. Waldemar BESSON u. Friedrich Frhr. Hiller v. GAERTRINGEN, Göttingen 1963, S. 323–338.
- CONZE, Werner u. Dieter GROH: Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung, Stuttgart 1966.
- DANN, Otto: Die Anfänge politischer Vereinsbildung in Deutschland, in: U. ENGELHARDT u.a. (Hrsg.), Soziale Bewegung, 1976, S. 197–232.
- DEHIO, Ludwig: Benedict Waldeck, in: HZ 136, 1927, S. 25–57.
- DEHIO, Ludwig: Die Pläne der Militärpartei und der Konflikt, in: Deutsche Rundschau, 54, 1927, 213, S. 91–100.
- DEHIO, Ludwig: Die preußische Demokratie und der Krieg von 1866. Aus dem Briefwechsel von Karl Rodbertus mit Franz Ziegler. Forschungen zur Brandenburgischen u. Preussischen Geschichte 39, 1927, S. 229–259.
- DEHIO, Ludwig: Bismarck und die Heeresvorlagen der Konfliktzeit, in: HZ 144, 1931, S. 31–47.
- DEMETER, Karl: Die soziale Schichtung des Deutschen Parlaments seit 1848, ein Spiegelbild der Strukturwandlung des Volks, in: VSWG 39, 1952, S. 1–29.
- DEMOKRATEN UND CONSERVATIVE, Potsdam 1862.
- DEMOKRATISCHES WOCHENBLATT. Organ der deutschen Volkspartei und des Verbandes Deutscher Arbeitervereine (I–XVII), Leipzig 1868 u. 1869. (Nachdruck mit einer Einleitung v. Heinrich GEMKOW u. Ursula HERRMANN, Leipzig 1969)
- DEUERLEIN, Ernst: Die Konfrontation von Nationalstaat und national bestimmter Kultur, in: Th. SCHIEDER/E. DEUERLEIN (Hrsg.), Reichsgründung, 1970, S. 226–258.
- DEUTSCHE ARBEITERHALLE. Organ d. Vereinstages dt. Arbeiter-Vereine, 1867–1868, siehe u. D. DOWE, Flugblatt, 1980.
- DER DEUTSCHE EIDGENOSSE. Hrsg. v. Verein Deutsche Freiheit und Einheit (Karl BLIND u.a.). Zweimonatszeitschrift, London u. Hamburg, (15. 3.) 1865 bis (Mai) 1867. (Reprint Glashütten im Taunus 1973)
- DEUTSCHE JAHRBÜCHER FÜR POLITIK UND LITERATUR, hrsg. v. H. B. OPPENHEIM, Berlin (Oktober) 1861 bis (Dezember) 1864.
- DIE DEUTSCHE VOLKSPARTEI. Ihre Entstehung, ihr Streben und ihre Ziele. Den bayerischen Genossen der Partei. Beilage zum Nürnberger Anzeiger, Fürth (1869).
- DEUTSCHER HANDELTAG (Hrsg.): Der Deutsche Handelstag 1861–1911, Bd. 1, Berlin 1911.
- DEUTSCHES WOCHENBLATT. Organ der deutschen Volkspartei, hrsg. v. Ludwig ECKARDT, Mannheim 22. 12. 1864 bis 22. 9. 1867.
- DITTRICH, Eckhard: Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung im 19. Jahrhundert, Benheim 1980. (Diss. Hannover 1978)
- DLUBEK, Rolf u.a.: Die I. Internationale in Deutschland (1864–1872). Dokumente und Materialien, Berlin (Ost) 1964.
- DORPALEN, Andreas: Heinrich von Treitschke, in: JCH 7, 1972, 3, S. 21–35.
- DOWE, Dieter (Hrsg.): Flugblatt vom ständigen Ausschusse des Vereinstages deutscher Arbeitervereine Nr. 1–15, Mai–3. 9. 1865. Deutsche Arbeiterhalle. Flugblätter. Im Auftrage des ständigen Ausschusses der deutschen Arbeitervereine, hrsg. v. J. P. EICHELSDÖRFER, Berlin-Bonn 1980 (Nachdruck).
- DOWE, Dieter: Organisatorische Anfänge der Arbeiterbewegung in der Rheinprovinz und in Westfalen bis zum Sozialistengesetz von 1878, in: Jürgen REULECKE, Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in NRW, Wuppertal 1974, S. 51–80.
- DOWE, Dieter: Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine 1863–1869, Berlin-Bonn 1980.

- DOWE, Dieter: Das Rheinland und Württemberg im Vergleich, in: Jürgen KOCKA (Hrsg.), Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Deutschland, Österreich, England u. Frankreich im Vergleich, Göttingen 1983, S. 77–105.
- DOWE, Dieter: Zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung im Bergischen Land bis 1875, in: K. DÜWELL (Hrsg.), Rheinland und Westfalen, 1984.
- DROYSEN, Johann Gustav: Briefwechsel, Bd. 2: 1851–1884, hrsg. v. Rudolf HÜBNER, Stuttgart u.a. 1929. (Deutsche Geschichtsquellen 26)
- DROZ, Jacques: L'opinion publique dans la Province Rhénane au cours du conflit austro-prussien 1864–66, Bonn 1932. (Rheinisches Archiv 22)
- DROZ, Jacques: Liberale Anschauungen zur Wahlrechtsfrage und das preußische Dreiklassenwahlrecht, in: E. W. BÖCKENFÖRDE (Hrsg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte, 1972, S. 195–214.
- DÜLLFER, Jost: Vom autoritären zum liberalen Bonapartismus. Der politische Systemwechsel in Frankreich 1858/60, in: HZ 230, 1980, S. 549–575.
- DÜWELL, Kurt u.a. (Hrsg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Beiträge zur Landesgeschichte d. 19. u. 20. Jahrhunderts, 4 Bde., Bd. 2: Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik, Wuppertal 1984.
- DUFRAISSE, Roger: Das napoleonische Deutschland. Stand und Probleme der Forschung unter besonderer Berücksichtigung der linksrheinischen Gebiete, in: Geschichte und Gesellschaft 6, 1980, 4, S. 467–483 (Helmut BERDING (Hrsg.), Napoleonische Herrschaft und Modernisierung).
- DUNCKER, Max: Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß. Hrsg. v. Johannes SCHULTZE, Osnabrück 1967 (1923). (Deutsche Geschichtsquellen d. 19.Jh., 12)
- EBELING, Hans: Der Kampf der Frankfurter Zeitung gegen Ferdinand Lassalle und die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei, Leipzig 1931. (AGSA Beiheft 4)
- EBERSOLD, Guenter: Die Stellung Wilhelm Liebknechts und August Bebel's zur deutschen Frage 1863 bis 1870, Diss. Heidelberg 1964.
- ECKARDT, Ludwig: Nationalität oder Freiheit? Centralisation oder Föderation? Ideen zu einer geschichtsphilosophischen Würdigung des begonnenen Weltkrieges. Eine Frage an die Völker Europas in den Tagen einer neuen napoleonischen Zeit und neuer drohender Weltkämpfe (Eine Stimme aus der Schweiz), Wenigenjena 1859, Zusammenfassung bei H. ROSENBERG, Nationalpolitische Publizistik, 1935.
- ECKARDT, Ludwig: Deutschösterreich in seinen Beziehungen zu Deutschland. Eine den Führern der deutschen Bewegung gewidmete Denkschrift. Hrsg. u. befürwortet von F. LANG, Wiesbaden 1863.
- ECKARDT, Ludwig: Für Schleswig-Holstein und zur deutschen Lage. Öffentlicher Vortrag in der Volksversammlung vom 13. Juni 1863 zu Mannheim, Mannheim 1863.
- ECKARDT, Ludwig: Politische Flugblätter 1–5, Mannheim 1866.
- ECKERT, Georg: Aus den Anfängen der Braunschweiger Arbeiterbewegung. Unveröffentlichte Bracke-Briefe, Braunschweig 1955.
- ECKERT, Georg (Hrsg.): Wilhelm Liebknecht: Briefwechsel mit Marx und Engels, Den Haag 1963.
- ECKERT, Georg: Das „Deutsche Wochenblatt“ und die internationale Arbeiter-Assoziation, in: AfS IV, 1964, S. 579–598.
- ECKERT, Georg: Friedrich Albert Lange (1828–1875) und die Social-Demokratie in Duisburg, in: Duisburger Forschungen 8, 1965, S. 1–23.
- ECKERT, Georg: Samuel Spier und Samuel Kokosky in den Reihen der Braunschweiger Arbeiterbewegung, in: Brunsvicensia Judaica. Gedenkbuch f. d. jüd. Mitbürger der Stadt Braunschweig 1933–1945 (Braunschweiger Werkstücke 35), Braunschweig 1966, S. 71–93.
- ECKERT, Georg: Zur Geschichte der „Sektionen“ Wiesbaden und Mainz der internationalen Arbeiter-Assoziation, in: AfS VIII, 1968, S. 365–523.

- ECKERT, Hugo: Liberal- oder Sozialdemokratie. Frühgeschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung, Stuttgart 1968.
- ECKHARDT, Albrecht: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen, 1860–1900. Sonderdruck aus Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, in: Neue Folge 34, 1976. (Hessische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2)
- EICHHOFF, Wilhelm: How Schleswig-Holstein has become what it is, Bradford 1864.
- EICHHOFF, Wilhelm: Die internationale Arbeiterassociation. Ihre Gründung, Organisation, politisch-soziale Tätigkeit und Ausbreitung, Berlin 1868. (Nachdruck mit Nachwort v. Heinrich GEMKOW, Berlin 1964)
- EISFELD, Gerhard: Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858–1870. Studie zu den Organisationen und Programmen der Liberalen und Demokraten, Hannover 1969.
- EISNER, Kurt: Die Tragikomödie des deutschen Liberalismus, Frankfurt 1910.
- ELM, Ludwig: Deutsche Volkspartei 1868–1910, in: D. FRICKE (Hrsg.), Die bürgerlichen Parteien, I, S. 637–644.
- ENGELBERG, Ernst (Hrsg.): Im Widerstreit um die Reichsgründung. Eine Quellensammlung zur Klassenauseinandersetzung in der deutschen Geschichte von 1849 bis 1871, Berlin (Ost) 1970.
- ENGELHARDT, Ulrich: „Nur vereinigt sind wir stark“. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1862/63 bis 1869/70. Bd. 1, Stuttgart 1977. (Industrielle Welt 23)
- ENGELHARDT, Ulrich: Von der „Unruhe“ zum „Strike“. Hauptzielsetzungen und -erscheinungsformen des sozialen Protests beim Übergang zur organisierten Gewerkschaftsbewegung 1848/49–1869/70, in: H. VOLKMANN/J. BERGMANN (Hrsg.), Sozialer Protest, 1984, S. 228–252.
- ENGELHARDT, Ulrich, Volker SELLIN u. Horst STUKE (Hrsg.): Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976.
- ENGELS, Friedrich: Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, in: MEW 16, S. 37–78.
- ENGELS, Friedrich: Die Rolle der Gewalt in der Geschichte, in: MEW 21, S. 407–461.
- ENGELING, Rolf: Massenpublikum und Journalistentum im 19. Jahrhundert in Nordwestdeutschland, Berlin 1966.
- ERNST II., Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha: Aus meinem Leben und meiner Zeit, 3 Bde., Berlin 1887–1889.
- EYCK, Erich: Der Vereinstag deutscher Arbeitervereine 1863–1868, Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der dt. Arbeiterbewegung, Berlin 1904.
- EYCK, Erich: Bismarck, 3 Bde., Zürich 1941–1944.
- EYCK, Erich: Auf Deutschlands politischem Forum. Deutsche Parlamentarier und Studien zur neuesten deutschen Geschichte (Polit.-histor. Aufsätze), Zürich 1963.
- FABER, Karl Georg: Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands von 1866 bis 1871. Eine kritische Bibliographie, 2 Bde., Düsseldorf 1963. (= Bibliographien zur Geschichte d. Parl. u. d. polit. Parteien 4)
- FABER, Karl Georg: Realpolitik als Ideologie. Die Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland, in: HZ 203, 1966, S. 1–45.
- FAULENBACH, Bernd: Ideologie des deutschen Weges. Die dt. Gesch. i. d. Historiographie zw. Kaiserreich u. Nationalsozialismus, München 1980.
- FAUST, Helmut: Schulze-Delitzsch und sein genossenschaftliches Werk, Marburg 1949.
- FAUST, Helmut: Ursprung und Aufbruch der Genossenschaftsbewegung, Neuwied 1958.
- FEDER, Ernst (Hrsg.): Bismarcks großes Spiel. Die geheimen Tagebücher Ludwig Bambergers. Eingeleitet und hrsg. v. –, Frankfurt 1932.

- FEHRENBACH, Elisabeth: Die Reichsgründung in der deutschen Geschichtsschreibung, in: Th. SCHIEDER/E. DEUERLEIN (Hrsg.), Reichsgründung, 1970, S. 259–290.
- FEHRENBACH, Elisabeth: Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit, in: E. KOLB (Hrsg.), Europa, 1980, S. 109–137.
- FENSKE, Hans (Hrsg.): Der Weg zur Reichsgründung 1850–1870, Darmstadt 1977. (=Quellen zum polit. Denken der Deutschen im 19. u. 20. Jh. 5)
- FENSKE, Hans: Imperialistische Tendenzen in Deutschland vor 1866. Auswanderung, überseeische Bestrebungen, Weltmachtträume, in: HJb 97/98, 1978, S. 336–383.
- FENSKE, Hans: Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790–1933, Stuttgart u.a. 1981. (Schriftenreihe zur polit. Landeskunde Baden-Württembergs 5)
- FERRER, Martin: Heinrich v. Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen 1859 bis 1862, Berlin 1930. (Historische Studien 199)
- FESSER, Gerd: Linksliberalismus und Arbeiterbewegung. Die Stellung der Deutschen Fortschrittspartei zur Arbeiterbewegung 1861–1866, Berlin 1976. (Schriftenreihe des Zentralinst. f. Geschichte 48)
- [FISCHEL, Eduard]: Die Despoten als Revolutionäre. An das deutsche Volk, Berlin 1859.
- FISCHER, Fritz: Der deutsche Protestantismus und die Politik im 19. Jahrhundert, in: HZ 171, 1951, S. 473–518.
- FISCHER, Heinz-Dietrich (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, München 1972.
- FISCHER, Heinz-Dietrich: Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin (1861–1945), in: ders., Deutsche Zeitungen, 1972, S. 269–281.
- FISCHER, Walter: Die Fürther Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis 1870, Diss. Erlangen 1965.
- FISCHER, Wolfram: Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat. Die Handelskammern in der deutschen Wirtschafts- und Staatsverfassung des 19. Jahrhunderts, Berlin 1964.
- FITGER, Emil: Otto Gildemeister, Ludwig Bamberger, Alexander Mayer, in: DIE GRENZBOTEN 68, 1909, 1, S. 424–433.
- FLUGBLATT siehe D. DOWE.
- FRANZ, Eugen: Die Entstehungsgeschichte des preußisch-französischen Handelsvertrages vom 29. März 1862, in: VSWG 25, 1932, S. 1–37, 105–129.
- FREMDLING, Rainer: Modernisierung und Wachstum der Schwerindustrie in Deutschland 1830–1860, in: Geschichte und Gesellschaft 5, 1979, 2, S. 201–227.
- FREUND, Michael: Die Zeitung und Lassalle, in: Die Gegenwart 1956, S. 11–14.
- FRICKE, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte d. bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlichen Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, hrsg. v. e. Red.-Koll. u. d. Leitung v. D. FRICKE, 2 Bde., Bd. 1: 1968, Bd. 2: 1970, Berlin (Ost) 1968 u. 1970.
- FRICKE, Dieter (Hrsg.): Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in Deutschland 1830 bis 1945, Köln 1981.
- FRIEDJUNG, Heinrich: Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 bis 1866, 2 Bde., Stuttgart 1900.
- GÄRTNER, Georg: Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1868–1908, 1977 (1908).
- GAGEL, Walter: Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848–1918, Düsseldorf 1958. (=Beiträge z. Geschichte d. Parl. u. d. pol. Part. 12)
- GALL, Lothar: Staat und Wirtschaft in der Reichsgründungszeit, in: HZ 209, 1969, S. 616–630.
- GALL, Lothar: Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: HZ 220, 1975, S. 324–356.
- GALL, Lothar: Bismarck und der Bonapartismus, in: HZ 223, 1976, S. 618–637.

- GALL, Lothar (Hrsg.): Liberalismus, Köln 1976. (NWB 85)
- GALL, Lothar: Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Wiesbaden 1978.
- GALL, Lothar: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M. u.a. 1980.
- DIE GEGENWART, Sonderheft: Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung 1856–1956, begründet v. Leopold Sonnemann, Frankfurt/M. 1956.
- GEISS, Imanuel/Bernd Jürgen WENDT (Hrsg.): Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts (Fritz Fischer zum 65. Geburtstag), Düsseldorf 1973.
- GENÉE, Rudolph: Zeiten und Menschen. Erlebnisse und Meinungen, Berlin 1897.
- GERTEIS, Klaus: Leopold Sonnemann. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Nationalstaatsgedankens in Deutschland, Frankfurt/M. 1970. (Studien zur Frkf. Geschichte 3)
- GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, siehe u. Institut für Marxismus-Leninismus.
- GESCHICHTE DER FRANKFURTER ZEITUNG. Verlag der Frankfurter Zeitung (Hrsg.), Frankfurt/M. 1911.
- GESCHICHTE UND GESELLSCHAFT. Zeitschrift für historische Sozialwissenschaften, hrsg. v. Ulrich WEHLER, Göttingen 1975 ff.
- GEUSS, Herbert: Bismarck und Napoleon III. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-französischen Beziehungen 1815–1871, Köln 1959. (Kölner Histor. Abhandl. 1)
- GOLDNER, H.: Vor 50 Jahren. Zur Entstehungsgeschichte des Deutschen National-Vereins, Eisenach 1909.
- GOLLWITZER, Heinz: Der Caesarismus Napoleons III. im Widerhall der öffentlichen Meinung Deutschlands, in: HZ 173, 1952, S. 23–75.
- GOLLWITZER, Heinz: Zum politischen Germanismus des 19. Jahrhunderts, in: Festschrift für Hermann Heimpel, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 282–356. (=Veröffentlichungen d. Max-Planck-Inst. f. Geschichte 36/I)
- GOTTHARDT, Christian: Der Arbeiterbildungsverein in Harburg (1857–1869), Diss. Hamburg 1982.
- GRAEF, Fritz: Die dänische Bürgerschule und die dänischen Privatschulen in Flensburg (1852–1880), in: ZSHG 61, 1933, S. 296–377.
- DIE GRENZBOTEN, Zeitschrift für Politik und Literatur, hrsg. v. Gustav FREYTAG u. Julian SCHMIDT, Leipzig 1860 ff.
- DIE GRENZBOTEN 20, 1861, 3, S. 419–423: Die zweite Versammlung des Nationalvereins.
- DIE GRENZBOTEN 21, 1862, 4, S. 121–124: Die letzte Versammlung des Nationalvereins.
- DIE GRENZBOTEN 22, 1863, 1, S. 1–5 (G. FREYTAG): Die Preußen und der Nationalverein.
- DIE GRENZBOTEN 22, 1863, 1, S. 6–14: Die Landesversammlung der schwäbischen Fortschrittspartei zu Eßlingen.
- DIE GRENZBOTEN 22, 1863, 1, S. 14–17: Die Flüchtlinge von 1848 und 1849.
- DIE GRENZBOTEN 22, 1863, 4, S. 27–31: Die Reformacte und die Nationalpartei.
- DIE GRENZBOTEN 22, 1863, 4, S. 331–340: Herr Oertzen und der Nationalverein.
- DIE GRENZBOTEN 23, 1864, 4, S. 233–237: Zur Generalversammlung des Nationalvereins (von einem Mitgliede des Vereins).
- DIE GRENZBOTEN 23, 1864, 4, S. 315–318: Der Nationalverein.
- GRUBE, Walter: Die neue Ära und der Nationalverein. Ein Beitrag zur Geschichte Preußens und der Einheitsbewegung, Diss. Marburg, Borna-Leipzig 1933.
- GRÜNTAL, Günter: Konstitutionalismus und konservative Politik. Ein verfassungspolitischer Beitrag zur Ära Manteuffel, in: G. A. RITTER, Gesellschaft, Parlament und Regierung, 1974, S. 145–164.
- GRÜNTAL, Günther: Das preußische Dreiklassenwahlrecht. Ein Beitrag zur Genesis und Funktion des Wahlklois vom Mai 1849, in: HZ 226, 1978, S. 17–66.

- GUGEL, Michael: Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Sozioökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonfliktes 1857–1867, Köln 1975.
- GUHL, Wilhelm: Johannes von Miquel. Ein Vorkämpfer deutscher Einheit, Berlin 1928.
- HABERMAS, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962.
- [HADERMANN, Nikolaus]: Preußen und die Bundeskriegsverfassung. Eine Mahnung an das deutsche Volk. Separat-Abdruck aus dem Volksfreund für das mittlere Deutschland, Frankfurt/M. [1862].
- HAGENAH, Hermann: 1863. Die nationale Bewegung in Schleswig-Holstein, in: ZSHG 56, 1927, S. 271–365.
- HAHN, Ludwig (Hrsg.): Zwei Jahre Preußisch-Deutscher Politik, 1866–67. Sammlung amtlicher Kundgebungen und halbamtlicher Äußerungen, von der Schleswig-Holsteinischen Krisis bis zur Gründung des Zoll-Parlaments, Berlin 1868.
- HAMBURGER, Ernest: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands, Tübingen 1968.
- HAMEROW, Theodore S.: Restoration, Revolution, Reaction. Economics and Politics in Germany 1815–1871, Princeton 1958.
- HAMEROW, Theodore S.: The Social Foundations of German Unification 1858–1871. Struggles and Accomplishments, Princeton 1972.
- HAMEROW, Theodore S.: The Origins of Mass Politics in Germany 1866–1867, in: I. GEISS, B. J. WENDT (Hrsg.), Deutschland, 1973, S. 103–120.
- HANSEN, Joseph: Gustav von Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild, 1815–1899, Bd. 2: Abhandlungen, Denkschriften, Reden und Briefe, Berlin 1906, 2 Bde.
- HARDTWIG, Wolfgang: Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt. Liberalismus und Borussiaisches Geschichtsbild zwischen Revolution und Imperialismus, in: HZ 231, 1980, S. 265–324.
- HASSELMANN, Erwin: Eduard Pfeiffer und seine Bedeutung für die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung, Hamburg 1954.
- HASSELMANN, Erwin: Konsumgenossenschaften – Aspekte ihrer Entwicklung, Hamburg 1975.
- HAUPTS, Leo: Die liberale Regierung in Preußen in der Zeit der „Neuen Ära“. Zur Geschichte des preußischen Konstitutionalismus, in: HZ 227, 1978, S. 45–85.
- HAUSER, Oswald: Preußische Staatsraison und nationaler Gedanke. Auf Grund unveröffentlichter Akten aus dem schleswig-holsteinischen Landesarchiv, mit einem Dokumentenanhang, Neumünster 1960. (Quellen u. Forsch. zur Geschichte Schl.-Holsteins 42)
- HAUSER, Oswald: Zum Problem der Nationalisierung Preußens, in: HZ 202, 1966, S. 529–541.
- HAUSHERR, Hans: Der Zollverein und die Industrialisierung, in: K. E. BORN, Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, 1966, S. 55–66.
- HAYM, Rudolf: Ausgewählter Briefwechsel. Hrsg. v. Hans ROSENBERG, Stuttgart 1930. (Dt. Geschichtsquellen d. 19. Jh. 27)
- HEARDER, Harry: Italy in the Age of the Risorgimento: 1790–1870, London 1983.
- HEFFTER, Heinrich: Der nachmärzliche Liberalismus, die Reaktion der fünfziger Jahre, in: H. U. WEHLER (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, 1966, S. 177–196.
- HENDERSON, William Otto: The Zollverein, Cambridge 1968 (1937).
- HENDERSON, William Otto: The Rise of German Industrial Power, 1834–1914, Berkeley 1975.
- HENNING, Hans-Joachim: Das westdeutsche Bürgertum in der Epoche der Hochindustrialisierung 1860–1914, I. Das Bildungsbürgertum in den preußischen Westprovinzen, Wiesbaden 1972. (Histor. Forschungen 6)

- HENTSCHEL, Volker: Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongreß 1858 bis 1885, Stuttgart 1975.
- HERBST, Ludolf: Die erste Internationale als Problem der deutschen Politik in der Reichsgründungszeit. Ein Beitrag zur Strukturanalyse der Politik „monarchischer Solidarität“, Göttingen 1975.
- HERRMANN, Paul: Die Entstehung des Nationalvereins und die Gründung seiner Wochenschrift, Diss. Berlin, Leipzig 1932.
- HERRMANN, Ursula u. Karl BRUNDIG: Die Agitationsreise August Bebels durch Thüringen 1869. Zur Vorbereitung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, in: ZfG XVIII, 1970, 7, S. 899–912.
- HERZ, Hans: Politische Vereine in Preußen. Zur Struktur des Vereinswesens 1865. Eine Quellenedition, in: Jahrbuch für Geschichte 28, 1983, S. 295–375.
- HERZFELD, Hans: Johannes von Miquel. Sein Anteil am Ausbau des Deutschen Reiches bis zur Jahrhundertwende, 2 Bde., Detmold 1939.
- HERZIG, Arno: Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in der deutschen Sozialdemokratie. Dargestellt an der Biographie des Funktionärs Carl Wilhelm Tölcke (1817–1893), Berlin 1979.
- HESS, Adalbert: Das Parlament, das Bismarck widerstrebte. Zur Politik und sozialen Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses der Konfliktzeit 1862–1866, Köln-Opladen 1964.
- HEYDERHOFF, Julius: Ein Brief Max Duncckers an Hermann Baumgarten über Junkertum und Demokratie in Preußen (6. Juni 1858), in: HZ 113, 1914, S. 323–329.
- HEYDERHOFF, Julius: Rudolf Haym und Karl Twesten: Ein Briefwechsel über positive Philosophie und Fortschrittspolitik 1859–1863, in: PrJbb 161, 1915, S. 232–256.
- HEYDERHOFF, Julius: Karl Twesten. Sein Entwicklungsgang und seine politische Wirksamkeit, in: PrJbb 180, 1920, S. 1–20.
- HEYDERHOFF, Julius (Hrsg.): Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung Bd. 1 u. 2, Bonn 1925/26. Bd. 1: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859–1870. Politische Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer. Ausgew. u. bearb. v. –, Osnabrück 1967 (Neudruck).
- HEYDERHOFF, Julius: Im Ring der Gegner Bismarcks. Denkschriften und politischer Briefwechsel Franz von Roggenbachs mit Kaiserin Augusta und Albrecht von Stosch 1865–1896, Leipzig 1943.
- HIRSCH, Carl: Die Deutsche Arbeiterpartei. Ihre Prinzipien und ihr Programm, Berlin 1868.
- HIRSCH, Carl: Die Organisation der Deutschen Arbeiterpartei, Berlin 1869.
- HIRSCH, Helmut u. Hans PELGER (Hrsg.): Ein unveröffentlichter Brief von Karl Marx an Sophie von Hatzfeldt – zum Streit mit Karl Blind nach Ferdinand Lassalles Tod, in: IRSH 27, 1982, S. 208–238.
- HJELHOLT, Holger: Treitschke und Schleswig-Holstein. Der Liberalismus und die Politik Bismarcks in der Schleswig-holsteinischen Frage, München-Berlin 1929.
- HOCHVERRATSPROZESS wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von W. LIEBKNECHT u. einem Anhang, Berlin 1911.
- HOHLFELD, Johannes: Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart. Ein Quellenwerk für die politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung, Bd. 1: Die Reichsgründung und das Zeitalter Bismarcks 1848–1890, Berlin 1973 (1951).
- HOLBORN, Hajo: Der deutsche Idealismus in sozialgeschichtlicher Beleuchtung, in: H. U. WEHLER (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, 1966, S. 85–108.
- HOPE, Nicholas Martin: The Alternative to German Unification. The Anti-Prussian Party. Frankfurt, Nassau, and the two Hesses 1859–1867, Wiesbaden 1973.

- HUBATSCH, Walther (Hrsg.): Schicksalswege Deutscher Vergangenheit. Beiträge zur geschichtlichen Deutung der letzten hundertfünfzig Jahre, Düsseldorf 1950. (Festschrift f. S. A. Kaehler)
- HUBER, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band II: Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830 bis 1850, Stuttgart 1960.
- HUBER, Ernst Rudolf (Hrsg.): Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte. Band I: Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850, Stuttgart 1961.
- HUBER, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. III, Stuttgart 1963.
- HUBER, Ernst Rudolf: Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte, Bde. 2 u. 3, Stuttgart 1964 u. 1966.
- HUBER, Ernst Rudolf: Die Bismarcksche Reichsverfassung im Zusammenhang der deutschen Verfassungsgeschichte, in: Th. SCHIEDER/E. DEUERLEIN (Hrsg.), Reichsgründung, 1970, S. 164–196.
- HÜMMELER, Heinz: Opposition gegen Lassalle. Die revolutionäre proletarische Opposition im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein 1862/3–1866, Berlin 1963.
- HUNT, James Clark: The People's Party in Württemberg and Southern Germany 1890–1914. The Possibilities of Democratic Parties, Stuttgart 1975.
- INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS beim ZK der SED und Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.), Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil I. Von den Anfängen bis 1917, Berlin (Ost) 1965.
- ISLER, M. (Hrsg.): Gabriel Rießer's gesammelte Schriften. Bd. 4, Frankfurt 1867/68.
- JACOBY, Johann: Die Grundsätze der preußischen Demokratie – Zwei Reden in der Königsberger Urwählerversammlung v. 10. u. 11. 11. 1858, abgedruckt in: Ders., Gesammelte Schriften, 1872, S. 96–108.
- JACOBY, Johann: Gesammelte Schriften und Reden, 2. Teil, Hamburg 1872.
- JACOBY, Johann: Briefwechsel 1850–1877, hrsg. u. erläutert v. Edmund SILBERNER, Bonn 1978.
- JAHRBUCH FÜR GESCHICHTE, Berlin (Ost) 1967 ff.
- JAHRBUCH FÜR DIE GESCHICHTE MITTEL- UND OSTDEUTSCHLANDS, Tübingen, später Berlin 1952 ff.
- JAHRBUCH DES INSTITUTS FÜR DEUTSCHE GESCHICHTE, Tel-Aviv 1972 ff.
- JANSEN, Karl (u. Karl SAMWER): Schleswig-Holsteins Befreiung. Hrsg. aus dem Nachlaß des Professors Karl JANSEN und ergänzt von Karl SAMWER, Wiesbaden 1897.
- JOACHIMSEN, Paul: Vom deutschen Volk zum deutschen Staat. Eine Geschichte des deutschen Nationalbewußtseins. Bearbeitet und bis in die Gegenwart fortgesetzt von Joachim LEUSCHNER, Göttingen 1956.
- JOERG, Joseph Edmund: Geschichte der social-politischen Parteien in Deutschland, Freiburg 1867.
- KAehler, Siegfried A.: Realpolitik zur Zeit des Krimkriegs – eine Säkularbetrachtung, in: HZ 174, 1952, S. 417–478.
- KAHL, Jürgen: National-Zeitung (1848–1938), in: H.-D. FISCHER (Hrsg.), Deutsche Zeitungen, 1972, S. 177–189.
- KAHLENBERG, Friedrich P.: Das Epochenjahr 1866 in der deutschen Geschichte, in: M. STÜRMER (Hrsg.), Das kaiserliche Deutschland, 1970, S. 51–74.
- KALKOFF, Hermann: Nationalliberale Parlamentarier 1867–1917 des Reichstages und der Einzellandtage. Beiträge zur Parteigeschichte, hrsg. aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens der nationalliberalen Partei Deutschlands, Berlin 1917.
- KESSEL, Eberhard: Gastein, in: HZ 176, 1953, S. 521–544.
- KETTELER, Wilhelm v.: Deutschland nach dem Kriege von 1866, Mainz 1867.
- KIEPERT, Adolf: Rudolf von Bennigsen. Verfaßt vom Geschäftsführer der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover 1891–1902, Berlin 1903.

- KLEIN-HATTINGEN, Oskar: Geschichte des deutschen Liberalismus, Bd. 1–2, Berlin 1911/12.
- KNOLL, Joachim H. u. Julius SCHOEPS (Hrsg.): Friedrich Albert Lange. Leben und Werk, Duisburg 1975. (Duisburger Forschungen 21)
- KOCH, Rainer: Demokratie und Staat bei Julius Fröbel 1805–1893. Liberales Denken zwischen Naturrecht und Sozialdarwinismus, Wiesbaden 1978.
- KOCKA, Jürgen: Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Berlin-Bonn 1983.
- KÖLLMANN, Wolfgang: Die Anfänge der staatlichen Sozialpolitik in Preußen bis 1869, in: VSWG 53, 1966, S. 28–52.
- KÖLLMANN, Wolfgang: Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Göttingen 1974. (Krit. Studien z. Geschichtswiss. 12)
- KOHN, Hans: The Mind of Germany. The Education of a Nation, New York 1960.
- KOLB, Eberhard: Der Kriegausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970.
- KOLB, Eberhard (Hrsg.): Europa und die Reichsgründung. Preußen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860–1880, München 1980. (HZ, Beih. 6, Neue Folge)
- KRAEHE, Enno: Austria and the Problem of Reform in the German Confederation, 1851–1863, in: AHR 56, 1950/51, S. 276–294.
- KRIEGER, Leonard: The German Idea of Freedom. History of a political tradition, Chicago 1972 (1957).
- KRIEGER, Leonard u. Fritz STERN (Hrsg.): The Responsibility of Power. Essays in Honor of Hajo Holborn, London 1968.
- KÜHN, Joachim (Hrsg.): Deutsche Einigung. Reden aus den Jahren 1867–1871, Berlin [1916].
- KULSTEIN, David J.: Napoleon III. and the Working Class. A Study of Government Propaganda under the Second Empire, Los Angeles 1969.
- LADEMACHER, Horst: Zu den Anfängen der Sozialdemokratie 1863–1878. Probleme ihrer Geschichtsschreibung, in: IRSH IV, 1959, S. 239–260, 367–393.
- LAMBI, Ivo Nikolai: Free Trade and Protection in Germany 1868–1879, Wiesbaden 1963.
- LANGE, Friedrich Albert: Die Arbeiterfrage. Mit Einleitung und Anmerkungen, hrsg. v. Franz MEHRING, Berlin 1910.
- LANGE, Friedrich Albert (Hrsg.): Der Bote vom Niederrhein. Faksimile der Jahrgänge 1865/66. Mit einer Einleitung v. Georg ECKERT, Duisburg 1968.
- LANGE, Friedrich Albert: Über Politik und Philosophie. Briefe und Leitartikel 1862–1875, hrsg. v. Georg ECKERT, Duisburg 1968. (Duisburger Forschungen, Beiheft 10)
- LANGE, Friedrich Albert (Hrsg.): Die Arbeiterfrage in ihrer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. Jedermann Hauseigentümer. Das bewährteste System englischer Bauge-nossenschaften für deutsche Verhältnisse, bearb. u. i. s. Verwendbarkeit für Arbeiter-Genossenschaften jeder Art nachgewiesen. Mit einer Einleitung v. Leopold SONNE-MANN. Hrsg. v. —. Nachdruck d. Ausg. Duisburg 1865, hrsg. u. eingel. v. Julius Hans SCHOEPS, Duisburg 1975. (Duisburger Hochschulbeiträge 4)
- LANGE, Friedrich Albert: Erklärung des ständigen Ausschusses über seinen Konflikt mit dem Verleger und Redakteur der Allgemeinen Deutschen Arbeiterzeitung, in: D. DOWE (Hrsg.), Flugblatt, 1980.
- LANGEWIESCHE, Dieter: Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974. (Beitr. z. Geschichte d. Parlamentarismus u. d. pol. Parteien 52)
- LANGEWIESCHE, Dieter: Zur Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Unbekann-

- te Briefe von August Bebel und Wilhelm Liebknecht aus den Jahren 1866, 1867 und 1869, in: Afs XV, 1975, S. 301–321.
- LANGEWIESCHE, Dieter: Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4, 1978, S. 324–361.
- LANGEWIESCHE, Dieter: Republik, Konstitutionelle Monarchie und „Soziale Frage“; Grundprobleme der deutschen Revolution 1848/49, in: HZ 230, 1980, S. 529–549.
- LASSALLE, Ferdinand: *Gesammelte Reden und Schriften* (GRS). Vollständige Ausgabe in zwölf Bänden, hrsg. u. eingel. v. Eduard BERNSTEIN, Berlin 1919–20.
- LASSALLE, Ferdinand: *Nachgelassene Briefe und Schriften* (1–6). Hrsg. v. Gustav MAYER, Berlin 1921–25.
- LASSALLE, Ferdinand: *Der Italienische Krieg und die Aufgabe Preußens*, in: GRS I, S. 23–112.
- LASSALLE, Ferdinand: *Über Verfassungswesen*. Vorwort v. E. BERNSTEIN, in: GRS II, S. 7–62.
- LASSALLE, Ferdinand: *Arbeiter-Programm*, in: GRS II, S. 147–202.
- LASSALLE, Ferdinand: *Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag*, in: GRS III, S. 341–400.
- LASSALLE, Ferdinand: *Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig*, in: GRS III, S. 41–92.
- LASSALLE, Ferdinand: *An die Arbeiter Berlins. Eine Ansprache im Namen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins*, in: GRS IV, S. 17–56.
- LASSALLE, Ferdinand: *Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit*, in: GRS V, S. 21–355.
- LAUFENBERG, Heinrich: *Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend*, Bd. 1, Berlin u.a. 1977 (1911).
- LECHNER, Georg: *Die schleswig-holsteinische Frage im Briefwechsel zwischen Franz von Roggenbach und Karl Samwer*, in: ZSHG 88, 1963, S. 175–235; 89, 1964, S. 33–60.
- LEIDIGKEIT, Karl-Heinz: *Wilhelm Liebknecht und August Bebel in der deutschen Arbeiterbewegung 1862–1869*, Berlin 1958.
- LE MANG, Richard: *Der Deutsche Nationalverein*, Berlin 1909.
- LIEBKNECHT, Wilhelm: *Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels*, hrsg. u. bearbeitet v. Georg ECKERT, Den Haag 1963.
- LIEBKNECHT, Wilhelm: *Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten*, Bd. 1, 1862–1878, hrsg. u. bearbeitet v. Georg ECKERT, Assen 1973.
- LIEBKNECHT, Wilhelm: *Leitartikel und Beiträge in der Osnabrücker Zeitung 1864–1866*, hrsg. v. Georg ECKERT, Hildesheim 1975.
- LILL, Rudolf: *Die deutschen Katholiken und Bismarcks Reichsgründung*, in: Th. SCHIEDER/E. DEUERLEIN (Hrsg.), *Reichsgründung*, 1970, S. 345–365.
- LOEBER, Irmgard: *Bismarcks Pressepolitik in den Jahren des Verfassungskonfliktes (1862–1866)*, München 1935.
- LORENZ, Susanne: *Eugen Richter: der entschiedene Liberalismus in wilhelminischer Zeit 1871–1906*, Husum 1980. (Historische Studien 433)
- MAGER, Fritz: *Herzog Ernst II. und die schleswig-holsteinische Frage 1863–1866. Eine historiographische Studie*. Diss. Greifswald 1910.
- MARCKS, Erich: *Otto von Bismarck. Ein Lebensbild*, Stuttgart 1915.
- MARX, Karl u. Friedrich ENGELS: *Werke* 1–39 (MEW). Hrsg. v. Institut für Marxismus beim ZK der SED, Berlin 1961–1968.
- MAYER, Arno J.: *Adelsmacht und Bürgertum. Die Krise der europäischen Gesellschaft 1848–1914*, München 1984.
- MAYER, Eduard Wilhelm: *Parteikrisen im Liberalismus und in der Sozialdemokratie 1866–1916*, in: PrJbb. 172, 1919, S. 171–179.
- MAYER, Eduard Wilhelm: *Aus der Geschichte der nationalliberalen Partei in den Jahren*

- 1868 bis 1871, in: *Deutscher Staat und deutsche Parteien. Beiträge zur deutschen Parteien- und Ideengeschichte. Friedrich Meinecke zum 60. Geburtstag dargebracht*, hrsg. v. Paul WENTZKE, München-Berlin 1922, S. 135–154.
- MAYER, Gustav: Johann Baptist v. Schweitzer und die Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1909.
- MAYER, Gustav: Friedrich Engels. Eine Biographie, Bd. 2: Engels und der Aufstieg der Arbeiterbewegung in Europa, Den Haag 1934.
- MAYER, Gustav: Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, 1863–1870, in: H. U. WEHLER (Hrsg.), Gustav Mayer, 1969, S. 108–178.
- MAYER, Gustav: Die Lösung der deutschen Frage 1866 und die Arbeiterbewegung, in: Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat, in: H. U. WEHLER (Hrsg.), Gustav Mayer, 1972, S. 125–158. (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 92)
- MEDING, Oskar: Offener Brief an Herrn von Bennigsen, Hannover 1860.
- MEHRING, Franz: Die Deutsche Socialdemokratie. Ihre Geschichte und ihre Lehre. Eine historisch-kritische Darstellung, Bremen 1877.
- MEHRING, Franz: Aus der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung, F. A. Lange, J. B. v. Schweitzer, W. Liebknecht, A. Bebel, in: AGSA 1, 1911, S. 101–133.
- MEHRING, Franz: Geschichte seines Lebens, Leipzig 1923.
- MEHRING, Franz: Gesammelte Schriften, Bd. 1–16, hrsg. v. Thomas HÖHLE, Hans KOCH, Josef SCHLEIFSTEIN, Berlin 1960–1966.
- MEINECKE, Friedrich: Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaats, München-Berlin 1908.
- MEINECKE, Friedrich: Zur Geschichte des älteren deutschen Parteiwesens, in: HZ 118, 1917, S. 46–62.
- MEISNER, Heinrich Otto: Bundesrat, Bundeskanzler und Bundeskanzleramt (1867–1871), in: E. W. BÖCKENFÖRDE (Hrsg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte, 1972, S. 76–94.
- DIE MILITÄR-CONVENTION ZWISCHEN PREUSSEN UND COBURG-GOTHA. Vom nationalen Standpunkte aus beurteilt, Leipzig 1862.
- MIQUÈL, Johannes von: Johannes von Miquèls Reden, hrsg. v. Walther SCHULTZE u. Friedrich THIMME, Halle 1911–1914.
- MITCHELL, Allan: Bonapartism as a Model for Bismarckian Politics, in: JMH 49, 1977, 2, S. 181–199.
- MITCHISON, Rosalinde (Hrsg.): The Roots of Nationalism: Studies in Northern Europe, Edinburgh 1980.
- MITTELDEUTSCHE VOLKS-ZEITUNG, Leipzig 1862–1863.
- MOMMSEN, Hans (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt 1974.
- MOMMSEN, Wilhelm: Johannes Miquèl, Bd. 1: 1828–1866, Stuttgart 1928.
- MOMMSEN, Wilhelm: Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung, in: HZ 138, 1928, S. 523–543.
- MOMMSEN, Wilhelm: Die Deutsche Einheitsbewegung. Eine Auswahl zeitgenössischer Äußerungen, Berlin [1930].
- MOMMSEN, Wilhelm: Zur Methodik der deutschen Parteigeschichte, in: HZ 147, 1933, S. 53–62.
- MOMMSEN, Wilhelm: Bismarcks kleindeutscher Staat und das großdeutsche Reich, in: HZ 167, 1943, S. 66–82.
- MOMMSEN, Wilhelm: Größe und Versagen des deutschen Bürgertums. Ein Beitrag zur politischen Bewegung des 19. Jahrhunderts, insbesondere zur Revolution 1848/49, München 21964.

- MOMMSEN, Wolfgang J. (Hrsg.): Liberalismus im aufsteigenden Industriestaat, Göttingen 1978. (Geschichte und Gesellschaft 4, 1978, 1)
- MORGAN, Roger P.: The German Social Democrats and the First International 1864–1872, Cambridge 1965.
- MORK, Gordon R.: Bismarck and the „Capitulation“ of German Liberalism, in: JMH 43, 1971, 1, S. 59–75.
- MOSSE, Werner: Bamberger und Sonnemann. Zwei deutsch-jüdische Politiker in dem Konflikt zwischen Liberalismus und Nationalismus, in: Zur Geschichte der Juden in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Jerusalem 1971, S. 76–80.
- MOSSE, Werner E.: The European Powers and the German Question 1848–1871, Cambridge 1958.
- MOSSE, Werner E.: Queen Victoria and her Ministers in the Schleswig-Holstein Crisis 1863–1864, in: EHR 78, 1963, 2, S. 263–283.
- MOSSE, Werner E.: The Conflict of Liberalism and Nationalism and its Effect on German Jewry, in: Leo Baeck Yearbook XV, 1970, S. 125–139.
- MÜLLER, Klaus-Jürgen: Einheit und Freiheit im Denken Wilhelm Rüstows. Bemerkungen zur politischen Vorstellungswelt deutscher Demokraten im Zeitalter der Reichsgründung, in: Jb. d. Instituts f. Dt. Geschichte 3, 1974, S. 119–151.
- MÜLLER, Klaus Jürgen: Die Demokratie in den Krisenjahren der Deutschen Einigung, in: Jb. d. Instituts f. Dt. Geschichte XIII, 1984, S. 213–236.
- NA'AMAN, Shlomo: Lassalle, Hannover 1970.
- NA'AMAN, Shlomo: Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63, Darstellung u. Dokumentation unter Mitarbeit v. H. P. HARSTICK, Assen 1974.
- NA'AMAN, Shlomo: F. A. Lange in der deutschen Arbeiterbewegung, in: Joachim KNOLL/Julius SCHOEPS (Hrsg.): F. A. Lange. Leben und Werk, Duisburg 1975, S. 20–55. (Duisburger Forschungen 21)
- NA'AMAN, Shlomo: Von der Arbeiterbewegung zur Arbeiterpartei. Eine Dokumentation, Berlin 1976.
- NA'AMAN, Shlomo: Arbeiterbewegung und Arbeiterzeitung, in: D. DOWE, Flugblatt, 1980, S. VII–XXXV.
- NA'AMAN, Shlomo: Arbeitervereine, Arbeitertage und Arbeiterverband – drei Etappen auf dem Weg zur Arbeiterpartei, in: D. DOWE, Berichte, 1980, S. IX–LI.
- NA'AMAN, Shlomo: Emanzipation und Messianismus, Leben und Werk des Moses Hess, Frankfurt/M. 1981.
- NA'AMAN, Shlomo: Die Demokratie in den Krisenjahren der Deutschen Einigung, in: Jahrbuch d. Instituts f. Dt. Geschichte XIII, 1984, S. 213–236.
- DER NATIONALLIBERALISMUS IN SEINER EPOCHE, RUDOLF VON BENNIGSEN: Gedenkschrift anlässlich d. Gründung der Rudolf von Bennigsen-Stiftung, hrsg. v. Gerhard GITZLER, Baden-Baden 1981.
- NAUMANN, Friedrich (Hrsg.): Patria. Jahrbuch der „Hilfe“ 1908, Berlin 1908.
- NAUMANN, Friedrich: Werke. Bd. 4: Schriften zum Parteiwesen und zum Mitteleuropaproblem, bearb. v. Thomas NIPPERDEY u. Wolfgang SCHIEDER, Köln-Opladen 1966.
- DIE NEUE NAPOLEONISCHE ÄRA UND IHR VERHÄLTNIS ZU DEUTSCHLAND, vom Verfasser der „Revolution in Mittelitalien“, Leipzig 1860.
- NEUMANN, Hans: Franz Ziegler und die Politik der liberalen Oppositionsparteien von 1848–1866, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte 37, 1925, S. 271–288.
- NEUMÜLLER, Michael: Liberalismus und Revolution. Das Problem der Revolution in der deutschen liberalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973.
- NEUPERT, Edgar: Deutscher Nationalverein 1859–1867, in: D. FRICKE (Hrsg.), Die bürgerlichen Parteien I, S. 489–496.

- NIPPERDEY, Thomas: Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland vor 1918, in: HZ 185, 1958, S. 550–602.
- NIPPERDEY, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.
- NIPPERDEY, Thomas: Grundprobleme der deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert, in: Werner CONZE (Hrsg.), Beiträge zur deutschen und belgischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1967, S. 147–165. (GWU, Beiheft)
- NOLTE, Ernst: Deutscher Scheinkonstitutionalismus?, in: HZ 228, 1979, S. 529–550.
- NOLTENIUS, Rainer: Dichterfeiern in Deutschland. Rezeptionsgeschichte als Sozialgeschichte am Beispiel der Schiller- und Freiligrath-Feiern, München 1984.
- NORDSTERN (mit verschiedenen Untertiteln, wie: Organ für Arbeit und Arbeiter; Organ für das deutsche Volk), hrsg. v. Karl BRUHN, Hamburg 1863–1865.
- OBBERMANN, Karl: Flugblätter der Revolution von 1848/49 in Deutschland, Berlin 1970.
- O'BOYLE, Lenore: Liberal Political Leadership in Germany, 1867–1884, in: JMH 28, 1956, 4, S. 338–352.
- O'BOYLE, Lenore: The German Nationalverein, in: JCEA 16, 1957, 4, S. 333–352.
- OFFERMANN, Toni: August Bebel und der deutsche Nationalverein. Unbekannte Briefe Bebels aus seiner Tätigkeit in der sächsischen Arbeiterbewegung 1865/66, in: IWK 14, 1978, S. 312–328.
- OFFERMANN, Toni: Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863, Bonn 1979.
- ONCKEN, Hermann (Hrsg.): Aus den Briefen Rudolf von Bennigsen, in: Deutsche Revue, Januar 1904 bis Dezember 1907 (passim).
- ONCKEN, Hermann: Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren, 2 Bde., Stuttgart-Leipzig 1910.
- ONCKEN, Hermann: Bennigsen und die Epochen des parlamentarischen Liberalismus in Deutschland und Preußen, in: HZ 104, 1910, S. 53–79.
- ONCKEN, Hermann: Der Nationalverein und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63. Aus den Papieren d. Nationalvereins, in: AGSA 2, 1912, S. 120–127.
- ONCKEN, Hermann: Historisch-politische Aufsätze und Reden, Bd. 2, München-Berlin 1914.
- ONCKEN, Hermann: Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71. Nach den Staatsakten v. Österreich, Preußen u. d. süddeutschen Mittelstaaten, Stuttgart 1926.
- OPPENHEIM, Heinrich Bernhard: Vermischte Schriften aus bewegter Zeit, Stuttgart 1866.
- PARISIUS, Ludolf: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte mit einem Vorwort über die gegenwärtige Kanzlerkrise, Berlin 1878.
- PARISIUS, Ludolf: Die deutsche Fortschrittspartei von 1861 bis 1878. Eine geschichtliche Skizze, Berlin 1879.
- PARISIUS, Ludolf: Leopold Freiherr von Hoverbeck, 2 Teile, Berlin 1897/98.
- PAUPIÉ, Kurt: Frankfurter Zeitung (1856–1943), in: H.-D. FISCHER, Deutsche Zeitung, 1972, S. 241–256.
- PAYER, Friedrich: Die deutsche Volkspartei und die Bismarcksche Politik, in: F. NAUMANN (Hrsg.), Patria 1908, S. 1–20.
- PETERSEN, Jens: Risorgimento und italienischer Einheitsstaat im Urteil Deutschlands nach 1860, in: HZ 234, 1980, S. 63–99.
- PFAU, Ludwig: Ein Beitrag zur Lösung der deutschen Frage. Separatdruck aus „Der Beobachter“, Stuttgart (1864).
- PFLANZE, Otto: Bismarck and the Development of Germany. The Period of Unification, 1815–1871, Princeton 1963.

- PFLANZE, Otto: Juridical and Political Responsibility in Nineteenth Century Germany, in: L. KRIEGER/F. STERN, *The Responsibility of Power*, 1968, S. 162–182.
- PFLANZE, Otto: Das deutsche Gleichgewicht, in: H. BÖHME, *Probleme der Reichsgründungszeit*, 1968, S. 243–266.
- PFLANZE, Otto: Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, in: HZ 234, 1982, S. 561–599.
- PICARD, Edith Anita: Die deutsche Einigung im Lichte der schweizerischen Öffentlichkeit, 1866–1871, Zürich 1940. (Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft 20, 1)
- PITZ, Ernst: Deutschland und Hannover im Jahre 1866, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 38, 1966, S. 86–158.
- [PLANCK, Gottfried]: Der Nationalverein, seine Entstehung und bisherige Wirksamkeit. Hrsg. im Auftrage des Vereinsvorstandes vom Geschäftsführer, Coburg 1861.
- PLESSNER, Helmuth: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart ⁵1969 (1959).
- POLLMANN, Klaus Erich: Vom Verfassungskonflikt zum Verfassungskompromiß. Funktion und Selbstverständnis des verfassungsberatenden Reichstags des Norddeutschen Bundes, in: G. A. RITTER (Hrsg.), *Gesellschaft, Parlament und Regierung*, 1974, S. 189–203.
- POLLMANN, Klaus Erich: Der Nationalliberale Rudolf von Bennigsen, in: *Der Nationalliberalismus* 1981, S. 21–39.
- POLLMANN, Klaus Erich: Parlamentseinfluß während der Nationalstaatsbildung 1867–1871, in: G. A. RITTER (Hrsg.), *Regierung, Bürokratie und Parlament in Preußen und Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart*, Düsseldorf 1983. (Beitr. z. Geschichte d. Parlamentarismus u. d. pol. Parteien 73)
- POLLMANN, Klaus Erich: Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870, Düsseldorf 1985. (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus)
- PORTNER, Ernst: Die Einigung Italiens im Urteil liberaler deutscher Zeitgenossen. Studie zur inneren Geschichte des kleindeutschen Liberalismus, Bonn 1959.
- POSCHINGER, Heinrich Ritter v.: Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 2: 1847–1879, Breslau 1895.
- POSCHINGER, Heinrich Ritter v. (Hrsg.): *Erinnerungen aus dem Leben von Hans Viktor von Unruh* (geb. 1806, gest. 1886), Stuttgart 1895.
- PRINCE-SMITH, John: *Prince-Smith's gesammelte Schriften*. Hrsg. v. Otto MICHAELIS, Bd. 1, Berlin 1877.
- RAABE, Wilhelm: *Gutmans Reisen*, Stuttgart 1892.
- RAPP, Adolf: *Die Württemberger und die nationale Frage 1863–1871*, Stuttgart 1910.
- RAPP, Adolf: *Der Kampf um die Demokratie in Deutschland seit der großen französischen Revolution*, Berlin 1923.
- RAUTENBERG, Heinz: Untersuchungen zur Geschichte der schleswig-holsteinischen Parteien im Winter 1864/65, in: ZSHG 61, 1933, S. 378–450; 62, 1934, S. 213–310.
- RAVEN, Mathilde: Herr von Bennigsen und der Nationalverein. Ein offenes Wort an den anonymen Verfasser des „offenen Briefes“, Coburg 1860.
- REAL, Willy: Der Deutsche Reformverein. Großdeutsche Stimmen und Kräfte zwischen Villafranca und Königgrätz, Lübeck-Hamburg 1966 (Historische Studien 395)
- REAL, Willy: Österreich und Preußen im Vorfeld des Frankfurter Fürstentages, in: HJb, 86, 1966, S. 339–393.
- REAL, Willy: Die Ereignisse von 1866/67 im Lichte unserer Zeit, in: HJb 95, 1975, S. 342–373.
- REGLING, Heinz Volkmar: Die Anfänge des Sozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1965. (Quellen u. Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 48)
- REYSCHER, August Ludwig: *Erinnerungen aus alter und neuer Zeit (1802 bis 1880)*, Freiburg (u. Tübingen) 1884.

- RICHTER, Robert: Studien zur Londoner Emigration von 1850–1860, Diss. Freie Universität Berlin 1966.
- RIEBL, Reinhold u. Axel KUHN: Die Anfänge der Gewerkschaften in Esslingen bis 1878, Esslingen 1979.
- RIEHL, Wilhelm Heinrich: Die bürgerliche Gesellschaft, 2. Buch: Die Mächte der sozialen Bewegung, Stuttgart 1930.
- RIESSER, Gabriel: Gesammelte Schriften. Hrsg. v. M. ISLER, Bd. 4, Frankfurt 1868.
- RISCHBIETER, Henning: Der Handelsvertrag mit Frankreich und die Zollvereinskrisis (1862–64) in der öffentlichen Meinung Deutschlands, Diss. Göttingen 1952.
- ITTER, Gerhard: Die Entstehung der Indemnitätsvorlage von 1866. Mit Aktenbeilagen, in: HZ 114, 1915, S. 17–64.
- ITTER, Gerhard: Großdeutsch und kleindeutsch im neunzehnten Jahrhundert, in: W. HUBATSCH, Schicksalswege, 1950, S. 177–202.
- ITTER, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Bd. 1: Die altpreussische Tradition (1740–1890), München 1965 (1954).
- ITTER, Gerhard A. (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973.
- ITTER, Gerhard A. (Hrsg.): Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974.
- ROCHAU, Ludwig August v.: Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die Zustände Deutschlands. Hrsg. u. eingeleitet v. Hans Ulrich WEHLER (Teil I u. II), Frankfurt u.a. 1972.
- RÖHL, John C. G.: Kriegsgefahr und Gasteiner Konvention. Bismarck, Eulenburg und die Vertagung des preussisch österreichischen Krieges im Sommer 1865, in: I. GEISS/B. J. WENDT (Hrsg.): Deutschland in der Weltpolitik, 1973, S. 89–103.
- ROHLINGER, Harald: Sozialprofil der Hanauer Turnerwehr 1849, in: H. VOLKMANN/J. BERGMANN (Hrsg.), Sozialer Protest, 1984, S. 107–127.
- ROLOFF, Gustav v.: Bismarcks Friedensschlüsse mit den Süddeutschen, in: HZ 146, 1932, S. 1–70.
- ROSENBERG, Arthur: Demokratie und Sozialismus. Zur politischen Geschichte der letzten 150 Jahre, Amsterdam 1938.
- ROSENBERG, Hans: Rudolf Haym und die Anfänge des klassischen Liberalismus, München-Berlin 1933. (HZ Beiheft 31)
- ROSENBERG, Hans: Die Weltwirtschaftskrise von 1857–1859, Stuttgart (Berlin) 1934. (VSWG Beiheft 30)
- ROSENBERG, Hans: Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands vom Eintritt der Neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des deutschen Krieges. Eine kritische Bibliographie, 2 Bde., München-Berlin 1935.
- ROSENBERG, Hans: Wirtschaftskonjunktur, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, 1873 bis 1896, in: H. U. WEHLER, Moderne deutsche Sozialgeschichte, 1966, S. 225–253.
- ROSENBERG, Hans: Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967.
- ROSENBERG, Hans: Honoratiorenpolitiker und „großdeutsche“ Sammlungsbestrebungen im Reichsgründungsjahrzehnt, in: Jb. f. d. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 19, 1970, S. 155–233.
- ROSTOW, Walt Whitman (Hrsg.): The Economics of Take-off into sustained Growth, London 1964.
- RUMPLER, Helmut: Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches, in: E. KOLB (Hrsg.), Europa und die Reichsgründung, 1980, S. 139–167.
- RUNGE, Gerlinde: Die Volkspartei in Württemberg von 1864 bis 1871. Die Erben der 48er Revolution im Kampf gegen die preussisch-kleindeutsche Lösung der nationalen Frage, Stuttgart 1970.
- SACHSEN UND COBURG GEGEN STREIT & STRUVE, oder öffentliche Gerichtsverhandlung über

- die Frage: Ist es Hochverrat, den Feinden Deutschlands drei deutsche Herzogtümer in die Hände zu spielen? Ein Beitrag zur Lösung der schleswig-holsteinischen und deutschen Frage, Coburg 1864.
- SAILE, Wolfgang: Hermann Wagener und sein Verhältnis zu Bismarck. Ein Beitrag zur Geschichte des konservativen Sozialismus, Tübingen 1958.
- SALOMON, Felix: Die deutschen Parteiprogramme, Heft 1, 1844–1871, Leipzig-Berlin 1907 (Quellensammlung z. dt. Geschichte 3)
- SANDIFORD, Keith A. P.: Great Britain and the Schleswig-Holstein Question. A Study in Diplomacy, Politics and Public Opinion 1848–1864, Toronto 1975.
- SAUER, Wolfgang: Das Problem des deutschen Nationalstaates, in: H. U. WEHLER, Moderne deutsche Sozialgeschichte, 1966, S. 407–436.
- SAUERTEIG, Alfred: Coburger Zeitungsgeschichte, Coburg 1949.
- SCHADT, Jörg: Die Sozialdemokratische Partei in Baden: Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende 1868–1900, Hannover 1971.
- SCHÄFER, Dieter: Der deutsche Handelstag auf dem Weg zum wirtschaftlichen Verband, in: H. J. VARAIN, Interessenverbände in Deutschland, 1973, S. 120–138.
- SCHARFF, Alexander: Vom übernationalen zum nationalen Staat. Ursachen und Bedeutung des deutsch-dänischen Konflikts von 1864, in: GWU 15, 1964, S. 717–731.
- SHEEL, Günter: Die Anfänge der Arbeiterbewegung im Königreich Hannover. Zwischen Integration und Emanzipation, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 48, 1976, S. 17–70.
- SCHIEDER, Theodor: Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit, 1863–1871, München 1936.
- SCHIEDER, Theodor: Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus, in: HZ 177, 1954, S. 49–74.
- SCHIEDER, Theodor: Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Köln/Opladen 1961. (Wissenschaftl. Abhandlungen der AG für Forschung des Landes NRW 20)
- SCHIEDER, Theodor: Der Nationalstaat in Verteidigung und Angriff, in: H. BÖHME, Probleme der Reichsgründungszeit, 1968, S. 402–430.
- SCHIEDER, Theodor u. Ernst DEUERLEIN (Hrsg.): Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970.
- SCHIEDER, Theodor: Das Jahr 1866 in der deutschen und europäischen Geschichte, in: Ders., Einsichten in die Geschichte, Essays, Frankfurt u.a. 1980, S. 261–282.
- SCHIEDER, Theodor u. Peter BURIAN: Sozialstruktur und Organisation europäischer Nationalbewegungen, München-Wien 1971.
- SCHIEDER, Wolfgang: Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus und die sozialistische Parteibildung in Deutschland, in: H. MOMMSEN, Sozialdemokratie, 1974, S. 17–34.
- SCHLUMBOHN, Jürgen: Der Verfassungskonflikt in Preußen 1862–1866, Göttingen 1970. (Historische Texte. Neuzeit 10)
- SCHMEHLE, Günther: Coburg und die deutsche Arbeiterbewegung. Die Arbeiterbewegung im Raum Coburg von ihren Anfängen bis in die Gegenwart, im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung der Arbeiterbewegung, insbesondere in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bamberg 1980.
- SCHMIDT, Gustav: Die Nationalliberalen – eine regierungsfähige Partei? Zur Problematik der inneren Reichsgründung 1870–1878, in: G. A. RITTER (Hrsg.), Deutsche Parteien, 1973, S. 208–223.
- SCHMIDT, Gustav: Politischer Liberalismus, „Landed Interests“ und organisierte Arbeiterschaft, 1850–1880. Ein deutsch-englischer Vergleich, in: L. GALL, Liberalismus, 1975, S. 232–253.
- SCHMIDT, Siegfried: Liberale Parteibewegung und Volksmassen während der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland 1789–1871, in: ZfG XXVI, 1978, 5, S. 400–415.

- SCHMIDT, Siegfried: Die kleinbürgerliche Demokratie und die Revolution „von oben“, in: D. FRICKE (Hrsg.), *Deutsche Demokraten*, 1981, S. 61–76.
- SCHMIERER, Wolfgang: Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878, Hannover 1970.
- SCHMITZ, Heinrich Karl: Die Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung im Raum Düsseldorf. Die Arbeiterbewegung in Düsseldorf 1859–1878 und ihre Auswirkungen im linken Niederrheingebiet, Hannover 1968.
- SCHNEIDER, Erich: Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864–1899. Ein Beitrag zur süddeutschen Parteigeschichte, Phil. Diss. Mainz 1956.
- SCHNEIDER, Friedrich (Hrsg.): *Universalstaat oder Nationalstaat. Macht und Ende des Ersten deutschen Reiches*. Die Streitschriften von Heinrich von Sybel und Julius Ficker zur deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters, Innsbruck 1941.
- SCHOEPS, Hans-Joachim: Bismarck über Zeitgenossen. Zeitgenossen über Bismarck, Frankfurt/M. u.a. 1972.
- SCHOEPS, Julius H.: Friedrich Albert Lange und die deutsche Turnbewegung, in: J. H. KNOLL/J. SCHOEPS, *Friedrich Albert Lange*, 1975, S. 133–144.
- SCHRAEPLER, Ernst: Linksliberalismus und Arbeiterschaft in der preußischen Konfliktzeit, in: *Forschungen zu Staat und Verfassung*. Festgabe für Fritz Hartung. Hrsg. v. Richard DIETRICH u. Gerhard OESTREICH, Berlin 1958, S. 385–401.
- SCHRAEPLER, Ernst: Der Zwölfer-Ausschuß des Vereinstages deutscher Arbeitervereine und die Ereignisse von 1866. Aus der Korrespondenzmappe des Vorsitzenden, Schneidemeister Staudinger, in: *Jahrbuch f. die Gesch. Mittel- und Ostdeutschlands* 16/17, 1968, S. 210–253.
- SCHROTH, Hansgeorg: Welt- und Staatsidee des deutschen Liberalismus in der Zeit der Einheits- und Freiheitskämpfe 1859–1866. Ein Beitrag zur Soziologie des deutschen politischen Denkens, Berlin 1931. (Historische Studien 201)
- SCHÜBELIN, Walter: Das Zollparlament und die Politik von Baden, Bayern und Württemberg 1866–1870, Berlin 1935. (Historische Studien 262)
- SCHULTHESS, Heinrich: *Schulthess' Europäischer Geschichtskalender* 1, (1860) – 8 (1867), Nördlingen 1861–1867.
- SCHULTZE, K. u. Friedr. TIMME (Hrsg.): *Rudolf Bennigsens Reden*, Bd. 1, Halle 1911.
- SCHULTZE, K. u. Friedr. TIMME: *Johannes von Miquels Reden*, Bd. I, 1911.
- SCHULZE, Bernhard: Zur linksliberalen Ideologie und Politik. Ein Beitrag zur politischen Biographie Schulze-Delitzschs, in: H. BARTEL/E. ENGELBERG (Hrsg.), *Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung* I, 1971, S. 271–307.
- SCHULZE, Bernhard: Wirtschaftspolitische Auffassungen bürgerlicher Demokraten im Jahrzehnt der Reichseinigung, in: H. BARTEL/E. ENGELBERG (Hrsg.), *Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung* I, 1971, S. 379–410.
- SCHULZE-DELITZSCH, Hermann: *Schriften und Reden*, hrsg. v. Friedrich THORWART, 5 Bde., 1910–1913.
- SCHUNKE, Werner: *Die Preußischen Freihändler und die Entstehung der nationalliberalen Partei* Leipzig 1916. (Leipziger historische Abhandlungen 41)
- SCHÜSSLER, Wilhelm: *Bismarcks Kampf um Süddeutschland* 1867, Berlin 1929.
- SCHWAB, Gustav: Kleinbürgerliche Demokraten zwischen Bismarckstaat und erstarkender Arbeiterbewegung (1871–1878), in: D. FRICKE, *Deutsche Demokraten*, 1981, S. 77–87.
- SCHWAB, Herbert: Von Düppel bis Königgrätz. Die politische Haltung der deutschen Bourgeoisie zur nationalen Frage 1864–1866, in: *ZfG* XIV, 1966, 4, S. 588–610.
- SCHWAB, Herbert: Von Königgrätz bis Versailles. Zur Entwicklung der Nationalliberalen Partei bis zur Reichsgründung und zum Charakter ihrer Politik, in: H. BARTEL/E. ENGELBERG, *Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung* I, 1971, S. 308–342.

- SCHWAB, Rudolf: Der deutsche Nationalverein, seine Entstehung und sein Wirken, Diss. Bern, Frauenfeld 1902.
- SCHWARZ, Peter Klaus: Nationale und soziale Bewegung in Oldenburg im Jahrzehnt vor der Reichsgründung, Diss. Münster 1969.
- SCHWEITZER, Johann Baptist v.: Österreichs Sache ist Deutschlands Sache, Frankfurt 1859.
- SCHWEITZER, Johann Baptist v.: Widerlegung von Carl Vogts Studien zur gegenwärtigen Lage Europas, Frankfurt 1859.
- SCHWEITZER, Johann Baptist v.: Der einzige Weg zur Einheit. Ein Beitrag zur Besprechung der nationalen Frage, Frankfurt 1860.
- SCHWEITZER, Johann Baptist v.: Lucinde, oder Capital und Arbeit. Ein social-politisches Zeitgemälde aus der Gegenwart in drei Bänden, Frankfurt/M. 1863.
- SCHWEITZER, Johann Baptist v.: Die Partei des Fortschritts als Trägerin des Stillstandes. Rede gehalten ... zu Leipzig am 13. Oktober 1863, Leipzig 1863.
- SCHWEITZER, Johann Baptist v.: Politische Aufsätze und Reden von Johann Baptist v. Schweitzer. Mit Einleitung und Anmerkungen hrsg. v. Franz MEHRING, Berlin 1912. (Sozialistische Neudrucke V)
- SEIER, Helmut: Die Staatsidee Heinrich von Sybels in den Wandlungen der Reichsgründungszeit 1862–71, Lübeck-Hamburg 1961. (Historische Studien 383)
- SELL, Friedrich C.: Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1953.
- SHEEHAN, James J.: German Liberalism in the Nineteenth Century, Chicago 1978.
- SHEEHAN, James J.: What is German History? Reflections on the Role of the „Nation“ in German History and Historiography, in: JMH 53, 1981, 1, S. 1–23.
- SIEMANN, Wolfram: Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 zwischen demokratischem Liberalismus und konservativer Reform. Die Bedeutung der Juristendominanz in den Verfassungsverhandlungen des Paulskirchenparlaments, Frankfurt-Bern 1976.
- SIEMANN, Wolfram (Hrsg.): Der „Polizeiverein“ deutscher Staaten. Eine Dokumentation zur Überwachung der Öffentlichkeit nach der Revolution von 1848/49, Tübingen 1983.
- SILBERNER, Edmund: Johann Jacoby. Politiker und Mensch, Bonn (1976).
- SILBERNER, Edmund (Hrsg.): Johann Jacoby, Briefwechsel, Bd. 2: 1850–1877, Hannover 1978.
- SIMON, Dan: Das Frankreichbild der deutschen Arbeiterbewegung 1859–1865, Gerlingen 1984.
- SOCIAL-DEMOKRAT. Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Berlin 1864–1867.
- SOMBART, Werner: Der Bourgeois: Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen, München-Leipzig 1913.
- SOMOGYI, Eva: Vom Zentralismus zum Dualismus. Der Weg der deutsch-österreichischen Liberalen zum Ausgleich von 1867, Wiesbaden 1983.
- SRBIK, Heinrich v.: Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz. Bd. 3: Idee und Wirklichkeit von Villafranca bis Königgrätz, Darmstadt 1963 (1942).
- STADELMANN, Rudolf: Das Jahr 1865 und das Problem von Bismarcks deutscher Politik, München-Berlin 1933. (HZ Beiheft 29)
- STEEFEL, Lawrence D.: The Schleswig-Holstein Question, Cambridge (Mass.) 1932.
- STEHLIN, Steward A.: Bismarck and the Guelph Problem 1866–1890. A Study in Particularist Opposition to National Unity, The Hague 1973.
- STEPHAN, Cora: Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen. Aus der Urgeschichte der Sozialdemokratie 1862–1878, Frankfurt 1977.
- STERN, Alfred: Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frie-

- den von 1871, Bde. 9 u. 10: Geschichte Europas von 1848–1871, Stuttgart 1923–1924.
- STERN, Fritz: Die politischen Folgen des unpolitischen Deutschen, in: M. STÜRMER, *Das kaiserliche Deutschland*, 1970, S. 168–186.
- STERN, Fritz: *Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder*. (Erster Teil: Der riskante Weg nach oben, 1859–1871), Frankfurt-Berlin 1978.
- STILLICH, Oskar: *Die politischen Parteien in Deutschland*, Bd. 2: *Der Liberalismus. Eine wissenschaftliche Darlegung seiner Grundsätze und seiner geschichtlichen Entwicklung*, Leipzig 1911.
- STOLL, Karl: *Die politische Stellung der Frankfurter Zeitung in den Jahren 1859–1871*, Frankfurt 1932.
- STREUBEL, Woldemar: Politisch-militärische Betrachtungen über die zwischen Preußen und Sachsen-Coburg-Gotha abgeschlossene Militärkonvention, in: *Deutsche Vierteljahrsschrift* 98, April–Juni 1862, S. 157–213.
- STÜRMER, Michael: Bismarck in Perspective, CEH IV, 1970, 4, S. 291–331.
- STÜRMER, Michael (Hrsg.): *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918*, Düsseldorf 1970.
- SYBEL, Heinrich v.: *Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Vornehmlich nach preußischen Staatsacten*, München 1892.
- TALMON, J.: *The Origins of Totalitarian Democracy*, London 1955.
- TENFELDE, Klaus: Die Entfaltung des Vereinswesens während der industriellen Revolution in Deutschland (1850–1873), in: Otto DANN (Hrsg.): *Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft*, München 1984, S. 55–114. (HZ Beiheft 9)
- TENNSTEDT, Florian: *Vom Proleten zum Industriearbeiter. Arbeiterbewegung und Sozialpolitik in Deutschland 1800 bis 1914*, Köln 1983.
- TEUTEBERG, Hans-Jürgen: Die liberale Arbeiterbewegung in Deutschland, in: NPL XIII, 1968, S. 118–126.
- TIPTON, Frank B. Jr.: *Regional Variations in the Economic Development of Germany during the Nineteenth Century*, Middletown Conn. [1976].
- TOURY, Jacob: *Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar, Tübingen 1966*.
- TOURY, Jacob: *Soziale und politische Geschichte der Juden 1847–1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation*, Düsseldorf 1977.
- TRAUTMANN, Günter: Liberalismus, Arbeiterbewegung und Staat in Hamburg und Schleswig-Holstein 1862–1869, in: AfS XV, 1975, S. 51–110.
- TRAUTMANN, Günter: Das Scheitern liberaler Vereinspolitik und die Entstehung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Hamburg zwischen 1862 und 1871, in: Arno HERZIG u.a. (Hrsg.), *Arbeiter in Hamburg*, Hamburg 1983, S. 164–176.
- TREITSCHKE, Heinrich v.: *Zehn Jahre Deutscher Kämpfe. Schriften zur Tagespolitik*, Teil I: Von 1865–1870, Berlin 1897.
- TREITSCHKE, Heinrich v.: Die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, in: Ders., *Zehn Jahre Deutscher Kämpfe*, 1897, S. 9–30.
- TREITSCHKE, Heinrich v.: Der Krieg und die Bundesreform, in: Ders., *Zehn Jahre Deutscher Kämpfe*, 1897, S. 75–100.
- TREITSCHKE, Heinrich v.: Die Zukunft der norddeutschen Mittelstaaten, in: Ders., *Zehn Jahre Deutscher Kämpfe*, 1897, S. 122–149.
- TREITSCHKE, Heinrich v.: Zum Jahresanfang 1867, in: Ders., *Zehn Jahre Deutscher Kämpfe*, 1897, S. 192–210.
- TREITSCHKE, Heinrich v.: Die Verfassung des norddeutschen Bundes, in: Ders., *Zehn Jahre Deutscher Kämpfe*, 1897, S. 211–232.
- TREITSCHKE, Heinrich v.: *Briefe*, hrsg. v. Max CORNICELIUS, Bd. 2, II, 1859–1866, Leipzig 1913.

- TREITSCHKE, Heinrich v.: Historische und politische Aufsätze, Bd. 2–4, Leipzig 1920–1921.
- TREITSCHKE, Heinrich v.: Aus Süddeutschland, in: Ders., Historische und politische Aufsätze, Bd. 4, S. 339–351.
- TREITSCHKE, Heinrich v.: Das Schweigen der Presse in Preußen, in: Ders., Historische und politische Aufsätze, Bd. 4, S. 366–374.
- TREITSCHKE, Heinrich v.: Bundesstaat und Einheitsstaat, in: Ders., Historische und politische Aufsätze, Bd. 2, S. 74–235.
- TREITSCHKE, Heinrich v.: L. A. von Rochau, in: PrJbb 32, 1873, S. 585–591.
- TRIEPEL, Heinrich: Zur Vorgeschichte der Norddeutschen Bundesverfassung, in: Festschrift Otto Gierke, Weimar 1911, S. 489–644.
- TRZECIAKOWSKI, Lech: Preußische Polenpolitik im Zeitalter der Aufstände (1830–1864), in: Jb. f. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 30, 1981, S. 96–110.
- VAHLTEICH, Julius: Das Leipziger Zentralkomitee und Ferdinand Lassalle, in: Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie. Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1903, Leipzig 1903, S. 14–21.
- VAHLTEICH, Julius: Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, München 1904, Neuausgabe Berlin-Bonn 1978.
- VALENTIN, Veit: Geschichte der deutschen Revolution von 1848–1849, 2 Bde., Köln 1970.
- VARAIN, Heinz Josef (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973. (NWB 60)
- VENEDEY, Jacob: Das Grundübel im National-Verein, Freiburg 1864.
- VENEDEY, Jacob: Der Südbund, Mannheim 1867.
- VENEDEY, Jacob: Der Nürnberger Arbeitervereinstag und das Programm der Internationalen Arbeiterassociation. Bericht an den Müllheimer Arbeiterbildungsverein, Mannheim 1868.
- VENEDEY, Jacob: Die Arbeiterbewegung nach ihren Hauptrichtungen, Kaiserslautern 1869.
- VERHANDLUNGEN der ersten Generalversammlung des Deutschen Nationalvereins am 3., 4. und 5. September 1860, Coburg 1860.
- VERHANDLUNGEN der zweiten Generalversammlung des Deutschen Nationalvereins in Heidelberg am 23. und 24. August 1861. Hrsg. im Auftrag des Ausschusses vom Geschäftsführer, Coburg 1861.
- VERHANDLUNGEN der dritten Generalversammlung des Deutschen Nationalvereins in Coburg, am 6. und 7. Oktober 1862. Hrsg. im Auftrag des Ausschusses vom Geschäftsführer, Coburg 1862.
- VERHANDLUNGEN der vierten Generalversammlung des Deutschen Nationalvereins. Leipzig, am 16. Oktober 1863. [Hrsg. im Auftrag des Ausschusses vom Geschäftsführer], Coburg 1863.
- VERHANDLUNGEN der fünften Generalversammlung des Deutschen Nationalvereins. Eisenach, am 31. Oktober und 1. November 1864. Hrsg. im Auftrag des Ausschusses vom Geschäftsführer, Coburg 1865.
- VERHANDLUNGEN der sechsten Generalversammlung des Deutschen Nationalvereins in Frankfurt/M., am 29. Oktober 1865. Hrsg. im Auftrag des Ausschusses vom Geschäftsführer, Frankfurt a. M. 1865.
- VIERTELJAHRSSCHRIFT für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte, hrsg. v. Julius FAUCHER, Jg. 1863.
- VOIGT, Johannes H.: Englands Außenpolitik während des deutsch-dänischen Konflikts 1862–1864, in: Zeitschr. f. schleswig-holst. Geschichte 89, 1964, S. 61–161.
- VOLKMANN, Heinrich: Die Arbeiterfrage im preußischen Abgeordnetenhaus, 1848–1869, Berlin (1968).
- VOLKMANN, Heinrich u. Jürgen BERGMANN (Hrsg.): Sozialer Protest. Studien zu traditio-

- neller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung, Opladen 1984. (Schriften d. Zentralinstituts f. soz.wiss. Forschung d. FU Berlin 44)
- VOLKSFREUND für das Mittlere Deutschland, hrsg. v. N. HADERMANN, Frankfurt/M., Jg. 1859–1863, 1865–1866.
- DER VORBOTE. Politische und sozialökonomische Zeitschrift, hrsg. v. Johann Philipp BECKER. Zentralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation, Genf 1866–1870, Nachdruck Berlin 1963.
- WAHL, Adalbert: Beiträge zur deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert, in: HZ 104, 1910, S. 537–594.
- WAHL, Adalbert: Beiträge zur Geschichte der Konfliktzeit, Tübingen 1914.
- WAHL, Rainer: Der preußische Verfassungskonflikt und das konstitutionelle System des Kaiserreiches, in: E. W. BÖCKENFÖRDE (Hrsg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte, 1972, S. 171–194.
- WALESRODE, Ludwig (Hrsg.): Demokratische Studien, 1860 u. 1861, Hamburg 1860/61.
- WANDRUZKA, Adam: Schicksalsjahr 1866, Graz u.a. 1966.
- WEBER, Rolf: Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863–1866, Berlin 1962.
- WEBER, Rolf: Das kleinbürgerlich-demokratische Element in der deutschen Nationalbewegung vor 1866, in: H. BÖHME, Probleme der Reichsgründungszeit, 1968, S. 72–84.
- WEBER, Rolf: Der Aufschwung der revolutionären Bewegung und die kleinbürgerliche Demokratie (1859 bis 1866), in: D. FRICKE, Deutsche Demokraten, 1981, S. 48–61.
- WEHLER, Hans Ulrich: Sozialdemokratie und Nationalstaat. Die deutsche Sozialdemokratie und die Nationalitätenfragen in Deutschland von Karl Marx bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, Würzburg 1962.
- WEHLER, Hans Ulrich (Hrsg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1966 (³1970, NWB 10)
- WEHLER, Hans Ulrich (Hrsg.): Gustav Mayer. Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, Frankfurt 1969.
- WEHLER, Hans Ulrich: Friedrich Kapp. Vom radikalen Frühsozialisten des Vormärz zum liberalen Parteipolitiker des Bismarckreiches. Briefe 1843–1884, Frankfurt 1969.
- WEHLER, Hans Ulrich (Hrsg.): Gustav Mayer. Arbeiterbewegung und Obrigkeitsstaat, Bonn-Bad Godesberg 1972. (Schriftenreihe d. Forschungsinstituts d. Friedrich-Ebert-Stiftung 92)
- WEHLER, Hans Ulrich (Hrsg.): Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, Göttingen 1974.
- WEHLER, Hans Ulrich (Hrsg.): Die moderne deutsche Geschichte in der internationalen Forschung 1945–1975, Göttingen 1978. (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 4)
- WENDEL, Hermann: Frankfurt am Main von der großen Revolution bis zur Revolution von oben (1789–1866), Frankfurt/M. 1910.
- WENDORFF, Werner: Schule und Bildung in der Politik von Wilhelm Liebknecht. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, Berlin 1978.
- WESTPHAL, Otto: Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. Eine Untersuchung über die preußischen Jahrbücher und den konstitutionellen Liberalismus in Deutschland von 1858 bis 1863, München 1919, Nachdruck Aalen 1964.
- WESTPHAL, Otto: Feinde Bismarcks. Geistige Grundlagen der deutschen Opposition 1848–1918, München-Berlin 1930.
- WHITE, Dan S.: The splintered Party. National Liberalism in Hessen and the Reich 1867–1918, Cambridge and London 1976.
- WIEDE, Peter: Wilhelm Rüstow (1821 bis 1878). Ein Militärschriftsteller der deutschen Linken, Diss. München 1958.

- WINDELL, George Gordon: *The Catholics and German Unity 1866–1871*, Minneapolis 1954.
- WINKLER, Heinrich August: *Preußischer Liberalismus und Deutscher Nationalstaat, Studien z. Geschichte d. dt. Fortschrittspartei 1861–1866*, Tübingen 1964. (= Tübinger Studien z. Geschichte u. Politik 17)
- WINKLER, Heinrich August: *Bürgerliche Emanzipation und nationale Einigung. Zur Entstehung des Nationalliberalismus in Preußen*, in: H. BÖHME, *Probleme der Reichsgründungszeit*, 1968, S. 226–242.
- WINKLER, Heinrich August: *Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4, 1978, 1, S. 5–28.
- WINKLER, Heinrich August: *Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1979.
- WINTERHOFF, C.: *Die Taktik der Liberalen im Kampfe gegen die Demokratie. Beitrag zur Enthüllung derselben durch praktische Beispiele und Abfertigung auf den in der Presse kolportierten Artikel: „Ein Gewährsmann der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“*, London 1864.
- WIRTH, Max: *Die Deutsche Nationaleinheit in ihrer volkswirtschaftlichen, geistigen und politischen Entwicklung an der Hand der Geschichte beleuchtet*, Frankfurt/M. 1859.
- WISOTZKI, Günter: *Die Abgrenzung der Internationalen Arbeiterassoziation von der kleinbürgerlichen Friedens- und Freiheitsliga 1867 bis 1868*, in: H. BARTEL/E. ENGELBERG (Hrsg.), *Die großpreussisch-militaristische Reichsgründung*, Bd. 1, 1971, S. 467–500.
- WOCHEN-BLATT des National-Vereins. Hrsg. v. Vereinsausschuß (L. A. von Rochau), Frankfurt/M.-Heidelberg 1865–1867.
- WOCHENSCHRIFT des Nationalvereins. Hrsg. v. L. A. v. Rochau, Coburg 15. April 1860 – März 1865.
- WOLLSTEIN, Günter: *Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49*, Düsseldorf 1977.
- WOLLSTEIN, Günter: *Mitteleuropa und Großdeutschland – Visionen der Revolution von 1848/49. Nationale Ziele in der deutschen Revolution*, in: D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), *Deutsche Revolution*, 1983, S. 237–257.
- WUTTKE, Heinrich: *Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur Geschichte des Zeitungswesens*, Leipzig ³1875 (1866).
- ZAUNERT, Paul (Hrsg.): *Wilhelm Heinrich Riehl. Vom deutschen Land und Volke. Eine Auswahl*, Jena 1922.
- ZECHLIN, Egmont: *Die Reichsgründung*, Frankfurt 1978 (1967).
- ZERNACK, Klaus: *Preußen – Polen – Rußland. Betrachtungen am Ende des „Preußen-Jahres“*, in: *Jb. f. d. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 31, 1982, S. 106–125.
- ZORN, Wolfgang: *Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit (1850–1879)*, in: *HZ* 197, 1963, S. 318–342.
- ZORN, Wolfgang: *Typen und Entwicklungskräfte deutschen Unternehmertums*, in: K. E. BORN, *Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte*, 1966, S. 25–41.
- ZORN, Wolfgang: *Sozialgeschichtliche Probleme der nationalen Bewegung in Deutschland*, in: Th. SCHIEDER/E. DEUERLEIN (Hrsg.), *Sozialstruktur und Organisation*, 1971, S. 97–115.
- ZORN, Wolfgang: *Die wirtschaftliche Integration Kleindeutschlands in den 1860er Jahren und die Reichsgründung*, in: *HZ* 216, 1973, S. 304–334.
- ZUCKER, Stanley: *Ludwig Bamberger and the Rise of Anti-Semitism in Germany, 1848–1893*, in: *CEH* III, 1970, 4, S. 332–352.
- ZUCKER, Stanley: *Ludwig Bamberger. German Liberal Politician and Social Critic, 1823–1899*, Pittsburgh 1975.

- ZUNKEL, Friedrich: Der Rheinisch-westfälische Unternehmer 1834–1879. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, Köln-Opladen 1962.
- ZWAHR, Hartmut: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, in: H. BARTEL/E. ENGELBERG (Hrsg.), Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung I, 1971, S. 501–551. (Auch in: Dieter LANGEWIESCHE/Klaus SCHÖNHOFEN (Hrsg.), Arbeiter in Deutschland. Studien zur Lebensweise der Arbeiterschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Paderborn 1981, S. 37–80.)
- ZWAHR, Hartmut (Hrsg.): Die Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse von den dreißiger bis zu den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, Berlin 1981.
- ZWANGLOSE BLÄTTER aus dem deutschen Nationalverein, hrsg. v. Geschäftsführer (Fedor STREIT), Coburg 1864, Nr. 1–26, S. 1–211.

PERSONENREGISTER

- Adelmann, C. (Frankfurt) 221
 Ägidi, Ludwig Karl 50
 Alexander d. Große 88
 Alvensleben, Gustav v. 160
 Angerstein, Wilhelm 168, 274
 Auerswald, Rudolf v. 82
- Bakunin, Michail Aleksandrowitsch
 305, 309
 Balser, Frolinde 71
 Bamberger, Louis (= Ludwig) 21, 41,
 83, 102, 174, 188, 291, 294, 298 f.
 Bamberger, Rudolf 298
 Bandow, Fritz 254, 260
 Barth, Karl v. 63, 72, 184
 Baumgarten, Hermann 13, 50, 234,
 288 f., 295
 Bebel, August 114, 150, 174, 202, 204,
 218, 249, 254, 258–260, 262, 269, 271,
 273–277, 292, 300–304, 306, 308 f.,
 312 f.
 Becker, Bernhard 14, 80, 248, 261 f.,
 289, 313
 Becker, Hermann 108, 270
 Becker, Johann Philipp 80, 114, 266,
 305, 309
 Bennigsen, Rudolf v. 21, 31, 34, 46 f.,
 49, 52 f., 54, 57, 61, 63, 66 f., 79,
 83–85, 95, 97, 101–103, 117–119,
 121 f., 124, 126, 128, 130, 137, 141,
 154, 156, 158, 166, 168–170, 175, 180,
 183 f., 190, 192–195, 198 f., 201 f.,
 220 f., 225, 227, 236–238, 240–243,
 286–289, 291, 315, 323
 Berg, Philipp v. 49
 Bernstein, Aaron 47, 54
 Bernstein, Eduard 144, 169
 Bessel (Köln) 14
 Beust, Friedrich Ferdinand v. 254
 Biedermann, Karl 47, 198, 201 f.
- Bismarck, Otto v. 11, 16–18, 21,
 25–27, 44, 51, 60, 65, 94, 96, 100,
 111, 120, 128, 140, 160–162, 181, 206,
 209 f., 224–230, 233 f., 237–241, 243,
 254, 270, 279–287, 290–292, 296–299,
 313, 315, 320–322, 324
 Bitter, Franz 73
 Blind, Karl 41, 129, 206
 Blum, Hans 202, 232
 Blum, Robert 79
 Blum, W. (Heidelberg) 232
 Böhme, Helmut 281
 Böhmert, Victor 47, 57, 113, 198 f., 220
 Boldt, Werner 30
 Bollmann (Coburg) 103, 122
 Born, David 125
 Born, Stephan 125
 Borries, Wilhelm Friedrich Graf v. 12,
 75 f., 93 f.
 Bracke, Wilhelm 309
 Brämer, Karl 117
 Brater, Karl (Carl) 82, 94, 103, 105,
 154, 161–163, 169, 180, 183, 190,
 195 f., 198 f., 202, 214, 220 f., 257,
 270, 295–297
 Braun, Karl 298
 Braunfels, Ludwig 52, 58, 102, 271
 Brockhaus, Eduard 50 f.
 Bucher, Lothar 22, 268, 318
 Büchner, Louis (Ludwig) 151, 194 f.,
 204, 248, 256, 261–268, 272, 274, 277,
 309
 Bürgers, Heinrich 14, 39, 102, 108,
 188, 202, 270–272
 Busch, Moritz 256
- Cavour, Camillo Bensodi 139
 Cetto, Carl 180, 289
 Classen-Kappellmann, Johannes 180

Crämer v. Doos, Karl 47, 71, 83, 90,
103, 108, 189, 264, 274, 294

Dammer, Otto 73, 128, 136, 142, 144,
321

Delbrück, Adalbert 180

Demmler, Georg Adolf 163

Dittmann, Karl 254

Dörnig (Barmen) 242

Dolge, Christian 103

Dühring, Eugen 34

Duncker, Franz 35, 50 f., 57, 84, 88,
137 f., 142, 180, 199, 201, 216, 225,
242, 270–272, 283, 308, 318 f.

Dunker, Max 13, 35, 50, 60, 67, 72,
82, 111, 126, 268

Duvernoy, Gustav 94

Eckardt, Ludwig 54, 108, 113 f., 167,

172, 176–179, 181, 194–197, 200,

204–206, 216–218, 248 f., 252, 255,

259, 261–269, 272, 274, 277, 294, 309

Ecker, Oskar v. 103, 146, 178, 250, 253

Eckert, Georg 258

Eckhardt, Julius 193 f.

Egestorff, Georg v. 291

Ehmk (Bremen) 123, 167

Eichelsdörfer, Johann Peter 274 f., 306

Eichhoff, Wilhelm 42

Eichler, Casimir 141 f.

Engels, Friedrich 22, 34, 42, 93, 206,
281, 291 f., 301 f., 313

Engländer, Siegmund 146

Ernst II., Herzog von Coburg-Gotha

14, 59, 61 f., 66 f., 83 f., 88, 122, 130,

134, 139 f., 200, 208, 220, 231

Eyck, Erich 148

Falkson, Ferdinand 14, 100, 177, 181,
194

Faucher, Julius 57

Fein, Georg 178

Fetzer, Karl August 268

Fichte, Johann Gottlieb 21

Ficker, Johann 14

Fischel, Eduard 88

Fleeth 184

Försterling, Emil 302

Forckenbeck, Max v. 100, 180, 205,
242, 244, 288, 291

Frese, Julius 51, 225, 273, 300

Freytag, Gustav 59 f., 62, 198, 298

Friedleben, Julius 52, 58, 171

Friedrich II., König v. Preußen 43

Friedrich III., deutscher Kaiser 126

Friedrich VII., König v. Dänemark

180, 186

Friedrich v. Augustenburg (= Friedrich

VIII.) 24, 104, 180, 182–184, 191,

197, 204, 208, 223, 253

Friedrich-Wilhelm IV., König v. Preu-
ßen 15, 20, 28 f., 42–45, 79, 100, 316

Fries, Hugo 25, 47, 53, 61, 67 f., 73,

76, 90, 118, 127, 146, 180, 183, 192 f.,

212, 223, 236, 241, 257, 285 f., 288, 291

Fritzsche, Friedrich-Wilhelm 73, 142,

255 f., 302

Gall, Lothar 279

Garibaldi, Guiseppe 101, 139

Georgii, Theodor 62, 122, 131, 139, 168

Gerber (Elmshorn) 203

Germann, Moritz 262

Gödsche 270

Göring 21

Götte, C. (Hamburg) 180

Götz, Ferdinand 168

Goldheim 82

Goldmann 42

Goldner, H. 11, 46, 51, 54

Gollwitzer, Heinz 60

Gourdé, L. (Wiesbaden) 88, 117

Gröning, Albert Wilhelm 100, 179

Groß 184

Groote, Alfred 270, 274

Grube, Walter 11, 64, 79

Grün, Karl 173, 269

Grumbrecht, August 288

Hadermann, Nikolaus 58

Hagen, Karl 125

Häußler, Ludwig 60, 103, 220

Hansen (Flensburg) 200, 203

Hasselbach 50

Haußmann, Julius 41, 266

Haym, Rudolf 50

Heffter, Heinrich 41

Heintzmann 128

- Heldmann 52
 Henneberg, Fr. (Gotha) 66, 68, 72, 146, 223
 Hering, Hermann 52
 Herrmann, Paul 52
 Herwegh, Emma 129
 Heyderhoff, Julius 35
 Heydt, August Frhr. v. 120
 Heyn (Coburg) 260
 Hirsch, Max 255 f., 259 f., 275, 277, 300, 303, 308, 320
 Hirth, Georg 105, 173
 Hochberger, August 102 f., 150, 259, 277, 303
 Hölder, Julius 53, 214, 268
 Hoffmann 51
 Hofstetten, Johann Baptist v. 113
 Hohenemser, Wilhelm 171, 178, 265
 Hohenlohe-Öhringen s. u. Ujest
 Hohenlohe-Schillingsfürst, Clodwig Fürst zu 295–297
 Hope, Nicolas Martin 281
 Hoverbeck, Leopold Frhr. v. 14, 100, 161–163, 180, 205, 225, 272, 289
 Hoyer (Oldenburg) 21, 120, 212
 Huber, Ernst Rudolf 21, 30
 Hümmler, Heinz 248

 Jacoby, Johannes 14, 45, 49, 100, 179–181, 205, 272, 299, 306–308
 Jäger, Bernhard 127
 Jessen, P. (Altona) 225
 Johann, Erzherzog v. Österreich 20, 31
 Johnson, Andrew 260
 Joseph, Hermann 143
 Juch, Hermann 128
 Jung, Georg 39

 Kahlenberg, Friedrich P. 279
 Kapp, Friedrich 41, 167, 174 f., 188, 298
 Kattner, Erich 14, 100
 Kinkel, Gottfried 41, 114, 128
 Knorr, Julius 178
 Kohn, Hans 279
 Kolb, Georg Friedrich 133, 173
 Krebs, Robert 304, 307
 Kreuznacher (Eisenach) 51

 Lachmann, Adolf 294

 Ladenburg, Karl 105, 180
 Lammers, August 21, 23 f., 47, 96, 101, 113, 173, 192, 194, 200, 202, 214, 220 f., 230, 233, 235, 242, 287
 Lang, Fr. (Wiesbaden) 88, 94, 176
 Lange, Friedrich Albert 68, 105, 150 f., 246, 248, 255, 258, 261 f., 265 f., 271, 274, 295, 309
 Lasker, Eduard 230, 238, 241, 243, 287, 291, 297, 299
 Lassalle, Ferdinand 21, 34, 37, 43, 60 f., 68 f., 80, 104, 129, 134–136, 138, 141–146, 148 f., 151 f., 161, 165, 167, 169, 173–175, 239, 248–252, 255, 261 f., 273, 280, 289 f., 302, 311–313, 315, 318–322
 Le Mang, Richard 12, 47, 51, 70
 Lehmann, Theodor 195
 Leschmann, Georg Friedrich 103, 126–129, 141
 Lette, Wilhelm Adolf 57
 Liebknecht, Wilhelm 22, 129, 174, 204, 246, 263, 266, 276, 292, 300–302, 305, 309, 312 f.
 Löwe, Ludwig 134, 136, 143, 167, 175, 298
 Löwe-Calbe, Wilhelm 134, 270–272, 283
 Lorenz, Moriz 276
 Lüning, Otto 14, 90, 102, 116, 133 f., 180, 193, 220, 236

 Maier 21
 Martens, Joachim Friedrich 178
 Marx, Karl 22, 28, 37, 41, 43, 129, 175 f., 206, 281, 289, 291 f., 302, 305, 309, 311, 313, 322
 Maximilian II., König von Bayern 119
 May, M. (Altona) 225, 274
 Mayer, Gustav 117
 Mayer, Karl 41, 266
 McDonald 118
 Mehring, Franz 255, 305
 Meier, Hermann Henrich 220, 244
 Meinecke, Friedrich 29, 325
 Metz, August 46, 51–53, 63, 65, 75, 88, 102, 106 f., 154, 158, 165, 180, 183, 188, 217, 220, 225, 236, 242, 245, 271, 287, 294, 298
 Metzsig 100, 177
 Mill, Stuart 263

- Miquèl, Johannes 14, 21, 77 f., 101 f.,
152, 158, 166, 175, 180, 183 f., 199,
201, 212 f., 220, 236, 272, 288, 291, 323
- Mitchell, Allan 60, 281
- Molinari, Theodor 180
- Mommsen, Theodor 88
- Müllensiefen, Theodor 116
- Müller, Moritz 254
- Müller, Siegmund (Sigismund, Sigmund)
52, 67, 76, 88, 94, 106, 108, 139, 171 f.,
179 f., 184, 218, 225
- Na'aman, Shlomo 43
- Nagel (Elberfeld) 175
- Nagel, Lorenz 21, 68, 85, 88, 96, 101,
104–106, 113, 120, 139, 190, 210, 212,
221–223, 231–234, 242, 244, 257,
272, 276, 287
- Napoleon I., Kaiser der Franzosen 28,
61, 88, 98, 101, 129, 188
- Napoleon III., Kaiser der Franzosen
49, 95, 205, 296
- Naumann, Friedrich 12, 315, 325
- Neergardt, v. (Kiel) 197, 203 f., 271, 274
- Niebour, August 118, 257
- Notz, Robert 250
- O'Boyle, Leonore 73
- Oncken, Hermann 12, 67, 79, 89, 183,
287, 315, 325
- Oppenheim, Heinrich Bernhard 21,
41, 188
- Orges, Hermann 94, 102
- Pagenstecher 94
- Panse 270
- Parisius, Ludolf 236
- Perrin, Franz 178
- Pfau, Ludwig 266 f.
- Pfeiffer, Eduard 102, 189, 258, 277
- Pieper, Wilhelm 89, 172, 175 f.
- Pirazzi (Offenbach) 76, 294
- Plank, Gottfried 47, 90
- Preetorius, Carl Julius 108, 178, 218,
233, 272, 298
- Propping, Georg 120
- Raabe, Wilhelm 78, 315
- Rambach, Johann August 307
- Rechbauer, Karl 184
- Reinganum, Maximilian 52
- Reinhard, Ludwig 146, 250
- Reuß, Andreas 47, 53, 71, 77, 141
- Reventlow, Graf (Kiel) 180
- Reyscher, August Ludwig 15, 53, 76,
79, 84, 88, 245
- Riepen, Claus 203 f.
- Rießler, Gabriel 56
- Rochau, August v. 19, 47, 53, 63, 65,
70, 72–74, 84 f., 87–90, 94–96, 98,
102–107, 113, 122, 125, 129–131,
145 f., 157, 159, 161 f., 166, 168, 173,
189 f., 194, 219–223, 227–229, 233,
257, 281 f.
- Rodbertus, Carl 22, 49
- Röckel, August 129, 134, 149, 178
- Rögner, Carl 303
- Röhrich, Wilhelm 134, 149, 249, 255
- Roggenbach, Franz 50
- Ronge, Johannes 123
- Roon, Albrecht v. 120, 183
- Rose, Max 116, 143
- Rosenberg, Hans 72
- Roßmäßler, Emil Adolph 123, 142 f.,
149, 156, 160
- Rothschild, Mayer Karl v. 291
- Rückert, Ludwig 85, 236 f., 250, 288
- Rüstow, Wilhelm 94, 103 f., 122 f.,
133–135, 140, 182 f., 190
- Sanftleben 58
- Schieder, Theodor 296
- Schleinitz, Alexander Graf v. 50, 79
- Schlönbach 146
- Schmidt, Julian 159
- Schroth, Hansgeorg 46
- Schulze-Delitzsch, Hermann 12, 14,
19, 25, 32, 37, 45–47, 52, 54, 56–59,
61 f., 64–66, 68, 73 f., 78 f., 83–85,
87–91, 97, 100, 104, 108 f., 116, 123 f.,
132, 134, 136, 138, 142 f., 147–149,
160, 163, 166 f., 174 f., 180, 183 f.,
190, 192, 194, 200, 216, 225, 229,
241 f., 247, 250, 252, 263, 270, 277,
280, 304, 316, 318 f., 321
- Schwab, Rudolf 11, 52
- Schweigert, Ludwig 68, 85, 104, 122,
129, 134, 136, 139 f., 146, 161, 174,
190, 222, 250

- Schweitzer, Johann Baptist v. 80, 132,
139, 245 f., 248, 261, 289, 292, 309,
312, 321
- Schwerin, Maximilian Graf v. 50, 64, 72
- Seeger, Ludwig 127
- Siegel 50
- Sonnemann, Leopold 52, 58, 108, 134,
140, 143, 149 f., 170–174, 245, 248 f.,
251, 254, 258–260, 262, 264 f.,
273–278, 289, 299 f., 303, 305 f.,
308 f., 312 f., 320, 323
- Spier, Samuel 311 f.
- Staudinger, Peter 249, 258–260, 265,
276, 306
- Stehlin, Steward A. 281
- Stern, Josef 171
- Stieber, Wilhelm 42
- Strauß, Abraham 132
- Streit, Fe(o)dor 17, 47, 62, 65, 67 f.,
72 f., 75–77, 83–85, 87 f., 94 f.,
103–108, 113, 123–126, 129, 131,
134–136, 139, 145–148, 151 f., 159 f.,
162–168, 170, 173–175, 180, 182 f.,
188–190, 192, 195, 197, 200, 210,
219–223, 234, 247, 249–252, 255–258,
260 f., 266, 275, 298, 300, 312, 318 f.
- Streubel, Woldemar 209
- Strousber, Bethel Henryg 291
- Struve, Gustav v. 68, 104, 146, 166,
188, 220, 251–253
- Sybel, Heinrich v. 14, 45, 50, 60
- Sydow, Rudolf 21
- Talmon, Jacob L. 37
- Tauscher, Leonhard 312
- Thorwart, Friedrich 241
- Titus, Nikolaus 47
- Trabert, Adam 178, 202
- Träger, Albert 178
- Treitschke, Heinrich v. 13, 21, 25, 60,
102, 111, 162, 198, 202, 214, 225, 234,
246, 273, 280–282, 284, 299
- Twesten, Karl 13, 280, 291
- 61, 88, 111, 131, 133, 142, 155 f., 180,
225, 236, 288
- Usedom, Karl Georg Graf v. 64, 79
- Vahlteich, Julius 73, 135, 142, 145,
169, 204, 277, 304
- Valentin, Veit 30
- Veit, Moritz 56, 82–84, 88, 111
- Venedey, Jakob 156, 218 f.
- Vittorio Emanuele, (Viktor Emanuel,
König v. Italien) 103, 139
- Wagener, Hermann 270, 322
- Waldeck, Leo 13, 32, 270, 273
- Walesrode, Ludwig 21
- Wartenburg, Karl 72, 126–128, 146,
163, 223, 247
- Weber (Hannover) 201
- Weber (Stade) 21, 179
- Weber, Max 315, 325
- Weber, Rolf 171
- Wehler, Hans Ulrich 281
- Wehrenpfennig, Wilhelm 60, 85, 234,
280
- Weiß, Guido 246, 306 f.
- Weithmann, Friedrich 258
- Welker, Karl 94
- Wermuth, Carl Georg Ludwig 42
- Wex, Franz Julius 125, 189, 272
- White, Dan S. 294
- Wiggers, Moritz 107, 288, 292 f.
- Wilhelm I., preußischer König, deutscher
Kaiser 12, 15, 33, 42–45, 48, 50,
62, 64, 68, 72, 76 f., 78, 86, 93, 95,
119 f., 138 f., 154, 160–162, 225, 316
- Wilhelm III., König von Holland 241
- Wirth, Johann Georg August 173
- Wirth, Max 88 f., 93, 125, 127, 132 f.,
140, 149, 171–173, 175 f., 320
- Wundt, Wilhelm 259
- York, Theodor 129
- Zabel, Friedrich 84, 88
- Zerffi, Gustav 118
- Ziegler, Franz 13, 270
- Zirndorfer, Sigmund 132